

Amtsblatt der Europäischen Union

C 344



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

65. Jahrgang

7. September 2022

Inhalt

IV Informationen

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER
EUROPÄISCHEN UNION

Europäisches Parlament

SITZUNGSPERIODE 2014-2015

Sitzungen vom 14. bis 17. Juli 2014

2022/C 344/01	Ausführliche Sitzungsberichte vom 14. Juli 2014	1
2022/C 344/02	Ausführliche Sitzungsberichte vom 15. Juli 2014	14
2022/C 344/03	Ausführliche Sitzungsberichte vom 16. Juli 2014	135
2022/C 344/04	Ausführliche Sitzungsberichte vom 17. Juli 2014	246

DE

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Europäische Konservative und Reformisten
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
NI	Fraktionslos

Montag, 14. Juli 2014

IV

(Informationen)

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND
SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2014-2015

Sitzungen vom 14. bis 17. Juli 2014

STRASSBURG

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. JULI 2014

(2022/C 344/01)

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	3
3. Erklärung des Präsidenten	3
4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	3
5. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll	4
6. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll	4
7. Entwurf des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Fristen für die Einreichung von Abänderungsentwürfen)	4
8. Berichtigungen (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	4
9. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll	4
10. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4

Montag, 14. Juli 2014

Inhalt	Seite
11. Petitionen: siehe Protokoll	4
12. Arbeitsplan	4
13. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung	6
14. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	13
15. Schluss der Sitzung	13

Montag, 14. Juli 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. JULI 2014

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Die Sitzung wird um 17.05 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. - Ich erkläre die am Donnerstag, dem 3. Juli 2014, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

3. Erklärung des Präsidenten

Der Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union waren in diesem Jahr von schweren Flutkatastrophen betroffen, zuletzt in Bulgarien, wo ein ganzes Viertel der Stadt Warna regelrecht weggespült wurde und über ein Dutzend Menschen, unter ihnen eine Reihe Kinder, ihr Leben verloren haben.

Im Mai ist in Bosnien und Herzegowina, in Serbien und in Kroatien die schlimmste Flutkatastrophe seit Jahrzehnten über die Menschen gekommen und hat eine Schneise der Zerstörung hinterlassen. Allein im Osten Kroatiens mussten mehr als 150 000 Menschen evakuiert werden, zahlreiche Menschen fielen dem verheerenden Hochwasser zum Opfer. Die Wirtschaft und insbesondere die Landwirtschaft in diesen Regionen wird viele Jahre brauchen, um sich von diesen schweren Zerstörungen zu erholen.

Ich habe mir selbst ein Bild davon machen können, wie in den Gebieten aufgeschwemmte Landminen eine kaum zu kontrollierende Gefahr darstellen. Was wir erlebt haben, möchte ich auch im Namen vieler Kolleginnen und Kollegen, die mich darum gebeten haben, hier einmal erwähnen. In einer Region Europas, die in den letzten Jahrzehnten von bitteren Konflikten heimgesucht war, an der Grenze zwischen Kroatien, Bosnien und Herzegowina und Serbien gab es in dieser Flut keine Grenzen mehr, aber ungeheure Solidarität unter den Menschen aller drei Länder. Ich habe mir in Kroatien ein Bild von der großen Solidarität der kroatischen Bevölkerung mit den Menschen in den anderen Ländern machen können. Ich möchte ausdrücklich hier feststellen, wie tief nicht nur ich, sondern auch viele andere, die das beobachten konnten, davon beeindruckt waren. Ich finde, es ist jetzt unsere Verantwortung, dass die Betroffenen auch nicht vergessen werden und dass wir sicherstellen, dass die EU die möglichen Hilfen für die Menschen in dieser Region auch bereitstellt.

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

Montag, 14. Juli 2014

5. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll

6. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll

7. Entwurf des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Fristen für die Einreichung von Abänderungsentwürfen)

Der Präsident. - Ich muss Ihnen die Fristen für die Einreichung von Änderungsanträgen zum Entwurf des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 mitteilen.

Für die Ausschüsse sowie für die Mitglieder, die nach der Regelung von mindestens 40 Mitgliedern Änderungsanträge einreichen wollen, ist die Änderungsantragsfrist Donnerstag, 4. September 2014, um 12.00 Uhr.

Also: Fraktionen oder individuelle Abgeordnete, Mindestzahl 40, am Donnerstag, 4. September 2014, um 12.00 Uhr.

Für die Fraktionen ist diese Frist am Donnerstag, den 11. September 2014, um 12.00 Uhr.

8. Berichtigungen (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

9. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll

10. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

11. Petitionen: siehe Protokoll

12. Arbeitsplan

Der Präsident. - Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 10. Juli 2014 gemäß Artikel 149 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden. Zu diesem Entwurf wurden folgende Änderungen beantragt:

Montag: Keine Änderungen.

Dienstag:

Für Dienstag wird von der ECR-Fraktion beantragt, Erklärungen des Rates und der Kommission zur Zerstörung syrischer Chemiewaffen im Mittelmeer zwischen Griechenland und Italien ohne eine Entschließung auf die Tagesordnung zu setzen.

Νότης Μαριάς (ECR). - Κύριε Πρόεδρε, εκ μέρους του ECR, ζητούμε να υπάρξει την Τρίτη δήλωση της Υπατης Εκπροσώπου για Θέματα Εξωτερικής Πολιτικής κ. Ashton για το σοβαρό θέμα της καταστροφής του χημικού οπλοστασίου της Συρίας εντός της Μεσογείου.

Αυτό που συμβαίνει αυτή τη στιγμή είναι κάτι πολύ σοβαρό. Επάνω στο πλοίο του Αμερικανικού Ναυτικού

Der Präsident. - Wer will für den Antrag sprechen?

Rebecca Harms (Verts/ALE). - Herr Präsident! Das ist ein sehr wichtiges Thema. Wir sind zwar darin einig, dass diese chemischen Waffen zerstört werden müssen. Aber die Frage der Qualität des Vorgangs, des Prozesses, die Frage auch der Umweltfolgen – das hier nochmals zu diskutieren, das unterstützt meine Fraktion.

Montag, 14. Juli 2014

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Beatrix von Storch (ECR). - Herr Präsident, liebe Kollegen! Ich habe eine Anmerkung zur Tagesordnung, und es betrifft auch den Punkt für morgen. Mir ist bewusst, dass die Einreichungsfrist für Änderungsanträge zur Tagesordnung abgelaufen ist. Aber ich möchte einen sehr kurzen und grundlegenden Punkt machen.

Wir reden morgen über die wichtigste Personalie der Europäischen Union für die nächsten fünf Jahre. Es geht um die EU-Kommissionspräsidentschaft. Das ist einfach der wichtigste Posten, den es zu vergeben gibt. Wir haben eine Aussprache angesetzt mit 90 Minuten Aussprachezeit. Die Aussprache ist ebenso lang wie die Aussprache am 25. Februar zur Normalisierung der Konten der Eisenbahnunternehmer.

Ich denke, dass die Fraktionsvorsitzenden in ihrem Entwurf der Tagesordnung der Wichtigkeit dieser Position, über die morgen gesprochen wird, nicht gerecht geworden sind.

Wenn wir die Bürger ernst nehmen wollen, dann darf die Anhörung nicht nur 90 Minuten dauern.

Ich mache einen ganz kurzen Vorschlag, wie wir das regeln können. ..

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Der Präsident. - Das ist kein Antrag zur Tagesordnung, sondern ein Antrag zur Geschäftsordnung, den Sie gerade stellen. Den kann ich jetzt nicht weiter zulassen.

Mittwoch:

Von der GUE-Fraktion ist zur Aussprache über die Eskalation der Gewalt zwischen Israel und Palästina eine EntschlieÙung beantragt worden.

Gabriele Zimmer (GUE/NGL). - Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte im Namen meiner Fraktion beantragen, dass wir am Mittwochnachmittag nicht nur eine Aussprache mit der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik zur Situation in Israel und Palästina führen, sondern dass wir dazu auch eine EntschlieÙung verabschieden. Über das Wochenende hat sich die Situation weiter verschärft, es droht eine weitere Eskalation. Wir treten als Parlament erst wieder nach der Sommerpause zusammen. Aus meiner Sicht ist es dringend notwendig, dass wir uns dazu hier äußern, nicht nur uns intern mit der Hohen Vertreterin dazu austauschen, sondern auch ein deutliches Signal senden, dass alles getan werden muss, um diese Eskalation zu verhindern. Es gibt schon über 170 Tote, es gibt Tausende von Raketen, die auf Israel geschossen worden sind, Tausende von Palästinensern müssen den Nordteil von Gaza verlassen, werden bedroht. Und es droht aus unserer Sicht eine Bodenoffensive. Das muss hier thematisiert werden und auch mit einer klaren Position unseres Parlaments versehen werden.

Enrique Guerrero Salom (S&D). - Señor Presidente, creo que es cierto que no podemos irnos hasta la vuelta de septiembre sin expresar nuestro rechazo a la situación de violencia que se está viviendo en la zona y sin lanzar un mensaje que, de alguna manera, empuje a las partes a detener esta violencia. Por tanto, mi grupo estaría a favor de una resolución si fuéramos capaces de que esa resolución expresara una voz muy común del Parlamento en favor de los esfuerzos que otros actores están haciendo en estos momentos para detener la violencia. En definitiva, que fuera una resolución corta, que pidiera el alto el fuego y el cese de la violencia por ambas partes y que reclamara la vuelta al diálogo y el respeto de todos los que viven en esa zona.

Cristian Dan Preda (PPE). - Monsieur le Président, nous sommes tombés d'accord sur l'idée d'un débat, mais pas sur l'idée d'une résolution. Et je doute que nous puissions nous exprimer maintenant, dans un texte court, comme l'a dit le collègue socialiste, et que nous puissions envoyer un signal clair d'ici deux jours, comme l'a dit le représentant du groupe confédéral de la Gauche unitaire européenne/Gauche verte nordique.

Der Präsident. - Der Antrag lautet auf Aussprache mit EntschlieÙung.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)

Montag, 14. Juli 2014

13. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgen die Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen (Artikel 163 GO).

Pál Csáky (PPE). - Mr President, I am a new Member from Slovakia and represent the Hungarian community, which makes up 10% of the total population of my country. In the two reformist governments of Slovakia I was Deputy Prime Minister and was responsible for the successful integration of my country into the European family, which would have been totally unacceptable without the support of my voters. In 2008, when the ratification process of the Lisbon Treaty was blocked in Slovakia, it was again my party, the Hungarian minority party, which was in opposition at the time, that helped to adopt this crucial document.

For these reasons, I think I can rightly ask that this Parliament devote more attention to historical European minorities. I believe that if this Parliament deals with these questions with the necessary understanding our common Europe will be stronger and more credible to its citizens.

Președinte: ADINA-IOANA VĂLEAN

Vicepreședintă

Mulțumesc domnule Csáky. Dau cuvântul domnului Zver Milan.

Milan Zver (PPE). - Na včerajšnjih parlamentarnih volitvah v Sloveniji je s 34 odstotki zmagala leva stranka, ki je nastala pred 41 dnevi.

Predčasne volitve smo imeli tudi 2011, takrat je zmagovalna stranka nastala 43 dni pred volitvami. Tak volilni inženiring je mogoč le v šibkih demokracijah. Oba volilna rezultata sta neposredna posledica sodne farse Patrija, ki že šest let sovпада z volitvami v Sloveniji.

Toda zadnje volitve predstavljajo vrh politizacije sodnega procesa. Vodjo opozicije Janeza Janšo so zaprli tri tedne pred volitvami in to brez dokazov. Dobil naj bi obljubo nagrade, a se ne ve, kje, kdaj, na kak način, od koga, niti kakšno - ničesar. Sedaj mu z zavlačevanjem onemogočajo nadaljno obrambo. Poleg tega so ga pet dni pred temi volitvami na dveh novih sodnih procesih obdolžili žalitve.

Vse to je vplivalo na izid parlamentarnih volitev v Sloveniji, za katere ne moremo reči, da so poštene, svobodne in legitimne. Če nam je kaj do demokracije in pravne države, bi morala Evropa ukrepati na podlagi marca sprejetega okvira za zaščito pravne države.

Patricija Šulin (PPE). - Pravičen in delujoč pravni sistem je ključen za zaščito ljudi in uresničitev njihovega potenciala, a je Slovenija žal ena od članic EU, kjer imamo s tem težave.

Pravak opozicije, Janez Janša, je bil tik pred letošnjimi državno-zborskimi volitvami obsojen in zaprt na podlagi indicov brez dokazov. S tem so bile kršene njegove pravice, saj je bil po krivem obsojen. Žal takšnih kršitev temeljnih pravic ali sodnih zmot v Sloveniji ni malo.

Nedavna raziskava dr. Lovra Šturma, nekdanjega ustavnega sodnika in profesorja na Pravni fakulteti Univerze v Ljubljani, je pokazala, da je v obdobju od leta 2004 do lani človekove pravice in temeljne svoboščine kršilo najmanj 1200 sodnikov v 442 postopkih na slovenskih sodiščih.

Zato sem zelo vesela, da je Evropska komisija marca letos sprejela nov okvir za zaščito pravne države v Evropski uniji in jo hkrati pozivam, da ga tudi čimprej uporabi, da bi se razmere v Sloveniji pri zaščiti človekovih pravic v sodnih postopkih izboljšale.

Catherine Stihler (S&D). - Madam President, I want to raise on the floor of this House the excellent work of Traidcraft in effectively challenging European supermarket power by highlighting the negative impact that certain supply chains can have on the poorest farmers across the world. We know that there are great benefits from fair trade. However, there are still too many unfair commercial practices which have to be exposed and tackled. Therefore I call on the European Commission, and in particular the new set of commissioners, to take urgent action to address these vitally important issues. I have had dozens of constituent inquiries: these issues matter to European citizens. After all, the test of our progress in this House will not be that we helped those who already have much but that we helped those that have so little in this world.

Montag, 14. Juli 2014

Νότης Μαρίας (ECR). - Κυρία Πρόεδρε, παρότι το 1946 η Διεθνής Διάσκεψη Ειρήνης των Παρισίων επέβαλε στη Γερμανία να καταβάλει στην Ελλάδα πολεμικές επανορθώσεις, που σήμερα ανέρχονται στο ποσό των 106 δισ. ευρώ πλέον τόκων, η Ομοσπονδιακή Δημοκρατία της Γερμανίας συνεχίζει να αρνείται την καταβολή του παραπάνω ποσού. Ταυτόχρονα η Γερμανία αρνείται να εξοφλήσει το αναγκαστικό κατοχικό δάνειο που της χορήγησε η Ελλάδα το 1942 και το οποίο σήμερα ανέρχεται στο ποσό των 54 δισ. ευρώ πλέον τόκων. Στις οφειλές της Γερμανίας έναντι της Ελλάδος περιλαμβάνονται επίσης και αποζημιώσεις που οφείλει να καταβάλει στους συγγενείς των χιλιάδων θυμάτων που τα γερμανικά στρατεύματα κατοχής εκτέλεσαν σε εκατοντάδες μαρτυρικές ελληνικές πόλεις, όπως είναι το Δίστομο, τα Καλάβρυτα, η Βιάννος και άλλου.

Ζητώ λοιπόν, συνάδελφοι, τη συμπαράστασή σας, προκειμένου να υποχρεωθεί η Γερμανία να εξοφλήσει τις οφειλές της προς την Ελλάδα, που ανέρχονται μέχρι στιγμής σε τουλάχιστον 162 δισ. ευρώ πλέον τόκων.

Ева Паунова (PPE). - Днес искам да насоча вниманието на моите колеги към поредния опит на правителството на Обединеното кралство да обезсмисли принципа на свободно движение в рамките на Европейския съюз. Правителството на Великобритания планира да въведе квота, с която да сведе годишния брой на мигрантите в страната от бъдещи държави – членки на Европейския съюз, до определен минимум. Първоначално квотата е била планирана да се отнася и за граждани на България и Румъния, но засега изглежда идеята е изоставена.

Според британския министър-председател имиграцията поставя голямо напрежение върху британското общество и икономика, но данните сочат точно обратното. Например, според Европейската комисия мигрантите от по-бедни държави – членки на ЕС са нетни вносители в публичните финанси, .

, който ни позволява да реализираме своя потенциал по възможно най-добрия начин, без ограничения и граници.

Nicola Caputo (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, la gravissima crisi ambientale nella quale versano le regioni del sud Italia, ed in particolare la terra dalla quale provengo, la cosiddetta «terra dei fuochi», impongono il doveroso ascolto del grido di allarme e di aiuto che si leva dai cittadini chiamati a pagare un prezzo altissimo alla cattiva gestione del ciclo dei rifiuti e alle infiltrazioni della criminalità organizzata.

Negli ultimi anni si è riscontrato un nefasto impatto sulla salute dei cittadini, sull'ambiente e sull'agricoltura con un incremento delle patologie tumorali che rendono non più procrastinabili la mappatura delle aree a rischio, la realizzazione di un piano straordinario di bonifiche e l'adozione di misure urgenti per la indotta crisi del comparto agroalimentare, vera eccellenza produttiva locale.

Chiedo al Commissario europeo per l'ambiente che si avvii una fase autenticamente nuova con un'espressa presa in carico della questione ed un decisivo contributo su queste emergenze, definendo il finanziamento delle più efficaci strategie, al fine di restituire a quei popoli, al mio popolo, una terra che sia di lavoro e di prosperità e non di fuochi e di sofferenza.

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). - Κυρία Πρόεδρε, στην αίθουσα αυτή ακούγεται συχνά κριτική για τη γραφειοκρατική αντιμετώπιση της κρίσης και την έλλειψη αναπτυξιακής προοπτικής. Τα κίνητρα των επικριτών είναι συχνά αρνητικά, η επιχειρηματολογία τους όμως είναι ως ένα βαθμό βάσιμη. Πρέπει λοιπόν να απαντήσουμε με περισσότερες πρωτοβουλίες των υπερχρεωμένων χωρών υπέρ της δραστηκής μείωσης των δημοσίων δαπανών, υπέρ του περιορισμού των δημοσίων υπαλλήλων και της προώθησης των αναγκαίων διαρθρωτικών αλλαγών.

Ταυτόχρονα, αυτοί που είναι σε καλύτερη οικονομική κατάσταση πρέπει να συμβάλουν στη χρηματοδότηση προγραμμάτων υπέρ της απασχόλησης, υπέρ των μικρομεσαίων επιχειρήσεων, να δεχτούν δημοσιονομικούς κανόνες που διευκολύνουν τις επενδύσεις και νέες ρυθμίσεις του δημόσιου χρέους. Οι υπερχρεωμένοι πρέπει να τολμήσουν και οι οικονομικά ισχυροί να συμπαρασταθούν. Δεν υπάρχει κατά την άποψή μου άλλος ρεαλιστικός δρόμος.

Andrus Ansip (ALDE). - Madam President, today we begin a historic part-session. Tomorrow we can vote for a more democratic Europe, in which the leadership is decided by popular vote. We can accept this or we can reject it and return to backroom deals. We have but one chance to change the governance of Europe. Let us not miss it.

I call on all my colleagues to support Jean-Claude Juncker as the next President of the European Commission.

Montag, 14. Juli 2014

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). - Először is szeretném megköszönni innen is a magyar választópolgároknak, hogy olyan nagy arányban támogatták a FIDESZ-KDNP listáját, hogy minden szakbizottságban jelen tudunk lenni, sőt fontos tisztségeket tudunk betölteni a következő ciklusban – úgy is, mint alelnökök, koordinátorok. Másodsorban szeretném egy szakpolitikai témára felhívni az Önök figyelmét, mégpedig különös tekintettel a Bizottság figyelmét arra, hogy mennyire fontos az energiaáraknak a kérdése. Mint ismeretes, hazámban az elmúlt években több alkalommal is rezsiköltség-csökkentés volt. Szeretném felhívni a Bizottság figyelmét arra, hogy vizsgálja felül ennek a lehetőségét az energiaárak tekintetében. Mielőtt azt a választ kapnám, hogy ez nem lehetséges, szeretném elmondani, hogy lehetséges.

A roaming-díjak tekintetében 2007-től kezdődően – tekintettel arra, hogy a verseny nem valósult meg teljes mértékben – beavatkoztunk az árképzés folyamatába, melynek eredményeképpen csökkentek a roaming-díjak. Úgy gondolom, hogy ezt kiterjeszthetnénk az energiaárak vonatkozásában is.

Carlos Jiménez Villarejo (GUE/NGL). - Señora Presidenta, Señorías, en los últimos meses y años la práctica de la tortura en España por las fuerzas de seguridad se ha intensificado.

Así se deduce del análisis del delito de tortura contenido en la memoria del Fiscal General del Estado de 2013, donde da cuenta de la apertura de 79 procesos penales en el conjunto de España, la mayoría de los cuales corresponde al País Vasco.

Dos recientes sentencias han revelado la persistencia y la gravedad de ese delito: la sentencia de la Audiencia Nacional, de 14 de mayo de este año, que ha absuelto a 36 jóvenes vascos acusados de pertenecer a la organización terrorista ETA, entre otras razones por la invalidez de la pruebas obtenidas bajo tortura —algunos sufrieron prisión provisional injustificadamente—, y la sentencia de la Audiencia Provincial de Baleares, de 16 de junio también de este año, que condenó a cuatro guardias civiles por torturas graves cometidas contra dos ciudadanos británicos.

Es muy preocupante que esto ocurra en el seno de la Unión Europea, que dice fundamentarse, según el artículo 2 del Tratado de Lisboa, en el respeto a la dignidad humana.

Jordi Sebastià Talavera (Verts/ALE). - *(El orador inicia su intervención en valenciano/catalán.)*

Señor Presidente, señores diputados, señoras diputadas, hoy ha comenzado en Valencia el juicio contra el grupo neonazi Frente Antisistema. A ese grupo, con contactos en otros países de Europa, se le intervinieron armas de fuego y propaganda nazi, y uno de sus integrantes ya había estado en la cárcel por el asesinato del joven antifascista Guillem Agulló.

Las armas, que constituyen prueba fundamental del delito, han sido destruidas por la Guardia Civil. Nos preocupa mucho que eso pueda impedir un juicio normal y evitar una condena. Nos preocupa mucho el auge del fascismo y el nazismo en Europa, un monstruo con tentáculos que se ha introducido también en esta Cámara.

Señores diputados demócratas, señora Presidenta, les pido un frente común contra la impunidad, contra el fascismo, por la democracia y por Europa porque, si no, nuestro continente se puede volver a desangrar como ya lo hizo.

Piernicola Pedicini (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi siamo nuovi qui, siamo appena arrivati e quindi vi abbiamo osservato molto, abbiamo ascoltato molto le vostre parole. Quelle che mi hanno colpito di più sono state in questi giorni: cambiamento, innovazione e sostenibilità. Purtroppo, vediamo che – oggi non c'è quasi nessuno – per fare un esempio, il capogruppo del Gruppo dei socialisti e democratici Pittella è qui da quindici anni, sarà qui per altri cinque anni e fa politica da quarant'anni.

Il fratello – io vengo da una regione, la piccola e povera Basilicata – è il governatore e fa politica da quarant'anni e il papà è stato senatore della Repubblica italiana e da oltre sessant'anni fa politica.

Montag, 14. Juli 2014

Benissimo. Allora, quando voi pronunciate la parola cambiamento, cosa esattamente volete dire? Inoltre, vorrei dire che in quella piccola regione, ma anche in tutto il sud Italia, si sta estraendo petrolio, l'energia del futuro, con tecniche di perforazione che sono vietate in tutto il resto del mondo come l'*Horizontal Fracking*.

Benissimo. In quelle stesse aree noi abbiamo una crescita di tumori legati all'esposizione agli idrocarburi improvvisa e irreversibile. Quando voi pronunciate le parole innovazione e sostenibilità, cosa esattamente volete dire?

Danuta Jazłowiecka (PPE). - Pani Przewodnicząca! Na początku nowej kadencji chciałabym zwrócić uwagę Parlamentu Europejskiego na bardzo istotną kwestię, mianowicie niską frekwencję w wyborach do Parlamentu Europejskiego w maju tego roku. Niska frekwencja w większości państw członkowskich jest bardzo niepokojącym zjawiskiem i niezwykle czytelnym sygnałem ze strony europejskich wyborców, ich obojętności, braku zaufania i braku nadziei wobec naszych możliwości. Średni poziom frekwencji to 43%, a w przypadku państw członkowskich o utrzymującej się niskiej frekwencji oscyluje ona nadal w granicach 20%, z rekordową w tym roku 13% frekwencją w jednym z państw członkowskich. Podjęte kroki w ramach kampanii „Działaj, reaguj, decyduj” nie przyniosły oczekiwanych rezultatów. Aby skutecznie reagować, potrzebujemy długofalowych i precyzyjnych działań zamiast doraźnej aktywności podczas okresu kampanijnego na zaledwie 5 miesięcy przed wyborami. Powinniśmy zwrócić szczególną uwagę na młodych ludzi, którzy stopniowo i masowo odsuwają się od kwestii obywatelsko-społecznych. Zwracam się więc do przewodniczącego Parlamentu Europejskiego z pytaniem: co ma zrobić z tak ważnym problemem? Czy nie powinniśmy podjąć tym razem pięcioletnich, długofalowych działań, aby przeciwdziałać tej rosnącej przepaści między społeczeństwem a instytucjami europejskimi?

Robert Jarosław Iwaszkiewicz (NI). - Pani Przewodnicząca! Panie i Panowie Posłowie! Od ponad 25 lat jestem przedsiębiorcą w sektorze małych i średnich przedsiębiorstw. Znam i rozumiem problemy drobnych firm i małych zakładów, które cierpią przede wszystkim z powodu niewyobrażalnej ilości przepisów prawnych przeszkadzających w normalnej pracy i w zarabianiu pieniędzy. Przykładowo – podatki w Polsce z powodu unijnych przepisów są tak skomplikowane, że zajmują rodzimym przedsiębiorcom aż 286 godzin rocznie. Pod względem przyjazności podatkowej Polska zajmuje 114. miejsce na świecie na 185 badanych krajów. Jestem głęboko przekonany, że Unia Europejska powinna natychmiast przestać tworzyć nowe prawo, a zająć się likwidacją i upraszczaniem obecnie nieszczęśliwie nam obowiązującego. Zbyt często zebrani w tej izbie zapominają, że gospodarka tworzy się w oparciu o pomysł i pracę, a nie przepisy administracyjne.

Beatrix von Storch (ECR). - Frau Präsidentin! Es ist sehr schade, dass Herr Präsident Schulz meinen Antrag auf Änderung der Tagesordnung nicht bescheiden konnte und ihn unterbrechen musste, weil es kein Antrag auf Änderung der Tagesordnung, sondern ein Antrag zur Geschäftsordnung war. Sehr bedauerlich!

Ich wollte zu dem Thema Jean-Claude Juncker gleichwohl noch etwas sagen: Wir wählen ihn morgen zum EU-Kommissionspräsidenten. Es hat auf jeden Fall in Deutschland ein großes Theater um den sogenannten Spitzenkandidaten gegeben. Die Bürger in der EU sollen glauben, dass durch die Wahl des EU-Kommissionspräsidenten die EU und die EU-Kommission insbesondere irgendwie demokratisch sei.

Etwa 15 % der Deutschen kennen auf Nachfrage den Namen von Herrn Juncker. Sie kennen seinen Namen, nicht sein Programm, aber seinen Namen.

Letztlich verantwortet Herr Juncker alle Gesetze, die hier verabschiedet werden. Denn die EU-Kommission ist die Einzige, die hier Gesetze initiiert. Es ist nicht das Parlament. Alle Gesetze, die hier verabschiedet werden, kommen aus der EU-Kommission. Meine Damen und Herren, der Grundfehler der EU ist die unkontrollierte Machtkompetenz der EU-Kommission.

Montag, 14. Juli 2014

Csaba Sógor (PPE). - Az európai polgári kezdeményezés jogintézményét azért vezette be a Lisszaboni Szerződés, hogy a polgárok közvetlenül részt vehessenek az európai szakpolitikák alakításában. Nagyon nehéz azonban sikerről beszélni, ha a Bizottság sok esetben szűken értelmezi hatáskörét. Európa sokszínűsége érték! A sokszínűség védelmében azonban ezek szerint nem léphetnek fel az európai intézmények. Ha az őshonos nemzeti kisebbségek védelméről szóló polgári kezdeményezés nem európai hatáskör, ez azt jelenti, hogy Európa nem hallja meg több mint 40 millió polgárának a hangját, nem vesz tudomást sajátos helyzetükről, és azokat a véleményeket erősíti, amelyek szerint az etnikailag homogén nemzetállamok a kívánatosak. Sokan azért bírálják az Uniót, mert túl sok mindenbe beleavatkozik, miközben az igazán fontos kérdésekben nem nyilvánul meg.

A romániai magyarok képviselőjeként az a feladatom, hogy közvetítem közösségünk üzenetét. Fontosnak tartjuk az Európai Uniót, támogatjuk a tagállamok, régiók, nemzetek közötti szolidaritást, ám elvárjuk, hogy Európa odafigyeljen a hagyományos nemzeti kisebbségek problémáira is, és válaszokat is találjon ezekre a problémákra.

Csaba Molnár (S&D). - Tisztelt Képviselőtársaim! A múlt hét folyamán a Demokratikus Koalíció európai parlamenti képviselői egy írásbeli kérdéssel fordultak a Bizottsághoz a Magyarországon frissen bevezetett és a sajtószabadságot rendkívüli módon korlátozó új reklámadó miatt. E reklámadónak egyetlen ki nem mondott, de bevallott célja van, hogy a kormány ellenőrzés alatt még nem álló, független, legnagyobb magyar kereskedelmi televíziót, az RTL Klubot megpróbálja ellehetetleníteni. Az elmúlt négy évben a magyar kormány, visszaélve kétharmados parlamenti többségével, egyrészt az Európai Unióban sehol nem látott méretű kormánypárti médiabirodalmat alakított ki, másrészt pedig mindféle büntetőintézkedésekkel súlytotta a még független média maradékait.

Ezért azt tudjuk mondani most már sajnos, hogy mindezen intézkedések eredményeképpen Magyarországon európai értelemben vett független sajtóról, sajtószabadságról már nem lehet beszélni. Mindezek érdekében kértem az Európai Bizottságot, és kérem újra, hogy indítson vizsgálatot a magyarországi reklámadó kapcsán, hogy az megállja a helyét az Európai Unióban és tegyen hathatós intézkedéseket a magyar sajtószabadság helyreállítása érdekében.

Ruža Tomašić (ECR). - Svibanjske poplave u Republici Hrvatskoj ugrozile su 35.000 ljudi, od čega ih je 13.000 evakuirano. Mnogi od tih ljudi izgubili su gotovo svu svoju imovinu te i danas žive kod rodbine ili prijatelja. 8.000 hektara poljoprivrednih površina bilo je pod vodom koja je iza sebe ostavila i više od 10.000 uginulih životinja.

Iako je prošlo gotovo dva mjeseca otkad je vodena bujica poharala županjsku Posavinu, život se u napuštena sela još nije vratio. Unatoč velikoj solidarnosti ostatka Hrvatske i enormnoj energiji koju su volonteri i humanitarci uložili u pomaganje unesrećenima, ostaje otvoreno pitanje kad će stambeni i gospodarski kapaciteti biti ponovno spremni primiti svoje stanare i korisnike.

Stoga bih ovim putem željela apelirati na institucije Europske unije da pomognu u obnovi poplavljenih područja Republike Hrvatske i na taj način osiguraju unesrećenima što skoriji povratake na njihova ognjišta.

João Ferreira (GUE/NGL). - São hoje mais claros os verdadeiros objetivos e os resultados da intervenção da troika em Portugal. Diziam ser objetivo desta intervenção: 1) aumentar o potencial de crescimento, criar empregos e melhorar a competitividade; 2) uma descida do rácio da dívida pública e do défice orçamental; 3) a salvaguarda da estabilidade do sistema financeiro.

Três anos decorridos, os resultados são reveladores em toda a linha: a maior recessão acumulada desde a Segunda Guerra Mundial, um desemprego estrutural nunca visto em democracia, falências de dezenas de milhares de empresas, uma dívida descontrolada que ultrapassa 130% do PIB e um défice bem acima das metas estabelecidas.

Um sistema financeiro que canalizou milhões de recursos públicos para atividades especulativas contrárias ao interesse coletivo geral e que se encontra altamente vulnerável, como o demonstra a situação no Banco Espírito Santo, suscetível de comportar desenvolvimentos ainda não inteiramente previsíveis.

Desespero, emigração, desertificação, pobreza, miséria e fome, de um lado, acumulação e concentração crescente de riqueza, do outro. Romper com este caminho é um imperativo inadiável com que os povos da Europa estão confrontados.

Montag, 14. Juli 2014

Gabriel Mato Adrover (PPE). - Señora Presidenta, comienza una nueva legislatura que, evidentemente, no va a ser nada fácil.

Estamos saliendo con grandes sacrificios, fundamentalmente de los ciudadanos, de una enorme crisis que ha servido para cuestionar las políticas de la Unión Europea.

Tenemos un nuevo Parlamento y en breve tendremos una nueva Comisión. De ambas instituciones reclamo hoy, alto y claro, un compromiso con las regiones ultraperiféricas y, entre ellas, con Canarias. Apostamos firmemente por Europa, pero Europa debe apostar también por nosotros.

Hablo desde Canarias y en nombre de los canarios de todos los sectores y de todas las islas. Todos ellos quieren confiar en nuestras instituciones y albergan la esperanza de que seamos capaces de afrontar los problemas y darles solución.

Quedan muchísimos asuntos por resolver: empleo, POSEI, REF, transportes, comunicaciones... Y comienza una nueva legislatura.

Trabajemos juntos para que se convierta en una legislatura para la esperanza y hagamos que las regiones ultraperiféricas sean de verdad una oportunidad para Europa.

Romana Tomc (PPE). - Pravna država deluje, če njene najpomembnejše institucije uživajo najvišjo stopnjo zaupanja - v Sloveniji temu žal ni tako.

Zelo zaskrbljujoče je, da državljani ne čutimo zaupanja v sodni sistem in temu pritrjuje tudi Evropska komisija, saj ugotavlja, da slovensko pravosodje uživa eno najnižjih stopenj zaupanja, ko gre za neodvisnost.

V takšnih razmerah je bil vodja največje opozicijske stranke odstranjen s političnega prostora v sodnem postopku, ki zbujajo ogorčenje številnih pravnih strokovnjakov. V takšnih razmerah so se zgodile volitve.

Slovenci želimo živeti v državi, ki ji bomo zaupali, v državi, kjer so sodišča strokovna in neodvisna, v državi, kjer ne bo niti najmanjšega dvoma, da se institucije pravne države zlorabljajo z namenom odstranitve političnih nasprotnikov.

Slovenija je del Evropske unije, kjer veljajo visoki demokratični standardi in zato pričakujemo, da se bodo spoštovali tudi v Sloveniji.

Kristina Winberg (EFDD). - Fru talman! Schengenavtalet ingicks i en anda av framtidstro och samarbete. Sedan dess har världen förändrats. Idag har vi ett grannskap där gränser ritas om i blod och människor som gör vad människor alltid gjort – söker sig en ny och tryggare framtid här i EU. Medelhavsländerna signalerar att de inte klarar av att tillhandahålla ett värdigt flyktingmottagande och Dublinförordningen är idag satt ur spel.

Men det höga antalet ankommande, som ofta är i händerna på samvetlösas människosmugglare, är ohållbart. Vi föreslår därför att EU inför de tillfälliga gränskontroller som Schengenförordningen öppnar för. Bara då kan vi hitta lösningar som flyttar resurserna dit där de behövs och hjälper folk på ort och ställe.

Czesław Adam Siekierski (PPE). - Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo!

Montag, 14. Juli 2014

Przed nami pięć wymagających lat, które mogą zdeterminować przyszłość Unii Europejskiej na kolejne dekady. Jakie priorytety? Po pierwsze, musimy zakończyć walkę z kryzysem gospodarczym oraz kontynuować pracę w obszarze naprawy strefy euro. Kluczowe będzie, między innymi, ukończenie unii bankowej, która w przyszłości ma zapobiegać wstrząsom w sektorze bankowym, a uzdrowienie gospodarki to nowe miejsca pracy. Po drugie, negocjacje handlowe z USA. Spoczywa na nas odpowiedzialność za zrównoważony i sprawiedliwy kształt umowy o handlu i inwestycjach, aby osiągnąć oczekiwane obustronne korzyści. Po trzecie, ograniczenie kryzysu ukraińskiego oraz utworzenie unii energetycznej. Europie potrzeba tańszej energii, która mogłaby napędzić reindustrializację kontynentu. Po czwarte, koniecznością staje się zakończenie budowy wspólnego rynku, który po ponad dwudziestu latach od jego formalnego utworzenia nadal jest niekompletny. Największe pole do działania mamy w obszarze swobody świadczenia usług oraz telekomunikacji i energetyce. Po piąte, czekają nas przeglądy śródkresowe strategii „Europa 2020” oraz budżetu i głównych polityk wspólnotowych, między innymi WPR i polityki spójności. Konkluzje z tych przeglądów powinny wskazać na odpowiedzialność...

(Przewodnicząca odebrała mówcy głos)

Maria Grapini (S&D). - Doamnă președinte, vreau să subliniez încă o dată importanța IMM-urilor în Uniunea Europeană - importanța crucială, se știe -, dar, din păcate, în ultimii ani s-a pus accent pe dezvoltarea acestui sector prin măsuri care nu au dat rezultate. IMM-urile au încă probleme la accesul la finanțare, achiziții publice, internaționalizare.

Cunosc foarte bine situația IMM-urilor în țara mea, în România, și în Europa, ca fost ministru pe acest domeniu și știu că este nevoie să venim cu alte măsuri concrete care să rezolve și finanțarea, și achizițiile publice și internaționalizarea. Și mai este o problemă care cred că nu a fost tratată de Uniunea Europeană cum se cade: este vorba de accesul produselor din țările non europene pe piața Uniunii Europene. Știm bine că ne confruntăm cu contrafacere, cu foarte multe prețuri de dumping la producția făcută de IMM-urile din Europa.

De aceea, eu cred că este nevoie ca Comisia și noul Consiliu și noi, Parlamentul, să gândim măsuri care să rezolve problemele și nu să creeze alte probleme. Evident, mă gândesc aici și la birocrăția inutilă care îngreunează activitatea IMM-urilor. De aceea, voi pleda pentru eGuvernare, pentru consolidarea securității și încrederii în piața digitală, dar și pentru protecția pieței Uniunii Europene.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). - Pani Przewodnicząca! Koledzy i Koleżanki! Chcę zwrócić uwagę na problem ważny dla Parlamentu Europejskiego i naszego stosunku do obywateli. Chodzi o kwestie przestrzegania zasady transparentności i jawności głosowań. Regulamin Parlamentu Europejskiego pozostawia bardzo wiele do życzenia. Głosowanie przy wyborze przewodniczącego Parlamentu Europejskiego nie było głosowaniem jawnym – było głosowaniem tajnym. Jutrzejsze głosowanie mające na celu wybór szefa Komisji Europejskiej będzie też głosowaniem tajnym. W moim głębokim przekonaniu to nie odpowiada zasadzie jawności, a tylko jawność gwarantuje odpowiedzialność polityków przed obywatelami. Kładę zatem pod rozwagę konieczne zmiany Regulaminu Parlamentu Europejskiego, tak aby nasze prace były transparentne – głosowania, szczególnie te o największym znaczeniu, powinny być jawne. Zamierzam z tego względu przedstawić projekt zmiany Regulaminu Parlamentu Europejskiego.

María Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). - *(La oradora inicia su intervención en gallego.)*

Señora Presidenta, decía que vengo de Galicia, un pueblo de los que conforman la realidad plurinacional del Estado español, un pueblo que, al igual que el resto de los pueblos del Sur, padece hambre, exclusión social y pobreza. Me gustaría que una de las prioridades de este Parlamento, en esta legislatura, sea establecer la renta básica universal a nivel de la Unión Europea y también el pleno empleo, así como un salario mínimo que permita vivir dignamente de nuestro trabajo.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). - Κυρία Πρόεδρε, η επίθεση των μονοπωλίων της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των αστικών κυβερνήσεων προωθείται με καταστολή των εργατικών – λαϊκών αγώνων σε όλα τα κράτη μέλη.

Montag, 14. Juli 2014

Η ελληνική κυβέρνηση ιδιωτικοποιεί παραπέρα τη Δημόσια Επιχείρηση Ηλεκτρισμού στα πλαίσια της ενιαίας στρατηγικής της Ευρωπαϊκής Ένωσης για απελευθέρωση της ενέργειας, την οποία αποδέχονται όλα τα κόμματα που την υποστηρίζουν. Η ενέργεια αυτή γίνεται πανάκριβη για τους λαούς, πεδίο κερδοφορίας για τα μονοπώλια, αντικείμενο ανταγωνισμών, επεμβάσεων και πολέμων όπως στην Ουκρανία όπου πρωτοστατούν η Ευρωπαϊκή Ένωση, οι Ηνωμένες Πολιτείες και το ΝΑΤΟ. Χιλιάδες λαϊκά νοικοκυριά που μένουν χωρίς ρεύμα γιατί δεν μπορούν να πληρώσουν καλούνται τώρα να πληρώσουν ακόμα ακριβότερα.

Η συγκυβέρνηση Νέας Δημοκρατίας και ΠΑΣΟΚ επιστράτευσε τους απεργούς της Επιχείρησης Ηλεκτρισμού, όπως είχε κάνει προηγουμένα με τους ναυτεργάτες, τους καθηγητές, τους εργαζομένους στο μετρό. Η ταξική δικαιοσύνη κηρύσσει παράνομες τις απεργίες, οι κυβερνήσεις χτυπάνε το απεργιακό δικαίωμα στην κατεύθυνση του αντεργατικού εκτρώματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, του Κανονισμού «Μόντι II». Ήδη η συγκυβέρνηση και η Τρόικα προωθούν την ουσιαστική απαγόρευση του δικαιώματος της απεργίας και την καθιέρωση του «lock out».

Το ΚΚΕ απαιτεί την άρση της πολιτικής επιστράτευσης και των νόμων που περιστέλλουν τις συνδικαλιστικές ελευθερίες. Παλεύει για την κατάργηση όλων των νόμων που απελευθερώνουν την ενέργεια, για να αποτελέσει αυτή φθηνό λαϊκό αγαθό.

Președinte. - Cu această, am încheiat lista de vorbitori. Aș vrea, înainte de a încheia ședința și a face ultimul anunț, să îi felicit pe colegii noștri francezi cu ocazia zilei naționale, pentru că ne aflăm la Strasbourg.

14. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

15. Schluss der Sitzung

(Ședința a fost ridicată la ora 18.00.)

Dienstag, 15. Juli 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. JULI 2014

(2022/C 344/02)

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	15
2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	15
3. Berichtigungen (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	15
4. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	16
5. Erklärung des Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission (Aussprache)	16
6. Wahl des Präsidenten der Kommission	41
7. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	43
8. Lage in der Ukraine (Aussprache)	43
9. Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) (Aussprache)	64
10. Berichtigungen (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	100
11. Rücknahme der Mutterschutzrichtlinie (Aussprache)	100
12. Vernichtung der syrischen Chemiewaffen im Mittelmeer zwischen Griechenland und Italien (Aussprache) ..	116
13. Einführung des Euro in Litauen zum 1. Januar 2015 (Aussprache)	122
14. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	134
15. Schluss der Sitzung	134

Dienstag, 15. Juli 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. JULI 2014

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 10.05 Uhr eröffnet.)

Bruno Gollnisch (NI). - Monsieur le Président, je vous remercie de me donner la parole.

Mon rappel au règlement se fonde sur l'article 118 de celui-ci relativement à l'audition, qui est intervenue hier en commission, de candidats à la Commission exécutive. En effet, en commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures et en commission des affaires étrangères, par une mesure discriminatoire que je crois contraire au règlement, la parole a été refusée aux députés non-inscrits. Or, l'article 118 du règlement qui règle cette question renvoie à l'annexe XVI. L'annexe XVI du règlement prévoit que si les coordinateurs de groupes ont bien compétence pour organiser la discussion, en revanche, les temps de parole sont répartis conformément à l'article 162. L'article 162, paragraphe 4, prévoit à plusieurs reprises un temps de parole pour les non-inscrits.

Il s'agit donc d'une mesure tout à fait discriminatoire dont j'espère qu'elle n'augure pas de la suite des travaux de ce Parlement.

Der Präsident. - Vielen Dank für den Hinweis. Wir überprüfen die Angelegenheit und geben Ihnen Bescheid.

Meine Damen und Herren! Bevor ich in die Tagesordnung einsteige, möchte ich zunächst Ihre Aufmerksamkeit eine kleine Sekunde auf einen Kollegen lenken, der hier oben, von mir aus gesehen ganz links, sitzt, der über viele Jahre, mehrere Jahrzehnte, den reibungslosen Ablauf der Sitzungen dieses Hauses in einem maßgeblichen Umfang sichergestellt hat. Herr Paul Dunstan hat heute seinen letzten Sitzungstag im Europäischen Parlament, seinen letzten Arbeitstag. Herr Dunstan, Sie haben jahrzehntelang diesem Hause gedient, und Sie waren für den Ablauf der Plenarsitzungen dieses Parlaments fast wichtiger als die Abgeordneten selbst. Sonst hätte das hier nie geklappt. Ich möchte Ihnen im Namen des gesamten Hauses unseren großen Dank aussprechen für Ihre unermüdliche Arbeit, die Sie hier geleistet haben. Vielen Dank, Herr Dunstan!

(Beifall)

2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Berichtigungen (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

Dienstag, 15. Juli 2014

4. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

5. Erklärung des Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission (Aussprache)

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache zur Erklärung des Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission. Nach der Tagesordnung erfolgt diese Aussprache jetzt gleich.

Bei dieser Aussprache, meine Damen und Herren, gibt es kein *Catch-the-eye*-Verfahren, und ich werde auch keine blauen Karten akzeptieren.

Meine Damen und Herren! Der Rat hat in seiner Sitzung zur Nominierung eines Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten in einer Kampfabstimmung, die es im Rat erstmalig in dieser Form gab, und unter tätiger Mithilfe des Europäischen Parlaments – man müsste sagen: mit leichter Nachhilfe durch das Europäische Parlament – Herrn Jean-Claude Juncker als diesen Kandidaten benannt. Herr Juncker, ich begrüße Sie herzlich im Europäischen Parlament. Sie bekommen jetzt die Gelegenheit, Ihre Rede, Ihre Antrittsrede, Ihre Bewerbungsrede vor dem Parlament vorzutragen. Ich begrüße Sie herzlich im Europäischen Parlament, wo Sie kein Neuling sind, sondern in vielfältigen Funktionen schon anwesend waren. Ich möchte Ihnen zunächst einmal zu dieser Nominierung durch den Rat gratulieren und erteile Ihnen das Wort.

Jean-Claude Juncker, *candidat à la fonction de Président de la Commission* - Monsieur le président, Mesdames, Messieurs, le 25 mai, les citoyens européens nous ont parlé. Ils nous ont envoyé des messages forts quoique parfois contradictoires. Aujourd'hui et au cours des années à venir, nous devons leur répondre. Répondre à leurs attentes, à leurs angoisses, à leurs espoirs par le rêve, parce qu'en Europe, il y a une place pour le rêve. C'est ici même au Parlement européen, haut lieu de la démocratie européenne, que je veux présenter les orientations générales qui présideront aux travaux et à l'action de la prochaine Commission. Je dis bien des orientations générales. Les orientations sommaires que je vous ai fait parvenir par écrit dans toutes les langues officielles, parce que toutes les langues ont la même dignité. Je voudrais remercier les traducteurs qui ont passé une nuit blanche sur un texte que j'ai finalisé tard hier soir.

Le programme détaillé de la Commission sera l' du collège des commissaires qu'il vous reviendra de légitimer pas votre vote, en automne. Le Parlement qui vient d'entamer son mandat de législature est un parlement qui est différent de ses prédécesseurs. Vous êtes le premier parlement à élire vraiment, à élire dans tous les sens du terme, le Président de la Commission. Vous l'élirez dans un nouvel esprit. Le lendemain des élections, vous avez insisté sur l'exigence qu'il y avait de tenir compte des résultats du suffrage universel. Ce faisant, vous avez donné son véritable sens, sa véritable signification démocratique et politique à l'article 17, paragraphe 7, du traité de Lisbonne. Sans votre insistance et sans votre plaidoyer, cet article serait resté lettre morte pour toujours. Vous avez défendu le principe démocratique et vous avez eu raison de le faire. Un parlement qui impose l'observation du principe démocratique fait un travail noble et ne mérite ni critique acerbe et injustifiée, ni procès d'intention mal inspiré.

Je veux rendre ici hommage aux autres candidats tête de liste qui ont ajouté une forte dose de vivacité, un autre débat démocratique. Si la famille politique de l'un d'entre eux avait remporté le scrutin, j'aurais été le premier à demander à cette Assemblée de l'investir du mandat de composer la prochaine Commission.

Le Parlement et la Commission sont deux institutions communautaires par excellence. Dès lors, il n'est que normal que le Président du Parlement et le Président de la Commission, d'une part, et que le Parlement et la Commission, d'autre part, entretiennent des relations de travail et de conception privilégiées. Nous serons des acteurs communautaires, non pas contre le Conseil européen ou contre le conseil des ministres; l'Europe ne se construit pas contre les États ni contre les nations, qui ne sont pas une invention provisoire de l'histoire, mais qui sont installés dans la durée. Nous, Parlement et Commission, nous agissons dans l'intérêt général et je voudrais que nous le fassions ensemble.

Dienstag, 15. Juli 2014

Le Conseil européen propose le Président de la commission. Cela ne fait pas de celui-ci son secrétaire. La Commission n'est pas un comité technique composé de hauts fonctionnaires brillants aux ordres d'une autre institution. La Commission sera politique. Je la veux plus politique. Elle sera très politique. Sa composition doit refléter la pluralité de la majorité d'idées qui est en train de se mettre en place et j'aimerais que le Conseil européen, lorsqu'il organisera son architecture interne, s'inspire du même principe.

Le Président de la Commission est élu par votre Assemblée mais cela ne fait pas de lui un receveur d'ordres. Je ne serai pas l'aide de camp du Parlement européen. Mais ne doutez pas une seule seconde de ma volonté de mettre fin à la fonction d'un commissaire auquel vous auriez retiré votre confiance, ni de ma volonté de faire suivre en principe par une proposition législative vos interventions et vos invitations dans ce sens. Aussi, le droit de poser des questions ne sera pas entamé. Il restera tel qu'il est.

Je vais demander aux commissaires d'assister plus souvent aux moments forts des trilogues importants et je voudrais que le Conseil fasse de même. Je ferai en sorte que le registre des lobbies soit rendu public et obligatoire. Je voudrais que les Européens sachent qui est venu voir qui, qui a parlé à qui, et je voudrais que les autres institutions nous suivent dans cette démarche.

(Applaudissements)

Je ferai en sorte que les règles de procédure entourant les diverses autorisations en matière d'OGM soient revues. Je ne voudrais pas que la Commission puisse décider alors qu'une majorité d'États membres ne l'y auraient pas encouragée.

D'une façon générale, Mesdames, Messieurs, renonçons aux débats idéologiques qui n'ont d'autre fin que d'alimenter les divisions. Remplaçons-les par des débats vertueux qui prennent appui sur des convictions fortes et sur des ambitions qui portent loin. Choisissons le pragmatisme comme méthode. Concentrons-nous sur des réalisations concrètes engendrant des effets bénéfiques pour tous les Européens. Ne fatiguons pas ceux qui nous observent par des débats interinstitutionnels qui nous éloignent de l'essentiel, c'est-à-dire du citoyen européen. Et je dis aux gouvernements: «Résistez plus souvent à la tentation de critiques en rentrant chez vous sur les décisions que vous avez prises ensemble à Bruxelles.»

(Applaudissements)

«Si vous avez dit oui à Bruxelles, ne dites pas non ailleurs. Ne dites jamais, jamais plus, après une réunion du Conseil européen ou du Conseil, que vous avez remporté une victoire et que les autres ont perdu. En Europe nous gagnons ensemble et c'est ensemble que nous perdons.»

(Applaudissements)

L'Europe est devenue illisible parce que très souvent nous transformons sa description en caricature. Renonçons au nombrilisme national. En Europe, jouons collectif. Appliquons la méthode communautaire. Oui, elle est exigeante, mais elle est efficace. Elle a fait ses preuves et elle est plus crédible que les dérives intergouvernementales. Il faut, Mesdames et Messieurs, réhabiliter la méthode communautaire.

(Applaudissements)

Ja, Herr Präsident – ich drücke mich jetzt in der Sprache des Weltmeisters aus –, Europa hat an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Die Distanz zwischen der Europäischen Union und den Bürgern wächst. Nur die total Blinden und die total Tauben hören und sehen das nicht. Die Europäische Union befindet sich sehr oft in Erklärungsnot, und wir befinden uns in permanenter Bringpflicht, um Europa besser zu erklären.

Dienstag, 15. Juli 2014

Europa, Herr Präsident, braucht eine breit aufgestellte Reformagenda. Der Status quo ist keine komplette Palette. Wir müssen sie erweitern. Die Menschen haben sehr oft Angst vor Reformen. Sie empfinden sie als bedrohlich, als zu risikoreich. Aber wer kein Risiko eingeht, der geht das größere Risiko ein. Wir müssen Risiken eingehen, um Europa wettbewerbsfähiger zu machen. Wir haben als Europäische Union an internationaler und globaler Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Wir sind zurückgefallen, weil wir stehen geblieben sind. Wir müssen wieder in Vorsprung kommen.

Wettbewerbsfähigkeit wird oft verwechselt mit einseitigem Sozialabbau. Aber Wettbewerbsfähigkeit erreicht man nicht mit Sozialabbau. Wettbewerbsfähigkeit erreicht man dadurch, dass man sich ein breit gefächertes Konzept an die Hand gibt. Ziel muss sein, die Europäische Union zu einem aktiven Standort zu machen – Standort für Menschen, Standort für Investoren. Dazu gehört auch das Prinzip – man muss manchmal an die Notwendigkeit erinnern –, dass die Wirtschaft den Menschen zu dienen hat und nicht umgekehrt. Wirtschaft hat den Menschen zu dienen.

(Beifall)

Dies erzwingt, dass die Binnenmarktregeln keinen höheren Wert haben als die sozialen Mindestregeln. Binnenmarkt geht nicht immer vor, auch das Soziale muss seinen Platz in Europa behalten.

(Beifall)

Ich bin ein begeisterter Anhänger der sozialen Marktwirtschaft. «Wohlstand für alle», hat Ludwig Erhard gesagt, nicht nur Wohlstand für einige wenige. Wohlstand für alle, das muss die Maxime jeder Wirtschafts- und Sozialpolitik sein.

Man sagt oft angesichts der Krise, die soziale Marktwirtschaft hätte versagt. Nein, meine Damen und Herren, nicht die soziale Marktwirtschaft hat versagt! Versagt haben die, die gegen die Kardinaltugenden der sozialen Marktwirtschaft durch Profitgier, durch Geldgier, durch die Politik des schnellen Geldes verstoßen haben! Nicht die soziale Marktwirtschaft hat versagt.

(Beifall)

Soziale Marktwirtschaft funktioniert nur, wenn es sozialen Dialog gibt. Der soziale Dialog hat in den vergangenen Krisen Jahren gelitten. Er muss sowohl national als auch und vor allem auf europäischer Ebene wiederbelebt werden. Ich möchte ein Präsident des sozialen Dialogs sein.

(Beifall)

Standortsicherung braucht Wachstum, nicht schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme, die zu Strohfeuer führen, die auf Dauer keine Arbeitsmarktwirkung zeitigen. Was wir brauchen ist ein nachhaltiges Wachstum für Jahrzehnte. Wir brauchen ein anspruchsvolles Arbeits-, Wachstums-, Investitions- und Wettbewerbsfähigkeitspaket. Wieso brauchen wir das? Weil wir viele Menschen in Europa wieder zurück nach Europa, wieder zurück in die Mitte des Lebens führen müssen. Wachstumspakete, Wettbewerbsfähigkeitspakete, Investitionsprogramme haben nur ein Ziel: die Menschen wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückzubringen.

Es entsteht zurzeit innerhalb der Grenzen der Europäischen Union ein 29. Staat. Das ist der Staat, in dem die wohnen, die keine Arbeit haben. Ein Staat, in dem jugendliche Arbeitslose wohnen. Ein Staat, in dem Ausgeschlossene, Zurückgeworfene, am Wege stehen Gebliebene leben. Ich hätte gerne, dass dieser 29. Mitgliedstaat wieder ein normaler Mitgliedstaat wird. Deshalb schlage ich ein anspruchsvolles Investitionsprogramm vor. Bis Februar 2015 möchte ich dieses anspruchsvolle Wachstums-, Investitions-, Wettbewerbsfähigkeits- und Arbeitspaket vorlegen.

Ich hätte gerne, dass wir in den nächsten drei Jahren 300 Milliarden Euro an öffentlichen und vor allem privaten Investitionen mobilisieren. Das werden wir tun, und ich wäre dankbar, wenn das Parlament mich auf diesem Weg unterstützen würde. Wir können das tun durch zielorientiertes Nutzen der bestehenden Strukturfonds und durch das zielorientierte Nutzen der verfügbaren und auszubauenden Instrumente der Europäischen Investitionsbank.

Wir brauchen Investitionen in Infrastrukturprojekte, abgestimmte Investitionen, wir brauchen Investitionen im Breitbandbereich, in Sachen Energienetze, wir brauchen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur der Industriezentren. Wir brauchen eine Reindustrialisierung Europas. Wir brauchen auch Investitionen im industriellen Bereich. Wir brauchen Investitionen in Sachen Forschung, Entwicklung, erneuerbare Energien. Erneuerbare Energien sind nicht das Spielfeld ökologischer Gutmenschen. Erneuerbare Energien und ihr Ausbau sind die Voraussetzung, dass das Europa von morgen wirklich dauerhaft beständige, nachhaltige Standortvorteile im Direktvergleich zu anderen Playern in der Welt hat.

Dienstag, 15. Juli 2014

(Beifall)

Ein stärker investierendes Europa ist ein Europa für mehr Wohlstand, es ist ein Europa für mehr Arbeitsplätze. Investitionen sind der beste Verbündete der Arbeitslosen. Wir müssen parallel dazu die Jugendgarantie ausbauen. Ich hätte gerne, dass wir die Altersgrenze schrittweise von 25 auf 30 Jahre erhöhen.

Investitionen sind nur dann zielorientiert zu gestalten, wenn wir in Sachen Bürokratieabbau von der Stelle kommen, vor allem bezüglich der kleinen und mittleren Unternehmen. Mittelständler sind keine Großkapitalisten. Mittelständler arbeiten hart. Mittelständler schaffen Arbeitsplätze. Wir müssen mehr für den Mittelstand tun, vor allem über den Weg des resoluten Abbaus der bürokratischen Übertreibungen.

Wir müssen Ernst machen mit der Anwendung des Prinzips der Subsidiarität. Seit dem Maastrichter Vertrag reden wir über die korrekte Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Wir tun es nur mangelhaft. Unsere Reden dauern länger als die Anstrengungen, die wir leisten, um in Sachen Bürokratieabbau von der Stelle zu kommen und um dafür Sorge zu tragen, dass die Europäische Kommission und die Europäische Union, statt sich in alle Details, Winkel und Ecken der Menschen einzumischen, sich um die wirklich großen europäischen Probleme kümmert. Nicht jedes Problem, das es in Europa gibt, darf zum Problem der Europäischen Union werden. Wir sollen uns um die großen Sachen kümmern!

(Beifall)

All dies, Herr Präsident, muss natürlich Stabilitätspakt-konform in die Wege geleitet werden. Wir werden den Stabilitäts- und Wachstumspakt in seinen Grundzügen nicht verändern. Dies hat der Europäische Rat festgestellt. Ich halte mich an diese Maßgabe in den nächsten Jahren.

Stabilität war versprochen worden bei Einführung der gemeinsamen Währung. Stabilität ist nicht nur ein Eintrittsgebot, sondern Stabilität ist ein dauerhaftes Gebot. Stabilität war versprochen, Europa darf seine Versprechen nicht brechen! Ich werde sie nicht brechen!

(Beifall)

Aber der Europäische Rat hat zu Recht festgestellt, dass wir die Flexibilitätsmargen, die der 2005, 2011 reformierte Stabilitätspakt enthält, auch nutzen, um die Dimension Wachstum des Stabilitäts- und Wachstumspaktes voll zur Geltung zu bringen. Das haben wir in der Vergangenheit auch getan, das werden wir in Zukunft verstärkt tun – wobei es mir schon auf die Feststellung ankommt, Herr Präsident, dass das, was wir in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht haben, das, was wir geleistet haben, nicht gering geschätzt werden soll. Ich war Vorsitzender der Euro-Gruppe und bin froh, es nicht mehr zu sein. Denn eine vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltung ist das nun wirklich nicht. Ob die Aufgabe, für die ich mich heute bewerbe, angenehmer werden wird, wage ich im Übrigen zu bezweifeln. Aber wir haben während der Eurokrise – die keine Eurokrise war, sondern eine Schuldenkrise – ein brennendes Flugzeug im Flug reparieren müssen. Das war nicht einfach, das entspricht nicht allen Anforderungen hoher Staatskunst, das entspricht nicht den Geboten ausgefeilter politischer Ästhetik. Aber wir haben es geschafft, dass die Euro-Zone als Ganzes erhalten blieb.

Vor etwas mehr als einem Jahr haben Spekulanten aller Provenienz – und viele lachen da – darauf gewettet, dass die Euro-Zone in sich selbst zusammenfallen würde. Sie ist es nicht! Es wurden auf vielen Finanzplätzen Wetten abgeschlossen, dass Griechenland aus der Eurozone ausscheiden würde. Ich habe alles getan und ich bin stolz darauf, dass Griechenland, dieses tüchtige Volk, diese große Nation, immer noch Mitglied der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist.

(Starker Beifall)

Dienstag, 15. Juli 2014

Aber, Herr Präsident, wir haben auch Fehler gemacht. Ein brennendes Flugzeug im Flug zu reparieren, ist keine einfache Sache. Da verbrennt man sich schon von Zeit zu Zeit die Finger. Ich hätte gerne in Zukunft, wenn es noch zu Anpassungsprogrammen kommt – ich sehe im Übrigen keine Notwendigkeit, dass es in den nächsten Jahren dazu käme –, dass, bevor ein Anpassungsprogramm zur Anwendung kommt, eine sehr minutiöse soziale Folgenabschätzungsstudie gemacht wird. Ich wüsste gerne, wie sich Anpassungsprogramme im Leben der Menschen auswirken. Es wird in Zukunft keine Anpassungsprogramme ohne vorgeschaltete Analyse sozialer Impakte geben können.

(Beifall)

Und ich hätte gerne, dass wir uns jedes Mal, wenn Anpassungsprogramme ins Haus stehen, einen Plan B zurechtlegen, einen Plan B, auf den wir uns dann beziehen können, wenn die makroökonomischen Voraussagen nicht stimmen. Wenn es weniger Wachstum in einem Land gibt, als dies Grundlage eines Anpassungsprogramms war, dann muss man auch die Anpassungsprogramme anpassen können. Deshalb bin für die parallele Aufstellung eines Plans B in all diesen Fällen.

(Zwischenruf)

It does not seem to convince you?

Ich hätte gerne, dass wir über das Instrument der Troika neu nachdenken. Das Parlament hat in einschlägigen Berichten dargelegt, dass es der Troika, so wie sie jetzt funktioniert, an demokratischer Substanz fehlt. Es fehlt ihr an demokratischer Substanz, es fehlt ihr eine parlamentarische Dimension. Wir müssen die Troika neu ausrichten, sie demokratischer, parlamentarischer, politischer machen. Wir werden dies tun!

(Beifall)

We cannot spend money that we do not have. We have to replace deficits and debt with ideas. These ideas are there. We must better use the opportunities offered by digital technology, which does not know any borders. We must break down national silos of telecommunication regulations, of copyright and of data protection. We have to break down national silos as far as the management of radio waves is concerned, and so on. We must knock down these barriers, these hurdles to growth. Roaming charges in Europe have to disappear, and they will disappear. If we are successful in implementing a real digital single market, we can generate EUR 250 billion of additional growth in Europe, and we will do it.

We need – as was so often said (mainly during the Ukraine crisis) – a resilient energy Union with a forward-looking climate-change policy. We have to reorganise Europe's energy policy into a new European energy union. We need to pool resources, combine infrastructures and unite our negotiating power vis-à-vis third countries. We need to diversify our energy sources and reduce the high energy dependency of several of our Member States.

I think that the European energy union will become the world number one in renewables and will contribute to significantly-enhanced energy efficiency beyond the 2020 objective, notably when it comes to buildings. A binding 30% objective for energy efficiency by 2030 is, to me, the minimum if we want to be credible and forward-looking. We cannot pretend to be the leader as far as climate change policy is concerned if we do not become more efficient when it comes to energy efficiency.

(Applause)

The internal market has to be completed. If we are successful in this, we will add another EUR 200 billion of added value to the European economy. We have to do it. We have to complement the new European rules for banks with a capital markets union. To improve the financing of our economy, we should further develop and integrate capital markets. This would cut the cost of raising capital, mainly for small and medium-sized enterprises.

Free movement of workers has always been one of the key pillars of the internal market. I will defend that principle. Free movement is an opportunity, not a threat. The rules will not be changed. It will be up to national authorities to fight against abuse of fraudulent claims. I will initiate a targeted review of the Posting of Workers Directive and its implementation. We have to fight social dumping, and we will do it.

Dienstag, 15. Juli 2014

I will combat tax evasion and tax fraud. I am in favour of the adoption at EU level of the common consolidated corporate tax based on the Financial Transaction Tax. We have to fight against money laundering, and we will do it.

(Applause)

Pour ce qui est de l'Union économique et monétaire, Monsieur le Président, je voudrais attirer votre attention sur le fait que la crise n'est pas terminée. *The crisis is not over*. La crise n'est pas terminée tant qu'il y a vingt-cinq mille hommes et femmes qui sont au chômage. La crise est terminée lorsque le plein emploi aura été restauré. Pour y arriver, nous devons mieux coordonner nos politiques économiques. Nous devons mettre en place un gouvernement économique, une gouvernance économique, une espèce de gouvernement économique. Et nous le ferons.

Nous devons rester exigeants en ce qui concerne la nécessaire mise en place de réformes structurelles qui, à moyen terme, contribueront à la croissance de l'économie européenne. Si les États membres de l'Union économique et monétaire font des efforts particuliers, il faudra que nous réfléchissions à des incitations financières qui accompagneront ce processus. Il faudra dans ce cadre que nous réfléchissions à la mise en place d'une capacité budgétaire propre pour la zone euro.

Nous devons cesser d'être ridicules et de nous faire représenter, en tant que monnaie parmi les plus fortes, par tant de représentants qui, très souvent, se contredisent l'un l'autre. Je voudrais que l'Union économique et monétaire et que l'euro soient représentés par une seule chaise, par une seule place et par une seule voix dans les institutions de Bretton Woods.

(Applaudissements)

Comme je suis à Bretton Woods, soit au milieu des États-Unis, je voudrais vous dire un mot au sujet de l'accord de libre-échange avec les États-Unis. Je suis pour la conclusion de cet accord. Je crois que les deux espaces économiques les plus vastes et que les deux plus grandes démocraties de la planète conjuguent leurs forces dans l'intérêt à la fois des Américains et des Européens. Ceci dit, l'accord ne sera pas conclu à n'importe quel prix. Nous ne pouvons pas abandonner nos normes en matière de santé. Nous ne pouvons pas abandonner nos normes sociales. Nous ne pouvons pas abandonner nos exigences en matière de protection des données. Je ne voudrais pas que la protection des données fasse partie de la négociation avec nos amis américains. Et ne je voudrais pas que nous mettions en place des juridictions parallèles secrètes. Nous sommes des espaces de droit, et aux États-Unis comme en Europe, appliquons le droit et faisons en sorte que ces négociations soient entourées d'une transparence maximale.

Je vous dis ceci: «Si nous ne publions pas les documents afférents, je ne parle pas des documents qui portent sur la stratégie de négociation, cet accord échouera. Il échouera devant nos opinions publiques, il échouera devant ce Parlement et il échouera devant nos parlements nationaux si jamais il devait y avoir un accord mixte. Soyons donc plus transparents parce que nous n'avons rien à cacher. Ne donnons pas l'impression de devoir cacher quelque chose. Ne cachons rien, rendons transparents les documents afférents.»

(Applaudissements)

L'Union européenne est une union de valeur. Nous sommes crédibles à l'égard du reste du monde si nous sommes exigeants vers l'intérieur, en matière de valeurs fondamentales. Je nommerai un commissaire qui sera responsable de l'application de la charte des droits fondamentaux. Je voudrais que l'Union européenne rejoigne le plus rapidement possible les membres de la convention européenne des droits de l'homme du Conseil de l'Europe.

La directive anti-discrimination restera sur la table et j'essaierai de convaincre le Conseil de l'adopter le plus rapidement possible, au moins dans ses grandes lignes.

L'immigration et la migration, l'immigration légale, l'immigration illégale sont des sujets qui, presque au quotidien, occupent nos concitoyens. Nous avons besoin d'une politique commune en matière d'asile et je proposerai une politique commune en matière d'asile.

(Applaudissements)

Dienstag, 15. Juli 2014

Nous devons réfléchir sur l'immigration légale dont l'Europe, dans les cinq années à venir, aura cruellement besoin. Faisons aussi bien que les États-Unis, que le Canada et que l'Australie. Nous pouvons ce qu'ils peuvent depuis toujours.

(Protestations)

Je me suis dit qu'il y aurait des moments d'excitation à cet endroit de mon discours et j'avais vu juste..

Protégeons nos frontières extérieures – cela vous plaira davantage –, luttons contre les bandes criminelles qui font de l'argent avec le malheur des autres. Aidons ceux qui viennent chez nous sur place avant qu'ils ne prennent le bateau pour traverser la Méditerranée et faisons en sorte qu'une meilleure solidarité s'établisse entre le nord et le sud de l'Europe. L'immigration illégale, le problème des réfugiés ne sont pas les problèmes de Malte, de Chypre, de l'Italie et de la Grèce, ce sont les problèmes de l'Europe tout entière.

(Applaudissements)

Zur Außenpolitik, Herr Präsident, möchte ich keine großen Worte verlieren. Aber Außenpolitik, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, brauchen wir dringend. Mir wäre es recht – und ich werde dafür sorgen –, dass der oder die Außenbeauftragte nicht mehr von den europäischen Außenministern ausgebremst wird. Eine gemeinsame Außenpolitik braucht auch eine einheitliche Darstellung nach außen.

(Beifall)

Der oder die Außenbeauftragte, die ein weites Arbeitsfeld ihr Eigen nennt, wird von anderen sektoriell zuständigen Kommissaren unterstützt werden. In Sachen Verteidigung geht es mir nicht darum, die Europäische Union als Gegenentwurf zur NATO zu etablieren. Beide müssen zusammen arbeiten und zusammen atmen. Aber im Verteidigungsbereich brauchen wir verstärkte Zusammenarbeit, so wie der Lissabon-Vertrag dies ja auch vorsieht. Und wir brauchen vor allem in Sachen Beschaffungswesen mehr Zusammenarbeit, anstatt dass wir gegeneinander das beschaffen, was wir alle gemeinsam brauchen.

Es wird in den nächsten fünf Jahren kein neues Mitglied zur Europäischen Union hinzustoßen. Aus heutiger Sicht ist es unvorstellbar, dass eines der Kandidatenländer, mit denen wir verhandeln, die Beitrittskriterien allesamt und im Detail bis zum Jahr 2019 wird erfüllen können. Aber die Verhandlungen werden weitergeführt. Und andere europäische Nationen, andere europäische Länder, brauchen eine glaubwürdige, ehrlich gemeinte europäische Perspektive. Dies gilt vor allem für die Länder des westlichen Balkans, denn diese tragische Region Europas braucht die europäische Perspektive. Ansonsten werden die alten Dämonen wieder wach.

(Beifall)

J'aurais voulu vous parler, Monsieur le Président, de la nécessaire politique industrielle que nous devons mettre en place en Europe pour faire augmenter la part relative de l'industrie dans le PIB européen jusqu'à une valeur de 20 %. J'aurais voulu vous parler plus en détails de l'Ukraine, dont je voudrais saluer aujourd'hui le peuple et lui dire que nous sommes d'avis que ce peuple est européen et qu'il a sa place en Europe.

(Applaudissements)

J'aurais voulu vous expliquer en détails pourquoi j'estime nécessaire que dans tous les pays de l'Union européenne, nous mettions en place des salaires sociaux minimaux et des revenus minimum d'insertion ou des revenus minimum garantis. Nous agissons dans ce sens.

J'aurais voulu vous dire ma conviction qui est celle que les services d'intérêt général et que les services publics doivent être sauvegardés et ne peuvent pas être à la merci des caprices de l'époque. Défendons le service public en Europe.

Enfin, Mesdames et Messieurs les députés, j'aurais voulu vous parler de l'Afrique, de cette Afrique si souvent malheureuse et si souvent oubliée, mais de cette Afrique riche en ressources et, notamment, riche en ressources humaines. N'oublions pas l'Afrique et faisons en sorte que cesse ce scandale, cette tragédie, ce drame chaque jour répété, que toutes les six secondes un homme meurt de faim et que nous perdons vingt-cinq mille enfants par jour parce qu'ils ont faim. Tant que chaque jour meurent de faim vingt-cinq mille enfants, l'Europe n'a pas terminé ses travaux. L'Europe est responsable pour changer cette situation.

Dienstag, 15. Juli 2014

(Applaudissements)

Oui, Monsieur le Président, il faudra que nous prenions un nouveau départ, que nous entendions ceux qui nous ont parlé le 25 mai. Mais l'heure n'est pas à la révolution et l'heure n'est pas à la contre-révolution non plus. Si nous voulons que les Européens tombent amoureux une nouvelle fois de leur Europe, disons leur que nous sommes fiers de l'Europe. Disons leur que nous sommes fiers de bien des choses que nous avons réalisées au cours des décennies écoulées. On dit souvent que la question entre guerre et paix ne se pose plus. Or, le dialogue peu vertueux entre la guerre et la paix reste un sujet européen. Nous venons de découvrir à la périphérie de l'Union européenne que la paix n'est pas un visiteur permanent du continent européen. Soyons fiers de la génération de nos pères et mères, de la génération de nos grand-mères et de nos grands-pères qui, de retour des champs de bataille et des camps de concentration, ont fait de cette éternelle prière d'après-guerre «plus jamais la guerre», un programme politique qui jusqu'à ce jour a des effets bénéfiques.

(Applaudissements)

Nous sommes redevables envers nos parents.

(Vifs applaudissements)

Soyons fiers d'avoir été en mesure, au cours des années 90, de réussir l'élargissement, d'avoir réconcilié l'histoire et la géographie européenne et d'avoir mis fin à ce funeste décret d'après-guerre qui voulait que l'Europe soit divisée en deux parties pour toujours. Nous avons réuni sans armes mais avec conviction la géographie et l'histoire européenne. Aussi je voudrais rendre hommage à ceux qui, en Europe centrale et en Europe orientale, un jour ont décidé de prendre l'histoire en main, de ne plus subir l'histoire mais de faire l'histoire eux-mêmes. Cessons de parler d'anciens et de nouveaux États membres. Il y a des États membres, ni nouveaux ni anciens.

(Vifs applaudissements)

Et soyons fiers d'avoir mis en place la monnaie unique. La monnaie unique ne divise pas l'Europe. La monnaie unique protège l'Europe.

(Protestations couvertes ensuite par des applaudissements)

Monsieur le Président, j'ai été ministre des finances dans mon pays durant vingt ans. Tous les six mois, je devais me rendre à Bruxelles pour assister à des réalignements monétaires. Tous les six mois, j'ai vécu «*live and in colour*» à quel point le désordre monétaire était dangereux pour l'économie européenne. J'ai vécu de très nombreuses fois la perte de dignité d'un État qui, faute d'être resté compétitif, devait dévaluer. J'ai assisté avec amertume à des scènes terribles où ceux qui devaient augmenter la valeur externe de leur monnaie ne le voulaient pas, parce que perdant les marchés, et où ceux qui devaient dévaluer n'osaient pas le faire parce que craignant une incursion massive, un retour désordonné de l'inflation. Si pendant les événements de l'Ukraine, si pendant la crise économique et financière, qui nous a frappés et qui a fait de l'Europe l'épicentre d'une bataille globale, nous étions toujours dans le système monétaire européen, l'Europe aujourd'hui serait en guerre monétaire. La France contre l'Allemagne. L'Allemagne contre l'Italie. L'Italie contre le Portugal et l'Espagne. Tous contre tous. L'euro, sa discipline et ses ambitions font en sorte que nous connaissons un ordre monétaire qui nous protège. L'euro protège l'Europe.

(Exclamations: «What about Greece?»)

Monsieur le Président, la Grèce ne voulait pas quitter la zone monétaire et nous ne voulions pas que la Grèce quitte cette zone.

*(Vifs applaudissements)**(Interjection from the floor: «And Spain?»)*

What about Britain? I am defending the single currency because the single currency is protecting Europe, its economy and its citizens.

(Applause)

Dienstag, 15. Juli 2014

Monsieur le Président, si nous n'avions pas fait ce que nous avons fait au cours des décennies écoulées, si nous n'avions pas fait de l'Europe un continent de paix, si nous n'avions pas réconcilié l'histoire et la géographie européenne, si nous n'avions pas mis en place la monnaie unique et si nous n'avions pas construit en Europe le plus grand marché intérieur au monde, dans quelle situation nous retrouverions-nous aujourd'hui?

(Exclamations)

Nous serions des sans-grades, désarmés. Nous serions affaiblis. Nous serions sans armes aujourd'hui et l'Europe, grâce aux travaux et aux convictions de nos prédécesseurs, est un continent qui fait en sorte que ceux qui l'habitent puissent vivre en paix et dans un bien-être relatif.

(Le Président interrompt l'orateur)

(Vifs applaudissements)

Monsieur le Président, je ne veux pas d'une Europe qui occupe les gradins de l'histoire. Je ne veux pas d'une Europe qui observe les autres lorsqu'ils font, lorsqu'ils agissent et lorsqu'ils avancent. Je voudrais une Europe qui occupe le milieu du terrain, une Europe qui joue en avant, une Europe qui gagne, une Europe qui protège, qui existe, une Europe qui soit un modèle pour les autres. Pour ce faire, inspirons-nous des principes et des convictions que nous ont léguées les grands Européens qui étaient là alors que nous n'étions encore nulle part.

Je veux rendre ici hommage à Jacques Delors, grand président de la Commission.

(Vis applaudissements)

N'est pas Delors qui veut, mais Delors est mon ami et mon maître et son œuvre m'inspirera chaque jour.

Je veux rendre hommage ici à François Mitterrand, qui a dit que les nationalismes mènent à la guerre. François Mitterrand avait raison.

(Vifs applaudissements et protestations)

Je veux également rendre hommage à Helmut Kohl qui fut de mon vivant le plus grand Européen que j'ai eu la chance de connaître.

(Vifs applaudissements)

Faisons comme eux. Ils avaient de la patience. Ils avaient du courage. Ils avaient de la détermination. Ayons le même courage, ayons la même détermination, ayons la même patience. Ayons cette patience, ce courage, cette détermination qu'imposent les longs trajets et les grandes ambitions.

Nous pouvons faire, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, de grandes choses ensemble pour l'Europe, pour ses citoyens, pour le monde.

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, lieber Jean-Claude Juncker! Heute ist ein guter Tag für Europa. Die europäischen Institutionen haben in den letzten Wochen gezeigt, dass wir voll handlungsfähig sind. Die Bürger haben bei der Europawahl für die Zukunft Europas gewählt, für mehr Demokratie, für Reformen, für Wachstum. Im Europäischen Parlament bauen wir trotz der sozialen Folgen der großen Wirtschafts- und Finanzkrise auf eine Mehrheit von konstruktiven Kräften, die Europas Zukunft gestalten wollen.

Wir haben Europa mit dieser Wahl auch ein großes Stück demokratischer gemacht. Es ist ein historischer Tag. Erstmals haben die Wähler über die Spitze der Europäischen Kommission unmittelbar mitentscheiden können. Das hat sicher noch nicht jeder gemacht, aber es ist ein erster wichtiger Anfang. Man kann das Konzept der Spitzenkandidaten gut finden oder kritisieren. Aber in einem sollten sich Demokraten doch einig sein: Es ist grundsätzlich besser, den Wählern vor den Wahlen zu sagen, wo man hin will, mit welchem Personal man das machen will, als es nach den Wahlen zu sagen.

(Beifall)

Dienstag, 15. Juli 2014

Diesem Prinzip sind wir ein Stück nähergekommen. Das ist gut so, und das wird auch niemand zurückdrehen können.

Heute ist ein guter Tag für Europa, und als Fraktionsvorsitzender darf ich natürlich auch sagen: Es ist ein guter Tag für meine Fraktion und für meine Partei. Es steht heute ein Kandidat der Europäischen Volkspartei zur Abstimmung. Ich darf daran erinnern: Alle Programmländer – Griechenland, Spanien, Portugal und Irland – werden von der Europäischen Volkspartei regiert. Es standen Lohnkürzungen, Rentenkürzungen an, soziale Leistungen wurden zurückgefahren, Steuern wurden erhöht. Die EVP musste den Bürgern viele unangenehme Entscheidungen erklären. Wir haben den Menschen viel abverlangt. Auf der anderen Seite mussten EVP-Regierungen – beispielsweise in Finnland, Luxemburg oder Deutschland – den Menschen die Notwendigkeit von Solidarität, die Notwendigkeit von Rettungsschirmen erklären.

Im Wahlkampf wurden die schwierigen Entscheidungen der vergangenen Jahre von vielen attackiert. Wir – die Europäische Volkspartei – und auch Jean-Claude Juncker haben diese Entscheidungen verteidigt und bei den Menschen für ihre Notwendigkeit geworben. Das war nicht einfach, und trotzdem ist die Europäische Volkspartei wieder die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament. Jean-Claude Juncker hat die Wahl gewonnen. Er ist der richtige Mann zur richtigen Zeit.

(Beifall)

Jean-Claude Juncker ist Kandidat der Europäischen Volkspartei, ja, aber er wirbt heute um die Zustimmung des gesamten Europäischen Parlaments. Wir wissen, dass das Prinzip der Demokratie der Kompromiss ist. Auch die Ideen der anderen konstruktiven Kräfte im Europäischen Parlament müssen gehört werden. Jean-Claude Juncker ist gewählt worden auf seinem EVP-Programm, aber Jean-Claude Juncker steht für Konsens in diesem Europäischen Parlament. Dabei hat er auch die Unterstützung seiner Fraktion, der EVP.

Es wurde viel von Reformen gesprochen, von Veränderungen, von Aufbruch. Die Aufgaben sind klar und deutlich umschrieben worden. Für die EVP sind folgende vier Punkte zentral: Erstens: Wir brauchen Wachstum. Europa muss wettbewerbsfähig werden. Wir brauchen eine Reindustrialisierung unseres Kontinents. Zweitens: Wir müssen den Weg zu einer Stabilitätsunion weitergehen. Schulden schaffen keine Zukunft, Schulden zerstören Zukunft. Wir brauchen als Drittes mehr Respekt vor den nationalen Ebenen, insbesondere vor unseren Kollegen in den nationalen Parlamenten. Viertens: Europa muss nach den Jahren der Krise wieder den Blick nach außen wenden, bei der Flüchtlingspolitik oder wenn es um die Partnerschaft mit unseren Freunden in der Ukraine geht. Vier Prioritäten, die ich aus Sicht der EVP nochmals unterstreichen will.

Aber ich möchte meine Redezeit nicht dazu nutzen, über diese Inhalte ausführlich zu diskutieren. Dazu haben wir in den nächsten fünf Jahren genug Gelegenheit. Ich möchte meine Redezeit heute nutzen, zwei zentrale Gedanken zur Kultur, zum Umgang mit unserem Europa auszusprechen. Zunächst möchte ich einen Gedanken von Jean-Claude Juncker aufgreifen und nochmals unterstreichen: Wir reden von Veränderung und müssen uns bewusst sein, dass viele Menschen auf unserem Kontinent Veränderung und Reform eher als Bedrohung denn als Chance begreifen, eher Angst haben, wenn wir von Veränderung sprechen. Deswegen ist es wichtig, die Menschen für diesen Weg der Veränderung unseres Kontinents zu gewinnen. Mir ist dabei eines wichtig: Wir müssen uns bewusst sein, dass wir heute in einer Zeit leben, in der eine Fülle von fundamentalen Veränderungen zeitgleich ablaufen. Vor 100 Jahren war die Industrialisierung ein prägender Prozess, eine große Veränderung, die Gewinner und Verlierer in der Gesellschaft verursacht hat, die die Welt damals verändert hat. Heute leben wir in einer Zeit, in der fundamentale Veränderungen in einer Vielfalt wie nie zuvor ablaufen. Denken Sie an die Demografie. Heute sind 15 % der Europäer über 65 Jahre. Im Jahr 2050 werden es nicht 15 % sein, sondern 25 %. Mehr Rentenbezieher, weniger Innovationskraft, das wird unseren Kontinent verändern.

Denken Sie an die Globalisierung. Der Wohlstand wird auf dieser Welt in einer atemberaubenden Geschwindigkeit neu verteilt. Die Globalisierung macht die Staaten Europas kleiner. Im Jahr 2040 – in 26 Jahren – wird wahrscheinlich kein europäischer Staat mehr beim G7-Gipfel Platz nehmen können, wenn es nach den Wirtschaftsdaten geht. Das sagt alles. Denken Sie an die Ökologie, an den Klimawandel. Denken Sie an die Frage der Digitalisierung, wie wir mit Freunden Kontakt halten, wie wir einkaufen. Alles verändert sich durch Digitalisierung. Wir sehen die Vorteile, aber seien wir ehrlich: Haben wir die Nachteile dieser Entwicklung schon im Griff?

Dienstag, 15. Juli 2014

Eine Fülle von ganz fundamentalen Veränderungen läuft zeitgleich ab. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir das den Menschen erklären, dass wir das den Menschen sagen, weil die Voraussetzung ist, dass Offenheit für Veränderung, für Reformen besteht. Reformen sind notwendig, damit wir Europas Lebensstil erhalten, damit wir unsere Werte pflegen, damit wir das Außergewöhnliche, das Europa ausmacht, auch den zukünftigen Generationen sichern.

Und eines müssen wir auch klar sagen: Wer sich an bestehenden Strukturen festklammert, wer nicht bereit ist für Veränderungen, der wird verlieren. Das zeigt auch ein Blick auf unser heutiges Europa. Dort, wo mutige Politiker Reformen durchgeführt haben, geht es den Menschen besser, dort ist Zukunft. Gerade in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten können wir Europäer das am besten lernen. Seit dem Zusammenbruch des totalitären Kommunismus wurde dort vieles, Enormes umgewälzt und verändert. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen aus diesen Staaten, wissen besser als wir aus dem Westen und aus dem Süden Europas, dass Stillstand und Festklammern Rückschritt bedeutet. Deswegen werbe ich für dieses Verständnis: Festklammern bedeutet Rückschritt, Offenheit für Reformen, für Veränderungen bedeutet Zukunft. Lassen Sie uns den Menschen Mut machen, lassen Sie uns den Menschen Lust machen auf Neues!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einen zweiten zentralen Gedanken einbringen: Reformen, Sachlichkeit – Europa muss pragmatisch gedacht werden. Das ist das, was landauf, landab jetzt aktuell gefordert wird. Europa ist dadurch aber auch technischer geworden. Die Menschen nehmen einen kalten Apparat Europa wahr.

Ehrlich gesagt, ich möchte nicht nur pragmatisch sein. Ich möchte in den nächsten Jahren wieder Ideen für Europa haben dürfen. Ich möchte mich in den nächsten Jahren über unser Europa auch wieder freuen dürfen. Ich möchte Europas Zukunft gestalten. Was meine ich damit? Ich habe in meiner Jugend, als ich mich für Politik zu interessieren begann, viel gelesen über die europäische Idee, von den Gründervätern Europas. Auf dem Trümmerhaufen des Zweiten Weltkriegs gab es damals Menschen, die gesagt haben: Ich will einen Kontinent schaffen, der Frieden schafft. Ich will einen Kontinent, der dem Erzfeind die Hand reicht. Ich will einen Kontinent, der den Nationalismus und den Totalitarismus besiegt, der zu seinen historischen Wurzeln zurückfindet. Oder ich will einen Kontinent ohne Grenzkontrollen, einen gemeinsamen Markt, ein Miteinander in Vielfalt – auf dem Trümmerhaufen des Zweiten Weltkriegs.

Eine ganze Generation von Politikern, von links oder von rechts, hat damals das Udenkbare geträumt. Heute würde man vielleicht sagen: Welche Illusionisten waren das damals? Aber sie haben das Unmögliche möglich gemacht, sie haben gesiegt. Und heute? Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute: Sixpack, Stabi-Pakt, MiFid-Richtlinie, Agrarreform und, und, und. All das ist wichtig. Aber reicht das? Europa hat doch so viel zu bieten!

Großbritannien beispielsweise ist das Mutterland der parlamentarischen Demokratie. Es hat diese Idee uns Europäern geschenkt. Heute ist ganz Europa stolz auf seine parlamentarische Tradition. Oder Frankreich: Gestern war Nationalfeiertag – mit der Idee von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die Menschenrechte entwickelt, insbesondere die Gleichheit von Mann und Frau. In Frankreich entwickelt, dem gesamten Kontinent geschenkt. Heute sind wir Europäer stolz auf die Charta der Grundrechte, die uns ausmachen. In Deutschland: die Reformation, die die Trennung von Staat und Religion durchgesetzt hat. Heute europäischer Besitzstand. Griechenland mit seiner Philosophie, Rom hat uns das Recht geschenkt. Ohne die wäre die Kultur Europas undenkbar. Und die großen Seefahrernationen Portugal und Spanien haben die Welt entdeckt. Jedes Land hat seine geschichtlichen Erfahrungen. Und wir haben in Europa gemeinsam viel erarbeitet. Heute sind diese Errungenschaften gemeinsamer europäischer Besitzstand. Wir Europäer haben das erreicht, jeder mit seinem Beitrag und jeder vom anderen abhängig.

Dienstag, 15. Juli 2014

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Vorstellung von Europa bezieht sich genau auf diese Errungenschaften. Global betrachtet sind nämlich Demokratie, Menschenrechte und die Trennung von Staat und Religion weiß Gott keine Selbstverständlichkeit. Ich stelle mir immer vor, wenn die großen Staaten der Welt sich beim G20-Gipfel treffen und zum Beispiel über Welthandel reden: Wer hebt die Hand und sagt: Ja, Handel. Aber wir müssen dabei zum Beispiel Kinderarbeit verbieten. Machen das die Inder? Macht das Brasilien? Nein, wir Europäer müssen es machen. Wer hebt die Hand, wenn die Frage im Raum steht, dass wir den Klimawandel bekämpfen? Macht das die USA, macht das China? Nein, wir Europäer müssen es machen. Und wer erinnert bei diesen großen Gipfeln die Welt daran, dass man Konflikte zunächst einmal friedlich lösen muss? Machen das die Russen, machen das die USA? Nein, wir Europäer müssen das einbringen.

Das ist mein Wunsch für die heutige junge Generation: ein Europa, das stolz ist auf seine großen geistesgeschichtlichen Leistungen, ein Europa, das aufhört, mit sich selbst zu hadern, und sich seiner Verantwortung in der Welt bewusst ist, ein Europa, das dieses Selbstbewusstsein verkörpert und die Gemeinsamkeiten nach außen trägt. Wenn wir Ideen heute leben, dann sollten wir den Menschen Lust darauf machen, Europäer zu sein! Verankert, verwurzelt in seiner Region, in der man aufgewachsen ist, stolz auf seine eigene Nation und im Bewusstsein, dass wir Europäer etwas beizutragen haben für eine Entwicklung der Welt.

Europa, vergiss deine Aufgabe nicht, diese Welt braucht den europäischen Beitrag!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch zum Schluss: Kann man Europa, diesen Kontinent, jenseits der vielen Inhalte, vielleicht sogar ein Stück weit gern haben, vielleicht lieben? Europa mit seinen Landschaften: Wales, die Toskana, die Masuren. Europa mit seinen stolzen Städten: Rom, Athen, Budapest. Europa mit seiner Kultur: Die ganze Welt besucht unsere Museen, auf der ganzen Welt werden unsere Opern aufgeführt, und auch die heutige europäische Kulturszene ist von einer Reichhaltigkeit und Fülle wie sonst nirgends. Europa ist unsagbar reich, so vielfältig, so lebendig. Ich fühle mich als bayerischer, als deutscher Europäer sehr wohl auf diesem Kontinent. Ich bin gerne Europäer. Und ich glaube, dass es wichtig ist, auch die emotionale Seite unseren Bürgern zu vermitteln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns an die Arbeit gehen, zum Auftakt heute Jean-Claude Juncker ein starkes Mandat mit auf den Weg geben, damit er seiner Aufgabe gerecht werden kann! Ich und wir als EVP wollen gemeinsam mit ihm, dass wir die Probleme und Sorgen der Menschen in Europa kleiner machen, dass Europa seinen Job erledigt und schlicht und einfach liefert. Und ich will, dass wir jenseits des pragmatischen Alltags wieder Ideen haben dürfen, so wie die Gründergeneration das gemacht hat – Ideen, eine Zukunftsvision von einem geeinten Europa in Vielfalt, stolz auf seine Herkunft, stolz auf seine Nation, aber auch dankbar, Europäer sein zu dürfen.

(Beifall)

Gianni Pittella, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Juncker, voglio iniziare il mio intervento parlando di una regione che non si trova nell'Unione europea, ma che mai come in questi giorni è stata tanto europea: Gaza. A Gaza c'è la guerra, l'ennesima guerra che fa migliaia di vittime tra i civili. Dobbiamo fermare questa guerra! Nessuno può chiudere gli occhi o voltarsi da un'altra parte.

La guerra riemerge alle frontiere dell'Europa: in Siria, a qualche chilometro da Cipro; in Libia, a sud dell'Italia; a Gaza; ma anche in Ucraina nel cuore dell'Europa. Ecco, la guerra che pensavamo di aver esorcizzato per sempre è tornata e rievoca antichi demoni. Ci ricorda Srebrenica, di cui celebriamo l'anniversario in questi giorni. Ma la guerra, questa guerra è per noi uno specchio perché richiama il senso profondo – lo ricordava adesso il collega Weber – il senso profondo, la ragion d'essere del progetto europeo.

L'Unione europea è certamente un'unione economica e monetaria e anche un'unione bancaria, ma è qualcosa di più, è un progetto di civilizzazione, di pace, di solidarietà. Come prima azione di questa nuova legislatura dobbiamo lavorare per imporre il cessate il fuoco e un piano di assistenza umanitaria per Gaza. L'Europa non sarà se stessa se non avrà ritrovato quel messaggio di pace per cui è nata. Il mio primo pensiero va alle migliaia di vittime della guerra di Gaza.

Dienstag, 15. Juli 2014

Signor Presidente, cinque anni fa in questa stessa sala c'era José Manuel Barroso. La crisi era cominciata da qualche mese e già molti ne preannunciavano la fine. Cinque anni dopo – Lei lo ha ricordato con onestà – la crisi è ancora lì, l'Europa è impantanata in una stagnazione profonda. C'è il rischio di deflazione, sono cresciute disoccupazione e povertà, una generazione intera ha perso speranza nel futuro.

Presidente Juncker, Lei parla spesso – perché è un uomo di grande cultura – della storia del nostro continente europeo. Anch'io credo che la storia sia importante e credo che si debba imparare dagli errori degli ultimi anni, dagli errori che ci hanno portato a questa crisi. Il primo errore è antico, è lo stesso della crisi del 1929 e si chiama austerità. Di fronte ad una crisi della domanda avremmo dovuto rilanciare gli investimenti, generatori di crescita. Di fronte all'emergere di nuove povertà, avremmo dovuto riformare e sostenere i nostri sistemi di protezione sociale. Invece, in nome di una visione contabile, si sono tagliati gli investimenti, si è ridotta la spesa sociale e si è ridimensionato il potenziale di crescita delle nostre economie. Nessuno vuole far ripartire la spesa pubblica in maniera indiscriminata, assistenziale. Si deve però trovare il giusto equilibrio tra il consolidamento delle finanze pubbliche e il sostegno ad investimenti di ampio respiro. Qualcuno sembra invece ossessionato dall'idea di rimettere in ordine i conti pubblici. Ma io mi chiedo e vi chiedo: dov'è l'ordine quando un giovane su due è disoccupato? Dove sta l'ordine quando il tasso di povertà cresce a ritmi esponenziali? È più importante l'ordine dei conti pubblici o l'ordine della società, l'ordine delle nostre vite? La grande lezione di questa crisi è che le regole – lo ha detto Lei nella Sua relazione – tutte le regole, anche le regole di bilancio, devono essere al servizio della vita dei nostri cittadini.

La seconda lezione è che in Europa siamo interdipendenti. Le nostre società ed economie sono legate a doppio filo, le fibrillazioni in un mercato finanziario si trasmettono rapidamente agli altri mercati. Gli immigrati che oggi arrivano a Lampedusa saranno probabilmente gli emarginati delle nostre periferie, delle grandi città europee da Madrid a Londra, a Parigi, a Berlino, a Roma. Questa interdipendenza impone a tutti noi responsabilità, solidarietà, condivisione.

La terza lezione è che serve più democrazia. Se siamo impantanati in questa crisi è anche perché – ammettiamolo Presidente Juncker – decine e decine di vertici intergovernativi si sono dimostrati inconcludenti e hanno prodotto decisioni confuse e inefficaci. Serve una democrazia più forte nell'Unione europea. Se noi quest'oggi la sosteniamo, Presidente Juncker, come la sosteniamo? È perché pensiamo che Lei abbia imparato da queste lezioni, soprattutto dalla domanda di maggiore democrazia. Se Lei quest'oggi è qui di fronte a noi è anche perché una piccola rivoluzione si è realizzata in Europa nelle ultime settimane. Per la prima volta dalla nascita dell'Unione il Presidente della Commissione viene eletto tenendo conto del voto delle cittadine e dei cittadini. Questo marca, segna l'avvento della democrazia parlamentare ed è un passo irreversibile. Se non ci fosse stata l'ostinazione e la tenacia di questo Parlamento Lei, Presidente Juncker, probabilmente non avrebbe potuto diventare Presidente della Commissione europea.

Il nostro voto a Suo favore quest'oggi non è un assegno in bianco. A noi sono piaciuti molto alcuni riferimenti nel suo intervento alle questioni sociali e l'economia sociale di mercato che Lei ha sottolineato molto appartiene alla cultura dei socialisti, dei democratici e dei progressisti europei. Ma noi sappiamo bene che Lei non è un socialista e non Le chiediamo come condizione di diventarlo – anche se mai dire mai nella vita. Noi non abbiamo vinto le elezioni, le ha vinte il Suo partito ed è giusto che Lei sia il candidato alla presidenza della Commissione.

Nei prossimi mesi, con l'audizione dei Commissari, verificheremo la compatibilità tra i nostri programmi e quelli della futura Commissione e saremo intransigenti. Il controllo democratico del Parlamento sulla Commissione sarà rafforzato, il dibattito sullo stato dell'Unione non sarà più un esercizio di retorica, ma diventerà una verifica politica annuale sull'operato della Commissione. Il nostro sostegno a Lei non è semplicemente un omaggio obbligato alla nuova democrazia parlamentare. Nei giorni scorsi, come Lei ben sa, abbiamo negoziato e le abbiamo presentato le nostre priorità, come era giusto che fosse. Abbiamo richiesto più investimenti per creare crescita, un'Europa più sociale, più solidarietà con riferimento soprattutto all'immigrazione. Alle nostre richieste Lei ha fornito questa mattina, sia nel documento che ci ha presentato, sia nella relazione che ci ha tenuto, nel Suo discorso, risposte che ci hanno convinto.

Dienstag, 15. Juli 2014

Le chiedevamo cifre e impegni concreti. Lei ci ha dato le cifre e ci ha dato anche una *deadline*. Ha detto 300 miliardi per un piano di investimenti che crei ricchezza, crescita e nuovi posti di lavoro e ha parlato di avvio per febbraio 2015. Lei ha sdoganato la politica industriale, una parola per molto tempo considerata tabù dai liberisti. Anche qui ci sono cifre visto che si impegna a portare il peso dell'industria sul PIL europeo al 20% entro il 2020. Sull'Europa sociale ci sono impegni chiari per la lotta contro il *dumping* sociale, attraverso una revisione della direttiva sul *posting of workers* che permetta di stabilire il principio per cui lo stesso lavoro nello stesso posto deve essere remunerato allo stesso salario. Lei si impegna inoltre a contrastare il *dumping* fiscale, attraverso l'adozione a livello europeo di una base imponibile comune per le società e un sostegno deciso alla tassa sulle transazioni finanziarie. Il Suo programma sostiene il superamento della troika che tanto male ha fatto alla Grecia e ai paesi sottoposti all'assistenza finanziaria. Accoglie inoltre la nostra richiesta di valutare l'impatto sociale dei programmi nazionali di riforma e riprende la nostra battaglia per approvare quanto prima la direttiva contro le discriminazioni, oggi insabbiata da veti inaccettabili. Nel suo programma c'è inoltre un nostro cavallo di battaglia: il rifinanziamento e l'estensione al maggior numero possibile di ragazze e di ragazzi della Garanzia giovani. Prima dei negoziati questi punti non erano nel Suo programma e noi siamo fieri di queste conquiste e per questo La votiamo.

Su molte altre materie molto resta da fare. Avremmo voluto più chiarezza sulla flessibilità. Lei si limita a richiamare la posizione del Consiglio su questa materia. Ci rallegriamo per il suo orientamento rispetto ad una probabile nomina a Commissario Ecofin di un esponente socialista, ma questo non ci basta. Sulla flessibilità saremo intransigenti. Noi pensiamo che quei paesi che promuovono ambiziose riforme e che investono in sapere e conoscenza non debbano essere strozzati da regole di bilancio ragionieristiche. Noi vogliamo che le regole siano rispettate – sia chiaro – ma che siano al servizio della crescita.

Avremmo voluto più coraggio sulla direttiva sui congedi parentali, perché dobbiamo mettere le donne europee nelle condizioni di conciliare vita professionale e familiare. Avremmo voluto maggiori riferimenti alla sostenibilità ambientale nel nostro modello di sviluppo, che deve farsi carico oggi della cura del pianeta. Avremmo voluto trovare più attenzione al capitale umano, al sapere e al talento, che rappresentano le vere ricchezze dell'Europa.

Noi non abbasseremo la guardia. Siamo interlocutori leali ed esigenti, non abbiamo diritto all'errore. Se prevarranno il conservatorismo e l'inazione, fra cinque anni ci troveremo di fronte ad un'Europa impoverita, impaurita, divisa e senza missione. Quell'Europa sarebbe destinata al declino. Possiamo invece unire le forze e rimettere, grazie al nostro lavoro, l'Europa a servizio di quel messaggio di solidarietà, di unione e di pace per cui è nata. Su questa strada noi, da posizioni e storie diverse, Le tendiamo la mano, Le diamo fiducia. Spetta ora a Lei non tradire questa fiducia nei prossimi cinque anni. Noi La controlleremo attentamente. Buona fortuna Presidente Juncker!

Syed Kamall, on behalf of the ECR Group. – Mr President, Mr Juncker, major change does not happen on its own. It needs leadership to drive it; leadership that looks forward, not back; leadership that recognises the challenges of the 2050s – not those of 1950s; leadership that understands the concerns of the people of Europe, who want a Europe of cooperation – not a Europe of centralisation. If you put forward an agenda that opens markets, tears down barriers and decentralises power, then we will stand with you. But if you espouse an old, tired, backward-looking agenda, we will simply offer constructive, positive alternatives.

Many of us are looking for you to clarify your position, Mr Juncker. In last week's hearings in the political groups on issues such as euro-federalism, maternity leave and budgetary rigour, you told the ECR one thing and seemed to tell the other groups another. We need the real Mr Juncker to stand up and tell us what you really believe. But in reality, you know and we know that none of this really matters. The deal has been done; the spoils have been shared out. The election which was supposed to end all backroom deals has resulted in the mother of all backroom deals.

You know, and we know, that you are likely to be the next President of the Commission. Mr Juncker, we wish you well, but members of my political group will not be able to vote for you today for two reasons: firstly we do not subscribe to the process that brought you here; we do not believe that you have an EU-wide mandate that stretches across all 28 Member States. Secondly, members of my group are not yet convinced that you are the right man to lead the charge for European reform. I hope that, over the next few years, you will prove us wrong.

Dienstag, 15. Juli 2014

The question I want to put to you is this: do you want your Commission to be the last of an old era or the first of a new era? That is the crux of the leadership we would like to see. We need leadership to reform the budget for a new era, moving away from the idea that a bigger budget means a better budget. Instead, let us have a better budget, to invest – and facilitate investment – in infrastructure, technology and research. Let our children inherit a vibrant economy built for their future. They must not inherit the large debts built up in the past. Instead of focusing on how to raise money from our own resources, let us lead a debate towards how we spend taxpayers' money better. That is why my group would like to see a dedicated commissioner for budgetary control.

We need leadership to build a single market fit for the new era. Yet eight years since the Services Directive, a single market in services is still far from reality. Why do we not sit down with the digital entrepreneurs and ask them about the barriers they face – and then let us tear them down. It is time we delivered a single market for all. Let us look at the energy market and together identify and remove blockages in it; create incentives for consumers to promote energy efficiency, and ensure investment in energy security, new energy sources and more interconnectors to reduce our dependence on regimes in the Middle East and Russia. We need leadership to deliver trade and international development policies fit for a new era: more open, and yet more transparent trade agreements with fast growing economies, but also international development programmes to promote property rights, legal and financial systems, support for entrepreneurs in poorer countries to create wealth and jobs for local people in their countries.

We need leadership to promote better regulations that are fit for a new era; talk to businesses of all sizes directly and ask them what stops them from creating extra jobs, what stops them from creating that growth. We need leadership to address the underlying weaknesses in the eurozone; the significant productivity gaps that are inflicting job losses and crippling levels of youth unemployment in southern Europe. Now, with the euro, many Member States have lost the instrument of exchange rates to address these problems. As a result, we have seen burdens passed from banks to taxpayers, treaties broken and untold state intervention.

(Scattered applause)

We need leadership on immigration in order to restore people's faith in both the principle of free movement of those workers who wish to work and contribute to their new host countries, as well as in controlled migration which respects the rights of all Member States – both those welcoming new workers, and those Member States who are losing their youngest and brightest talents to other countries.

Mr Juncker, today I have only outlined a few examples of where leadership is needed to build an EU fit for a new era; to build an EU fit for the century ahead of us, not the century behind us; leadership to address the fears and suspicions of our voters towards the EU's direction; leadership which seeks to fulfil people's hopes and aspirations for the future.

Sadly, Mr Juncker, members of my group do not feel able to vote for you today. But where you put forward an agenda which leads the EU towards the future – to the challenges of a new era – then you will be able to look to us for support in the future.

Guy Verhofstadt, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, I think that we can say that it is an historic day. Not because of all the rhetoric we have heard this morning, but because we stand here to elect the President of the Commission and not, as was the case until now, by mainly rubber-stamping the choice of the Council. We participated in that both of us, dear Jean-Claude. This time it is the voters in fact who have the last word and I think that by voting for Mr Juncker today – let us say it, let us say it openly, it is difficult for a certain part of this Parliament to accept it – but by doing so we establish once and for all real European democracy in which the voters are deciding what is happening ...

(Applause)

... and it is not by accident that it is happening. It is the result of the long, long way that we have walked together, it is the result of the Convention we established in 2001 and – let me say it very openly – it is also the result of the perseverance of a number of parliamentarians, of at least two dedicated Europeans that I want to mention today in this debate: Andrew Duff and Elmar Brok, Andrew who is no longer here and Elmar who will always be here in my opinion. But I have to tell you for once he is not here. Normally he is always there – on 199 – but they are still fighting with each other about who in fact invented this proposal in the Convention to elect the Commission by the European Parliament.

Dienstag, 15. Juli 2014

So my first message of today – I have to tell you, Jean-Claude – is not so much for you. My message today is for those Members, mainly in the big groups, who intend to vote against you. And I want to tell these people in these two big groups, and maybe in other groups, that by doing so what they are doing is intending to side with the anti-Europeans. In fact failing their voters, because what their voters are asking – that is their choice, and the choice made by them fell on Mr Juncker – should be followed. I find the irony of today is that today in fact the anti-Europeans like Mr Kamall would deny the choice of the voters and apparently prefer the old system of backroom deals which Mr Cameron likes so much.

So today by voting for you we are giving a clear green light because you have taken on board a number of our proposals. The main proposal is that we have to stop this choice of what I call 'austerity or growth' – as though there was an opposition between them. Everybody knows that we need both of them and after five years I hope that you will lead a Commission doing both – that is fiscal discipline on the one hand and a growth pact on the other hand. Because we all know that without fiscal discipline, without respect for the Stability Pact, there is no growth possible in the medium term and we have to accept that. On the other hand we know also that if we want to have growth we have to go beyond the fiscal discipline and we have to have a growth package, as has been proposed now in your programme.

The second reason, Mr Juncker, why we are pleased with your programme and we shall support you, is that you also say a number of things on migration, legal migration – finally we are talking about that; it was a forbidden area in the European Union until now – and also about values, and that you will entrust a Commissioner with specific responsibility for the rule of law. However, I have to contradict you on one thing, and that is, whatever the diversity of our constitutional systems or our cultural traditions, fundamental rights are fundamental. We cannot discuss them. If they are fundamental values everybody has to respect them, whatever the traditions are in the European Union.

And the third commitment that you are making, and it was an important point for us, is the fact that you will have a real gender-balanced Commission, and let us hope that you can also achieve that goal.

Finally, Mr Juncker, I want to ask you three things because you will now be leading the Commission. Three things: first of all, return – you have said it yourself – to the Community method, because all the intergovernmental arrangements we have made in the last five years were not an example of good governance for Europe. Secondly, my most important point, please don't do as your predecessor did: use your right of initiative. Don't start to phone Berlin, Paris and then London and Rome before putting a legislative package on the table of the Council and the Parliament. Do it because your Commission is ready to do it, has the courage to do it and not because there is a decision of the European Council. And do not listen only to the European Council. From time to time – why not every day? – listen to the European Parliament too, because we are equal as an institution.

And finally, create again a vision for Europe. That we need. You feel that when you see a number of people, they are lost in Europe, because the vision is no longer there. Create the vision that it is only by more integration of the European Union that we can emerge from the crisis, like we did in the 80s. And if you are doing that I can tell you that you will find us by your side all the way. All 68, Mr Commissioner.

(Applause)

Gabriele Zimmer, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Juncker! Ich widerspreche eigentlich immer nur ungern. Das ist so ein bisschen mein Typ. Aber der allgemeinen Euphorie, dass wir es heute mit einem historischen Tag zu tun hätten, möchte ich doch wenigstens ein paar Tropfen in den Wein gießen, weil ich das ganz einfach nicht glaube. Ich denke, es ist ein Schritt gewesen, zu sagen: Ja, über die Wahlen zum Europaparlament soll gleichzeitig auch Einfluss genommen werden darauf, wer künftig die Europäische Kommission führen wird. Ich sage aber Nein, wenn damit jetzt schon suggeriert wird, das sei jetzt der große Sieg der Demokratie. Wir stehen am Anfang.

Und vor allem stehen wir auch deshalb am Anfang, weil mit diesem kleinen ersten Schritt viel zu wenig gemacht wurde in den zurückliegenden Wochen und Monaten, um daraus wirklich glaubhaft auch eine demokratische Entwicklung hier in der Europäischen Union zu suggerieren. Es wird gesagt, es sei ein Sieg errungen worden, und es wird gleichzeitig die Demokratie reduziert auf ein Auskugeln von Posten, auf Machtgefüge zwischen Institutionen, auf die Vorherrschaft der großen Koalition. Damit kommt aber aus meiner Sicht die Fassadendemokratie, von der Habermas gesprochen hat, allenfalls zum Bröckeln, die Fassade kommt nicht zum Einsturz. Was es braucht, ist, wirklich von unten her die Demokratie aufzubauen und sie zu entwickeln.

Dienstag, 15. Juli 2014

Da müssen wir eben genauer auch auf das Wahlergebnis schauen. Es ist nicht so, dass die Konservativen die Wahlen gewonnen haben. Mehr als dreieinhalb mal so viele Menschen in der Europäischen Union haben sich nicht für die Konservativen entschieden – und da rede ich wirklich nur von jenen, die entweder nicht zur Wahl gegangen sind oder der Meinung sind aufgrund der Entwicklung der Europäischen Union in den letzten Jahren und den Auswirkungen, die das für ihr eigenes Leben gehabt hat, entscheiden sie sich dafür, keine Zukunft der Europäischen Union befördern zu wollen, sondern zu sagen: Zurück zur nationalen Antwort, zurück zur nationalen Frage, was aus meiner Sicht sehr gefährlich und Demokratie verhöhrend ist. Wir alle – und das ist doch eigentlich die Wahrheit – haben diese Wahl verloren, und zwar alle diejenigen, die meinen und die wollen, dass die Europäische Union eine Union der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität wird, dass die Europäische Union eine tatsächliche Friedenskraft ist, dass die Europäische Union gerade auch in der Außenpolitik eine andere Rolle spielt, dass sie das, was ursprünglich mal als Ideal, als Vision formuliert worden ist, tatsächlich auch lebt, dass Menschen sich mit ihr identifizieren sich nicht immer weiter entfernen. Das aber, was nach dem 25. Mai hier passierte, ist genau das Gegenteil. Deshalb warne ich vor allzu viel Euphorie. Wir haben jede Menge dafür zu tun – und zwar als Demokraten zu tun –, dass die Europäische Union tatsächlich auch eine Zukunftsvision für die Menschen, und zwar für alle, hat.

Die Botschaft, die in den Wochen, Monaten, in den Jahren zuvor, auch während des Wahlkampfes an die Wähler und Wählerinnen vermittelt worden ist, war doch: *There is no alternative* – keine Alternative zur Politik der Marktradikalität, der rigiden Kürzungen der öffentlichen Haushalte, der Zerstörungen der gewachsenen sozialen Modelle in der EU, zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, zur Liberalisierung, Deregulierung sozialer Systeme und auch ökologischer Standards, zur Unterordnung unter die Interessen der europäisch und global organisierten Wirtschaft und den Interessen der internationalen Finanzmärkte. Das ist die Wiederbelebung des berühmten Mantras der ehemaligen britischen Premierministerin „*There is no alternative*“.

Die Zahl jener Menschen aber, die sich von anderen Ideen haben leiten lassen – genau diese Menschen sind vor den Kopf gestoßen worden, und von ihnen haben sich immer mehr auch zurückgezogen –, das ist die große Herausforderung, vor der wir stehen und vor der auch Sie, Herr Juncker, stehen und von der wir meinen, das Wahlergebnis sollte wirklich intensiv genutzt werden. Sie sollten die Frage nutzen, für welche Zäsur Sie in der Politik der Europäischen Kommission stehen. Ein „Weiter so“ – das ist doch aber offensichtlich auch das Bild, das uns jetzt vermittelt wird – im Verfolgen der bisherigen Entwicklungsrichtung der Europäischen Union kann es nicht sein.

Wir erwarten von Ihnen klare Antworten für die geänderte Rolle der Europäischen Kommission in der Troika. Wir geben uns nicht damit zufrieden, dass Sie sagen: Die Troika soll ein demokratisches Instrument werden. Was heißt das? Es kann doch nicht nur die Beteiligung von Parlamenten sein. Es kann doch auch nicht darum gehen, dass die Troika eine Politik weiter vollführt, mit der sie selbst in die Verfassungsrealität von sogenannten Programmstaaten eingreift. Das hat doch mit Demokratie nichts zu tun! Wenn Lebenswirklichkeiten von Menschen zerstört werden, das hat doch nichts mit Demokratie zu tun! Also: Wie wollen Sie dieser Verantwortung gerecht werden? Was soll stattdessen kommen? Es reicht nicht, einfach nur zu sagen: „Der internationale Währungsfonds muss raus.“ Welche Antworten haben Sie – und damit auch mit Blick auf die Rolle der Kommission in der Troika – auf die Schuldenproblematik, zu einem Schulden-Audit, zur Bewertung von Schulden, zu Schuldenschnitten? Wie wollen Sie damit umgehen?

Sie haben – und ich bin da auch sehr offen Ihnen gegenüber – auch viel davon gesprochen, dass Sie soziale Schwerpunkte viel stärker in den Mittelpunkt stellen werden. Das hören wir gerne, klar. Aber wir haben das zu oft in den letzten Jahren gehört, wir haben es immer wieder gehört. Wir wollen konkret wissen: Wie werden Sie das machen? Sie sprechen vom Mindestlohn in den Mitgliedstaaten. Das halten wir für wichtig. Aber handelt es sich dabei um einen Mindestlohn, der armutsgerecht ist? Handelt es sich um Mindeststandards, soziale Mindeststandards, die armutsgerecht sind, die Armut verhindern? Das wird der entscheidende Punkt sein.

Dienstag, 15. Juli 2014

Bevor ich zum Abschluss komme, vielleicht noch eine Bemerkung: Wir haben Sie bei uns in der Fraktion zu Gast gehabt. Sie haben Fragen beantwortet oder auch nicht beantwortet. Aber, was auch immer wieder hervorgehoben worden ist: Wir erwarten von Ihnen als Chef der Kommission, dass sie bei den konkreten großen Problemen innerhalb der Europäischen Union auch viel zupackender werden. Ich denke hier insbesondere zum Beispiel an die Situation in Zypern. Wer, wenn nicht Sie, muss anfangen, mit der Türkei zu reden? Ich erwarte das genauso auch für die Problematik Ukraine, Russland. Sie sprachen davon, kein Russland-Bashing zuzulassen – da werden wir Sie unterstützen. Wir brauchen ein Europa, das alle Staaten mit einschließt. Wir brauchen keine neuen Trennungen.

Herr Juncker, wir werden Sie als Fraktion nicht wählen. Sie werden unsere Stimme heute nicht bekommen. Aber wir werden das, was Sie tun, täglich messen, und dort, wo Sie für verbesserte Lebensverhältnisse der Menschen eintreten, werden wir Sie unterstützen.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, chers collègues, lorsque vingt-sept millions de concitoyens dont six millions de jeunes, sont non seulement sans emploi, mais sans perspective d'emploi. Lorsque 25 % des Européens, soit un Européen sur quatre, se trouve sous le seuil de pauvreté et d'exclusion sociale, lorsque 10 % d'entre nous possèdent 60 % de la richesse collective des Européens, c'est l'existence même de nos sociétés qui est en jeu.

Chers amis, lorsque le climat se dérègle au point que l'on pourrait envisager une augmentation des températures de la planète de plus de 6 degrés, lorsque 30 % des ressources non renouvelables de la planète ont été utilisées ces trente dernières années, lorsque un tiers des espèces encore en vie sont menacées de disparition d'ici 2050, c'est l'existence même de nos sociétés qui est menacée.

Chers collègues, lorsque les gouvernements élus démocratiquement sont quotidiennement soumis au chantage à la fois des marchés financiers et à la dictature ou au chantage permanent des institutions financières réputées trop grosses pour qu'on les laisse aller à la faillite; lorsque des experts non élus de plus en plus influencent, voire rédigent, directement les lois qui s'appliqueront à tous, lorsqu'au nom de la liberté ou du profit parfois, notre vie privée et nos libertés sont mises en cause, c'est la démocratie qui est en jeu.

Je dirai, chers amis, que le temps nous est compté. Alors, Jean-Claude Juncker serez-vous l'homme? Serez-vous l'homme d'une union, d'une véritable union fiscale? Parce qu'il n'y a pas de finances publiques soutenables sans dépenses sous contrôle, ni sans recettes soutenables. Lorsque mille milliards d'euros échappent chaque année au trésor public par la magie de la concurrence fiscale, de l'opacité et du blanchiment d'argent, clairement, la solidité de nos finances publiques est en jeu. Il n'y a pas d'avenir pour une monnaie unique sans solidarité financière à l'intérieur de cette zone monétaire.

Serez-vous l'homme d'une union sociale? D'une union sociale qui remplace le dogme de la concurrence entre nos systèmes de protection sociale et qui le remplace par une convergence de nos systèmes de protection sociale? Alors, commençons par la mise en place de salaires et de revenu minimum au travers de l'Union européenne et par supprimer définitivement cette initiative que beaucoup d'entre vous aiment bien ici et qui s'appelle REFIT, laquelle, sous couvert de implication et d'élimination de bureaucratie, vise à réduire nos standards sociaux et environnementaux, et tout cela sans traité américain.

Serez-vous l'homme d'une union de l'énergie qui soit autre chose qu'un syndicat d'achat de gaz, mais qui soit véritablement l'instrument d'une politique industrielle qui, par les renouvelables, l'efficacité énergétique et par la mise en réseau de nos réseaux de distribution de l'énergie fasse de l'Europe la championne du monde de l'écologisation de l'économie?

Serez-vous l'homme d'une Europe qui, enfin, parle d'une seule voix – et qui ne soit pas la risée de Vladimir Poutine par son action en Ukraine ou considérée comme quantité négligeable par toutes les parties et, malheureusement, elles sont nombreuses – aux multiples conflits du Moyen-Orient?

Je terminerai par la question qui me semble fondamentale: serez-vous l'homme d'une re-démocratisation non seulement des institutions européennes mais de l'Europe? Aujourd'hui c'est cela avant tout qui est mis en cause par nos concitoyens. Il s'agit de faire en sorte que nos parlements – non seulement le Parlement européen mais les parlements aux niveaux nationaux –, soient réellement impliqués dans la décision politique. Il s'agit que les interlocuteurs sociaux soient impliqués chaque fois qu'il s'agit de matières qui les concernent. Il s'agit aussi de faire en sorte que nos concitoyens soient de plus en plus directement impliqués. On a l'initiative citoyenne européenne, nous avons besoin d'une démocratie beaucoup plus participative. Il s'agit bien sûr de faire en sorte que les lobbys de toute sorte soient renvoyés à leur *business*, c'est-à-dire la défense de leurs intérêts particuliers. Il ne leur appartient pas d'écrire les lois.

Dienstag, 15. Juli 2014

Serez-vous cet homme-là? On aurait tendance, en vous écoutant, à le croire. Je suis sincère en disant cela. Je vous ai connu au sein de la commission des affaires économiques et monétaires; je vous ai suivi; nous n'avons pas exactement le même âge, mais on aurait tendance à vous croire. Mais nous ne pouvons pas oublier non plus d'abord qui sont ceux qui vous soutiennent aujourd'hui? Je dois constater que les trois principales familles politiques qui vous soutiennent aujourd'hui, en tout cas, qui vont vous soutenir, sont aussi les familles politiques qui sont au pouvoir en Europe depuis des décennies. S'ils avaient voulu faire autre chose, je pense que nous l'aurions déjà vu. Par ailleurs, je ne peux pas m'empêcher de faire le lien avec ce que j'ai entendu hier de Mario Draghi au sein de la commission des affaires économiques et monétaires. De sa part, je n'ai entendu qu'une chose: des réformes de structure, réduire les dépenses publiques, réduire les taxes, augmenter la flexibilité du marché du travail. Visiblement pour ce monsieur, les choses qui se sont passées le 25 mai n'ont aucune signification.

Pour conclure, je vous dirai que nous sommes partagés. Parce que pour beaucoup d'entre nous, le mécanisme qui vous a amené devant nous, aujourd'hui, est clairement un pas modeste mais réel en vue d'une Europe plus démocratique. Je me garderai bien – et là, Gabrielle Zimmer a raison – d'en faire la révolution démocratique qui va, par enchantement, faire de l'Europe une institution démocratique, mais c'est un pas dans cette direction. Et donc pour cela un certain nombre d'entre nous veulent vous soutenir. Mais c'est vrai qu'une autre partie importante de notre groupe n'a pas confiance, se pose des questions en voyant qui vous soutient aujourd'hui et se demande si vous serez capable de donner chair aux changements radicaux dont l'Europe a besoin.

Quoi qu'il en soit et quel que soit le résultat du vote, sachez, Monsieur Juncker, que chaque fois que votre Commission déposera devant cette Chambre des propositions qui répondent aux défis de notre temps, qui veulent faire de l'Europe à nouveau un espace de prospérité partagé, un espace de prospérité durable et un espace démocratique, nous serons à vos côtés.

(Applaudissements)

Nigel Farage, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, if this is European democracy in action, as we have heard this morning, then I suggest we have a rethink. We are told that as a result of the European elections, Mr Juncker here is the nominee. Well I can tell you that absolutely nobody in the United Kingdom knew that when they voted in the European elections it had anything to do with the next nominee. The truth of it is that no voters in any of the countries actually realised what this process was. Mr Juncker's name did not appear on any single ballot paper. The whole thing has been the most extraordinary stitch-up. The loser, Mr Schulz, gets the consolation prize of being an unprecedented second-term President in Parliament. It is all just a pretence that we are increasing democracy. Of course, I will be told 'ah yes, but hang on a second, the European Parliament, the elected bit of the European institutions, did actually have a say and did decide whether Mr Juncker was to become Commission President or not'. Well, let us just have a think about the process we are about to engage in.

We are all going to be asked to vote – and we have got one candidate to vote for! It is like good old Soviet times, isn't it? Surely, democracy means you get rather more of a choice than one. But far worse than that is that it is going to be a secret ballot. You really could not invent it, could you? Hard on the heels of European elections, our voters are not going to know how any of us have voted. I would say to you Mr Schulz, as President of the Parliament, that Parliament should not vote in secret. The whole point of being publicly-elected representatives is that we should be held accountable for our actions to our own voters. To be asked to vote in secret is a huge insult to voters.

(Applause)

I would have thought that after the huge advances in the Eurosceptic vote, there might have been a rethink somewhere in Brussels, but clearly that was not to be. Mr Cameron had a brief go and tried to oppose Mr Juncker's candidacy, but he was busy succeeding with reshuffles in Britain and failing with reshuffles here, and Mrs Merkel of course crushed him because what the German Chancellor says goes in the modern Europe.

Dienstag, 15. Juli 2014

So what of our nominee? On the plus side, Mr Juncker, you are a sociable cove with a very much better sense of humour than most people I have met in Brussels, and there is no question that you are a political operator. You have even managed over the last couple of weeks, as you have gone round the political groups, to change the mood music a bit. You have said that you do not believe in a united states of Europe, and that you do not believe in a common European identity, but I have to say I did not believe a word of it.

Today you have proven that actually you are stuck back with the ideas of the old Europe. You talked about Mr Delors being a hero of yours. I can understand that from your perspective, but you also talked about Mr Mitterrand and Mr Kohl as being heroes of yours. I would have thought a wartime collaborator and somebody who left German politics under a huge cloud of a massive party-funding scandal should not be the kind of people that we should stand up as great models of virtue in modern Europe today.

You talked about the need for a common foreign policy and security policy. You talked about the need for a common energy policy. What is clear is that you are going to carry on with the process of the centralisation of powers, which is not surprising because for 20 years you have been a key player in this whole process, which frankly has treated democracy with deliberate contempt. I think the best example is your quote about the French referendum on the constitution where you said if it is a 'yes' we will say 'on we go', and if it is a 'no' we will say 'we continue'. How is that for belief in democracy? Your dedication to the project is unchallengeable. You have said before that when it becomes serious, you have to lie. So in many ways you are the perfect candidate for a lot of people in this House and I have no doubt that you will get the nomination, but we are being asked to vote for the ultimate Brussels insider, somebody who has always operated with dark backroom deals and stitch-ups, and I have to say that our group overwhelmingly will vote 'no'. We do not want business as usual. We want real change.

You said at the end of your speech that this is not the time for a revolution. I put it to you that there has already been a revolution. There has effectively been a coup d'état on nation state democracies without people realising, without people realising what was being done to them. After these elections, the Eurosceptic may not yet have a majority in this House, but please do not think we are over, because the vast majority of European people do not want a European state, do not want a European Commission to be the executive, do not want that flag and do not want that anthem. So, you will get elected and we will enjoy doing battle over the course of the next year or two.

(Applause)

(Unruhe im Saal)

Der Präsident. - Setzen Sie sich bitte hin. Das Wort hat jetzt die Kollegin Le Pen. Frau Le Pen, bitte reden Sie jetzt.

Herr Kollege, bitte nehmen Sie Platz. Sie haben nicht das Wort. Bitte nehmen Sie Platz! Sie haben nicht das Wort! Das Wort hat die Kollegin Le Pen. Bitte, Frau Le Pen.

Bitte, wenn Sie jetzt nicht aufhören, zu stören, dann muss ich Sie leider aus dem Saale weisen.

Herr Kollege! Ich fordere Sie jetzt zum letzten Mal auf... Bitte bringen Sie den Abgeordneten aus dem Saal. Bitte verlassen Sie jetzt den Saal. Herr Abgeordneter, Sie verlassen jetzt den Saal!

Okay. Bitte führen Sie den Abgeordneten aus dem Saal. Danke schön. Bitte, Herr Abgeordneter, verlassen Sie den Saal.

Herr Abgeordneter Papadakis, bitte verlassen Sie den Saal. Sie können hier nicht in dieser Art und Weise die Ordnung stören. Bitte gehen Sie. Sie können zur Abstimmung wieder hereinkommen, aber ich schließe Sie jetzt von der Sitzung aus.

(Der Präsident verweist den Abgeordneten Papadakis des Saales.)

Marine Le Pen (NI). - Monsieur le Président, donc le 25 mai dernier, le réveil des peuples européens a commencé de sortir le vieux continent de sa torpeur. Nombre de nations, en particulier la France que je représente dans cette Assemblée, ont choisi d'envoyer un message très clair.

Dienstag, 15. Juli 2014

(Mouvements divers)

Oui, ne vous en déplaise, mes chers compatriotes. Ils ont choisi d'envoyer un message très clair: «Non à l'Europe de Bruxelles. Non à la confiscation de la démocratie. Non à l'imbécillité des politiques récessives. Non au déclassement. Non à l'immigration massive organisée. Non à la dilution de nos identités. Oui à nos nations».

L'Union européenne est devenue un projet fou, un projet mortel, dont progressivement les peuples se détournent. Mais aussitôt les urnes dépouillées, les représentants d'une classe politique d'un autre âge arc-boutés sur la défense de leurs privilèges et obsédés par le maintien du système qu'ils défendent, prêts à toutes les compromissions – merci de nous en avoir donné encore aujourd'hui la preuve – pour défendre les intérêts qui ne sont pas ceux de nos peuples, affolés sans doute par le résultat des élections – on les comprend – ont choisi de tourner le dos au message démocratiquement lancé au printemps.

Les conservateurs et les socialistes – je ne parle pas des libéraux, ce sont les mercenaires –, une fois encore, selon leurs vieilles et détestables habitudes se sont immédiatement répartis les postes, niant tout du désir de changement et d'intégrité exprimé dans les urnes. Entre le PPE et le PSE, entre l'UMP et le PS – pour parler des partis français –, c'est l'habituel partage du gâteau. À toi le Parlement, à moi la Commission. Je ferai voter pour toi ici, tu feras voter pour moi là-bas. Et ne nous faites pas croire que les peuples européens auraient, lors des élections européennes, choisi Jean-Claude Juncker plutôt que Martin Schulz à la tête de la Commission ou l'inverse, d'ailleurs. L'un comme l'autre sont dans les pays de l'Union européenne de parfaits inconnus qui ne représentent rien et n'incarnent rien!

(Applaudissements)

Monsieur Juncker, vous êtes arrivé à la tête d'une institution à laquelle les patriotes en France, mais aussi dans beaucoup d'autres pays de l'Union européenne, refusent toute légitimité. Vous n'êtes pas l'élu du peuple. Vous n'avez en aucune manière été choisi par le peuple français, ni par aucun autre d'ailleurs. Vous n'êtes donc en rien fondé à vouloir prétendre diriger la vie de nos concitoyens. Votre pouvoir immense et illégitime, vous le tiendrez de traités imposés aux peuples malgré leur vote et de lobbies financiers et commerciaux qui font le siège de votre institution pour la corrompre chaque jour davantage. Vous représentez donc dès cet instant l'archétype du déni de démocratie.

Monsieur Juncker, je me souviens d'une de vos déclarations, en décembre 1999 dans un célèbre journal allemand. Vous déclariez: «Nous prenons les décisions. Nous les mettons en pratique et nous attendons quelque temps pour voir ce qui se passe. S'il n'y a pas de hurlements et pas de révolte, la majorité ne comprenant pas ce qui a été décidé, nous continuons au fur et à mesure jusqu'à ce qu'il n'y ait plus de retour possible.» Quel aveu! Quel cynisme! Vous remplacez M. Barroso? Martin Schulz aurait pu prendre votre place. Peu importe. Ce sont de toute manière les mêmes orientations qui guideront l'action délétère de la Commission. C'est l'obsession de la fin de la nation. Une dangereuse utopie fédéraliste qui continuera de dominer. C'est la promesse pour les peuples d'Europe et, en particulier, pour le mien, le grand peuple français, de moins de démocratie, de plus de misère, d'inégalités et de dilution de notre identité nationale. Vous contribuerez, après M. Barroso, au malheur des peuples d'Europe. Vous avez d'ailleurs été mis à ce poste pour cela. Vous dirigiez un paradis fiscal, vous voici désormais gardien des enfers européens. Félicitations, Monsieur Juncker!

(Applaudissements)

Belle promotion! Mais votre utopie fédéraliste, votre obsession de la fin des nations, nous la combattons, Monsieur. Nous la combattons ici et dans nos pays respectifs. Nous la combattons avec d'autant plus d'énergie que nous mesurons chaque jour les progrès que nous réalisons dans nos nations. En France et dans d'autres pays aussi, les patriotes sont désormais les plus nombreux. Ils sont encouragés par leur résultat aux élections, scrutin après scrutin, et n'attendent plus qu'une chose: pouvoir envoyer votre Commission et toute cette technocratie européenne aux oubliettes de l'histoire.

Dienstag, 15. Juli 2014

En attendant, nous voterons contre vous. Sachez que nous serons nous, élus patriotes, les plus scrupuleux observateurs de vos méfaits, que nous dénoncerons auprès des peuples. J'avertirai sans relâche le peuple français des projets néfastes construits à Bruxelles. Vous êtes observés par les peuples, Monsieur Juncker. Vous êtes sous surveillance comme tous ceux qui, comme vous, représentez un système en déroute. Vous n'avez pas voulu admettre le résultat des urnes mais nous serons là avec tous les patriotes d'Europe pour vous le rappeler sans cesse!

(Mouvements divers)

Jean-Claude Juncker, *candidat à la fonction de Président de la Commission*. - Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, je voulais d'abord remercier tous ceux, à part quelques-uns, qui sont intervenus dans ce débat

(Mouvements divers)

J'ai écouté attentivement ce qui a été dit. Durant mon parcours politique déjà long, j'ai toujours été à l'écoute des parlements, y compris du Parlement européen, dont j'ai pratiqué les débats et les rencontres pendant de longues années.

Donc, merci à tous ceux qui sont intervenus. J'ai bien compris que si j'avais pris en compte tout le programme de chaque parti, l'approbation des différents groupes parlementaires aurait été plus grande, mais l'assentiment de l'Assemblée en tant que tel m'aurait fait défaut, ce qui a fait que j'ai voulu être – après avoir analysé les dires des uns et des autres –, aussi ménique que possible.

J'ai bien compris que votre Parlement votera à bulletin secret. Je comprends cela parce que M. Farage ne voudrait pas que ses électeurs découvrent qu'il ait voté pour moi.

(Rires)

Les bulletins à vote secret sont donc une démarche, une concession que vous faites à M. Farage. Je ne l'aurais pas faite.

Je remercie M^{me} Le Pen de ne pas voter pour moi. Je ne veux pas avoir l'assentiment de ceux qui rejettent, qui haïssent, qui excluent. Merci, Madame, de ne pas voter pour moi.

(Vifs applaudissements)

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Oggi il Parlamento ha eletto il nuovo Presidente della Commissione Jean-Claude Juncker, espressione della grande coalizione PPE, S&D e ALDE. Nel corso del suo intervento, Juncker ha affermato di voler rilanciare la crescita e la competitività mediante investimenti, rispettando, allo stesso tempo, i rigidi vincoli di bilancio imposti dal Patto di stabilità. Frasi contraddittorie e sibilline che si prestano a molteplici interpretazioni: da un lato si sbandiera, infatti, la flessibilità per far piacere ai socialisti, dall'altro si ribadisce la volontà di rispettare le severe regole budgetarie per rassicurare i popolari. Insomma, cambiare tutto per non cambiare nulla.

Juncker parla come un novello leader europeo, volendo lasciar intendere di non aver mai calcato la scena politica europea. Peccato però che siamo di fronte a un dinosauro della politica, Primo ministro di un paradiso fiscale quale il Lussemburgo per 18 anni di fila, nonché presidente dell'Eurogruppo dal 2005 al 2013, che per lungo tempo ha avallato e portato avanti le draconiane misure di austerità che hanno messo in ginocchio i cittadini europei e che ora, invece, afferma di voler combattere. A quale Juncker credere dunque? L'elezione di Juncker rappresenta solo un'opera di *maquillage* politico della grande coalizione per perpetrare lo status quo.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – The appointment of Mr Juncker as the new President of the European Commission is dreadfully predictable. David Cameron objected to Mr Juncker, but was supported by only one of the other EU Member State leaders. It was something of a mystery as to why Mr Cameron objected so strongly to Mr Juncker in the first place, given that if he had not been selected for the job the alternative was Martin Schulz, who is just as big a champion of political and economic integration as Mr Juncker. Mr Cameron was of course just playing to the gallery back home in the hope that his 'plucky' opposition to Mr Juncker would win him some sympathy and give him a rise in the opinion polls. It did not work. It is obvious to everyone that the course the EU is embarked upon is to create a United States of Europe, and it does not actually matter very much who is President of the Commission because the project is bigger than the man or woman sitting in that chair. If the British people do not like it then their only solution is to demand that Britain leaves the European Union.

Dienstag, 15. Juli 2014

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Pirmiausia norėčiau pabrėžti, jog viena iš didžiausių problemų daugelyje Europos Sąjungos valstybių yra nedeklaruojamas darbas. Nelegalus darbas daro neigiamą poveikį visos Europos ir atskirų šalių ekonomikai bei socialinės apsaugos sistemų saugumui, griaua socialinių išmokų ir visą viešųjų paslaugų finansavimo sistemą. Žmonės, priversti dirbti nelegaliai, savo darbo vietose yra nesaugūs, pažeidžiami ir patiria skurdą tiek dirbdami, tiek ir sulaukę vyresnio amžiaus.

Pirmininkaujanti Italija kovą su nedeklaruojamu darbu įvardino kaip svarbiausią priemonę užimtumui ir ekonomikos augimui Europoje skatinti. Ar Jūs nemanote, kad kovą su nedeklaruojamu darbu reikėtų paskelbti vienu iš ES strateginių prioritetų būsimajai kadencijai? Kokių konkrečių priemonių ir kada numato imtis Komisija, siekdama sustiprinti kovą su nelegaliu darbu ES? Antra, kaip manote, ar nereikėtų Europos Sąjungai solidariai priimti atsakomybės ir įsteigti specialų solidarumo mobilumo fondą, iš kurio būtų galima kompensuoti investuotas lėšas į emigravusių darbuotojų lavinimą ir profesinį rengimą toms šalims, tarp jų ir Lietuvai, iš kurių išvyko daugiausia darbuotojų? Ši problema yra labai aktuali, nes darbuotojų judėjimas vyksta tik viena kryptimi, t. y. vienos valstybės narės netenka daugumos savo darbuotojų, o į kitas jų atvyksta daug. Galiausiai, norėčiau Jūsų paklausti, ar planuojate skirti Komisijos narį, atsakingą už moterų teises ir lyčių lygybę, ir kaip ketinate spręsti lyčių balanso klausimą formuojant naujos sudėties Komisiją?

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – La ricetta economica proposta dal Presidente Juncker non risponde alle reali esigenze delle popolazioni europee e non consente una ripresa sostenibile. Le politiche di austerità si sono dimostrate assolutamente inefficaci, soprattutto nel lungo periodo. L'Europa ha perso terreno commerciale nei confronti di altri grandi attori economici come gli Stati Uniti che invece hanno giustamente ribaltato la crisi iniettando liquidità nel sistema economico. L'Europa continua a strozzare i popoli con politiche economiche da suicidio che non permettono la crescita. Si continua a cercare una perfezione formale dei conti pubblici sacrificando i redditi delle famiglie meno abbienti. Infatti, sono proprio le categorie a reddito basso a subire i prelievi fiscali più pesanti tenendo a freno la crescita del PIL che riceverebbe una spinta enorme nel momento in cui si alleggerisse il pesante carico di tasse sui percettori di reddito basso. Numerosi economisti si sono schierati a favore di teorie elaborate da John Maynard Keynes e mi riferisco al «principio della domanda effettiva»: il livello di produzione di una nazione, il suo reddito e di conseguenza l'occupazione sono determinati dalla domanda dei consumatori. Quando si riduce il reddito della maggior parte di essi, allora i paesi piombano in una spirale distruttiva.

Gilles Lebreton (NI), par écrit. – Compromis ou souveraineté ? «Le principe de la démocratie, c'est le compromis». Cette déclaration du 15 juillet émane de M. Weber, représentant du PPE. Elle est radicalement fautive. Le vrai principe de la démocratie, c'est la souveraineté du peuple comme le rappelle l'article 2 de la Constitution française de 1958. Pour qu'il y ait souveraineté du peuple, et donc démocratie, encore faut-il qu'il y ait un «peuple», c'est-à-dire une nation voulant assumer une communauté de destin. Or ce n'est pas le cas de l'Union européenne, qui ne repose sur l'existence d'aucun peuple européen. M. Weber aurait donc mieux fait d'affirmer que «le principe de l'Union européenne, c'est le compromis». Car en l'absence de souveraineté du peuple, seul un système de compromis incessant peut sauver provisoirement une Union artificielle que les nations européennes finiront par congédier.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), por escrito. – Os grupos políticos europeus apresentaram os seus candidatos à presidência da Comissão Europeia, pretendendo assim aumentar a democraticidade do processo de decisão, aproximar eleitores dos eleitos e conferir maior credibilidade à causa pública. Face aos resultados eleitorais na sequência dos quais o PPE saiu vencedor, é com enorme satisfação que verifiquei a nomeação de Jean-Claude Juncker como futuro Presidente da Comissão Europeia. Entendo que o seu programa de trabalho focado no crescimento económico e na criação de emprego poderá levar a União Europeia a novos momentos de prosperidade e à criação de riqueza tão fundamental para melhorar a qualidade de vida dos 500 milhões de cidadãos europeus. Considero que é fundamental dar uma especial atenção às novas gerações e trabalhar ativamente para aumentar o emprego jovem, através de medidas concretas que fomentem a mobilidade laboral e permitam maior celeridade no reconhecimento de competências em todo o espaço europeu.

Tokia Saïfi (PPE), par écrit. – Je soutiens la candidature de Jean-Claude Juncker au poste de Président de la Commission et me félicite de la tenue de cette élection aujourd'hui au Parlement européen. Jean-Claude Juncker présente un programme en adéquation avec la situation politique, économique et financière actuelle en Europe. La mise en place d'un plan d'investissements de 300 milliards d'euros pour lutter contre le chômage marquera les prochaines années et permettra à l'Union Européenne de renouer avec la croissance et l'emploi. Ces investissements porteront sur des projets d'infrastructures dans le haut débit, en matière de réseaux énergétiques et dans les infrastructures de transports, aboutissant ainsi à une réindustrialisation de l'Europe. De plus, le futur Président de la Commission européenne s'engage à

Dienstag, 15. Juli 2014

lutter contre la fraude fiscale et le dumping social, tout en veillant à ce que les accords de libre-échange, et notamment le partenariat transatlantique, ne soient pas conclus à n'importe quel prix.

Jutta Steinruck (S&D), *schriftlich*. – Mit Blick auf das Arbeitsprogramm der künftigen Kommission fällt zunächst positiv auf, dass die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort begleitet werden soll. Aber wir müssen hier einen Schritt weiter gehen: Der Lohn und die Arbeitsbedingungen müssen sich an höchsten sozialen Standards orientieren. Die Umsetzung der Entsenderichtlinie, wie sie vom künftigen Kommissionspräsidenten eingefordert wird, reicht dazu nicht. Die bestehende Richtlinie fördert Sozial- und Lohndumping in ganz Europa, das wissen alle, die sich damit ein wenig näher befasst haben. Wenn Sie nun davon sprechen, Sozialdumping habe in Europa keinen Platz, dann muss im Rahmen der Überarbeitung der Entsenderichtlinie klar gestellt werden: Wir brauchen effektive Prävention vor Entsendungen zum Lohndumping, wirksame Kontrollen und Sanktionen gegen Briefkastenfirmen, gegen jegliche Form von Sozialbetrug und gegen den missbräuchlichen Einsatz von Leiharbeit und Scheinselbstständigkeit. Wir wollen die Gleichstellung aller Beschäftigten – unabhängig von Herkunft und Beschäftigungsform, und dies auf hohem Niveau. Hier fordern wir ein deutliches Bekenntnis der künftigen Kommission. Aber auch viele andere Formen des Sozialdumpings über Firmenverlagerungen, über angebliche Praktika und Formen der Scheinselbstständigkeit müssen von der neuen Kommission konsequent bekämpft werden.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), *in writing*. – The Political Guidelines for the next European Commission presented by Mr Jean-Claude Juncker is a solid document. It is focused on the main challenges of the European Union. The political guidelines are good answers to these challenges for a new start of Europe. However, I cannot agree with Mr Juncker's statement that '... no further enlargement will take place over the next five years.' This statement is a wrong signal sent to countries like Montenegro, the Republic of Moldova and others which have a dream to join the European Union. I hope that the Republic of Moldova will fulfil the criteria to become at least a candidate country in this Parliamentary mandate.

Ana-Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Astăzi, Parlamentul European a votat pentru numirea lui Jean-Claude Juncker în funcția de Președinte al noii Comisii Europene. Este un moment important, deoarece, pentru prima dată în istoria UE, Parlamentul European a ales – și nu doar a aprobat – președintele Comisiei Europene, ca urmare a propunerii Consiliului European, conform regulilor stabilite de Tratatul de la Lisabona.

În calitate de reprezentant al Grupului Social-Democrat din PE, aș fi dorit să-mi pot exprima votul în favoarea unui președinte social-democrat al Comisiei Europene, însă votul de astăzi reprezintă rezultatul votului cetățenilor europeni și este dovada triumfului democrației parlamentare europene. De asemenea, trebuie menționat că acest vot nu a reprezentat un cec în alb pentru J. C. Juncker, ci a avut la bază o negociere serioasă a Grupului Social-Democrat din PE cu domnul J. C. Juncker, negociere în urma căreia, în programul viitorului președinte al CE, se regăsesc cele mai importante principii și politici social-democrate: crearea de noi locuri de muncă și reducerea șomajului în rândul tinerilor, susținerea principiului „pentru aceeași muncă, același salariu”, stimularea investițiilor în infrastructură etc. În calitatea mea de deputat european, voi urmări cu atenție ca toate aceste politici și proiecte social-democrate să fie respectate de noul președinte al Comisiei Europene.

Indrek Tarand (Verts/ALE), *kirjalikult*. – On kiiduväärt, et herra Juncker on lubanud varjusurmast äratada ka ühise kaitse- ja julgeolekupoliitika, kuid enne seda tuleks resolutselt lõpetada Pariisi relvakaubandus Moskva. On mõeldamatu, et ühe liikmesriigi relvatööstuse ekspordivajadus seatakse kõrgemale Läänemere ja Musta mere äärsete liikmesriikide julgeolekuvajadusest.

Ceterum censeo, prantslased kahetsevad veel kibedasti oma otsust müüa Mistrale agressioone armastavale autoritaarsele Venemaale.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Il destino dell'Europa unita con Juncker al timone della Commissione è fortemente a rischio. Serve un cambio radicale di rotta rispetto alle politiche di *austerità* e rigore, non la continuazione di una politica fallimentare, dove i popoli si ritrovano spolpati delle loro ricchezze, tradizioni e diritti in nome di un mercato avido troppo grande per fallire. Gli Stati devono essere in grado di reagire proponendo piani economici pluriennali basati sulla spesa pubblica in investimenti produttivi nell'economia reale. Per questo dobbiamo agire politicamente per allentare i vincoli di bilancio e per obbligare le banche a far circolare il denaro nelle tasche dei cittadini e non degli speculatori finanziari. Purtroppo le misure monetarie prese dalla BCE con i TLTRO non risolveranno la situazione. Il regolamento del 3 luglio sulle operazioni di rifinanziamento non mette obblighi efficaci su come dovranno essere prestati i soldi richiesti con questa erogazione di liquidità e le banche manterranno facilmente i *benchmark* stabiliti investendo una

Dienstag, 15. Juli 2014

grandissima parte di questi miliardi nel circuito speculativo finanziario. Il non cambiamento delle politiche del rigore e la scarsa collaborazione delle banche private preannunciano un ulteriore degrado dei mercati nazionali interni, fallimenti, aumento della disoccupazione, povertà, tensione sociale fino alla molto probabile vittoria dei nazionalismi.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Hiermit protestiere ich dagegen, dass bei der Aussprache zur Erklärung des Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten keine allgemeine Aussprache im „Catch-the-eye-Verfahren“ erlaubt wurde. Diese Vorgehensweise ist undemokratisch und trägt Züge eines bürgerfernen Neoabsolutismus der EU-Bürokratie. Ein solches Europa mag Ihr Wunsch-Europa sein, Herr Juncker, aber es ist nicht das Europa der Völker und Bürger. Ich kann gut nachvollziehen, warum das Präsidium an einer offenen Aussprache nicht interessiert ist: Herrn Junckers Vorstellungen zum Einwanderungsland Europa, zum Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und zur NATO sollten nicht ausgiebig diskutiert werden. Die Abgeordneten dieses Hauses wurden so zum „Stimmvieh“ ohne jede Mitsprachemöglichkeit degradiert. Aber: Sitzen bleiben, Maul halten und abstimmen – das kann nicht die Tätigkeit eines Abgeordneten sein. Herr Juncker, Ich widerspreche deshalb Ihren gestern Nacht verschickten Leitlinien für das künftige Europa. Ich will keinen Bundesstaat Europa mit der Einheitswährung Euro, ich will kein Freihandelsabkommen mit den USA, ich will nicht immer mehr Zentralisierung und Souveränitätsverlust! Ich will auch nicht, dass mein Land Deutschland und die übrigen Länder Europas zum Kontinent einer forcierten Masseneinwanderung werden, die unseren Erdteil nur ins Verderben stürzen kann. Herr Juncker, ich versichere Ihnen: Im Interesse der Völker Europas und ihrer Zukunft habe ich Sie heute nicht gewählt.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ (PPE), *γραφώς*. – Αξιότιμε κύριε Juncker, στις προτεραιότητές σας αναφέρεστε εκτενώς σε πέντε πυλώνες για την μεταναστευτική πολιτική της ΕΕ. Δεδομένου ότι η πρόληψη και αντιμετώπιση της παράνομης μετανάστευσης θα συμβάλει στην αποτροπή της απώλειας της ζωής μεταναστών, -σε τραγωδίες που εκτυλίσσονται καθημερινά στη θάλασσα της μεσογείου και του Αιγαίου,- καθώς και ότι η ενίσχυση των πολιτικών μετανάστευσης θα πρέπει να αποτελεί αναπόσπαστο μέρος των εξωτερικών και αναπτυξιακών πολιτικών της Ένωσης, θα ήθελα να σας θέσω το ακόλουθο ερώτημα. Με βάση τη συνολική προσέγγιση της μετανάστευσης και της κινητικότητας και εφαρμόζοντας την αρχή «περισσότερα κίνητρα για περισσότερα αποτελέσματα» σκοπεύετε να εξετάσετε το ενδεχόμενο επαναπροσδιορισμού της χρηματοδοτικής πολιτικής, ιδιαίτερα για τα κράτη μέλη του Νότου, που αποτελούν και τα σύνορα της Ευρώπης; Είναι γνωστό ότι οι χώρες αυτές, όπως η Ελλάδα και η Ιταλία, δέχονται έντονες μεταναστευτικές πιέσεις με συνέπεια να αδυνατούν να αντεπεξέλθουν αποτελεσματικά στα νέα δεδομένα στον τομέα της διαχείρισης των μεταναστευτικών ροών. Διότι, η μετανάστευση είναι βεβαίως θέμα πανευρωπαϊκό αλλά αφορά ως πρόβλημα πολύ περισσότερο τις χώρες της Ανατολικής Μεσογείου.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Încă din primăvară, am spus că 2014 trebuie să fie anul unui nou început pentru Europa. Campania electorală ne-a arătat că avem nevoie de un nou start. Președintele CE, împreună cu echipa sa, trebuie să recâștige încrederea cetățenilor în ideea construcției europene. Metoda comunitară este calea. Numai colaborând strâns și mai sincer cu PE se poate realiza acest obiectiv.

Din multe priorități pe care, azi, Jean-Claude Juncker le-a prezentat, trei le consider stringente: reindustrializarea, investițiile în infrastructură și locurile de muncă pentru tineri. Orice program politic este valoros în măsura îndeplinirii lui. Nu ne putem permite să așteptăm cinci ani pentru ca, după aceea, să avem doar un succes parțial și să spunem, așa cum s-a întâmplat în cazul Agendei Lisabona, că trebuie să reevaluăm obiectivele.

Cred că momentul esențial al noului mandat va fi finalul anului 2016, când va avea loc evaluarea CFM. Decizia de a diminua, pentru prima dată în istoria UE, valoarea CFM a fost greșită. Sper că următorii doi ani din noul mandat, printr-o colaborare strânsă între Comisie și PE, vor aduce reevaluarea CFM pentru a da instituțiilor UE puterea ca, împreună cu statele membre, să creeze locuri de muncă și să asigure o creștere sustenabilă.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Oggi abbiamo ascoltato in quest'Aula il discorso del candidato designato (nominato) alla guida della Commissione europea, Jean-Claude Juncker. Una scelta decisa a tavolino dagli accordi politici tra Popolari e Socialisti, che hanno deciso di continuare a spartirsi il potere a loro piacimento.

Dienstag, 15. Juli 2014

È infatti vero che Juncker era il candidato proposto dal Partito popolare europeo, maggiore espressione politica uscita dalle urne lo scorso 25 maggio. Tuttavia, la sua nomina è stata decisa e formalizzata solo dopo un accordo ben preciso con i Socialisti, ai quali veniva confermata la Presidenza del Parlamento europeo nella figura inossidabile di Martin Schulz. La garanzia di questo accordo sarà la continuazione delle politiche intraprese negli ultimi anni, che hanno mostrato chiaramente tutte le loro criticità e i loro fallimenti, ma che a Bruxelles e Strasburgo fanno finta di non vedere. Qua abbiamo di fronte mestieranti della politica europea, gente che ha avuto ruoli chiave in questi anni. I risultati sono sotto gli occhi di tutti, eppure si continua a perseverare nell'errore. A me piace giudicare le persone per il loro operato, quindi magari Juncker sarà un ottimo Presidente della Commissione europea. Io glielo auguro, per il bene di tutti, ma non ne sono particolarmente convinto.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Os cidadãos europeus precisam de um sinal de mudança. Não são necessários mais belos discursos. As palavras já não chegam para mudar a dinâmica de desmotivação e dissolução que arrisca contaminar a União Europeia. Esta eleição tem que ser o resultado de compromissos claros: compromissos de investimento, de gestão inteligente dos fluxos migratórios, de coesão territorial, de inovação, de aposta na nova indústria e de aposta estratégica nas energias limpas. O programa da Comissão para o próximo mandato é ele próprio um compromisso, mas em que fica clara a matriz da visão social-democrata para a Europa. Importa que esta matriz seja objeto de uma vigilância permanente por parte do Parlamento Europeu, que haja uma sensibilização dos Governos liderados pelos socialistas para que promovam a sua multiplicação no plano nacional e que a cooperação ativa Parlamento / Comissão, que viabilizará, como espero, esta eleição, tenha continuidade dinâmica ao longo do mandato. Estamos perante uma nova partida no processo de desenvolvimento do projeto europeu, uma nova partida que retoma num quadro de modernidade a convergência entre a democracia-cristã e a social-democracia. É em nome dessa nova aliança progressista que votarei em Juncker para Presidente da Comissão Europeia.

(Die Sitzung wird um 12.15 Uhr unterbrochen und um 12.25 Uhr mit der Wahl des Kommissionspräsidenten wieder aufgenommen.)

6. Wahl des Präsidenten der Kommission

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Wahl des Kommissionspräsidenten.

(Der Wahlgang wird eröffnet.)

Zunächst einmal müssen wir Zählerinnen und Zähler auslosen, die an den Wahlurnen von A-B bis W-Z ihre Plätze einnehmen. Zunächst einmal müssen diese Zähler ausgelost werden.

Dann muss ich fragen, ob alle Abgeordneten, die hier im Saal sind, einen Stimmzettel erhalten haben. Gibt es Kolleginnen und Kollegen, die keinen Stimmzettel erhalten haben, die hier im Saal sind?

Haben alle ihren Stimmzettel erhalten? Wenn nicht, bitte ich die Amtsboten, dort, wo Abgeordnete signalisieren, dass sie keinen Stimmzettel haben, einen hinzubringen.

Ich beginne jetzt mit der Ziehung der Zählerinnen und Zähler. Wenn ich nichts anderes höre, gehe ich davon aus, dass sie das akzeptieren.

(Der Präsident zieht folgende Namen aus einer Lostrommel.)

Herbert Dorfmann

Iratxe García Pérez

Jonathan Arnott

Jonathan Arnott (EFDD). - Mr President, I am not happy to accept scrutinising a ballot which is secret and which should be public. Sorry.

Dienstag, 15. Juli 2014

Der Präsident . Francisco Sosa Wagner

Christel Schaldemose

Nathalie Griesbeck

Christian Ehler

Diane Dodds

Goffreda Maria Bettini

Adam Gierek

Ivo Vajgl

(Die Abgeordneten begeben sich zu den Wahlurnen und geben ihre Stimmzettel ab.)

(Der Präsident schließt die Wahl um 12.58 Uhr.)

(Die Sitzung wird um 13.00 Uhr bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses unterbrochen.)

Der Präsident. - Meine Damen und Herren! Mit der Bekanntgabe des jetzigen Wahlergebnisses geht ein Prozess vorläufig zu Ende, der ganz ohne Zweifel von Ihnen allen oder zumindest von den meisten von Ihnen als ein historischer Prozess bezeichnet worden ist. Das Europäische Parlament hat diesem Wahlgang und diesem Prozess größte Aufmerksamkeit gewidmet, schon in der vergangenen Wahlperiode, aber auch in dieser. Ich glaube, dass mit dem Ergebnis, das ich jetzt bekannt gebe, eine fundamentale Richtungsänderung in den Strukturen der Europäischen Union erreicht worden ist. Das Resultat dieses Prozesses ist der nächste Präsident der Europäischen Kommission, der wie kein anderer parlamentarisch gestärkt in sein Amt gehen wird.

Abgegebene Stimmzettel: 729

Leere Stimmzettel, die als Enthaltung gewertet werden: 47

Ungültige Stimmzettel: 10

Nach dem EU-Vertrag ist vorgesehen, dass der Präsident der Europäischen Kommission bei der Abstimmung über seine Nominierung die qualifizierte Mehrheit, das heißt die Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder des Parlaments erreichen muss. Diese Stimmenzahl ist 376.

Für Herrn Jean-Claude Juncker haben gestimmt: 422 Abgeordnete.

(Anhaltender Beifall)

Gegenstimmen: 250

Das Europäische Parlament hat somit den vom Europäischen Rat vorgeschlagenen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt. Gemäß Artikel 117 Absatz 3 der Geschäftsordnung werde ich dies dem Rat mitteilen und den Rat und den gewählten Präsidenten der Kommission auffordern, im gegenseitigen Einvernehmen die Kandidaten für die einzelnen Ämter der Mitglieder der Kommission zu benennen. Ihre Wahl, meine Damen und Herren, werde ich in einem Rechtsakt, den ich unterschreiben muss, feststellen und werde das Ergebnis dieser Wahl Ihnen, Herr Juncker – vorausgesetzt, Sie teilen mir jetzt mit, dass Sie damit einverstanden sind –, aushändigen.

Jean-Claude Juncker, designierter Präsident der Kommission. - Herr Präsident! Es ist nicht nur ein Gebot der Höflichkeit, dass ich dem von Ihnen vorgeschlagenen Prozedere gerne zustimme. Aber bitte schicken Sie eine Kopie an alle.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). - Κύριε Πρόεδρε, πρόκειται για ένα ουσιαστικό ζήτημα, για παραβίαση του Κανονισμού. Μας στερήσατε τον λόγο και το Προεδρείο έχει σημαντική ευθύνη. Η ευρωκοινοβουλευτική ομάδα του Κομμουνιστικού Κόμματος Ελλάδας διαμαρτύρεται και δεν αποδέχεται τον χαρακτηρισμό που δόθηκε σε βουλευτή ότι μιλάει εκ μέρους των μη εγγεγραμμένων. Οι μη εγγεγραμμένοι, με βάση τον Κανονισμό του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, δεν αποτελούν πολιτική ομάδα. Άρα δεν μπορεί κανείς να τοποθετείται εκ μέρους τους ή να τους εκπροσωπεί. Κάθε μη εγγεγραμμένος βουλευτής μπορεί να μιλάει για τον εαυτό του ή εξ ονόματος του κόμματός του. Γι' αυτό είναι αναγκαίο να διευκρινίσετε το παραπάνω ζήτημα. Η ευρωκοινοβουλευτική ομάδα του Κομμουνιστικού Κόμματος δεν ανήκει σε καμία πολιτική ομάδα και τοποθετείται αυτοτελώς στο Ευρωκοινοβούλιο και σε όλα τα όργανά του.

Dienstag, 15. Juli 2014

Der Präsident. - Herr Papadakis, ich nehme das zur Kenntnis. Sie kennen die Regelungen, die sich für die fraktionslosen Abgeordneten in diesem Hause ergeben. Wir werden Ihre Wünsche prüfen. Im Rahmen der Koordinierung der fraktionslosen Abgeordneten kommt jede Gruppe, die bei den Fraktionslosen organisiert ist, zu Wort. Ich nehme aber Ihre Wünsche mit. Wir prüfen, was wir tun können.

(Die Sitzung wird um 13.55 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

7. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

8. Lage in der Ukraine (Aussprache)

La Présidente. - L'ordre du jour appelle la déclaration de la vice-présidente de la Commission et haute représentante de l'Union pour les affaires étrangères et la politique de sécurité sur la situation en Ukraine (2014/2717(RSP)).

Štefan Füle, Member of the Commission on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. - Madam President, the crisis in eastern Ukraine has not abated; each day we continue to receive alarming reports about casualties. The activities of illegal armed separatist groups remain a source of great concern. Militants still occupy buildings and border posts, keep dozens of people hostage, and threaten the territorial integrity and independence of Ukraine, as well as the security of its citizens. Innocent civilians, including women and children, are caught in the crossfire. We must do all we can to protect and support them. Each civilian killed is one too many. The increase in the numbers of displaced people is also of concern. It underlines the importance of supporting the work of humanitarian organisations. It is essential to provide protection and emergency assistance to all of the Ukrainian civilians who are in need of it – whoever and wherever they are.

There are worrying reports regarding respect for human rights – not only in eastern Ukraine, but also in Crimea, which remains illegally annexed by Russia. Crimea is where the most dramatic changes in the situation of minorities and in the enjoyment of human rights have taken place. Earlier this month, the leader of the elected Crimean Tatar assembly was refused entry to Crimea. This is a clear violation of international law and the European Convention of Human Rights. Allow me to stress that we have not forgotten about Crimea; it will always remain on the radar of our policy until international law is restored.

The Ukrainian military campaign in the eastern Ukraine continues. It is every country's right and obligation to uphold law and order on its territory and to defend its sovereignty and territorial integrity. In these extremely difficult circumstances, we encourage the Ukrainian authorities to maintain a measured approach. This is not about fighting the popular movement in part of eastern Ukraine at a time when the Ukrainian authorities offer discussions about decentralisation and other democratic changes. It is about fighting highly trained and equipped paramilitary forces that have hardly any regard for the needs of the local population. This is exactly the reason why we need to put the protection and well-being of local civilians at the heart of our policy.

Diplomatic efforts towards peace in eastern Ukraine must continue. There is an urgent need for all parties to agree on a genuine and sustainable cease-fire in order to create the necessary conditions for the implementation of President Poroshenko's peace plan. President Putin supported the peace plan in principle; the Federation Council has revoked the authorisation to use military force on Ukrainian soil. However, Russia has not stopped the flow of weapons, equipment and militants across the border; nor has it used its influence over illegally armed groups in eastern Ukraine to stop the violence and get them to lay down their arms. So it is now urgent that Russia takes concrete steps in this direction. We welcome the diplomatic efforts launched in Normandy on 6 June by Ukraine, the Russian Federation, France and Germany, and we hope that this process – as well as the joint Berlin Declaration of 2 July — will contribute to de-escalation and to a peaceful resolution of the crisis.

Dienstag, 15. Juli 2014

Diplomatic efforts will only be successful if all players show genuine commitment to the process. The European Union welcomes the trilateral efforts of Ukraine, Russia and the OSCE, which could lead to de-escalation and a peaceful resolution, including an agreement on a cease-fire, the release of all hostages, border security, and the effective monitoring of border crossings by the OSCE. Unfortunately, we are not there yet. Tomorrow in Brussels, the Heads of State and Government will again assess the situation on the ground against the conditions put forward by the last European Council and, should it be required, adopt the necessary decisions.

In parallel, the European Union supports Ukraine where it can. In March, the European Commission proposed a support package of over EUR 11 billion for the next couple of years. The Commission has also decided to create a Support Group to ensure that the Ukrainian authorities have all the assistance they need to implement reforms.

Last week,

The European Union also actively supports the OSCE Special Monitoring Mission and stands ready to further assist the organisation in supporting a cease-fire and border monitoring. At the end of this month, we are also planning to launch a common security and defence policy mission to assist Ukraine in the important areas of civilian security sector reform, police and the rule of law.

26 June 2014 was a historic day for Ukraine and for the European Union. After years of negotiations and hard work, the remaining provisions of the Association Agreement – with its deep and comprehensive Free Trade Area – were signed. This achievement is a powerful symbol of the Ukrainian people's aspirations to get closer to the European Union, and of the European Union's commitment towards Ukraine. The Agreement will help to drive reforms and boost growth by offering Ukraine access to the world's largest market. We now look forward to its swift ratification and subsequent provisional application, so that Ukrainian citizens and businesses can benefit as soon as possible from the new opportunities that the Agreement opens.

Needless to say in this House, the Agreement is not meant to replace Ukraine's relations with any neighbour; Ukraine can perfectly well have free trade agreements with Russia and the European Union at the same time. The European Union has engaged with Russia in order to dispel any possible misunderstandings in this regard. Last Friday, trilateral talks were held by Commissioner De Gucht with Ukraine and Russia at ministerial level on the effects on Russia's economy of the implementation of the Association Agreement. An agreement was reached to launch a consultation mechanism with a focus on regulations and standard procedures arising from the implementation of this Agreement. The purpose is to reduce unnecessary tensions by filtering out misunderstandings and by focusing discussions on possible solutions for any remaining concrete issues. Experts will produce a preliminary report no later than 1 September 2014, and a new ministerial meeting will take place in that month. Russia's threats to take unilateral 'preventive' safeguard measures are unacceptable and legally unfounded. We now hope that Russia will refrain from taking any such unprovoked, restrictive measures.

Finally, the Association Agreement does not constitute the final goal of European Union-Ukraine cooperation. On the contrary, it provides new opportunities and is an important step in the European Union's commitment to support Ukraine along the road of transforming this country into a stable and prosperous European democracy.

Jacek Saryusz-Wolski, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, in reaction to what the Commissioner has said, I would say that we should give Ukraine a chance.

The situation in Ukraine is escalating, but it is being escalated by Russia, which is increasing the presence of its military forces and its equipment. Contrary to misleading signals from Russia, Russia did not give up its preferred scenario of creating a frozen conflict there in order to block Ukraine's path to modernity and to Europe. We owe Ukraine – our associated partner – our assistance and our full political and economic support: support for the peace plan of President Poroshenko and also support for Ukraine's right of self-defence, based on Article 51 of the UN Charter, to regain control over its territory and its borders.

Our mediation is not enough. We are on the side of Ukraine's sovereignty and territorial integrity. The EU has special responsibility for safeguarding respect for our values of democracy and rejects the challenging of borders by force through Russian action. Consequently, we need action towards Russia. If Russia does not de-escalate or fulfil the requirements which we put on the table, the Council decision on further third-stage sanctions should be put into motion in sectors like defence, banking and energy. As a sign of our support and solidarity towards Ukraine, Parliament should quickly and swiftly proceed with the ratification of the Association Agreement.

Dienstag, 15. Juli 2014

Knut Fleckenstein, *im Namen der S&D-Fraktion.* – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erwarten von der russischen Regierung endlich überzeugende Taten statt nur abwiegelnde Worte.

Russland trägt eine klare Verantwortung dafür, dass die Situation in den östlichen Regionen der Ukraine so weit eskalieren konnte. Deshalb erwarten wir auch, dass Russland jetzt den Zustrom von Waffen und Söldnern über seine Grenzen in die Ukraine unterbindet. Wir erwarten von ihnen, dass sie ihren letzten noch verbliebenen Einfluss auf bewaffnete separatistische Gruppierungen nutzen, geltend machen und diese aufrufen, ihre illegalen Aktivitäten zu beenden und den vom ukrainischen Präsidenten vorgeschlagenen Friedensplan anzunehmen.

Wir unterstützen die ukrainische Regierung in ihrem Bemühen, für Frieden, Sicherheit und Stabilität des Landes zu sorgen, und mahnen auch in diesem Zusammenhang an die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Es ist uns besonders wichtig, dass die Regierung auch weiterhin von uns unterstützt wird bei ihrem Bemühen, einen inklusiven nationalen Dialog zu organisieren, der die Interessen ihrer Bürger in allen Teilen des Landes angemessen berücksichtigen kann.

Drittens: Wir begrüßen die Aktivitäten verschiedener Außenminister inklusive meines eigenen. Wir appellieren eindringlich an die Hohe Beauftragte oder ihre Nachfolgerin im Amt, sich aktiv an den internationalen Bemühungen um eine nachhaltige Lösung der Krise in der Ukraine einzubringen. Ich glaube, dass wir in der Europäischen Union sehen müssen, dass wir wieder selbst aktiv mitgestalten und es nicht den nationalen Außenministern überlassen.

Lassen Sie mich einen letzten Satz sagen: Ich glaube, dass die Entschließung, die wir gemeinsam verabschieden werden, eine gute Grundlage dafür ist, darzustellen, wo unsere eigentlichen Forderungen liegen. Allerdings sollten wir das in einer Art tun, die nicht neue Gräben aufreißt, sondern dazu beiträgt, Gräben einzuebnen.

Anna Elżbieta Fotyga, *w imieniu grupy ECR.* – Pani Przewodnicząca, Panie Komisarzu, Szanowni Państwo! Unia Europejska jest globalnym graczem na arenie międzynarodowej. Jest niezwykle ważne, żebyśmy bardzo precyzyjnie zdiagnozowali proces, z którym mamy właśnie do czynienia. Ta precyzyjna diagnoza jest szczególnie potrzebna państwowi i narodowi mojego regionu – Europy Środkowej i Wschodniej, w tym mojego kraju – Polski. Jesteśmy z Ukrainą, z narodem ukraińskim, w jego walce o suwerenną państwowość, o integralność terytorialną kraju. I od wielu już lat przestrzegamy, przestrzegaliśmy, że proces, który toczy się w Federacji Rosyjskiej, od czasu objęcia prezydentury przez Władimira Putina po raz pierwszy to jest odnawianie polityki neoimperialnej, to jest odzyskiwanie wpływów w sferze posowieckiej. Model jest bardzo prosty – zaczyna się od destabilizacji, potem następuje zainstalowanie przychylnych władz, potem ewentualnie czystki etniczne, przychylne umowy, takie które pozwalają na obecność baz i sił militarnych bądź paramilitarnych. Tak się stało na Krymie w przypadku aneksji, kiedy to po raz kolejny w powojennej historii świata zdecydowano się na jednostronne zakwestionowanie stabilności granic suwerennego państwa, pomimo gwarancji, które dawały ważne demokracje światowe. Przychylne odnoszę się do działań, które podejmuje Unia Europejska, sądzę, że istotna jest misja cywilna, ale jest to dalece niewystarczające. Powinniśmy pójść dalej – w sankcjach i w wyraźnych sygnałach dyplomatycznych.

Johannes Cornelis van Baalen, *on behalf of the ALDE Group.* – Madam President, first of all, we should salute the Ukrainian people for having organised independent, free and fair presidential elections which brought a clear result: that is the result of democracy. The Russians talked repeatedly about 'the fascists of Maidan' and 'the fascists of the interim government'. But it was not they who won. The extremist vote was very small and this was a very good election result, given also the fact that Crimea was under Russian rule and Russian was intervening in the eastern part of Ukraine. So let us salute the Ukrainian people and their new democratically elected President.

Secondly, President Poroshenko has his 15-point programme and we should support him in this because he wants to talk with all sections of Ukrainian society. He wants to talk about decentralisation within one Ukraine – the Ukraine we have all recognised, including Crimea and including, of course, the east – and President Putin should now do what he sometimes talks about. He sometimes speaks words of conciliation but his actions are different. If he really wants peace, President Putin needs to stop all help to the separatists – all help. He should patrol his border and he should come to a free and fair agreement with Ukraine on oil and gas. He should also accept international law, and that means that Crimea is not a part of Russia.

Dienstag, 15. Juli 2014

Putin now has to accept international law. That is the most important thing, and what we should do is demand Russian action rather than talk and, if the action is not satisfactory, we should impose further sanctions because in the end that is the only way to keep Russia on the right side of the Russian-Ukrainian border.

Jiří Maštálka, za skupinu GUE/NGL. – Paní předsedající, vítám, že se toto téma projednává na půdě Evropského parlamentu. Chci ale zdůraznit, že seriózní jednání měla začít podstatně dříve, tedy před uzavřením asociační dohody, t.j. před listopadem 2013.

Asociační dohoda totiž patří k základním faktorům, které přispěly k otevřenému vojenskému konfliktu a občanské válce. Velký podíl na vyostření situace měla Evropská unie, především její komisaři, a také Evropský parlament, který včas nezasáhl. V každém případě jsme měli situaci monitorovat, zaujímat objektivní stanoviska a také včas vyslat pozorovatele, kteří by objektivně posoudili situaci. V současné době stojíme tváří v tvář válce na evropském kontinentu a to v období, kdy vzpomínáme 100 let od počátku první světové války.

Zároveň jsme konfrontováni s fašizací a humanitární katastrofou. Nešťastná politika Východního partnerství kromě jiného dohnala půl milionu občanů Ukrajiny k tomu, aby hledali bezpečí a útočiště v Ruské federaci. Bylo by dobré se zeptat i těchto lidí, jakou si přejí Ukrajinu. Na základě těchto skutečností jsem přesvědčen, že Evropská unie by měla vytvořit komisi, jejíž náplní by bylo vyšetřit spáchané zločiny, jako je třeba střelba snajperů na kyjevském Chřešatyku, vraždění v Oděse a v neposlední řadě také nepřiměřené používání síly na jihovýchodě Ukrajiny. Pokládám za nezbytné, aby Evropský parlament vyzval státní orgány Ukrajiny k provedení reformy ústavy, která bude respektovat historická specifika jednotlivých regionů. Evropský parlament musí trvat na zamezení etnických čistek, které bohužel lze očekávat.

Dovolte mi také vyjádřit základní nesouhlas s hrozícím zákazem parlamentní strany, jakou je Komunistická strana Ukrajiny. Pokládám tento krok za projev nebezpečného směřování k fašizaci ... (*Předsedající řečnickovi odebrala slovo.*)

(*Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).*)

Sandra Kalniete (PPE), *blue-card question*. – Mr Maštálka, when you say that it is a European Association Agreement which is the cause of all the war and military activity and disruption of civil life in Ukraine, it reminds me very much of a comment I have heard from men – that when a woman is raped, she has asked for it. Could you answer me on that point?

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty*. –

Asi jste měla špatný překlad, já jsem řekl, že to byl jeden z faktorů.

Marju Lauristin (S&D), *blue-card question*. – I want to ask about whether there is really time to talk about more urgent measures, because news is coming in about the approaching humanitarian crisis in Donetsk. The leaders of the separatists have said that there will be an evacuation of 100 000 people from Donetsk. What is going on there is a humanitarian crisis and a provocation that could then be a pretext for a Russian invasion. We all know how this pattern is working. I think this is not the time to talk about what we did wrongly earlier on, but it is time to talk about what we can do urgently to help Ukraine stabilise the situation and to stop the provocations.

La Présidente. - Nous allons reprendre le cours de notre débat (*La présidente considère que la question posée ne correspond pas à une question «carton bleu»*).

Rebecca Harms (Verts/ALE). - Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es passt jetzt eigentlich ganz gut zu dem Vorredner. Ich wollte gerne an dieser Stelle noch einmal betonen – und zwar auch für russische Bürgerinnen und Bürger, die diese Debatte vielleicht auch einmal ungefiltert hören müssten –, dass das Assoziierungsabkommen, das wir mit der Ukraine unterzeichnet haben, sich nie gegen Russland gerichtet hat. Das war keine Aggression gegen Russland, sondern das war ein Vertrag, den wir schließen wollten, zugunsten einer besseren demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Ukraine. Ich bin heilfroh, dass inzwischen die Assoziierungsabkommen mit Moldau, mit Georgien und mit der Ukraine unterschrieben worden sind.

Dienstag, 15. Juli 2014

Angesichts des Treffens letzter Woche zwischen der Ukraine, Russland und der EU in Brüssel würde ich noch einmal sagen: man kann über Handel reden, aber ein Vetorecht für Russland darf die Europäische Union auf diese Abkommen nicht zulassen, denn damit würden die Ideen von demokratischer Entwicklung tatsächlich untergraben.

Ich muss Ihnen sagen, ich bin von Woche zu Woche mehr entsetzt darüber, wie erfolgreich die Strategie Russlands ist, den demokratischen Prozess in der Ukraine zu unterminieren durch die Toleranz und inzwischen durch die immer aktivere Unterstützung der selbsternannten Separatisten, die zum Teil Verbrecher sind, im Osten der Ukraine. Das ist nicht akzeptabel. Das spricht einfach gegen normale Verhältnisse gegenüber Russland. Wir müssen unsere Verhältnisse zu Russland nicht verändern. Russland verändert seine Beziehungen und seinen Umgang über den Umgang mit der Ukraine auch uns gegenüber.

Ich will noch einmal wieder über die Sanktionen sprechen: Wir haben schon so oft darüber gesprochen. Als die Sanktionen angefangen haben zu wirken – die Kapitalflucht ist ein großes Problem, der Rubel ist runter gegangen –, als man die Auswirkungen gespürt hat, da gab es einen Parlamentsbeschluss in Russland, und man hat diese 100%ige Ansage: Wir verteidigen alle Russen außerhalb Russlands, wenn es sein muss, zurückgenommen.

Man hat diesen Beschluss unter dem Druck der ökonomischen Verhältnisse zurückgenommen. Dann hat aber die Europäische Union über einzelne Mitgliedstaaten angefangen, sich selber und der Idee der Sanktionen zu widersprechen. Ich finde das unerträglich, dass weiterhin Waffen exportiert werden, dass russische Soldaten in Frankreich ausgebildet werden. Das kann doch nicht sein!

(Beifall)

Ich finde auch unerträglich, dass jetzt Österreich und unsere Ratspräsidentschaft in Italien plötzlich *South Stream* vorantreibt, denn das ist nicht ein Projekt für die Energieversorgungssicherheit, das ist ein Projekt, das sich strategisch gegen die Ukraine richtet!

(Beifall)

Ich glaube, wer Einfluss auf Präsident Putin haben will, der muss auch mal konsequent sein, und der kann nicht mit vier verschiedenen unterschiedlichen Strategien in diese Auseinandersetzung gehen. Frieden ist dringend gewünscht, aber Frieden in der Ukraine erreichen wir nur, wenn wir gegenüber Russland ganz klar – nicht militärisch, aber mit der Bereitschaft, unsere Verhältnisse zu verändern – auftreten.

(Die Rednerin ist damit einverstanden eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Richard Sulík (ALDE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Frau Harms! Meines Wissens war es eine Bedingung seitens der EU dafür, dass der Assoziierungsvertrag mit der Ukraine unterschrieben wird, dass die Ukraine kein Zollabkommen mit Russland unterschreiben darf. Falls dies so war, möchte ich Sie fragen, was Sie davon halten.

Rebecca Harms (Verts/ALE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Es wurde ja den ganzen Winter immer wieder in der Ukraine über dieses Thema diskutiert. Die Ukraine wollte nicht in die Zollunion mit Russland. Die Ukraine will das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union. Die Präsidentschaftswahl hat noch einmal gezeigt, mit welcher großen Mehrheit die Ukrainer das wollen. Das bedeutet nicht, dass die Ukraine nicht auch gerne gute Geschäftsbeziehungen zu Russland hätte, wenn Russland dann interessiert wäre an guten Geschäftsbeziehungen. Zurzeit ist Russland daran interessiert, dass der Reformprozess in der Ukraine scheitert.

Valentinas Mazuronis (EFDD), — Kalbant apie situaciją Ukrainoje, labai svarbu teisingai identifikuoti, kas ten vyksta. Mano manymu, Ukrainoje vyksta nepaskelbtas hibridinis karas, kurio metu viena valstybė, kalbu apie Rusiją, neteisėtai užgrobė dalį kitos valstybės, kalbu apie Ukrainą ir Krymą. Rusija ir toliau skatina ir remia tolesnius karinius veiksmus likusioje Ukrainos teritorijoje bei ten esančias neteisėtas karines grupuotes. Taigi nors ir nepaskelbtas, nors ir naudojant neįprastus karo metodus, karas Ukrainoje vyksta. Ten žūsta žmonės, tarp jų ir civiliai.

Dienstag, 15. Juli 2014

Svarbu suprasti, kad tai karas ne tik prieš Ukrainą. Šis karinis konfliktas – tai globalaus dabartinio Rusijos konflikto su Vakarų civilizacija ir Europa atspindys. Jeigu mes tinkamai nereaguosime, tai klausimas bus tik vienas: kuri Europos valstybė bus kita? Ar tai bus mano tėvynė Lietuva ar kitos Baltijos valstybės, o gal Moldova ar bet kuri kita pasaulio ar Europos šalis? Ir tai įvyks vien todėl, kad viena iš šių valstybių ar jų sprendimai nepatiks tiems, kurie sukėlė ir šią dieną remia karą Ukrainoje. Būtent todėl šiandien tokia svarbi visų Europos valstybių bendra pozicija ir koordinuoti veiksmai stabdant karinius veiksmus Ukrainoje bei siekiant takaus sprendimo būdo. Bendra ir ryžtinga mūsų pozicija yra svarbi ne tik Ukrainai bei jos teritorijos vientisumui, tokia pozicija būtina ir svarbi visų pirma mūsų valstybėms, mūsų valstybių piliečiams. Todėl būkime vieningi ir ryžtingai veikime išvien jau šiandien, nes rytoj gali būti vėlu.

(Kalbėtojas sutiko atsakyti į mėlynosios kortelės klausimą (Darbo tvarkos taisyklių 162 straipsnio 8 dalis))

Edouard Ferrand (NI), *question «carton bleu»*. – Monsieur Mazuronis, l'accord d'association qu'on nous propose entre l'Union européenne et l'Ukraine ne risque-t-il pas, aujourd'hui, de profiter à l'intégration latente de l'Ukraine dans l'OTAN et de provoquer le retour inéluctable d'une guerre froide en Europe ?

Valentinas Mazuronis (EFDD), *atsakymas į pakėlus mėlynąją kortelę pateiktą klausimą*. – Sutarties, kurią pasirašė Ukraina, pasirašymas buvo Ukrainos teisėtai išrinktos valdžios pasirinkimas. Manau, kad kiekviena valstybė turi teisę rinktis taip, kaip mano reikalinga. Tikrai nematau, kad šie žingsniai, o ne agresyvi kitos valstybės, t. y. Rusijos, pozicija, kelia potencialiai didžiulę grėsmę stabilumui Europoje ir mūsų visų valstybių saugumui.

Harald Vilimsky (NI). - Frau Präsidentin, meine sehr geehrte Damen und Herren! Etwas Bestürzung ist in mir, wenn ich sehe, auf der einen Seite in Europa herrscht kriegerische Gefahr an den Toren Europas, und auf der anderen Seite sehe ich hier, dass 80 % der Mandatäre sich nicht einmal an der Debatte beteiligen und ihre Verantwortung wahrscheinlich in der Cafeteria wahrnehmen – ein schlechtes Zeichen für die Europäische Union.

Das Zweite, das ich mich frage, ist vor allem, was die Redner der Mehrheitsfraktionen betrifft, dass hier bei den Dingen, die hier vom Zettel gelesen werden, offensichtlich überhaupt keine Recherche betrieben wird und man den Eindruck gewinnt, dass das hier mehrheitlich eine europäische Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika statt eines selbstbewussten Europäischen Parlaments ist.

Erinnern Sie sich bitte zurück, was passiert ist am Maidan, wie hier eine vermeintliche Demokratiebewegung, die von der Europäischen Union unterstützt wurde, auf einmal mit Sturm- und Maschinengewehren hantiert hat und in weiterer Folge eine Regierung weggeputscht wurde, nicht etwa mit dem erforderlichen Quorum in der Kiewer Rada von 75 %, das notwendig gewesen wäre, sondern darunter. Auch da hat man die Augen zugemacht vor dieser falschen Entscheidung eines Putsches. In weiterer Folge hat man auch die Augen verschlossen, als plötzlich 400 *Blackwater* Söldner der US-Administration – laut einem Bericht des deutschen Magazins „Der Spiegel“ – in der Ukraine entdeckt wurden.

Ich bitte die Europäische Union, hier nicht einseitig die Position der Amerikaner zu ergreifen, sondern ganz im Gegenteil eine neutrale Rolle einzunehmen, eine tripolare Verhandlung zu ermöglichen – den Russen, den Ukrainern und den Europäern andererseits. Es geht hier um die Bevölkerung, es geht darum, Tote zu vermeiden und den Frieden abzusichern.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Ulrike Lunacek (Verts/ALE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Präsidentin! Herr Vilimsky, Sie haben interessanterweise davon gesprochen, dass es am Maidan eine „vermeintliche Demokratiebewegung“ gab, dass die Regierung weggeputscht wurde.

Waren Sie dort? Meine Kollegin Rebecca Harms war dort – des Öfteren. Sie hat mit den Leuten geredet, sie kennt sie, nicht erst jetzt, sondern seit Jahren, und viele andere hier im Haus.

Sie und Ihre Kollegen, von FPÖ und anderen, waren auf Einladung der russischen Regierung, russischer Organisationen auf der Krim und haben dort das sogenannte Referendum beobachtet. Wo bleibt ihre tatsächliche Sicht auf die Dinge? Sie waren nicht am Maidan.

Dienstag, 15. Juli 2014

Harald Vilimsky (NI), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Frau Kollegin Lunacek! Ich war acht Jahre Obmann der österreichisch-ukrainischen parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft. Ich habe Hilfslieferungen für Kinder in die Ukraine gebracht. Ich habe eine österreichische Tageszeitung in die Ukraine gebracht, um im Vorfeld der Euro auch den Tieren in der Ukraine zu helfen. Und ich habe sehr viele Gesprächspartner. Wenn Sie heute kritisieren, dass wir uns vor Ort in der Krim ein Bild gemacht haben, während Sie in Wien gesessen sind oder wo auch immer und irgendwelche Zeitungen gelesen haben, die für Sie die Wahrheit sind, dann bin ich eher der Auffassung, dass ich vor Ort bin, mich dort erkundige und diese Dinge als Basis meiner Argumentation nehme anstatt irgendetwas, das Ihnen irgendjemand erzählt.

Elmar Brok (PPE). - Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Kolleginnen und Kollegen! Herr Vilimsky! Ich war an dem Tag, als das Parlament mit großer Mehrheit entsprechend der Abmachung beschloss, die Verfassung von 2004 wieder einzusetzen, dort am Parlament. Ich habe keine Sturmgewehre gesehen, sondern habe fröhliche Menschen gesehen, die Demokratie wahrgenommen haben, Menschen, die unter den Flaggen Europas demonstrierten. Das heißt, Menschen, die offensichtlich Demokratie verstanden haben, während Sie mit Ihrer Argumentation das Putin-Regime stützen, das nicht freiheitlich ist. Sie sollten sich schämen, solche Positionen hier wahrzunehmen!

Das Eindeutige ist: Die Menschen in der Ukraine haben entschieden bei der Präsidentschaftswahl: Ihre Freunde wie die Faschisten haben zusammengekommen weniger als 10 % bekommen. Da hat man für Demokratie und Freiheit des Westens entschieden. Die Entscheidung muss fallen in Kiew, in der Ukraine, nicht in Brüssel, nicht in Washington und nicht in Moskau. Nur das möchten wir: Das ukrainische Volk muss die Freiheit der Entscheidung haben! Wir machen ein Angebot eines Assoziierungsvertrags. Jedes Land kann frei entscheiden, ob es das haben möchte. Wir werden das als Parlament schnell ratifizieren – wie auch mit Georgien und Moldau. Aber ich möchte deutlich zum Ausdruck bringen: Dies ist nicht gegen Russland gerichtet. Dies hat keine handelspolitischen Nachteile für Russland. Die Nachteile entstehen nur durch Russland, das einseitige Strafmaßnahmen in der Handelspolitik gegen Länder macht, die nicht politisch konform sind. Dies ist nicht hinnehmbar! Das muss zurückgewiesen werden!

Und zu dem, was in der Ostukraine läuft: Solange russische Waffenlieferungen da sind, solange man Raketen hat, mit denen man Flugzeuge über sechs Kilometer Höhe abschießen kann – das ist nicht einfach so von Freischärlern –, müssen wir sagen: Solange Russland diese Politik betreibt, muss Russland auch damit rechnen, dass Sanktionen ausgesprochen werden können. Ich meine, dass es deutlich sein muss: Jedes Volk muss die Freiheit seiner eigenen Entscheidung haben. Wir sollten den Ukrainern helfen – vielleicht mit OSZE-Gruppen, den Beobachtern –, dass die Kontrolle über die russisch-ukrainische Grenze zurückgefunden werden kann, damit diese Grenze nicht missbraucht werden kann durch Waffenlieferungen in die Ukraine hinein.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Jean-Luc Schaffhauser (NI), question «carton bleu». – Je voudrais juste dire à Elmar Brok, lorsqu'on traite de fasciste en l'occurrence Svoboda et Pravy Sektor, qu'ils étaient soutenus par l'Occident et les États-Unis, même si par la suite, effectivement, ils ont perdu aux élections. Donc, attention quand on menace et quand on critique nos amis et ceux qui essaient de mettre la vérité de fasciste. Cette fois, comme par hasard, les fascistes sont du côté de ce que vous appelez, à tort d'ailleurs, l'Occident.

Elmar Brok (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Auf dem Maidan und bei allen Gesprächen war der Wunsch aller politischen Kräfte – der großen Mehrheit des Parlaments, vollständig des Maidan – die Auffassung: Wir möchten Menschenrechte haben, eine Rechtsstaatlichkeit, in der es keine Willkür gibt.

Wenn Sie das als Faschismus bezeichnen: Sie gehören zu den Leuten, die in russischer Terminologie sagen, jeder der gegen Russifizierung, gegen Sowjetisierung war, ist damit Faschist. Dieser Definition kann ich mich nicht anschließen. Da ist niemand verfolgt worden. Kein Russe ist wegen seiner Sprache in der Ukraine verfolgt worden – dies sind alles Mythen. Und aus diesem Grunde sollte man deutlich machen, dass man dieser Propaganda nicht folgen kann. Sie sollten sich schämen, mit welchen Leuten Sie im Boot sitzen!

Dienstag, 15. Juli 2014

Victor Boștinaru (S&D). - Madam President, there are two main questions for which we desperately need a well-articulated answer in the future, bearing in mind the recent past. Firstly, we must measure how sincere and real the Russian commitment to de-escalating the situation is, in view of the developments in eastern Ukraine – regarding which you, Mr Commissioner, and other colleagues mentioned the real involvement of Russia.

Secondly, we need an immediate solution to the energy security problem. The solution is not to build other pipelines to bring Russian gas to Europe – as Austria and Hungary are doing now – but to find different sources and different routes. I hope that the next High Representative for Foreign Affairs in the next Commission will not only find the answers to those questions but also build up a more coherent and more articulated strategic approach.

Mark Demesmaeker (ECR). - Op de perstelexen lees ik dat ook vandaag weer Oekraïense soldaten sneuvelen aan de grens met Rusland bij aanvallen van pro- Russische militias. Er vallen ook dagelijks burgerslachtoffers. Beide landen beschuldigen elkaar van grensschendingen. Iedereen ziet dat er niet veel meer nodig is om dit conflict te doen escaleren. De Unie moet absoluut sterker uit de hoek komen en alles in het werk stellen om de wapens te doen zwijgen. Dat kan alleen als wij Rusland doen stoppen met het uitvoeren van zijn Krim-scenario in het oosten van Oekraïne, als wij Rusland ertoe brengen op te houden het land te destabiliseren. Poetin zegt wel dat hij vrede wil, maar zijn daden bewijzen het tegendeel.

Ondertussen, mijnheer Füle, vraag ik uw bijzondere aandacht voor het nijpende probleem van de tienduizenden vluchtelingen. Zij zijn in Rusland, zij zijn in Oekraïne zelf. Daar zijn zij niet zo zichtbaar, maar zij zijn er, met tienduizenden, en zij veroorzaken een humanitaire crisis. Zij zijn aangewezen op liefdadigheid én op zichzelf. En dat speelt zich af aan onze grenzen! Het zal niet lang duren voor wij zelf de gevolgen ondervinden, als wij de urgentie ervan niet inzien. Het associatieverdrag met de Europese Unie kan dan wel perspectieven bieden voor de lange termijn, maar daar koopt de burger nu niets voor.

[De spreker stemt ermee in een “blauwe kaart”-vraag te beantwoorden (artikel 162, lid 8, van het Reglement.)]

Paul Nuttall (EFD), blue-card question. – Well it is all just wonderful isn't it? I am just hearing a lot of wind here. No-one is coming up with solutions. We are not talking about some sort of tin-pot state, we are talking about Russia, which lost 80 million people in the last century: the siege of Leningrad, the battle of Stalingrad, a revolution. Sanctions are not going to work, militarism is not going to work. So come on, give us some answers, because nobody is putting forward constructive proposals.

Mark Demesmaeker (ECR), “blauwe kaart”-antwoord. – Een verwijzing naar de geschiedenis kan natuurlijk nooit goedpraten wat Rusland op dit moment aan het doen is: opereren in een soort grijze zone. Dit kan en mag niet, het is tegen elke internationale afspraak in. Het referendum in de Krim is een aanfluiting van het begrip referendum zelf. Dit kan nooit worden goedgepraat.

Europa moet inderdaad sterker uit de hoek komen. Dan moet Europa inderdaad denken aan sancties die effect sorteren.

Heidi Hautala (Verts/ALE). - Arvoisa puhemies, minusta päivän tilanne vaikuttaa nyt siltä, että Ukrainan tilanne yhä edelleen kärjistyy ja Venäjä on todennäköisesti jo siirtymässä jonkinlaiseen Itä-Ukrainan valtaustilanteeseen. Yksi ongelma tässä on, johon on viitattukin monissa puheenvuoroissa, että tässä sodassa nyt käytetään erittäin paljon propagandaa välineenä. Tämä on aika lailla uudenlainen tilanne, ja haluaisinkin kysyä komissaari Füleltä, että mitä välineitä meillä on toimia tässä tilanteessa, välittää tietoa, joka perustuu todennettuihin lähteisiin? Te sanoitte itse, että te pyritte välttämään turhia jännitteitä sillä tavalla, että kaikenlaiset väärinkäsitykset tilanteesta suodatetaan, mutta mitä te teette tällaiselle suoranaiselle propagandalle, joka sitten on omiaan, esimerkiksi Venäjällä, oikeuttamaan presidentti Putinin toimintaa? Voimmeko me tässä tilanteessa esimerkiksi tukea riippumatonta kansalaisyhteiskuntaa, riippumatonta mediaa Itä-Ukrainassa, Venäjällä? Mitä me voimme tehdä? On ihan selvä, että jos Venäjä ei lakkaa puhumasta yhtä ja tekemästä toista niin silloin olemme siinä tilanteessa, että tarvitaan seuraavan asteen sanktiot.

Dienstag, 15. Juli 2014

Mike Hookem (EFDD). - Madam President, I am quite sure Members of the Parliament will join me in expressing concerns for those suffering in the ongoing conflict in Ukraine and in hoping for a quick resolution. But it is my firm belief that the EU contributed to starting this conflict in the first place and that signing an agreement for deeper political ties with the Ukraine was simply irresponsible, especially while taunting Russia with sanctions. What a crazy way to go about sitting on the fence, as some in the Parliament have demanded we do. Do you not realise that much of Europe is dependent on Russian gas for winter warmth and that most of the constituents I represent are already struggling to pay their energy bills each month, without the added cost of increased wholesale prices?

Are you all so arrogant and out of touch as to think that the EU's actions to-date have done nothing more than to throw fuel onto the flames of conflict, an especially dangerous act in a situation that threatens to take us back to the bad old days of the Cold War? To me, it seems that the EU's policy on the Ukraine seems to be more about adding another country to its dictatorial empire in a political blitzkrieg that does nothing more than further its own selfish agenda, no matter what the costs.

(Applause)

This is despite the potential for conflict escalation and spill-over that threatens the security and stability of the entire region and despite the increased security risk to the UK which we already have seen. Another conflict is the last thing the United Kingdom needs, coming on the back of over 20 years of the Labour Party's wars and at a time of savage Tory cuts to our already overstretched armed forces. In UKIP we do not subscribe to the Clausewitzian theory of war being merely the continuation of politics by other means. War is never desirable. UKIP wish to see peace between all peoples brought through democracy, diplomacy and meaningful dialogue.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Zdzisław Marek Krasnodębski (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Mam pytanie do kolegi z Wielkiej Brytanii: dlaczego szanując suwerenność Wielkiej Brytanii i reprezentując partię, która taką wielką wagę przywiązuje do tej wartości, jednocześnie nie szanuje suwerennej decyzji Ukrainy?

Mike Hookem (EFDD), blue-card answer. – We respect the sovereignty of all your countries – and actually I think that talking about respect for sovereignty in this place is a bit of a joke.

(Applause)

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). - Κυρία Πρόεδρε, θα ήθελα να κάνω μια γενική παρατήρηση για την κατάσταση στην Ουκρανία, η οποία έχει επηρεάσει σε σημαντικό βαθμό τη στρατηγική συνεργασία της Ευρωπαϊκής Ενώσεως με την Ρωσία. Κατά την άποψή μου, η πολιτική που εφαρμόστηκε από την Ευρωπαϊκή Ένωση στην Ουκρανία ήταν εσφαλμένη. Λόγοι πολιτικής σκοπιμότητας πυροδότησαν τις εθνολογικές διαφορές που υπάρχουν στον πληθυσμό της χώρας αυτής, μια ειρηνική διαδήλωση έγινε αφορμή για να υπάρξει αιματοχυσία και άνθρωποι οι οποίοι μέχρι τότε ζούσαν και εργάζονταν ειρηνικά άρχισαν να πολεμούν μεταξύ τους.

Αυτό το οποίο συνέβη στην Ουκρανία είναι πολύ πιθανόν να συμβεί σε οποιαδήποτε χώρα της Ευρωπαϊκής Ενώσεως υπάρχουν θρησκευτικές και εθνικές μειονότητες. Για τον λόγο αυτόν, η Ευρωπαϊκή Ένωση θα πρέπει να χειριστεί με ιδιαίτερη προσοχή το ευαίσθητο θέμα των μειονοτήτων. Δεν πρέπει να αδιαφορεί όταν καταπατώνται τα δικαιώματά τους, αλλά και δεν πρέπει με την πολιτική της να υποδαυλίζει, να προκαλεί και να υποκινεί τις μειονότητες σε εξέγερση, διότι τότε υπάρχει ο κίνδυνος να βρεθεί μια τρίτη χώρα εκτός Ευρωπαϊκής Ενώσεως που θα παρέμβει και θα δημιουργήσει προβλήματα στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Εάν συμβεί αυτό, η ίδια η Ευρωπαϊκή Ένωση κινδυνεύει να γίνει πρόξενος αναταραχής και αντιπαράθεσης μεταξύ των κρατών της.

Cristian Dan Preda (PPE). - Madame la Présidente, la dernière fois que nous avons discuté de la situation en Ukraine dans cette enceinte, c'était il y a trois mois. Depuis, nous avons de très bonnes nouvelles. Tout d'abord, l'élection d'un président dans de très bonnes conditions, avec des élections libres et correctes malgré les difficultés à l'Est. Deuxièmement, la présentation d'un plan de paix en quinze points par le président élu. Troisièmement, le 27 juin, on a assisté à la signature des parties restantes de l'accord d'association avec l'Ukraine.

Dienstag, 15. Juli 2014

Nous avons bien sûr aussi de mauvaises nouvelles. Tout d'abord, le plan de cessez-le-feu imposé par l'Ukraine n'a pas été respecté par les rebelles de l'Est, ce qui a conduit, comme nous le savons, à l'offensive de l'armée ukrainienne pour défendre l'intégrité territoriale du pays.

Il y a aussi des gens qui considèrent comme bonne nouvelle la révocation de l'autorisation du conseil de la fédération d'utiliser la force en Ukraine. Mais il ne faut pas être naïf et croire que Vladimir Poutine a abandonné ses plans concernant l'Ukraine d'autant plus qu'il dispose d'autres bases légales pour continuer son agression.

Ne nous y trompons pas, ce serait une erreur monumentale de croire à la propagande russe, une erreur très dangereuse pour la sécurité de l'Europe et pour l'évolution de l'Ukraine.

Il faut admettre, je crois, que nous sommes à un point critique de cette crise et l'Ukraine a plus que jamais besoin de notre soutien. Ces derniers jours d'ailleurs, tant le président Porochenko, que l'Otan et l'administration américaine ont mis en garde sur le fait que la Russie continue de fournir des armes lourdes, des équipements et qu'elle autorise toujours des militants séparatistes à entrer librement en Ukraine. Il faut donc penser à ne pas relâcher la pression sur Moscou.

Ioan Mircea Pașcu (S&D). - Madam President, after the annexation of Crimea, which could be used as a launch pad for further military action in the area, Eastern Ukraine has been transformed into a magnified Transnistria whose instability is being used by Russia to try both to control Kiev and to prevent its efforts to implement the association agreement with the EU.

The situation in eastern Ukraine is increasingly alarming. It appears that Russia is concentrating forces again on the border and has resumed military support to the pro-Russian forces. New weapons systems have entered the scene, border clashes provoked by attempts to infiltrate heavy weapons from Russia are multiplying, manifestos calling for the liberation of the rest of the Ukraine and the reinstatement of socialism are being circulated, the Russian TV 1 channel is in the middle of a total propaganda war against Ukraine, and the information war against Moscow acquires a new dimension every day.

In the meantime the EU appears to have considerably reduced its visibility on the diplomatic scene. If we do not properly turn our attention to Ukraine now, Ukraine faces the risk of becoming an empty shell, a state only in name, and that is not in our interests.

Ryszard Czarnecki (ECR). - Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Byłem w Kijowie, byłem na Majdanie tylko sześć razy od czasu listopada. Wiem, że to bardzo mało, ale mam wrażenie, że wielu mówców wypowiadających się dzisiaj w naszym Parlamencie nie było tam ani razu, a mówią to, co mówią na podstawie jedynie medialnych wystąpień. I nie ma się co śmiać, bo ja widziałem młodych ludzi na Ukrainie w wieku dzieci i wnuków tych, którzy tutaj dzisiaj mówią, którzy walczyli o suwerenność swojego kraju. I jeżeli oni mnie dzisiaj zapytają o tę debatę w naszym Parlamencie, to skorzystam z prawa do milczenia, bo nie chcę cytować bzdur, które tutaj słyszałem. Obowiązkiem Unii Europejskiej jest wspierać naród ukraiński, ponieważ jest on częścią kultury europejskiej i w przyszłości stanie się częścią Europy politycznej, i niech nikt nie mówi inaczej. Po prostu wstyd tak mówić...

Petras Auštrevičius (ALDE). - Ukrainos pasirinkimas, gimęs ir išaugęs šių metų pradžioje Maidane, – gyventi laisvai, demokratiškai, pradėti politines ir ekonomines reformas – neatitiko Rusijos numatyto ateities plano. Rusija ėmėsi visokeriopų politinių, diplomatinių, ekonominių, karinių ir kitų veiksmų, siekdama sugriauti Ukrainos valstybingumą ir laisvą tautos pasirinkimą. Iš pradžią okupuotas ir aneksuotas Krymas, vėliau finansiškai ir kariškai remiami separatistai-teroristai pradėjo karinius veiksmus šalies pietryčiuose.

Esame naujoviško karo liudininkai: karas nepaskelbtas, bet aukų skaičius kasdien auga, nėra fronto, bet užgrobiama svetima teritorija, palaikant diplomatinius santykius vykdoma negailestinga informacinė kova.

Kviečiu Rusiją būti sprendimo dalimi, o ne konflikto iniciatore. Karas prieš Ukrainą pavojingai susilpnino Europos saugumo pamatus, grąžino nepasitikėjimą ir raudoną grėsmių pašvaistę, pagimdė regioninio terorizmo ir naujų užšaldytų konfliktų riziką.

Dienstag, 15. Juli 2014

Tamás Meszerics (Verts/ALE). - Biztos Úr! Képviselőtársaim! Mivel ez az első Európai Parlamenti hozzászólásom, engedjék meg, hogy köszöntsem Önöket, és sok sikert és szerencsét kívánjak mindnyájunknak a következő munkához. *(A képviselő angol nyelven folytatja a hozzászólását.)*

Dario Tamburrano (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'ondata di violenza che tuttora coinvolge il popolo ucraino, come ad esempio il pogrom di Odessa, impone a noi una riflessione sulla legittimità e sulla capacità reale di governo di Poroshenko e dei suoi ministri.

Ci chiediamo quanta parte di questa tragedia non sia conseguenza piuttosto degli interessi strategici e commerciali occidentali legati al transito del gas russo e ai giacimenti ucraini di Shell gas che troppe mani vorrebbero sfruttare senza ostacoli e incuranti dei costi economici, umani e ambientali.

L'Europa non può permettersi un conflitto per le risorse energetiche proprio ai suoi confini, per motivi etici e perché queste risorse la Russia le possiede ancora in forma economica in tale abbondanza da dare il tempo di cui l'Europa necessita per rendersi indipendente dalle fonti fossili.

Riteniamo pertanto che l'accordo di associazione sottoscritto con l'Ucraina sia stato un passo precoce e imprudente e chiediamo che l'Europa rimanga il più neutrale possibile e di attivare tutti i mezzi possibili perché si possano inviare osservatori indipendenti per accertare le responsabilità e i reali iniziali mandanti di questa sanguinosa guerra civile dalle conseguenze imprevedibili.

Jean-Luc Schaffhauser (NI). - Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs, notre Parlement déjà désinformé a soutenu autrefois la guerre en Iraq. Notre Parlement a approuvé les bombardements de l'OTAN pour le respect des minorités et le droit à l'autodétermination au Kosovo. Notre Parlement subit aujourd'hui la même désinformation avec la complicité de gouvernements européens et l'action des États-Unis; la même manipulation médiatique avec, en outre, cette fois une politique de double standard, deux poids, deux mesures, en Ukraine.

Si nous suivions la logique des actions et des votes précédents, Kiev devrait être menacé des pires représailles mais, cette fois, notre Parlement approuve Kiev et le laisse massacrer tranquillement sa population civile. Il nous faut nous ressaisir !

Proposons immédiatement un véritable cessez-le-feu, mettons des observateurs de l'OSCE et des forces d'interposition comme le propose d'ailleurs la Russie, soutenons en Ukraine une constitution fédérale avec un statut spécial pour les régions de l'Est. Bref, soutenons la paix!

Arnaud Danjean (PPE). - Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire Füle, je vous remercie d'avoir rappelé de façon très factuelle ce qui atteste toujours dans la réalité de l'Ukraine d'aujourd'hui, de la stratégie russe, délibérée, d'alimenter l'instabilité dans l'est de l'Ukraine, avec des livraisons de matériel à flot continu pour les séparatistes, l'envoi de mercenaires, beaucoup de soi-disant séparatistes ukrainiens russophones qui sont en fait des citoyens russes.

Tous ces faits doivent être rappelés – vous avez bien fait de le faire. Cette stratégie délibérée de Moscou repose évidemment aussi sur la violation de la souveraineté et de l'intégrité territoriale de l'Ukraine. Elle repose aussi – et c'est très grave et on oublie souvent de le rappeler –, sur les engagements internationaux et multilatéraux de la Russie signés en 1994 dans le mémorandum de Budapest.

Alors évidemment à l'aune de tous ces éléments, on peut quand même se demander pourquoi l'Union européenne n'adopte pas enfin la politique de fermeté qu'elle déclame à longueur de conseils et adopte enfin cette troisième mesure concernant les sanctions.

Cela étant, à côté de ces éléments sur le terrain, il y a quand même un processus politique et diplomatique qui existe. Je rejoins ce que disait tout à l'heure mon collègue Preda. Nous avons des autorités légitimes en Ukraine, et qui sont reconnues aussi comme légitimes par Moscou. C'est une grande avancée. Nous avons un dialogue avec Moscou qui existe, notamment sur le plan des mesures commerciales. Vous avez rappelé l'existence de ces discussions à haut niveau. Puis il y a un processus diplomatique avec un groupe de contact et un rôle tout à fait important de l'OSCE.

Dienstag, 15. Juli 2014

Alors, il faut que l'Union européenne soutienne de toutes ses forces ce processus politique et diplomatique simplement en n'oubliant pas une ligne rouge, c'est que ce processus diplomatique et politique ne peut pas se faire au détriment de la souveraineté et de l'intégrité territoriale de l'Ukraine.

Tonino Picula (S&D). - Govoreći o Ukrajini danas, pesimisti tvrde kako je postrevolucionarna Ukrajina zapala u bezizlazni građanski rat, sponzoriran iz Rusije. Neki tome dodaju da cilj Rusije nije više pripajanje dijelova Ukrajine nego trajna destabilizacija cijele zemlje, blokada na europskom putu kao i jačanje energetske, a time i političke ovisnosti Unije o Moskvi.

Upravo zbog tih procjena potrebno je pozdraviti nedavno potpisivanje Sporazuma o pridruživanju Bruxellesa i Kijeva. To je dobrim dijelom uklonilo dileme o budućnosti Ukrajine. Ona nije vazalni dio nekog post-sovjetskog prostora nego zemlja u regularnom postupku pridruživanja Europskoj uniji.

Ako je i došlo do zamora proširenjem, ako neće doći do proširenja Unije u idućih pet godina, nikako ne smije doći do zamora u pružanju naše podrške ukrajinskom narodu da postupno ostvari svoj ključni cilj - članstvo u EU-u.

Vjerujem da su istodobno potpisani Sporazumi o pridruživanju sa Moldavijom i Gruzijom također otklonili sjene oko pitanja njihove budućnosti. Tzv. zemlje GUAM-a predugo su bile izložene negativnim posljedicama napetih odnosa novog Istoka i novog Zapada, kao i pogubnom vladanju domaćih koruptivnih režima.

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL

Vicepresidente

Ivo Vajgl (ALDE). - Danes smo slišali obljubo predsednika, bodočega predsednika Komisije, Junckerja, o tem, da Evropa potrebuje aktivnejšo vlogo v zunanji politiki. Imeli smo je precej tudi sedaj in gospod Fühle je pokazal veliko iniciativnosti v svojem mandatu.

Vendarle pa mislim, da se bi v tem trenutku morali z vsemi sredstvi lotiti problema, kako ustaviti nasilje. Kako ustaviti nasilje kot sredstvo reševanja sporov na kateri koli strani.

Druga stvar, ki jo moramo, je nadalje podpirati demokratično samostojno pot Ukrajine, evropsko pot Ukrajine.

In nazadnje, ker me čas prehiteva, napačno je videti v Rusiji samo potencialnega sovražnika, v Rusiji moramo videti sosednjo državo, in s sosednjimi državami je treba vzpostavljati dialog, tudi takrat, kadar je to težko.

Udo Voigt (NI). - Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich vermisse in der ganzen Debatte die Frage darüber: Wie kann man deeskalieren zwischen der Ukraine und Russland? Ich höre stattdessen immer wieder nur die Frage und den Ruf nach Sanktionen.

Sanktionen sind aber kein Deeskalationsinstrument, sie sind Gift in der Zusammenarbeit zwischen europäischen Völkern. Ich denke, dass Russland genauso ein europäisches Volk ist wie die Ukraine.

Herr Juncker hat heute Morgen gesagt: „Ich begrüße das Volk der Ukraine, das ein europäisches Volk ist und zu Europa gehört“. Das, werthe Anwesende, betrifft selbstverständlich auch Russland, das zu Europa gehört – ganz im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

Ich frage Sie ferner: Was hat die EU bisher unternommen, um die Hintergründe und Täter der Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Massaker von Odessa aufzuklären? Ich bin gespannt auf Ihre Antworten.

Dienstag, 15. Juli 2014

Sandra Kalniete (PPE). - Pēc pēdējo dienu provokācijām uz Krievijas—Ukrainas robežas, pēc tam, kad Krievijas bruņotie spēki veica invāziju Doņeckas apgabalā, mēs, iespējams, esam dažu stundu vai dažu dienu attālumā no īsta kara starp kodollielvalsti Krieviju un Ukrainu. Putina mērķis ir padarīt Ukrainu par neizdevušos valsti. Taču nelolosim ilūzijas! Putins neapstāsies ar Ukrainu. Viņa sapnis ir atjaunot kontroli pār visu bijušo padomju impēriju.

Tāpēc es vērsos pie jums, kolēģi deputāti, ar aicinājumu skatīties acīs šai skarbai patiesībai, tāpēc neatliekami ir jāievieš trešā līmeņa sankcijas, tai skaitā ieroču un tehnoloģiju embargo pret Krieviju. Šāds lēmums Krievijai liktu apstāties un atteikties no saviem revanšistiskajiem mērķiem.

Pašlaik no Eiropas nespējas vienoti rīkoties galvenais ieguvējs ir Putins, bet patiesā zaudētāja — Eiropa, kuru pēc PSRS sabrukuma mēs apvienojām ar lielu mērķtiecību un lielu politisko gribu. Arī Ukrainai ir tiesības piederēt šai Eiropai. Paldies!

(Runātāja piekūrīt atbildēt uz zilās kartītes jautājumu (Reglamenta 162. panta 8. punkts))

Andrejs Mamikins (S&D), zilās kartītes jautājums. – Kalnietes kundze! Jūs runājat par sankcijām pret Krievijas Federāciju, bet Jūs zināt, ka valsts, kuru pārstāvu gan es, gan Jūs, proti, Latvija, ir pierobežas valsts — kura var sagaidīt pretreakciju no Krievijas —, valsts, kuras tautsaimniecība var ļoti ciest no Krievijas pretreakcijas.

Runājot par sankcijām, vai Jūs apzināties to, ka šis sitiens būs arī Baltijas valstu virzienā un Latvijas virzienā? Paldies!

Sandra Kalniete (PPE), atbilde uz zilās kartītes jautājumu. – Es apzinos, ka šis sitiens būs mūsu visu, visas Eiropas virzienā. Taču daudz lielāks drauds Latvijai, Igaunijai, Lietuvai, Polijai un citām valstīm ir Krievijas pieaugošā agresivitāte. Tad, ja notiks kaut kas neatgriezenisks, tā cena, ko ekonomiski Eiropa maksās, ir daudz lielāka. Mūsu rīcībā ir citi līdzekļi, kā pusotra gada laikā dažādot enerģijas piegādes Eiropā, un mums ir jārikojas nekavējoties, lai radītu Eiropas enerģētisko savienību.

Bogusław Liberadzki (S&D). - Dziękuję bardzo Panie Przewodniczący! W swoim wystąpieniu chcę się odnieść do wystąpienia Pana Komisarza Füle, a także do projektu rezolucji w sprawie Ukrainy. Pierwsze, co jest bardzo ważne – postulat: wstrzymać natychmiast walki, przestać zabijać ludzi, przestać niszczyć kraj. Dwa – dość chaosu: zacząć wprowadzać stabilizację – i gospodarczą, i stabilizację społeczną. Trzy – Ukrainie należy zaoferować program gospodarczy, zarówno w sensie tej sfery rzeczowej, jak i też nowych rozwiązań instytucjonalnych i rozwiązań prawnych – wtedy te nasze 11 miliardów może mieć duży sens. Odpowiada mi także zdecydowanie postulat zapewnienia ciągłości dostaw energii, źródeł energii na Ukrainę za rozsądną cenę. Co jest ważne – nasze przesłanie, które powinniśmy skierować do Rosji, że sprawa Ukrainy to jest sprawa, gdzie partnerem jest Unia Europejska, a nie poszczególne państwa, że tu metoda wspólnotowa jest najważniejsza, a nie międzyrządowa. Tak na marginesie, nie bardzo rozumiem, dlaczego ostatnio dwóch ministrów spraw zagranicznych podróżuje na Ukrainę, a tak jakby „wypadł” polski minister spraw zagranicznych. Dziękuję za uwagę.

Javier Nart (ALDE). - Señor Presidente, la política no es el arte de lo ideal, sino el arte de lo posible.

Desde la certeza de que Ucrania tiene que tener la garantía de su soberanía y de su integridad territorial, hay un tercer elemento fundamental que se llama seguridad. Y la seguridad tiene dos componentes: la seguridad objetiva —la real— y la seguridad que se percibe, que es la seguridad subjetiva.

Aquí estamos hablando de Rusia como si Rusia fuera cualquier otro país; y la realidad —no la idealidad— determina que tenemos que tener una consideración especial con un vecino extraordinariamente importante en lo estratégico, en lo económico, en lo militar.

Me sorprende que seamos absolutamente lógicos, por ejemplo, en nuestra respuesta a Estados Unidos —que ha hecho prueba de una agresividad extraordinaria violando derechos fundamentales en asuntos de espionaje, que por dos ocasiones se han descubierto— y que, en cambio, tratemos a Rusia como si Rusia fuera otro país cualquiera.

En el momento en el que convertimos la «idealidad» en realidad, estamos violando la realidad.

Dienstag, 15. Juli 2014

Yo, en consecuencia, considero que es absolutamente necesario que, desde el respeto a la integridad territorial y a la soberanía de Ucrania, tengamos sentido común para tratar una cuestión fundamental, que es nuestra seguridad respecto a Rusia y la seguridad de Rusia respecto a su propio entorno.

Tengamos sentido común.

Francisco José Millán Mon (PPE). - Señor Presidente, en Ucrania necesitamos cuanto antes un alto el fuego que se respete, para poner fin a tantas muertes y tanto sufrimiento. Es imprescindible que Rusia —como se ha dicho— se implique seriamente en la solución del conflicto y ejerza su influencia real sobre los rebeldes secesionistas, en especial de Donetsk. De lo contrario, en esa ciudad se perderán muchas más vidas.

Se revocó la autorización del Consejo de la Federación al ejército ruso para intervenir en suelo ucraniano, pero Rusia tiene que hacer mucho más. La frontera no puede continuar abierta al tráfico de armas y a los grupos armados. Tienen que tomarse medidas efectivas. La doble vía de amenaza de más sanciones y de diálogo diplomático con Rusia es inevitable.

Rusia tiene que cooperar más en la solución de una crisis que ella misma contribuyó a desencadenar con un comportamiento inapropiado y contrario al Derecho internacional y al siglo XXI.

Termino. Yo celebro que hayan tenido lugar el viernes pasado las primeras consultas triangulares sobre el impacto para Rusia del Acuerdo de Asociación Unión Europea-Ucrania. El comisario Füle se ha referido a estas conversaciones, pero también me gustaría una mayor presencia y desde luego una mayor visibilidad de la Unión Europea y del Servicio Europeo de Acción Exterior en la solución del problema en los foros de diálogo y de negociación, y me refiero a los dos existentes: el Grupo de contacto y el denominado «formato de Normandía».

Me gustaría una mayor visibilidad de la Unión Europea.

Boris Zala (S&D). - Európska únia sa vilniuským procesom stala reálnym geopolitickým hráčom, a to s veľkou príťažlivou silou. Paradoxom je, že to samotná EÚ nečakala. Ale o to rýchlejšie to pochopilo Rusko. Príťažlivosť EÚ rozbila ruskú geopolitickú hru o sféry vplyvu. Ruská zahraničná politika sa pokúsila pôsobiť v hraniciach bývalého Sovietskeho zväzu systémom sfér vplyvu. Vilniuský proces tento plán rozbil a vážne ochrnil.

Práve z tohto uhla pohľadu musíme vidieť situáciu Ukrajiny, ale aj Moldavska a Gruzínska. Vo všetkých troch prípadoch sa môžeme stretnúť s ruským pokusom riešiť situáciu vojenskou silou. Európska únia sa na to musí pripraviť, diplomaticky, ale aj vojensky. To si vyžaduje aj úplne novú koncepciu politiky EÚ voči Rusku. To je nová výzva pre nás poslancov, pre AFET, ale aj pre Komisiu.

Andrej Plenković (PPE). - Gospodine predsjedniče, povjereniče Füle, hvala Vam na Vašem izvješću. Ukrajina i kriza u Ukrajini danas predstavlja pravi test vjerodostojnosti vanjske politike Europske unije i to njenog cjelovitog pristupa, od naših vrijednosti, kršenja međunarodnog prava, poštivanja teritorijalnog integriteta i cjelovitosti Ukrajine do ekonomskih odnosa, politike proširenja, energetske politike, odnosa sa strateškim partnerima.

Dolazeći iz Hrvatske nije mi teško prepoznati što se događa u Ukrajini danas. Paralele s agresijom na Hrvatsku početkom devedesetih i onoga što se zbiva danas u Ukrajini, potpore pobunjenicima od strane Ruske Federacije u odnosu na ono što je bilo u Hrvatskoj i potpore Srbije su sasvim jasne i vrlo transparentne.

Ono što moramo učiniti danas je nastaviti s pritiskom prema Ruskoj Federaciji s daljnjim restriktivnim mjerama, voditi koherentnu, jasnu vanjsku politiku svih aktera, a pod vodstvom i Visoke predstavnice i povjerenika, ali isto tako reći jasno da Sporazumu o pridruživanju i poboljšati i ubrzati proces ratifikacije i podržati mirovni plan predsjednika Porošenka uz pravo Ukrajine da ostvari kontrolu nad svojim teritorijem.

Dienstag, 15. Juli 2014

Kati Piri (S&D). - Een bijzonder moment, want mijn eerste bijdrage aan het plenaire debat gaat over een probleem dat velen in Europa de afgelopen maanden bezighoudt: de toekomst van Oekraïne. Het is van belang dat het geweld in het oosten van dat land zo snel mogelijk wordt beëindigd. Een militaire oplossing voor een politiek probleem legt een hypotheek op Oekraïne als geheel. Een politieke oplossing betekent praten. Uiteindelijk zou iedereen de noodzaak van een dialoog moeten inzien en de regering in Kiev zou ook bereid moeten zijn tot vergaande decentralisatie.

Dan over de rol van Rusland. De afgelopen weken heeft de EU intensief overleg gevoerd met Rusland over de consequenties van het vrijhandelsakkoord tussen de EU en Oekraïne. Overleg is goed en waar knelpunten zijn moeten oplossingen komen. Maar laat het ook duidelijk zijn: Rusland kan niet dicteren hoe een bilateraal akkoord geïmplementeerd wordt. Moskou zal moeten accepteren dat Oekraïne deze keuze heeft gemaakt en kan dus niet eenzijdig interpretaties van het handelsverdrag opleggen.

Michael Gahler (PPE). - Herr Präsident! Ich denke, wir müssen das Kind beim Namen nennen. Im Osten der Ukraine ist die Gewalt von Russland über die Grenzen getragen worden. Ohne die Panzer und Raketenwerfer und die Kämpfer, die täglich dort über die Grenze kommen, gäbe es dort keine Gewalt.

Putin eskaliert täglich die Lage, statt zu deeskalieren. Er testet uns, wie weit er gehen kann. Wir brauchen eine Verstärkung der internationalen Präsenz an den Grenzen. Die OSZE muss mit einer großen Mission endlich dort präsent sein. Dann muss sich nämlich auch Russland entgegenhalten lassen, was dort passiert.

Ich denke, die EU muss auch zu ihren Beschlüssen stehen. Man hatte bereits beschlossen, die dritte Stufe der Sanktionen zu implementieren, wenn er seine Destabilisierung nicht stoppt. Dann waren es doch nur wieder elf Personen, die zusätzlich auf die schwarze Liste kamen, die uns sowieso nicht besuchen kommen.

Ich glaube, es ist jetzt ganz wichtig, dass wir ihm klar machen, dass er diese Destabilisierung nicht fortsetzen kann. Das geht aus meiner Sicht leider neben einer OSZE-Mission nur dadurch, dass wir die dritte Stufe der Sanktionen endlich implementieren.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Yannick Jadot (Verts/ALE), question «carton bleu». – Monsieur Gahler, vous avez effectivement parlé des armes russes qui arrivaient en Ukraine. Je voudrais savoir ce que vous pensez des armes françaises, allemandes ou italiennes qui vont aujourd'hui en Russie. Pensez-vous, par exemple, que la France devrait mettre fin à l'exportation de deux navires Mistral avec fort transfert de technologie militaire à destination de la Russie?

Ne serait-il pas plus opportun aujourd'hui, puisque nous avons besoin d'une politique européenne de défense, que ces navires aillent renforcer une politique européenne de défense plutôt que la Russie qui organise la guerre civile à nos frontières?

Michael Gahler (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Da sage ich Ihnen ganz offen: Das wäre meine ideale Lösung, wenn wir gemeinsam als Europäische Union diese zwei Schiffe aufkaufen würden, um damit dann zum Beispiel im Mittelmeer im Bereich der Verstärkung von Frontex mit Hubschrauberträgern die Flüchtlinge zu finden oder die Schleuser ausfindig zu machen. Ich weiß auch, dass das im Rahmen der gegenwärtigen Verträge nicht geht. Aber man könnte sich vielleicht dazu bereitfinden, tatsächlich zu überlegen, ob man nicht diese zwei Hubschrauberträger für einen europäischen Zweck einsetzt. Das wäre mir am liebsten. Denn ich sehe ja auch, dass Kosten entstanden sind und dass die Firmen, die dies produziert haben, auch ihr Geld kriegen sollen. Aber das sollte nicht Russland zugutekommen.

Dienstag, 15. Juli 2014

Richard Howitt (S&D). - Mr President, I am pleased to make my first speech since being elected as Coordinator Spokesperson for the Socialist and Democrat Group on Foreign Affairs, to renew my warm acquaintance with Commissioner Füle and, of course, to help bring this Parliament's attention, at the beginning of our new parliamentary term, to the crisis in Ukraine. This is a crisis which has critical humanitarian consequences in the country and on its borders, and far-reaching political consequences for the country, the Neighbourhood, and for Europe itself. I join all colleagues who have spoken in favour of a peace plan, and I add my explicit support for the proposal for a collective ban on arms sales.

I call on other groups to support the S&D text calling on all sides to respect international and humanitarian law. I say to our EPP colleagues that there is a proper debate about third stage sanctions. We support the recent decision to put separatists on the black list, but what we call for today – and what the Council might decide tomorrow – has to be credible, or we will undermine our own position. The Kharkiv Human Rights Protection Group has called EU sanctions ineffective. We owe it to them most of all to find solutions which represent a true consensus for us but which can be effective for them.

Andrzej Grzyb (PPE). - Chciałem podziękować, panie komisarzu, za diagnozę, którą Pan przedstawił Parlamentowi Europejskiemu co do przyczyn, skutków i tego, co się pojawiło w ostatnim czasie. Można nie wypowiedzieć wojny, a ją toczyć. Można ingerować w terytorialną integralność kraju, wysyłając niezidentyfikowanych żołnierzy. Temu wszystkiemu musimy i mówimy, że trzeba postawić STOP. Ukraina wiele zrobiła: wybrała prezydenta, ma rząd, próbuje stabilizować sytuację wewnętrzną – co nie jest łatwe. Zauważmy, że przecież tam też postawiono pewne bariery czasowe, aby umożliwić pokojowe rozwiązanie. Niepokoiśmy się. Umowa stowarzyszeniowa i handlowa jest gotowa – trzeba w tej chwili ją ratyfikować. Sytuacja gospodarcza na Ukrainie nie przyniesie szybkich efektów dla ludności, powinniśmy jako Unia też dać pewien sygnał, że obywateli Ukrainy traktujemy serio, że ich szanujemy. Dlatego myślę, że postęp w kwestii reżimu wizowego byłby takim wyraźnym sygnałem. Zróbmy to, jesteśmy bardzo blisko tej sytuacji. Jednocześnie kolegom brytyjskim chcę powiedzieć: my doskonale pamiętamy, czym była Jałta, w jakiej sytuacji znaleźliśmy się my kraje Europy Środkowo-Wschodniej. Nie pouczajcie nas, że my powinniśmy bardziej respektować politykę dostaw gazu i „ciepłej wody w kranie” niż integralność terytorialną niesamodzielnego kraju

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu)).

Janusz Ryszard Korwin-Mikke (NI), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – (brak początku pytania), że jesteśmy pod wpływem rosyjskiej agresywnej propagandy. Jest jednak znacznie groźniejsza rzecz. Wydaje mi się, że ogromna większość tu mówiących nie zdaje sobie sprawy, że jest pod wpływem bardzo agresywnej i kłamliwej własnej propagandy. To jest znacznie groźniejsze, bo daje zupełnie fałszywy obraz sytuacji.

Andrzej Grzyb (PPE), odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Chciałbym odpowiedzieć Panu Posłowi, że w żaden sposób nie jestem pod wpływem kłamliwej propagandy, tylko tak oceniam prawo narodu ukraińskiego do tego, żeby miał swoje samodzielne niepodległe państwo, żeby miał również prawo do integralności tego państwa, żeby miał również prawo do wyboru swojej przyszłości, żeby miał również prawo do tego, z kim chce zawierać sojusze i jaką chce drogę wybrać. To jest integralne prawo narodu ukraińskiego. Ja to respektuję. Taki wybór miała również Polska. Dziękuję bardzo.

Andrea Bocskor (PPE). - Tisztelt Elnök Úr! Képviselőtársak! Mivel ez az első felszólalásom, engedjék meg, hogy bemutakozzam. Ukrajnában, Kárpátalján élek, és a FIDESZ–KDNP listáján szereztem képviselői mandátumot. Én vagyok tehát az Európai Parlament egyetlen képviselője, aki ukrán állampolgár is. Ezért örülök, hogy az ukrajnai helyzet ilyen fontos helyen szerepel az Európai Parlament napirendjén, illetve az EU támogatását bírja az ukrajnai függetlenség. Kárpátaljai magyarként feladatomnak tekintem, hogy támogassam Ukrajna bel- és külpolitikai békéjének, stabilitásának és demokratizálódásának megteremtését, a szuverenitásának megőrzését, elősegítsem euro-atlanti integrációját és az ukrán állampolgárok EU-ba történő vízummentes beutazását. Illetve mindazokat a törekvéseket, amelyek segítenék Ukrainát kikerülni a válságból, békét teremtenének, hisz az egész ország lakosságának és a kárpátaljai magyarságnak is ez a legfőbb érdeke.

Dienstag, 15. Juli 2014

Fontos feladatomnak tekintem emellett a nemzeti kisebbségek jogérvényesítésének elősegítését, illetve azt szeretném előmozdítani, hogy az emberi és kisebbségi alapjogok és a kisebbségi nyelvek tiszteletben tartása is előtérbe kerüljön, és európai szinten legyen rendezve.

(A felszólaló hozzájárul egy „kékkártyás” kérdés megválaszolásához (az eljárási szabályzat 162. cikkének (8) bekezdése).)

Rebecca Harms (Verts/ALE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ich begrüße es sehr, dass wir eine Kollegin haben, die in der Ukraine lebt. Es ist interessant für mich, dass Sie für Fidesz ins Europäische Parlament gewählt worden sind. Ich würde von Ihnen gerne wissen, wie Sie die Entscheidung von Viktor Orbán beurteilen, ausdrücklich zu Beginn der Eskalation in der Ukraine durch Russland einen neuen Atomvertrag für Paks mit Rosatom abzuschließen. Das widerspricht ja eigentlich auch der Idee, dass wir eine andere Energiepolitik machen wollen.

Andrea Bocskor (PPE), *Kékkártyás válasz*. – Én úgy gondolom, hogy a kettőt nem kell együtt kezelni. Tehát Magyarország, illetve a FIDESZ kormány állásfoglalása egyértelműen Ukrajna szuverenitása és támogatása mellett történik. A másik kérdés, ami pedig egy gazdasági kérdés, az egy teljesen más lapra tartozó ügy.

Jaromír Štětina (PPE). - Pane předsedající, dámy a pánové, dovolu mi otázku. Unesla Evropská unie a náš Evropský parlament tíhu odpovědnosti za ukrajinskou krizi? Uvědomujeme si, že byl zasažen bezpečnostní systém Evropy budovaný takřka 70 let? Proč je náš postup proti porušování mezinárodního práva Ruskou federací tak neefektivní?

Vidím zde jednu vážnou příčinu. Tradiční členové nevnímají historickou zkušenost zemí bývalého sovětského bloku. Týká se to i Ukrajiny. Několikrát jsem navštívil Majdan v Kyjevě a pochopil jsem, že Ukrajincům na něm nejde ani tak o asociační dohodu s Evropskou unií. Nechtějí se nechat ovládnout nově vznikajícím Sovětským svazem. Historická paměť jim to nedovoluje. Mají před očima hladomor, gulag, deportace. Vnímejte, dámy a pánové, že my, někdejší sovětské kolonie, historickou zkušenost neztrácíme.

Eduard Kukan (PPE). - Ukrajina je veľkým testom pre EÚ a jej vonkajšiu politiku. Potrebujeme stabilnú a demokratickú Ukrajinu, ale aj partnera, s ktorým budeme zdieľať hodnoty. Preto bol dôležitý podpis asociačnej dohody. EÚ by však mala ísť ďalej.

Ukrajina potrebuje našu podporu na medzinárodnej scéne a je v našom záujme, aby sa konflikt na východe Ukrajiny vyriešil a ďalej neprehľboval. V tomto musí byť EÚ aktívna na všetkých medzinárodných fórach.

Vzťahy s Ukrajinou, ale aj s ďalšími východnými partnermi sú čiastočne naviazané na vzťahy s Ruskom. Tu musíme byť jednotní. Mrzí ma, že pokiaľ ide o energetickú bezpečnosť, Európa zatiaľ jednotne postupovať nedokáže. Svojou nejednotnosťou dávame Rusku príležitosť používať energetiku ako politickú zbraň. Takýto postup je pre celú Európu z dlhodobého hľadiska nebezpečný. Pokiaľ nebudeme jednotní, týmto testom prejdeme oslabení.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Cristian-Silviu Buşoi (PPE). - Domnule preşedinte, dezbateră de astăzi este binevenită şi salut determinarea colegilor din Parlamentul European şi a Comisiei Europene de a face ceva pentru situaţia din Ucraina. Sper ca această determinare să se transforme în acţiuni concrete, mai ales că situaţia riscă să se transforme într-o chestiune care afectează parcursul european al altor ţări din Parteneriatul estic. Este inadmisibil ca unei ţări din Parteneriatul estic, unei ţări care are un acord de asociere cu Uniunea Europeană să îi fie pusă în pericol integritatea teritorială, să îi fie ameninţaţi cetăţenii.

Trebuie să folosim toate mijloacele pe care le avem pentru a păstra integritatea teritorială a Ucrainei şi să oferim asistenţă politică şi economică pentru a o ajuta să îşi construiască un stat de drept şi o economie prosperă. Cred, de asemenea, că trebuie să avem o mai bună coordonare cu partenerii noştri transatlantici, cu Statele Unite ale Americii, pentru a face ceva mult mai concret pentru Ucraina.

Dienstag, 15. Juli 2014

Georgi Pirinski (S&D). - Mr President, Commissioner Füle has pointed out that the loss of one other human life is one too many and certainly he is perfectly right. We should be thinking very carefully about our own actions in the next hours and days, so that this threat and these losses are put to an end as quickly as possible. Here I would invite Commissioner Füle to tell us a bit more about the Normandy initiative and about the Berlin declaration and what he feels that the European Union should be doing to give a very strong impetus to precisely this direction in the effort to stabilise and overcome a terrible crisis.

Ruža Tomašić (ECR). - Stanje u Ukrajini nije se posebno popravilo od zadnjeg puta kad smo vodili raspravu na ovu temu. Nažalost, predviđjala sam takav rasplet događaja jer je bilo jasno da zbog partikularnih interesa Europska unija neće povući odlučnije poteze spram Rusije.

Rusija je svjesno ugrozila suverenitet i teritorijalni integritet Ukrajine kojeg je i sama jamac prema Sporazumu iz Budimpešte. To Moskvu čini potpuno nevjerodostojnim sugovornikom u međunarodnim okvirima, a od nas traži da zauzmemo drugačiji stav. Krim danas tek rijetki spominju u kontekstu otvorenog pitanja, što je sramotno iz perspektive slobodoljubive i demokratske zajednice za kakvu se Europska Unija izdaje.

Tražim strože sankcije i hitan dogovor među državama članicama o jedinstvenom nastupu prema Rusiji kako bismo konačno stali na kraj nestabilnosti na istoku našeg kontinenta. Za to nam ne trebaju daljnja integracija, zajedničke institucije ni vojska EU-a, već samo malo dobre volje i zdravog razuma.

Andrus Ansip (ALDE). - Mr President, I welcome the line taken by the June European Council on Ukraine. However, I also expect the European Council this week to endorse further steps vis-à-vis Russia. Russia's actions have dramatically changed the European security environment. This was the main concern during the elections to the European Parliament in my constituency and elsewhere. There cannot be any business as usual with Russia, as Russia is not doing business as usual with Europe.

Miguel Viegas (GUE/NGL). - O PCP expressa a sua preocupação perante o agravamento da situação na Ucrânia. Contudo, importa relembrar, e peço desculpa aos ouvidos mais sensíveis, que esta situação resulta de um golpe de Estado que aconteceu no passado mês de fevereiro e que ficou marcado por uma escalada de violência e repressão política, promovida pelos setores mais reacionários da oligarquia ucraniana e por forças de natureza fascista. Este golpe de Estado contou com apoio explícito dos Estados Unidos da América, da União Europeia e da NATO, uma suprema demonstração de completa hipocrisia e de desprezo pelas instituições nacionais e pela ordem internacional.

Do mesmo modo que expressamos a mais viva indignação e preocupação face ao agravamento da situação humanitária na Ucrânia, manifestamo-la igualmente perante todas as medidas atentatórias das atividades do Partido Comunista da Ucrânia e a afrontosa exigência pública da sua proibição por parte dos responsáveis golpistas, e registamos já agora, a este respeito, o silêncio deste Parlamento perante esta questão.

Tatjana Ždanoka (Verts/ALE). - Mr President, it is regrettable that High Representative Ashton is not with us here today. Just after the tragic events in Odessa of 2 May 2014 — when over 40 people were burned alive or were beaten to death in the Trade Unions House — I sent a letter to Baroness Ashton asking her to start a procedure to include the Ukrainian Right Sector group on the EU list of designated terrorist organisations. The Trade Unions House was set on fire by Right Sector activists after they surrounded and destroyed the tent encampment of anti-government protestors. Baroness Ashton, in her answer to my letter, said that these incidents must be thoroughly investigated and all those responsible brought to justice. There is no word on who will carry out an independent investigation of this event. Moreover, it is necessary to make a parallel investigation into whether the Right Sector fits in with the concept of a terrorist organisation. I urge Mr Füle to carry out all of the actions which are required for this purpose.

Milan Zver (PPE). - Na ukrajinsko krizo moramo gledati tudi v geostrateškem smislu. Rusija je destabilizirala regijo, ker ima takšne geostrateške cilje in interese. Pri tem se ne ozira na mednarodno pravo in ozemeljsko celovitost držav.

Znano je, da je Putin dejal, da je bil razpad Sovjetske zveze največja tragedija v 20. stoletju. Zato putinizacija pomeni ponovno vzpostavljanje sovjetskega imperija.

Dienstag, 15. Juli 2014

Evropska unija zadnja leta ni bila učinkovita na mednarodnem področju. Upam, da bo poslej drugače, in pritrujem kolegu Plenkoviću, ko pravi, da je ukrajinska kriza pravi test za jutrišnjo varnostno in zunanjo politiko Evropske unije.

Ukrajinskemu narodu moramo takoj vsestransko pomagati, da bo trajneje postal integralni del civilizacije, kjer so človekove pravice, svoboda in demokracija najvišje vrednote, ruska politika pa mora dobiti jasno sporočilo z bolj učinkovitimi sankcijami.

Monika Flašíková Beňová (S&D). - Urobili sme z tejo debaty o situácii na Ukrajine takú trošku rusofobnú diskusiu, tak ak dovolíte, chcem teraz také dve poznámky k tomu:

V prvom rade chcem poprosiť pána Füleho, ktorý tu je za Komisiu, a pridávam sa k Tani Ždanoke, že je neospravedliteľné, že pani Ashton nie je na tejto diskusii. Takže chcem prostredníctvom vás, pán Füle, požiadať Komisiu aj Radu, aby ste veľmi jasne zadefinovali, ako budú kompenzované straty krajinám, ktoré poskytnú reverzný tok plynu. Pochádzam z malej krajiny, zo Slovenska, naša krajina reverzný tok plynu Ukrajine poskytne, ale chcem mať záruky na kompenzáciu pre našu krajinu.

Tá druhá poznámka sa týka toho, aby pri riešeníach, ktoré teraz budeme prijímať, boli naozaj zohľadnené ľudskoprávne aspekty, ale vo všetkých ich formách a ľudskoprávne aspekty a ľudskoprávna ochrana patrí aj menšinám. Všetkým menšinám na Ukrajine a ak chceme, aby niekedy na Ukrajine skutočne bola situácia stabilná, aby Ukrajina mohla prosperovať, potom je nevyhnutné, aby sme bezpečnosť zabezpečili aj ruskej menšine žijúcej na Ukrajine.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Štefan Füle, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. - Mr President, where to start? Maybe looking to the right, to see whether there is still the same number of people as at the beginning, when they claimed that they were here just to express how much they care about Ukraine.

Catherine Ashton is in Vienna. She is holding and participating in extremely important discussions about Iranian nuclear programmes. It is a time-consuming programme. It is about an issue which poses a lot of important questions concerning European security. She would like to be here, but it is the success of those very important negotiations, with her personal participation, which has kept her from coming to this august body.

A second short remark, before I make my two or three points: I have heard a lot of expressions about solidarity in this House and not only in this House but elsewhere. It is interesting how many different meanings we sometimes attribute to the word solidarity, but I think the most important meaning of the word solidarity is that we are not thinking only about ourselves but also about others who are in need of assistance and help. I will find a way to reply in a concrete and written way to one of the last questions here.

Another short reply refers to the terrible crime that has happened in Odessa. Other crimes are happening at the Maidan in Kiev and elsewhere. Together with the Secretary-General of the Council of Europe we have been discussing these issues for a long time and he had my and the EU's full support when he called in December for the international advisory panel to be set up.

This panel is being chaired by the former President of the European Court of Human Rights. It has one member from the Ukrainian Government and one member from the Ukrainian opposition. The panel is not there to investigate all those crimes, because that is ultimately up to the Ukrainian authorities, but this panel is to oversee and make absolutely clear that, in pursuing that work, the Ukrainian authorities are also pursuing European principles and standards when putting together the facts and drawing the necessary conclusions from them.

I think it is also important to state, although I do not know whether I will change the minds of some of the honourable Members, what happened and what did not happen at the end of February. What some now think of as a coup d'état was actually a sincere effort to stop the bloodshed that was going on in the streets of Ukraine, as some of you might still remember. There was a plan that was also elaborated with US assistance, and Russia also participated and contributed in an important way.

Dienstag, 15. Juli 2014

It was President Yanukovych who at that time decided not to deliver on the part that was his responsibility. He fled Kiev and later also the country. It was not a different country in which Mr Poroshenko was elected President in the first round, and not just in a part of Ukraine but throughout Ukraine.

Many of you called for solutions rather than rhetoric. Actually, in my opening statement, which was a little bit more than nine minutes long, I tried to provide you – on Catherine Ashton's instructions – with not only as objective an assessment as possible, but also clearly defining what we believe are those important steps which need to be taken to bring a peaceful solution. Let me not repeat it – I am on the record and my statement is at your disposal, if you are interested – but let me make three remarks, by way of a reaction to the number of arguments I have heard.

I am Czech. I was born in the Czech Republic. And I would not be standing here if this institution, this Parliament and Member States of the European Union, were indifferent to the calls of my compatriots to join the European Union. I would not be here if our choice to join the European Union and also to join NATO had been ignored by the very institutions we wanted to join. And it was not just for the sake of being a member of something – we had been a member of something for a long period of time before that – but because we believed in the values and principles of the organisation we wanted to be part of; because we believed that, if it had not been for the coup d'état in 1948, we would have been part of that Europe since the end of the Second World War.

It is sad for me to see that the UK, which was one of the most active proponents of EU enlargement, as far as not only the Czech Republic but also other Central European countries were concerned, now through its representatives in the European Parliament voices a little bit different – let me be politically correct – opinion. Let me make one more thing very clear. Has our relationship with Russia actually become a victim of our membership of the European Union and NATO? My answer is very clear: no. They are free of those emotions which relate back to 1968, and not only 1968. They are very pragmatic. We have never had such good and pragmatic relations with Russia as we have had since joining the European Union and NATO.

My second remark is about the importance of this institution and the discussions between one part of this House and the second part of this House about a number of important issues. I am going to talk about the bigger picture; but I am not going to talk about the bigger picture being defined by President Putin saying in 2008 that Ukraine is an artificial country or the very same President saying that the dissolution of the Soviet Union was the greatest catastrophe of the 20th century. I am going to define this bigger picture a bit differently because, whether you like it or not, whether or not you have a different opinion, whether February this year was a coup d'état or not, it is this Parliament which will have to face the issue of the consequences of the Crimea and its illegal annexation for European security. You will have to look at the issue of what has happened with the Helsinki Final Act and to what next extent European security is still based on the principles we have been working on for decades.

Secondly, this House will have to tackle the issue of the relationship between the European Union and the Eurasian Union, which is in the making. It is this bigger picture within which the issue we have been debating for almost two hours is taking place and there are some important decisions to be made, to focus on making sure that the regulatory framework between the EU and Eurasian Union is compatible, because here our responsibility and the responsibility of our partners working on the Eurasian Union is huge because if we fail on this one we might not recreate an Iron Curtain, but we might create a big trade and economic divide throughout the European continent.

This House is also going to discuss the issue of the future of the Eastern Partnership, which from the very beginning was put together as a transparent, coherent and predictable policy vis-à-vis our partners, making sure that it does not offer a straightjacket, but a differentiated policy tailored to the different ambition of our partners. And it is about the ambitions of our partners, not the ambitions of some bureaucrats in Brussels, as some of you might think. And whether you like it or not, you will have to tackle the issue of propaganda, the propaganda which, as I already said in the previous House, is essentially more dangerous than that which I know from the time of the Cold War, because this one mobilises people, this one calls for mobilisation and it does not stop at what was yesterday the Iron Curtain. This one spreads throughout the European continent.

Dienstag, 15. Juli 2014

Point number three, the final point, is that we started seven-and-a-half years ago – seven-and-a-half years ago! – to negotiate the Association Agreement with Ukraine and we have been saying since the very beginning that this is not a policy that will force our partners into making a choice between Moscow or Brussels. No. That was our policy seven-and-a-half years ago and that is our policy today. The Association Agreement is not about making our partners make choices at the expense of their traditional ties. The Association Agreement and the deep and comprehensive free trade area actually strengthened our partners' sovereignty. This is the only right thing we can do, because in the end it is up to them and their ambitions to make the choice, as it is up to us, also, to find the most adequate and most effective response to their ambitions.

Let me make my very last comment. There is no doubt that we take Russia seriously. There is no doubt about us considering Russia – despite the Crimea, despite not stopping the flow of heavy equipment across the border – as a strategic partner, and no doubt that we were sincere when we started, when my colleague Günther Oettinger started the discussion on the price of gas and my colleague Karel De Gucht held the trilateral discussions on the implementation of the Association Agreement with Ukraine and Russia. And we also take them seriously when addressing the number of issues facing those who would like to build the South Stream and to make it an EU-compatible project – and I am not talking about politics, I am talking about the legislation – and to hold these consultations with the Russians, despite them taking us to the WTO on the third energy package. This is how we in the best way and in practice show what we mean, that our policies do contribute to security on the European continent. Our policy is not divisive. Our policy is a win-win and not a zero-sum game.

El Presidente. - Para cerrar el debate se han presentado 7 propuestas de resolución de conformidad con el artículo 123, apartado 2, del Reglamento.

Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar el jueves, 17 de julio de 2014, a las 11.00 horas.

Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento)

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Tebesitęsiantys konfliktai Ukrainoje kelia didelį susirūpinimą ir nerimą. Šalį alinantis įvykiai jau neigiamai paveikė tolimesnę šios šalies vystymosi ir gerovės perspektyvą ir toliau darys jai poveikį. Susiklosčiusi situacija patvirtina, kad ES praityje neskyrė deramo dėmesio Rytų partnerystės politikai bei tinkamai neįvertino šioje partnerystėje dalyvaujančių šalių politinės problematikos. Rusijos veiksmai Ukrainos įvykių kontekste aiškiai demonstruoja, jog ši šalis nėra patikima ES partnerė, o jos žodžiai ženkliai skiriasi nuo veiksmų.

ES nesugebėjimas surasti vieningos ir aiškos pozicijos tiek Ukrainos, tiek ir Rusijos atžvilgiu skaldo pačią Europą ir ją silpnina politiškai. Būtent dėl uždelsto ES neveikimo šiandien turime nestabilią, konfliktų draskomą, susiskaldžiusią ir destabilizuotą Ukrainą, keliančią rimtą grėsmę ne tik artimiausių jos kaimynių – Baltijos šalių valstybių – saugumui, bet ir visos Europos Sąjungos saugumui. ES privalo stiprinti savo išorės politiką, ypač Rytų partnerystės srityje, dėti visas įmanomas pastangas susitarant ir įgyvendinant nuoseklius ES veiksmus siekiant stabilizuoti situaciją šalies viduje bei laikytis aiškos pozicijos dėl ES santykių su Rusija.

Teisingai pabrėžė paskirtasis naujosios Komisijos primininkas J.-C. Junckeris, jog ES reikalinga stipresnė Ukraina, tačiau šiam tikslui pasiekti ES, visų pirma, turi tapti vieninga užsienio politikos klausimais.

Dienstag, 15. Juli 2014

Pál Csáky (PPE), írásban. – Az elmúlt időszak ukrajnai eseményei ismételten arra hívják fel a figyelmünket, hogy a nemzeti, etnikai kérdések rendezése Európán belül és kívül is kulcsfontosságú tényező. Üdvözlöm az ukrajnai helyzetről szóló parlamenti vitát és arra kérem az uniós intézmények illetékeseit, hogy a konfliktus mielőbbi megoldása érdekében tegyenek meg mindent. Az Európai Unió támogatása nélkül nem valósul meg Ukrajna stabilizálása és demokratizálása. Az európai együttműködés és békés együttélés alapja a nemzetek szuverenitásának kölcsönös tiszteletben tartása és az egymás iránti szolidaritás. Ezt az üzenetet kell az Európai Uniónak továbbítania uniós kívüli tárgyalópartnerei felé. Szlovákiai magyar politikusként szölok hozzá a vitához, a kisebbségi problémák ismerőjeként. Megemlítem azt a tényt, hogy Ukrajnában, a Kárpátalján egy jelentős magyar közösség él. Az ő jogaik érvényesítésének lehetővé tétele, a többi ott élő nemzeti, nyelvi kisebbséggel egyetemben, a jövőbeli demokratikus folyamatok részét kell, hogy képezze. Mindez úgy érhető el, ha az Európai Unió minél hamarabb szorgalmazza, hogy Ukrajnában az alapvető emberi jogok, ezenbelül a nyelvi és kisebbségi jogok elismerése és azok gyakorlatban történő alkalmazása is megvalósuljon.

Eduard-Raul Hellvig (PPE), în scris. – Criza ucraineană devine tot mai sângeroasă, tinzând să degenereze într-un conflict armat, care, însă, nu poate fi caracterizat drept război civil, având în vedere implicarea Rusiei, prin trimiterea de combatanți și armament. Escaladarea tensiunii îi afectează mai ales pe civili, siliți să se refugieze în număr tot mai mare din calea confruntărilor. Uniunea Europeană nu poate accepta declanșarea unei drame umanitare într-o țară care abia a semnat un acord de asociere și ai cărei cetățeni plătesc dureros pentru alegerea lor. Eventualul eșec statal al unei Ucraine dezmembrate și destabilizate, drept pedeapsă pentru aspirația sa europeană, ar echivala cu o înfrângere a proiectului european.

La porțile Donețkului, se duce o bătălie legitimă pentru apărarea suveranității Ucrainei și pentru stăvilirea expansionismului neosovietic, care forțază rebolșevizarea Estului și readucerea Europei în secolul al XX-lea – al conflictelor și al încălcării opțiunilor și drepturilor cetățenești. Suntem datori să fim solidari într-un mod mai eficient cu această luptă pentru valorile pe care se întemeiază Uniunea Europeană. Propun includerea în rezoluția europeană a unei solicitări adresate Consiliului European de mâine de a redefini implicarea UE în vederea apărării integrității Ucrainei și Republicii Moldova, a impulsiei dialogului diplomatic și a sprijinirii concrete a eforturilor ucrainene de pacificare și reconstrucție.

Андрей Ковачев (PPE), в писмена форма. – Украйна има мирен план – този на президента Порошенко. Той трябва да бъде приложен, за да се спре насилието. Трябва да бъдат взети категорични мерки за гарантирането на териториалната цялост и единството на Украйна. Недопустимо е в 21 век една държава да се възползва от вътрешните проблеми на съседите си и да заграбва територии. Русия действа срещу нормите на международното право и собствените си ангажменти и подпомага ескалацията на конфликта. Очаквам Кремъл да подкрепи мирния план не само на думи, но и с дела и да спре продължаващата подкрепа за сепаратистите и прегрупирването на войските си по границата.

Международната общност и ЕС трябва да продължат да ангажират Русия. Кремъл също е отговорен за влошаването на отношенията с Европейския съюз. Смятам, че Русия би трябвало да бъде наш стратегически партньор, а не враг, който прилага тактиката „разделяй и владей“. Настоявам за бързо ратифициране и прилагане на Споразумението за асоцииране с Украйна от всички страни членки, включително и България. Това ще е още една стъпка към нормализиране на ситуацията.

9. Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) (Aussprache)

El Presidente. - El punto siguiente en el orden del día es el debate a partir de la Declaración de la Comisión sobre Asociación Transatlántica de Comercio e Inversión (ATCI) (2014/2714(RSP)).

Karel De Gucht, Member of the Commission. - Mr President, let me first of all say that I am particularly pleased to be here today to discuss the ongoing Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) negotiations with the newly constituted European Parliament. You have a very serious responsibility as it will ultimately fall to you to vote on what will have been negotiated. Your thumbs up or down will make or break TTIP. Given the wide spectrum of opinion in this Parliament, disagreement is unavoidable, but I hope the debate will be based on facts and logic. We cannot afford to let it be controlled by irrational fears or false information.

Dienstag, 15. Juli 2014

Let me focus on three themes that have been at the forefront of the criticism levied against TTIP: the alleged lack of transparency, the alleged risk of lowering the regulatory standards which underpin our way of life and ISDS. Many people have alleged that the negotiations have been conducted so far in secrecy. It is true that when I meet my counterpart, Ambassador Froman, we prefer to do it without TV cameras being present. If you want to build confidence you also need a certain degree of confidentiality. It is also true that the Commission historically has conducted negotiations without that much media attention, not because we wanted to keep them secret but because the interest was much lower.

TTIP has completely changed that. The Commission has worked hard to accommodate that new reality. To give one example: recently some media reported that leaked secret documents revealed that Europe is trying to get access to oil and gas via TTIP. But it was not much of a revelation. As a matter of fact position papers have been available for a long time on our dedicated TTIP website, clearly stating that we want the US to remove export restrictions in the energy field.

Tomorrow, in the middle of the sixth negotiating round, the chief negotiators will take a break to interact directly with stakeholders. As in every single negotiating round, there will be scores of presentations from all kinds of parties with a stake in the negotiations and they will be given direct access to the two chief negotiators for questions and answers. When each negotiation round is over, we will publish written summaries of the outcome. We have also put in place an advisory group, consisting of experts carefully selected to represent a broad array of interests from civil society, including unions, consumer organisations and relevant business sectors. We have also persuaded the US to allow us to share negotiation documents with Member States and Parliament in reading rooms. But that does not mean that we cannot do even more. In fact, I wish we could. But the US only gives access to the Parliament on a reading room basis, so you can imagine that it is particularly difficult to convince my American counterpart to go any further with our Members of Parliament than they do with theirs.

One of the sources of confusion is the fact that the negotiating directives given by the Council to the Commission have not been made officially public. I am deeply convinced we should change that. The negotiation guidelines summarise the EU objectives in the negotiations and could reassure citizens that there is nothing dangerous in TTIP. In May I called on the Council to declassify them and today I hereby call on them again to publish the negotiating directives. In addition, I will continue to be fully at your disposal to answer all questions you may have. I am ready to consider any other specific ideas on how we can further improve transparency.

One of the loudest arguments against TTIP that is often raised is that the agreement will force Europe to lower its high standards for protection: protection of the environment, of consumers and of workers. The argument is that our European model is much better than the American one and if we try to tear down trade barriers between the two continents we will also automatically tear down the high European standards.

Some are tempted to turn this into a Kulturkampf, claiming that TTIP threatens to Americanise our way of life. The Commission does not share this line of reasoning. First, it appears to suggest that the US is not interested in protecting the environment or its consumers or workers. Actually, sometimes protection in the US is higher than here. To illustrate: US courts are much more likely than European ones to award high damages to consumers if they have been harmed by a product they have purchased. The air and water quality legislation in the US is not softer than ours. We do approach many areas in a different way from that in the US and sometimes our rules here are stricter than in the US but we share the same objectives of quality and protection and, even where we differ, our values and concerns are more similar than with any other parts of the world. That is why President Obama flatly stated in Brussels that he would not agree to any deal if it lowered the standards of protection. Neither would the Commission.

Dienstag, 15. Juli 2014

Secondly, it is also a wrong argument as a matter of logic. There are plenty of barriers to trade that can be removed without lowering standards. Take the internal market. The internal market is low on barriers to trade and high on standards of protection. The same philosophy underpins the TTIP negotiations. We should remove protectionism but keep protection. Does it really make sense for an inspector from the US to fly over here to inspect our pharmaceutical production sites and repeat exactly the same work already done by a European colleague. If we agree that the American inspector can stay at home and just rely on a copy of the inspection report we have already made, there is no lowering of any standards anywhere. The only thing that is lowered is the amount of red tape.

And where the gap in approach between the EU and the US is too wide, we just will not change our rules. We will not import any meat that is treated with hormones. We will not give a blanket approval of imports of GMOs. On the other hand it is not because the US makes a claim that it must be wrong by definition. We should rely on the opinions of our own scientists in EFSA and not on ideology.

Finally, I know that many EU citizens are afraid of including ISDS in the agreement. The feeling is that this will open a way for large American corporations through arbitration to undermine policy space for our democratically elected parliaments. One often-cited example is the ongoing lawsuit by Philip Morris against Australia for introducing plain packaging for cigarettes. We have suspended negotiations with the US on this issue while we conduct a public consultation. We will draw the conclusions from it in due course. We need the debate to be about the ISDS provisions we are considering including and not some imaginary alternative.

The Commission's current ideas are available, black on white, in the consultation document. They have been carefully drafted to ensure that damage claims can only be raised for very clear violations or very fundamental principles of investor protection and that the policy space is fully preserved. Contrary to what is alleged by some scaremongers, a US multinational will not be able to successfully sue for damages for lost future profit just because a parliament introduces a new law with the legitimate aim of protecting the environment or public health.

The terms of this debate should not be ISDS or not ISDS. ISDS is already a feature in investment treaties between some of our Member States and the US. The core question is: what sort of ISDS do we want for investment protection vis-à-vis the US but also any other third country? There is also a question of consistency to keep in mind. I think it would be difficult one day to claim that we must avoid ISDS provisions with the US because they are dangerous and then the next day insist on including the same kind of provisions in agreements with others, such as China. The provisions we propose in the consultation represent a very substantial improvement over most of the ISDS provisions in the 1 400 bilateral investment treaties that currently bind our Member States.

I am looking forward to an engaging debate.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

Daniel Caspary, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Es ist gut, dass wir diese Woche in Brüssel wieder eine Verhandlungsrunde haben.

Meine Fraktion sieht in einem sorgfältig ausgehandelten TTIP-Abkommen große Chancen für Bürger, Verbraucher und Unternehmen. Es ist gut, dass wir eine breite Debatte zu dem Thema haben – zum wiederholten Male hier im Plenum, schon oft im Ausschuss oder der extra eingerichteten Beobachtergruppe und auch in der Bevölkerung. Das gibt uns die Chance zuzuhören, aber es gibt uns auch die Chance zur besseren Information.

Ich finde es hervorragend, dass Kommissar De Gucht uns jetzt Verhandlungsdokumente zur Verfügung gestellt hat. Ich würde mich freuen, wenn auch der Rat endlich ein Einsehen hätte und das Verhandlungsmandat öffentlich machen würde.

Dienstag, 15. Juli 2014

Denn es ist wichtig, dass wir in der Öffentlichkeit, auf der Homepage der Kommission, aber auch hier informieren, worum es geht und worum es nicht geht. Es geht um Wachstum und Beschäftigung, und es geht nicht um die Senkung von Standards oder Verbraucherschutz. Es geht um besseren Marktzugang für unsere Unternehmen – große wie kleine –, und es geht nicht um die Zwangsprivatisierung der Wasserversorgung. Es geht um die Abschaffung von Zöllen auf Lastwagen, Autos, Schuhe oder Klamotten/Kleidung, aber es geht nicht um die Verschlechterung von Arbeitnehmerrechten. Es geht um die Lösung der Problematik, dass ausländische Investoren noch immer oft benachteiligt werden, und es geht nicht um die Beschränkung politischen Entscheidungsspielraums oder die Entmachtung nationaler Gerichte.

Es geht um die Frage, wie sich 500 Millionen Europäer in einer globalisierten Welt mit heute acht Milliarden Menschen rechtsstaatliche und demokratische Partner suchen, und es geht nicht um die Abschaffung von öffentlich-rechtlichem Rundfunk, nationaler Filmförderung oder von kommunalen Theatern vor Ort.

Die Kommission trägt eine große Verantwortung. Wir wollen TTIP, wir wollen es aber nicht um jeden Preis. Wir wollen ein TTIP wie im Verhandlungsmandat umrissen und in der Entschließung vom Mai 2013 dargelegt. Daran werden wir den Text am Ende messen. Das werden wir als EVP am Ende sicherstellen, und nur dann werden wir dem Abkommen zustimmen. Bis dahin viel Verhandlungsgeschick und Erfolg in den Gesprächen!

David Martin, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, at the start of this new Parliament I want to lay out my Group's position on TTIP as clearly as possible. We in the Socialist and Democratic Group believe that TTIP does have the potential to be a significant catalyst for jobs and growth, and we know that this could be the EU's last chance to be a setter of global standards. If we do nothing we will be relegated from leaders to followers; it will be China, India, and Brazil who will set the global standards, putting our industries at a significant disadvantage.

As well as regulatory cooperation, we want to see the United States open up to European investment its transport sector and its public procurement, to level the playing field for our industries. We want to see quality European products such as Parma ham and Feta cheese given strong geographic protection against genetic products and misleading marketing, and we want to give our small and medium-sized enterprises the same opportunities as multinationals currently enjoy in easy access to the US market. We do accept that this agreement could and should benefit consumers, and that is why we welcome the fact that the Commission has involved consumer groups, NGOs and trade unions in the European discussion on priorities.

For all of these reasons the Socialists were proud to be at the birth of TTIP, and we do not want to have to be its assassins. I want to tell the Commission clearly now, though, that if we have to be, we will be, and that is why we want the Commission to listen carefully to our concerns, such as those over food safety. Regulatory convergence must not lead to chlorinated chickens, hormone-treated beef or GMOs getting access to the European Union market. We have had assurances from the Commission on this but I want to tell you that we will keep reminding you of this and we will keep watching you throughout the whole of the negotiations. Similarly with our concerns over investor-state dispute settlement (ISDS): we do not believe that this consultation is the end of the process. We want to ensure that the Commission listens carefully to public opinion on this issue and that ISDS does not become a backdoor route for a corporate power grab.

We also have concerns about public services; again we have had some assurances from the Commission, but we want to make sure that our public services remain of the highest standard and receive the highest possible protection. We want to make sure that in this trade agreement there is no ratchet effect and there is no ability to prevent Member States returning health, education and other vital services to public control if they have been privatised. So we will keep scrutinising TTIP to make sure that the quality of our services remains high, that corporate power is not increased unnecessarily, that our high levels of protection are retained.

Dienstag, 15. Juli 2014

But we have to say to the Commission: we recognise that a good TTIP would be good for Europe, and the pledge we give to the Commission and to the Member States is that we will watch the outcome of this agreement and, if we think it benefits Europe, benefits European jobs and European standards of living, we will vote for it. If we think it damages our concerns we will vote against it. We will make up our mind at the end; unlike some groups we have not made up our mind one way and unlike other groups we have not made up our mind the other way. We will judge this agreement on its merits at the end of the process.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Georgios Katrougkalos (GUE/NGL), blue-card question. – My question is about ISDS. I am quoting from the guidelines given by Mr Juncker in today's speech. I will not accept, says Mr Juncker, that the jurisdiction of courts in European Union Member States is limited by special regimes for universal disputes. We heard another version from the Commissioner, so I would like to ask Mr Martin which of these opinions he supports: the opinion of Mr Juncker or the opinion of the Commissioner?

David Martin (S&D), blue-card answer. – I have my own position and my group has its own position, which is that we do not want investor-state dispute settlement in this agreement. We will judge the agreement at the end of the day, but at the moment our position is very clear: we do not think ISDS belongs in such an agreement because we think the normal legal system is the way to deal with these issues.

Emma McClarkin, on behalf of the ECR Group. – Mr President, I should like to thank the Commissioner for addressing the issue of TTIP here in the Parliament with us today. It is vital that we keep in mind just how important a deal this is for the EU. We must grasp this opportunity: a free trade deal is good for growth and jobs, but this is particularly true of one of this scale. In the long term, we can expect it to boost the EU economy by as much as a hundred billion pounds annually, and this does not even take into account the benefits arising from the dynamic productivity gains which could be realised from a comprehensive deal.

For the individual man or woman on both sides of the pond, they will notice that they have more products to choose from – products which are of a better standard and at a cheaper price. But we must also ensure that the deal benefits businesses on both sides of the Atlantic, irrespective of size. We can help our smallest businesses by eliminating tariffs, by aligning customs processes at borders, and by increasing regulatory coherence between the EU and the US. If we take these steps, we can aspire to one day having a truly transatlantic market.

There are, of course, concerns amongst a wider European public about this deal, particularly when it comes to food standards and investor-to-state dispute settlement. EU negotiators have ruled out the inclusion of hormone beef and chlorinated chicken, so I hope that this scaremongering will stop. While the ISDS will be there to act as a safeguard for investors, I am pleased that the Commission has recognised concerns by launching a consultation with stakeholders on its provisions.

Commissioner De Gucht, I urge you to keep your foot on the gas – to use an American phrase – with this deal until the end of your term. It is crucial that we build momentum with this deal, and for that we need renewed political support on both sides. At the same time – and as important as this deal is – let us remember that we must maintain and develop our existing trade relationships, which we have worked hard to build up over a number of years. We must deliver jobs and growth for our citizens and stay committed to keeping our markets open.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Paul Rübig (PPE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herzlichen Dank! Meine Frage ist: Wie wird dieses Abkommen für die kleinen und mittleren Betriebe? Welche Auswirkungen wird es hier geben? Können Sie sehen, dass die Prognosen der Kommission hier ein Beschäftigungswachstum auch in Europa erbringen könnten?

Emma McClarkin (ECR), blue-card answer. – I do believe that there is a huge opportunity and potential for the TTIP and for an EU-US free trade agreement to deliver for all businesses of all sizes, as I say irrespectively. We must take into consideration the impact it will have on small businesses, but we cannot undermine the opportunities that are available to them.

Dienstag, 15. Juli 2014

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, a year and a half ago – with the necessary heavy lifting and political leadership – we kicked off the negotiations on a comprehensive trade and investment partnership. But those days, when Vice-President Biden liked to talk about finishing the deal on one tank of gas, seem a little bit far behind us at this moment, one-and-a half years down the road. It seems as though the Americans have chosen an exceptionally environmentally friendly car to drive in. In any case, I think that they and maybe all of us should step on the gas to keep the very important momentum that started these negotiations.

For our group, jobs and growth without government investment, the opportunity to set global standards and meet competition from emerging economies, and eliminating unnecessary bureaucratic burdens, remain the essential points on the horizon. We have to find ways to preserve our cherished standards when it comes to food safety and the environment, as well as fundamental rights, such as the right to privacy.

These are points which are being raised by people all over the EU, and I think it is good to have an active debate. Transparency and active engagement are essential to acquiring consent at the end of the day. So, Commissioner, my question is: how will you help dispel the feeling that quite a few people have that there is not enough clarity on where the process of negotiation stands, and that there may not be enough space to participate while there may be enough space for corporations to have access?

Now the investor-state dispute settlement (ISDS) consultation seems to show that there is great interest. I have heard a number of rumours about the amount of consultation submissions which were received. Perhaps you could also say something about the amount of responses that came in, as well as when you expect an initial assessment or final assessment. Do you believe that TTIP is possible, from the American point of view, without ISDS? Is this a negotiable point from their side? But with all these challenges, we might almost forget that there are also non-controversial issues and opportunities, such as procurement.

For the EU, it is crystal clear that the US market should open up for our businesses, to end explicit protectionism through the 'Buy American' and 'Buy America' Acts, as well as implicit protectionism through national security clauses, as seen in the Jones Act, which restricts access for European ship builders and operators, as well as domestic flights by European airliners. Is there any progress on this point?

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Die Kritik aus der Bevölkerung an den TTIP-Verhandlungen wird immer stärker. Sie sehen dies auch am Ergebnis der Europawahl und dem Erfolg meiner Fraktion. Wir fassen das als Auftrag auf, und im Namen meiner Fraktion fordere ich Sie auf, die Verhandlungen zum TTIP jetzt nicht fortzuführen. Nehmen Sie sich die Zeit für eine Denkpause!

Zu ISDS haben Sie eine Konsultation durchgeführt, und gestern hat Botschafter O'Sullivan informiert, dass mehr als 115 000 Antworten eingegangen sind. Die Bevölkerung will ISDS nicht – weder im TTIP noch im Abkommen mit Kanada. Ziehen Sie also einen Schlussstrich, denn Instrumente des 20. Jahrhunderts müssen im 21. Jahrhundert nicht mehr richtig sein.

Deshalb fragen Sie doch auch die Bevölkerung nach ihrer Meinung zu anderen Kapiteln der Freihandelspolitik. Das wäre doch mal ein innovativer Ansatz! Denn glauben Sie, dass Bauern und Verbraucherinnen und Verbraucher eine weitere Liberalisierung im Handel mit Agrarprodukten wollen? Ich versichere Ihnen: Das ist nicht der Fall. – übrigens nicht nur in der EU, auch in den vielen Bundesstaaten der USA wollen das Menschen nicht. Vertreten Sie also nicht die Interessen der Konzerne, sondern die der Bevölkerung!

Ja, es geht nicht um einen Kulturkampf – da stimme ich Ihnen zu, Herr De Gucht –, sondern um die Frage unserer Wirtschafts- und Konsumptionsweise. Die liegt auf dem Verhandlungstisch.

Und noch eins, weil ich aus Deutschland komme, vor dem Hintergrund der NSA-Spionage-Affären etc.: Solange die Amerikaner sich nicht verpflichten wollen, die Daten der europäischen Bevölkerung und auch von wirtschaftlichen Akteuren zu schützen und zu respektieren, gibt es keine Grundlage für ein Handelsabkommen.

Also: *Common Goods* beibehalten und die Verhandlungen zum TTIP unterbrechen!

Dienstag, 15. Juli 2014

Yannick Jadot, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, depuis le début, le groupe écologiste dénonce cette négociation parce que nous considérons que ce sont des choix de société qui sont en train d'être négociés. Ce sont des choix de société sur l'environnement, sur la santé, sur le droit social, sur les services publics, sur la propriété intellectuelle, sur l'agriculture, sur l'alimentation et aujourd'hui ces choix de société sont négociés en totale opacité sur la seule base de leur marchandisation. C'est un problème profond. On nous explique aujourd'hui que ce serait bon pour l'Europe. Non! On voit bien qu'aujourd'hui, ce dont a besoin l'Europe, c'est de définir son projet, c'est de renforcer son projet avec une politique industrielle, avec une spécificité de durabilité et ce que nous propose cette négociation, c'est de diluer le projet européen dans un grand marché transatlantique.

Alors, Monsieur le Commissaire, vous nous avez expliqué à quel point la Commission européenne faisait des efforts sur la transparence. Depuis hier, les textes consolidés de négociation – c'est-à-dire le cœur de la négociation, ce qui se joue réellement aujourd'hui – sont placés dans des pièces de lecture. Les pièces de lecture pour les États membres, cela veut dire aller à l'ambassade américaine s'ils veulent savoir ce qu'il y a dans ces textes de négociation. Pour les parlementaires européens, cela veut dire aller dans une pièce de lecture qui se situe au Parlement européen à Bruxelles ou à la Commission européenne. Comment peut-on imaginer, aujourd'hui, que des choix de société soient réduits à des consultations sans téléphone, sans moyen de prendre des notes dans des pièces de lecture. La transparence que vous nous proposez, Monsieur le Commissaire, est un artifice. Elle est totalement contradictoire avec la démocratie qu'attendent les citoyens européens, avec le contrôle que veulent exercer les citoyens européens sur les institutions européennes.

Pardonnez-moi, Monsieur le Commissaire, mais le groupe écologiste considère aujourd'hui la façon dont le Parlement européen comme les gouvernements sont informés de la tenue du suivi des négociations – soit par le biais des pièces de lecture –, est contraire au traité sur le fonctionnement de l'Union européenne, est contraire à l'article 218, paragraphe 10, de ce traité.

Les parlementaires européens ont le droit de suivre ces négociations et d'être pleinement informés. C'est le texte sur lequel la Cour européenne de justice a déjà statué. Cette négociation menée par la Commission européenne se situe déjà dans l'illégalité. Et c'est pour cela aussi que le groupe écologiste soutient l'initiative citoyenne européenne qui est lancée aujourd'hui par des dizaines d'organisations pour vous demander, à vous, Commission européenne, de mettre fin à cette négociation comme de refuser l'adoption du traité avec le Canada.

Enfin, sur l'ISDS, Monsieur le Commissaire, c'est bien, vous continuez à en faire la promotion. Vous voyez bien que des groupes qui, jusqu'à maintenant, ont toujours soutenu cette négociation après les élections européennes commencent à tortiller un petit peu et le nouveau président de la Commission a, au moins, eu ce geste de dire que les juridictions nationales suffisent, qu'il serait inacceptable de faire un transfert de souveraineté démocratique des citoyens vers les multinationales. Ce n'est pas cela qu'ont dit les électeurs le 25 mai.

(L'orateur accepte de répondre à deux questions «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Daniel Caspary (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Sehr geehrter Herr Jadot! Sie haben sich gerade sehr lautstark über mangelnde Transparenz beklagt.

Kann es sein, dass Sie selbst vielleicht sogar einige der Dokumente, die uns zur Verfügung stehen, gar nicht abgerufen haben? Und kann es sein, dass zu den regelmäßigen Informationstreffen – vor und nach den Verhandlungsrunden – schon mehrfach gar keine Abgeordneten Ihrer Fraktion anwesend waren?

Liisa Jaakonsaari (S&D), *sinisen kortin kysymys*. – Arvoisa puhemies, on ikävä asia, että tälle vuosisadan sopimukselle on tullut näin huono maine. Kyllä jäsenvaltiot saavat itse kantaa vastuuta siitä, että jäsenvaltiot eivät ole puolustaneet tätä. Komissaari ja komissio ovat ikään kuin yksin ajamassa tätä, vaikka jäsenvaltiot olivat hyväksyneet. Haluaisin kysyä, että näettekö Te arvoisa vihreä edustajakollega yhtään hyvää asiaa tässä suunnitellussa sopimuksessa? Kasvun, työllisyyden, työelämän oikeuksien kannalta, näettekö Te yhtään hyvää asiaa?

Dienstag, 15. Juli 2014

Yannick Jadot (Verts/ALE), *réponse «carton bleu»*. – Monsieur Caspary, je ne considère pas qu'à partir du moment où, en tant que vice-président de la commission du commerce international, coordinateur du groupe des Verts/Alliance libre européenne, sur ce sujet, j'ai accès à quelques documents de négociation, je commencerai à imaginer que le processus est démocratique et transparent.

À partir du moment où se discutent des enjeux aussi importants que les services publics, la protection des données, la protection de la santé et de l'environnement, je considère que les citoyens – et pas seulement Yannick Jadot, député européen – doivent être informés et quand je vois les papiers de communication que fournit la Commission européenne sur les états des négociations, j'y trouve une ligne par thème. Je ne considère pas que cela donne une information transparente et complète de la négociation. Je rappelle que l'article 218, paragraphe 10, du traité dit que les parlementaires doivent être pleinement informés.

Quant aux bénéfices du traité, Madame Jaakonsaari, je n'en vois pas. Vous savez que le Parlement européen a procédé à une expertise de l'estimation faite par la Commission européenne, et que cette expertise a clairement indiqué qu'il était quasiment impossible de faire cette évaluation et de promettre de tels bénéfices à l'horizon 2027. Le Commissaire De Gucht a lui-même dit que les 545 euros par an, par ménage européen, cela ne voulait rien dire, et le modèle qui a été utilisé n'a pas fait une seule évaluation sur les bénéfices ou les pertes en termes d'emploi.

Tiziana Beghin, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, cittadini, come portavoce del Movimento cinque stelle e membro del gruppo EFDD, ho una semplice domanda da porre alla Commissione: signor Commissario, ma che cos'è veramente il TTIP? Non si tratta di un semplice accordo di libero scambio. Del resto i dazi tra l'Europa e gli Stati Uniti sono già molto bassi. Si tratta invece di uno strumento per eliminare le barriere al libero scambio. Queste barriere sono: i diritti che i nostri lavoratori hanno acquisito dopo generazioni di lotte; i regolamenti ambientali che limitano l'inquinamento; le regole sulla sicurezza alimentare, quelle stesse regole che ci proteggono dal cibo OGM e dalla carne trattata con gli ormoni; le leggi europee che proibiscono i componenti chimici nocivi e infine la nostra *privacy*, la protezione dei nostri dati personali.

Signor Commissario, la Commissione ha ripetuto più volte che il processo di negoziazione è trasparente e aperto. Ancora adesso se ne sta discutendo, non c'è nessun segreto. Ebbene, signor Commissario, non potrebbe trovarmi più d'accordo: è vero, non c'è nessun segreto. Ma non c'è nessun segreto per i gruppi di lobbisti e per gli avvocati delle grandi multinazionali. Il reale accesso ai documenti è invece impossibile per i cittadini europei, è impossibile per i parlamentari ed è impossibile anche per me che sono membro della commissione per il commercio internazionale. Chiedo ancora una volta perché questi documenti sono tenuti segreti e perché un processo, che avrebbe dovuto essere inclusivo fin dal suo inizio, sta diventando invece sempre più esclusivo e segreto.

Signori, la posta in gioco qui non è solo un accordo economico ma il concetto stesso di democrazia. Io mi chiedo qual è l'idea di democrazia e inclusione a cui l'Europa vuole arrivare. È forse la stessa idea che ha ispirato la maggior parte dei partiti politici che siedono in questo Parlamento quando hanno rifiutato ogni presidenza e vicepresidenza per i membri del mio gruppo politico, escludendo così più di 10 milioni di cittadini dai ruoli chiave nel Parlamento? Cari colleghi, per tutti i cittadini europei spero proprio di no!

(L'oratrice accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8 del regolamento))

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Präsident, liebe Frau Kollegin Beghin! Ich bin auch im Ausschuss für internationalen Handel – wie Sie. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

Ich frage mich nur, woher Sie wissen, dass wir keine Dokumente bekommen – der Ausschuss hat noch gar nicht getagt. Ich weiß, dass der Kommissar und seine Unterhändler dort der sogenannten Monitoring-Gruppe genau die Dokumente zur Verfügung stellen, die Sie gerade einfordern.

Also würden Sie mir zustimmen, dass wir vielleicht erst einmal die Sitzung des Ausschusses abwarten, schauen, was für Dokumente wir kriegen, bevor wir eine so weitreichende Bewertung vornehmen, wie Sie das gerade getan haben?

Dienstag, 15. Juli 2014

Tiziana Beghin (EFDD), *relatrice*. – Io sono qui da circa quindici giorni e ho fatto richiesta di questi documenti che nessuno è riuscito a procurarmi. Quando si arriva così avanti nelle trattative, che cos'è che dobbiamo ancora aspettare? Secondo me sarebbe opportuno che noi sapessimo che cosa è stato discusso fino adesso.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 149, paragrafo 8, del regolamento)).

Matteo Salvini (NI). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, non ci fidiamo, non ci fidiamo! Cinque anni di politiche commerciali gestite da questa Commissione ci hanno portato al disastro. L'accordo con il Pakistan per il tessile ha fatto chiudere migliaia di aziende; l'accordo con il Marocco per la frutta e la verdura e la pesca ha danneggiato migliaia di pescatori ed agricoltori; l'accordo con la Birmania per il riso sta portando tonnellate di riso farlocco sulle tavole dei nostri figli. E poi i negoziati brillantemente condotti con l'India, con il Vietnam, con la Corea, con il Giappone, con la Colombia: posti di lavoro persi, diritti persi, qualità della vita andata in fumo!

Perché dovrebbe cambiare con gli Stati Uniti, che sono oltretutto molto più furbi di noi? Gli Stati Uniti proteggono i loro marchi, hanno il *made in*, hanno dei dazi. La Sua Commissione europea, la Commissione dei burocrati di Bruxelles non protegge quello che viene prodotto in Europa.

Ogni anno – giusto per stare nel mio paese – in Italia abbiamo danni per un miliardo di euro per il vino falso italiano venduto come italiano; abbiamo tre miliardi di euro di danni per l'olio, il formaggio e i prodotti alimentari falsi spacciati per italiani negli Stati Uniti. Cosa c'è in questo testo per difendere questo lavoro, questa storia, questa origine, questo futuro, questa tradizione? Niente! Quindi, per quanto mi riguarda, o questo testo cambia in tutto oppure la Lega Nord voterà contro dal primo all'ultimo rigo.

Tokia Saïfi (PPE). - Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, cet accord de libre-échange avec les États-Unis continue de soulever de nombreuses interrogations. Je vous rappelle donc notre attachement aux différentes lignes rouges et notre détermination à garantir nos choix de société.

Nos modèles agricole et alimentaire doivent être préservés de même que le respect de nos indications géographiques.

Cet accord doit également garantir un réel accès aux marchés publics américains, y compris pour nos PME. Et quoi que vous disiez concernant l'ISDS, nous devons veiller à protéger nos investisseurs et à ce que l'ensemble de nos politiques publiques dans les domaines sociaux, environnementaux et sanitaires ne puisse être remis en question par des multinationales étrangères.

Pour que l'ISDS ne soit pas une arme supplémentaire dans les mains des multinationales, nous réclamons également qu'il soit réellement accessible aux PME de façon simple et peu coûteuse, et selon une procédure transparente.

C'est pourquoi faute de garanties suffisantes sur ces points, nous devons nous interroger sur le maintien de ce mécanisme dans les discussions en cours.

Monsieur le Commissaire, nous sortons d'une campagne électorale qui a été difficile: l'Europe n'est pas perçue comme étant proche des citoyens. Des questions sur cet accord sont revenues sans cesse dans les discussions.

En notre qualité de représentants des citoyens européens, nous souhaitons donc que ces négociations soient menées avec fermeté et transparence afin d'éviter les malentendus et les exploitations politiques.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Εμμανουήλ Γλέζος (GUE/NGL), *ερώτηση «γαλάζια κάρτα»*. – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να θέσω στη συνάδελφο την ακόλουθη ερώτηση: ενώ υπάρχουν εμπορικές σχέσεις όλων των χωρών της Ευρώπης με τις Ηνωμένες Πολιτείες, ξαφνικά εμφανίζεται ένα πλαίσιο άλλου τύπου. Μήπως είναι η άλλη μορφή του NATO, μήπως δηλαδή αυτή η καινούργια συμφωνία είναι το εμπορικό NATO;

Dienstag, 15. Juli 2014

Tokia Saïfi (PPE), *réponse «carton bleu»*. – Monsieur Glezos, je ne pense pas que nous sommes dans un accord qui serait une autre forme d'OTAN. Je pense que les États-Unis sont une puissance importante, l'Europe est une puissance commerciale importante et qu'il est tout à fait logique que nous puissions avoir des relations commerciales beaucoup plus profondes. Mais, simplement, nous sommes vigilants, nous avons des choix de société, nous avons des lignes rouges et nous voulons les faire respecter.

Bernd Lange (S&D). - Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist doch ganz offensichtlich, dass viele Menschen Sorgen und Nöte mit diesem Abkommen verbinden.

Ich glaube, es ist an der Zeit, diese Sorgen und Befürchtungen auch ernst zu nehmen und nicht abzuwiegeln. Dazu gehört in erster Linie Transparenz. Man muss ja feststellen, dass es ein sehr langsamer Prozess gewesen ist, mehr Transparenz in die Verhandlungen zu bekommen, und ich bin immer noch nicht damit zufrieden.

Ich finde es unerträglich, dass der Rat – der heute wieder nicht da ist – es verhindert, dass das Verhandlungsmandat und die fundamentalen Dokumente veröffentlicht werden. Das ist ein Skandal, und ich appelliere an die Regierungen, diesen Zustand endlich aufzugeben, damit die Bürgerinnen und Bürger in Europa wirklich mitdiskutieren können und wissen, worum es geht.

Ich appelliere auch an die Vereinigten Staaten, ihre Politik der Abschottung aufzugeben. Es ist doch eine absurde Situation: Auf der einen Seite gibt es NSA, Spione und sonst was, und die USA versuchen, alle Informationen zu bekommen. Und wenn es hier um Dokumente geht, dann verhindern sie, dass ihre eigenen Verhandlungsdokumente veröffentlicht werden und sorgen dafür, dass konsolidierte Texte nur in einem Leseraum zugänglich sind.

Da haben die USA zum Beispiel ein Papier zur Liberalisierung der Bildung im nichtöffentlichen Sektor vorgelegt – eine spannende Frage, alles, was Erwachsenenbildung anbetrifft. Ich möchte wissen, was die Vereinigten Staaten dort verlangen. Ich kann dieses Dokument nicht einsehen. Das kann so nicht weitergehen. Wenn wir verhandeln, dann muss es auch Transparenz in allen Dokumenten, die auf dem Tisch liegen, geben. Sonst ist eine Seite eindeutig benachteiligt. Ich möchte nur etwas unterschreiben können, was eben auch transparent ausgehandelt ist.

Ich habe auch das Gefühl, dass bei der Frage ISDS die Sorgen und Nöte der Menschen inzwischen sehr, sehr stark sind – übrigens auch auf der anderen Seite des Atlantiks. Über 150 000 Eingaben bei der Konsultation haben das doch gezeigt. Von daher sollten wir den Schlussstrich ziehen und sagen: Ja, wir wollen Handelsabkommen, aber ohne ISDS, das ist die Perspektive. Die Vereinigten Staaten haben übrigens ein Handelsabkommen mit Australien abgeschlossen – auch ohne ISDS. Insofern sollten wir eindeutig die Sorgen hier ernst nehmen und darauf verzichten.

Herr Kommissar, wenn Sie es ernst meinen mit Investitionsschutzmechanismen jenseits von Gerichtssituationen, dann frage ich mich: Warum haben Sie nicht eine Aktivität an den Tag gelegt, bei der WTO einen internationalen Gerichtshof zum Investitionsschutz aufzubauen, anstatt in bilateralen Verträgen so etwas durchzusetzen? Übrigens haben die alten Mitgliedstaaten in der Europäischen Union mit keinem OECD-Staat so ein Abkommen.

Zum Schluss entscheiden wir, und ich glaube, das machen wir sehr bewusst und rational, wie wir es im Fall ACTA gezeigt haben. Deswegen sollte die Kommission die Signale ernst nehmen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der blauen Karte gemäß Artikel 162 Absatz 8 Geschäftsordnung zu beantworten).

Sven Giegold (Verts/ALE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Langen! Vielen Dank für Ihre klaren Worte zum Thema Investorstreitschlichtung.

Ich habe eine Frage dazu: Dieser klare Maßstab, den Sie angelegt haben, gilt das für Sie auch für das Abkommen mit Kanada, mit Singapur, mit Vietnam? Das sind alles Abkommen, die diese Mechanismen auch vorsehen. Fordern Sie auch dort genauso klar, dass diese Streitschlichtungsmechanismen nicht Teil der Abkommen sein sollen?

Dienstag, 15. Juli 2014

Bernd Lange (S&D), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Es gibt ja genug Untersuchungen inzwischen, dass ISDS nicht signifikant ist für Investment. Brasilien zum Beispiel hat kein ISDS, und trotzdem wird in Brasilien sehr stark investiert. Insofern, glaube ich, ist dieses Instrument aus dem letzten Jahrhundert und sollte auch auf den Müllhaufen der Geschichte.

Kosma Tadeusz Złotowski (ECR). - Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Umowy, które zawiera się w celu usprawnienia handlu międzynarodowego, są zwykle dobre. Jednak jest kilka kwestii, które mogą budzić obawy. Negocjacje, jak to już było wielokrotnie mówione, toczono w tajemnicy. A wiemy, że gospodarka Stanów Zjednoczonych jest większa i silniejsza niż suma gospodarek Unii Europejskiej. Jeśli umowa zostanie źle skonstruowana (a ponieważ konstruowana jest poufnie, nie możemy wykluczyć, że tak się stanie), może stać się tak, że to Europa stanie się przestrzenią ekspansji amerykańskiej, a Europa w Ameryce będzie miała coraz mniej do powiedzenia. Przestrzegam przed tym, bo tak właśnie stało się w Polsce po roku 1989: my w Polsce mamy wiele sieci handlowych, ale z nich tylko jedna jest polska; pozostałe mają swoje siedziby w Europie Zachodniej.

Amerykanie dbają o środowisko naturalne, chociaż my uważamy, że dbamy o nie lepiej. Oni jednak nie uważają – przynajmniej ci, którzy decydują o gospodarce – że obniżenie emisji dwutlenku węgla może wpłynąć na zmianę klimatu i dlatego ich produkty są tańsze..

(Przewodniczący odebrał mówcy głos.)

Marielle de Sarnez (ALDE). - Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, au fond, les opinions publiques se sont invitées dans ce débat sur le TTIP. Je pense que c'est une bonne chose. C'est une bonne chose parce qu'il faudrait que cela contribue peut-être à changer certaines mauvaises habitudes et à sortir de cette espèce de huis clos, d'autant plus que, contrairement à ce que vous avez dit tout à l'heure ou omis de dire, la ratification ne se fera pas seulement ici au Parlement européen, elle se fera dans l'ensemble des parlements nationaux de chacun des États membres. Ce qui veut dire qu'il faut que nos démocraties, pas seulement européennes, mais aussi nationales soient aussi impliquées dans ce débat et que des réponses soient apportées à nos citoyens. Ne pas le faire serait évidemment extrêmement négatif.

Au fond, qu'est-ce qu'ils attendent les Européens? Ils attendent que leurs gouvernants nationaux ou européens – pour eux c'est la même chose –, défendent leurs intérêts et le leur disent. Donc, c'est au fond assez simple. Évidemment qu'il faut de la transparence. C'est une stupidité que le mandat de négociation ne soit pas public, d'autant plus qu'il est sur internet. Il faut évidemment rassurer les Européens sur les normes. Je pense que nous avons des normes d'exception, qui nous protègent mieux que quiconque, mieux qu'ailleurs et qu'il faut les garder. C'est une plus-value pour l'Europe et pas un moins et c'est aussi la question évidemment de l'arbitrage. Nous n'avons pas besoin d'un processus d'arbitrage alors que nous avons des États de droit ici en Europe et aux États-Unis qui fonctionnent, qui permettent les appels et qui permettent tout à fait de sécuriser les investissements.

Je vous invite donc, Monsieur le Commissaire, à ne pas renvoyer comme cela, le fait que des opinions publiques soient entrées dans ce débat du TTIP et au contraire à prendre en compte leurs questions pour y répondre.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). - Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, si vous n'avez rien à craindre de la réaction des populations à propos de ce grand marché transatlantique, sortez du secret de ces négociations et mettez tout le contenu des discussions au grand jour. Publiez ou faites publier le mandat de négociation. Donnez tous les éléments en débat à notre Parlement, aux parlements nationaux, aux syndicats, aux associations de consommateurs, aux organisations non-gouvernementales. Faites la transparence sur tous les acteurs associés à ces marchandages.

Vous venez de faire un plaidoyer pour le projet de tribunal arbitral international. Or, ce sont les élus des peuples qui font la loi pas les avocats des multinationales. Nous refusons donc que le droit des affaires prime sur les droits humains et sociaux.

Dienstag, 15. Juli 2014

Contrairement à ce que vous dites, il ne s'agit pas ici de choix de politique dite commerciale. Il s'agit de la sécurité de l'emploi, de savoir ce que nous mangerons demain, de notre santé, de l'accès à l'éducation et à la culture, de la biodiversité, des manières de produire. Il s'agit de nos droits économiques et sociaux. En fait, il s'agit d'un choix de civilisation. Il s'agit même de l'avenir de l'idée européenne elle-même. Ce projet l'étoufferait dans un marché unique dominé par les multinationales.

Sur tous ces éléments, nous attendons de la transparence et plus d'explications de votre part et, surtout, l'abandon de ce dangereux projet.

Ska Keller (Verts/ALE). - Herr Präsident! An der Konsultation zum Investor-Staats-Klageverfahren haben sich mehr Menschen beteiligt als jemals zuvor bei einer anderen Konsultation. Das zeigt, wie groß das Unbehagen der Menschen in ganz Europa ist gegenüber einem Privatrecht, das nur den großen Unternehmen nützt. Dieses Unbehagen sollten wir ernst nehmen.

Nachdem sich nun auch der frisch gewählte Kommissionspräsident gegen eine solche Paralleljustiz ausgesprochen hat, werden Sie, Herr Kommissar, dann das Investorklageverfahren aus CETA, dem Kanada-Abkommen, und TTIP, dem Abkommen mit den USA, ausschließen? Das würde ich gerne von Ihnen erfahren.

Petr Mach (EFDD). - Pane komisaři, jako libertarián vnímám volný obchod jako základní projev svobody člověka a jako podmínku prosperity a mírové spolupráce mezi národy. Jsem tedy rozhodně pro volný obchod s USA. Chci, abychom mohli dovážet zboží ze Spojených států amerických bez cel a jiných překážek, aby naše firmy mohly volně vyvážet zboží do Ameriky, abychom nemuseli pokaždé platit peníze navíc, když zboží překračuje hranice. Ale taková smlouva nemůže být podle mě takhle tlustá. Smlouva, která by byla skutečně jenom o volném obchodu se, podle mého soudu, musí vejít na dvě stránky. Mám tedy podezření, že chystaná smlouva nebude o volném obchodu, ale o nových regulacích.

Přeji si volný obchod, skutečně volný obchod, se Spojenými státy americkými, ale také s Ukrajinou, Izraelem, Marokem, Ruskem – jednoduše řečeno se zbytkem světa. Obávám se, že Evropská komise toto nechce. Cla jí přinášejí miliardy do rozpočtu, o které nechce přijít. Chci, aby Komise slyšela tento liberální hlas pro volný obchod. Jestli místo volného obchodu vyjednáte jenom nová omezení, nezapomeňte, že vůči byrokratickému a přeregulovanému přístupu Evropské unie existuje alternativa v podobě Evropského sdružení volného obchodu EFTA, která se může postupně stát atraktivnější volbou pro mnohé státy.

Marine Le Pen (NI). - Monsieur le Président, j'avais préparé une intervention, puis en vous écoutant j'ai changé d'avis parce que j'ai trouvé qu'à l'issue de ces débats, ce Parlement fait pitié, voyez-vous.

Ce matin, vous étiez tous là, triomphants, comme des coqs qui croient qu'en chantant, ils font lever le soleil. Vous étiez plein de votre pouvoir fantôme. «Regardez-nous, on a élu le président de la Commission». Vous aviez fini par croire à l'illusion de votre pouvoir fantôme et de ce soi-disant processus démocratique, d'ailleurs qui n'a de «démocratique» que le nom. Et regardez-vous quelques heures plus tard, mais regardez-vous! Entendez-vous! «On veut de la transparence. On voudrait bien voir de la transparence. Est-ce qu'on aura le droit d'avoir les documents sur lesquels on négocie ou est-ce que personne ne nous les donnera?». Personne ne vous les donnera! Et vous voyez tout d'un coup le mépris de la Commission. Monsieur le Commissaire vous regarde avec un air amusé, avec un petit sourire au coin des lèvres, réclamer de la transparence.

Vous n'aurez pas la transparence, parce que le mépris de cette Commission et son processus anti-démocratique veulent que, précisément, ce Parlement n'ait aucun pouvoir et donc c'est beaucoup plus grave. Les peuples européens n'ont aucun pouvoir et notamment aucune connaissance de ce qui est en train de se dérouler dans leur dos et qui ressemble, vous le savez bien plus, à un marché unique qu'à un traité de libre-échange transatlantique. Et cette négociation dure depuis un an. Et, depuis un an, vous géissez pour réclamer de la transparence et vous n'avez pas obtenu aujourd'hui, ni hier, ni probablement demain, cette transparence.

Iuliu Winkler (PPE). - Mr President, very specific questions have been posed to the Commissioner. I myself have three questions but very simple ones.

Dienstag, 15. Juli 2014

First of all, in the transatlantic relationship is the status quo an option? No, I think in the rapidly changing global environment standing still means falling behind, so the status quo is not an option.

Second: do the WTO multilateral trade negotiations represent an alternative? We saw the Doha Development Round stalled, and we see that the Bali Agenda is endangered. No, I think WTO negotiations are no alternative.

Third: can we allow Europe's food safety, social system, our data protection and cultural diversity to be endangered by the new provisions of the FTA? No, and I think it is the role of the European Parliament to make sure that the fundamental interests of our citizens are safeguarded, and that TTIP, when concluded, will equally serve all Europeans.

Jörg Leichtfried (S&D). - Herr Präsident! Es gibt ein Sprichwort, das heißt: „Gut gemeint ist das Gegenteil von gut“. Ich glaube, das ist hier passiert.

Diese Verhandlungen waren vielleicht einmal gut gemeint, aber sie sind gewaltigst schiefgelaufen. Es gibt viele Beispiele dafür, was schiefgelaufen ist. Viele Kolleginnen und Kollegen haben schon einiges erwähnt. Aber ich möchte noch einmal diese Investitionsschutzklauseln ansprechen und es vielleicht ganz vereinfacht darstellen: Ein einfacher Bürger, eine Bürgerin, die sich ein Dieselauto kauft, beispielsweise, weil Diesel billiger ist und weniger besteuert wird, kann nicht zu einem Sondergericht gehen, das in London tagt, wenn eine demokratisch gewählte Regierung plötzlich die Steuern auf Diesel erhöht. Aber diese Investoren könnten es tun. Das ist unfair. Warum gibt es da Sonderrechte für Großinvestoren?

Wir leben in einem demokratischen Rechtssystem – sowohl in Europa, als auch in den Vereinigten Staaten – und auf beiden Seiten ist es nicht notwendig, das zu tun. Wenn Investoren Probleme haben, gibt es ordentliche Gerichte. Ansonsten ist dieses Abkommen meines Erachtens nicht zustimmbar.

Dann dieses Geschwafel um Geheimhaltung! Ich habe das auch einmal geglaubt. Mir ist erklärt worden, wenn man mit den Amerikanern verhandelt, kann man ja nicht alle Verhandlungspositionen offenmachen. Das verstehe ich schon. Nur sind wir inzwischen darauf gekommen: Die Amerikaner wissen unsere Geheimnisse eh schon, bevor wir sie überhaupt wissen, weil sie uns abhören. Das muss man auch berücksichtigen. Deshalb ist es hoch an der Zeit, dass alle erfahren, was hier verhandelt wird!

Herr Kommissar, ich habe das Gefühl, dieses Abkommen ist ein Abkommen, das den großen Finanzinvestoren nutzt und der Demokratie schadet, und so ein Abkommen ist fehl am Platz.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Franz Obermayr (NI), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Präsident! Ja, Herr Kollege Leichtfried, ich bin ganz begeistert! Im Gegensatz zu zwei Kollegen Ihrer sozialdemokratischen Delegation haben Sie mit voller Begeisterung noch vor einem Jahr für die Verhandlungen gestimmt. Sie waren im April noch für das ISDS-Abkommen. Ich bin wirklich fasziniert. Was hat Sie denn bewogen, so schnell umzudenken, dass Sie in den letzten Tagen umgedacht haben? Ja, in der Zeitung in Österreich fordern Sie sogar Austritt aus den Verhandlungen! Sie haben kein Vertrauen in die Kommission. Was war der Grund? Können Sie mir das Schlüsselerlebnis in Ihrer Erkenntnis sagen? Warum ist Ihre Liebe zu Amerika erkaltet? Oder war es das schlechte Wahlergebnis ..

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Jörg Leichtfried (S&D), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Obermayr, ich glaube, Sie kennen sich nicht aus. Das geht schon länger so.

Selbstverständlich habe ich gesagt: Ich bin dafür, dass Verhandlungen beginnen. Selbstverständlich habe ich gesagt: Ich werde schauen, wie die laufen und mich am Ende entscheiden, ob ich dafür oder dagegen bin. Selbstverständlich habe ich jetzt gesagt: Ich habe das Gefühl, sie laufen sehr schlecht, und habe begründet, warum ich meine, dass sie sehr schlecht laufen.

Im Gegensatz zu Ihnen habe ich fünf Jahre daran gearbeitet und war im richtigen Ausschuss.

Dienstag, 15. Juli 2014

Marcus Pretzell (ECR). - Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Unter dem irreführenden Titel „Freihandel“ debattieren wir heute über TTIP. Dabei droht durch die Hintertür als weitere Beschneidung der Kompetenzen der nationalen Parlamente der Investorenschutz ISDS zu schlüpfen.

Wenn Parlamente in Europa Verbraucherschutz, Datenschutz, Umweltschutz, Gesundheitspolitik und Arbeitnehmerrechte zukünftig unter dem Damoklesschwert finanzieller Forderungen durch Konzerne entscheiden müssen, verändert das die politische Kultur in Europa. Die Verantwortung dafür tragen Sie, meine Damen und Herren von der Kommission. Sind Sie willens und in der Lage, diese Verantwortung zu übernehmen? Möchte eine Mehrheit der Bevölkerung in Europa in dieser Frage von Ihnen vertreten werden?

Die Verhandlungen über TTIP gehören in die Hände der nationalen Parlamente. Die Kommission hat nicht die erforderliche demokratische Legitimation. Wenn sie dennoch verhandelt, dann bitte als Wegbereiter ausschließlich für freien Handel zwischen den Völkern der Welt. Dann ließe sich auch schnell ein demokratischer politischer und gesellschaftlicher Konsens erzielen.

Die Freiheit, die Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht der europäischen Völker dürfen nicht zur Disposition stehen – auch nicht als Preis für den freien Handel, Herr Kommissar De Gucht.

Olli Rehn (ALDE). - Arvoisa puhemies, hyvät kollegat, Eurooppa on nyt elpymisen tiellä, ja tätä elpymistä ja kasvua on ruokittava kaikilla rintamilla. Meidän pitää hakea uusia kasvun eväitä myös rajojen ulkopuolisilta markkinoilta.

Transatlanttinen kauppa- ja investointisopimus on keskeinen osa Euroopan uutta kasvu- ja työllisyysohjelmaa. Se on väline avata eurooppalaisille yrityksille parempi pääsy Yhdysvaltain markkinoille. Tässä sopimuksessa tulee vahvasti panostaa eurooppalaisten pk-yritysten vientimenestykseen. Samalla vastavuoroinen standardien hyväksyminen ei saa kuitenkaan merkitä omien lakiemme heikentymistä. Sopimus ei esimerkiksi saa puuttua osapuolten oikeuteen ylläpitää korkeaa tasoa ruokaturvassa ja ympäristönsuojelussa. On myös pidettävä huoli eurooppalaisen maatalouden kilpailukykyä.

Avain sopimuksen hyväksymiseen on, että kansalaisten huoliin löytyy uskottavia vastauksia. Tämä edellyttää avoimuutta ja toimivaa vuoropuhelua kansalaisyhteiskunnan kanssa. Komissaari De Guchtin valmius julkistaa neuvottelumandaatit on myönteinen askel. Niin on myös komission toteuttama julkinen kuuleminen investointisuojusta ja välitysmenettelystä oikeusvaltion periaatteen kannalta.

Tämä on oikea suunta. On nähtävä metsä puilta eli tämä sopimuksen Euroopan talouskasvua ja työllisyyttä tukeva vaikutus. Mutta myös puiden kunnosta eli kuluttajasuojasta, maaseudusta ja oikeusvaltiosta on pidettävä visusti huolta.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). -Signor Presidente, onorevoli colleghi, ci sembra chiaro, anche dalla discussione di questo pomeriggio, che la discussione sul TTIP è un parametro della qualità della democrazia nell'Unione europea.

Siamo arrivati al sesto round di negoziazione e la trattativa è sostanzialmente nei suoi termini reali nascosta alle cittadine, nascosta ai membri di questo Parlamento. Lo stesso Commissario De Gucht qui ci ha parlato di una stanza riservata e per sola lettura. Non si possono prendere decisioni di tale impatto sulla vita delle persone senza che vi sia informazione e consenso. E questa è una delle ragioni che ci porta a dire: stop TTIP subito!

Chiediamo, signor Commissario, se vi sentite vincolati all'esito della consultazione pubblica sugli ISDS o se invece parliamo solo di una finta trasparenza. Noi vogliamo trasparenza totale sul mandato e sugli attori di questa trattativa e sovranità decisionale per le cittadine e i cittadini europei.

Dienstag, 15. Juli 2014

Ma ci sono anche molte questioni di merito. Con questo trattato si istituisce una sola legge, una sola regola, quella del mercato, e si aboliscono di fatto le altre, quelle a difesa della salute alimentare, dei diritti del lavoro, dell'ambiente, delle produzioni agricole, della *privacy*, delle banche dati personali, del carattere pubblico delle istituzioni che devono garantire il diritto alla salute e all'istruzione. Le legislazioni su questa materia parlamentare vengono sottratte ai parlamenti democraticamente eletti e subordinate a un tribunale arbitrale. La sovranità popolare viene subordinata alla libertà di impresa. Si parla di vantaggi in termini di occupazione, ma di quali vantaggi parliamo? Di lavoro precario, di lavoro senza diritti.

Ecco, voi difendete le frontiere con il FRONTEX contro le persone e le abolite solo per creare un mercato unico. Noi siamo molto determinati nel voler difendere non le frontiere ma i diritti delle persone. Per questo chiediamo di fermare subito il TTIP.

Jill Evans (Verts/ALE). - Mr President, the TTIP was a major issue during the European election campaign. I had hundreds of messages from constituents, trade unions, campaign groups and NGOs in Wales who were gravely concerned about its effects. These effects could be far-reaching and damaging – as we have heard from others – in terms of public services, food quality, the environment, health and much more.

Concern is growing, but in contrast to the negotiations, which are being held behind closed doors, my group very much welcomes the European citizens' initiative launched publicly today by over 140 organisations in 18 Member States, which demands that the negotiation mandate be repealed. One of the reasons for the disconnect between the EU and the people of Wales and elsewhere is the perceived lack of democracy and the secrecy. On TTIP we are being kept in the dark. This citizens' initiative will enable the people's voices to be heard, and I will encourage my constituents to support it.

Giulia Moi (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, finora ci avete imposto dei trattati devianti da quello che in origine era lo spirito di un'Europa dei cittadini unita e solidale. Questo sempre a uso e consumo delle banche e di voi pochi privilegiati burocrati. E ora, con la scusa di un'ipotetica uniformità dei regolamenti, ci volete imporre un nuovo trattato, il TTIP, con il quale verrà eliminato il principio di precauzione che ha prevalso finora a tutela della salute e del benessere di noi cittadini europei.

Ci verranno imposti cibi OGM gonfiati con ormoni, pieni di antibiotici e pesticidi tossici. Verrà eliminata la certificazione di origine controllata, distruggendo in questo modo il patrimonio delle eccellenze agroalimentari dei nostri paesi. Con il monopolio e l'uniformità genetica delle sementi da parte delle multinazionali sarà compromessa la biodiversità vitale per un'agricoltura sostenibile. Signor Presidente, fino a che punto volete danneggiare noi cittadini, pur di garantire profitti miliardari a poche multinazionali assetate di soldi?

Franz Obermayr (NI). - Herr Präsident! Zum Auftakt der sechsten Verhandlungsrunde schütteln sich die beiden Chefverhandler vor der Presse demonstrativ die Hände. Fragen waren – welch eine Überraschung! – nicht erlaubt.

Nach dem alten Prinzip: Nur nicht zu viele Informationen der Öffentlichkeit geben. Stattdessen werden Konzerne eingebunden. Ein aktueller Bericht der EU-Handelsdirektion zeigt, dass im Vorfeld 92 % der Verhandlungen mit Lobbyisten durchgeführt worden sind, aber nur 4 % mit Vertretern des öffentlichen Interesses. Wer immer noch an Panikmache im Lebensmittelsektor glaubt, dem empfehle ich einen Brief von 177 US-Abgeordneten zum Repräsentantenhaus. Die fordern, dass der geografische Schutz europäischer Produkte – wie italienischer Parmesan oder griechischer Feta – fallen soll.

Da würden natürlich die europäischen Hersteller der Qualitätsprodukte auf der Strecke bleiben – wenn sie keinen Schutz hätten. Der Konsument ebenso, der dann keine Ahnung mehr hat, ob er echten italienischen Parmesan zu essen bekommt oder amerikanischen Parmesan von Anabolika-Kühen. Ich nur sagen, Herr Kommissar: Prost Mahlzeit – guten Appetit, Europa!

Dienstag, 15. Juli 2014

PUHETTA RYHTYI JOHTAMAAN OLLI REHN*varapuhemies*

Godelieve Quisthoudt-Rowohl (PPE). - Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich auf die Frage des Investitionsschutzes beschränken.

Selbst wenn ich mich jetzt bei Ihnen nicht beliebt mache, muss ich sagen: Grundsätzlich bin ich nicht dagegen. Ich sehe hier nicht eine Aushöhlung des Rechtsstaates. Es geht allerdings um größere Rechtssicherheit. Es geht um einheitliche Regeln, es geht um Ordnung in einem Wust von 1 400 verschiedenen Abkommen. Es geht auch nicht darum, nur Großkonzerne zu bevorteilen. Der Investitionsschutz gilt für alle Investoren, auch – und darauf müssen wir achten – für den Mittelstand, für kleinere Unternehmen.

Deshalb meine Frage an die Kommission: Wann werden die Ergebnisse der Konsultation veröffentlicht? Welche Schlüsse werden Sie daraus ziehen? Ich plädiere nicht für ISDS, wie wir es aus dem vorigen Jahrhundert kennen. Ich plädiere für eine moderne Form, die transparent ist und die uns allen helfen wird.

Letzte Frage: Was werden wir mit den Abkommen wie z.B. CETA machen? Müssen wir alles neu verhandeln, oder bleibt es beim Status, den wir jetzt haben?

Vor einem Jahr waren wir mit großer Mehrheit dafür. Bleiben wir bitte auf diesem Weg, allerdings mit sehr viel kritischer Begleitung.

Alessia Maria Mosca (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, dobbiamo evitare in ogni modo che il dibattito sul TTIP diventi sempre più ideologico, come purtroppo sta avvenendo. Se siamo mossi dalla volontà di fare progressi come società, dobbiamo affrontare il lavoro faticoso del collegamento costante con la realtà. E per questo è essenziale che si vada nella direzione della sempre maggiore trasparenza e del sempre maggiore coinvolgimento con i cittadini. Ma se vogliamo al contempo, davvero, che l'Europa sia connotata d'ora in poi da occupazione e crescita, non possiamo pensare che ciò si possa garantire solo con politiche interne all'Unione europea.

La libertà commerciale è una potenziale fonte di maggior benessere, di più posti di lavoro, di maggiore crescita, ed è evidente che ciò possa avvenire solo se la politica si prende carico di limitare gli squilibri che una libertà senza controllo potrebbe generare. Questo è il nostro lavoro. Possiamo e dobbiamo utilizzare questa occasione per farci con orgoglio esportatori di quanto di più prezioso abbiamo costruito in questi anni: un modello sociale che include la protezione sociale e i diritti dei lavoratori, la sicurezza e la salute dei consumatori, una crescita sostenibile.

Un punto resta essenziale rispetto al nostro ruolo e ciò che rappresentiamo. Noi qui siamo la dimostrazione di come la diversità culturale, la specificità e le eccellenze sono fonte di grande ricchezza. Per questo insistiamo perché sia nostra priorità la battaglia contro la concorrenza sleale e la contraffazione per la tutela delle indicazioni geografiche e della proprietà intellettuale.

Oggi si è aperta una nuova fase della storia europea con l'incarico al Presidente Juncker. Il trattato sul TTIP potrà essere un banco di prova. Noi vogliamo un accordo, non a tutti i costi ma nel rispetto di valori non negoziabili.

James Nicholson (ECR). - Mr President, first of all I would bring to your attention that we are here in Strasbourg, when as a matter of fact negotiations will take place this week in Brussels, but maybe that is our fault. I, in principle, am supportive of an agreement. However, negotiators on both sides must recognise the significant and valuable role of the European Parliament. MEPs are the most direct and discreet form of public consultation, our constituents are the ones who are set to experience the benefits or costs of an agreement, so it is extremely important that we as their representatives are meaningfully involved.

Dienstag, 15. Juli 2014

From an agricultural perspective we must adopt a dual approach which recognises both the opportunities and challenges of greater market access. Our founding principle will be that TTIP must not undermine EU standards or compromise local industries. Fair trade for beef is a prime example of the necessary balance which is required; hormone-fed beef must not become the norm for our farmers, who are already under enormous pressure in the market.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). - Herr Präsident! Diese Debatte zeigt ganz deutlich, dass wir eine starke demokratische Mitte in diesem Haus brauchen. Marine Le Pen macht demokratisch gewählte Politiker hier lächerlich, tut anschließend so, als ob sie für die Völker Europas spricht, gibt auf schwierige Fragen einfache Antworten. Ich kenne genau diese Rhetorik aus den Dreißiger-Jahren in meinem Land. Ich finde das beängstigend.

Und hier, bei der GUE, sitzen Kommunisten, die auf der einen Seite sofort Transparenz fordern, aber – egal, ob die Transparenz kommt oder nicht, Herr Le Hyaric hat das gesagt – sofort den Abbruch der Verhandlungen, Ende der Debatte. Das zeigt: Es geht ihnen nicht um Transparenz, es geht ihnen darum, das Abkommen abzuschließen, egal, was drinsteht, völlig egal.

Das zeigt, das ist eine Kampagne, die hier unterwegs ist, von ganz rechts außen und von ganz links außen. Das ist Scheinheiligkeit, meine Damen und Herren! Wir wollen alle neue Jobs, wir wollen alle Wachstum in Europa. Wie entstehen denn Jobs in Europa? Sie entstehen durch Forschung und Innovation, durch neue Produkte, durch neue Dienstleistungen und durch die Öffnung neuer Märkte! Airbus hat versucht, auf den amerikanischen Verteidigungsmarkt zu kommen – vergeblich! Das sind neue Jobs in der Luftfahrtindustrie für uns in Europa! Die Nahrungsmittelindustrie – Tokia Saïfi hat es erwähnt: Wir sind ein starker Kontinent bei Nahrungsmitteln. Auf europäischen Käse haben Sie Zölle über 100 %. Das kann sich kein Normalverbraucher in Amerika leisten! Runter mit den Zöllen, rauf mit den Jobs in Europa!

Schuhe: Das Internet ist voll von frustrierten Verbrauchern, die Hunderte von Euro an Zöllen zahlen müssen auf Schuhe in beide Richtungen. Die Schuhindustrie in Italien, die Leder verarbeitende Industrie – da entstehen neue Jobs in Europa! Wer gegen TTIP ist, soll aufhören, so zu tun, als ob er für Jobs und Wachstum in Europa ist.

Lassen Sie uns eines nicht vergessen: Am Ende entscheidet dieses Parlament mit einer breiten demokratischen Mehrheit, in die ich in diesem Fall ECR und Grüne ausdrücklich miteinbeziehe.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Philippe Lamberts (Verts/ALE), question «carton bleu». – Monsieur Lambsdorff, je vais prendre la défense ici du groupe confédéral de la Gauche unitaire européenne/gauche verte nordique, tout simplement parce que si certains, déjà aujourd'hui, estiment que le projet de TTIP n'a pas lieu d'être, ce n'est pas par intégrisme, c'est tout simplement parce qu'on sait très bien quel est l'objectif de ce traité.

On nous parle toujours de 0,5 % de croissance en plus.

Vous savez, je viens du *business* et mon habitude, c'est de faire une analyse coût/bénéfice. Le bénéfice on n'est même pas sûr qu'il existe mais admettons même qu'il existe, qui paie le coût en termes de réduction des standards environnementaux, sociaux et de santé? Qui le paie surtout en termes de réduction des standards démocratiques? Parce que le problème de ce Parlement européen, ce n'est pas seulement qu'il n'est pas consulté mais si on met en place le principe de reconnaissance mutuelle des normes, on peut fermer cette boutique. On peut la fermer! Et ce sont les multinationales américaines qui feront les lois à notre place.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). - Lieber Kollege Lamberts! Von allgemeiner gegenseitiger Anerkennung von Standards ist nicht die Rede.

Aber wenn wir gegenseitige Teststandards, zum Beispiel bei Kraftfahrzeugen, anerkennen, dann wäre das eine enorme Erleichterung für ...

(Zwischenruf)

Dienstag, 15. Juli 2014

Das wäre aber eine große Hilfe in diesem Zusammenhang – genauso, wie wenn Sie Bürokratie absenken, Zölle absenken, Testverfahren vereinfachen, dass unsere Unternehmen in Europa nicht zweimal durch diese ganzen Sachen durchmüssen, wenn wir das öffentliche Beschaffungswesen gegenseitig öffnen.

Wir haben in all unseren öffentlichen Amtsstuben Microsoft-Software laufen auf IBM-Computern oder DELL-Computern. In Amerika gibt es „Buy American“. Wir haben auch europäische Produkte, die man anbieten kann. Mindestens dass amerikanische öffentliche Stellen europäische Autos kaufen würden, wäre ein großer Fortschritt. Europäische Autos sind definitiv besser als amerikanische.

Und eines will ich zum Schluss noch sagen:

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Matt Carthy (GUE/NGL). - Mr President, the Transatlantic Trade and Investment Partnership has the potential to damage our environment and devastate the rights of workers, producers and consumers. One of my primary concerns is for the agricultural sector in countries like Ireland. It is clear at this stage already that the unique standards and production systems that apply on Irish family farms, for example, will be compromised in negotiations. Irish farmers are rightly demanding that their livelihoods and their communities are protected.

One of the reasons Sinn Féin rejected the Lisbon Treaty was because of the loss of Ireland's veto on such matters. So there is a responsibility on the Irish Government and on MEPs who sit in this Chamber and who campaigned in favour of the Lisbon Treaty in Ireland on the promise that it would create jobs to stand with Sinn Féin and progressive voices across the European Union in opposition to the TTIP. The European Commission must hear this message today: We will not allow the sell-out of Irish and European farmers for the sake of something that is a bad deal for everyone else.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). - Herr Präsident! Herr Kommissar De Gucht, ich möchte in Sachen Transparenz mit Ihnen sozusagen noch ein Chlorhühnchen rupfen. Sie persönlich und die Kommission haben bis jetzt regelmäßig auf die Forderung nach mehr Transparenz immer mit Selbstgefälligkeit und Herablassung abgewiegelt. Noch vorhin bei Ihrer Einführung redeten Sie nur von Irrationalität und falschen Informationen, die Sie zurechtrücken wollten. Können Sie überhaupt verstehen, dass es berechtigte Kritik gibt? Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass der neue Präsident der Kommission versprochen hat, dass es hier in Sachen Transparenz einen neuen Anfang gibt. Was es bis jetzt gibt, ist nicht genug.

Ich bin nicht Mitglied des INTA-Ausschusses, ich bin Mitglied der US-Delegation, ich bin Mitglied des *Transatlantic Legislators Dialogue*. Ich kann in den Raum 4C18 in Brüssel nicht gehen und mir die Unterlagen anschauen. Ich kann meinen Kollegen Jadot, der dort gewesen ist, nicht fragen, was er gesehen hat. Das reicht nicht! Wir brauchen vollen Zugang zu allen entscheidenden Verhandlungsdokumenten. Und für die NGOs und für die Zivilgesellschaft brauchen wir denselben Zugang, den die Industrie-Lobby seit langem hat.

Edouard Ferrand (NI). - Monsieur le Président, Mesdames, Messieurs, chers collègues, je voulais intervenir sur le volet agricole du traité transatlantique.

Alors que s'ouvre cette semaine la sixième étape de ce traité, nous ne pouvons cacher notre inquiétude face à la tournure des négociations, notamment sur les questions d'indication géographique. Alors, le bourguignon que je suis – en défenseur de la moutarde de Dijon et des magnifiques appellations des vins de Bourgogne: Vougeot, Meursault, Chablis, Puligny-Montrachet – se veut aussi solidaire de ses collègues français voulant conserver notamment notre camembert ou notre foie gras d'appellation contrôlée, mais aussi solidaire de ses collègues européens attachés au jambon de Parme, au gouda des Pays-Bas, à la bière brassée de Belgique. Que l'ensemble de mes collègues m'excusent de n'avoir pas le temps de citer aussi les vingt-huit bons produits de notre continent.

La politique américaine, nous le savons, dénie aux Européens le droit de protéger le terroir par une appellation géographique, au nom d'une logique financière tirant la qualité vers le bas. Nous avons le devoir devant nos peuples de protéger l'art de vivre de la civilisation tant en France qu'en Europe. Il importe donc que la Commission et le Parlement s'opposent avec force au diktat américain.

Dienstag, 15. Juli 2014

Elisabeth Köstinger (PPE). - Geschätzter Herr Kommissar! Auch ich möchte Sie noch einmal auf den Brief der US-amerikanischen Senatoren an Landwirtschaftsminister Tom Vilsack aufmerksam machen, wo wirklich gefordert wird, dass aggressiv gegen die geschützten geografischen Angaben und Indikatoren vorgegangen wird, die in Europa sehr stark in den Regionen verankert sind und natürlich auch eine sehr hohe Wertschöpfung mit sich bringen, dass diese als wirkliche Handelshemmnisse anerkannt worden sind und abgeschafft werden sollen.

Ich möchte Sie auch noch einmal darauf hinweisen, dass ich – gemeinsam mit meinen EVP-Kollegen aus 15 Mitgliedstaaten – Sie bereits aufgefordert habe, hier ganz vehement dagegenzuhalten. Wir sind nicht bereit, einem Abkommen zuzustimmen, das in irgendeiner Art und Weise die Landwirtschaft, wie wir sie in Europa kennen und wie wir sie auch zu schätzen wissen, in Gefahr bringt.

Gerade der Bereich der Lebensmittelsicherheit ist ein sehr, sehr sensibler. Hier geht es aber vor allem eben auch um die produzierenden Betriebe, die wir in Europa haben. Denen gegenüber steht eine sehr übermächtige Agrarindustrie, und ich glaube, es ist weder im Interesse der Verbraucher noch der Konsumenten und schon gar nicht der Produzenten, hier in irgendeiner Art und Weise die hohen europäischen Standards aufzugeben.

Emmanuel Maurel (S&D). - Monsieur le Président, chers collègues, en écoutant la Commission, j'ai parfois l'impression que tout va bien dans le meilleur des mondes. Dormez tranquille, nous vous préparons un avenir radieux. Le problème, Monsieur le Commissaire, c'est que de nombreux élus, mais aussi des millions de concitoyens ne partagent pas ce point de vue. Ils ont des doutes sur l'opportunité de cet accord transatlantique, sur son bien-fondé et ils ont des doutes aussi sur le fait que le libre-échange généralisé favorise forcément la croissance et l'emploi. Vous avez des estimations qui sont quand même très incertaines.

Vous nous promettez les lendemains qui chantent pour 2027, mais les gains et les avancées que vous nous proposez paraissent très hypothétiques. En revanche, les risques, et cela a été souligné sur tous les bancs de cette Assemblée, les risques sont très importants: risques pour le droit du travail, risques pour les normes sociales, risques pour les normes environnementales, risques pour les normes sanitaires et franchement, chers collègues, quand je vous entends – et je suis nouveau dans cette Assemblée –, je me dis que si on fait l'addition de tous ces risques, de toutes ces menaces et on a envie de se dire: «est-ce que cela en vaut la peine?»

Je suis rassuré au moins sur deux points de tout ce que j'ai entendu: premièrement, le secret des négociations pour vous tous est inacceptable. Et cela c'est bien, parce que nous avons un Parlement démocratique et, deuxièmement, il n'est pas possible que nous acceptions plus longtemps un mécanisme contraire au droit européen de règlement des différends. Je parle de l'ISDS.

Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk (ECR). - Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Z punktu widzenia całej Unii, a także mojego kraju – Polski, jedną z najważniejszych kwestii, która musi zostać wynegocjowana w tej umowie, powinno być zniesienie ograniczeń licencyjnych i wolny handel gazem między Ameryką a Unią, jak ma to miejsce w przypadku państw, z którymi Stany Zjednoczone podpisały umowy o wolnym handlu. W sytuacji, kiedy w roku 2013 średnia cena gazu w Stanach była trzykrotnie niższa niż w Unii, utrzymanie tego stanu w dłuższym okresie oznacza przenoszenie fabryk energochłonnych z Unii do Stanów Zjednoczonych wręcz na masową skalę, a to z kolei oznacza likwidację setek tysięcy miejsc pracy w Europie. Drugą kwestią, niezwykle ważną z punktu widzenia całej Unii, a także Polski, która zostanie rozstrzygnięta w tej umowie, jest liberalizacja handlu produktami żywnościowymi, w tym też niestety żywnością genetycznie modyfikowaną, a także mięsem z zawartością hormonów wzrostu. Tej kwestii nie da się prawdopodobnie wyłączyć z porozumienia i w związku z tym potrzebne są w Unii natychmiastowe działania zmierzające do wyraźnego oznaczenia takiej żywności, aby konsumenci we wszystkich krajach Unii mieli możliwość autentycznego wyboru na sklepowych półkach. Jeżeli tego nie zrobimy, zdrowa europejska żywność, pewnie trochę droższa niż ta amerykańska, zostanie wyparta z rynku, a to oznacza poważne kłopoty dla europejskiego rolnictwa. Dziękuję.

Dita Charanzová (ALDE). - Pane komisaři, já Vám děkuji za odvedenou práci. Všichni víme, co je ve hře. Pokud se dohodneme se Spojenými státy americkými, vytvoříme tak největší zónu volného obchodu na světě. A budeme schopni konkurovat ostatním ekonomickým hráčům, zejména z Asie.

Dienstag, 15. Juli 2014

Je zde ale ještě něco důležitějšího. Netrápí nás náhodou nízký ekonomický růst a vysoká nezaměstnanost? Tato smlouva, pokud bude dobře vyjednána, je šancí, jak řešit tyto problémy. Vaším úkolem, paní komisařko, je vyjednat takové znění, které odstraní veškeré překážky pro naše podnikatele, ochrání jejich zájmy a inovace, ale zároveň – a to je neméně důležité – nesníží standardy kvality a úroveň ochrany našich spotřebitelů.

Paní komisařko, jeden velký úkol je pro Vás. Naši občané těmto jednáním nerozumí, nevědí, o čem tato jednání jsou, a bojí se jich. Musíme proto zvýšit transparentnost a změnit komunikační strategii. Protože účinné transatlantické partnerství můžeme vytvořit pouze tehdy, pokud budeme mít občany na naší straně.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). - Señor Presidente, después de este debate que tenemos aquí, a mí me parece que si realmente el Tratado fuera tan interesante para la ciudadanía europea, el Comisario y la Comisión no dudarían un momento en hacer públicos todos los documentos sobre el Tratado.

Pero claro, yo creo que no lo hacen porque, en primer lugar, saben perfectamente que ese Tratado va a significar más precariedad laboral; saben perfectamente que ese Tratado va a suponer la privatización de servicios públicos básicos y esenciales, como la salud o como la enseñanza —y no solo privatizar, sino, también, hacer irreversible esa privatización—.

En tercer lugar, saben perfectamente que va a suponer la ruina de la agricultura campesina, de los pequeños y medianos campesinos y campesinas en Europa.

Saben perfectamente que va a suponer el fin del principio de cautela y que supondrá entregar la soberanía de los pueblos a las corporaciones transnacionales.

Zoltán Balczó (NI). - Ez az Európai Unió és az Egyesült Államok közötti szabadkereskedelmi megállapodás, ez szépen csomagolt, de nagyon ártalmas áru. A szép csomagolást azt jelenti, hogy benne van a munkahelyteremtés igénye, holott egyáltalán nem bizonyított, hogy egy ilyen szabadkereskedelmi megállapodásból munkahelyek tömege jönne létre. Sőt, ezzel ellentétes példák vannak. A valódi cél a globális cégek érdekeinek az érvényesítése a nemzeti kormányokkal szemben. Az amerikai vállalatok választott magánbírószágok előtt indíthatnak pereket a nemzeti kormányok ellen, ha az ő döntésük a profitérdekeiket sérti. Különösen veszélyes az élelmiszer-kereskedelem további liberalizációja, a génmanipulált termékek bekerülésének a veszélye. Ez a partnerségi megállapodás sérti a tagállami, sőt az uniós szuverenitást, nem szolgálja az európai lakosság érdekét, ezért ezt a megállapodást nem szabad megkötönni.

Jerzy Buzek (PPE). - Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Zaprosiłem do Katowic na Europejski Kongres Gospodarczy obydwu głównych negocjatorów, ze strony amerykańskiej oraz ze strony europejskiej. Dziękuję panu komisarzowi De Gucht za poparcie tej inicjatywy. Z tego wyniknęły bardzo konkretne wnioski, chciałbym podać konkretne przykłady, czego oczekują nasi przedsiębiorcy mali, średni, więksi. Po pierwsze, swobodny przepływ surowców, a zwłaszcza surowców energetycznych, to jest warunek naszej konkurencyjności, innowacyjności, tworzenia nowych miejsc pracy po obydwu stronach Atlantyku. Po drugie, jeśli mówimy o reindustrializacji, trzeba pamiętać, że konieczny jest mechanizm kompensujący ogromne różnice w emisji CO₂, kluczowy dla energochłonnych gałęzi przemysłu. Po obydwu stronach Atlantyku musimy tak samo podchodzić do tej sprawy. Po trzecie – współpraca w dziedzinie badań, innowacji, standardy, regulacje, normy. I ostatni punkt czwarty, otwieramy rynek na Amerykę, potrzebna jest dobra organizacja naszego własnego rynku, konstrukcja wspólnego rynku energii, wspólnego rynku telekomunikacyjnego. To były wnioski z tego, co mówili przedsiębiorcy europejscy na ten temat.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D). - Señor Presidente, señor Comisario, creo que este Acuerdo —y después de escuchar a todos mis colegas— necesita más que nunca mucha pedagogía y mucha transparencia. Pedagogía, para incidir en que Europa necesita crecer, y crecer siendo más competitivos, creando empleos de calidad, pagando salarios dignos, que son los que precisamente defendemos en el Estado del bienestar que apoyamos.

Y, por eso, creo que es importante apoyar este Acuerdo, un acuerdo de comercio y de inversiones con los Estados Unidos, para tener esa mayor capacidad de crecimiento. Ahora bien, ese acuerdo no puede ser cualquier acuerdo, y creo que muchos hemos defendido lo mismo. Yo no puedo defender, como socialista que soy, un acuerdo que suponga una rebaja en los estándares europeos en términos sociales, laborales, sanitarios o medioambientales. Tampoco puedo defender un acuerdo que no garantice una sólida protección de los datos privados personales, y de la cultura diversa de nuestra Unión Europea, ni un acuerdo que no incluya la regulación de los mercados financieros, porque nunca debemos olvidar dónde estamos ahora como consecuencia de la falta de regulación de estos mercados.

Dienstag, 15. Juli 2014

Pero también le decía que es fundamental tener transparencia. Usted ha dicho antes que los negociadores por parte de los Estados Unidos no pueden ofrecer a los diputados al Parlamento Europeo la información que no ofrecen a los parlamentarios estadounidenses. Yo no sé lo que están dispuestos a aceptar los parlamentarios estadounidenses. Desde luego, lo que es evidente es que los diputados al Parlamento Europeo no vamos a apoyar un acuerdo si no disponemos de la información necesaria para tener una buena base que nos garantice cuáles son las condiciones de los acuerdos.

Creo que han hecho avances en este sentido y les pido más, por favor.

Kay Swinburne (ECR). - Mr President, we should not underestimate what a huge achievement a free pact with the US would be. The benefits to the EU economy are conservatively measured in the billions, and this is a practical step we can take to achieve real economic recovery. Although investor-state dispute resolution and transparency are genuine issues, they are solvable and should not be used as an excuse for protectionism.

The best way to get the global economy moving again is via increased capital flows with appropriate financial supervision and regulation that avoids loopholes between jurisdictions. Ninety-five per cent of derivative trades and 80% of all financial transactions happen between the EU and the US. We finally have high-level agreements that our legislation on both sides of the Atlantic should achieve the same outcomes, yet barriers remain. TTIP should provide a framework for both the US and the EU to meet and solve remaining areas of contention, even outside of the formal trade agreement. The political will is already there to work together. It is now up to both American and EU politicians – and regulators – to show that they are able to achieve tangible results that really do break down the barriers to moving capital, as well as goods and services, on both sides.

Frédérique Ries (ALDE). - Monsieur le Président, je souhaite soulever rapidement trois points. On aura largement l'occasion de revenir sur cet accord et sur ce débat.

Je note avec plaisir l'engagement très ferme du commissaire. Nos normes sanitaires, sociales et environnementales ne sont pas négociables, avez-vous dit, Monsieur De Gucht. Voilà qui tord le cou à bon nombre de fantasmes qui ont été véhiculés pendant la campagne par les opposants à cet accord. Pas de bœuf aux hormones donc, pas de poulet chloré, non plus. Nous serons vigilants par rapport à cet engagement, une vigilance sioux, je dirai même.

Deuxièmement, la fameuse ISDS, la procédure investisseur contre État qui a été mise sur pause, tant elle suscite d'interrogations, de questions. Il faudra du temps, avez-vous dit, pour en tirer les enseignements. En tout état de cause et vu la sensibilité, l'explosivité même, de ce sujet, pourquoi ne pas simplement faire confiance à notre justice de droit commun qui, me semble-t-il, fonctionne bien des deux côtés de l'Atlantique?

Enfin, une question encore plus fondamentale: le risque de divorce avec nos opinions. La Commission européenne réalise-t-elle qu'elle est en train de perdre cette bataille de l'opinion publique dans certains États membres? Je note d'ailleurs que les ministres concernés se taisent dans toutes les langues. Alors, voilà, le premier blocage est là, Monsieur le Commissaire. Il n'est pas technique, il est citoyen et ce devoir d'explications, c'est plus qu'une priorité, c'est une urgence.

Malin Björk (GUE/NGL). - Herr talman! Över 100 möten med näringslivets lobbyister och bara en handfull med miljö-, fack- och konsumentorganisationer, det visar vem som sitter i förarsätet för de här projekten och för de här förhandlingarna. Och TTIP handlar inte om handeln med skor och med cyklar utan det handlar ytterst om vilket samhälle vi vill leva i och vilka demokratiska principer som ska gälla.

TTIP enligt nuvarande ritningar hotar miljö, fackliga rättigheter, folkhälsa och inte minst demokratin. Och högern och storföretagen sitter och hejar på och klappar i takt i detta slags *race to the bottom* – en harmonisering till lägsta möjliga nivå. Detta visar de läckta dokumenten.

TTIP innehåller ett investeringsskydd som ger storföretagen ännu mer makt att stämma stater om demokratiska beslut skulle minska deras vinstuttag. Det är oacceptabelt.

Det är inte bara vi i vänstern som inte kommer att acceptera det – Europas medborgare kommer aldrig att acceptera ett sådant handelsavtal. För demokratin, den kompromissar vi inte med.

Dienstag, 15. Juli 2014

Francisco José Millán Mon (PPE). - Señor Presidente, señor Comisario, gracias por la información que nos proporciona sobre las negociaciones del acuerdo.

Afortunadamente, a través del jefe negociador, el señor García Bercero, en este Parlamento, en la legislatura anterior, hemos estado informados con regularidad y de cerca sobre el proceso de negociación.

El Acuerdo con los Estados Unidos es ambicioso, equilibrado y mutuamente beneficioso. Será asimismo muy importante para el crecimiento y la creación de empleo que todos necesitamos. Su conclusión, según todos los análisis, contribuirá a la prosperidad económica de ambas orillas del Atlántico y, además, servirá para revitalizar las relaciones entre dos socios estratégicos cuando tanto se habla de la región Asia-Pacífico.

Dos comentarios adicionales: en primer lugar, confío en que, en paralelo a este acuerdo, se llegue a soluciones satisfactorias con los Estados Unidos en materia de protección de datos y privacidad de telecomunicaciones —es un tema delicado que podría tener una influencia negativa si no se resuelve en este acuerdo—. En segundo lugar, el Acuerdo —y es un aspecto muy positivo— abrirá la perspectiva de un gran espacio económico triangular que incluiría a otros socios latinoamericanos con los que, tanto la Unión Europea como los Estados Unidos, tenemos acuerdos comerciales.

Maria Arena (S&D). - Monsieur le Président, je ne ferai que répéter, à vous, Monsieur De Gucht les quelques balises que mon groupe n'a cessé de vous rappeler et qui détermineront si oui ou non, nous soutiendrons effectivement ce TTIP en fin de processus.

Premièrement, la transparence – on en a beaucoup parlé – du processus de négociation, qui ne se limite pas à dire que les cinq mille pages de dossier se trouvent dans une pièce consultable mais qui demande que vous, vous, les rendiez compréhensibles par tous.

Deuxième point, la défense des normes sociales, environnementales et sanitaires et surtout, la garantie pour nous, États en tant qu'Europe, mais aussi en tant qu'États membres, de pouvoir continuer à prendre des réglementations dans l'intérêt de nos concitoyens.

Le troisième point, on en a beaucoup parlé aussi, c'est l'exclusion du mécanisme ISDS.

Et le quatrième point, la défense de notre service public et l'exclusion du secteur culturel.

Alors, M. Juncker, ce matin, nous a dit à quel point il soutenait les points dont je viens de parler et les points qui sont les balises que les socialistes vous ont mises.

J'ose espérer, Monsieur le Commissaire, que les trois mois qui restent à cette Commission seront mis à profit pour corriger le tir car, malheureusement aujourd'hui, la Commission ne nous a donné aucune garantie en ce qui concerne ces points.

João Ferreira (GUE/NGL). - Este acordo de livre comércio União Europeia-Estados Unidos é um daqueles temas capazes de separar águas.

Separar as águas entre os defensores do comércio regulado, assente em relações de complementaridade, e os defensores de um comércio desregulado, assente na competição entre países produtores e produções.

Entre os defensores do primado do interesse público, do respeito pelos direitos económicos, sociais e laborais, e os defensores dos interesses e dos lucros das multinacionais e dos monopólios, da corrida ao fundo no plano dos direitos e da desvalorização da força de trabalho.

Entre os defensores da sustentabilidade ambiental e da salvaguarda da saúde pública, e os que em troca de novos mercados cedem perante princípios como o da precaução.

Entre os defensores dos serviços públicos como inalienável conquista civilizacional e os que defendem o avanço do mercado, qual rolo compressor, sobre as funções sociais dos Estados.

Este é um confronto entre os que defendem o direito ao desenvolvimento e o direito a produzir, de todos os povos e países, e os que defendem o protecionismo dos ricos e poderosos.

Dienstag, 15. Juli 2014

József Szájer (PPE). - Nem tartozom azok közé, akik valamit ismeretlenül már eleve elleneznek, de azok közé sem, akik támogatnak. Arról fogok ezért beszélni, hogy melyek egy esetleges jövőbeli támogatásnak az alapfeltételei. A transzatlanti szabadkereskedelmi tárgyalások célja a versenyképesség növelése, hogy több munkahely legyen. A kisvállalkozások számára is előnyös kell, hogy legyen ez a szerződés. Ahhoz, hogy az európai vállalkozások képesek legyenek állni a versenyt amerikai társaikkal, csökkenteni kell Európában az energiaárakat. Képtelenség, hogy a jelenlegi energiaárak mellett ez sikeres legyen. Ha a piac erre egyedül nem képes, akkor a magyarországi rezsicsökkentéshez hasonlóan a szabályozó hatóságoknak, az államnak és az Uniónak is be kell lépni. Ezt tettük a roamingdíjak esetén is.

Az egyezmény megkötése nem teheti kockára az emberi egészséget, a környezetet, a fogyasztók érdekeit. A klórral mosott baromfihús vagy a GMO nem ilyen. A támogatáshoz az is elengedhetetlen, hogy a tagországok, az Európai Parlament, minden résztvevő informált legyen. Ne csak transzatlanti, hanem transzparens is legyen ez a folyamat az elejétől a végéig. Mert amiről nem tudunk eleget, azt nem tudjuk felelősséggel sem támogatni, sem ellenezni.

Jude Kirton-Darling (S&D). - Mr President, recent Pew Research Centre work on public opinion on TTIP shows that while people on both sides of the Atlantic do not yet fully oppose the trade deals, they generally do not expect to get more jobs, higher wages or lower prices out of them. That being the case, Commissioner De Gucht, what should you be doing to convince them that they will actually benefit from TTIP?

It feels like we have forgotten our history. Working people in my home country only supported and continue to support the European Union's internal market because it comes attached to a social model, and public services are a key pillar of that social model. Last week the EU chief negotiator wrote to allay the UK public's fear about the use of TTIP to lock in the current UK Government's back-door privatisation of our National Health Service. Now we are not naive in the Labour Party or in the UK, we know that the biggest threat to our NHS is the Tories and not TTIP, but the British people do not want to see a narrow exemption only for it to become subject to privatisation creep in the years to come. What more can you do to reassure public sector users and workers that TTIP will prevent further privatisation or liberalisation of our public services? Since 'trust me' has not worked so far, will you commit to a public consultation on how we can protect our public services?

Franck Proust (PPE). - Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, je ne sais pas ce qui est le plus grave? Que les rumeurs orientent les débats dans cet hémicycle ou qu'elles orientent ceux-ci au sein de la population? Monsieur le Commissaire, respectez-vous le mandat de négociation que l'on vous a confié? Je souhaite que vous apportiez la preuve aujourd'hui que vous n'avez pas outrepassé le mandat de négociation en matière agricole, par exemple, comme une rumeur persistante nous l'indique.

Avez-vous la confiance des autres commissaires européens sur ces questions? Je tiens à rappeler que nous sommes la première puissance commerciale mondiale. Alors restons crédibles. C'est à travers cette puissance que nous devons imposer nos limites. Quels sont les moyens réels, à la fois humains et financiers, mis en œuvre pour cette négociation. Votre mandat s'achève et ne faites surtout pas l'erreur de vouloir ouvrir un maximum de sujets à la libéralisation, sinon votre nom restera associé à l'échec d'un accord historique avec les États-Unis. Les mots d'ordre sont la transparence, la fermeté, ainsi que la protection des entreprises et des citoyens. Ils doivent être ancrés chez celles et ceux qui actuellement négocient cet accord.

Pedro Silva Pereira (S&D). - Senhor Presidente, Comissário, caros colegas, a TTIP é uma parceria verdadeiramente estratégica e uma grande oportunidade para a economia europeia. Está em jogo não apenas um ambicioso acordo de comércio entre as duas maiores economias mundiais, mas também um poderoso movimento de convergência regulatória que marcará o mundo do comércio internacional em direção a uma globalização mais regulada.

Se a TTIP acautelar devidamente os interesses da União e dos seus Estados-Membros pode trazer muitas vantagens para as nossas economias. O Parlamento Europeu declarou já o seu apoio ao desenvolvimento destas negociações e defendeu a salvaguarda dos valores europeus e dos aspetos sociais, laborais e ambientais. E é importante que a Comissão leve a sério as posições do Parlamento, que tem competências para a aprovação final deste acordo.

Dienstag, 15. Juli 2014

Deixo aqui duas notas: a primeira, Sr. Comissário, é preciso conquistar o apoio da opinião pública e só a transparência será merecedora de confiança e o que foi feito não basta. Pergunto, por isso, que iniciativas vai a Comissão tomar para reforçar a transparência na negociação da TTIP? A segunda questão diz respeito aos serviços financeiros. Sabemos das resistências da parte americana. Queremos saber se o Sr. Comissário pondera um acordo paralelo e se está em condições de garantir...

(O Presidente retira a palavra ao orador)

Salvatore Cicu (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, se dovessi in questo momento valutare rispetto agli interventi che sono stati effettuati, mi sembrerebbe di capire che nessun contributo possa essere dato nella direzione di raggiungere l'obiettivo di salvaguardare tutti i temi che sono stati affrontati. Mi sembrerebbe un disastro, con un obiettivo e una strategia precisa affossare l'Europa, realizzare la condizione che la democrazia europea non abbia più alcun significato.

Io invece voglio sperare e voglio credere che non sia così, signor Presidente. Voglio sperare invece che ci sia la possibilità di lavorare, perché il nostro obiettivo è salvaguardare quell'ossatura economica, strategica e centrale che si chiama piccola e media impresa europea. Credo che le barriere commerciali e quelle normative diano vantaggio, oggi allo stato e con le regole attuali, solo ed esclusivamente alle multinazionali che possono realizzare le migliori condizioni di profitto e possono realizzare le migliori condizioni di vantaggio, senza preoccuparsi assolutamente di informare in termini di trasparenza, così come noi oggi chiediamo con fermezza che questo avvenga.

Agnes Jongerius (S&D). - De Verenigde Staten zijn onze grootste bondgenoot en na de Europese Unie de grootste economie ter wereld. Dus natuurlijk biedt een handelsverdrag met de Verenigde Staten over en weer veel voordelen. Maar die voordelen willen wij niet tegen elke prijs. Het verdrag moet niet alleen in het voordeel zijn van Europa, maar moet ook ten goede komen van de Europese burgers en niet alleen van een paar investeringsmaatschappijen, van snelle bankiers of van grote multinationals. Want dan winnen wij nooit het vertrouwen terug van al die burgers die bij de Europese verkiezingen thuisbleven.

De winst van een mogelijk handelsverdrag moet terechtkomen bij metaalwerkers voor wie het contract onder druk staat of bij de talloze jongeren die thuiszitten, omdat zij geen werk kunnen vinden. Als dit handelsverdrag tot iets moet leiden, dan is het tot meer banen, tot werk, werk, en nog eens werk, dat is waar het om gaat.

Wat wij dan ook niet kunnen importeren mét dit handelsverdrag zijn de wegwerpbanen vanuit de Verenigde Staten. Onze Europese werknemers verdienen fatsoenlijke salarissen en hebben een goede bescherming tegen ontslag, zodat het niet nodig is nog een tweede of derde baan te nemen om rond te kunnen komen. Kortom, wij werken graag mee aan een echt handelsverdrag, maar niet tegen elke prijs!

Gabrielius Landsbergis (PPE). - Mr President, the Crimean occupation and continued aggression in eastern Ukraine have more than ever displayed the need for even deeper and more integrated cooperation, not only between European countries but between the EU and the US as well.

I am sure all of us would agree that the Free Trade Agreement not only boosts economic growth and the creation of new jobs, but at this time can be regarded as a means for ensuring geopolitical stability and peace in Europe. That is why we have to ensure relevant political attention and that the negotiations with us will not stall and they will move forward. Even more, we can observe how, as if by chance, at every step of the negotiations between the EU and the US some damaging information appears. One could start suspecting that someone is interested in stopping the process as early as possible. That is one more reason why we have to keep pushing forward.

Nicola Danti (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, i negoziati in corso con gli Stati Uniti per la creazione di una zona di libero scambio transatlantica rappresentano una grande opportunità di maggiore integrazione e di crescita economica. Una maggiore liberalizzazione degli scambi di beni e servizi così come una rimozione delle barriere non tariffarie e una più ampia convergenza regolamentare potranno certamente stimolare la produttività e agevolare l'uscita dalla crisi economica con la creazione di nuova occupazione in Europa.

È necessario tuttavia che i negoziati ci consegnino un accordo finale equilibrato, nel quale le nuove opportunità per un sistema produttivo europeo alla ricerca di nuovi mercati non vengano dissipate sacrificando la qualità che caratterizza il *made in Europe* e i principi del nostro modello sociale. In particolare, la difesa dei nostri standard di sicurezza alimentari e la piena valorizzazione del sistema europeo delle indicazioni geografiche, presidio della produzione europea di qualità, rappresenteranno una chiave fondamentale per determinare se il TTIP sarà per l'Unione europea una vera opportunità o un'occasione persa.

Dienstag, 15. Juli 2014

Dovremmo in questo senso da una parte garantire i cittadini, difendendo il principio di precauzione e i diritti dei consumatori, e dall'altra sostenere il sistema produttivo europeo imperniato sulle piccole e medie imprese, scegliendo di imboccare la via della crescita e della ripresa attraverso la difesa delle produzioni agroalimentari europee di qualità.

Jarosław Leszek Wałęsa (PPE). - Mr President, TTIP represents unquestionable geopolitical benefits. However, it is predominantly a trade agreement and therefore it must be economically beneficial to EU companies. Companies that invest and produce in Europe hire European workers and pay taxes in Europe. The reality is that we have very high regulatory costs (thanks to ETS, REACH and the like), much higher electricity prices, a very high gas price – and now we will remove all duties on imports from the US where the gas is a quarter of our price, and electricity is one half. How are we to compete with this?

Just to be clear, I am in favour of this partnership, but we need the Commission to negotiate a beneficial deal that will address the higher costs of regulatory compliance in the EU and does not put in danger EU industries that create hundreds of thousands of jobs and pay millions of euros in taxes every year.

Eric Andrieu (S&D). - Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, la répétition est la meilleure des pédagogies. Oui, la transparence sur le projet d'accord transatlantique doit être totale et pas une transparence de pièce de lecture. Un débat de fond, démocratique et public associant les citoyens, la société civile et les partenaires sociaux est indispensable. C'est pourquoi je demande, avec les socialistes, la publication exhaustive du contenu des échanges après chaque cycle de négociations.

Nous réclamons également le respect scrupuleux de l'ensemble des législations et des préférences collectives qui fondent notre modèle social européen. Tout éventuel accord doit favoriser les normes les plus élevées en matière d'environnement, de santé publique, de sécurité alimentaire, de droits sociaux et de droits fondamentaux; préserver également nos services publics et la diversité culturelle; et enfin, exclure – mais cela vous a été dit à de nombreuses reprises – le mécanisme de règlement des différends entre investisseurs et États.

La qualité de l'accord doit primer sur le calendrier! Je ne peux imaginer que nos indications géographiques ne soient pas protégées ou que la qualité et l'excellence de nos produits, notamment agricoles, soient remises en cause. Pas de poulet chloré, pas de bœuf aux hormones, pas d'OGM, pas de clonage à but alimentaire.

Pablo Zalba Bidegain (PPE). - Señor Presidente, señor Comisario, Señorías, la mayoría de nosotros defendimos con ahínco durante la campaña electoral la importancia de impulsar el crecimiento y la creación de empleo. Por tanto, me sorprende que los que con más ahínco defendieron en campaña electoral estas cuestiones, con más ahínco critican hoy este Acuerdo con los Estados Unidos, que es precisamente un instrumento para impulsar el crecimiento y la creación de empleo.

Según algunas estimaciones, queridos colegas, el PIB de la Unión Europea podría crecer de forma apreciable gracias a este Acuerdo. Más de dos millones de empleos se podrían crear en la Unión Europea; 143 000 de ellos en España, en mi país. Por tanto, me sorprende que algunas de sus Señorías ataquen con tanta virulencia este Acuerdo del que, por cierto, las pymes serán precisamente las más beneficiadas.

Por último, señor Comisario, me gustaría recordarle la importancia de incluir los servicios financieros en la negociación de este Acuerdo.

Dienstag, 15. Juli 2014

Elnökváltás: GÁLL-PELCZ ILDIKÓ asszony*Alelnök*

Elmar Brok (PPE). - Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, verehrter Herr Kommissar! Ich glaube, dass das TTIP-Abkommen von großer Bedeutung ist, weil es die politischen Beziehungen zwischen Europa und Amerika stärkt – uns großen Demokratien auf dieser Erde, die viele Werte miteinander verbinden.

TTIP ist eine wichtige Angelegenheit, der Wirtschaft wegen auch. Das schafft Arbeitsplätze, bringt mehr Wettbewerbsfähigkeit. Wir müssen allen Protektionisten entgegenhalten: Protektionismus hat immer noch Arbeitsplätze zerstört, während freier Handel Arbeitsplätze geschaffen hat.

(Beifall)

Wenn ich dies dort sehe – die verehrten Linken und Kommunisten: Ihre Forderungen mit den Standards, die Sie haben, haben Sie in keinem Land, in dem sie jemals regiert haben, erfüllt, immer das Gegenteil erreicht, was Umwelt, was Verbraucherschutz und Ähnliches angeht. Bitte regen Sie uns damit nicht auf.

Hier werden mit dem Vertrag Dinge verbunden, die gar nicht verhandelt werden! Europäische Standards im sozialen Bereich, im Verbraucherbereich, im Umweltbereich werden nicht zerstört! Dieses Parlament hat sich in dieser Frage die Rechte der Gesetzgebung angeeignet. Das geben wir doch nicht an irgendwelche Schiedsverfahren ab! Das ist doch gar nicht vorgesehen, dass dies dort untergebracht werden könnte. Im Gegenteil, mit den Amerikanern können wir weltweit Standards durchsetzen, vom Verbot der Kinderarbeit bis dahin, dass Urheberrecht eingehalten werden wird. Wir können Industriestandards festlegen, um auf dieser Grundlage wettbewerbsfähiger zu sein, um unsere Arbeitsplätze zu sichern, um in dieser Welt bestehen zu können! Das sind doch die Dinge!

Ich möchte kein Bündnis haben von Protektionisten, Anti-Amerikanern und Sonstigen, die vieles erfinden, was mit den Tatsachen nichts zu tun hat, und damit unsere europäischen Interessen, die Interessen unserer Arbeitnehmer zerstören. Deswegen sollte man TTIP unterstützen.

Aber es bedeutet auch, Herr Kommissar, wenn ich eine Bemerkung machen darf, dass wir versuchen sollten, dies vielleicht nicht als ein *mixed agreement* zu machen, sondern dies als ein Agreement zumindest einzuschränken in einem Teil, das in diesem Haus ratifiziert werden kann. Wenn es in 28 nationale Parlamente hineingeht, bekommen wir ein Problem. Vielleicht sollte man das noch einmal überlegen. Aber wir sollten dieser Kampagne in den sozialen Diensten entgegenreten, die mit den Verhandlungen nichts zu tun haben.

Evelyne Gebhardt (S&D). - Frau Präsidentin! Das ist ein sehr wichtiges Thema, über das wir heute reden. Wir müssen sehr sorgfältig überlegen. Daher werde ich das ein bisschen anders sehen als mein Vorredner. Wir haben in unserer Europäischen Union ein Grundprinzip, das besonders wichtig ist, nämlich das Vorsorgeprinzip. Das Vorsorgeprinzip ist gerade in den Bereichen Landwirtschaft und Verbraucherschutz von äußerster Wichtigkeit. Das ist eine der Fragen, bei denen wir gerade einen Dissens haben mit den USA, die von uns fordern, dass wir darauf verzichten sollen. Das können wir so nicht akzeptieren.

Ja, wir können Handel brauchen mit den USA, aber nicht irgendeinen. Und wir werden Herrn Juncker auch beim Wort nehmen, der heute ganz klar gesagt hat, dass wir eben nicht irgendeinem Abkommen zustimmen wollen, sondern dafür sorgen wollen, dass es etwas Vernünftiges ist. Wenn es nicht vernünftig ist, wenn der Verbraucherschutz, der Umweltschutz, der Datenschutz oder andere wichtige Bereiche in Frage gestellt werden sollten, dann können wir nicht zustimmen. Und deswegen sage ich auch ganz klar: Wir müssen dafür sorgen, dass hier ganz genau angeschaut wird, was in diesen Texten drin sein wird, und mit dafür sorgen, dass das Beste für unsere Bürger und Bürgerinnen dabei herauskommt.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Dienstag, 15. Juli 2014

Paul Rübig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Kollegin Gebhardt! Ich möchte Sie fragen: Sehen Sie einen Vorteil im TTIP-Abkommen, insbesondere was die Arbeitnehmer betrifft? Wie ist hier Ihre Einstellung? Können Sie einen Vorteil in diesem Abkommen sehen, oder gibt es nur Nachteile?

Evelyne Gebhardt (S&D), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ich kann im Augenblick weder Vorteile noch Nachteile erblicken, weil ich die Texte noch nicht kenne.

Ich kann nicht von einem Text, den ich nicht kenne, sagen, was darin steht und wie ich dies beurteilen soll. Ich sage allerdings eines ganz klar: Einem Text, in dem Nachteile für die Arbeitnehmerrechte, für die sozialen Rechte oder so etwas drinstünde, kann ich nicht zustimmen und wird meine Fraktion auch nicht zustimmen.

Peter Liese (PPE). - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, wie Elmar Brok gesagt hat, wenn die USA und Europa als große Demokratien besser zusammenarbeiten. Es ist dringend erforderlich, dass wir unnütze Bürokratie abschaffen.

Aber als Koordinator der EVP im Unterausschuss muss ich natürlich besonders darauf achten, dass wir wirklich unsere Standards durchsetzen. Da gibt es gerade im Lebensmittelbereich einige kritische Diskussionen. Ich bin wirklich enttäuscht, Herr Kommissar, dass entgegen dem Vorschlag des Europäischen Parlaments und des federführenden Kommissars in der Kommission mit dem Argument TTIP die Forderungen im Bereich von Klonfleisch-Kennzeichnung abgelehnt wurden. Ich glaube, das ist gefährlich. Es kann die Akzeptanz schwächen, und deswegen sollten Sie darüber noch einmal nachdenken.

Wenn wir mit den amerikanischen Verantwortlichen darüber reden, dann heißt es vor allen Dingen: Das ist eine Frage der Information und der Aufklärung. Aber wir müssen die Sorgen der Menschen ernst nehmen. Ich bin nicht gewählt worden – und wir sind nicht gewählt worden –, um die Menschen zu belehren, dass wir alles besser wissen. Also diese Forderung sollten Sie noch aufnehmen. Ich glaube, dann können wir glaubwürdiger für das Abkommen kämpfen. Wir müssen da sensibel sein, und dann können wir guten Gewissens mit den Vorteilen werben.

Danuta Maria Hübner (PPE). - Madam President, while we should certainly look at the TTIP from the point of view of the economic opportunities it will generate, it is also clear that its public perception matters strongly. TTIP will be attracting a growing amount of public attention, and there are legitimate anxieties linked to it which will have to be addressed. But we must not see TTIP as a simple sum of individual stakeholder interests. It is an unprecedented strategic deal between the largest economies and democracies of the world, with robust welfare growth and job consequences for the transatlantic citizen. It is a deal with significant global relevance.

While the benefits from the deal will be more mid- to long-term, the confidence of the citizens needs to be earned today. This is also our responsibility in this House. It is up to us in the European Parliament to reflect on how the critical mass of the benefits can be measured and it is also up to us in the European Parliament to contribute, in a constructive way, to the final assessment of its added value.

Andreas Schwab (PPE). - Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute bei dieser Debatte mehrfach gedacht, ob noch nicht alle Kollegen begriffen haben, dass der Wahlkampf inzwischen vorbei ist. Es ist so, wie die Kollegen Rübig und Winkler vorhin eindeutig gesagt haben: Wir stehen mit der Entscheidung für die Aufnahme von Verhandlungen, für das Transatlantische Freihandelsabkommen, die ja die 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterstützt haben, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Globalisierung auch in Europa irgendwann noch stärker ankommen wird und wir nur stark bleiben, wenn wir uns richtig aufstellen. Deswegen verhandeln wir, und dieses Ziel bleibt richtig – egal, ob es nun Punkte gibt, die uns an diesen bisher bekannt gewordenen Verhandlungen gefallen oder nicht.

Dienstag, 15. Juli 2014

Natürlich müssen wir die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Aber wir müssen auch deutlich machen, warum wir die Verhandlungen begonnen haben und warum wir glauben, dass wir sie zu einem guten Ende führen können. Die Welt um Europa herum – das ist mir als Binnenmarktpolitiker wichtig – steht nicht still. Wenn wir uns nicht richtig aufstellen, wird sie an uns vorbeiziehen. Das machen wir im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und am Ende auch der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wenn wir es richtig anstellen – und da geht es natürlich auch um Öffentlichkeitsarbeit –, dann können wir die Bürgerinnen und Bürger für dieses Abkommen gewinnen. Deswegen setze ich darauf, Herr Kommissar, dass Sie die Kommunikation noch entsprechend intensivieren.

Mairead McGuinness (PPE). - Madam President, this is a work in progress but as you can hear from the range of views in this House we are very vigilant on the possible outcome. Truthfully I would like to have heard a little bit more about another deal, the Canadian deal, which I understand is still being negotiated. Commissioner, perhaps you might give us a short update as to what is happening there. I have a specific issue around beef which I think you are aware of, and it might be helpful to the House to hear an update.

But this morning we spoke about growth and jobs and a good TTIP can deliver both growth and jobs for Europe and the European Union. That is why we should stick with the process but also acknowledge that there are concerns around certain sectors that need to be acknowledged. You have given some reassurances on food safety standards and I welcome that, but that must be copper-fastened into any potential agreement.

But on the beef sector again, the issues are sensitive, not so much around that particular point, because you have clarified the hormones issue, but around quantities and types of cuts that will be allowed in. If you are not careful there, you will decimate Europe's beef production capacity and that would be a step too far and a real concern for this House.

Milan Zver (PPE). - Razmere v svetu so se od konca hladne vojne precej spremenile.

Danes smo že ugotajali, da je ukrajinska kriza obudila stare ruske geostrateške cilje, Kitajska že dolgo uveljavlja svojo vojaško, politično in gospodarsko premoč mnogokje po svetu. Tudi druga območja so vse močnejša v gospodarskem in demografskem smislu.

ZDA in Evropska unija, ki sta kulturno najbolj sorodni, pa v globalnem merilu izgubljata.

Če bomo sprejeli prostotrgovinski sporazum z ZDA, bo ogromno dobrobiti za vse. Več delovnih mest, višji GDP in posledično več blaginje.

Odpravili bomo sistemske ovire in ustvarili nov prostor svobodnega gospodarstva in demokracije, ki bo obrnil trende in napravil tako EU kot ZDA bolj konkurenčni.

Pomembno pa je, da Evropa vnese v sporazum tudi specifične interese, na primer visoke standarde varovanja osebnih podatkov, družbene solidarnosti, zdrave hrane in okolja.

Zato naj EU-ZDA zavezništvo postane tudi trdno zavezništvo vrednot. Le tako bomo namreč ohranili kulturo in naš slog življenja za generacije, ki prihajajo.

Adina-Ioana Vălean (PPE). - Madam President, I choose to speak in favour of the TTIP this afternoon. The TTIP is not and should not be just another free trade agreement. It is a historic milestone, as it will create a transatlantic market of opportunities for Europe and the US.

With the two particular sectors I want to refer to, firstly a common transatlantic approach to the digital economy, ICT and innovation will continue driving enormous productivity in our economy, encouraging investment, while our creative and hyper-connected youth will be creating their own opportunities on the market; and secondly, an extended deal on energy trade within the TTIP will allow cheaper prices for consumers but also for our industry, making it more competitive on world markets while we will ensure security of supply and therefore our independence. In today's world we cannot afford to miss the opportunity, and as the proverb says: if you want to go fast, go alone; if you want to go far, go together.

Dienstag, 15. Juli 2014

Seán Kelly (PPE). - Mr President, I have listened to the debate from the outset and I have listened with a certain amount of bemusement. Firstly, most people, while sharing various concerns regarding TTIP, are in favour of the process taking place. Others are against it from the outset. They seem to be against TTIP – I would say perhaps against the USA rather than TTIP per se. Why would you oppose the opportunity to create two million jobs in Europe, 0.5% of GDP and EUR 550 per family per year? Yet this is what they want to do. We all have concerns about TTIP regarding agriculture, data protection, standards, etc. but that is what negotiation is all about. I say let the negotiations continue, then we can make up our minds based on fact not fiction, reality not perception. Let us get on with it.

Esther Herranz García (PPE). - Señora Presidenta, señor Comisario, se ha hablado hoy aquí de muchas cosas y, sobre todo, de pequeña y mediana empresa, pero no se ha hablado de un sector que creo que es muy importante.

Se trata del sector de la industria del calzado, que en Europa ocupa a muchas pequeñas y medianas empresas, empresas que para vender en Estados Unidos están pagando aranceles —en el caso del calzado textil, de un 12 %, y del cuero, del 8 %, llegando incluso, en algunos casos, hasta el 48 % de arancel—, mientras que nuestros competidores, que están en Marruecos o en México, no están pagando nada.

Le formulo unas preguntas: nuestros competidores, Marruecos y México, ya no pagan, pero ¿cuál ha sido la oferta por parte de los estadounidenses hacia nuestras producciones? ¿Ha propuesto la Comisión Europea la completa supresión de los aranceles para el sector del calzado europeo en este Acuerdo? ¿Qué posición mantendrá la Comisión sobre los textiles, y en particular sobre el calzado, en las rondas negociadoras que se abren a partir de ahora?

„Catch the eye” eljárs.

Dariusz Rosati (PPE). - Madam President, a comprehensive agreement on trade liberalisation between the EU and the US is urgently needed, given the growing competitive pressures coming from emerging new powers such as China and India. The planned opening of markets offers important economic benefits. The TTIP would increase the GDP of both partners by between about 0.5% and 1% if implemented fully. The agreement would also make sense for political reasons as it would consolidate the long-term strategic alliance between the EU and the US which is necessary to confront new risks and challenges in the era of globalisation and international conflicts.

We must not miss this unique opportunity; removal of trade barriers is necessary to increase the competitiveness of European firms and to create new jobs in Europe. Of course there are also risks involved. The level of protection in areas such as personal data protection or health and veterinary standards should not be reduced. Also transition periods should apply in sectors where US firms enjoy a large competitive advantage, but on balance this agreement deserves our support.

Ricardo Serrão Santos (S&D). - Exmo. Representante da Comissão Europeia, Exmo. Representante da Presidência do Conselho, caros colegas e caras colegas, relativamente aos termos do Pacto Atlântico, não sejamos inocentes, nem tenhamos ilusões: haverá ganhos mas haverá também perdas e riscos. Sei que se anunciam ganhos potenciais, mas preocupam-me em particular as perdas que se anunciam no sector agrícola. Faço aqui um apelo para que os agricultores europeus não sejam tornados reféns de um potencial acordo.

Há riscos claros, por exemplo, no sector da carne e dos lacticínios em que os Estados Unidos são altamente competitivos em termos de preço. O risco é ainda maior para as economias agrícolas de pequena escala, como é o caso por exemplo dos Açores e exatamente em relação a estes sectores. Ainda, no meu país, entre outros, a fileira do tomate poderá sofrer um impacto tal ao ponto de conduzir ao abandono da produção.

Reforço, portanto, o apelo à Comissão Europeia para que tenha em particular atenção aos interesses dos agricultores europeus na negociação dos termos do acordo com os Estados Unidos e que se estabeleçam os equilíbrios necessários para a preservação e dinamização da prática da agricultura na Europa, sobretudo onde a atividade agrícola adquire uma preponderância especial que é dificilmente substituível como atividade económica.

Dienstag, 15. Juli 2014

Marian Harkin (ALDE). - Madam President, there are many positive and negative aspects to TTIP but in my one minute I shall just deal with just one issue, and that is the inclusion of investor-state dispute settlements (ISDS) in the agreement. ISDS are viewed with extreme concern by many citizens including myself. In 2012, 62 cases were investigated and in 2013 the figure was 57. This clearly indicates that the concerns of citizens and governments are well founded.

In your response to a recent question which I submitted to you, Commissioner, you replied that genuine regulatory action cannot be successfully challenged. Surely, Commissioner, our competition and internal market rules should ensure genuine regulatory action by Member States. I believe that ISDS are not needed by two functioning and predictable legal systems. You also replied that any regulation passed in the public interest cannot be successfully challenged, but who is to decide what is in the public interest – an arbitration tribunal? Surely that is not acceptable. Concerns ranging from GMOs to fracking have been legitimately raised in the context of ISDS, and if the Commission ignores them you run the risk of failure. The possibilities of TTIP are too important for that.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). - Señora Presidenta, señor Comisario, gracias por su comparecencia. Nos da la impresión de que el Tratado Transatlántico es una vuelta de tuerca más a una serie de políticas fracasadas. Como somos incapaces de definir una estrategia de crecimiento seria, dentro del marco de la Unión Europea y de la propia zona del euro, ahora parece que queremos darle una vuelta de tuerca a la liberalización, como si eso fuera a ser la solución a todos los problemas. Eso nos parece a nosotros un enfoque totalmente erróneo y equivocado.

Además, debo decirle que en todo este debate ustedes pretenden, a través de la ATCI, la liberalización de muchísimos sectores dentro de la Unión Europea que deberían afrontar a través de un debate público, si eso es lo que quieren algunos de ustedes. Si quieren entrar en la liberalización de muchos de nuestros sectores, no lo hagan a través de la negociación de un acuerdo comercial a espaldas de la ciudadanía, sino que abran el debate.

Por lo tanto, simplemente reiterar que este tipo de acuerdos no nos parece la solución para el futuro de la economía europea y, en cualquier caso, vamos a definir una estrategia de futuro que ayude a la ciudadanía a salir adelante y no tratados internacionales fracasados de libre comercio que vamos a tener que pagar en los próximos años.

Eduard Kukan (PPE). - Transatlantické vzťahy sa v súčasnosti pohybujú na veľmi tenkom lade. Dohoda TTIP je jednou z našich najväčších medzinárodných výziev. Parlament a aj Komisia majú vlastne nový mandát a máme tak jedinečnú možnosť pohnúť sa dopredu. Našou úlohou je pristupovať k USA ako k partnerovi a spojencovi. Bude dôležité vyrokovať dohodu, ktorá odzrkadlí výhody pre obe strany. Rokovania musia byť transparentné a jasne komunikované našim občanom.

Európsky parlament bude mať posledné slovo pri prijatí tejto dohody. Táto dohoda však musí rešpektovať naše požiadavky a nebude sfinalizovaná za akúkoľvek cenu. Budeme stáť za vyrovnanou a férovou dohodou o voľnom obchode. V otázke ochrany osobných údajov Európanov či bezpečnosti našich potravín musíme myslieť na našich občanov, od ktorých máme mandát, a preto musíme chrániť ich záujmy.

(A „catch the eye” eljárási vége.)

Karel De Gucht, Member of the Commission. - Madam President, what shall I begin with after this very long debate – a very rich one also? It seems to me that several debates are mixed up: the debate on whether or not you are in favour of trade; the debate on whether or not you consider the United States to be a fair partner; and the debate on whether or not negotiations are sufficiently transparent. Let me start with the first one: for or against trade.

I realise after this debate – and I have to say also before the debate – there are a number of Members in this Parliament that I will never persuade that trade makes sense. I will never convince them because they are against trade so what can I change about that? I could reply with a question: can you give me an example, be it by the Far Left or the Far Right (which by the way has disappeared – they are not there any more, they have left in peace) of a country, of a society that has been able to develop without trade? If you give me some of those examples then I am ready to discuss further with you.

Dienstag, 15. Juli 2014

Secondly, the United States: I already mentioned in my introduction that this looks a little bit to me like a *Kulturkampf*, for or against the United States. I find this a rather strange debate, because obviously we differ on a number of issues with the United States – as I do myself as well, and I largely prefer the European way of life to the American way of life – but is that what it is about? I thought it was about trying to work together so that we can create jobs and growth in our own countries. I thought that was what it was about.

I do not want to be the same as the United States' citizens, and most of them do not want to be like Europeans either, or at least like some of us. It is about finding solutions together, to grow, to have more impetus in our economy. That is what it is about; it is not about changing American society, it is not about changing our society. We are different and we want to be different, but does it mean we cannot work together? If we cannot work together with the United States, with whom then can we work together?

They are different from us but are all the rest then closer to us? The agreement with Canada has also been mentioned today, which is in fact ready apart from a couple of lines, maybe not even that. That agreement too is now called into question. We have made an agreement with Singapore. Are we going to relinquish it? Last week we initialled the economic partnership agreement with ECOWAS, with the West of Africa. Can we still speak with them? Today the EPA agreement with SADC has been initialled. Do we refuse to even discuss that because they are not the same as we are? What is the sense of that? It is about working together; it is not about being identical. Please!

Then there is the discussion on transparency. There has never been a trade agreement conducted in as much transparency as this one – never! For a number of reasons: it is only since the Treaty of Lisbon that this Parliament has the competence to ratify agreements. As long as you did not have that competence obviously that was different, and now we have to adapt to that new situation, but I would claim that we have been doing this with a lot of diligence.

Our positions, the positions of the Commission, you can read them on our website. If you read them all you are going to spoil your summer holidays you can be sure of that, because there are thousands and thousands of pages there. At the start of this Commission we agreed that all the documents that we give to the Member States and to the European Council, we would also give to the European Parliament. That has never happened before, you know, and again with TTIP negotiations we have been doing that in a very diligent way.

Now there are of course a number of difficult problems in this. For example the Council – and I am pleased that they are finally are present – refused to make the mandate public. I asked – no, let me start a little bit earlier. Madame Bricq, the former French Minister of Trade, wrote me a letter some time ago saying: why don't you make the mandate public? It was their mandate, it is not mine. It is a Council document. It is not a parliamentary document. And again in May we had the discussion at my request with the Council, a very long discussion by the way, to make the mandate public. Again there was no majority for doing that.

Now it seems that finally they have come to the conclusion that maybe it is not such a bad idea to make it public. By the way, everybody has it. It is on the Internet. So what are you talking about? It is on the Internet. You are questioning me on the basis of texts that you have, but that obviously you have not read, because if you had read those texts you will see that we are not going to change the phytosanitary norms, the norms for the protection of the environment, for labour rights and whatever. It is explicitly in the mandate that you all have, or at least you should have read before starting this debate.

On the problem of the reading rooms: I am against reading rooms. I do not like them. What is the problem with this? The problem with this is that the United States – which is also a big economy, they are also negotiating a lot of trade agreements, for example the trans-Pacific partnership with a lot of countries in Asia – the way that they inform their Members of Parliament is by inviting them to a reading room, having the documents at their disposal. They can read them, they get information about it, they can ask questions about it, they cannot take copies and hopefully they leave happy.

Dienstag, 15. Juli 2014

That is the practice on the Hill in Washington. You should understand from me that it is rather difficult to convince the Americans to give to us more than they give to their own Members of Parliament about their text. Because our texts are known, our positions are known. It is about their positions. If they give us a document saying: 'You can only make it available to your parliamentarians the way we make it available to our parliamentarians', I cannot change much about that.

But can you call that secrecy? Really, anybody who wants to follow what happens – I hope he or she does not get bored, that is something else – can amuse themselves every day with it. Every day there is something new about this. It must be fascinating, because so many people are interested in knowing something that does not yet exist. Because everybody is against this agreement to my knowledge – and I should know – but there is no agreement yet.

We started the negotiations a year ago; we have six rounds of negotiations, the sixth one is ongoing at the moment. We have had two political stock-takes. We are making progress on a number of issues but we still have an enormous number of difficulties: with respect to market taxes for example, where we say that we need much more market access for public procurement, much more; where we say that not all tariffs will disappear, that there will be a number of sensitive agricultural products where the tariffs as such will not disappear. Probably there will be a system of what they call TRQs, tariff rated quotas, but we are not going to give that up. We are not negotiating about lowering standards in these negotiations. For example, we are negotiating how we could make a number of regulations more compatible by sticking to the levels of protection that we presently have in the European Union.

That is what we are doing, with a lot of time and effort, with dozens of people continuously working on it. And yes, making progress, but also realising that this will be a very difficult agreement, because we have a lot of offensive interests in this agreement, on everything: on market taxes, on tariffs, on services, on public procurement, on investment, on regulations. But we have also defensives on almost everything, and you can imagine that this is not the most comfortable position when you are a negotiator.

So these are difficult negotiations and we are working hard on it but please, as a lot of Members have been saying at the end of the intervention, judge on the result. Do not forecast a result that I do not have the faintest idea about myself, because we are in this process of negotiation.

There has been a specific question and maybe I should say something about it, about national parliaments. Will the national parliaments have to pronounce on this? I think so, for the very simple reason that this will be a mixed agreement. If it comes about it will be a mixed agreement, and if it is a mixed agreement then national parliaments also have to pronounce. But we are not making those rules, read the Lisbon Treaty and you will see that for a pure trade agreement you only need the agreement, the ratification by the European Parliament. If it is mixed, it is also the national parliaments, and we comply with the rules that exist and that we respect.

Yes, we will continue to make initiatives to get more transparency into the process. I can tell you that over the last months I have spoken, I do not know how many times exactly but certainly more than 100 times, about TTIP in all kinds of places that I had never been before.

On ISDS, please give me a little bit of time to respond to about 50 interventions that have been made, because if not, they will say afterwards that I have not been transparent.

Dienstag, 15. Juli 2014

We received 150 000 replies to our consultation on ISDS: 150 000, that is a lot. But tens of thousands of these replies are identical because it is obvious that there are people in Europe that are very good at working with all these tools and obviously they have found a way of entering a reply without getting into the system. Normally you have to get into the system and then you have to read 12 questions and you have to answer 12 questions and then you have to send your reply. A way has been found to circumvent this and give replies without getting into the system, with the result that tens of thousands of these replies are identical. So we will now analyse all this very scrupulously, qualitatively and quantitatively, and we will see what is in it. Once we have that we will make a report on it, and once that report is ready it will be at everybody's disposal, yours first of all, and then we will discuss this with Member States in the Council of Ministers and with the European Parliament, and then the Commission – probably the next one – will make up its mind about what they will do with ISDS with the rest of the negotiation. That is the process that we will follow. It will take time. It will take a lot of time and I think some officials in the Commission can forget about their summer holidays.

Let me just tackle one more issue that has been mentioned – it is very interesting for the climate in which all this is happening – and that is geographical indications (GIs). We get attacked because maybe GIs will not be protected, and this would be terrible. By the way, this European Commission has been doing more than anybody else to protect GIs. In all the agreements that we have been concluding – with Canada, with Singapore – there is now a full protection of GIs in the EPAs, so we have really fostered that idea.

Whatever we get in this agreement with the United States on GIs, it will be more than we presently have. Do not start from the assumption that at present GIs are protected in the United States. What we will try to do is protect them in the United States and we will make sure that it happens, but presently this is not the case, so you should rather be in favour of TTIP if you are for the protection of GIs.

Let me finish, Madam President, because I see that you are going to interrupt me very soon and I have a lot of understanding for that. Let us try to be a little bit more rational in this whole discussion. I have participated in the European elections not in an active way but in a passive way, and I am very happy to say that today, finally, I can also participate in an active election campaign meeting. But that is what a Parliament is for. What Parliament is also for is looking at the arguments, listening to the arguments and discussing on the basis of arguments, and then of course in all freedom, in full sovereignty, voting on what the Commission finally, sooner or later, will propose to you.

Elnök asszony. - A vitát lezárom.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Transatlantsko trgovačko i investicijsko partnerstvo je približavanje dviju ekonomskih supersila koje može potaknuti rast, razvoj i zapošljavanje na obje strane Atlantika. Nitko razuman ne može a priori biti protiv pregovora i potencijala koje nose.

Ono što si ne smijemo dopustiti je da radi slobodnijeg tržišta žrtvujemo slobodu izbora i odrekemo se prava reći NE stvarima koje ne želimo. NE GMO-u, NE mesu tretiranom klorom i hormonima, NE povrću punom pesticida, NE novim ACTA-ma.

Ne možemo očekivati da će Europska unija za pregovaračkim stolom dobiti sve što želi. Ipak, europski standardi zaštite potrošača i sigurnosti hrane moraju biti linija koja se ne smije prijeći, *conditio sine qua non*. To je naša obveza i odgovornost prema europskim potrošačima, proizvođačima i poljoprivrednicima. Da prekooceanskoj trgovini, gospodarskom rastu i zapošljavanju, ne trgovini ispod stola, nekontroliranom uvozu i produbljenu demokratskog deficita EU-a.

Dienstag, 15. Juli 2014

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Încheierea Parteneriatului Transatlantic pentru Comerț și Investiții va crea cea mai mare piață economică mondială, aducând totodată beneficii Uniunii prin crearea zonei de liber-schimb stimulând creșterea economică, ocuparea forței de muncă și înlăturând reglementările excesive și obstacolele din calea comerțului și a investițiilor. Trebuie să ne asigurăm că această cooperare politică menită să promoveze piața transatlantică de liber-schimb va garanta o concurență loială în schimburile comerciale între cele două părți și va asigura un nivel înalt de protecție a consumatorilor europeni. Consider că un astfel de acord trebuie să garanteze în primul rând că standardele sociale, de sănătate și de mediu din UE vor fi respectate, să introducă o sincronizare și o simplificare a procedurilor vamale și să reducă costurile birocratice.

Andi-Lucian Cristea (S&D), *in writing*. – This agreement is not just any agreement and the stakes are high. The TTIP will establish the world's largest free trade zone. But it is only up to us to use it as an opportunity to promote fair standards, growth and jobs on both sides of the Atlantic and to avoid a risky race to the bottom. The potential benefits of such an agreement are clear to all of us. But there will be sectors in the EU that lose out with output decreasing due to the competitive advantages of US industry. The TTIP addresses the existing limitations in bilateral trade between the EU and the US which are hindering its full potential. I agree that we should go ahead. But being in favour is not enough. We have to acknowledge the adjustment costs of such an agreement for certain segments of European industry and labour.

José Inácio Faria (ALDE), *por escrito*. – As negociações para o comércio livre entre a União Europeia e os Estados Unidos são bem-vindas. Um acordo deste tipo dinamizará a economia europeia, promovendo exportações, crescimento económico e emprego, todos eles particularmente importantes para os países que, estando sujeitos a medidas de austeridade, como é o caso de Portugal, não podem incorrer em estímulos económicos que representem despesa pública adicional. É, portanto, essencial assegurar que os benefícios deste acordo recaiam sobre todos os Estados-Membros individualmente considerados, e não apenas sobre a UE como um todo. Poderá a Comissão Europeia garantir-nos que irá conseguir obter um acordo abrangente nesse sentido? Por outro lado, é da eliminação dos picos tarifários e das barreiras não pautais que se espera a maior fatia dos benefícios económicos deste acordo de comércio. O abatimento de tais barreiras é essencial, mas deve ser encarada com devida cautela, evitando a todo o custo uma degradação das normas ambientais e de proteção dos consumidores vigentes na União Europeia. Termino perguntando à Comissão Europeia: Como é que isto está a ser defendido no contexto das negociações no que respeita, por exemplo, ao sector agroalimentar e às normas americanas, menos exigentes em termos ambientais e de alimentação animal?

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Wprowadzenie porozumienia TTIP w życie pozwoli na ustanowienie największej na świecie strefy handlu, co jest niewątpliwie kuszącym argumentem za jej jak najszybszym przyjęciem. Jednocześnie jednak nie należy zapominać, że umowa będzie obejmować nie tylko dostęp do rynku, ale także przepisy dotyczące ochrony inwestycji, usług, zamówień publicznych, barier pozataryfowych i zasad związanych z handlem. Na porozumieniu zapewne skorzysta też unijny przemysł – szacowany przychód dla UE to ok. 120 mld rocznie. Dla konsumentów natomiast umowa oznacza tańsze produkty, zwłaszcza sprzęt elektroniczny, tak chętnie nadal sprowadzany z USA. Otwarcie rynków jednak niesie ze sobą ryzyko obniżenia standardów unijnych w zakresie bezpieczeństwa konsumenta i warunków zatrudnienia. TTIP często porównywana jest też do ACTA, ze względu na duże ryzyko braku wystarczającej ochrony danych osobowych dla obywateli UE. Najwięcej wątpliwości budzi mechanizm znany jako „investor-state dispute settlement” (ISDS), czyli przepis zawarty w międzynarodowych umowach handlowych, dający inwestorowi prawo do wszczęcia postępowania przeciwko państwu, na terenie którego prowadzi interesy. Negocjacje nad TTIP nie ułatwia też ślad po aferze w sprawie amerykańskich programów szpiegowskich prowadzonych przez NSA na terytorium UE. W związku z powyższymi obawami ważne jest ustanowienie warunków, bez których realizacji umowa nie będzie mogła być przyjęta (ochrona danych osobowych, prawa pracowników, przejrzystość procesu negocjacyjnego).

Danuta Jazłowiecka (PPE), *na piśmie*. – Jako Parlament Europejski powinniśmy w ramach naszych kompetencji zdecydowanie wspierać proces negocjacyjny ws. zawarcia Transatlantyckiego Partnerstwa w dziedzinie Handlu i Inwestycji pomiędzy UE a USA oraz na bieżąco monitorować jego przebieg, aby zapewnić wymierne korzyści dla obywateli. Znoszenie barier w handlu oraz w dziedzinie inwestycji będzie miało niewątpliwie przełożenie na wzrost gospodarczy zarówno w Europie, jak i w Ameryce. Wpłynie także pozytywnie na globalną gospodarkę. Porozumienie powinno być tak skonstruowane, aby jego zapisy w przyszłości przyczyniły się do zwiększenia miejsc pracy, poprawy warunków inwestycyjnych oraz zmniejszenia obciążeń administracyjnych. TTIP potencjalnie niesie za sobą wiele wymiernych korzyści dla zwykłych obywateli oraz dla europejskich przedsiębiorstw: obniżenie cen w przypadku zakupów online, łatwiejszy dostęp dla MŚP do rynku amerykańskiego czy zwiększenie eksportu do USA. Porozumienie może mieć także korzystny wpływ na poprawę bezpieczeństwa energetycznego Europy – ceny gazu ze Stanów Zjednoczonych mogą ulec obniżeniu, poprawie ulegnie także dostęp do innowacyjnych technologii energetycznych. Aby umowa przyniosła wszystkie te korzyści, niezbędne jest odpowiednie uwzględnienie różnic pomiędzy UE a USA w zakresie kosztów produkcji,

Dienstag, 15. Juli 2014

przepisów legislacyjnych, procesów produkcyjnych czy sytuacji ekonomiczno- społecznej. Przed UE i USA stoi niewątpliwie bardzo wielka szansa na poprawę wzrostu gospodarczego oraz sytuacji na rynku pracy. Mam nadzieję, że odpowiednio ją wykorzystamy.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Les gains escomptés du partenariat transatlantique de commerce et d'investissement (PTCI) sont importants: 119 milliards d'euros par an rapportés à l'économie européenne soit 545 euros par foyer européen, l'internationalisation des entreprises européennes sur le marché américain (notamment les PME), la création d'emplois en Europe et surtout, une plus grande influence normative en participant, avec les États-Unis, à la redéfinition des normes mondiales du commerce en contrecarrant ainsi la Chine. Ce dernier point est l'élément central qui justifie un soutien au PTCI. Au lieu de s'opposer de façon dogmatique, il convient d'adopter une approche constructive et d'amener les États-Unis à faire tomber leurs normes techniques empêchant les entreprises européennes d'accéder à leurs marchés. Continuons donc à négocier, sans renier notre droit à réguler, notre corpus de règles et nos spécificités, et mettons notamment l'accent sur les secteurs aéronautique, automobile, agroalimentaire (en protégeant nos indications d'origine et nos normes sanitaire et de qualité), les télécoms et le e-commerce, ou encore l'accès aux marchés publics des entités subfédérales. Il est en outre fondamental d'avoir un débat public éclairé et apaisé sur le PTCI, démentant les contre-vérités et se basant sur des éléments objectifs, afin de rassurer les citoyens.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. – EU-US economic relations include enormous unused potential. Together they make up half of global GDP and 30 % of world trade (2012). The transatlantic economy is responsible for 15 million jobs and EUR 497 billion in trade flows. If the TTIP comes into force it will bring the EU overall annual GDP gains of 0.5 % extra (EUR 119 billion, EUR 545 per EU household). It is forecast that it would not only benefit directly the EU and US, but would also contribute EUR 100 billion to global GDP. It would boost the labour market on both sides of the ocean and create extra opportunities for small- and medium-sized enterprises. The main importance lies in the fact that the TTIP would not only boost economies but would provide significant new momentum for political relations. The EU and the USA are the backbones of international democracy and leading forces in a free and liberal global arena. Certain controversial issues like data protection need to be addressed in a responsible way. However, they should not be used as pretexts to slow down overall progress and turn attention away from the crucial economic and strategic benefits successful conclusion of the TTIP will provide.

Jan Keller (S&D), *pisemně*. – Transatlantická smlouva o obchodu a investicích (TTIP) je zatížena řadou nejasností. Jsme ujišťováni, že dopady smlouvy budou vesměs pozitivní: zvýší tempo hospodářského růstu obou smluvních partnerů, vytvoří vysoký počet nových pracovních míst. Není pak ovšem zřejmé, proč je projednávána v režimu tak přísného utajení před občany, jejichž život údajně jednoznačnělepší. Jsme ujišťováni, že smlouva nepovede ke snižování dnes platných standardů v oblasti kvality a nezávadnosti potravin, v oblasti postavení zaměstnanců, v oblasti ekologické atd. Nikdo však nedal garance, že tomu tak skutečně bude, až úzký kroužek lidí, který smlouvu projednává, už nebude ve svých funkcích. Za případné škodlivé dopady smlouvy tak prakticky nikdo nezodpovídá. Smlouva má obsahovat doložku o arbitrážích mezi velkými nadnárodními firmami a státy, aniž by kdokoli vysvětlil, proč v této věci nedostávají stávající instituce právního státu, jimiž všechny členské země EU disponují. Podivný je rovněž vztah vyjednávačů ke kritikům všech těchto nejasností. Bývají obviňováni z iracionálního přístupu a považováni za příliš zatížené emocemi, to vše jen proto, že se rozhodli uplatnit své občanské právo na informovanost, které by v otevřené společnosti mělo být považováno za naprostou samozřejmost. Způsob projednávání údajně nejvýznamnější obchodní smlouvy v moderní historii tak bohužel znevěrohodňuje sliby o snížení demokratického deficitu evropských institucí.

Vladimír Maňka (S&D), *pisomne*. – Vážené kolegyne, kolegovia, diskusia nemôže byť o tom, či obchod dáva zmysel. Preto, že existoval obchod, sa akákoľvek spoločnosť mohla rozvíjať. To platilo pred stovkami rokov, platí to dnes a bude to platiť aj v budúcnosti.

Keď dohodu medzi USA a EÚ plne implementujeme, pridaná hodnota pre európsku ekonomiku podľa optimistickejšieho scenára odhadov Európskej komisie bude 120 miliárd EUR ročne, čo znamená 0,5% HDP Európskej únie. Pre každú domácnosť v Európe to prinesie 545 EUR ročne. Tomuto rastu pomôže hlavne odstránenie tarifných a netarifných bariér pre tovar a služby.

Dienstag, 15. Juli 2014

Aj pri najmenej priaznivom scenári v EÚ ročne vzrastie HDP o viac ako 68 miliárd EUR a HDP Spojených štátov amerických o takmer 50 miliárd EUR. Prinesie to pre EÚ a USA spolu viac ako 1,5 milióna nových kvalifikovaných pracovných miest. Pre európske malé a stredné podniky to prinesie nové príležitosti v oblasti obchodu a služieb a zlepší príležitosti na nové investície.

Vážené kolegyně, kolegovia, Lisabonská zmluva dala kompetenciu Európskemu parlamentu ratifikovať takéto zmluvy. Verím, že túto možnosť využijeme a pošleme pozitívny signál aj národným parlamentom.

Marlene Mizzi (S&D), in writing. – At a time when many European economies face significant economic and social challenges and are still at the forefront of their recovery, I believe that it is vitally important to explore the potential of every opportunity that would stimulate growth, create jobs and could also help Europe in its long-term recovery from the economic crisis. I believe that this agreement, if negotiated properly, could be of great benefit to our economies and will open up new opportunities for European companies, especially small and medium-sized ones. Current impact assessments suggest that an ambitious and comprehensive trans-Atlantic trade and investment partnership could bring EUR 119 billion per year to the European economy and boost EU GDP by 0.5 %, which would translate into an extra EUR 545 a year for each a family of four in the EU. However, having said so, I would call on the Commission to be extra cautious and to ensure that European values are properly defended in the talks and in the final agreement. Such values include well-established precautionary principles with regard to consumer protection and consumer product safety, as well as safeguarding the EU's labour and environmental standards.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), γραπτώς. – Οι υπό εξέλιξη διαπραγματεύσεις για τη σύναψη της Διατλαντικής Συμφωνίας Εμπορίου και Επενδύσεων (TTIP) ΗΠΑ - ΕΕ διεξάγονται σε συνθήκες όξυνσης των ενδοϊμπεριαλιστικών αντιθέσεων της ΕΕ με τα άλλα ιμπεριαλιστικά κέντρα και στο εσωτερικό της. Τα παζάρια και οι αντιπαράθεσεις των αστικών κυβερνήσεων, τόσο στο εσωτερικό της ΕΕ όσο και με τις ΗΠΑ, έχουν ως στόχο να εξασφαλίσουν από την κάθε πλευρά περισσότερα οφέλη για τα μονοπώλια που εκπροσωπούν. Το σίγουρο είναι ότι οι μεγάλοι χαμένοι από τη συμφωνία αυτή θα είναι οι λαοί τόσο στα κράτη μέλη της ΕΕ όσο και στις ΗΠΑ. Το παραπέρα άνοιγμα των εκατέρωθεν αγορών θα εντείνει, στο όνομα της ανταγωνιστικότητας, την εκμετάλλευση της εργατικής τάξης. Τα εργατικά δικαιώματα που έχουν απομείνει όρθια θεωρούνται για τα μονοπώλια εμπόδιο για την κερδοφόρα τοποθέτηση των κεφαλαίων τους. Μεγάλο θα είναι ακόμη το πλήγμα για τους μικρούς επαγγελματίες και τους αυτοαπασχολούμενους, για τη φτωχομεσαία αγροτιά. Θα επιδεινωθούν όλοι οι όροι της ζωής των εργαζομένων, αυξάνοντας τους κινδύνους για τη δημόσια υγεία και το περιβάλλον. Συμφέρον για τον εργαζόμενο λαό σε όλα τα κράτη μέλη της ΕΕ και τις ΗΠΑ είναι να δυναμώσει την κοινή του πάλη ενάντια στην καπιταλιστική εκμετάλλευση, ενάντια στον κοινό εχθρό: τα μονοπώλια και την εξουσία τους.

Tonino Picula (S&D), napisan. – Dosadašnjih pet rundi pregovora otvorilo je barem jednako pitanja koliko ih je odgovorilo. Razlog tome je, osim neusuglašenosti pozicija dviju strana, i nedostatnost dostupnih informacija o sadržaju procesa pregovora. Neozbiljno je stoga prihvatiti ili odbaciti sporazum o kojem se još pregovara, da pritom o njemu znamo vrlo malo. Ono što je poznato je da svakom novom rundom postaje jasnije kako cilj o skorom završetku pregovora manje izgledan, tim i više što smo u EU usred procesa konstituiranja novog mandata institucija, a u SAD-u se bliže izbori na jesen. Smatram da se europski pregovarači ne bi trebali opterećivati postavljenim vremenskim rokovima. Potrebno je prepoznati i prihvatiti prilike koje ovaj sporazum neupitno pruža, prije svega za male i srednje poduzetnike i europsku industriju, ali i reagirati na potencijalne opasnosti koje su u suprotnosti s europskim vrijednostima i interesima građana Unije. Pritom, preduvjet slobodnoj trgovini roba svakako treba biti slobodno kretanje građana s obje strane Atlantika, što nije slučaj za državljane 5 zemalja članica Unije. Očekivane vrijednosti mogu se ostvariti jedino kvalitetnim dogovorima kojima će se očuvati europske socijalne i kulturne vrijednosti, ekološki standardi, geografsko podrijetlo, pravo suprostavljanja genetski modificiranim organizmima, kloniranoj i hormonski tretiranoj hrani te zaštiti privatnih podataka.

Evelyn Regner (S&D), schriftlich. – Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA umfasst viele vielschichtige Bereiche. Ich stehe dem ISDS-Verfahren mehr als kritisch gegenüber. Mit dem Sonderklagerecht werden Großkonzerne in Schutz genommen, aber nicht in die Pflicht! Es wird mit dem ISDS-Mechanismus in den Freihandelsabkommen mit entwickelten Rechtsstaaten ein neues Schiedsgerichtsverfahren eingeführt, welches inländische Investoren diskriminiert und den ausländischen milliardenschweren, multinationalen Investoren Sonderklagerechte eingeräumt, obwohl die vermeintlichen Rechtfertigungen hierfür nicht zutreffen. Wir müssen uns über Schiedsverfahrenskosten und Schadenersatzzahlungen im Klaren sein, die unmittelbar die europäischen SteuerzahlerInnen treffen. Die Bevölkerung wird ebenfalls die immateriellen Kosten wie eine Einschränkung des politischen Handlungsspielraumes und den Verlust europäischer und nationaler Souveränität mit zukünftigen Wohlfahrtsverlusten zu zahlen haben. Wir als Europäisches Parlament haben schlussendlich die Befugnis, das Freihandelsabkommen abzulehnen oder zu billigen, und wir SozialdemokratInnen werden uns dies sehr genau anschauen und uns für einen hohen Schutz der öffentlichen Dienstleistungen

Dienstag, 15. Juli 2014

einsetzen. Hochqualitative Arbeitsplätze sollen geschaffen werden, und die europäischen KonsumentInnen müssen von dem Abkommen profitieren. Die derzeit geltenden Arbeits- und Sozialstandards dürfen keineswegs unterlaufen werden. Wir werden aktiv gegen Sozialdumping der Großkonzerne vorgehen und uns für die verbindliche Einhaltung der IAO-Konventionen einsetzen – es muss klar festgeschrieben werden, dass es bei Verstößen gegen sozial- und arbeitsrechtliche Standards zu Sanktionen kommen muss!

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Mija rok, od kiedy przedstawiciele UE i USA rozpoczęli negocjacje w sprawie zawarcia transatlantyckiego partnerstwa handlowo-inwestycyjnego (TTIP). Obecnie entuzjazm związany z tą umową jest znacznie mniejszy, niż miało to miejsce jeszcze rok temu. Po obu stronach Atlantyku rośnie bowiem opór części grup społecznych. Narastający opór wobec TTIP zarówno w Europie, jak i w USA wynika w dużej mierze z rozczarowania części społeczeństwa procesem globalizacji, którego korzyści odczuły głównie wielkie korporacje, a obie gospodarki doświadczyły deindustrializacji. W Europie dodatkowo obawy budzą różnice w kosztach pracy na korzyść Amerykanów wykorzystujących tanią siłę roboczą z Ameryki Łacińskiej oraz ponad dwukrotnie tańszą energię w USA.

W UE mamy również poważne obawy o utrzymanie naszych najwyższych na świecie standardów w zakresie produkcji żywności i dobrostanu zwierząt. Stanowcze „nie” mówimy importowi naszpikowanego hormonami mięsa, drobiu płukanego chlorem czy inwazji żywności modyfikowanej genetycznie. Ponadto w obszarze praw własności intelektualnej opowiadamy się za utrzymaniem europejskich oznaczeń geograficznych, które gwarantują, że interesy naszych producentów są chronione. Bez wątpienia umowa o handlu i inwestycjach jest potrzebna obu stronom zmagającym się z coraz większą presją gospodarczą ze strony nowych potęg, tj. Chin, Indii czy Brazylii. Utworzenie transatlantyckiej strefy wolnego handlu może przynieść dalszy rozwój handlu i inwestycji po obu stronach Atlantyku.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Si la Commission reste sourde aux signaux envoyés par le Parlement européen et des citoyens qu'il représente, la seule voix pourrait être un refus du texte final.

Les socialistes belges ont depuis le début mis un certain nombre de balises, à savoir: la transparence des négociations; le maintien de normes sociales, environnementales et sanitaires; l'exclusion du mécanisme qui empêche un État de réguler sous peine de se voir attaqué par un investisseur dans une juridiction privée (RDIE); une réglementation européenne préalable sur la protection des données qui devra être respectée par l'accord; la protection des services publics et l'exclusion de l'accord de secteurs tels que la santé ou la culture, etc.

Nous ne voulons pas d'un nouvel ACTA. Le traité doit être rédigé avec, comme priorité absolue, l'intérêt général et pas celui de quelques multinationales. Aujourd'hui, même si la Commission dit étendre les balises, elle ne donne pas les garanties suffisantes qui permettent de lever les doutes. Elle prend donc le risque de négocier pour rien! Nous serons inflexibles sur les limites que nous avons fixées il y a plus d'un an. Il est hors de question de brader le droit des citoyens européens.

10. Berichtigungen (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

11. Rücknahme der Mutterschutzrichtlinie (Aussprache)

Elnök asszony. - A következő pont a Tanács és a Bizottság nyilatkozatai – A szülési szabadságról szóló irányelv visszavonása (2014/2715(RSP))

Sandro Gozi, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signora Presidente, onorevoli deputati, il Consiglio ritiene che la direttiva di cui stiamo parlando, la direttiva sulle lavoratrici gestanti del 1992, sia parte integrante della legislazione sulla sicurezza e la salute del lavoro e crediamo anche che sia una direttiva molto importante che certamente necessita per vari aspetti di un aggiornamento. È per questo che il Consiglio ne ha fatto una delle sue priorità a partire dal 2008, da quando la Commissione europea ha presentato la sua proposta. Anche il Parlamento europeo, data l'importanza del tema, ha fatto un lavoro di grande rilevanza.

Dienstag, 15. Juli 2014

Il negoziato in Consiglio è stato un negoziato importante, un negoziato anche molto difficile. Molto difficile a causa della distanza delle posizioni all'interno del Consiglio e della notevole distanza delle posizioni tra Consiglio dei ministri e Parlamento europeo. Quali sono i maggiori punti di difficoltà? Sono emerse delle differenze di sostanza tra i diversi sistemi sociali nazionali in materia. Differenze di sostanza molto rilevanti e che riflettono una notevole diversità tra i sistemi sociali al livello nazionale dei vari Stati membri. Sono emerse delle difficoltà legate ai costi, difficoltà da non sottovalutare in termini generali ma da non sottovalutare soprattutto in tempi di notevole pressione sui bilanci pubblici. Sono emerse infine delle difficoltà in materia di sussidiarietà in ragione delle tradizioni e delle prassi molto diverse tra i diversi Stati membri.

Per quanto riguarda le differenze di sostanza vi cito, solo a titolo di esempio, il tema della durata e del calendario del periodo obbligatorio di congedo, su cui vi sono delle forti differenze e anche forti diversità di punti di vista tra i vari Stati membri in seno al Consiglio. Per quanto riguarda i costi certamente nessun accordo è stato possibile e ritengo che sia molto difficile anche in un possibile successivo negoziato sulla richiesta del Parlamento europeo di un minimo di venti settimane per quanto riguarda il congedo. Questa è una richiesta su cui non c'è stata una discussione avanzata e approfondita e certamente nessun accordo in Consiglio.

In termini di sussidiarietà faccio altri esempi. Alcuni Stati membri hanno sollevato che alcune norme oggetto della proposta legislativa sono già incluse in norme nazionali. Penso al tempo libero per l'allattamento, alle particolari modalità di lavoro per i genitori di bambini disabili o al congedo di maternità supplementare in determinati casi. Il Consiglio ha ritenuto che le disposizioni dettagliate, ivi comprese quelle modalità di attuazione delle norme minime, fossero quindi una questione più di competenza degli Stati membri. Più in generale, gli Stati membri hanno comunque ribadito il loro impegno a favore della sicurezza e della salute delle lavoratrici gestanti e di quelle che hanno partorito o stanno allattando, e vi è un forte riconoscimento in seno al Consiglio dell'importanza di conciliare vita professionale e vita privata.

Sulla questione del miglioramento delle attuali norme in materia di protezione delle lavoratrici dipendenti in stato di gravidanza e della promozione di un migliore equilibrio tra vita professionale e vita privata, dobbiamo però trovare gli strumenti appropriati nel giusto settore politico. Sarebbe difficile per il Consiglio accettare tali proposte del Parlamento europeo nel contesto della legislazione sulla salute e la sicurezza. Tuttavia, questo non rimette in alcun modo il prezioso contributo apportato da questo Parlamento al dibattito in materia.

Signora Presidente, onorevoli deputati, dalle discussioni che ho semplicemente sintetizzato in questo mio intervento sono emerse quindi delle divergenze molto concrete e sostanziali tra le opinioni in seno al Consiglio e la posizione del Parlamento europeo in prima lettura ed è alla luce di queste forti contrapposizioni e forti divergenze che la Commissione ha tratto la conclusione di dover prendere in considerazione il ritiro della sua proposta.

Certamente questa è una prerogativa che i trattati riconoscono alla Commissione. La Commissione ha certamente in ogni momento la possibilità di presentare e di ritirare le sue proposte legislative. Quindi, sono delle valutazioni istituzionali che spettano alla Commissione e che solo la Commissione può fare. Sono delle valutazioni legate al buon funzionamento dell'attività legislativa e all'attuazione delle regole Refit che sono affidate anch'esse alla valutazione della Commissione europea. E poi ci sono delle valutazioni di opportunità politica e di queste, in particolare, io vorrei parlarvi nella conclusione.

Noi crediamo come Presidenza di turno che il tema della protezione a livello europeo delle lavoratrici gestanti sia di massima importanza, sia di massima importanza alla luce della più ampia dimensione sociale che dobbiamo sviluppare nel mercato interno e sia di massima importanza anche come tema dei diritti sociali. Quindi, per quanto riguarda la Presidenza di turno possiamo riprovarci, vale la pena di riprovarci, e siamo pronti anche, se si parte da nuove basi politiche e se si parte da un nuovo inizio, a esaminare di nuovo la proposta in Consiglio e in Parlamento. Siamo disponibili a vedere se vi sono le condizioni, lavorando con la nuova relatrice, per riavviare, per cercare di evitare che la proposta arrivi ad un binario morto.

Dienstag, 15. Juli 2014

È chiaro che se si vogliono fare dei passi in avanti e si vuole veramente riaprire il tema occorre che i passi in avanti siano fatti da entrambe le parti. Quindi, certamente bisogna vedere se ci sono le condizioni politiche, a partire anche dai rapporti tra Parlamento e Consiglio, per riavviare il negoziato legislativo ascoltando ognuno le ragioni dell'altro.

Da parte della Presidenza c'è la disponibilità, se altrettanta disponibilità a fare un nuovo inizio su basi politiche differenti viene dimostrata anche dal Parlamento europeo, a valutare se si può riaprire questa discussione in seno al Consiglio dei ministri, in considerazione della rilevanza che attribuiamo a questo dossier, ma senza nascondere tutte le difficoltà e tutti gli ostacoli che ho puntualmente con esempi indicato nella mia introduzione.

Siim Kallas, Vice-President of the Commission. - Madam President, the Commission is committed to helping EU citizens, men and women, to better combine work and family life. The fact that the maternity leave proposal has been identified in the REFIT communication of June 2014 as a candidate for withdrawal does not change that. Since 2008, when the proposal was presented, the Commission has sought its adoption. The Commission has acted as an honest broker between Parliament and the Council to find common ground. This has proven to be difficult.

The Commission's proposal on the Maternity Leave Directive has not been discussed for more than two and a half years despite numerous attempts by the Commission to reinvigorate negotiations between co-legislators. The proposal has been effectively blocked in the legislative process for too long, with no progress at all for almost three years. In spite of considerable efforts it has been impossible to break this stalemate and engage in any serious negotiations.

As you know, one of the intentions of the REFIT exercise is to withdraw proposals where no negotiations have taken place for a significant period of time and which lack any prospects for adoption. It does not mean that the Commission does not believe anymore in its initial objectives. On the contrary it could allow for a fresh, new start on the subject to the greater benefit of EU citizens with a more modern text that would notably include in its scope paternity leave, as requested by Parliament.

The Commission remains committed through its Europe 2020 Strategy to helping women to stay in the labour market rather than being excluded from it because they chose to have children. In this respect it issued country specific recommendations to several Member States to stress the importance of creating the conditions for reconciliation of private and professional life.

Anna Maria Corazza Bildt, för PPE-gruppen. – Fru talman! Kvinnor och män ska ha samma rättighet och möjlighet att jobba. Att skaffa barn ska inte vara ett hinder för kvinnor i arbetslivet. Det måste ges starkare skydd till arbetande föräldrar, men lösningen framåt är inte att lagstifta från Bryssel. Därför välkomnar jag att kommissionen drar tillbaka mammaledighetsdirektivet. Familjepolitik bör bestämmas på nationell nivå. Det finns stora skillnader i Europa och jag förstår utmaningarna i vissa länder, men vi kan inte ha en lösning som passar alla i EU.

I Sverige t.ex. har vi kommit långt. Av totalt 1,5 år per barn ska minst 2 månader tas ut av varje förälder, och mamman och pappan kan få en bonus om de delar mer jämlikt. Därför skulle direktivet innebära ett rejält steg tillbaka för hela Norden. Det är obegripligt att de svenska socialdemokraterna, som är EU-skeptiker, nu driver på för att tvinga svenska kvinnor att stanna hemma – vad de själva än vill. Att från Bryssel genomföra ett arbetsförbud för kvinnor som föder barn är inte vägen framåt för jämställdhet.

Mammaledighet, fru talman, ska vara föräldraledighet. Förslaget ger fel signal genom att bara nämna kvinnor som föräldrar och därmed ensamt ansvariga för barnen. Det är delad föräldraledighet som är riktig jämställdhet. Vi ska uppmuntra båda föräldrarna att ta hand om sina barn och ägna tid med dem. Det är ett beslut som ska tas av föräldrarna själva och inte toppstyras av politiker.

Kvinnor ska naturligtvis inte behöva ge upp sin karriärambition, och det är viktigt att arbetsgivare ger kvinnor möjligheten att komma tillbaka till arbetslivet utan diskriminering. Det handlar om att förändra attityden och bekämpa stereotyper. Jag slutar, fru talman, med att säga att PPE-gruppen ska fortsätta att engagera sig för att kvinnor som skaffar barn inte diskrimineras i arbetslivet.

(Talaren godtog att besvara en fråga (blått kort) i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen.).

Dienstag, 15. Juli 2014

Silvia Costa (S&D), Domanda «cartellino blu». – Mi spiace dissentire dalla collega Corazza Bildt su un punto, ma vorrei ricordare che su questa materia l'Europa ha già avuto una lunga tradizione di legiferazione. Basti pensare che l'attuale direttiva sul congedo parentale esiste dal 1992. Il problema è di aggiornarla rispetto a dati che sono stati superati. Basti pensare che nella direttiva del 1992 il periodo previsto come soglia minima –non si impone nulla – è di 14 settimane. Vogliamo rimanere ancora fermi a questo limite assolutamente inaccettabile e così basso di tutela?

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), Risposta a una domanda «cartellino blu». – Silvia il problema qui è che abbiamo dei sistemi completamente diversi, delle tradizioni completamente diverse. Sai che io sono italiana eletta in Svezia, quindi so bene le differenze. Non si può a livello europeo obbligare, perché la direttiva delle mamme dice che per 15 giorni prima del parto e per 6 settimane dopo il parto sei obbligata a non lavorare. In Svezia e in altri paesi nordici ci sono molte donne che lavorano prima del parto e anche subito dopo il parto perché magari sono i padri che prendono in mano la situazione. Quindi non è giusto obbligare e parlo della parola obbligare le donne. Va bene che si possa aggiungere il minimo ma non l'obbligo a livello europeo, quando finalmente stiamo parlando di sussidiarietà, di cominciare a fare meglio a livello europeo. Questo è un buon inizio da parte della Commissione che è molto benvenuto.

Alessandra Moretti, a nome del gruppo S&D. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ho ascoltato con attenzione le parole del sottosegretario Sandro Gozi e, in quanto relatrice di questo provvedimento sul congedo di maternità, sento di poter esprimere una convinta soddisfazione a seguito del chiaro impegno da parte della Presidenza italiana nel portare avanti con serietà la discussione su questo provvedimento fondamentale.

La legislatura che si è appena avviata ci dà una grande possibilità, quella di fare di questi cinque anni gli anni in cui l'Europa si rialza e torna ad essere faro di civiltà e crescita. Abbiamo una grande responsabilità: ridare speranza ai cittadini europei, non in virtù di un'Europa da salvare ma di una nuova Europa da costruire.

Per fare questo però, per costruire un'Europa della speranza, capace di guardare al futuro con ottimismo, deve essere data la possibilità alle donne di incidere profondamente nelle nostre economie, senza dover scegliere tra avere un lavoro o avere un figlio, tra costruire il presente o immaginare il futuro, e si deve avere un segno di grande discontinuità con il passato, quello di essere riusciti ad avere qui in Aula un chiaro impegno da parte nostra sulla direttiva sul congedo di maternità. Del resto come avremmo potuto spiegare, come spiegheremmo ai cittadini europei che dopo anni di discussione, dopo sei anni passati a organizzare *workshop*, seminari, conferenze e dibattiti su questa direttiva, la soluzione migliore che avevamo trovato era quella di rinviare tutto ancora una volta a data da destinarsi?

Non si può più attendere. L'Europa deve cambiare direzione anche nei tempi di reazione alle emergenze sociali ed economiche, come quella dell'occupazione femminile e del *gender pay gap*, emergenze queste direttamente connesse alla conciliazione dei tempi tra maternità e lavoro. L'Europa che investe nelle donne e nel loro lavoro è un'Europa che cresce economicamente. Non si cambia se in Europa le donne, a parità di mansione, vengono ancora pagate il 25% in meno rispetto agli uomini. Ma non esisterà neanche un'Europa sviluppata fintanto che il dirigente-tipo di un'azienda pubblica o privata è un uomo di oltre cinquant'anni. Un paese nel quale le donne intraprendono, investono e creano ricchezza è un paese destinato a crescere e rinnovarsi continuamente, perché quando le donne lavorano è l'intera economia che sorride con loro.

Sono una donna e come tante donne ho molto più a cuore i risultati concreti che le preclusioni ideologiche. Sono contenta che il neo Presidente della Commissione Juncker abbia esplicitamente dichiarato il suo impegno nei confronti della direttiva sul congedo di maternità e sono orgogliosa che questa legislatura si sia aperta con la Presidenza del Consiglio presieduta dal governo italiano, che ha fatto dell'equilibrio di genere la priorità della sua azione politica e pedagogica.

Dienstag, 15. Juli 2014

Allora mettiamoci attorno a un tavolo e mandiamo avanti la discussione nel minor tempo possibile perché sono le cittadine e i cittadini europei che ce lo chiedono. In qualità di relatrice su questo tema, insieme alla commissione FEMM e insieme a tutti voi, farò un attento lavoro di ascolto e mediazione perché è chiaro che nel contesto europeo le sensibilità, le tradizioni e le posizioni di partenza dei singoli paesi sono assai diverse, ma credo profondamente che i tempi siano maturi per una rivoluzione culturale che si tradurrà in punti di PIL, tutti quelli che produrranno le donne quando non saranno più costrette a scegliere tra lavoro e figli.

(L'oratrice accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Julie Girling (ECR), blue-card question. – Madam President, I welcome hearing that the honourable Member wants Europe to grow economically, but I would like to ask her exactly how she thinks the Maternity Leave Directive – and the extra burden of its cost to industry – is going to help that to happen.

Alessandra Moretti (S&D), Risposta a una domanda «cartellino blu». – Perché credo che investire nel lavoro e investire soprattutto nei servizi a favore delle donne e delle famiglie, investire in un tempo in cui ancora oggi tutta l'attività di cura, di crescita e di assistenza è caricata sulle spalle delle donne, che per queste ragioni subiscono rallentamenti e rinunce anche dal punto di vista lavorativo, professionale e di affermazione, sia soprattutto una crescita culturale e di dignità. Certamente questo però farà anche crescere dal punto di vista economico gli Stati, perché è provato che quando si investe sul lavoro femminile il prodotto interno lordo dei singoli Stati ...

(La Presidente interrompe l'oratrice)

Beatrix von Storch, im Namen der ECR-Fraktion. – Frau Präsidentin! Ich begrüße sehr, dass die EU-Kommission die Mutterschutz-Richtlinie zurückzieht. Ich möchte dazu drei kurze Gründe sagen.

Erstens: Je weniger die EU regelt, umso besser, ganz grundsätzlich. Vergessen wir nicht, dass jeder Mitgliedstaat ein demokratisch gewähltes Parlament hat und auch eine demokratisch legitimierte Regierung. Die sollen sich darum kümmern. Der Regierungschef der EU, Jean-Claude Juncker, hat heute hier im Parlament gesagt, dass die EU so eine Demokratie nicht ist. Er hat ausdrücklich gesagt, er wird dem Parlament nicht dienen, und er hat gesagt, das Parlament hat ein Fragerecht ihm gegenüber – ein Fragerecht! –, und dieses Fragerecht werde jetzt auch zunächst nicht beschnitten. Wir sind Herrn Juncker natürlich sehr dankbar dafür, aber demokratisch in dem Sinne ist das nicht.

Zweitens: Der Mutterschutz ist keine Zuständigkeit der Europäischen Union. Die Europäische Union reklamiert die Zuständigkeit für Arbeitnehmerrechte und für Arbeitsmarktpolitik, die Europäische Union ist ausdrücklich nicht zuständig für Familienpolitik. Das wird nicht einmal von der EU behauptet. Doch sehen wir uns die Mutterschutzrichtlinie an. Da stellt sich die Grundfrage: Worum geht es bei dieser Richtlinie? Geht es bei einer schwangeren Frau um den Schutz einer Arbeitnehmerin oder einer werdenden Mutter? Eine schwangere Frau ist zu schützen – ja, selbstverständlich. Eine werdende Mutter ist der Kern einer neuen Familie. Und deswegen ist der Schutz einer werdenden Mutter der besondere Schutz einer Familie und damit Familienpolitik, für die die Mitgliedstaaten zuständig sind und nicht die EU-Arbeitsmarktpolitik.

Damit komme ich zu meinem dritten Punkt: Weil der Schutz der Mütter so wichtig ist, sollten wir aus diesem Parlament ein Signal in die nationalen Parlamente senden: Ihr, die nationalen Parlamente, schützt die Mütter, erhebt eure Stimme dafür! Mit den Müttern schützt ihr die Kinder, und mit den Kindern schützt ihr die Zukunft!

Marian Harkin, on behalf of the ALDE group. – Madam President, as we start a new term with Parliament and the Commission we are faced with an impasse from the last Parliament and we have a responsibility to find a solution. We simply must find compromise with the Council and, equally, the Council must find compromise with Parliament otherwise we have a dysfunctional system.

Dienstag, 15. Juli 2014

Furthermore just as we Members of the European Parliament nailed our colours to the mast when we voted either for or against this directive, I believe Member States who are part of the blocking minority need to explain to their citizens, both women and men, why they are blocking a Maternity Leave Directive that would help guarantee equality of treatment for mothers and babies across the EU. I totally oppose the withdrawal of this directive and I am pleased that the Council will work to ensure its adoption.

Personally I support the proposal for 20 weeks' paid leave. After all, that is the norm in this Parliament. Are we saying that other women deserve less? Indeed this directive will support many women who are lower paid and not in permanent and pensionable jobs. This directive also protects pregnant women against discrimination and helps to ensure the health and safety of mothers and newborns. It also makes a huge contribution to achieving a core principle of EU policy: that is the achievement of gender equality and the elimination of the gender pay gap.

But as I said earlier, we need to find compromises. Perhaps there could be some flexibility in the 20-week period of leave, only in that there could be some interchange between maternity and paternity leave to cater for national preferences, and perhaps some flexibility as to the time taken before and after birth. Also, perhaps some lead time towards a 20-week fully paid maternity leave. But there should be no question that this directive would lower standards in Member States that already have higher standards.

It is crucial that we achieve compromises on these issues, otherwise it languishes in a sort of limbo and many pregnant women in the EU will not have the possibility of a reasonable time frame of paid maternity leave and strong protection in their jobs when pregnant or breastfeeding.

Președinte: CORINA CREȚU

Vicepreședinte

Inês Cristina Zuber, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, é curioso que hoje, num jornal português, vinha uma notícia na primeira página: são cada vez mais as mulheres grávidas ou que foram mães recentemente que chegam às urgências dos hospitais com fome, inclusive mulheres que são trabalhadoras e que vivem na pobreza, embora tenham um trabalho. E é também curioso que seja precisamente agora, neste momento em que as mulheres mais precisam, que a Comissão Europeia se apressa a fazer com que desapareça a possibilidade de garantir as 20 semanas de licença de maternidade e 2 semanas de paternidade integralmente pagas.

É significativo que o Conselho Europeu esteja sempre em sintonia sobre os cortes nos salários e nos direitos dos trabalhadores – aí já não há problema –, mas não consiga encontrar um consenso para reforçar os direitos das famílias e das mães trabalhadoras.

Se existisse uma verdadeira preocupação com os problemas do envelhecimento demográfico e com a promoção do aumento da natalidade, se existisse uma verdadeira preocupação com as discriminações no local de trabalho em relação às trabalhadoras que estão grávidas ou que foram mães, então seria muito fácil decidir.

Aqui, as forças políticas dominantes falam sempre das suas preocupações sociais. Então agora expliquem-nos porque é que os governos dos quais fazem parte as mesmas forças políticas da maioria deste Parlamento não conseguem decidir sobre a elevação dos direitos das mulheres.

Monika Vana, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Für uns Grüne ist die Mutterschutzrichtlinie aus verschiedenen Gründen von großer Bedeutung, einerseits aus frauenpolitischer Sicht, weil sie die Erwerbsbeteiligung der Frauen fördert, andererseits auch aus sozialpolitischer Sicht, weil sie hier wichtige soziale Mindeststandards setzt im Bereich von Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, aber auch aus gleichstellungspolitischen Gründen. Ich begrüße hier zum Beispiel die Aussagen der Kommission, den Vaterschaftsurlaub doch in eine neue Formulierung der Richtlinie aufzunehmen, frage mich allerdings, weshalb es bisher in diese Richtung seitens der Kommission keine Signale gab. Aber ich nehme das jetzt als positives Zeichen.

Dienstag, 15. Juli 2014

Aber auch wirtschaftspolitisch halten wir die Richtlinie für wichtig. Ich kann nämlich die oft gegen die Richtlinie angeführten Argumente, dass die Kosten zu hoch wären, überhaupt nicht teilen. Es gibt eine Studie, die die Kommission selbst erstellt hat, die besagt, dass alleine bei einer Steigerung der Erwerbsbeteiligung der Frauen um ein Prozent die Kosten der Richtlinie längst gedeckt wären. Das heißt, eine Fortsetzung der Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über mehr Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz wäre eminent wichtig.

Sylvie Goddyn (NI). - Madame la Présidente, aujourd'hui tout le monde le sait, les pays de l'Union européenne connaissent une dramatique et suicidaire dénatalité. Cette directive destinée à porter le congé de maternité de quatorze à vingt semaines payées intégralement, pourrait être un moyen nécessaire mais non suffisant de résoudre le problème de l'effondrement démographique et du vieillissement des populations européennes.

Elle est également un élément de protection professionnelle des femmes. C'est un droit important. Plombés par les politiques d'austérité, les États membres sous tutelle budgétaire pour sauver la monnaie unique n'ont plus les moyens de financer les politiques familiales qui font l'objet de restrictions inacceptables. Il faut donc essayer d'autres moyens mais pas ceux qui ont la préférence de Bruxelles: pas l'immigration massive, pas le grand remplacement des peuples d'Europe. Ce choix-là est un scandale.

La civilisation et la survie de nos peuples ne seront garanties que si les droits des femmes sont protégés et si les femmes elles-mêmes sont soutenues dans leur plus beau rôle, celui de mère.

Le social doit être au cœur de l'action européenne, nous disait ce matin M. Juncker. L'abandon de cette directive dans ce contexte serait un très mauvais signe mais aussi une preuve que ce discours est un mensonge.

Anna Záborská (PPE) - Bola som tieňovou spravodajkyňou návrhu novely smernice o zabezpečení bezpečnosti a zdravia tehotných pracovníčok a pracovníčok, ktoré porodili a dojčia.

Pôvodné znenie textu z roku 2008 sa obmedzovalo na zlepšenie pracovných podmienok tehotných a dojčiacich žien, ktoré vykonávajú platenú prácu. Ale v tomto Parlamente sa text začal meniť a to podstatným spôsobom. Požiadavka na uplatnenie rodovej rovnosti, ktorú tam Komisia vložila, viedla k rozšíreniu záberu smernice o otcovskú dovolenku, o adoptované deti a ďalšie požiadavky. Parlament nakoniec schválil pozíciu, ktorá výrazne prekračovala pôvodný rámec novely, a to aj napriek tomu, že bolo jasné, že členské štáty takýto text nikdy nepodporia. Napríklad aj preto, že príjem žien počas materskej dovolenky sa v každom členskom štáte definuje inak a môže pochádzať z rôznych zdrojov: z poisťovne, od zamestnávateľa alebo priamo od štátu. Výška tohto príjmu sa tiež líši a nájsť fungujúci európsky kompromis je v podstate nemožné. Významné rozšírenie tejto smernice v Európskom parlamente spôsobilo, že sa nakoniec nepodarilo zvýšiť existujúci európsky štandard ochrany tehotných a dojčiacich žien na trhu práce. Z tohto dôvodu podporím, ak sa Komisia rozhodne stiahnuť návrh a prepracovať ho. Nech je to pre nás poučením do budúcnosti, že dokumenty, ktoré prijímame, by mali zostať verné svojmu názvu.

Som za to, aby sme v Európskej únii zaviedli povinnú dĺžku materskej dovolenky 6 týždňov podľa odporúčania Svetovej zdravotníckej organizácie. Počas tohto obdobia by mala žena dostávať plnú mzdu, ďalších 12 až 14 týždňov by mali členské štáty podľa možnosti svojich ekonomík finančne zabezpečiť všetky ženy, ktoré sa rozhodnú pokračovať v starostlivosti o dieťa. Princíp subsidiarity by mal byť dôsledne dodržaný.

Jutta Steinruck (S&D). - Frau Präsidentin! Seit vier Jahren wird die Mutterschutz-Richtlinie jetzt blockiert. Das ist ein erschreckendes Signal an alle werdenden Mütter in Europa, die auf dem Arbeitsmarkt sind. Ich danke der italienischen Ratspräsidentschaft, dass sie uns die Hand reicht. Denn statt Sicherheit zu geben, lassen wir die Mütter schon viel zu lange im Regen stehen, vor und nach der Geburt. Deshalb sind wir dafür, dass es eine Einigung gibt im Interesse der Mütter und dass nicht weiter alles auf die lange Bank geschoben wird. Aber das, was das Parlament hier in Diskussionen, in Kompromissverhandlungen an Einigung gefunden hat, muss schon auch Teil dieser Grundlage für eine zukünftige weitere Einigung sein. Denn wenn das alles einfach zur Seite gewischt wird, dann ist das fahrlässig, denn wir verlieren auch in Europa an Glaubwürdigkeit, wenn wir lange verhandeln, verhandeln und wirklich kein Ergebnis zustande kommt.

Dienstag, 15. Juli 2014

Mutterschutz ist für mich und für uns ein wichtiger Baustein eines sozialen Europa. Auch beschäftigte Frauen wollen und müssen Kinder bekommen können. Wir müssen alles tun, sie zu schützen und sie zu unterstützen. Die Internationale Arbeitsorganisation und die Weltgesundheitsorganisation zeigen uns notwendige Standards auf. Das sichert die Gesundheit der Kinder und der Mütter in Europa. Kinder können zum Beispiel länger gestillt werden. So werden viele Folgeerkrankungen vermieden, und auch das Risiko der Mütter auf Folgekrankheiten sinkt. Wenn hier und auch draußen einige von Kosten reden: Auch das sind Kosten, die in Zukunft nicht mehr anfallen, wenn Krankheitszeiten vermieden werden, wenn Gesundheitskosten vermieden werden.

Die Ausweitung des Mutterschutzes in Europa ist echter sozialer und gesundheitlicher Fortschritt. Wir dürfen nicht in alte Rollenmuster verfallen, zurückkehren, sondern wir müssen in die Zukunft denken und Frauen, Familien und auch Väter unterstützen.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). - Pani Przewodnicząca! Unię Europejską, w tym Polskę, dotyka poważny kryzys demograficzny. Współczynnik dzietności w Polsce jest jednym z najniższych na świecie i wynosi 1,3, plasując mój kraj na 212 z 224 miejsc. Dla Prawa i Sprawiedliwości, partii, którą reprezentuję, polityka prorodzinna jest zasadniczym filarem polityki społecznej. Uważamy, że polityka rodzinna powinna być przedmiotem wspólnej troski poprzez finansowanie z Europejskiego Funduszu Społecznego, natomiast działania na rzecz wzmocnienia rodzin, ich trwałości i samodzielności ekonomicznej powinny leżeć w kompetencji państw narodowych. Dyrektywa dotycząca minimalnego okresu trwania urlopu macierzyńskiego propaguje wiele dobrych rozwiązań. Należy dołożyć starań, by macierzyństwo i ojcostwo były skutecznie wspierane. Czas, by Europa zmierzyła się z kryzysem demograficznym – nie poprzez gadanie, ale poprzez realne działania.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). - Señora Presidenta, yo quiero una regulación europea de mínimos para los permisos de maternidad y paternidad, porque es justo. La maternidad no debe ser un *handicap* para la carrera profesional de las mujeres, y la regulación de los permisos favorece la igualdad, mejora la conciliación y ayuda a los hombres a disfrutar también de su paternidad.

Además, esta regulación es necesaria. La baja natalidad afecta a la competitividad de Europa y, sin estos permisos, seguiremos envejeciendo, sin remedio, como continente. Todos sabemos lo que eso significa. Animo, por ello, al señor Renzi a convertir en hechos sus palabras en el pasado Pleno sobre el modelo social europeo. Tiene en este asunto un reto y una oportunidad para cambiar la opinión del Consejo, que, una vez más, bloquea la construcción de un espacio social europeo compartido.

La excusa utilizada esta vez —la aplicación del programa REFIT— es una ofensa para todas las mujeres europeas.

Ángela Vallina (GUE/NGL). - Señora Presidenta, todos sabemos que, a pesar de que existe actualmente legislación que protege a la mujer embarazada y trabajadora, esta está cada día sufriendo más discriminación en su trabajo por estar embarazada o por haber dado a luz. Por eso es urgente la protección de las mujeres trabajadoras y la defensa de sus derechos.

La retirada de esta Directiva va a afectar a miles de mujeres trabajadoras y, además, va a condicionar —y hay que decirlo así— la ilusión de muchas parejas jóvenes. Lo que se está haciendo hoy es contradictorio, además, con la retórica de la Unión Europea, que en teoría defiende la igualdad de los hombres y las mujeres.

Hoy se lo hemos oído al señor Juncker, y también le hemos oído que la economía debe estar al servicio de las personas y no al revés. Y aquí se está retirando esta Directiva en parte por su coste.

En este contexto de crisis, además, las mujeres se verían otra vez desprotegidas en su derecho de conciliar su vida familiar con su vida profesional. Todos recordamos los recortes en servicios públicos, guarderías, colegios, etcétera.

Solamente para terminar, decir que ninguna mujer, independientemente de su ideología, debería permitir que se nos nieguen nuestros derechos, bien sea por motivos económicos u otros.

(La Presidenta interrumpe a la oradora)

Ernest Urtasun (Verts/ALE). - Señora Presidenta, las instituciones europeas no pueden permitirse el lujo de dar pasos atrás en la lucha por la igualdad y los derechos ciudadanos.

Dienstag, 15. Juli 2014

En este sentido, la Directiva sobre el permiso de maternidad es un instrumento esencial para garantizar apoyo legal y efectivo desde Europa a la conciliación. Debemos reforzar las normas europeas para defender legalmente el permiso de maternidad —también de paternidad— protegiendo salarios y evitando discriminaciones.

En ese sentido, mi grupo y muchos parlamentarios estamos alarmados por la posible retirada, anunciada por parte de la Comisión, de esta Directiva.

Quiero apelar directamente a la Presidencia de turno italiana: no me parecería, francamente, la mejor manera de empezar la Presidencia con la retirada de una directiva que responde a los derechos fundamentales de la ciudadanía. Por eso, me gustaría pedirle a la Presidencia italiana que trabaje a fondo para sacarla adelante. El Parlamento está dispuesto y preparado a sacar adelante esta Directiva: por favor, desbloquéenla en el Consejo y tráigannosla para la segunda lectura.

Angelika Niebler (PPE). - Frau Präsidentin, verehrter Herr Kommissar, verehrter Herr Ratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, die Europäische Kommission hat eine kluge Entscheidung getroffen, indem sie nun vorschlägt, die Mutterschutz-Richtlinie zurückzunehmen. Auch ich bin seit vielen Jahren hier im Hause und habe die Debatten und Diskussionen über die Mutterschutz-Richtlinie seit 2008/2009 begleitet. Man muss einfach zur Kenntnis nehmen – der Ratspräsident hat es ja ausführlich geschildert: Es gibt in 28 Mitgliedstaaten unterschiedliche Regelungen zum Mutterschutz. Das bezieht sich auf die Länge des Mutterschutzes, das bezieht sich auf die Finanzierungssysteme, das bezieht sich auf die verschiedenen Sozialpartner, die in diese Mutterschutzthematik eingebunden sind. Kurzum, zu glauben, dass man mit einem Modell alle Probleme lösen kann, geht eben nicht.

In meinem Land, in Deutschland, haben wir eine Kombination aus Mutterschutz- und Elternzeitmodellen – wunderbar, das funktionierte aber nicht mit dem von der Kommission vorgeschlagenen Vorgehen. Ich bin glücklich, dass hier die Kommission auch mal die Tatsachen zur Kenntnis nimmt: Wenn es keine Mehrheiten im Europäischen Rat und mit dem Parlament zusammen gibt, dann muss man auch die Konsequenzen ziehen und eine vorgelegte Richtlinie wieder zurücknehmen. Jeder von uns ist für den Mutterschutz, jeder von uns tritt für den Mutterschutz ein. In meinem Land habe ich das in vielen Jahren auch gemacht. Aber ich denke, an einem Dossier festzuhalten und sich daran zu klammern, die Mitgliedstaaten mit ihren Regelungen in ein Korsett zu zwängen, das in 27 Mitgliedstaaten nicht passt, das geht einfach nicht. Deshalb bin ich dankbar für die Rücknahme.

Olle Ludvigsson (S&D). - Fru talman! Tyvärr har kommissionen hamnat snett när det gäller mammaledighetsdirektivet. Att dra tillbaka förslaget är fel väg att gå. Det självklara måste istället vara att se till att processen drivs i hamn.

För det första bör det vara fullt möjligt att få fram en kompromiss mellan parlamentet och rådet om hur direktivet ska förbättras. Om kommissionen och ordförandeskapet prioriterar frågan bör en lösning ligga inom räckhåll.

För det andra är en förstärkning av regelverket viktigare än någonsin. Ökad jämställdhet är inte bara viktigt i sig själv utan också en central nyckel till att få fart på tillväxt och jobbskapande i Europa.

Jag uppmanar därför kommissionen och ordförandeskapet att resolut driva denna viktiga jämställdhetsfråga vidare. Släng inte in handduken! Visa istället att ni tar jämställdheten på allvar!

Malin Björk (GUE/NGL). - Fru talman! Jag ska vara ärlig: Jag tycker att detta förslag inte är tillräckligt bra. Det finns i synnerhet vissa saker som jag inte tycker om, som det här att man ska vara tvungen att stanna hemma i sex veckor. Det är också ett förslag som ensidigt pratar om mammors roll. En politik i takt med sin tid hade pratat om två mammor, två pappor, en mamma och en pappa eller varför inte flera föräldrar.

Men det faktum att kommissionen nu i ett svep vill ta tillbaks hela förslaget, ett förslag som inte ber om mer än minsta minimum, kan bara tolkas på ett sätt: Ett slag i ansiktet på kvinnors rättigheter och på jämställdheten. Att kommissionen skulle komma tillbaks med ett bättre förslag är helt enkelt inte trovärdigt i det här läget.

Dienstag, 15. Juli 2014

Vi har hört Juncker: inte ett ord om jämställdhet, inte ett ord. Han har inga idéer och han har inget program. Ojämligheterna växer mellan kvinnor och män, och kvinnors utsatthet på arbetsmarknaden ökar. Att då dessutom dra tillbaks mammaledighetsdirektivet är inget annat än ett uttryck för patriarkatets arrogans.

Dubravka Šuica (PPE). - Gospođo predsjednice, shvatila sam povlačenje ove direktive kao početak novog razgovora te temelj za novu direktivu. Dakle, podržavam povlačenje direktive jer ona očito nakon 5 godina nije polučila efekt. 5 godina je bio dovoljan period da se dođe do nekog zajedničkog rješenja. Budući da do toga nije došlo mislim da je na nama odgovoriti što je to supsidijarnost, i kad spominjete g. Junckera, da vam odgovorim, rekao je da će dati što veću snagu nacionalnim parlamentima i da će se baviti velikim projektima.

Dakle, moramo odlučiti što ćemo riješavati ovdje u Europskom parlamentu, a što ćemo rješavati doma u nacionalnim parlamentima. Naravno da bi bilo lijepo da postignemo kompromis, minimum dogovora, međutim toliko su različite naše zemlje, naši narodi, naši stupnjevi našeg razvoja, različita je naša demografska slika pojedinih zemalja da je zaista vrlo teško postići zajedničko rješenje koje će nas sve zadovoljiti.

Reći ću vam primjer Hrvatske, iz koje dolazim. Imate 6 mjeseci, znači 24 tjedna obveznog plaćenog dopusta i sljedeća 24 tjedna, odnosno 6 mjeseci pola plaće. Gotovo je nemoguće kad moramo provoditi ove strukturne reforme ostati na takvom modelu, ali naravno da se svi zalažemo za majke, za zaštitu majki, žena i naravno, zaštitu radnica.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). - Suprantu, kad 28 Europos Sąjungos valstybės yra skirtingos: turi savo tradicijas, turi savo paramos šeimai politiką ir sistemą, tačiau mus jungia ir tam tikros bendros vertybės ir iškovojimai. Tai, pirmiausia, laisvas asmenų judėjimas ir laisvas darbuotojų judėjimas laisvoje bendroje rinkoje. Taigi tokiu atveju, visiškai nepriklausomai nuo to, kur motina gimdo, dirba, augina vaikus: ar tai būtų Italija, ar tai būtų Švedija, ar tai būtų Vokietija, ar mano gimtoji Lietuva, bet ta motina ir tas tėvas turi turėti minimalius socialinius standartus, minimalias garantijas ir dėl motinystės atostogų. Štai ko mes siekiame šia direktyva.

Ir todėl aš labai tikiu ir žiūriu į pirmininkaujančią valstybę Italiją, kad nereikia nuleisti rankų, ir blogas ženklas pradėti naujos kadencijos Europos Parlamentą nuo tokio žingsnio – žingsnio atgal – ir parodyti savo bejėgiškumą tiek Komisijai, tiek Tarybai ir nepasitikėjimą Europos Parlamentu. Aš tikiu, kad susėdę prie bendro stalo galime rasti sprendimus. Ir to linkiu.

Thomas Mann (PPE). - Frau Präsidentin! Im Oktober 2013 hatte Kommissionpräsident Barroso zugesagt, neue Gesetze nur vorzuschlagen, wenn sie auf europäischer Ebene sinnvoll sind. Nicht alles, was in den Mitgliedstaaten getan werden kann, soll europäisch gelöst werden. Jetzt ist REFIT da, 53 Gesetzesvorschläge sind zurückgezogen, unter anderem die erfolglose Revision der Mutterschutzrichtlinie, seit 2011 auf Eis. 13 Mitgliedstaaten haben das Veto eingelegt, beispielsweise Deutschland. Wir haben Regulierungen zum Mutterschutz, durch zahlreiche Kompromisse in vielen Jahrzehnten entstanden. Es geht nicht, mit einem Federstrich Mutterschutz von 14 auf 18 Wochen auszuweiten.

Ich habe für das deutsche Kombi-Modell aus Mutterschutz und Elternzeit gestritten und eine große Mehrheit für Änderungsanträge erzielt. Durch unsere Art der Elternzeit haben Väter und Mütter bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres eines Kindes einen Rechtsanspruch gegenüber den Arbeitgebern. Damit ist Deutschland Babyschutz-Europameister, es braucht keine Regulierung aus Brüssel. Eine überzogene Ausweitung des Mutterschutzes hätte zu Rückschritten geführt. Für die Einstellung junger Frauen in den Beruf wäre ein zusätzliches Hindernis entstanden. Mit der Rücknahme der Richtlinie beweist die Kommission, dass sie aus Fehlern gelernt hat. Ich hoffe auf mehr Nachweise einer intelligenteren und schlankeren EU-Gesetzgebung. Der Europawahlkampf hat gezeigt, dass genau das unseren Bürgern wichtig ist.

Mary Honeyball (S&D). - Madam President, it is absolutely disgraceful that there has been such a strong blocking minority in the Council on this vitally important Maternity Leave Directive. We all know that adequate maternity leave, and also reasonable leave for fathers, is crucial for women to work and for men and women to achieve a reasonable balance between work and family life. Over the past few weeks, we have heard a lot about gender equality and how Members of this Parliament and of the Commission and the Council are all in favour of gender equality.

Dienstag, 15. Juli 2014

Well, the Council should now put its money where its mouth is and actually work hard to get this directive through. I do not believe that it has not been possible to agree a compromise. Other speakers have said that this is within our reach, and I believe it absolutely is. That is what we should be seeking to achieve now. It would be quite wrong to withdraw this directive now. The Council should go back and work harder and achieve this compromise, which I believe is within our grasp.

Iratxe García Pérez (S&D). - Señora Presidenta, quisiera agradecer al señor Gozi su exposición y su planteamiento realista con respecto a cómo está esta situación en el marco del Consejo, pero quería explicarle una cuestión. En 2010, en este Parlamento, con posiciones muy distintas, muy encontradas entre países y entre grupos políticos, fuimos capaces de llegar a un acuerdo, de tomar una posición común, porque entendíamos que estábamos hablando de la defensa de la salud, de la seguridad de las madres trabajadoras y de la protección en el ámbito laboral.

Aquí se ha hablado de la respuesta de la ciudadanía en estas últimas elecciones europeas; y lo que los ciudadanos y ciudadanas europeos nos han dicho es que no entienden cómo mientras estamos siendo capaces en Europa de ponernos de acuerdo en políticas económicas, que tanto sufrimiento están generando, no somos capaces de ponernos de acuerdo en políticas que hablan de derechos laborales, de protección social, de igualdad entre hombres y mujeres.

Por lo tanto, pido a la Presidencia italiana que haga ese esfuerzo que ha planteado en este Pleno de abrir el debate y de posibilitar que haya un movimiento de cara a poder negociar una posición común que, luego, posibilite el debate con el Parlamento Europeo, porque estamos hablando de políticas que van en beneficio de la salud de las mujeres trabajadoras, pero también estamos hablando de otras cuestiones importantes, como son los derechos laborales.

El Parlamento Europeo planteó en esta Directiva que se prohibiera despedir a las mujeres embarazadas o que han dado a luz en los últimos seis meses, cuestiones de derechos laborales que hoy más que nunca son necesarias, porque hemos retrocedido años luz en lo que es la defensa de los derechos de los trabajadores y las trabajadoras en la Unión Europea.

Por lo tanto, hablamos de derechos laborales, de salud de las madres, de conciliación entre la vida familiar y laboral, y también de la necesidad de que se avance en ese permiso de paternidad para que los hombres puedan asumir la responsabilidad del cuidado de sus hijos, de cara a favorecer esa conciliación.

Es mucho lo que queda por hacer: no podemos permanecer impasibles. No podemos trasladar a la ciudadanía europea que no somos capaces de avanzar en esa Europa social de los derechos y de los ciudadanos.

Por lo tanto, pido al Consejo que asuma el papel tan importante que tiene en estos momentos, que genere un debate en su seno porque, desde el Parlamento Europeo, estaremos dispuestos a debatir sobre estas cuestiones, lo que es nuestra responsabilidad y nuestra obligación.

Evelyn Regner (S&D). - Frau Präsidentin! Ministerpräsident Renzi hat bei seiner Rede hier im Plenum des Europäischen Parlaments gesagt: „Würde die Europäische Union ein Selfie von sich machen, dann würden wir ein recht müdes, angesengtes Gesicht sehen.“ Ich denke, dass jetzt die italienische Ratspräsidentschaft sehr viel Schwung zeigt, dass dieses Gesicht nicht müde aussieht, sondern vielleicht jung und fröhlich und ein Beitrag zur Gleichstellungspolitik und gerade zur Wiederbelebung, zur Neubelebung der Mutterschutzrichtlinie kann hier einen wertvollen Beitrag leisten.

Eines ist ganz klar: Wir haben – Frau Niebler hat es erwähnt – unterschiedliche Konzepte zu Elternurlaub, unterschiedliche Konzepte zum Mutterschutz in der Europäischen Union. Aber Mutterschutz – und zwar ordentliche Bedingungen für den Mutterschutz, gute Mindeststandards für den Mutterschutz – das sind nun wirklich die absoluten basics, das kleine Einmaleins, das wir für den europäischen Sozialstaat haben. Deshalb sollten wir dieses Engagement jetzt weiter betreiben und nicht den Kopf in den Sand stecken.

Krise hin oder her – es geht um den Schutz von Arbeitnehmerinnen, die natürlich besonders verwundbar sind. Schwangere, viele vor mir haben es gesagt, sollen geschützt werden. Die Gesundheit des Kindes und der Mutter soll respektiert werden. Nicht trotz, sondern gerade in der Krise brauchen wir besonders hohe Standards, denn der Druck am Arbeitsmarkt wird immer größer und trifft Frauen in besonderem Maße.

Dienstag, 15. Juli 2014

Ich möchte auf die Mitteilung REFIT zu sprechen kommen, denn hier sind gerade besonders viele Bereiche, die aus Arbeitnehmerinnensicht von Bedeutung sind, aus Kostengründen in Frage gestellt. Und nochmals: Wir können es hier beim Arbeitnehmerinnenschutz nicht immer zulassen, dass es Kostengründe sind, die das letzte Wort sprechen, sondern hier gilt es, ein absolutes Zeichen zu setzen. Insofern habe ich absolute Zuversicht, dass gerade die italienische Ratspräsidentschaft, aber auch wir als neu gewähltes Europäisches Parlament dieses Thema in den nächsten Monaten mit besonders großer Sorgfalt anpacken.

Silvia Costa (S&D). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, credo che l'esigenza di una nuova direttiva sia ancora più urgente di sei anni fa perché troppe sono le disuguaglianze in Europa fra le gestanti, ma anche fra i neonati e fra le madri lavoratrici, per ragioni di salute, di sicurezza, di forme di conciliazione, anche a causa della crisi economica. Vorrei ricordare che una direttiva serve proprio per definire standard minimi che poi le legislazioni nazionali possono certamente, come succede, integrare e migliorare, ma anche per garantire che situazioni che vedono invece le donne sotto uno standard di dignità della loro condizione possano essere più tutelate in Europa. Io penso che noi sappiamo perfettamente che questo tipo di approccio, che vede la conciliazione e il sostegno alla salute della maternità e anche una possibilità di concepire un diritto alla paternità e alla maternità più serenamente, sia un elemento anche di crescita sociale e non solo della persona.

Credo perciò che in questa fase, con questa crisi e dentro un nuovo corso che deve avere l'Europa, caro Commissario, ritirare questo testo abbia una doppia valenza negativa e che sia un gesto politicamente inopportuno, come ha detto giustamente l'onorevole Gozi, ma anche un gesto che sembra andare in direzione opposta al tentativo di creare un'Europa più sociale e più attenta al valore della persona.

Chiedo quindi alla Presidenza italiana di assumere fino in fondo l'iniziativa che mi sembrava di cogliere dalle sue parole perché il Parlamento è disponibile a trovare un terreno di mediazione.

Maria Arena (S&D). - Monsieur le Président, tout d'abord, je remercie la présidence italienne de vouloir mettre en débat cette priorité en ce qui concerne la protection des femmes. N'oublions pas que ne pas avancer sur cette directive, ce n'est pas un statu quo, c'est revenir à une situation qui date de 1992. Est-ce qu'il y a aujourd'hui, en matière de protection sociale, des lois, des situations qui datent de 1992 sur lesquelles on ne peut avancer? Pouvoir avancer sur cette directive est fondamental. Retirer cette directive est dommageable. C'est dommageable pour le message que la Commission donnerait à ces milliers de femmes qui attendent plus de protection mais surtout, c'est se priver d'un outil qui permettrait à la Commission d'atteindre son objectif en matière d'emploi. N'oublions pas l'objectif de taux d'emploi de 75 % d'ici 2020.

N'oublions pas aussi qu'aujourd'hui la femme enceinte ou la jeune mère sont toutes deux les plus vulnérables travailleurs et la crise n'a fait qu'aggraver la situation de ces travailleuses. Il faut des mesures qui ne pénalisent pas les mères. Il faut des mesures qui leur garantissent la possibilité de réconcilier vie privée et vie professionnelle. Il faut des mesures qui leur permettent de vivre dignement avec un salaire digne. Il faut des mesures qui les protègent au moment où elles retournent à l'emploi pour garantir également leur carrière. On parle beaucoup du plafond de verre. Ce plafond est aussi dû à la question de la maternité qui, encore une fois, est dommageable pour l'exercice d'une fonction chez les femmes.

Si l'Europe veut regagner la confiance de ses concitoyennes, elle doit démontrer sa capacité à garantir les droits, l'égalité et la justice. C'est de cela qu'il s'agit dans cette directive.

Liliana Rodrigues (S&D). - Senhora Presidente, queria apenas dizer que esta diretiva tem mais de 20 anos, o que significa que está obsoleta e tem que ser atualizada e harmonizada por uma questão de equidade e de justiça. A retirada da diretiva relativa à licença de maternidade pelo Conselho e pela Comissão, bloqueada desde 2010, mostra um desrespeito pelo Parlamento, e relembro que o Conselho nunca se pronunciou sobre este assunto. Daqui poderíamos deduzir que não houve interesse em negociar com este Parlamento a proposta. Ou seja, não se compreendem as reais intenções do Conselho e da Comissão ao retirarem esta proposta. Têm uma nova proposta? Será essa proposta suficientemente ambiciosa? E, a existir uma nova proposta, ela foi negociada com quem? Serve a quem? Em que consiste? Como será executada? Ou iremos manter uma diretiva ultrapassada e que tem mais de duas décadas?

Dienstag, 15. Juli 2014

Por um lado, as instituições europeias mostram-se preocupadas com o envelhecimento da Europa e, quando se pretende na prática ajudar ao crescimento da natalidade e os pais, o que se faz é bloquear propostas que visam responder às reais preocupações dos cidadãos europeus.

Procedura „catch the eye”

Marijana Petir (PPE). - Gospođo predsjednice, Direktiva o porođiljnom dopustu trebala je zajamčiti majkama u Europskoj uniji minimalno trajanje porođiljnog dopusta uz adekvatnu novčanu naknadu, vodeći se dobrim praksama, što je izostalo.

Majčinstvo ima različite pogodnosti u zemljama članicama Europske unije i može se reći da je općenito i fleksibilnije i dinamičnije, iako sa znatno kraćim porođiljnim dopustom nego u Hrvatskoj. Nažalost, u nekim zemljama porođiljni dopust je toliko kratak da ne omogućava majkama da budu uz dijete u fazi kada je to djetetu najpotrebnije, a u nekim zemljama žene se vraćaju na posao vrlo brzo nakon poroda jer ih u suprotnom ne čeka njihovo radno mjesto ili su iznosi naknade bitno niži od njihove plaće pa ne mogu pokrivati troškove.

Zalažem se da se za žene osigura primjereno trajanje porođiljnog dopusta, da tijekom porođiljnog dopusta dobiju plaću u punom iznosu, da im se osigura povratak na njihovo staro radno mjesto. No želim istaknuti da loše demografske trendove u Europskoj uniji nije moguće zaustaviti i preokrenuti u pozitivnom smjeru samo s ovim mjerama. Potrebno je donijeti promišljene sustavne dugoročne intervencije, od lokalne zajednice do središnjih državnih institucija. *(Predsjednica je oduzela riječ govornici.)*

Marc Tarabella (S&D). - Monsieur le Président, chers collègues, si la Commission veut continuer à dégrader l'image de l'institution européenne, elle va retirer ce projet de directive. Or, elle ne le fera pas. Pourquoi? Parce qu'aujourd'hui, après quelques années de tergiversations, les éléments sont réunis pour que nous réussissions.

La présidence italienne est volontariste sur le sujet. Le Parlement vient de désigner une nouvelle rapporteure, en la personne de M^{me} Alessandra Moretti et avec les rapporteurs fictifs de tous les groupes politiques, nous pouvons réussir; réussir là où nous avons échoué dans le passé parce qu'il y a eu deux positions clairement tranchées. Une peut-être trop volontariste avec vingt semaines totalement payées et l'autre, peut-être trop timorée avec quatorze semaines.

Il y a moyen de trouver une voie médiane de compromis. C'est l'art que nous devons exercer aujourd'hui au Parlement dans l'intérêt de toutes les femmes européennes, en tout cas, d'une majorité d'entre elles pour faire progresser leurs droits.

Et, en tant qu'homme, je voudrais aussi plaider pour le congé de paternité qui permet avec peut-être deux semaines, comme c'est le cas dans plusieurs pays, de faire en sorte que l'homme soit aussi un parent et qu'il puisse prendre conscience de son rôle de parent dès l'arrivée de l'enfant dans la famille, dès le début, au niveau de la maternité.

Andrus Ansip (ALDE). - Madam President, thanks to Siim Kallas, who acted many, many years ago as Prime Minister of Estonia, we have in our country quite a good maternity allowance system under which our young mothers and fathers get their average salary for one and a half years. I welcome the Commission's decision, which respects the principles of subsidiarity and proportionality. I firmly believe that every Member State can itself best decide which system is best to serve its needs. Member States face different demographic, economic and social conditions. Even if the EU's actions could be justified in some aspects, the need to respect those differences remains. Our legislative action should focus on completing the digital single market and energy union.

Viorica Dăncilă (S&D). - Doamnă președinte, demografia și creșterea demografică au fost unul din subiectele mult abordate în cadrul Parlamentului European și cred că una din soluțiile pe care trebuie să le dăm acestui aspect este tocmai reconcilierea dintre viața profesională și viața de familie. Directiva europeană privind lucrătoarele gravide permite extinderea concediului de maternitate până la douăzeci de săptămâni, cu o indemnizație echivalentă ultimului salariu sau garantarea păstrării locului de muncă, lucruri esențiale pentru egalitatea de gen, dar și pentru protejarea drepturilor femeilor.

Dienstag, 15. Juli 2014

Cred că retragerea acestei directive nu este o soluție care se pliază pe realitățile existente la nivel european, chiar dacă condițiile diferă de la stat membru la stat membru. Cred că soluția pe care o așteaptă cetățenii europeni este dată de reluarea negocierilor dintre Consiliu și Comisie pentru o directivă îmbunătățită.

Danuta Jazłowiecka (PPE). - Pani Przewodnicząca! Od lat uczestniczymy w zmaganiach Unii Europejskiej w zapewnieniu równego traktowania mężczyzn i kobiet z szeregiem słusznych, ale i często wymuszanych rozwiązań. Powinniśmy jednak uświadomić sobie, że istnieje jedna biologiczna zależność, przez którą kobiety powinny uzyskać większą ochronę prawną – jest nią macierzyństwo. W świetle wielkich problemów demograficznych, z jakimi zmaga się obecnie wiele regionów Europy, czy nie powinniśmy widzieć macierzyństwa jako jednej z inwestycji społecznych, której koszty są rozłożone na całe społeczeństwo, w formie większej ilości żłobków, przedszkoli czy szkół i zajęć dla dzieci uzupełniających o ochronę prawną kobiet w kwestiach prawa pracy?

W konkluzjach z posiedzenia Rady z czerwca bieżącego roku na temat kobiet i gospodarki pojawiają się zapisy dotyczące równouprawnienia kobiet i mężczyzn właśnie w świetle równego podziału odpowiedzialności za dzieci oraz prace domowe z naciskiem na urlopy ojcowskie, jak i elastyczne usługi opieki nad dziećmi. To nie są tematy, z którymi możemy zwlekać, szczególnie w sytuacji kryzysu zatrudnienia wśród osób młodych, w tym kobiet, dla których obecna sytuacja przedkłada się na coraz późniejsze macierzyństwo, a niekiedy kompletną z niego rezygnację. Mam nadzieję, że złożona dzisiaj przez komisarza deklaracja przygotowania nowych rozwiązań zapewni ich racjonalność i rozsądek.

(Înceierea procedurii „catch the eye”)

Julie Girling (ECR). - Madam President, I would like to ask how you arrived at five out of seven and how you chose the five, as I requested catch the eye before the beginning of this debate. Why have I been excluded? I understand there were seven so why have you excluded two when you have consistently let people overrun their speaking time and there would have been plenty of time for all of us to have been able to speak? Can you please confirm that we were allowed to speak only in the order in which we requested the time?

Președinte. - Am rugat încă de la începutul dezbaterii să se respecte timpul de vorbire. Este atribuția președintelui să dea cuvântul în cadrul procedurii „catch the eye”.

Siim Kallas, Vice-President of the Commission. - Madam President, we are not here to discuss the content of possible policies to support maternity leave. I can only say concerning the procedure and the whole process that blocked legislation does not help anybody. It creates wrong expectations: we have something in the air and in fact nothing happens. So withdrawal of the blocked legislation does not affect anybody.

In its REFIT communication in June, which was also greatly welcomed by the Members of the European Parliament and the wider public as well, the Commission stated that on the grounds of better law-making a proposal which is blocked for more than two and a half years should be withdrawn. The effective withdrawal decision would have to be taken in the context of adoption of the Commission work programme 2015.

I would like to repeat that withdrawal does not mean that the Commission does not want to pursue the objectives of the proposal. Today the newly elected President will discuss with the new college how the policy objective behind the proposal could be taken up in a different form, taking account of societal developments since 2008 as well as the social and economic effects of any EU initiative in this field.

Sandro Gozi, Presidente in carica del Consiglio. - Signora Presidente, onorevoli deputati, io ho ascoltato con molta attenzione e impiegherò un po' più di tempo nella mia risposta rispetto al Vicepresidente Kallas, perché in vari punti è stato sollevato il ruolo della Presidenza di turno, innanzitutto sul tema della sussidiarietà. Gli onorevoli Mann, Šuica, Ansip e Corazza Bildt hanno sollevato il pericolo di lavorare eventualmente o di riaprire un dibattito, riaprire dei lavori su soluzioni a taglia unica. Ovviamente nessuno vuole soluzioni a taglia unica e, proprio nel mio intervento, ho sollevato uno dei temi oggetto del negoziato in Consiglio che è il tema della sussidiarietà. Però è evidente che partiamo da una direttiva del 1992 e quindi è evidente che l'Unione europea ha competenza in questa materia. Si tratterà di vedere il grado di intervento legislativo, ma non il se l'Unione europea abbia competenza o meno in questa materia. Certo, è una materia molto importante, su cui ci sono fortissime sensibilità nazionali e quindi certamente bisogna trovare, se si riaprono i lavori, un equilibrio tra le diverse tradizioni e occorre conciliare anche i valori sociali, a volte i diversi valori sociali che nei diversi Stati membri, come è emerso nel dibattito in Consiglio ma anche oggi, sono legati alla famiglia.

Dienstag, 15. Juli 2014

L'onorevole Moretti ha dato un'indicazione molto interessante per la Presidenza, perché ha dimostrato come nuova relatrice un chiaro impegno a voler portare avanti la discussione se partiamo – la cito – da nuove basi politiche su cui è necessario – aggiungo – un impegno che la Presidenza di turno conferma, ma che è necessario anche da parte del nuovo Parlamento europeo.

Sono d'accordo con la collega Harkin sulla necessità di trovare un compromesso. Come diceva il vicepresidente Kallas, certo un compromesso è molto meglio che un blocco, perché un blocco della legislazione non serve a nessuno. Però per un compromesso occorre flessibilità, parola magica in questo inizio di legislatura, occorre elasticità. E l'elasticità e la flessibilità, quando ci sono due autorità che devono decidere, vanno dimostrate da entrambe le parti. Va dimostrato che c'è l'impegno a verificare le possibilità da parte della Presidenza di turno, ma va dimostrato anche da parte del nuovo Parlamento europeo.

Quindi voglio rassicurare anche l'onorevole Zuber che noi vorremmo lavorare per un consenso sul merito, perché sul merito condividiamo le preoccupazioni sociali. Certamente c'è la volontà sul merito, durante i lavori della nostra Presidenza e comunque come nostra posizione, di lavorare anche su possibili standard minimi che siano accettabili per tutti. Quindi vogliamo anche riconoscere l'importante lavoro che questa Istituzione nella passata legislatura ha svolto e anche gli sforzi che le Presidenze che ci hanno preceduto hanno profuso su questo tema. Però è evidente che, viste le posizioni diverse, ancora lontane tra le nostre due Istituzioni, l'unica possibilità che noi siamo disposti a esperire, su cui noi siamo disposti a lavorare per compiere ulteriori progressi è che tali posizioni da una parte e dall'altra, da un'Istituzione e dall'altra, evolvano in maniera di sostanza considerevolmente.

Quindi, come ho già detto nelle mie osservazioni introduttive, se ci fosse un segno politico concreto da parte di entrambi i legislatori di movimenti significativi, la Presidenza italiana sarebbe più che lieta di cogliere le opportunità offerte per vedere se sia possibile compiere ulteriori progressi. Lo voglio dire chiaramente agli onorevoli Steinruch, Vallina, Urtaşun, Ludvigsson e Honeyball, che hanno in maniera diversa citato il dato che questa direttiva è bloccata da quattro anni. Se sanno e hanno seguito quattro anni di negoziati, sono anche consapevoli degli ostacoli che ci sono in questo negoziato. Non è rimasta quattro anni per caso, è rimasta quattro anni perché ci sono dei fortissimi ostacoli in seno al Consiglio. Quindi, senza modifiche è difficile avanzare dopo quattro anni di stallo.

Ringrazio gli onorevoli Costa, Arena, Regner, García Pérez e Bilbao sulla fiducia che ripongono sulla Presidenza italiana. Io vi confermo il nostro impegno a sviluppare una dimensione sociale e vi confermo il nostro impegno anche a partire da temi, a iniziare bene la cooperazione tra le due Istituzioni in materia legislativa, magari vedendo se sia possibile aprire di nuovo questo dossier. Il lavoro serio è stato fatto dal Parlamento europeo ed è stato fatto dal Consiglio dei ministri. Nonostante la serietà del lavoro fatto dal Consiglio dei ministri e dal Parlamento le posizioni sono molto distanti.

Onorevole Rodrigues, nessuna mancanza di rispetto rispetto alla vostra Istituzione ma, come indicato giustamente dall'onorevole Tarabella, possiamo lavorare su una via mediana di compromesso? Se c'è la volontà politica del Parlamento europeo e del Consiglio di lavorare su una via mediana di compromesso la Presidenza è al vostro fianco per lavorare su questa via. E questo sarebbe, a mio modo di vedere, a nostro modo di vedere, il miglior modo, per avere quel *fresh new start*, quel nuovo inizio che ho sentito con piacere citare dal Vicepresidente Kallas e che, come voi sapete, è il motto della Presidenza di turno italiana del Consiglio dell'Unione europea.

Președinte. - Dezbateră este închisă.

Declarații scrise (articolul 162)

Corina Crețu (S&D), în scris. — Domnule președinte, în anul 2010, Parlamentul European a dat un semnal foarte clar în ceea ce privește necesitatea unei Directive europene privind lucrătoarele gravide. Poziția noastră reprezintă un pas important spre egalitatea dintre femei și bărbați, progresul social și sustenabilitatea economică. Această directivă reprezintă un instrument de creștere a natalității, dar, mai ales, de protejare a femeilor pe durata sarcinii și a maternității, aspecte esențiale pentru realizarea egalității de gen și protecția drepturilor femeilor.

Dienstag, 15. Juli 2014

Extinderea duratei concediului de maternitate până la 20 de săptămâni cu o indemnizație echivalentă ultimului salariu sau garantarea păstrării locului de muncă sunt drepturi de care trebuie să beneficieze orice femeie care trăiește într-o țară europeană. Solicit atât Comisiei, cât și Consiliului să reia negocierile imediat, astfel încât, la finalul Președinției italiene, să avem o propunere de directivă îmbunătățită.

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne. – Považujem za veľmi nešťastné, že EK uvažuje nad zastavením legislatívneho procesu v oblasti zavedenia predĺženej materskej dovolenky, ktorú plánuje zrušiť v rámci programu regulačnej vhodnosti a efektívnosti REFIT. Tento postup je spiatočnícky a ohrozujúci ženské práva a rodovú rovnosť. Je veľmi smutné, že aj v 21. storočí sú ženy trešané za pôrod svojimi zamestnávateľmi, namiesto toho aby im boli vytvorené vhodné podmienky. Som jednoznačne za predĺženie materskej dovolenky zo súčasných 14 týždňov na 20 a takisto si myslím, že zamestnávateľia by mali matkám garantovať návrat na ich predošlú pracovnú pozíciu. Nerozumiem postupu EK, pretože podstatná väčšina veľkých nadnárodných spoločností nie je proti tomuto navýšeniu materskej dovolenky. Razantne odmietam ďalší rozklad sociálnych práv v dôsledku ekonomickej a hospodárskej krízy, pretože napríklad iba v Slovinsku bola v posledných rokoch znížená suma, ktorú zvykli poberať matky počas rodičovského voľna, o 90 %. Pevne verím, že Európska komisia nepodľahne silnejúcej konzervatívnej, náboženskej a krajne pravicovej lobby a bude sa snažiť naďalej znižovať rozdiely medzi mužmi a ženami a chrániť práva žien tak, ako sa k tomu zaviazala. To, že matky počas rodičovskej dovolenky nemôžu pracovať na plný úväzok, ešte neznamená, že nemôžu byť prínosom pre zamestnávateľa.

Krzysztof Hetman (PPE), na piśmie. – Debata o zmianie dyrektywy dotyczącej urlopu macierzyńskiego toczy się już od 6 lat. Pokazuje to, jak rozbieżne są w tej materii stanowiska poszczególnych państw członkowskich i Parlamentu Europejskiego. Mimo tego trudnego procesu uważam, że błędem byłoby wycofanie projektu dyrektywy. Rozumiem argumenty państw członkowskich mających problem z zaakceptowaniem propozycji dyrektywy, wiem jednak na przykładzie mojego kraju – Polski – że w kwestii urlopów macierzyńskich istnieją skuteczne sposoby na godzenie kwestii społecznych i gospodarczych. W Polsce już od kilku lat staramy się rozszerzać uprawnienia pracujących rodziców, nie tylko poprzez wydłużanie urlopów macierzyńskich, ale również poprzez wprowadzanie elastycznych form korzystania z nich. Zdaję sobie sprawę, że jest to wysiłek budżetowy, myślę jednak, że biorąc pod uwagę dzisiejsze wyzwania demograficzne, powinien być on traktowany inwestycyjnie. Zaniechanie tego typu działań jest bowiem w moim przekonaniu działaniem krótkowzrocznym, przenoszącym dzisiejsze oszczędności na obciążenia systemów emerytalnych naszych dzieci.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE), kirjallinen. – On valitettavaa, ettei äitiysvapaadirektiivistä päästy sopuun viime kaudella ja että komissio vetää direktiivin pois. Kyseessä oli tärkeä direktiivi, jolla äitiysvapaan minimikestoa ja korvaustasoa olisi parannettu EU:ssa. Direktiivi olisi ollut minimiharmonisointia eikä olisi estänyt jäsenmaita säätämästä paremmasta äitiysvapaan tasosta. Direktiivi olisi ollut tärkeä sisämarkkinoiden kannalta. Se olisi luonut tasa-arvoisempia kilpailuedellytyksiä eurooppalaiselle elinkeinoelämälle. Jo yhden prosentin nousu naisten työllisyysasteessa olisi riittänyt kattamaan direktiivistä aiheutuvat kustannukset. Suurempi syntyvyys parantaa talouskasvua korkean tulotason maissa. Syntyvyys on korkeinta maissa, joissa hyvät perhevapaat ja lastenhoitopalvelut tasaavat lapsista aiheutuvaa räsistusta. Samoissa maissa naisten työllisyysaste on korkein. Direktiiviehdotuksessa vaadittiin, että äitiysvapaa on luettava työssäolojaksoksi eläkeitä laskettaessa. Direktiivi olisi kaventanut naisten ja miesten tulokehityksen välistä kuilua.

Alessia Maria Mosca (S&D), per iscritto. – A causa della crisi economica il tasso di natalità all'interno dell'Unione europea ha ricominciato a scendere, così come il livello dell'occupazione femminile: dati che erano, purtroppo, già preoccupanti persino prima di questo difficile momento. È assolutamente necessario, dunque, che Commissione e Consiglio riconsiderino la decisione di applicare il REFIT a questo progetto di direttiva. Ora più che mai abbiamo bisogno di rinsaldare i diritti relativi non solo alla maternità ma in generale alla genitorialità, innovazione che questo testo apporta con l'introduzione di due settimane di congedo di paternità obbligatorio. L'Unione europea è molto di più di una serie di accordi economici e deve fondarsi sulla tutela e l'ampliamento dei diritti e delle libertà fondamentali. Questa è l'occasione per dare applicazione concreta a queste dichiarazioni e dimostrare la serietà delle nostre intenzioni. Dobbiamo trovare le soluzioni non ideologiche ma pragmatiche che ci consentano di fare un passo avanti. Tutti i cittadini europei ci guardano e non possiamo permetterci di deluderli.

Dienstag, 15. Juli 2014

Sirpa Pietikäinen (PPE), kirjallinen. – Komissio päätti vetää pois esityksen pitkään neuvotteluissa olleesta raskaussuoja-direktiivistä. Parlamentin jo hyväksymä esitys jäi pöydälle, kun monet jäsenmaat eivät kustannusten pelossa halunneet viedä aloitetta eteenpäin. Komission päätös on erittäin valitettava ja omalta osaltaan kielii siitä, että naisten oikeudet nähdään usein toissijaisina. Direktiivillä olisi luotu minimipituus ja parempi korvaustaso eurooppalaisille äitiyslomille - myös isyysvapaalle ehdotettiin kahden viikon minimimittaa. Monessa jäsenmaassa vanhempainvapaat ovat yhä lyhyitä ja huonosti korvattuja, mikä vaikuttaa naisten alhaisempaan tulotasoon ja myöhempään eläkekertymään. Neuvottelujen kariutuminen on harmi myös siinä mielessä, että parlamentin esitys on linjassa WHO:n suositusten kanssa äitiysloman pidosta.

Sofia Ribeiro (PPE), por escrito. – Defendo a rápida negociação da matéria, por integrar medidas que se inserem no princípio da igualdade de oportunidades e de tratamento entre homens e mulheres em matéria de trabalho e emprego, competência consignada ao Parlamento Europeu e ao Conselho pelo artigo 157.º do TFUE. Mais do que determinar a extensão da licença de maternidade, esta proposta integra questões de equidade salarial, de proibição de despedimento e da proteção no trabalho extraordinário da trabalhadora grávida ou puérpera, das condições do seu regresso ao trabalho, do direito ao usufruto da licença pelo pai, da especial proteção à criança portadora de deficiência, entre outras, que requerem uma imediata intervenção. Advogo a determinação de condições mínimas no que concerne à parentalidade, que não prejudiquem nem coloquem em causa outros regimes de licença parental nos Estados-Membros, e no respeito pelo direito de livre escolha, pelo casal, da licença conjunta de que pretendem usufruir.

Claude Rolin (PPE), par écrit. – Monsieur le Commissaire, chers collègues, je ne peux que vous rejoindre sur l'importance de faciliter la conciliation entre vie privée et vie professionnelle, singulièrement pour les femmes enceintes et les jeunes mères. Et permettez que j'y ajoute l'urgence. C'est pourquoi l'annonce du retrait par la Commission européenne de la directive relative à l'allongement du congé de maternité est regrettable. Cette mesure de protection avait reçu l'assentiment du Parlement européen en 2010 et est aujourd'hui mise à mal par l'exécutif. Cette décision constitue ni plus ni moins une régression. Il faut rapidement relancer la discussion en donnant un nouvel élan au dialogue interinstitutionnel, dans la lignée des récentes déclarations du nouveau Président de la Commission, M. Jean-Claude Juncker, et de la Présidence italienne du Conseil. C'est ce renouement du dialogue que j'appelle de mes vœux. Il est nécessaire d'actualiser les positions et de les faire converger pour qu'elles répondent au mieux aux réalités des différents États membres. En matière de protection sociale, dont le congé de maternité fait assurément partie, les avancées sont nécessaires et l'immobilisme n'est plus permis! Je prêterai une attention particulière à l'évolution de ce dossier.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), γραπτώς. – Η συζήτηση που άνοιξε σε επίπεδο ΕΕ για τη λεγόμενη άδεια μητρότητας και κλείνει με την απόσυρση της πρότασης οδηγίας από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή αποκαλύπτει ότι η μητρότητα στην ΕΕ και στον καπιταλιστικό δρόμο ανάπτυξης όχι μόνο δεν προστατεύεται αλλά διώκεται. Ακόμα και όσα προτάθηκαν στο σχέδιο στο όνομα της τυπικής προστασίας της μητρότητας απορρίφθηκαν από τα επιτελεία της ΕΕ και τις αστικές κυβερνήσεις. Κυνικά διακήρυξαν ότι η προστασία της μητρότητας συνεπάγεται κόστος για τους καπιταλιστές. Τα κροκοδείλια δάκρυα των πολιτικών εκπροσώπων των μονοπωλίων στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο στην όλη συζήτηση δεν πείθουν κανένα. Είναι άλλωστε σκληρή η πραγματικότητα της άγριας εκμετάλλευσης στους χώρους δουλειάς, της εργοδοτικής τρομοκρατίας που εναντιώνεται και στη σκέψη μόνο να κάνουν οι εργαζόμενοι παιδιά, πόσο μάλλον να προστατευθεί η μητρότητα. Το ΚΚΕ παλεύει για την ρητή απαγόρευση απόλυσης των γυναικών κατά την εγκυμοσύνη και μετά από αυτήν από τους εργοδότες, την καθιέρωση άδειας κύησης, μητρότητας και πατρότητας με πλήρεις αποδοχές και παροχές, για όλο το χρόνο που επιστημονικά είναι αναγκαίος για τις ανάγκες της ψυχοπνευματικής υγείας της μητέρας και του παιδιού, της σωστής ανατροφής και ανάπτυξης του κατά τους πρώτους μήνες της ζωής του. Διεκδικεί πλήρη και δωρεάν ιατροφαρμακευτική κάλυψη, με δωρεάν όλες τις εξετάσεις πριν και μετά την γέννα.

12. Vernichtung der syrischen Chemiewaffen im Mittelmeer zwischen Griechenland und Italien (Aussprache)

Președinte. - Următorul punct pe ordinea de zi se referă la Declarația Vicepreședintelui Comisiei/Înaltului Reprezentant al Uniunii pentru afaceri externe și politica de securitate privind distrugerea armelor chimice ale Siriei în zona Mării Mediterane, între Grecia și Italia. [2014/2752(RSP)]

Dienstag, 15. Juli 2014

Sandro Gozi, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signora Presidente, onorevoli colleghi, come Lei ha detto l'Alto rappresentante e Vicepresidente Ashton è impegnata a Vienna per dei negoziati legati all'Iran e quindi ho il piacere di intervenire a nome del Consiglio su questo tema.

L'operazione di distruzione delle armi chimiche dell'arsenale siriano ha già prodotto risultati. Risultati che si sono concretizzati nella rimozione delle componenti delle armi chimiche dalla Siria. Noi come Presidenza di turno dell'Unione europea interveniamo a titolo informativo, perché l'Unione ha contribuito a livello di bilancio, ma è un'operazione che è stata svolta da 28 Stati europei, che sono anche membri dell'Unione europea, e non, per quanto riguarda la gran parte delle decisioni delle operazioni, dall'Unione europea in quanto tale. Però certamente è molto importante discutere e informarvi questa sera di questo tema. Certamente è importante anche perché è un obiettivo fondamentale assicurare la sicurezza nel nostro vicinato come Unione europea.

Il piano per la distruzione delle armi chimiche siriane di cui parliamo è stato disegnato, è stato voluto, è stato delineato sotto il controllo dell'Organizzazione per il divieto delle armi chimiche e delle Nazioni Unite e hanno contribuito all'operazione anche l'Organizzazione mondiale per la sanità e il Programma per l'ambiente delle Nazioni Unite. Ovviamente, in questa organizzazione hanno attivamente partecipato alle decisioni delle operazioni i 28 Stati membri dell'Unione europea.

La pianificazione congiunta dell'Organizzazione per il divieto delle armi chimiche e delle Nazioni Unite ha concluso che l'idrolisi delle armi chimiche a bordo della nave americana Cape Ray fosse la soluzione migliore date le circostanze. La nave americana è semplicemente usata come piattaforma, dove le operazioni di idrolisi devono svolgersi. È un processo che in sostanza consiste nel dissolvere i componenti chimici attraverso vari sali, ed è un metodo che è stato utilizzato dagli Stati Uniti per molti anni per distruggere i propri stock di armi chimiche.

La pianificazione è stata resa pubblica, così come le decisioni dell'Organizzazione per il divieto delle armi chimiche attraverso il comitato esecutivo. Una missione tra la suddetta Organizzazione e le Nazioni Unite ha organizzato anche due grandi eventi di informazione, uno tra l'altro a bordo della nave Cape Ray, per spiegare alle principali organizzazioni non governative ambientali e ai media internazionali come le operazioni di rimozione prima dalla Siria e di distruzione poi delle armi chimiche siriane venissero condotte nel pieno rispetto delle leggi nazionali e delle regolamentazioni internazionali. È un processo che è stato utilizzato anche con successo in precedenza nel caso della Libia. Sono state indicate anche tutte le misure prese dalle due organizzazioni per garantire la sicurezza delle operazioni e per garantire la sicurezza ambientale.

L'Unione europea, da parte sua, è consapevole dell'importanza internazionale di questo sforzo. È stata fin dall'inizio all'avanguardia di questa operazione, per quanto potesse contribuire, e lo ha fatto nelle fasi iniziali attraverso un contributo di 5 milioni di euro per avviare le attività della missione congiunta e ha contribuito successivamente anche al *Trust Fund* speciale dell'Organizzazione per il divieto delle armi chimiche con altri 12 milioni di euro, proprio destinati a finanziare la distruzione delle armi. Questi sono gli unici contributi giuridicamente dati dall'Unione europea in quanto tale. Ovviamente, anche altri numerosi Stati membri dell'Unione europea hanno dato importanti contributi finanziari e anche importanti contributi in natura, che voglio assolutamente ricordare. Un particolare apprezzamento della Presidenza del Consiglio va alla Danimarca che, assieme alla Norvegia, ha contribuito con delle navi commerciali alle operazioni e anche sempre alla Danimarca e al Regno Unito per avere dato anche le scorte militari necessarie alle operazioni di rimozione delle armi.

L'Italia da parte sua ha reso disponibile il porto di Gioia Tauro per trasportare una parte, la parte più rilevante e più importante di queste sostanze chimiche, le cosiddette «priorità 1», a bordo della nave americana Cape Ray. Questa è stata una parte essenziale del processo di distruzione. Altri tre Stati membri – Finlandia, Germania e Regno Unito – hanno anche confermato che sono disponibili a contribuire e possono contribuire alla distruzione di ulteriori armi chimiche mettendo a disposizione le loro strutture civili.

Vogliamo anche esprimere il nostro ringraziamento e il nostro apprezzamento al Direttore generale dell'Organizzazione per il divieto delle armi chimiche e al coordinatore speciale delle Nazioni Unite e alle loro squadre per il lavoro veramente eccezionale e per l'impegno che hanno dimostrato durante tutta questa operazione.

Dienstag, 15. Juli 2014

Riteniamo che sia stato solo naturale che l'Organizzazione per il divieto di armi chimiche abbia ricevuto nel 2013 il Premio Nobel per la pace proprio per il suo contributo in questa operazione alla sicurezza e alla pace mondiale.

Le operazioni saranno presto completate e così gli Stati membri dell'Unione e anche, almeno in parte, l'Unione stessa avranno dato un importante e pratico contributo per ridurre in parte le sofferenze in Siria e per contribuire a una pace potenziale sulla quale certamente dobbiamo ancora fare moltissimo nei giorni e nelle settimane che abbiamo davanti.

Massimiliano Salini, a nome del gruppo PPE. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sostengo la richiesta del sottosegretario Gozi che va nella direzione di ottenere quel chiarimento, quella trasparenza a cui le comunità dei paesi membri hanno diritto in termini di informazione. Oltre alle utili parole di chiarimento che sono appena state fornite dal sottosegretario Gozi, ho avuto personalmente la possibilità di avere delucidazioni ulteriori di tipo tecnico dal ministro Galletti, che ha personalmente seguito molte di queste operazioni, in ordine soprattutto alle modalità tecnico-scientifiche con cui viene realizzata appunto l'idrolisi di cui si parlava a bordo della nave americana.

Vi è tuttavia una forte preoccupazione, soprattutto da parte delle popolazioni italiana e greca. Io penso, per quanto riguarda il mio paese, l'Italia, alle popolazioni della Calabria e della Sicilia, in ordine alla garanzia di quel diritto che l'ordinamento internazionale assicura alle popolazioni coinvolte dal disarmo e da operazioni come questa, in ordine all'informazione e alla trasparenza.

Non sono sfuggite alcune notizie, alcuni commenti, che hanno, forse in modo provocatorio, messo in discussione l'effettiva natura pacificatrice dell'operazione in corso e ci si è domandati se non si trattasse piuttosto di una presa di posizione nell'ambito dell'alleanza atlantica tra gli Stati Uniti e la Federazione russa. La domanda quindi riguarda qual è stato il ruolo politico effettivo del governo in questa operazione e una volontà mia di unirmi, insieme al mio paese, alle preoccupazioni delle comunità coinvolte e la necessità quindi che venga assicurato agli Stati membri l'intero diritto all'informazione, alla sicurezza e alla trasparenza che l'ordinamento riconosce loro.

Νότης Μαριιάς, εξ ονόματος της ομάδας ECR. – Κυρία Πρόεδρε, κατ' αρχάς θα θέλαμε να χαιρετίσουμε την απόφαση του Σώματος να συζητηθεί το ζήτημα αυτό. Γνωρίζετε πολύ καλά ότι την προηγούμενη Τετάρτη υποβάλαμε γραπτή ερώτηση για το θέμα και θεωρούμε πλέον ότι η σημαντική πολιτική πρωτοβουλία που αναλάβαμε πρώτα από όλα δικαιώνει τον αγώνα του κρητικού λαού, τον αγώνα των λαών της Μεσογείου, ώστε να υπάρξει ενημέρωση για το ζήτημα αυτό.

Ξεκαθαρίζουμε ότι αυτό το θέμα έχει τεθεί από πάρα πολύ καιρό στην Ελλάδα. Τον Ιανουάριο του 2014 το έθεσα στην Ελληνική Βουλή και αργότερα στο Συμβούλιο της Ευρώπης.

Δεν μας δώσατε απαντήσεις, κ. Gozi. Μάλλον περισσότερες ανησυχίες προκαλούνται με αυτά τα οποία είπατε. Ας δούμε τα πράγματα από την αρχή. Ποιά είναι η ασφάλεια η οποία υπάρχει για το εγχείρημα; Ερώτημα πρώτο: γιατί θα έπρεπε να καταστραφούν τα χημικά της Συρίας με τη μέθοδο της υδρόλυσης εν πλω; Αυτή είναι μέθοδος που εφαρμόζεται για πρώτη φορά στη συγκεκριμένη περίπτωση, και η δραστηριότητα αυτή εξελίσσεται.

Δεύτερον, γιατί να μη γίνει η καταστροφή εκτός της κλειστής λεκάνης της Μεσογείου, σε περιοχή μακρινή, απομακρυσμένη και ακατοίκητη;

Τρίτον, το εγχείρημα πραγματοποιείται, όπως λέτε και γνωρίζετε – και συμμετέχει και η Ευρωπαϊκή Ένωση και έχετε τεράστιες ευθύνες στο ζήτημα αυτό – επάνω στο πλοίο Cape Ray, το οποίο έχει αποδεχθεί ότι είναι ακατάλληλο για αυτές τις διαδικασίες. Δεν μπορεί να γίνει αυτή η διαδικασία. Είναι επικίνδυνη.

Έχετε λοιπόν όλα αυτά τα δεδομένα μπροστά σας και δεν μας δώσατε μια συγκεκριμένη απάντηση. Πρώτα από όλα, δεν είναι διεθνές εγχείρημα. Δεν συμμετέχει πλέον ούτε η Κίνα, ούτε η Ρωσία, και μία φρεγάτα της Γερμανίας αποχώρησε. Είναι εγχείρημα των Ηνωμένων Πολιτειών. Πώς ξέρετε ότι είναι εκτός της κλειστής λεκάνης και βρίσκεται σε διεθνή ύδατα; Πέστε μας ποιο είναι το στίγμα. Προφανώς η υδρόλυση γίνεται αυτή τη στιγμή και θέλουμε να μας πείτε πού.

Ποιά είναι τα μέτρα που υπάρχουν για την ασφάλεια των ιδίων των πολιτών; Υπάρχει τεράστια ανησυχία στο ζήτημα αυτό. Δεν μας δώσατε απαντήσεις για το τι θα συμβεί εάν υπάρξει ένα ατύχημα – απευκαίτο! Ποιό θα είναι το εναλλακτικό σχέδιο; Καμία απάντηση λοιπόν και στο ζήτημα αυτό.

Dienstag, 15. Juli 2014

Σοφία Σακοράφα, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κυρία Πρόεδρε, σήμερα συζητάμε - όχι επειδή το επιλέξαμε, αλλά ως ζήτημα κατεπείγον - για την καταστροφή των χημικών της Συρίας. Και είναι λογικό και επόμενο, όταν την ίδια στιγμή επιτρέπουμε σε συγκεκριμένους να θησαυρίζουν σε βάρος των λαών από την κατασκευή και την εμπορία τέτοιων όπλων· όταν επιτρέπουμε στο πρόσφατο παρελθόν το τίμημα της χρήσης τέτοιων προϊόντων να το πληρώνουν με τη ζωή τους οι λαοί της Γιουγκοσλαβίας, του Ιράκ, της Συρίας και σήμερα της Παλαιστίνης· όταν ανεχόμαστε σήμερα τη χρήση χημικών όπλων από την ουκρανική κυβέρνηση· όταν ανεχόμαστε ακόμη και το κόστος καταστροφής τους να επιβαρύνει οικονομικά, κοινωνικά και περιβαλλοντικά όχι τους κατασκευαστές, τους φορείς εκμετάλλευσης και τους διακινητές, αλλά μόνο τους λαούς.

Είναι λοιπόν υποκρισία να ισχυριζόμαστε ότι υπερασπιζόμαστε την παγκόσμια ειρήνη και ασφάλεια με την καταστροφή των χημικών όπλων της Συρίας, όταν δεν παρεμβαίνουμε εκ των προτέρων και αποφασιστικά για την εξουδετέρωση και την καταστροφή τους σε χώρες που είναι γνωστό ότι κατέχουν τέτοια όπλα και όταν δεν καταλογίζουμε συνολικές ευθύνες για τις συνέπειες της χρήσης τους στους κατασκευαστές και στους διακινητές τους.

Και το αποκορύφωμα της υποκρισίας είναι ότι στην υπόθεση που συζητάμε η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν θέλει και δεν μπορεί να λάβει καμία εγγύηση από τις ΗΠΑ που βαρύνονται με την ευθύνη για επικείμενη απειλή ζημίας, αφού δεν δεσμεύονται από το δίκαιο της θάλασσας που δεν έχουν υπογράψει.

Bodil Ceballos, för Verts/ALE-gruppen. – Fru talman! Det är inte mycket världen är överens om när det gäller situationen i Syrien, men att kemvapnen ska förstöras är ett undantag. De här vapnen har använts i tätbefolkade områden och det finns inga garantier att det inte sker igen – på initiativ av olika parter i konflikten.

Vi Gröna stöder fullständigt både produktion och förstörelse av alla kemvapnen i området – på vägen mot ett Mellanöstern helt fritt från kemvapnen. Det i sig är ett mål som alla stater i ickespridningsavtalet står bakom.

Men att destruera dem är inte ett enkelt och det är inte heller riskfritt och det måste ske under allra största möjliga säkerhet. Att transportera vapnen långa vägar med flyg är inte ett alternativ. Eftersom inget land i närområdet har erbjudit sig att hantera förstörelsen inom sitt territorium har den minst dåliga modellen valts. Det innebär att de först destrueras ombord på Cape Ray på öppet hav för att sedan transporteras vidare till ett antal länder med särskild kapacitet att bränna det giftiga avfallet. För maximal säkerhet borde båten ligga på en plats där den är skyddad mot häftiga väder och vindförhållanden, men ingen stat har som sagt gått med på det.

Som Grön har både jag och mina kollegor full förståelse för både rädslan och protesterna i Grekland och vi menar att det är av största betydelse att hanteringen av vapnen sker med full öppenhet både vad gäller informationen till myndigheter och till medborgare i berörda länder. Vapnen måste förstöras och avfallet likaså och det utan att Medelhavet förstörs.

Piernicola Pedicini, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, vorrei far presente a tutti che lo smaltimento delle armi chimiche con il processo di idrolisi in mare, non in terra, è una pratica del tutto innovativa, che non presenta nessuna esperienza precedente come riferimento.

L'esperienza scientifica, ma anche ogni comune esperienza di vita vissuta, ci insegna che all'inizio di ogni pratica si corrono i maggiori rischi di insuccesso. Allora dove sono finite le procedure in caso di incidente? Quali sono i piani di evacuazione in caso di emergenza ambientale? Perché la popolazione non è stata messa al corrente di tutto questo?

Dico così perché, nella fattispecie, i suddetti rischi li stanno correndo il popolo greco e il popolo del Sud Italia – come al solito – con particolare riferimento alla Calabria, alla Puglia e alla Sicilia. Tutti questi popoli sono già uniti da uno stato comune di estrema povertà. Tutta questa gente è anche unita dall'esposizione a una miriade di altri fattori di rischio derivanti dallo smaltimento legale e illegale dei rifiuti tossici, dalla disseminazione di discariche di vario tipo sul territorio, da ogni forma di incenerimento lecito e illecito, da pratiche estrattive di petrolio e gas metano sia offshore che in terra ferma. Allora noi non vorremmo mai che si stesse affermando un modello in cui le regioni più povere di questa Europa siano per questo destinate a fungere da cavia correndo i maggiori rischi per la propria salute e per la salute dei propri figli.

Dienstag, 15. Juli 2014

Per concludere dico che questa gente vi sta osservando. Questa gente si informa sempre di più e diventa sempre più consapevole di quanto gli sta succedendo intorno. Perciò non vi sorprendete se questo modello di Europa comincia a vacillare. Questa gente prima o poi vi chiederà il conto di tutto questo e lo farà davanti alla storia.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). - Κυρία Πρόεδρε, η καταστροφή των χημικών της Συρίας στη Μεσόγειο, στα ανοικτά της Κρήτης, αποτελεί μια επικίνδυνη ενέργεια με ανυπολόγιστες συνέπειες για τους λαούς και το περιβάλλον της περιοχής. Οι Ηνωμένες Πολιτείες της Αμερικής και η Ευρωπαϊκή Ένωση, μετά το αιματοκύλισμα στη Συρία για την εξυπηρέτηση των συμφερόντων των μονοπωλίων, βάζουν σε κίνδυνο την ίδια την υγεία και τη ζωή των λαών σε ολόκληρη τη Μεσόγειο.

Τόσο η Ευρωπαϊκή Ένωση όσο και η ελληνική κυβέρνηση και οι άλλες κυβερνήσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης αγνοούν προκλητικά και τις διαμαρτυρίες και τα ψηφίσματα και τις καταγγελίες του λαού. Κρύβουν την αλήθεια. Το ΚΚΕ με πρωτοβουλίες και ερωτήσεις στην Ελληνική Βουλή, στην Ευρωβουλή, στην Ύπατη Εκπρόσωπο Catherine Ashton έχει εκφράσει την κατηγορηματική αντίθεσή του. Επίσης, με πρωτοβουλία του κομμουνιστικού κόμματος, δέκα κομμουνιστικά και εργατικά κόμματα της Μεσογείου καταγγέλλουν με ανακοίνωσή τους αυτήν την επιχείρηση.

Το ΚΚΕ θα συνεχίσει την προσπάθεια για την ενίσχυση της αντιμονοπωλιακής αντικαπιταλιστικής λαϊκής πάλης για να αποτραπεί η περιβαλλοντική καταστροφή της περιοχής της Κρήτης και γενικότερα της Μεσογείου, για την υπεράσπιση της ζωής και των δικαιωμάτων του λαού.

Γιώργος Γραμματικάκης (S&D). - Κυρία Πρόεδρε, κατάγομαι από την Κρήτη και είμαι καθηγητής Φυσικής στο εκεί Πανεπιστήμιο. Είμαι συνεπώς σε θέση να εκτιμήσω περισσότερο τους κινδύνους της χημικής υδρόλυσης που έχει επιλεγεί ως η μέθοδος καταστροφής των χημικών όπλων της Συρίας. Σε μια κλειστή θάλασσα όπως η Μεσόγειος ενδέχεται να οδηγήσει σε αμετάκλητη περιβαλλοντική και κοινωνική καταστροφή.

Αισθάνομαι λοιπόν χρέος να διαμαρτυρηθώ εντονότερα για αυτή την εξέλιξη και δεν ησύχασα από τις διαβεβαιώσεις του αξιότιμου κ. Gozi. Οι διαδικασίες υδρόλυσης που έχουν ήδη αρχίσει γίνονται σε κάποιο ασαφές σημείο της θάλασσας εγγύς της Κρήτης ή της Λιβύης με την απουσία επίσημης ενημέρωσης ή παρακολούθησης τους από έγκριτους επιστήμονες.

Έτσι τα ερωτήματα που εγείρονται για την ασφάλεια της μεθόδου αλλά και την επιλογή της Μεσογείου έχουν οδηγήσει τον λαό της Ελλάδος σε αγωνία και οργή αλλά και σε μεγάλα συλλαλητήρια, ιδιαίτερα στην Κρήτη. Η Μεσόγειος είναι μια θάλασσα διασταύρωσης πολιτισμών, έχει όμως υποστεί μεγάλη περιβαλλοντική επιβάρυνση από ποικίλες πηγές. Είναι αίτημα των παράκτιων λαών και πρέπει να γίνει αίτημα όλης της Ευρώπης η ιστορική αυτή θάλασσα να επανέλθει σιγά αλλά σταθερά στον αρχικό της προορισμό. Θα είναι λοιπόν τραγικό αν καταλήξει τώρα στο αντίθετο αποτέλεσμα. Έτσι έστω και την ύστατη αυτή στιγμή επιβάλλεται η αλλαγή πορείας.

Ismail Ertug (S&D). - Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Vernichtung von Chemiewaffen ist eine ernste Angelegenheit. Und weil es eine ernste Angelegenheit ist, kann es meines Erachtens nur unter den höchsten Sicherheitsvorkehrungen erfolgen. Es wäre interessant zu wissen, welche Sicherheitsvorkehrungen bislang konkret unternommen worden sind und welche in der Zukunft unternommen werden. Denn es ist unbestritten, dass hier sowohl Umwelt als auch die Bürgerinnen und Bürger der dortigen Inseln geschützt werden müssen.

Ich denke auch, dass es wichtig ist und zur Akzeptanz dazugehört, dass die Öffentlichkeit involviert wird, dass die Öffentlichkeit Kenntnis davon erlangt, was letztendlich vor den Küsten der Europäischen Union vorstattengeht. Die volle Transparenz gehört letztendlich auch dazu. Sie ist von großer Bedeutung für die Regionen, in denen der Tourismus eine wichtige, wenn nicht sogar die größte wirtschaftliche Haupteinnahmequelle darstellt. Deswegen ist es wichtig und unerlässlich, dass man die transparente Art und Weise der Vernichtung der Chemiewaffen darstellen muss. Man muss den Bürgerinnen und Bürgern erläutern, wie viele Chemiewaffen zu welcher Zeit wann und wo vernichtet werden.

Ich glaube, dass es richtig ist, dass wir die Vernichtung der Chemiewaffen unterstützen, und diesen Weg sollten wir auch gehen, aber in dem Fall wie beschrieben. Man darf dabei nicht vergessen, dass die Unterstützung für ein demokratisches, friedliches Syrien parallel dazu auch gewährleistet sein muss. Das bitte ich Rat und Kommission auch zu beherzigen.

Dienstag, 15. Juli 2014

Sandro Gozi, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signora Presidente, onorevoli deputati, ringrazio tutti i deputati che sono intervenuti. Certamente il dibattito è stato un dibattito importante e benvenuto perché c'è bisogno di informare. C'è bisogno di informare gli onorevoli parlamentari, c'è bisogno di informare, attraverso questo dibattito e l'azione che i singoli governi devono anche fare, le comunità coinvolte e anche spiegare tutte le importanti misure di sicurezza che sono state prese e informare anche delle operazioni durante tutta la durata del processo di smantellamento. Quindi, da questo punto di vista, certamente è bene che ci sia questo dibattito, è bene che ci sia questo dialogo tra la Presidenza di turno, in rappresentanza dell'Alto rappresentante, e il Parlamento.

Ci sono stati dei punti specifici che meritano invece una risposta più specifica. Innanzitutto, confermo che si tratta di un'operazione che agisce nel quadro di una risoluzione ONU e sotto la supervisione anche dell'ONU. In secondo luogo, perché non si potevano fare queste operazioni in Siria? Perché a causa del conflitto, a causa della situazione di insicurezza, era assolutamente impossibile intraprendere un'iniziativa così importante nel pieno del conflitto siriano.

Perché l'idrolisi in mare chiedeva, mi sembra, l'onorevole Pedicini, invocando anche la storia – la storia recente non la invocherei, perché potrebbe portare a risultati diversi da quelli a cui Lei faceva riferimento. Perché non c'era la possibilità di farla in terra. Non c'era la possibilità di farla in terra perché nessun paese della regione ha accettato di condurre a terra la sua operazione a causa delle reazioni negative dell'opinione pubblica. Si tratta delle armi chimiche siriane. Nella prima fase del conflitto siriano, tutto il mondo chiedeva di intervenire per bloccare l'utilizzo delle armi chimiche e per lavorare per un'azione di distruzione delle armi chimiche. Credo che il fatto che adesso questa operazione è in corso vada ampiamente apprezzato, perché all'epoca l'opinione pubblica internazionale, europea e italiana chiedeva a tutti i governi di intervenire proprio per impedire che alle terribili sofferenze del popolo siriano si aggiungesse anche l'inammissibile e odioso uso delle armi chimiche. Ed è questa l'operazione che sta rispondendo a quella richiesta dei cittadini, a quella richiesta delle opinioni pubbliche.

È stato detto che l'idrolisi è sperimentale. È in uso, in base alle informazioni che mi sono state date, negli Stati Uniti da molti anni per la distruzione dei loro stock di armi chimiche. Per quanto riguarda le questioni del materiale legato alle armi chimiche, l'oggetto di queste operazioni sarà stivato nella nave Cape Ray e sarà trasferito, come è stato ricordato anche da uno degli onorevoli parlamentari, in Germania e in Finlandia per bruciarlo. Quindi non saranno, durante questa operazione, delle missioni né in mare né in aria. Sempre per rispondere all'onorevole Grammatikakis e all'onorevole Pedicini, informo che tutte le misure sono state prese dallo staff della nave Cape Ray che è stato formato per rispondere a qualsiasi problema che possa sorgere durante questo processo.

Come ultimo punto si parlava di ipocrisia per quanto riguarda quanto dicevo sull'Unione europea. Ma non si tratta di ipocrisia – non c'è più l'onorevole Sakorafa ma le risponderò lo stesso. Semplicemente l'Unione europea non è parte della Convenzione sulle armi chimiche, non ne è membro, non è neppure membro osservatore, e quindi l'Unione europea come tale non partecipa al consiglio esecutivo che prende le decisioni di questa organizzazione. Come ho detto, invece partecipano 28 Stati europei che sono anche Stati membri dell'Unione europea.

Concludendo, signora Presidente, noi siamo convinti che il programma di distruzione delle armi chimiche siriane sia stato un successo e debba continuare perché è un impegno importantissimo che la comunità internazionale ha assunto e che deve proseguire ed è fondamentale prevenire anche il riuso di queste armi illegali contro il popolo siriano a cui non dobbiamo aggiungere ulteriori sofferenze a quelle che sta già patendo. Abbiamo ricevuto, come dicevo, informazioni specifiche, che in questo dibattito ho condiviso con voi, per quanto riguarda le ragioni per cui questa operazione avviene sulla nave americana e anche le modalità.

All'onorevole Salini posso in conclusione confermare la natura pacificatrice di questa operazione. Non ho nessun dubbio che questa operazione sia un contributo alla pace, che è stato preceduto e che dovrà essere seguito da molti altri contributi, perché parliamo di una situazione in cui sta avvenendo una vera e propria tragedia umanitaria.

Signora Presidente, ringrazio di nuovo tutti i parlamentari per il contributo che hanno apportato a questo dibattito.

Președinte. - Dezbateră este închisă.

Dienstag, 15. Juli 2014

Declarations écrites (article 162)

Cristian Dan Preda (PPE), *în scris*. – În legislatura precedentă, Parlamentul nostru a urmărit îndeaproape chestiunea utilizării armelor chimice de către regimul lui Bașar Al-Assad împotriva propriilor săi cetățeni. Tot în precedentul mandat, am susținut transferul și mai apoi distrugerea arsenalului chimic sirian sub egida Organizației pentru Interzicerea Armelor Chimice, în virtutea rezoluției 2118(2013) a Consiliului de Securitate al Națiunilor Unite. Cred că trebuie să sprijinim în continuare procesul de distrugere a armelor chimice siriene. Acesta e gestionat de o organizație internațională ale cărei eforturi pentru controlarea armelor chimice au fost răsplătite în 2013 cu Premiul Nobel pentru pace. Doresc, pe de altă parte, să salut implicarea în acest proces a Statelor Unite, Marii Britanii și Germaniei, care au asumat responsabilitatea principală. Sunt convins că toate precauțiile necesare vor fi luate pentru a evita consecințe negative pentru mediu, ca și pentru comunitățile locale din Mediterana.

13. Einführung des Euro in Litauen zum 1. Januar 2015 (Aussprache)

Președinte. - Următorul punct pe ordinea de zi este Raportul domnului Werner Langen referitor la propunerea de decizie a Consiliului privind adoptarea de către Lituania a monedei euro la 1 ianuarie 2015 (COM(2014)0324 - 2014/0170(NLE)) (A8-0001/2014).

Werner Langen, Berichterstatter. - Frau Präsidentin! Litauen wird 19. Mitglied der Euro-Zone. Das ist eine gute Nachricht für Litauen, für die baltischen Staaten, für die Stabilität des Euro, für Gesamteuropa und für die Finanzmärkte in der gesamten Welt. Das Parlament gibt grünes Licht für diesen Beitritt: gestern im ECON-Ausschuss mit großer Mehrheit, morgen im Plenum und am 23. Juli im Rat. Herzlich willkommen, Litauen, in der Euro-Zone!

Regierung und Parlament in Litauen haben seit 2006 hart gearbeitet und sämtliche Kriterien erfüllt: ein stabiler Wechselkurs, niedrige Inflation trotz gestiegener Energieabhängigkeit durch die Stilllegung von zwei Kernkraftwerken in Ignalina 2006 und 2009, geringe Zinssätze für die Staatsverschuldung, niedrige Staatsschulden, ein begrenztes Defizit. Das alles ist erreicht worden trotz der gewaltigen Finanzmarktkrise, der Konjunkturreinbrüche und einer in Litauen zu verzeichnenden Drang der Jugend nach außerhalb, sogar einer – wenn man so will – Abwanderungswelle.

Die Zeichen stehen jetzt auf wirtschaftliche Erholung, solide Finanzen und verlässliche politische Rahmenbedingungen. Wir begrüßen Litauen als neunzehntes Mitglied der Euro-Zone, und ich hoffe, weitere werden folgen – vielleicht schneller als erwartet, wenn ich an die Diskussion in Polen denke.

Der Euro selbst ist stabil nach innen und außen mit niedrigen Inflationsraten, einem hohen Kurs zum Dollar – der wichtigsten Währung der Welt – und hat sich als zweite Weltreservewährung etabliert. Aber denjenigen, die den Euro nur als wirtschaftliches Projekt sehen, als Rechnungseinheit, muss man sagen: Der Euro ist ein politisches Projekt. Deshalb sind Urteile, die die politische Dimension übersehen und nur ökonometrische Modelle für Erfolg oder Misserfolg des Euro verantwortlich machen, falsch und kurzfristig. Der Euro hat sich trotz vieler Angriffe behauptet gegen Spekulanten und Finanzmarkturbulenzen, insbesondere gegenüber einzelnen Mitgliedern. Ich denke an diejenigen, die in Schwierigkeiten waren und teilweise noch sind, wie Griechenland, Portugal, Irland oder Zypern.

Natürlich ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt richtig, aber bereits vor 10 Jahren verletzt worden, und zwar von den beiden größten Mitgliedstaaten, von Deutschland und Frankreich. Wir haben in der Zwischenzeit die Vorschriften flexibilisiert, verstärkt, dem Pakt neue Zähne gegeben. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sind gefordert, ihre Zusagen einzuhalten, die wir im Twopack, im Sixpack, im Haushaltssemester beschlossen haben. Die Politik hat den richtigen Mittelweg gefunden zwischen Reformen und Solidarität, mit Garantien und ohne große Beanspruchung der Steuerzahler für die Stabilisierung der Euro-Zone. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren, und in der Verantwortung der Europäischen Zentralbank, die ihren geldpolitischen Spielraum im Rahmen ihres Mandats voll ausgenutzt hat.

Dienstag, 15. Juli 2014

Willkommen Litauen! Der Euro ist unsere gemeinsame Erfolgsgeschichte, so wie der Binnenmarkt, die Friedenssicherung, unser Wohlstand und unser soziales System, die europäische Einigung in Frieden und Freiheit. Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dem Bericht morgen zuzustimmen und für den Beitritt von Litauen zum 1. Januar 2015 ihre Stimme abzugeben.

Siim Kallas, Vice-President of the Commission. - Madam President, I am very pleased to be here today to discuss the euro adoption prospects for Lithuania. I am sure that Parliament can play its full part in the euro area enlargement procedure.

On 4 June the Commission concluded in its convergence report that Lithuania has achieved a high degree of sustainable economic convergence and is ready to adopt the euro on 1 January 2015. The Commission has therefore made a proposal to the Council to this effect.

We have examined Lithuania thoroughly but fairly and fully respecting the principle of equal treatment. The sustainability of convergence has been an integral part of the assessment. Regarding the procedural steps so far: following the Commission proposal, euro area Member States in the Council adopted a recommendation on adoption of the euro by Lithuania and the European Council congratulated Lithuania on fulfilling the convergence criteria in the Treaty. I now invite Parliament to signal its political support for adoption of the euro by Lithuania on 1 January 2015.

After the vote in this Parliament, it is envisaged that the Council will adopt final legislative proposals on adoption of the euro in Lithuania on 23 July to give Lithuania sufficient time to prepare for the 1 January 2015 changeover.

Burkhard Balz, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Zunächst möchte ich unserem Berichterstatter Werner Langen und seinen Schattenberichterstattern sehr herzlich für ihre Arbeit danken. Sie haben unter enormem Zeitdruck, auch aufgrund des Beginns der neuen Legislaturperiode, einen sehr guten, ausgewogenen Bericht vorgelegt. Dieser lässt keine Zweifel daran, dass Litauen bereit ist für die Euro-Einführung.

Litauen hat ähnlich wie seine baltischen Nachbarn Estland und Lettland eine bemerkenswerte wirtschaftliche Entwicklung hingelegt. Beeindruckt hat mich persönlich, dass sich die litauische Regierung trotz eines missglückten Versuchs 2006 nicht von ihrem Weg hat abbringen lassen. Umfangreiche Reformen und Sparmaßnahmen haben sich gelohnt. Die Zahlen sprechen für sich. Sowohl die Empfehlung der Kommission wie auch die Empfehlung der EZB und auch der ECON-Bericht stellen klar, dass die Maastricht-Kriterien klar erfüllt sind. Jetzt gilt es, die bisherigen Anstrengungen beizubehalten, um eine nachhaltige positive Entwicklung der Wirtschaft, auch in Bezug auf die Konvergenzkriterien, zu garantieren.

Gestern wurde im Ausschuss klar abgestimmt: 46 zu 8 bei einer Enthaltung. Das positive Ergebnis der Abstimmung der ECON-Mitglieder der siebten Legislaturperiode am 7. April 2014 wurde somit eindrucksvoll bestätigt. Ich möchte deswegen die Gelegenheit nutzen, um mich ganz klar für den Euro-Beitritt Litauens auszusprechen. Wie schon der Beitritt Lettlands in diesem Jahr ist er ein weiteres starkes Signal für die Euro-Zone. Der Euro bleibt als Währung attraktiv. Ich bin überzeugt, dass wir mit Litauen einen weiteren wichtigen, ja zuverlässigen Partner in der Euro-Zone bekommen werden.

Zum Schluss möchte ich noch anmerken, dass ich als Berichterstatter der Euro-Einführung Lettlands im letzten Jahr sehr verärgert war, dass uns eine Aussprache hier verwehrt wurde. Umso mehr freut es mich, dass wir nun zu einem so wichtigen Thema wie dem Euro-Beitritt Litauens diese Aussprache hier im Parlament führen können.

Paul Tang, on behalf of the S&D Group. – Madam President, I would like to warmly congratulate the Lithuanian Government for the commitment it has shown to integrating into the eurozone, and its government for fulfilling all the criteria for entering into the eurozone. The entry of Lithuania is yet another historic landmark, since the three Baltic countries will now become fully integrated into the European structures, and the S&D Group fully supports that.

While Lithuania fulfils the criteria for entering the eurozone without any problems, there is one problem I would like to draw attention to and that is its high unemployment. I would like to call on the Lithuanian Government to take every possible step towards lowering this unemployment rate and raising employment.

Dienstag, 15. Juli 2014

In summary, the S&D Group looks forward to welcoming Lithuania into the eurozone, hopefully by January 2015, and I hope that we can agree by a large majority on this position in this Parliament.

Roberts Zīle, *ECR grupas vārdā*. – Gribētu sākt ar to, ka sveicu *Langen* kungu — ziņotāju, un arī visus, kas bija iesaistīti šeit kā ēnu ziņotāji, un arī savus lietuviešu kolēģus šeit, Eiropas Parlamentā.

Eiropas Konservatīvo un reformistu grupā, protams, ir ļoti dažādi uzskati par dalību eiro — ir dalībvalstu pārstāvji, kas nemaz neizvērtē dalību eiro, ir tādas valstis, kuras iestājušās eirozonā arī krīzes laikā. Un gribu teikt to, ka ECR vienmēr respektē dalībvalstu izvēli, jo viņa sastāv no ļoti daudziem aspektiem, kāpēc viena vai otra valsts iestājas vai neiestājas eirozonā.

Man pašam ir gandarījums, ka trīs Baltijas valstis ir vienīgās valstis, kuras krīzes laikā eirozonā ir iestājušās šajā eirozonā. Un tas, manuprāt, ir ārkārtīgi būtisks solis ar Lietuvas dalību eirozonā no nākošā gada sākuma. Turklāt šogad, man liekas, eirozona ietver arī ģeopolitisku aspektu, vismaz tādas valstis kā Baltijas valstis, jo nacionāla valūta mazā valstī pie agresīva iniciatora ir zināms apdraudējums.

Tātad apsveicu Lietuvas kolēģus un gribu pateikt, ka visi konverģences ziņojuma kritēriji ir izpildīti, bet vēlētos pateikt divos vārdos par diviem aspektiem, kas minēti arī ziņotāja paskaidrojumos.

Pirmkārt, par finanšu sektoru. Man gandarījums, ka Lietuvas finanšu sektors joprojām ir maz atkarīgs no trešo valstu nerezidentu naudas plūsmām, kā tas diemžēl ir dažās citās valstīs, kā piemēram, manā valstī — Latvijā.

Un otra pozīcija ir par energosektoru Lietuvā, kurā es arī gribētu izteikt visu cieņu Lietuvas pēdējām valdībām, kuras ir radījušas iespēju diversificēt gāzes apgādi enerģētikas sektorā Lietuvā tuvāka nākotnē, kas, manuprāt, ir ārkārtīgi svarīgs sasniegums nākotnei.

Tā kā sveicu Lietuvas kolēģus vēlreiz! Un — Baltijas valstis ir eirozonā.

Paldies!

Rina Ronja Kari, *for GUE/NGL-Gruppen*. – Hr. formand! Valget den 25. maj gav et stort nederlag til de etablerede euro-partier og deres nedskæringspolitik. I dag vil Parlamentet så byde Litauen velkommen i euroen. Og det er klart: Ethvert land har ret til selv at bestemme, om man ønsker at indtræde i euroen. Men i denne sag er der et par store problemer: For det første har Litauen ikke haft en folkeafstemning. Det er et stort problem, at den litauiske befolkning ikke har fået lov til at tage stilling til, om den vil med i euroen. En undersøgelse viser oveni købet, at der er et flertal imod euroen i Litauen. For det andet har vejen mod euroen været hård for befolkningen. Der er gennemført ekstreme nedskæringer i deres velfærd, og der er skabt større ulighed i samfundet. Derfor er det ikke mærkeligt, at befolkningen ikke ønsker euroen, og derfor er det også et kæmpe problem, at I ikke lytter. Det er jo netop det, der gør, at befolkningen stemmer på den yderste højrefløj. Det er ikke i orden! Vi må stå på befolkningens side, og vi må kæmpe imod de uhyrlige nedskæringer.

Michel Reimon, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Meine Fraktion freut sich, dem Bericht zuzustimmen und Litauen im Euro-Raum willkommen zu heißen. Litauen ist bereits im Wechselkursmechanismus und muss die Währungspolitik nachvollziehen. Es ist für uns nicht verständlich, wie man ihnen eine Mitsprache an der Politik vorenthalten kann und dagegen stimmen kann, wenn sie diese Politik schon tragen müssen.

Die Finanzkrise, die Wirtschaftskrise und der Austeritätskurs der Union haben allerdings auch in Litauen Spuren hinterlassen: Ein Sechstel der Bevölkerung ist arbeitslos. Da muss sich etwas tun, dieser Wirtschaftskurs muss sich ändern, auch im Interesse der Litauer und Litauerinnen. Daher werden wir Änderungsanträge stellen, um eine Abkehr vom Austeritätskurs zu verlangen, und wollen auf diese Problematik hinweisen. Wir werden aber dem Bericht zustimmen und Litauen gerne willkommen heißen.

Dienstag, 15. Juli 2014

Rolandas Paksas, *EFDD frakcijos vardu*. – 2004 m. Lietuva stojo į kitokią Europos Sąjungą. Per tuos dešimt metų ji yra neatpažįstamai pasikeitusi: deja, turiu konstatuoti, kad mes nesukūrėme tokios Europos bendrijos, kuria piliečiai galėtų pasitikėti, kuri taptų savasties dalimi daugiau nei pusei milijardo europiečių. Dauguma lietuvių savo ateitį mato mažiau optimistiškai nei prieš 10 metų: turiu omeny socialinę atskirtį, nedarbą ir žmonių nusivylimą.

Šiandien mes čia svarstome euro įvedimą Lietuvoje. Manau, kad lietuvių tautai, prieš daugelį amžių sukūrusiai savo valstybę, jos teisinius pamatus grindusiai ir konstitucijomis, šimtmečiais atkakliai gynusiai savo laisvę ir nepriklausomybę, išsaugojusiai savo dvasią, gimtąją kalbą, raštą ir papročius, tai nėra tik paprastas formalumas. Tai dalies valstybingumo atsisakymas. Daugiau kaip pusė iš 2013 m. pavasarį atliktos apklausos lietuvių buvo neigiamos nuomonės dėl euro įvedimo Lietuvoje.

Gerbiamieji, dauguma Lietuvos žmonių nenori euro. Ir tai ignoruoti paprasčiausiai neturime teisės. Šiandien girdėjau Jean-Claude'o Junkerio pasisakymą. Cituoju: „Noriu, kad ES priartėtų prie žmonių“. Pone Pirmininke, ar įvedant eurą prieš daugumos žmonių valią mes priartinsime ES prie žmonių?

(Kalbėtojas sutiko atsakyti į mėlynosios kortelės klausimą (Darbo tvarkos taisyklių 162 straipsnio 8 dalis))

Antanas Guoga (ALDE), *blue-card question*. – I would ask like to ask Mr Paksas who he is really working for, because I do not think he has even checked the latest ratings of euro popularity. He has not thought about the young people of Lithuania who are the future of Lithuania, who are going to pay the pensions. He is being very populist – and he was a President who was removed from office. He was expelled. That is why he has an opinion. He is a populist. I am ashamed to hear such a speech from him. I would like to ask: who are you representing?

Rolandas Paksas (EFDD), *atsakymas į pakėlus mėlynąją kortelę pateiktą klausimą*. – Labai ačiū už galimybę pasisakyti, kam atstovauja Europos Parlamento narys iš Lietuvos valstybės: nuo šiol, iki šiol, šiandien ir visada – tik Lietuvos valstybei. Jeigu atstovavimas Lietuvos piliečių nuomonei, dar kartą kartoju – piliečių nuomonei, – kurie absoliučia dauguma šiandien nepritaria valiutos pakeitimui, yra populizmas, tai aš su garbe priimu šį žodį.

Bernard Monot (NI). - Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, c'est tout un symbole de voir qu'un des premiers dossiers de cette législature est l'adhésion de la Lituanie à cette zone euro malade. Peu importe l'avis de notre nouveau Parlement puisque la décision est déjà prise. Au diable la majorité des Lituaniens qui étaient contre l'adhésion à l'euro. C'est la logique de cette Europe ultralibérale qui s'empresse d'arracher aux nations leur souveraineté suprême, le droit de battre monnaie et ainsi de s'autofinancer hors des marchés de capitaux.

Le rouleau compresseur de la Troïka avance mais désormais plus de 150 députés réalistes, gardiens de la liberté des peuples, veillent. Faut-il rappeler le bilan accablant de l'euro, cher, depuis douze ans, l'exclusion du chômage de masse, la baisse du niveau de vie, le déclassement social, le décrochage de la croissance et de la compétitivité, un surendettement public insoutenable, une production industrielle qui sombre et une eurodivergence chronique des taux. Le tout assorti d'une facture démente depuis quatre ans à la charge des citoyens pour sauver l'euro et le système bancaire privé. Ces aides publiques et garanties financières déconnectées du PIB représentent rien que pour la France 525 milliards d'euros.

Nous, les euroréalistes, savons que votre variable d'ajustement économique est le chômage et la dévaluation des salaires. Aussi, par solidarité avec nos amis lituaniens, pouvons-nous en âme et conscience leur faire subir la même austérité inefficace et le saccage social qui ont été imposés aux Grecs?

Votre euro monnaie unique, c'est la crise et la guerre économique européenne. La paix c'est l'euro monnaie commune couplée aux monnaies nationales comme toutes les grandes puissances économiques.

Dienstag, 15. Juli 2014

Gabrielius Landsbergis (PPE). - Madam President, I should like to thank my colleagues for all the nice words that we have heard about my country. Today we heard the new President of the Commission saying that the euro is saving Europe and in Lithuania we definitely agree with that. Just yesterday it was announced that according to the latest surveys Lithuanians are back on the list of the biggest euro optimists. We are looking forward to joining the euro area from 1 January next year.

Joining means two things for us. Firstly, that the path of prudent financial planning and austerity measures and structural reforms really works. It is a great acknowledgement of the difficult process that took place in Lithuania. Austerity was not easy, it never is, but now we are the ones to say that it was worth it.

Another reason why euro-optimism is rising is that against the background of the aggression against Ukraine, people want more security and it is clear today that Europe and the euro area are a geopolitical haven that people seek. So once again the upcoming joining by Lithuania of the euro area is a great recognition and a strong message of a united Europe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). - Pirmiausia iš visos širdies noriu pasveikinti savo šalį Lietuvą, kuri dirbo labai daug ir sėkmingai įgyvendino būtinus konvergencijos kriterijus ir turi galimybę nuo ateinančių metų sausio 1 d. prisijunti prie euro zonos šeimos.

Mieli kolegos, Lietuva yra maža valstybė, todėl dalyvavimas euro zonoje tikrai padės mūsų šaliai plėsti prekybos ir finansinius ryšius su kitomis euro zonos valstybėmis, sudarys geresnes sąlygas užsienio investicijoms, o tai kartu skatins ir Lietuvos gyventojų pajamų didėjimą ir kokybišką užimtumą bei darbo vietas. Be to, teigiamą euro įvedimo poveikį gyventojai pajus dar ir dėl sumažėjusių palūkanų naštos, išnykusio lito ir euro keitimo išlaidų, pagaliau mano valstybėje sparčiau augs eksportas, ir mūsų šaliai taip reikalingos investicijos tikrai greičiau ateis į Lietuvą.

Baigdama noriu pasakyti, kad referendumas Lietuvoje buvo surengtas dar prieš stojant į Europos Sąjungą. Tada Lietuvos žmonės pritarė tam, kad būtų šitoje šeimoje ir kad, esant sąlygoms, įsivestų eurą. Tdėl noriu palinkėti, kad ir įvedus eurą Lietuvoje būtų skatinimas ir ekonomikos augimas, ir darbo vietų kūrimas, ir žmonių socialinė gerovė.

Bernd Lucke (ECR). - Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Balz hat darauf hingewiesen, dass diese Entscheidung unter Zeitdruck fällt – eine Entscheidung, die unwiderruflich ist. Die Frage ist: Warum wird dort Zeitdruck ausgeübt? Wir haben die Stresstests des europäischen Bankensystems vor uns; die Ergebnisse liegen noch nicht vor. Wir haben vier Jahre hinter uns, in denen die Finanzkrise besonders schwerwiegend gewesen ist, weil Banken einer Stresssituation nicht haben standhalten können. Aus welchem Grund wird Zeitdruck erzeugt? Warum wartet man nicht ab, bis die Ergebnisse des Stresstests auch für das litauische Bankensystem vorliegen?

Es hat einen Konvergenztest, einen Konvergenzbericht der Europäischen Zentralbank gegeben, in dem die Europäische Zentralbank darauf hingewiesen hat, dass das Kriterium der Preisstabilität nicht gegeben ist. Die Inflationsrate in Litauen ist sehr volatil, vor kurzer Zeit war sie zweistellig, sie ist jetzt fast am Rande der Deflation. Die Preise drohen zu sinken. Preise, die nicht stabil sind, deuten auf schwere makroökonomische Ungleichgewichte hin. Und diese makroökonomischen Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden durch reale Anpassungen, durch Arbeitslosigkeit, durch Einbußen im Einkommen, durch Steuererhöhungen oder was auch immer, wenn es keine Wechselkursflexibilität mehr gibt, wenn es keine autonome Geldpolitik mehr gibt.

Diese Lasten trägt die Bevölkerung. Und dann fragt man sich doch: Aus welchem Grund wird denn die Bevölkerung nicht gefragt? Ich habe hier Redebeiträge gehört von Menschen, die glauben zu wissen, was die litauische Bevölkerung möchte – auf der Basis von Meinungsumfragen. Aber, meine Damen und Herren, wenn man sich so sicher ist, dann könnte man die Bevölkerung auch abstimmen lassen. Es ist illegitim, die Litauer in den Euro aufzunehmen, ohne sie vorher darüber zu befragen, ob sie die Lasten, die aus dem Euro-Beitritt möglicherweise für sie resultieren werden, auch bereit sind zu tragen.

Petras Auštrevičius (ALDE). - Lietuvos prisijungimas prie ekonominės ir pinigų sąjungos – teisingas, logiškas ir tolesnę integraciją į Europos Sąjungą lemiantis žingsnis.

Dienstag, 15. Juli 2014

Susidūrusi su ekonomikos krizės iššūkiais, Lietuva laiku ėmėsi reikiamų sprendimų, ribodama biudžetines išlaidas, spartindama būtinas socialines ir ekonomines reformas. Tai leido išsaugoti ekonominį konkurencingumą, pradėti kurti naujas darbo vietas ir atkurti ekonominį augimą. Jau penkti metai iš eilės Lietuvos ekonomika auga, tai geriausias reformų įvertinimas, kurį patvirtina ir tarptautinės rinkos.

XX a. 9-ajame dešimtmetyje, kai Lietuva vadavosi iš sovietų okupacijos, mes girdėjome daug skatinimų iš Kremliaus: nedarykite, pasilikite ten, kur esate. Tačiau, mieli kolegos, Lietuvos žmonės yra racionalūs, žvelgiantys į ateitį. Jie žino, kokius sprendimus priima, jiems nereikia patarėjų šioje srityje.

Mieli kolegos, sausio mėnesį euras jau kalbės lietuviškai, ir euro monetos jau papildys europiečių kišenes. Aš tikiuosi iš šio Parlamento solidaus ir reikiamo sprendimo.

Bronis Ropė (Verts/ALE). - Aš prisidedu ir sveikinu Lietuvą žengiant šį labai svarbų žingsnį. Vyriausybė daug dirbo, kad atitiktų kriterijus ir galėtų įvesti eurą. Bet, deja, jis įvedamas ir skurdžiausiai gyvenančių gyventojų sąskaita: pensininkų, dirbančių už minimalų atlyginimą ir kt. Todėl šiandien Lietuvoje daugiau gyventojų nepritaria negu pritaria skubotam euro įvedimui.

Siekiant atitikti euro įvedimo kriterijus, krizės metu maži ir vidutiniai atlyginimai buvo sumažinti, jie iki šiol negrąžinti į ankstesnį lygį ir skirtumas nekompensuotas. Tai yra nesąžininga. Kadangi Lietuvoje ekonomika auga ir jau pasiektas iki krizės buvęs lygis, raginu Lietuvos vyriausybę dar iki šių metų pabaigos išspręsti šias problemas ir, tikiuosi, visuomenės nuomonė pasikeis. Manau, tai bus visų laimėjimas.

Marco Zanni (EFDD). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, io non mi permetto di esprimermi, come hanno fatto i colleghi, a favore o contro l'adozione dell'euro da parte della Lituania. Non credo sia una scelta che spetti a me come cittadino italiano. Piuttosto sono veramente preoccupato dal fatto che ai cittadini lituani non sia stata data la possibilità di scegliere se vogliono entrare o meno nella moneta unica.

Come indicato dalla relazione discussa in commissione, i sondaggi mostrano una chiara contrarietà da parte dei lituani rispetto all'introduzione dell'euro. Tuttavia, i vertici politici hanno voluto ignorare deliberatamente ancora una volta l'opinione popolare. Il Movimento cinque stelle è per la democrazia diretta e ritiene fondamentale che per decisioni così importanti la parola debba essere data al popolo. In democrazia il popolo è sovrano. Mi domando perché non si sia fatto un referendum per chiedere ai cittadini lituani che cosa ne pensassero dell'entrata nell'euro. Perché ancora una volta le istituzioni europee non tengono conto della volontà dei cittadini che dicono di rappresentare? Non si può ignorare la volontà del popolo per scelte così importanti. Esiste uno strumento che dà voce ai cittadini e al loro volere: è il referendum popolare, utilizziamolo e rendiamolo istituzionale.

Termino ricordando a tutti voi che se si è consapevoli della forza e del valore delle proprie proposte e delle proprie idee non si deve temere il giudizio popolare. Altrimenti, significa aver paura, ancora peggio aver qualcosa da nascondere.

Barbara Kappel (NI). - Frau Präsidentin, Herr Berichterstatter, meine Damen und Herren! Litauen hat die Konvergenzkriterien also erreicht. Diese Konvergenzkriterien sind im Fall von Litauen beeindruckend. Das ist eine Inflationsrate von 0,6 % – das wurde heute schon gesagt: nahe an der Deflation. Wenn ich dazu einen Vergleich nehmen darf: Die Inflationsrate in meinem Heimatland Österreich im Jahr 2014 ist 1,7 %.

Das Budgetdefizit in Litauen: 2,1 % – auch dieser Wert, wenn ich mit Österreich vergleichen darf: für 2014 2,7 %. Die Bruttoschuldenquote ganz besonders beeindruckend: 39,4 % in Litauen. Wiederum darf ich den österreichischen Wert anführen: 79,2 %. Das heißt, die Staatsverschuldung ist in Österreich fast doppelt so hoch wie in Litauen.

Ich darf den litauischen Kollegen zu diesen Anstrengungen gratulieren, möchte aber gleichzeitig dazusagen, dass offenbar die positive Botschaft dieser Anstrengungen bei den Menschen in Litauen noch nicht angekommen ist. Es liegt uns eine Umfrage aus dem Mai 2013 vor, der zufolge 52 % der Bevölkerung Litauens gegen die Euro-Einführung stimmen. Möglicherweise gäbe es ähnliche schlechte Umfragewerte auch in anderen Euro-Ländern; diese Umfragen gibt es aber nicht.

Dienstag, 15. Juli 2014

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, möchte ich aufgrund der mangelnden Erfüllung der Konvergenzkriterien die Bitte an die Mitgliedsländer richten: Halten Sie die Stabilitätskriterien ein, konsolidieren Sie Ihre Haushalte, und führen Sie endlich die notwendigen Strukturreformen durch!

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Bernd Lucke (ECR), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Kappel, Sie haben die Konvergenzzahlen als beeindruckend bezeichnet. Dabei haben Sie auch auf die Inflationsrate von 0,6 % oder tatsächlich inzwischen 0,3 % verwiesen. Aber was ist beeindruckend daran, wenn man in der Nähe der Deflation ist, wo es das erklärte Ziel der Europäischen Zentralbank ist, eine Inflationsrate von 2 % zu haben, damit man nicht in den Bereich der Deflation rutscht? Ist es nicht vielmehr so, dass das ein Alarmzeichen dafür ist, dass in Litauen auch massive wirtschaftliche Probleme vorliegen?

Barbara Kappel (NI), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Zwei Dinge dazu: Beeindruckend ist es für mich, wenn ein Land es schafft, innerhalb weniger Jahre von einer zweistelligen Inflationsrate auf 0,6 % zu kommen.

Natürlich ist es in gewisser Weise beunruhigend. Sie haben völlig Recht: Die Preisstabilität ist nach Auskunft der EZB in dem Fall noch nicht gegeben. Da – Sie haben völlig Recht – muss man weiter Obacht geben.

Othmar Karas (PPE). - Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Lucke dreht die Argumente, wie er sie gerade braucht. Zuerst hat er den Eindruck erweckt, als würde Litauen überhaupt nicht die Kriterien erfüllen. Ich muss schon sehr deutlich sagen: Der Bericht der Kommission sagt klar, dass Litauen jetzt alle rechtlichen und wirtschaftlichen Anforderungen erfüllt, darunter Vereinbarkeit der Rechtsvorschriften mit dem Vertrag, Preisstabilität, solide und nachhaltige öffentliche Finanzen, Nachhaltigkeit der Konvergenz und Wechselkursstabilität. Die Kommission analysiert auch die Faktoren, und Sie haben so getan, als würde die EZB das Gegenteil sagen. Das tut sie nicht. Sie kommt zu den gleichen Schlussfolgerungen. Sie weist nur darauf hin, dass es eine große Herausforderung sein wird, die Inflationsrate in Litauen niedrig zu halten. Wir haben Länder, in denen die Inflationsrate zu gering ist, und wir haben Länder, in denen sie zu hoch ist. Deshalb haben wir ja die Wirtschafts- und Währungsunion, den Stabilitäts- und Wachstumspakt, damit wir im Binnenmarkt, in der Euro-Zone eine Konvergenz erzielen, die Wachstum und Beschäftigung schafft.

Und wenn wir heute den neuen Kommissionspräsidenten gehört haben: Wir sind ja in einer Situation, in der wir ein brennendes Flugzeug im Flug gelöscht haben. Und wir haben eine noch nicht fertige Wirtschafts- und Währungsunion.

Wir sind glücklich darüber, dass wir an dem Tag, an dem wir zum ersten Mal demokratisch einen neuen Kommissionspräsidenten wählen, auch zeigen können, dass diese Gemeinschaft stärker wird, dass wir unsere Ziele weiterverfolgen, dass wir während der Krise zwei neue Mitgliedstaaten in die Euro-Zone und einen neuen Mitgliedstaat in die Europäische Union aufgenommen haben. Wir alle haben hoffentlich das Ziel, aus der Währungsunion eine Wirtschafts- und Fiskal- und eine politische Union zu machen. Herzlich willkommen in der Euro-Zone!

Johan Van Overtveldt (ECR). - Toen ik mijn rijbewijs haalde, waarschuwde de instructeur mij: denk nu niet dat u écht kunt rijden. Waakzaamheid blijft geboden!

Ik denk dat deze waarschuwing vandaag ook geldt voor Litouwen dat na een merkwaardig saneringsbeleid voldoet aan de convergentiecriteria. Maar toch moeten er een paar opmerkingen gemaakt worden in verband met de duurzaamheid van die convergentie.

Ik noem twee zaken: eerst en vooral de inflatie, en vooral de volatiliteit van die inflatie van 10% naar nagenoeg 0% in enkele jaren tijd. Ik noem ten tweede de werkloosheid, die hoog blijft ondanks stevige economische groei.

Dienstag, 15. Juli 2014

De eurozone is een project dat gedragen wordt door solidariteit, maar dat ook noodzakelijkerwijs appelleert aan de verantwoordelijkheidszin. Vandaar dat ik het heel spijtig vind dat er meer en meer geappelleerd wordt aan het flexibeler interpreteren van de voorwaarden van het stabiliteitspact. Als wij de desintegratie van de eurozone willen voorkomen, hebben wij behoefte aan goede chauffeurs en aan strakke verkeersregels die strikt worden nageleefd.

Steven Woolfe (EFDD). - Madam President, there is a Lithuanian proverb that says 'all that glitters is not gold, and all that is sticky is not tar'. The Lithuanian people have taken heed of their proverb, with 55% under a recent Eurobarometer poll stating that their country should not join the euro. But in the time-honoured EU tradition of ignoring the will of the people, the Lithuanians were not offered a referendum. Instead, the government decided to join on its own. Furthermore, at yesterday's economic and monetary dialogue meeting, Mr Draghi stated that the ECB was aware that the Lithuanian economy has extreme variabilities. However, he said it is important to note that it had complied with all the ECB conditions on joining. Well have we not heard that before? Those assurances were given for Greece, Spain and Portugal, and now it is plain for all to see what damage the euro has done to those great countries and what a terrible legacy has been left for the millions of unemployed people across those countries.

We should support those Lithuanians who want a referendum and who oppose joining the euro because they know that for those who champion the euro it glitters but for millions of ordinary people in Europe the euro is certainly not golden.

Georgios Kyrtos (PPE). - Madam President, Lithuania tried to join the euro area in 2006 but it will achieve this in January 2015. This delay has proved very productive for Lithuania and the European Union. The country has had adequate time to prepare itself in a better way to face the challenge and the European Union has found new ways of managing the systemic risks.

In my view, Lithuania's successful participation in the euro area will depend on five factors. Firstly, on the quality of its preparation. Lithuania is much better prepared than Greece was 14 years ago. To give you an example, Lithuania's public debt is less than 40% of GDP, whereas in Greece, my country, it was more than 100 %.

Secondly, Lithuania seems to be in a position to use the period following the adoption of the euro to solve its particular economic problems and catch up with the most advanced members of the euro area in terms of competitiveness.

Thirdly, the euro area has developed a sophisticated control system and therefore the systemic risk has been greatly reduced.

Fourthly, Lithuania has put its finances and its economy in order. It now needs more development opportunities and a better financed banking system.

Finally, Lithuania has to cope with a somewhat unstable international environment but the most probable scenario is that there will not be a major crisis which could deny the country its successful participation in the euro area.

I would just like to congratulate our Lithuanian friends and assure them that the comparison with Greece lacks any substance.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Diane James (EFDD), blue-card question. – I have sat here for perhaps twenty minutes now and I have heard a number of speakers. The point I would like to make is that despite the reassurance of the last speaker, I sense a car crash waiting to happen. Only a few minutes ago one of the speakers highlighted that you need good drivers, but equally you have to have your passengers on board. If, as we have heard in the last few minutes, the passengers in Lithuania were not actually on board, it is very interesting that they still wish to pursue what they have set out upon.

Președinte. - Aș vrea să vă reamintesc că această procedură presupune de fapt o întrebare adresată vorbitorului.

Dienstag, 15. Juli 2014

Νότης Μαρίας (ECR). - Κυρία Πρόεδρε, καλωσορίζουμε τη Λιθουανία στο ευρώ, αν και και θα πρέπει να δηλώσουμε ότι θα προτιμούσαμε να είχε δοθεί το δικαίωμα στους πολίτες της Λιθουανίας να έχουν αποφασίσει με δημοψήφισμα την ένταξη ή μη της χώρας τους στην Οικονομική και Νομισματική Ένωση.

Δράττομαι όμως της ευκαιρίας για να επισημάνω ότι η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα θα πρέπει να πάψει να στηρίζει τις πολιτικές της λιτότητας και της κοινωνικοποίησης των ζημιών των τραπεζών. Αντίθετα θα πρέπει να ενισχύσει τη ρευστότητα και να κόψει χρήμα, προκειμένου να υπάρξει αναθέρμανση της οικονομίας και να δημιουργηθούν δουλειές για τα εκατομμύρια των ανέργων συμπολιτών μας στον ευρωπαϊκό Νότο.

Τέλος, για άλλη μια φορά επισημαίνω ότι η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα θα πρέπει να σταματήσει την κερδοσκοπία της σε βάρος του ελληνικού λαού, αφού έχει αγοράσει ομόλογα ύψους τουλάχιστον 54 δισ. ευρώ με έκπτωση 40% και απαιτεί κάθε φορά να πληρώνονται τα ομόλογα αυτά στην ονομαστική τους αξία, δηλαδή στο 100%, φτωχοποιώντας έτσι ακόμη περισσότερο την εξαθλιωμένη ελληνική κοινωνία.

Gunnar Hökmark (PPE). - Madam President, I think it is important to look at the forest and not just the trees because Lithuania's entry into the euro area now is a sign of achievements, of reforms and changes, of Lithuania having left behind the deep economic crisis. But it is also a sign that there is change going on in the Baltic region where some of the most modern, competitive and stable economies are emerging, not only in the Baltic area but also around the Baltic Sea, with the German economy, Finland, the three Baltic states.

I know that some colleagues are suspicious of everything here but let us look at the big picture – Lithuania now firmly rooted in the European economy. But it is also a sign that you can make the changes.

I think that those of you over there should worry much more about those countries which are not carrying out reforms, not making changes; not those that are showing that you can achieve a fundamental stability by the policies you need. I think you should be much more critical of those which are not trying to be in. From my point of view, from my Swedish perspective, what we now see is a new sign in the Nordic and Baltic region where I think it is even more important for Sweden to enter.

I congratulate Lithuania but I think we can also congratulate Europeans because now we know that you can make a change.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Bernd Kölmel (ECR), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Hökmark! Sie alle – auch Ihre Vorredner – berufen sich sehr stark auf Zahlen, auf Statistiken, die erhoben wurden, wenngleich doch feststeht, dass die Zahlen, die derzeit erhoben werden, wenig belastbar sind. Nicht umsonst werden ja gerade auch die europäischen Rechnungslegungsstandards für die Staaten neu konzipiert. Das geschieht vor dem Hintergrund, dass man weiß, dass die Zahlen derzeit nicht ausreichend belastbar sind. Wie können Sie dann jetzt so sicher sein, dass diese Dinge nachhaltig bewiesen sind?

Gunnar Hökmark (PPE), blue-card answer. – Thank you very much for that philosophical question. The answer is very easy and is that nothing is certain in reality or in life, but sometimes you need to make a judgement. What interests me is how you can be so sure that everything is wrong in a region where one has seen competitiveness and stability merging? How can you be so sure that it is wrong to have an open economy which is giving prosperity and development? How can you be so sure that it is wrong for Lithuania to enter the stable framework of the European economy? How can you be so sure?

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). - Doamnă președintă, felicitări pentru prima dată în această funcție, de a conduce lucrările Parlamentului European. Felicit Lituania pentru performanța de a deveni cel de al nouăsprezecelea stat membru al zonei euro. Lituania a făcut un efort remarcabil, a îndeplinit criteriile de convergență și a demonstrat încă o dată că o țară, indiferent de nivelul de dezvoltare, poate să fie competitivă atât timp cât veniturile și cheltuielile rămân în concordanță cu evoluția productivității.

Dienstag, 15. Juli 2014

Lituania este un exemplu pentru toate celelalte state membre care, atunci când au intrat în Uniunea Europeană, și-au luat angajamentul că vor lua toate măsurile necesare pentru a îndeplini criteriile de convergență și a adopta euro. Din păcate, aceste angajamente sunt lăsate numai la latitudinea statelor membre respective. Consider că atât Consiliul, cât și Comisia Europeană și Parlamentul European ar trebui să fie mai insistente pentru ca acest proces să fie accelerat în toate statele membre care au datoria să îndeplinească criteriile de convergență.

Valdis Dombrovskis (PPE). - Vispirms, apsveicu Lietuvu ar paveikto darbu finansiālās stabilitātes un ilgtspējīgas ekonomiskās izaugsmes nodrošināšanā. Paveikto skaidri raksturo fakts, ka Lietuva izpilda visus Māstrihtas kritērijus un ir gatava eiro ieviešanai ar 2015. gada 1. janvāri.

Eiro ieviešana Lietuvā, līdzīgi kā Latvijā, veicinās ekonomikas izaugsmi un labklājības pieaugumu.

Pirmkārt, tas ļaus nodrošināt zemākas procentu likmes valsts un privātajiem aizņēmumiem, jo valūtas kursa risks starp litu un eiro izzudīs. Arī finanšu tirgi un starptautiskās kredītreitinga aģentūras dalību eirozonā uztver kā pozitīvu ziņu par valsts finansiālo stabilitāti.

Otrkārt, izzudīs valūtas konvertācijas izmaksas starp litu un eiro. Mazās un atvērtās ekonomikās kā Baltijas valstīs tas ir pietiekami nozīmīgs izmaksu faktors.

Treškārt, eiro ieviešana padarīs valsti pievilcīgāku ārvalstu tiešajām investīcijām, jo investoriem ir drošāk un saprotamāk strādāt ar eiro, nevis dažādām mazām nacionālajām valūtām.

Eiro ieviešana Lietuvā ir pozitīva ziņa visām Baltijas valstīm. Tā vēlreiz apliecina Baltijas valstu paveikto finansiālās stabilitātes un ekonomiskās izaugsmes nodrošināšanā, kā arī demonstrē reģiona pievilcību investīciju piesaistei. Līdz ar Lietuvas pievienošanos eirozonai izzudīs arī pēdējā valūtas barjera starp Baltijas valstīm, kas neapšaubāmi veicinās tirdzniecību reģionā. Latvijai tas ir īpaši nozīmīgi, jo Lietuva ir Latvijas lielākais tirdzniecības partneris.

Eiro ieviešana Lietuva ir pozitīva ziņa arī visai eirozonai. Pretēji vēl nesenajām bažām par eirozonas problēmām un pat iespējamo sabrukumu, mēs redzam tieši pretējo — eirozona turpina paplašināties un nostiprināties.

Sveika atvykusi į euro zoną, Lietuva.

Procedura „catch the eye”

Zigmantas Balčytis (S&D). - Pirmiausia noriu padėkoti pranešėjui ir šešėliniams pranešėjams už tą gerą žinią, kuri šiandien iš šios salės bus perduota Lietuvos žmonėms.

Lietuva jau kitais metai turės galimybę prisijungti prie euro zonos ir pradėti naudotis visomis ekonominės ir pinigų sąjungos teikiamomis galimybėmis. Eurais suteiks papildomą impulsą Lietuvos ekonomikai ir šalies gyventojų gerovei, išnyks valiutos kursų rizika, atsiras tvirtos prielaidos mažėti palūkanų normoms, taip pat atsiras didesnė galimybė sparčiau kelti žmonių pragyvenimo lygį. To mes visi Lietuvoje – ir aš pats asmeniškai – siekėme dar 2006 m.

Tai, kad euro įsivedimo sąlygos įvykdytos, rodo, jog Lietuva vėl geba vykdyti atsakingą ekonominę politiką. Dėl to didėja Lietuvos patrauklumas tarp darbo vietas kuriančių investuotojų. Gilesnė Lietuvos ekonominė integracija Europos Sąjungoje kuria palankesnę aplinką ir tarptautinei prekybai. Tikiu, kad dėl euro įvedimo paskutinėje Baltijos valstybėje, šis regionas taps labiau integruotas ir patrauklesnis investuotojams ir vertinantiems jį kaip... *(Pirminkinė nutraukė kalbą)*

Beatrix von Storch (ECR). - Frau Präsidentin! Kommissionspräsident Juncker hat heute Morgen ein wunderbares Bild benutzt zur Beschreibung des Euro. Wir sollten das auf keinen Fall vergessen. Herr Juncker hat gesagt, er hätte Fehler gemacht in Bezug auf den Euro. Aber die Aufgabe war schwierig. Die Aufgabe bestand darin, ein „brennendes Flugzeug im Flug zu reparieren“. Er beschreibt den Euro als ein brennendes Flugzeug, und er versucht, es im Flug zu reparieren!

Wir sollten dieses Bild nicht vergessen. Ich empfehle Herrn Juncker und allen, die ihn unterstützen, darüber nachzudenken, ob man ein brennendes Flugzeug möglicherweise besser notlandet, anstatt es zu reparieren. Man sollte es notlanden und dann löschen und nicht im Flug versuchen, es zu reparieren. Wir sollten an diesem Bild festhalten.

Dienstag, 15. Juli 2014

Antanas Guoga (ALDE). - Madam President, I think that Lithuania joining the euro is a huge achievement. It is an achievement that the whole country is proud of. They actually showed this in the current elections where the pro-European parties dominated. The Liberals had a very successful election, as did the Social Democrats and the Conservatives. All these three parties are pro-euro.

It is also very interesting to note that Lithuania was formerly pegged to the US dollar, and we moved over to trusting the euro a long time ago. We were there. We missed it in 2006 by 0.01%. That is how honest Lithuania is. We should be proud of it. We did not fix our figures to qualify in 2006. We took the pain, we worked hard and we suffered a lot. The people of Lithuania suffered a great deal and we have to live with that. We need the support of Europe. We need investment in Lithuania. We can grow. We are pro-European and Europe should be proud of Lithuania, as I am.

Marju Lauristin (S&D). - Madam President, I want to really congratulate our Lithuanian friends because this is a major achievement, not of the government, but of the Lithuanian people. I am especially glad that this has happened now when, next month, we will be celebrating 25 years of the Baltic Chain. I am happy that the Baltic Chain is again united and we are now united in a new way, in a new Europe, and that we are all ready to go further, together, in the common Baltic and Nordic economic, political and value space. So congratulations from me and from all Estonian Socialists and Democrats.

Marcus Pretzell (ECR). - Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Balz von der CDU hat heute der Regierung Litauens zum Euro-Beitritt gratuliert, insbesondere unter den Vorzeichen, dass bereits 2006 ein missglückter Versuch unternommen worden ist und die litauische Regierung unbeirrt ihren Weg weitergegangen ist. Nun, die Geschichte des Euro ist voll von solchen missglückten Versuchen und der Tatsache, dass man einfach voranschreitet und weiter auf diesem Weg geht. Seit über einem Jahrzehnt läuft das nun schon so. Ich bemitleide die litauische Bevölkerung, die in der Mehrzahl diesen Weg eben nicht mitgehen möchte. Wie der großartige Herr Juncker es vielleicht sagen würde: Herzlich willkommen im brennenden Flugzeug!

Victor Negrescu (S&D). - Doamnă președinte, vreau să felicit și eu Lituania pentru adoptarea monedei euro. În contra-pondere cu cei care credeau că euro va dispărea, Lituania arată că cetățenii europeni își doresc o monedă comună europeană. Și noi, românii, dorim o monedă comună europeană, dorim să facem parte din zona euro și sperăm ca, în 2018, să facem parte din această zonă care reprezintă o elită a Europei.

Euro este moneda unică europeană și trebuie să apărăm acest drept al cetățenilor europeni la mobilitate economică și financiară. Euro îi sperie doar pe cei care speră că trucurile financiare și contabile pot rezolva problemele economice și înlocui buna gestiune bugetară și financiară. Moneda europeană reprezintă un drept al cetățenilor europeni, dar și un simbol al unității și puterii europene.

Avem nevoie de o politică monetară unică, doar așa ne putem apăra împotriva atacurilor economice și monetare declanșate de marile corporații sau de alte state cu interese ascunse. Vedem ce se întâmplă acum în Argentina sau Bulgaria, știm ce s-a întâmplat și în trecut și avem nevoie de euro.

Andrus Ansip (ALDE). - Madam President, Lithuania's euro adoption is a remarkable achievement, both for this beautiful country and for our Union. It shows that the foundations of our currency union are solid, that the work done by all the actors during the crisis has borne fruit. It shows that membership of the euro area is seen as a prerequisite for growth and economic prosperity. Again, I wish to extend my warmest welcome to the euro area to Lithuania.

(Încheierea procedurii „catch the eye”)

Siim Kallas, Vice-president of the Commission. - Madam President, honourable Members, this has been a lively discussion where we could hear all the arguments for and against. I must make some remarks concerning the debate. First of all the Euro Group and Ecofin have both discussed the Lithuanian accession to the euro area and adoption of the euro and unanimously welcomed the results achieved by the Lithuanian people – and this was with the participation of the European Central Bank – so there was no doubt about the performance of the Republic of Lithuania.

Dienstag, 15. Juli 2014

So it is very clear that the convergence evidence is very solid. It has been taken very seriously by all institutions including the European Commission and the European Central Bank. The inflation rate today is more or less coherent with the inflation rate all over the European Union. If you compare it with the inflation rate of 2008, that was a completely different time; you cannot say that this was a volatile time and make some kind of conclusion based on the evidence of 2008.

Some Members of the European Parliament have advocated an autonomous monetary policy which can help to solve some social and economic problems, but I must say that Lithuania has abandoned its autonomous monetary policy – since 2002, if I am correct – so from that year there has been a fixed exchange rate. Lithuania joined the exchange rate mechanism a couple of years later, so it has already been in the system of the European monetary policy, and in this sense there is no change.

What I would also like to say is that people who cannot see the virtues, the positive signs of exchange rate stability should look back at the history of the European Union. From the beginning – 1957, throughout the 1960s – the economic policy of the European Union was poisoned by the constant quarrelling about exchange rates between the Member States. Some Member States changed their exchange rates without warning and this created a real feeling of urgency that if we want to have single functioning market we must also have a functioning and harmonised monetary environment, which means a single currency.

I would, of course, like to say as well that from the Commission's viewpoint all the necessary procedures have been followed, and the Commission has no doubts about the democratic nature of the decision. As a Member from Lithuania said, all Member States who joined the European Union from 1 May 2004 have actually had referendums which contained this question. So it was already decided then; we had referendums in the Baltic countries and this was a part of our accession negotiations and our agreement on how to develop our economic policies further.

Werner Langen, Berichterstatter. - Frau Präsidentin! Ich wundere mich: Alle diese Kritiker, die hier geredet haben, von rechts und links, sind verschwunden. Kein einziger hat sich die Argumente angehört. Das ist kein seriöses Arbeiten! Das ist geschichtsvergessen und unverantwortlich! Die Wortbeiträge heute hier haben nicht das Wahlergebnis der Europawahl widerspiegelt, auch nicht die Meinungsbildung im Europäischen Parlament.

Ich will mit einem Punkt anfangen: Es ist eine legitime Entscheidung. Die litauische Regierung hat einstimmig beschlossen, dem Euro beizutreten. Das Parlament hat mit 81 Prozent – 87 Ja-, 7 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen – den Gesetzen im April zugestimmt. Das ist eine klare demokratische Mehrheit. Alle, die jetzt behaupten, das sei nicht legitim, man müsse eine Volksentscheidung machen, wollen auch nicht zur Kenntnis nehmen, dass nach den jüngsten Umfragen – die hier zitierten sind alle vom Mai 2013 – sich das Meinungsbild gedreht hat. Die Mehrheit ist jetzt für den Euro, und die Zahl wird weiter ansteigen.

Wenn ich dann hier Politiker höre, die sagen, man müsse Souveränität abgeben – natürlich, der Beitritt zur Europäischen Union ist eine Abgabe von Souveränität, selbstverständlich! Und die litauische Regierung, das Parlament, haben Anstrengungen unternommen, die nicht nur ehrenwert sind, sondern von denen sich die Kritiker hier etwas abschneiden können. Deshalb sind wir aus Überzeugung für den Beitritt von Litauen, möglichst bald. Es werden weitere folgen: Schweden, Polen und weitere. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass die Aussagen, die Herr Landsbergis und Herr Dombrovskis und eben der frühere rumänische Ministerpräsident gemacht haben, zutreffen, dass es ein Erfolgsprojekt ist und dass wir das mit voller Kraft unterstützen.

Ich freue mich jedenfalls auf Litauen als 19. Mitglied und hoffe, dass wir im nächsten Jahr über das 20. und 21. abstimmen werden. Von Zeitdruck war gar keine Rede. Der Bericht ist nur deshalb so gemacht: Es war immer so. Ich bin seit 20 Jahren in diesem Parlament im Ausschuss für Wirtschaft und Währung. Es ist immer auf der Grundlage der neuesten Zahlen vom Juni beschlossen worden. Was Herr Lucke zum Zeitdruck gesagt hat – er hat halt keine Ahnung, wie so mancher Professor auch.

Președinte. - Dezbateră a fost încheiată.

Votul va avea loc mâine dimineață, la ora 11.00.

Declarații scrise (articolul 162)

Dienstag, 15. Juli 2014

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Pone Pirmininke, situacija euro zonoje šiuo metu yra labai nestabili ir ši padėtis dar išliks gana ilgai. Esant tokiai situacijai, Lietuvos įstojimas į bendros valiutos zoną būtų klaida. Sava valiuta leidžia pakankamai gerai apsisaugoti nuo neigiamų ekonominės ir finansinės krizės padarinių. Savo ruožtu greitas euro įvedimas iš karto sukels mūsų šaliai problemas, su kuriomis šiuo metu kovoja šalys, įtrauktos į pinigų sąjungą, įskaitant reikalavimą skirti dideles sumas bankrutuojančioms valstybėms gelbėti.

Euras ne vienija, o gilina padalijimus net tarp tų šalių, kurios įsivedė bendrą valiutą. Euras nestiprina, o išsekina Europos Sąjungą kaip vienintelį taip stipriai į recesiją panirusį pasaulio regioną. Šiandien Lietuva turėtų savęs paklausti, ar euras yra patikima valiuta ir ar nebūtų geriau pasilikti savo valiutą, bent iki tol, kol euro zonos situacija bus aiški ir nuspėjama. Atrodo, kad dabartinėje situacijoje euro įvedimo atidėjimas būtų geriausias sprendimas. Ir, kas svarbiausia, būtų saugus Lietuvos gyventojams, nes po galimo įstojimo į euro zoną apsaugotų juos nuo drastiško prekių ir paslaugų kainų padidėjimo, kaip buvo beveik visų įsivedančių eurą šalių atveju.

Negalime leisti, kad euro įvedimo našta atitektų paprastiems Lietuvos gyventojams, kurie ir taip jau kelerius metus kovoja su krize. Lietuva privalo išsaugoti savo valiutą, nes tik nepriklausoma pinigų politika leis lanksčiai reaguoti į ekonominę situaciją Europoje ir pasaulyje.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – O processo de preparação da Lituânia com vista à adesão ao euro constitui um penoso exercício de austeridade forçada através do qual o povo da Lituânia foi sujeito a medidas drásticas com elevados custos sociais e económicos. Ao contrário do que é dito do relatório que suporta esta adesão, este processo foi longe de poder ser considerado um sucesso. Não é, aliás, por acaso que esta adesão foi rejeitada pela maioria da população num referendo em maio de 2013. Com efeito, a Lituânia atravessou nos últimos anos um período de grande recessão, com uma forte contração da economia nacional, perda de poder de compra dos trabalhadores, elevadíssimas taxas de desemprego e uma emigração forçada de parte significativa da sua juventude. Continuamos a considerar que o processo de adesão ao euro representa uma ingerência intolerável nas soberanias nacionais, que perdem assim um importante instrumento de política económica e ficam sujeitas a uma política monetária única ao serviço das grandes potências do centro da Europa, ingerência que é ainda mais evidente quando se trata de decisão que ignorou a vontade do povo lituano.

14. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

15. Schluss der Sitzung

(Sedința a fost închisă la ora 22.30)

Mittwoch, 16. Juli 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 16. JULI 2014

(2022/C 344/03)

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	137
2. Mittelübertragungen: siehe Protokoll	137
3. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	137
4. Benennung der Mitglieder des Beratenden Ausschusses zum Verhalten von Mitgliedern	137
5. Ernennung von vier Mitgliedern der Kommission (Jyrki Katainen, Jacek Dominik, Ferdinando Nelli Feroci und Martine Reicherts) (Abstimmung)	138
6. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	140
7. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll	140
8. Arbeitsplätze für Jugendliche (Aussprache)	140
9. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	177
10. Abstimmungsstunde	177
10.1. Einführung des Euro in Litauen zum 1. Januar 2015 (A8-0001/2014 - Werner Langen) (Abstimmung)	177
10.2. Mitgliederzahl der interparlamentarischen Delegationen (B8-0003/2014) (Abstimmung)	177
11. Stimmerklärungen	177
11.1. Einführung des Euro in Litauen zum 1. Januar 2015 (A8-0001/2014 - Werner Langen)	177
12. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	186
13. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	186
14. Zusammensetzung der Ausschüsse	186
15. Stand der Dinge bei den Zahlungen aus dem EU-Haushalt angesichts nicht abgewickelter EU-Mittelbindungen in bisher nicht da gewesener Höhe (Aussprache)	187
16. Lage im Irak (Aussprache)	201
17. Eskalation der Gewalt zwischen Israel und Palästina (Aussprache)	220

Mittwoch, 16. Juli 2014

Inhalt	Seite
18. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll	238
19. Ernennungen in interparlamentarische Delegationen: siehe Protokoll	238
20. Verbrechen der Aggression (Aussprache)	238
21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	245
22. Schluss der Sitzung	245

Mittwoch, 16. Juli 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 16. JULI 2014**VORSITZ: MARTIN SCHULZ***Präsident***1. Eröffnung der Sitzung***(Die Sitzung wird um 9.05 Uhr eröffnet.)***2. Mittelübertragungen: siehe Protokoll****3. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll****4. Benennung der Mitglieder des Beratenden Ausschusses zum Verhalten von Mitgliedern**

Der Präsident. - Gemäß Artikel 7 des Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments im Bereich finanzielle Interessen und Interessenkonflikte habe ich gestern, am 15. Juli 2014, die fünf Mitglieder des Beratenden Ausschusses zum Verhalten von Mitgliedern ernannt. Diese sind:

Danuta Maria Hübner

Mady Delvaux-Stehres

Sajjad Karim

Francisco Sosa Wagner

Jiří Maštálka

Die beiden Reservemitglieder werden in den nächsten Tagen benannt, weil wir sie noch kontaktieren müssen und noch nicht von allen eine Antwort erhalten haben.

Die fünf ordentlichen Mitglieder können ihre Arbeit unmittelbar aufnehmen. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen für ihre Bereitschaft, mitzuwirken.

*

* *

Herr Glezos, Sie haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Εμμανουήλ Γλέζος (GUE/NGL). - Κύριε Πρόεδρε, χθες το πρωί ο Πρόεδρος Juncker δήλωσε ξεκινώντας την ομιλία του ότι τα όνειρα έχουν θέση εδώ. Ύστερα από λίγο τα όνειρα, τουλάχιστον, της δημοκρατίας καταστράφηκαν όταν αρνήθηκε ο αγαπητός Πρόεδρος Schulz να δώσει τον λόγο στον συνάδελφο Παπαδάκη για να εξηγήσει για ποιο λόγο δεν τον εκφράζει η Le Pen. Ήταν εξήγηση ενός δευτερολέπτου, αλλά ο Πρόεδρος το αρνήθηκε. Θεωρώ ότι αυτό αποτελεί καταστροφή της έννοιας της δημοκρατίας και ζητώ από τον Πρόεδρο Schulz, τον οποίο γνωρίζω πάρα πολύ καλά, να αναγνωρίσει το λάθος του.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Der Präsident. - Herr Glezos! In diesem Hause kann sich jeder zu Wort melden und zur Geschäftsordnung oder zur Tagesordnung eine Bemerkung machen, so wie Sie zum Beispiel gerade. Sie haben sich hier zu Wort gemeldet, ich habe Ihnen das Wort gegeben. Sie haben zwar nicht zur Tagesordnung, auch nicht zur Geschäftsordnung gesprochen, aber Sie konnten sich hier ausdrücken.

Herr Papadakis hat das gestern nicht gemacht. Herr Papadakis hat sich weder zu Wort gemeldet, noch hat er irgendein Signal gegeben, dass er etwas sagen will. Er hat einfach angefangen zu reden. Nun sind wir 751 Kolleginnen und Kollegen. Wenn hier jeder einfach anfängt zu reden, dann ist das auch keine Demokratie mehr, sondern eine Vielstimmigkeit, die dazu führt, dass keiner mehr weiß, wer was gesagt hat. Deshalb habe ich Herrn Papadakis gebeten, zu warten und sich ordnungsgemäß zu Wort zu melden. Wenn er das gemacht hätte, hätte ich ihm das Wort gegeben. Es kann hier nicht jeder mal schnell sagen „Pass mal auf, das interessiert mich hier nicht. Ich sage jetzt mal, was ich hier denke.“ So geht das nicht.

Im Übrigen habe ich Herrn Papadakis die Gelegenheit gegeben, zum Ausdruck zu bringen, dass er als Mitglied der Kommunistischen Partei Griechenlands und als Fraktionsloser sich nicht von Frau Marine Le Pen vertreten fühlt. Das kann ich nachvollziehen, und ich mache es hiermit noch einmal öffentlich, was er sagen wollte: dass Frau Le Pen zwar im Namen der Fraktionslosen gesprochen hat, aber nicht in seinem Namen. Damit, glaube ich, ist das hier allgemein klargemacht worden.

5. Ernennung von vier Mitgliedern der Kommission (Jyrki Katainen, Jacek Dominik, Ferdinando Nelli Feroci und Martine Reicherts) (Abstimmung)

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Abstimmungsstunde.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll)

Mir ist mitgeteilt worden, dass es einen Antrag zur Geschäftsordnung geben soll.

Rebecca Harms (Verts/ALE). - Herr Präsident! Für uns ist es so, dass wir der Meinung sind, wir sollten über die Vorschläge für die Interimszeit in der Kommission, die vier Nachbenennungen, getrennt und nicht im Block abstimmen. Warum ist das wichtig? Meine Fraktion ist in erster Linie davon überzeugt, dass es nicht besonders viel Sinn hat, für drei Monate neue Kommissare zu benennen. Wenn es trotzdem zu der Benennung kommt, obwohl auch der mächtige Kommissar Oettinger, der diese Position vertritt, sich nicht in unserem Sinne durchsetzen konnte, dann glauben wir, dass es wichtig wäre, dass man nach den Anhörungen gestern differenziert seine Meinung zu den verschiedenen Kandidaten zum Ausdruck bringen kann, um auch allen gerecht zu werden. Wir würden jedenfalls nicht pauschal gegen alle stimmen, wenn wir differenziert abstimmen könnten. Die Ergebnisse der Anhörungen waren unserer Meinung nach unterschiedlich. Insbesondere für Herrn Katainen sind wir zu einer negativen Bewertung gekommen. Bitte erlauben Sie, lassen Sie zu, dass die Abgeordneten hier über eine getrennte Abstimmung entscheiden. Ansonsten müssten wir, weil wir diese Nachnominierung für völlig unsinnig und für Geldverschwendung halten, dagegen stimmen oder könnten uns bestenfalls nur enthalten.

(Beifall)

Der Präsident. - Vielen Dank, Frau Harms.

Herr Fox! Betrifft Ihre Wortmeldung diesen Punkt, oder haben Sie einen anderen Punkt?

Ashley Fox (ECR). - Mr President, the ECR Group supports the Green proposal. We believe it is very important that each candidate is treated on his/her merit. There is one candidate that we cannot support and yet your decision will force us to vote against all four. It is also important that Members are aware of the financial consequences of the vote. Can you confirm, Mr President, that by appointing these four interim commissioners they will receive the benefits of being a Commissioner for the rest of their lives, having served for only three months?

Der Präsident. - Die letzte Frage kann ich nicht beantworten. Ich weiß nicht, welche Ansprüche die Kommissare für den Rest ihres Lebens haben. Es wäre schön für sie, wenn es so wäre. Ich werde mich danach erkundigen.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Zunächst einmal hat die Konferenz der Präsidenten festgestellt, dass diese Abstimmung *en bloc* stattfinden soll. Ich habe das gestern in der Konferenz der Präsidenten abstimmen lassen. Es gab eine klare Mehrheit dafür, dass wir hier *en bloc* abstimmen.

Jetzt hat Frau Harms einen Antrag gestellt, einzeln abzustimmen. Wir haben eine Wortmeldung dafür, das war Kollege Fox. Möchte jemand gegen den Antrag von Frau Harms sprechen?

József Szájer (PPE). - Mr President, I would ask, we will be holding another vote very soon on the new College of Commissioners; are we going to vote *en bloc* on that? The decision of the Conference of Presidents is just following the rules, namely that we have now to vote on four Commissioners together. Does that mean you are going to ask for separate votes there as well, or what is your view in this case?

I am not sure that we have to re-write previous decisions all the time just because some colleagues change their minds. In the committees, however, there was an opportunity and my message to these colleagues is as follows. You used this opportunity in the Committee on Economic and Monetary Affairs to vote against. You lost. If you want to lose again here then it is up to you. We are not supporting this separation.

Gabriele Zimmer (GUE/NGL). - Eine Anfrage zur Geschäftsordnung: Ich möchte gerne wissen, ob für die Nachnominierung von Kommissaren die Anwendung der Blockabstimmung zwingend ist, weil es sich hier nicht um die Abstimmung der Kommission insgesamt handelt. Mir ist nicht bekannt, dass beim Nachnominieren von Kommissaren eine Blockabstimmung zwangsweise vorgenommen wird. Das haben wir als Fraktion gestern auch schon zum Ausdruck gebracht.

(Beifall)

Der Präsident. - Frau Zimmer! Die Abstimmung *en bloc* ist eindeutig nicht zwingend. Zwingend ist die Abstimmung *en bloc* über die gesamte Kommission. Zu Nachbenennungen haben wir keine Regeln, sondern das ist in das Ermessen des Hauses gestellt. Das ist der Grund, warum ich gestern in der Vorbereitung dieser Sitzung in der Konferenz der Präsidenten, in der Sie ja anwesend waren, ein Verfahren eingebracht habe. Ich habe dort festgestellt und feststellen lassen – weil ich das eben nicht alleine entscheide und es nicht meine alleinige Entscheidung sein sollte –, wie die Konferenz der Präsidenten, die diese Sitzung vorzubereiten hat, das sieht. In der Konferenz der Präsidenten gab es eine breite Mehrheit dafür, dass hier *en bloc* abgestimmt werden soll.

Jetzt hat Frau Harms beantragt, diese Entscheidung der Konferenz der Präsidenten zu korrigieren und hier in Einzelabstimmung abstimmen zu lassen. Es ist eine Frage der Fairness, dass wir über den Antrag von Frau Harms abstimmen lassen.

(Der Antrag wird per elektronischer Abstimmung abgelehnt.)

Bernd Lucke (ECR). - Herr Präsident! Nach Artikel 38 der Geschäftsordnung hat das Parlament die finanziellen Konsequenzen eines Rechtsaktes, den es begeht, zu prüfen. Es hat die finanziellen Konsequenzen festzustellen. Es ist eben an Sie die Frage gerichtet worden, welche finanziellen Konsequenzen die Wahl der Kommissare für drei Monate haben wird. Das Parlament muss darüber zunächst informiert werden. Sie sind uns die Auskunft schuldig, ehe wir wählen.

Der Präsident. - Diese Kommissare werden gewählt für den Rest der Amtszeit der jetzigen Kommission. Selbige endet am letzten Oktobertag. Die nächste Kommission tritt am 1. November ihr Amt an. Das heißt, die Herren und Damen, über die Sie jetzt abstimmen, treten ihr Mandat mit sofortiger Wirkung an, und es endet am 31. Oktober.

Alle Weiterungen daraus, die dienstrechtlichen wie auch die pensions- und versorgungsrechtlichen Ansprüche, ergeben sich aus den vorhandenen und Ihnen, Herr Lucke, sicher bekannten Verfahrensordnungen für Mitglieder der Europäischen Kommission. Die sind im Hause verfügbar. Alle Mitglieder dieser Kommission und alle Kandidaten haben vorab ihre finanziellen Interessen erklärt. Die pensionsrechtlichen Ansprüche ergeben sich aus den Pensionsverfügungen der Kommission und der europäischen Institutionen, die sicher auch im Intranet dieses Hauses jederzeit im Detail abrufbar sind.

(Zwischenrufe)

Mittwoch, 16. Juli 2014

Wenn diese Ihnen nicht bekannt sind, Herr Lucke, dann überrascht mich das, weil Sie sonst immer den Eindruck machen, Sie seien perfekt informiert.

(Die Abstimmung wird durchgeführt.)

Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

6. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

7. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll

8. Arbeitsplätze für Jugendliche (Aussprache)

President. - The next item is the debate on the Commission statement on youth employment (2014/2713(RSP)).

László Andor, Member of the Commission. - Madam President, in his inaugural address two weeks ago in Strasbourg, the President of the European Parliament outlined to this assembly what he sees as the major challenges facing Europe. The first challenge he mentioned was the shocking level of youth unemployment, which he sees as a source of desperation and hopelessness that constitutes a threat to our democracy. Those are very strong words. As we all know, they are perfectly warranted, mainly, but not exclusively, in respect of the countries and regions of the eurozone periphery, which have been affected by a dramatic rise in youth unemployment in recent years. The Commission has been adamant about keeping youth unemployment at the top of the EU agenda and launched an unprecedented range of measures combining policy and financial support.

I would like to thank the European Parliament for its support both in terms of bringing about the Youth Guarantee and of ensuring adequate resources from the European Union budget. Under the Youth Guarantee, all Member States have committed themselves to ensuring that all young people under 25 receive a good-quality offer of employment, continued education, or an apprenticeship or traineeship within four months of leaving formal education or becoming unemployed. The Youth Guarantee is a major structural reform, as well as a key social investment.

In order to support the implementation of the Youth Guarantee, the Commission launched a European alliance for apprenticeships and put forward a quality framework for traineeships. All 28 Member States have now submitted Youth Guarantee implementation plans as requested by the European Council. I welcome the efforts made by the Member States to put in place the Youth Guarantee schemes. I recognise that this is not an easy task, as it requires strategic reforms.

The Commission has assessed the national Youth Guarantee implementation plans as part of the 2014 European Semester. The analysis shows that progress has been made across the board. However, there are a number of challenges, including strengthening the capacity of public employment services, providing quality offers, reforming education and training systems, and reaching out to inactive young people.

Altogether, 18 Member States received country-specific recommendations focusing on one or several of these points I have just mentioned. A total of eight Member States were invited to act more decisively to implement the Youth Guarantee. Making the Youth Guarantee happen requires that all available resources are there to get started as quickly as possible and achieve concrete results, already in the short term. The European Social Fund, with more than EUR 10 billion every year in the 2014-2020 period, is the most significant source of funding for implementing the Youth Guarantee. In addition, the European Council has agreed to launch a Youth Employment Initiative targeting young people aged between 15 and 24 not in employment, education or training – the so-called 'NEETS' – who live in the regions most affected by youth unemployment. This is a dedicated financial tool worth EUR 6.4 billion which directly targets individuals and supports the implementation of the Youth Guarantee schemes.

Mittwoch, 16. Juli 2014

The initiative should focus on job-creating measures, including well-targeted wage subsidies and recruitment subsidies, apprenticeships and traineeships. It can also support activation measures such as job search guidance and assistance, as well as further training.

The Parliament and Council agreed to frontload the Youth Employment Initiative resources so the EUR 6.4 billion are committed in 2014 and 2015 rather than over the entire period between 2014 to 2020. Parliament also agreed to allow Member States to claim related expenditure from 1 September 2013. This means that the Commission can reimburse the Member States once the relevant operational programmes are adopted. In addition, when a Member State chooses to programme the Youth Employment Initiative under a dedicated operational programme, the Commission can approve it before the adoption of the partnership agreement, thereby speeding up implementation.

Where do we stand now? France and Italy have presented such dedicated operational programmes. The Commission approved them in June and July respectively. As a result, EUR 1.5 billion, or a quarter of the total allocation, has already been committed. In addition, 11 out of the 20 eligible Member States have officially submitted operational programmes covering youth-employment-initiative-related actions. Seven Member States have not yet done so.

Last Friday, the Commission organised a seminar to support Member States in accelerating the programming and practical implementation of the Youth Employment Initiative. On this occasion, the Commission clarified outstanding issues regarding the programming of the Youth Employment Initiative and had bilateral technical meetings with the Member States. Following the seminar, I am sending a letter to ministers, encouraging them to ensure swift completion of the Youth Employment Initiative programming.

The Youth Employment Initiative, together with the Youth Guarantee, should be a reality on the ground as a matter of urgency. We cannot afford to delay the implementation of such a crucial initiative. The Commission encourages Member States to continue their efforts to ensure swift implementation of the Youth Employment Initiative. The Commission will continue to assist them in this endeavour and, at the same time, we also have to continue developing the macroeconomic framework in order to ensure that fiscal and monetary policies become more supportive for growth and job creation in all countries and all regions of the European Union.

David Casa, *fisem il-grupp PPE*. – Iva, għandna sitwazzjoni mhux felici fl-Unjoni Ewropea. F'Marzu ta' din is-sena aktar minn 5 miljun u 3 mitt elf persuna taħt l-età ta' 25 sena kienu qegħda fl-UE.

7 miljun u nofs Ewropew bejn l-etajiet ta' 15 u 24 sena mhumiex impjegati u mhumiex qegħdin fis-sistema edukattiva jew xi forma oħra ta' taħriġ.

Is-sitwazzjoni hija tali li ż-żgħażaġh li qegħdin fil-livelli kollha tal-edukazzjoni, qegħdin isibuha diffiċli biex isibu x-xogħol.

Fiz-żmien medju u dak fit-tul, għandna bżonn nifhmu li sabiex jidhlu aktar persuni fid-dinja tax-xogħol, hemm bżonn ta' aktar nies illi jhaddmu. Għandna bżonn allura li naghmlu miżuri li jsibu aktar nies li jistgħu jhaddmu. Għaliex b'hekk biss jista' jkollna aktar postijiet tax-xogħol biex allura jintlew minn dawk li qegħdin ifittxu x-xogħol.

Iridu nkomplu nistinkaw biex noholqu ambjent favorevoli għan-negozji ż-żgħar u medji sabiex ikomplu jirnexxu u sabiex ikomplu jikbru.

Iżda l-gravità tas-sitwazzjoni titlob illi nużaw assistenza aktar diretta.

Għodod importanti bħalma hija l-garanzija taż-żgħażaġh għandna nilqawhom.

Però għandu jkun hemm finanzjament iktar adegwat.

U aktar importanti, illi l-fondi allokatu biex jintefqu għandhom jintefqu b'mod għaqli u intelligenti.

Mittwoch, 16. Juli 2014

F'dan il-Parlament bhalissa, sinjur Kummissarju, qeghdin nippruvaw nghaqqu l-isforzi taghna bejn il-Gruppi kollha biex insibu kunsens, biex insibu mozzjoni li torbot l-ideat kollha tal-Gruppi politiċi taghna.

Ilbieraħ bil-lejl wasalna, donnu, fadlilna f'it iehor, minn hawn u f'it tal-minuti ohra, f'it iehor sforz biex nghinuk tilhaq dan l-iskop. Ejja naqtgħu darba għal dejjem il-qgħad fost iż-żgħażaġh għaliex dan huwa ta' periklu u dan huwa hażin għaċ-ċittadini taghna Ewropej.

Nixtieq niringrazzja lill-koordinaturi tal-Gruppi kolla għall-isforzi tagħhom. Grazie.

Maria João Rodrigues, on behalf of the S&D Group. – Madam President, I am a former Minister of Labour and now Vice-Chair of the S&D Group on social and economic issues. I have a very difficult question for the Commission but first let me greet Commissioner László Andor, who has done a great deal in a very difficult situation. Commissioner, you fought for job creation, you fought for social investment: investing in people is the right way to invest in Europe. Lastly, you launched the Youth Guarantee.

Now the situation is as follows. In spite of many efforts, the unemployment rate remains very high in Europe, particularly the youth unemployment rate. Beyond that we have divergences, economic and social divergences, between regions and Member States, which never existed in the past. So something is deeply wrong in Europe. I do not believe there is a future for Europe if there is no future for young people in Europe. This means that we need to have a much higher ambition as regards tackling this problem.

My question is therefore very simple. Based on your experience and what has been done so far, which stronger instruments should we have in the European Union to tackle and reduce youth unemployment and stop these economic and social divergences? These divergences are undermining our European ambition, our European project and our European cohesion. We are losing the win-win game we should have in Europe.

So my question for you, Commissioner, is what ideas do you have about that? What is the stronger instrument we should be building together in order to come before our citizens with a convincing response?

Anthea McIntyre, on behalf of the ECR Group. – Madam President, may I take the opportunity to welcome you to the chair and encourage you to keep people to their speaking times. I will try to do my best.

I am really pleased that our first proper session of this Parliament is concentrating on this really important issue of youth unemployment – or youth employment if you want to be positive – and I would like to thank Commissioner Andor for his words.

It is indeed encouraging that Mr Juncker has put job creation as his top priority, but we have to recognise that it is not the Commission that creates jobs, it is not Parliament that creates jobs, it is not even the Member States' governments that create jobs. It is businesses that create jobs. SMEs create 85% of new jobs across Europe. So our job must be to create an environment where businesses can grow and can create jobs, and businesses will only create more jobs and recruit more people if the economic environment encourages growth: if they can rely on a qualified workforce, if labour markets are sufficiently flexible, if labour costs, including wages, are in line with productivity, if social protection systems make work more attractive, and if regulation is proportionate and evidence-based.

We have seen a trend towards more skill-intensive jobs – almost 90% of the jobs expected to be created and become vacant by 2020 require medium or high qualifications – and Europe's education and training systems are not adapted to the business skills needs that we will need in the future years. We need a better supply of science, technology, engineering and maths skills, the STEM subjects, and those are currently not going to match the increasing demands of business. There are encouraging signs and companies are bringing jobs back. We just have to encourage them.

Marian Harkin, on behalf of the ALDE Group. – Madam President, I too would like to welcome my colleague Mrs McGuinness to the chair; I wish you well.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Before the election youth unemployment was the biggest issue for many groups and unfortunately it still is: with 7.5 million young Europeans between the ages of 15 and 24 not in employment, education or training, and 6.8 million in the same situation between the ages of 25 and 30.

At European level we have a number of instruments. We have the Youth Guarantee, we have the Social Fund, we have the Youth Employment Initiative, the Quality Framework for Traineeships, the European Alliance for Apprenticeships and of course the Programme for Employment and Social Innovation.

I suppose in many ways it is too early to really assess the progress made by most of these instruments – for example the Youth Guarantee or the Youth Employment Initiative – but I think it would be fair to say that so far progress is slow and uneven. In this context I think we need a renewed effort from the Commission to encourage Member States to immediately set about the implementation of the Youth Guarantee. I mean, after all, this is supposed to be a flagship project for European Union policy and if we are really serious about its implementation we need to take action.

Obviously I believe youth unemployment needs to be a specific objective within the European Semester and also measures to combat youth unemployment. I am happy that it is included in the country-specific recommendations and the national reform projects and that must remain a priority. I believe too that the Youth Guarantee should be extended to young people under 30.

However we also have to deal with the supply side as well as the demand side and in this context we need to ensure easier access to financing and simpler rules for setting up new businesses. However in many countries, like my own, Ireland, many SMEs are already overburdened with debt. It is not simply a question of easier access to finance – small businesses do not want to take on new borrowings and there is a problem with adequate working capital – so they are caught in a bind. Some mechanisms have to be found to deal with the overhang of debt, otherwise many SMEs will struggle and are doomed to fail.

President. - Ms Harkin, thank you for your kind remarks.

Inês Cristina Zuber, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, há quanto tempo estamos aqui, andamos por aqui, a discutir, a lamentar, a ouvir comiserações, promessas de tudo se fazer para resolver um problema que está a deixar os jovens de uma geração inteira sem a possibilidade de planificarem com segurança e dignidade o seu projeto de vida? É importante percebermos o que se alterou desde então: pouco ou nada. 23 % dos jovens da União Europeia estão desempregados, sendo que em alguns países, como a Grécia e a Espanha, mais de metade dos jovens destes países estão desempregados. Em vários países como o meu, por exemplo, tenta-se hoje manipular as estatísticas, omitindo que uma ligeira diminuição desta estatística se deve antes também à sangria desatada da imigração, ao número crescente de jovens que são forçados a deixar o seu país, situação que só encontra equivalente se regressarmos a tempos da pobreza de há várias décadas atrás quando tínhamos o fascismo. E omitindo também que aqueles postos de trabalho que são criados têm vínculos laborais muito precários, que são substituídos... o trabalho com direitos por trabalho sem direitos.

Agora temos que saber o seguinte: como é que este programa de Garantia Jovem está a diferir, está a ser diferente de todos os outros programas que já existiram antes? Programas ocupacionais e de estágios que não davam nenhuma perspectiva de futuro, mas que existem já há vários anos. E, portanto, no que é que este programa é distinto desses que todos já conhecemos? E, se queremos de facto acabar com a precariedade, uma das chagas que mais compromete o presente e o futuro destes jovens trabalhadores... Precisamos de saber da Comissão Europeia, por favor, para nos compreendermos, porque é que nas recentes recomendações do Semestre Europeu impõem a vários países, como por exemplo o meu, a flexibilização dos salários e a implementação de formas de regulação dos contratos coletivos de trabalho? Portanto, acabar com a contratação coletiva, um dos garantes dos direitos do trabalho. Temos que compreender isso, senão não compreendemos nada do que se está a passar.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Terry Reintke, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Wahlkampf haben wir ohne Unterlass gehört, wie viel getan werden soll, um das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union in den Griff zu bekommen. Meine Fraktion wird dieses Thema in der kommenden Legislatur zu einem der wichtigsten Schwerpunktthemen machen, nicht nur weil es Millionen von jungen Menschen in Europa die Lebensperspektive nimmt, sondern auch weil es langfristig dazu führen wird, dass die europäischen Gesellschaften und die Europäische Union selbst auseinanderbrechen.

Seit Jahren wird jungen Menschen in Europa von einer Sparpolitik erzählt. Es wird erzählt, man müsse öffentliche Haushalte konsolidieren, um neue Beschäftigung zu ermöglichen. Neben den genannten sozialen Konsequenzen dieser Politik ist selbst die Bezeichnung „Sparpolitik“ falsch. Ist es denn sparsam, eine Politik zu machen, die den EU-Mitgliedstaaten laut einer Eurofound-Studie jedes Jahr 153 Milliarden Euro nimmt? Ist es denn sparsam, wenn dieses Geld verschwendet wird, weil im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit nicht genug getan wird?

Dieses Geld und die halbgare Unterstützung werden nicht reichen, um das dramatische Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu lösen. Wir fordern deshalb unter anderem ein Ende der blinden Sparpolitik, die vor allem junge Menschen im Bereich der Bildung und der Arbeitsmarktpolitik betrifft, und stattdessen Investitionen in die Zukunft von jungen Menschen. Wir fordern eine sinnvolle Umsetzung der Jugendgarantie mit mehr Unterstützung von der europäischen Ebene, wie dies auch in der gemeinsamen Entschließung vorgeschlagen wird. Und wir fordern, dass bei vielen anderen Forderungen, die in der Entschließung gemeinsam mit vielen Mitgliedern dieses Parlaments beschlossen werden wird, diesen Worten endlich Taten folgen.

Denn die Frage, ob die Europäische Union in den nächsten Jahren in der Lage sein wird, das Problem von Jugendarbeitslosigkeit zu lösen oder nicht, wird wegweisend sein für das gesamte Integrationsprojekt. Versagen wir, verlieren wir eine gemeinsame Zukunft und eine ganze Generation. Wenn wir es aber gemeinsam schaffen, diese Herausforderung in Solidarität zu meistern, ist das ein erster Schritt für eine sozial gerechte und stabile Europäische Union.

Deshalb: Wir müssen diesen Kampf jetzt ausfechten, bevor es zu spät ist, und jungen Menschen endlich wieder eine Perspektive innerhalb der Europäischen Union geben. Und dabei hoffen wir, die Kommission an unserer Seite zu haben.

Laura Agea, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, senza troppi giri di parole e con riferimento allo sviluppo e alla lotta alla disoccupazione, devo rilevare che, dal 2008 ad oggi, le politiche di coesione adottate dall'Unione europea hanno fallito i loro obiettivi. Hanno fallito nei paesi dell'area mediterranea, hanno fallito in Italia. Più di 25 milioni di uomini e donne in Europa sono senza lavoro. Tre milioni in Italia, il 43% di questi sono giovani. Giovani che ho incontrato anche sabato scorso a Terni e che rischiano il posto di lavoro per gli esuberanti della

***Affrontiamo subito il conflitto tra la tutela della salute e dell'ambiente da una parte e le esigenze dell'occupazione e della produzione dall'altra. Il grido di disperazione di milioni di giovani europei deve risuonare forte in questa assise.**

***I fondi strutturali non hanno dato i risultati sperati. La mobilità geografica e professionale rimane una chimera. L'unica mobilità è quella di milioni di persone spinte dalla disperazione. Le risorse finiscono in mano a politici locali inadeguati. Le risorse devono arrivare alle aziende, al tessuto produttivo, all'economia reale. È necessario dare un taglio alle politiche occupazionali che fanno del precariato un valore assoluto. È necessario dare un taglio alle politiche pensionistiche adottate da ragionieri animati da un'unica preoccupazione: far tornare i conti.**

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). - Κυρία Πρόεδρε, η ανησυχία των αστικών κυβερνήσεων, της Ευρωπαϊκής Ένωσης και όλων ανεξαιρέτα των κομμάτων που την υποστηρίζουν για την ανεργία των νέων είναι και υποκριτική και προσχηματική.

Τα ευρωενωσιακά προγράμματα ανακύκλωσης της ανεργίας δεν στοχεύουν στην ανακούφιση των άνεργων νέων που στερούνται και το επίδομα ανεργίας και την ιατρική περίθαλψη. Αντίθετα, δίπλα στην παραπέρα χρηματοδότηση των μονοπωλίων με ζεστό χρήμα, επιδοτούν τις επιχειρήσεις και με δωρεάν εργασία προωθώντας μεγαλύτερη γενική μείωση των μισθών και γενίκευση της ελαστικής απασχόλησης. Η ψευτοκατάρτιση, η απλήρωτη μαθητεία, το σύνολο της εκπαίδευσης, με βάση τις οδηγίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, παράγει μισοειδικευμένο εργατικό δυναμικό, ευέλικτο στις απαιτήσεις των μονοπωλίων, περιπλανώμενο από κλάδο σε κλάδο και από χώρα σε χώρα. Και γιατί αυτό; Γιατί το φθηνό εργατικό δυναμικό είναι η πρώτη προϋπόθεση για την ανταγωνιστικότητα και τα κέρδη των επιχειρήσεων.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Το Κομμουνιστικό Κόμμα Ελλάδας παλεύει για ουσιαστική προστασία των ανέργων, επίδομα ανεργίας σε όλους χωρίς προϋποθέσεις, ασφάλιση και δωρεάν ιατροφαρμακευτική περίθαλψη για όσο διάστημα διαρκεί η ανεργία, μείωση των τιμολογίων κοινωφελών επιχειρήσεων, καμιά διακοπή ρεύματος και νερού. Παλεύει για να σταματήσει το κυνηγητό των τραπεζών εναντίον τους.

Verónica Lope Fontagné (PPE). - Señora Presidenta, señor Comisario, comenzamos una nueva legislatura y me alegra ver que el empleo juvenil aparece desde el inicio en el orden del día, lo que demuestra el compromiso de este Parlamento con una de las mayores preocupaciones que se viven en Europa.

La crisis nos ha enseñado que no podemos volver al modelo productivo que teníamos hace diez años, sino que tenemos que reinventarnos; para lograrlo, tenemos que comenzar a trabajar desde la educación, adecuándola a las necesidades laborales y basándola en sectores con amplio margen de crecimiento y creación de empleo.

Fomentar el empleo juvenil está completamente ligado al apoyo a las pymes y a los autónomos, principales generadores de empleo a nivel europeo, y, para conseguirlo, tenemos que crear un entorno favorable a su establecimiento y crecimiento, reducir las trabas administrativas y, principalmente, facilitar el crédito.

En la Unión Europea actualmente hay alrededor de dos millones de puestos de trabajo vacantes que se podrían cubrir si se eliminasen todos los obstáculos a la movilidad y existiese una mayor coordinación de los servicios públicos de empleo.

La pasada legislatura —y ya ha dado cuenta de ello el señor Comisario— se aprobaron la Garantía y la Iniciativa Juvenil, que ya están en marcha.

Sin embargo, señor Comisario, para que nuestros jóvenes dispongan de oportunidades profesionales que respondan a sus cualificaciones, tenemos que actuar antes de que aparezcan los problemas. Por ello, quisiera preguntarle si se espera una verdadera estrategia de empleo juvenil a largo plazo claramente definida y dotada de los fondos necesarios para conseguirla.

Y, en segundo lugar, también quería preguntarle si existe alguna propuesta encaminada a favorecer la entrada en el mercado laboral de los jóvenes migrantes, con discapacidad o pertenecientes a la comunidad romaní, que tienen mayores dificultades para encontrar empleo.

Jutta Steinruck (S&D). - Frau Präsidentin! Die immer noch hohe Jugendarbeitslosigkeit ist ein Skandal. Wir Sozialdemokraten fordern seit vielen Jahren rasches Handeln und konkrete Vorschläge, die tatsächlich auch wirken, unter anderem Investitionen in Wachstum zur Schaffung von Arbeitsplätzen oder auch die Jugendgarantie. Was bisher getan wurde, ist zu wenig. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss oberste Priorität haben für alle – für uns hier im Parlament, für die Kommission und auch für den Rat. Das Hin- und Herschieben des Schwarzen Peters, wer schuld daran hat, dass sich nichts bewegt, bringt uns nicht voran. Die 6 Milliarden Euro für die Jugendgarantie sind zu wenig.

Wir müssen die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung unterstützen, auch beim Abrufen der Mittel. Wir müssen auch genau hinschauen. Was wird vor Ort mit den Mitteln gemacht? Wird tatsächlich Jugendarbeitslosigkeit bekämpft? Oder wird die Ursache von Jugendarbeitslosigkeit tatsächlich bekämpft? Wir müssen auch jetzt schon konkrete Vorschläge machen: Wie geht es weiter, wenn die Geldmittel ausgeschöpft sind? Wir müssen sicherstellen, dass nach 2016 auch weitere Mittel vorhanden sind. Und wir brauchen mehr europäische Solidarität, zum Beispiel bei der Konfinanzierung.

Außerdem fordern wir Sozialdemokraten Standards bei der Umsetzung der Jugendgarantie, die Festlegung verbindlicher Ziele zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Rahmen des Europäischen Semesters. Zusätzlich brauchen wir auch europäische Mindeststandards für gute Arbeit, für gute Ausbildungsplätze und gute berufsqualifizierende Praktika. Lohn- und Sozialdumping ist nicht die Lösung der Jugendarbeitslosigkeit.

Ich appelliere an alle, nicht nur medienwirksame Gipfel abzuhalten, sondern die Not einer ganzen Generation genauso ambitioniert anzugehen, wie wirtschaftliche Freiheiten im Binnenmarkt durchzusetzen oder Banken zu retten.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Ruža Tomašić (ECR). - Hvala, gospodo predsjednice. Stopa nezaposlenosti mladih u EU još je uvijek prevelika. Drago mi je da je u ovom domu taj problem prepoznat i da postoji konsenzus o tome kako se njegovom rješavanju mora pristupiti maksimalno ozbiljno.

No, nažalost još uvijek nismo postigli konsenzus oko mjera koje bi bile učinkovite i korisne za sve države članice. Dapače, ja mislim da idemo u krivom smjeru pokušavajući pronaći univerzalno rješenje, bez uvažavanja specifičnosti svake od država članica.

Iz perspektive siromašnijih članica mobilnost mladih predstavlja pogubno rješenje koje samo kratkoročno uljepšava statističke pokazatelje. Na primjer, ako Njemačka treba radnike, dok u pojedinim članicama puno mladih sjedi bez posla, onda logika nalaže da oni sreću potraže u Njemačkoj. To je dakako dobro za Njemačku, ali je pogubno za siromašnije članice koje na taj način putuju prema ekonomskom i demografskom krah.

Ako želimo zdravu Uniju održivih ekonomija, ovom problemu moramo pristupiti na razini pojedine države članice. Prije svega moramo raditi na daljnjem povezivanju obrazovnog sustava i realnog sektora kako bi mladi po završetku školovanja zadovoljavali potrebe tržišta rada.

Također, ključnim smatram poticanje poduzetničkog duha kod mladih i maksimalno olakšavanje pokretanja privatnih tvrtki.

Europa danas mladima nudi nebrojene mogućnosti. Jedina mogućnost koju mladi iz siromašnijih članica trenutno nemaju jest upravo mogućnost opstanka u vlastitoj državi, među svojim najbližima. Ako želimo Europu ujednačenosti, solidarnosti i svijetle budućnosti, to im moramo i omogućiti.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). - Señora Presidenta, señor Comisario, el futuro de Europa son sus 94 millones de jóvenes menores de 30 años. Por ello, como ayer se comprometió también el nuevo Presidente Juncker en su discurso, queremos pedir a la Comisión que urja a los Estados miembros a que opten por el aumento del límite de edad de los receptores de ayudas para el empleo —tales como la Garantía juvenil, pero no solo—, desde los actuales 25 años a los 30, porque siete años de crisis económica han dejado fuera de las ayudas a millones de jóvenes, que están perdiendo la esperanza.

Les pedimos que insten a los Estados a que vinculen las políticas de empleo juvenil a los contratos sostenibles, a contratos de calidad. Pedimos que afronten de una manera inequívoca el subempleo y la precariedad creciente. Pedimos, por favor, que urjan a los Estados miembros a que establezcan también una herramienta preferente y clave, como es la red Eures, la garantía de movilidad y la posibilidad de utilizar los recursos de la Unión para que el empleo disponible sea mejor repartido y mejor utilizado.

Señor Comisario, no podemos permitirnos dejar ni un euro, ni un minuto, ni un recurso disponible sin utilizar para hacer frente a esta insoportable tasa de desempleo juvenil que nos avergüenza a todos los europeos.

Rina Ronja Kari (GUE/NGL). - Fru formand! Der er blevet sagt rigtig mange gode ting i dag om ungdomsarbejdsløshed. Tak for det! Men, kære kolleger, det er altså ikke nok! For det første bliver vi nødt til at være ærlige. Ungdomsgarantien, som den ser ud i dag, har været en fiasko. For det andet er der en alvorlig risiko for, at den bliver misbrugt til at presse arbejdsforholdene og til at skaffe billig arbejdskraft. For det tredje tager den ikke fat om det grundlæggende problem, nemlig EU's nedskæringspolitik, som skaber endnu mere arbejdsløshed blandt de unge.

EU's nedskæringspolitik betyder f.eks. fyring af offentligt ansatte og højere pensionsalder. Det er med til at skabe endnu flere unge arbejdsløse. Det er naturligvis også grunden til, at vi foreslår en radikal ændring af EU's politik. Vi kræver, at EU's nedskæringslinje stoppes, og samtidig skal vi anerkende, at arbejdsmarkedet er vidt forskellige i de forskellige EU-lande. Løsningen er at give medlemslandene mulighed for selv at finde løsninger - uden at gennemtvinge en ensretning. Det skal være muligt at foretage offentlige investeringer i f.eks. uddannelses- og sundhedssektoren, da det kan skabe flere jobs, og det skal være muligt at omrokere i arbejdet, så nogen kan tage efteruddannelse, mens andre passer deres arbejde. Vi har mange forslag, men det kræver en ny kurs. Det kræver, at vi anerkender, at den gamle vej er forkert, og at vi tør gøre noget andet. Lad os starte den nye kurs i dag!

Mittwoch, 16. Juli 2014

Karima Delli (Verts/ALE). - Madame la Présidente, chers collègues, le sommet de Turin du 11 juillet dernier, qui devait débattre de cette question cruciale qu'est le chômage des jeunes a été annulé. Voilà l'image que l'on donne de cette priorité. Malgré des discours incantatoires, malgré les bonnes intentions affichées durant les campagnes, la réalité des politiques en faveur des jeunes reste la même, c'est-à-dire «à la ramasse», en retard et pas du tout à la hauteur des défis.

Qu'attendre encore? Voulez-vous un conflit de génération? Voulez-vous que l'ensemble des jeunes aillent ailleurs qu'en Europe pour trouver un eldorado qui n'existe pas chez eux?

Les jeunes, aujourd'hui, vivent un véritable bizutage social. Le plus frappant a lieu à l'entrée sur le marché du travail, dans cette période de transition qui s'allonge avec notamment les stages; des stages qui ne sont ni reconnus, ni rémunérés et qui sont véritablement une variable d'ajustement de cette jeunesse. Le chômage des jeunes angoisse les jeunes mais il angoisse aussi les familles. Depuis 2008, ils sont soumis à la double peine, alors qu'ils sont les premières victimes de la crise financière et de ses conséquences. L'austérité mise en place par les États membres les enfonce encore plus dans la précarité. Est-il normal que 30 % des 15-27 ans vivent sous le seuil de pauvreté? On devrait être tous debout dans cet hémicycle pour dire non à cela. C'est intolérable! La jeunesse ne doit vraiment pas être cette variable d'ajustement pour l'économie.

Alors, vous parlez tous de la dette. Je vous propose un bon endettement, un mot: investir. Investir dans cette jeunesse, dans l'éducation, dans la formation, dans notre bien commun parce que c'est eux qui feront l'Europe de demain.

Enfin, cette résolution, elle vous appelle, la Commission. Cette nouvelle Commission doit dire que les jeunes ont des droits: droit au logement, droit à un travail décent, droit à un travail rémunéré à sa juste valeur, mais allons plus loin, mettons en place la garantie jeunesse une véritable réalité et, ensuite, soyons ambitieux avec un véritable fonds d'assurance chômage.

Il est grand temps de réconcilier l'Europe, l'Europe des citoyens et pour cela il faut lutter concrètement contre le chômage des jeunes.

Elnökváltás: GÁLL-PELCZ ILDIKÓ asszony

Alelnök

Jonathan Arnott (EFDD). - Madam President, it seems to me that many Members of this place have forgotten that they claim to believe in the principle of subsidiarity. They have forgotten that decisions should be taken at the level closest to the citizen. The challenges facing each of the Member States are varied and different. In my constituency of the North-East of England, almost one in four young people are unemployed. We have the highest levels of youth unemployment in the UK. Our manufacturing industry, which was once the powerhouse of the region, has been decimated. It is European Union legislation which is preventing us from being competitive once more.

Competitiveness is what drives economies forward; it is what is needed to prevent jobs going overseas. In the UK we need to learn from other countries; we need to learn from Germany that there should be no stigma attached to manual jobs. We need to learn that young people should be taught to take as much pride from vocational as from academic routes. Most of all we need an education system that reflects the needs of industry and 21st Century society.

The free movement of workers, which means uncontrolled immigration, causes a massive problem in the UK. That principle might have worked when all EU countries had similar standards of living but, when we have Member States with a minimum wage of 80 pence an hour, migration to the UK becomes a big issue. It causes wage compression and it means experienced workers from other countries are able to take UK-based jobs and deprive British young people of their first step on the career ladder, and what we do not need is misguided European Union intervention.

Mittwoch, 16. Juli 2014

As the President of the EPP's Youth Wing, Costas Kyranakis, has said, the Youth Guarantee Fund is not working. The measures push short-term employment and short-term internships but, when only 9% of interns actually go on to get the job, this is not effective. The International Labour Organisation has said it is ineffective. The Youth Guarantee has come to mean guaranteed failure. Sometimes the answer is not more Europe. The answer is for countries to work together, for national governments to innovate, for us to learn from each other, to learn from best practice and to learn from the many charitable organisations which have a phenomenal success rate in getting young people back into work.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”*. – Doamnă președinte, sunt surprinsă că dumneavoastră, ca europarlamentar, puneți problema interdicției circulației libere a oamenilor în Uniunea Europeană, dar vreau să vă pun o întrebare. Din tot ce ați spus, nu am înțeles ca dumneavoastră să fi propus ceva concret pentru tema de astăzi, și anume creșterea gradului de ocupare la tineri. Dacă puteți, să îmi spuneți o măsură concretă pe care dumneavoastră o propuneți.

Jonathan Arnott (EFDD), *blue-card answer*. – Well, the concrete measure is very simple, is it not? The problem we have at the moment is that we are getting more Europe, we are getting more legislation, more red tape strangling our businesses and of course if we deal with that problem then we will be much more competitive.

And on terms of free movement, is the whole point not that different countries with different standards of living actually have different needs and that when you try to have a one-size-fits-all straitjacket affecting 28 different countries at once, then you know that it is not going to work? The free movement is a principle of the 1950s and the 1960s. We live today in a 21st century society and it is high-time that this place grew up and recognised that the future does not lie with the failed old EU institutions.

(Applause)

Mara Bizzotto (NI). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, in Italia ci sono 10 milioni e 48 mila persone che vivono in condizioni di povertà. Oltre 6 milioni sono poveri assoluti, persone quindi che non riescono ad acquistare beni e servizi per avere una vita dignitosa. Questi numeri sarebbero sufficienti per capire la situazione drammatica in cui vivono milioni di italiani. Ma non basta. In Italia ci sono 3 milioni e 200 mila disoccupati e di questi 700 mila sono giovani dai 15 ai 24 anni.

E sapete cosa ha detto Juncker, quello che giusto ieri è diventato Presidente della Commissione europea? Ha detto che la disoccupazione in Italia è colpa degli italiani. No, cari colleghi! I problemi dei disoccupati italiani, dei cittadini europei, soprattutto dei giovani, nascono qui! Nascono da quest'Europa che non va! Nascono dal fallimento del mercato unico e dal fallimento dell'euro. Salari ridotti all'osso, dumping sociale, mancanza di liquidità per le imprese e perdita di potere d'acquisto dei salari. Basta con questa Europa delle banche e nemica dei cittadini.

Il vostro Presidente Juncker, quello che voi avete votato, ieri ha detto che servono nuovi migranti. Servono 50 milioni di migranti perché serve manodopera, serve forza lavoro. Ma Juncker sa che in Europa ci sono 25 milioni di disoccupati? Sa che in Europa un quarto dei giovani non trova lavoro? Non servono nuovi migranti. Il mercato del lavoro è saturo. Non c'è posto per un solo migrato se non c'è lavoro per i nostri giovani. Dobbiamo aiutare i nostri giovani. Dobbiamo dare speranza e futuro ai nostri giovani. I giovani europei hanno bisogno di un'altra Europa più efficiente e più giusta.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE). - Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, je suis affligée de constater que, ce matin, le Conseil ait laissé ses bancs vides pour une question aussi importante. Et cela n'est que le reflet de ce qui vient de se passer dans le mandat précédent eu égard à cette politique pour l'emploi des jeunes.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Cette politique pour l'emploi des jeunes a été portée par le Parlement et par la Commission. Elle n'a pas été portée par le Conseil. C'est le mal dont nous souffrons aujourd'hui. Parce que, évidemment, c'est la mise en place de cette politique par les États membres qui, aujourd'hui, fait défaut.

J'aimerais revenir sur le fond de cette politique. Cette politique, c'est d'abord appuyer sur le Fonds social européen la garantie jeunesse, qui constitue la lame de fond de notre politique d'ici 2020. L'initiative pour l'emploi des jeunes – et j'ai entendu beaucoup de confusion ce matin – n'est que la partie émergée de l'iceberg. Les 6 milliards d'euros, c'est le *front loading* que nous avons obtenu pour qu'en 2014 et en 2015 il y ait des politiques immédiates qui soient mises en place par les États membres pour la jeunesse.

Évidemment, les chefs d'État et de gouvernement ont été beaucoup plus enclins à faire de la communication sur le sujet qu'à tenir le sommet de Turin, comme le disait Karima Delli tout à l'heure. Aujourd'hui, c'est eux qu'il faut mettre au travail, parce que nous avons besoin de projets. Et cela interroge aussi des politiques qui sont profondément gouvernementales: les sorties sans qualification, donc l'échec dans les formations, l'apprentissage et l'alternance, l'articulation entre la formation académique et la vie professionnelle, les secteurs de formation renouvelés qu'il faut aussi savoir porter. Oui, nous avons besoin que le Conseil s'engage. Oui, il nous faut des formes de contrat pour les jeunes qui soient des contrats stables. Oui, il faut s'occuper des 25-30 ans aussi, qui restent à l'université, parce qu'ils ne trouvent pas de place sur le marché de l'emploi. Il nous faut aider les PME à créer des emplois, susciter la mobilité des jeunes et réguler la fiscalité sur le travail.

Ce n'est qu'à ce prix que nous pourrions mettre avec les chefs d'État et de gouvernement des politiques efficaces d'ici 2015.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – Well, here we are again and all we can hear about is more money, more spending. The question I want to ask is: are you not aware that the answer is never more government? The answer is surely that our young people need work. If they have more opportunities, because the flow of immigrants coming into the countries to fill the jobs is less, surely our young people can then get a footing and a start in the workplace, rather than constantly being undercut and beaten by people coming from elsewhere in the continent who are not required. Our young people need work in their own countries.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), réponse «carton bleu». – Ne comptez pas sur moi, cher collègue, pour penser comme vous que l'emploi des jeunes serait nécessairement lié à la fermeture des frontières. L'emploi des jeunes, c'est forcément des politiques de formation adaptées à l'évolution du marché de l'emploi. L'entreprise, les nouveaux secteurs professionnels qui se profilent d'ici 2020, toutes les études que nous avons faites ici, montrent que nous devons investir dans l'évolution de la formation.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8 du règlement))

Pervenche Berès (S&D), question «carton bleu». – Madame Morin-Chartier, reconnaissez-vous que cette «garantie jeunesse», non seulement nous nous sommes battus pour la mettre en œuvre, mais nous nous sommes battus pour qu'elle puisse bénéficier d'ores et déjà à des jeunes jusqu'à 30 ans? Qu'elle puisse être directement financée par le Fonds social européen et que la France, dans le gouvernement de M. Manuel Valls, se montre parfaitement exemplaire dans sa mise en œuvre puisque nous sommes quasiment le premier pays à avoir mis en œuvre cette garantie jeunesse.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), réponse «carton bleu». – Madame Berès, c'est un peu une question franco-française. Si nous nous sommes battus pour obtenir tout cela, nous nous sommes battus ensemble, vous et moi, avec la Commission et face au Conseil dans de nombreux trilogues.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Je dois dire que, aujourd'hui, en tant que députée européenne, il y a un point qui m'a beaucoup interpellée quand M. le commissaire a fait le compte rendu de la mise en œuvre, c'est le fait qu'aujourd'hui, ce Fonds d'initiative pour l'emploi des jeunes – et je ne veux pas reparler de la garantie jeunesse ici, parce qu'est encore une erreur – ne soit mis en place que dans un tiers des pays européens qui y ont accès. J'appelle les chefs d'État et de gouvernement à se ressaisir.

Marita Ulvskog (S&D). - Fru talman! Jag vill redovisa läget i norra delen av Europa, i Sverige. Även där har vi nämligen idag en mycket hög ungdomsarbetslöshet och därför har vi också beviljats extra stöd genom EU:s ungdomssysselsättningsinitiativ. Nyligen beslutade dock den svenska regeringen att bara betala ut en bråkdel utav EU-pengarna av "budget-tekniska skäl", som den anför.

Staden Avesta i Dalarna är ett av de senaste exemplen på vad detta leder till. Där finns färdiga projekt som omedelbart skulle kunna dra igång om de fick del utav EU-pengarna, men det får de alltså inte nu längre. Det finns mycket man kan kritisera EU för och EU:s agerande för när det gäller hanteringen av den ekonomiska krisen, men det finns också nationella regeringar som inte utnyttjar möjligheten.

Jag vill ställa frågan till kommissionär Andor: Hur ser ni på den minskning av riktade insatser som den svenska regeringen nu har beslutat om när det gäller ungdomsarbetslösheten? Vad kan ni göra? Vad tänker ni göra?

Zdzisław Marek Krasnodębski (ECR). - Pani Przewodnicząca! Jako jeden ze środków zaradczych bezrobociu wśród młodzieży proponuje się zwiększenie transnarodowej mobilności pracowników, co jest oczywiście w interesie tych państw, które – jak np. Niemcy – cierpią na brak siły roboczej.

Swoboda przepływu i osiedlania jest wielkim osiągnięciem Europy. I ja oczywiście nie jestem za zamknięciem granic, tak jak tutaj niektórzy koledzy. Jednak musimy sobie zdawać sprawę ze skutków, jakie emigracja ma dla krajów, z których młodzi ludzie wyjeżdżają. Dotyczy to wielu krajów Europy Środkowo-Wschodniej, na przykład z Polski wyjechało po 2004 r. ponad 2 miliony głównie młodych osób.

Gdyby nie ta emigracja, bezrobocie byłoby znacznie większe. Jednak wyjazd młodych ludzi pogłębia kryzys demograficzny, przyczynia się do stagnacji ekonomicznej i politycznej, odbiera tym społeczeństwom dynamikę. Poza tym emigranci najczęściej pracują dużo poniżej swoich kwalifikacji, nierzadko w warunkach niegodnych, niezgodnych ze standardami danego kraju. Motywem emigracji bywa również chęć założenia rodziny, na którą młodzi ludzie nie mogą sobie pozwolić we własnym kraju.

Dlatego emigracja zarobkowa, która jest skutkiem rosnącej nierównowagi między krajami europejskiego centrum a pozostałymi krajami, nie może być żadnym trwałym rozwiązaniem. Jest tylko potwierdzeniem nierówności między krajami europejskimi. Proszę, żeby we wszystkich programach dotyczących zatrudnienia młodych ten aspekt był również brany pod uwagę.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). - Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, il n'y aura pas de projet européen d'avenir tant que la jeunesse continuera d'être sacrifiée sur l'autel de l'austérité européenne comme aujourd'hui. Le projet dit de «garantie jeunesse» doit donc être plus ambitieux et il doit être transformé pour qu'aucun jeune de 18 à 30 ans, sans exception, ne soit au chômage ou dans la précarité de vie. Il faut lui allouer au moins 21 milliards, comme le demande le Bureau international du travail. L'argent existe pour cela. On a bien trouvé 1 000 milliards pour les banques.

Ce projet doit inclure un mécanisme d'allocation d'autonomie pour chaque jeune lui permettant de se former et d'accéder au premier emploi. Un plan européen de conversion de tous les emplois précaires en emplois stables devrait être envisagé; la mise en place d'un statut européen du stagiaire avec des droits nouveaux et des débouchés sur l'emploi; une action en direction des grandes entreprises pour qu'elles s'engagent sur des objectifs chiffrés de création d'emplois durables des jeunes

Mais, au-delà, je pense qu'il faut un grand plan européen d'investissement d'avenir pour les services publics et la transition écologique; la mise en place dans chaque pays d'un salaire minimum puisque M. Juncker s'y est engagé hier; de plus, le programme Erasmus doit s'adresser au plus grand nombre en augmentant le nombre de bourses et en introduisant une progressivité en fonction du revenu des familles.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Monika Vana (Verts/ALE). - Frau Präsidentin! Ich möchte den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit nicht nur an den schönen Worten messen, die hier in diesem Saal gesagt werden, sondern an den Taten, die gesetzt werden. Wenn man im Rahmen der länderspezifischen Empfehlungen zum Beispiel genauso viel Wert auf die Umsetzung der Jugendgarantie wie auf die Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte in Europa legen würde, dann wären wir im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit schon einen entscheidenden Schritt weiter. Wenn wir Investitionen in Jugendbeschäftigung von den Defizitverfahren ausnehmen würden, dann wären wir im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa einen wesentlichen Schritt weiter, und das wäre eine Unterstützung für jene Länder, die in budgetäre Probleme geraten sind.

Wir brauchen jedenfalls mehr Verbindlichkeit in der Umsetzung der Jugendgarantie – zumindest effektive Kontroll- und Beobachtungsstrategien –, und ich denke, die Jugendgarantie ist eine Sache, aber die Qualität der Jugendbeschäftigung eine ganz andere. Immer mehr junge Menschen leben in prekären Beschäftigungsverhältnissen. 50 % aller jungen Menschen bekommen bei Arbeitsantritt nur mehr einen Teilzeitarbeitsplatz und keine Vollbeschäftigung. Hier brauchen wir also wesentlich effektivere Taten und vor allem Maßnahmen und Ressourcen, die den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt Europas sichern.

Peter Lundgren (EFDD). - Madam President, this is my first time speaking in this political House and that is why I want to start by making certain things clear. I have already said this to Mr Juncker at a meeting when he visited our group and met Members who are fighting for sovereignty and democracy in the EFDD. We love Europe, which is a beautiful continent, but we are against this terrible Union. We really want to work together with other countries in Europe, of course, but not in this way, and we do not want to lose our own sovereignty. Every day we see national powers being transferred to Brussels; it will not take long before we have no say any more about our own future. The United States of Europe will be a fact, with Sweden as a province.

In Sweden we have 25% of young people out of work. Why is this happening? The European Council has come with its Youth Employment Initiative. That EU strategy is a real failure; it was set up to support young people not in education, employment or training in regions with a youth unemployment rate in 2012 of above 25%. There are very large disparities between the youth employment rates in different regions. For example, in Spain and Cyprus the rates of youth unemployment in December 2013 were 54.3% and 40.8% respectively. In Greece, the youth unemployment rate for November 2013 was 59%. In Sweden it stands currently at around 25%. The problem is that most of the EU funding allocated to addressing youth unemployment will be allocated to countries with a much higher youth unemployment rate than Sweden. So we are the backyard and we can pay for the other countries, which is totally unfair. As have I said already, solidarity is very easy when other people's money is involved.

Youth unemployment is today again an item on the agenda of this House. Again we have recommendations on how to tackle youth unemployment in the EU. Again we are trying to make it easier for young people to move to jobs or training and to have EU support for quality standards for traineeships and apprenticeships. Well, let me explain something: it does not matter how many times we put youth unemployment on the agenda, and it does not matter if we add another EUR 300 billion from Mr Juncker to boost growth and jobs – the EU will not succeed.

Our taxpayers already contribute the role of the money to the EU and now again Mr Juncker wants to have more money for his first top priority as Commission President. More money for what? More money to create jobs, which is pure Communism and shows that Mr Juncker was running away on the Communistic highway even before being elected. We want a better and stronger Sweden, but above all we want our sovereignty back.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). - Κυρία Πρόεδρε, η καταπολέμηση της ανεργίας των νέων σε πανευρωπαϊκό επίπεδο αποτελεί για όλους μας συγκεκριμένο και άμεσο στόχο. Πρέπει να τοποθετηθεί σαν θέμα υψίστης προτεραιότητας στην ατζέντα των κυβερνήσεων ολόκληρης της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Το ποσοστό ανεργίας στους νέους Έλληνες είναι κοντά στο 60%, δηλαδή έχει ξεπεράσει τα όρια του συναγερμού. Στη χώρα μου την Ελλάδα, δυστυχώς, τα ευρωπαϊκά κονδύλια και προγράμματα που αφορούν την αντιμετώπιση της ανεργίας των νέων τα διαχειρίζεται η κυβέρνηση κατά το δοκούν. Όσοι νέοι καταφέρνουν να μπουν σε κάποιο πρόγραμμα θα πάρουν τα χρήματα τους σχεδόν μετά από έναν χρόνο, γιατί η κυβέρνηση, αντί να αξιοποιεί τα χρήματα των ευρωπαίων φορολογούμενων για τον σκοπό για τον οποίο διατίθενται, τα παρακρατά και τα παρουσιάζει σαν πρωτογενές πλεόνασμα. Αντίθετα, αυξάνει την ανεργία με συνεχιζόμενες απολύσεις εργαζομένων όπως απαιτεί η Τρόικα και οι διεθνείς τοκογλύφοι. Για το 2014 ανακοινώθηκαν επιπλέον 6.500 νέες απολύσεις στον δημόσιο τομέα, ενώ στον ιδιωτικό τομέα έγινε απελευθέρωση των ομαδικών απολύσεων.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Ζητάμε να γίνει επαναξιολόγηση των κριτηρίων χρηματοδότησης και να διατεθούν περισσότερα κονδύλια στις χώρες του Νότου, οι οποίες έχουν πληγεί περισσότερο από την οικονομική κρίση και την πολιτική της λιτότητας. Αυτό θα συμβάλει στην μείωση της ανεργίας των νέων, ώστε να μην αναγκάζονται να αναζητούν εργασία σε άλλες χώρες. Η ευθύνη για την αυξημένη ανεργία των νέων ανήκει αποκλειστικά στις κυβερνήσεις που δεν αξιοποιούν τα χρήματα των ευρωπαϊκών προγραμμάτων στοχεύοντας στην ανάπτυξη ώστε να δώσουν λύσεις και ευκαιρίες στους νέους για το μέλλον τους στην εργασία.

Θα ήθελα σας νέος ευρωβουλευτής να καταχρασώ λίγο τον χρόνο σας για μία επισήμανση. Με θλίβει το φαινόμενο ότι άδειασε η αίσθηση του Κοινοβουλίου αμέσως μετά την ψηφοφορία. Φαίνεται ότι οι κύριοι συνάδελφοι έχουν λύσει το πρόβλημα της ανεργίας των νέων στις χώρες τους ή απλά δεν ενδιαφέρονται.

Thomas Mann (PPE). - Frau Präsidentin! Gestern haben wir Jean-Claude Juncker erlebt, von einer großen Mehrheit zum Kommissionspräsidenten gewählt. Er hat einen Neustart für die EU mit einer Zehn-Punkte-Reformagenda versprochen. Zentrales Ziel ist, mehr und qualitativ bessere Beschäftigung zu schaffen und gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorzugehen. Wir wollen und werden Jobsuchende nicht allein lassen und haben die Jugendgarantie beschlossen, die besser ist, als viele bisher formuliert haben.

Schon im Oktober 2010 habe ich in einem Bericht für das Europäische Parlament dieses Thema behandelt. Unser ambitioniertes Versprechen: Wir wollen für Jugendliche jetzt eine Ausweitung bis zum 30. Lebensjahr erreichen. Seit dem 1. Januar stehen 6 Milliarden Euro als erste Maßnahme im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung. Wir haben Probleme in den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung. Das muss geändert werden. Es geht um gezielte Hilfe jetzt, und nicht erst in einigen Monaten. Vor allem brauchen wir Wirtschaftssektoren mit hohem Wachstums- und Beschäftigungspotenzial. Das muss gefördert werden. Wir müssen dem Trend der Deindustrialisierung entgegengehen. Jugendliche brauchen Unterstützung für die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Die sind der Jobmotor in der EU mit über zwei Dritteln aller Arbeitsplätze.

Die Beschäftigungszahlen innerhalb der EU driften auseinander. Wir haben es erlebt. In Griechenland, Kroatien sind etwa die Hälfte der Jugendlichen ohne Beschäftigung. Das darf uns nicht ruhen lassen, und zwar uns alle nicht, auch in anderen Mitgliedstaaten. In Deutschland sind es 7,8 %. Ein Grund für die vergleichsweise niedrigen Werte ist sicherlich die duale Ausbildung aus Beruf und Schule. Europaweit kommen jetzt immer mehr Nachahmer mit hinzu. Dies ist ein guter Entwurf, den wir einbringen können. Der Vorwurf, in Deutschland würden viele nicht registrierte erwerbslose junge Leute vernachlässigt werden, ist völlig unberechtigt. Jedem Jugendlichen, der arbeiten will, steht ein engmaschiges Netz aus Beratung, Vermittlung und Unterstützung auf hohem Niveau zur Verfügung. Darüber hinaus steigen die Chancen für den Berufseinstieg durch die erste Förderperiode. Wer Ausbildung oder Arbeit sucht, darf nicht allein gelassen werden.

Javier López Fernández (S&D). - Señora Presidenta, como bien saben, el paro juvenil es el gran síntoma de toda la desesperanza que tiene este continente. Durante los últimos años, se ha hablado largamente de ello en la Unión Europea.

Estamos viendo cómo en algunos países la opción personal de emigrar se ha convertido en una obligación generacional, desgraciadamente. La alarma por la falta de esperanza y de presente para un continente donde los jóvenes no encuentran trabajo es la condena a su futuro.

Por eso establecimos la Garantía juvenil —a la que dedicamos 6 000 millones de euros—, que ahora se empieza a aplicar en algunos países.

Yo vengo del país que tiene el deshonroso gusto de ser el país con la tasa de paro juvenil más alta del mundo occidental: España. Más de una cuarta parte de los recursos de la Garantía juvenil irán destinados a este país: veremos qué se va a hacer en nuestro país con ese dinero.

Desgraciadamente, creemos que el uso va a ser absolutamente fraudulento, utilizando los recursos en bonificaciones para la contratación pública —algo que sabemos que no funciona—. Es una herramienta más de la estrategia de la evaluación interna, que lo que provoca es que acabes despidiendo a tus padres para contratar a tus hijos con subvenciones públicas de la Unión Europea, pudiendo estos últimos ser despedidos a su vez a los seis meses sin devolver esas ayudas. Eso es lo que está pasando en nuestro país.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Y, además, sabemos que, como se cumplen objetivos de déficit y también se contabiliza el gasto en esos objetivos de déficit de la Garantía juvenil, nos encontramos con países con más paro que tienen estos objetivos de déficit, lo que es absolutamente contraproducente.

Nosotros tenemos que encontrar una respuesta a la siguiente pregunta: ¿cuál es la envergadura de este problema? Durante los últimos años, en la crisis económica, destinamos entre 600 000 millones y 1,6 billones —depende del cálculo— a rescatar el sistema financiero. Dijimos que era sistémico, que era demasiado grande para caer. La pregunta es si las nuevas generaciones, en este continente, son sistémicas, si las podemos dejar caer. Esa es la «respuesta» que tiene que contestar este Parlamento.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Tere Rodríguez-Rubio Vázquez (GUE/NGL), pregunta de tarjeta azul. – Señor López Fernández, ¿no piensa usted que el aumento de la edad de jubilación que han llevado a cabo en España el Partido Socialista y el Partido Popular ha tenido una relación directa con el paro juvenil?

Javier López Fernández (S&D), respuesta de «tarjeta azul». – Mucho me temo que los problemas que tenemos de paro juvenil en España se deben a muchas más causas. Por eso, nosotros intentamos explicar que la política económica que ha llevado a cabo Europa durante los últimos años, tanto la política monetaria restrictiva como la devaluación interna para ganar competitividad en algunos países (que es un gran eufemismo de «empobrecimiento salarial») o la austeridad presupuestaria, lo único que han comportado es recesión y aumento del desempleo. Como bien sabes, el desempleo juvenil suele ser, en todos los países, el doble del general, como también pasa en España, con un 50 % de paro juvenil y un 25 % de paro general. Esa es la respuesta que deberíamos dar.

Jana Žitňanská (ECR). - Nezamestnanosť mladých na Slovensku je v posledných rokoch alarmujúca nielen kvôli finančným dopadom na spoločnosť.

Mladí ľudia bez práce nenadobúdajú pracovné skúsenosti a návyky, strácajú sebavedomie, perspektívu uplatnenia a mnohí strácajú aj pocit, že ich štúdium malo zmysel. Počet nezamestnaných vo veku do 29 rokov, registrovaných na úradoch práce, tvorí viac ako tretinu všetkých evidovaných nezamestnaných, pričom najzraniteľnejšou skupinou sú mladí ľudia so zdravotným postihnutím alebo zo sociálne znevýhodneného prostredia. Preto je potrebné budovať inkluzívny model vzdelávania, aby žiadna skupina detí nebola vylúčená z kvalitného vzdelávacieho procesu, viac podporovať rozvíjanie kľúčových kompetencií študentov, iniciatívu a kreativitu, ako aj celoživotné vzdelávanie tak, aby absolventi škôl mohli byť zamestnávateľmi, a nielen zamestnancami. Je potrebné spružniť pracovné právo a menej daňovo zaťažovať prácu, a zmenšiť byrokráciu pri zakladaní a prevádzke živnosti alebo firmy. Iniciatívy v týchto oblastiach by zlepšili šance mladých na prácu oveľa viac ako mňanie miliónov eur na dočasné dotované pracovné miesta, ktorými problém neriešime, ale len odďaľujeme.

Mircea Diaconu (ALDE). - Doamnă președintă, trebuia să ajung membru în Parlamentul European ca să îmi dau seama cât de mic este un minut. Remarcabile, domnule comisar, efortul, fondurile, intențiile de a rezolva acest fenomen, pentru că este un fenomen. Dacă este un fenomen, înseamnă că el are niște cauze. Dacă nu tratăm cauzele, nu le constientizăm, fenomenul nu poate dispărea. Despre cauze, mai puțin.

Uneori, a investi fonduri în acest gen și în acest fenomen este ca și cum ai turna apă în nisip. După părerea mea - și nu numai a mea - ecuația fericirii, împlinirii în viață este raportul între ceea ce crezi că poți să faci și ceea ce într-adevăr știi să faci. Întrebarea care se pune întotdeauna între un angajator și un tânăr este: „ce știi să faci?”. La întrebarea asta răspundem foarte greu, tineri dau bătrâni.

Din păcate, minutul s-a dus, mai spun un singur lucru: dintre nepoții mei, care au plecat din țara mea - eu sunt român - unul dintre ei repară dinții cetățenilor englezi și nu îl lasă să plece acasă de bun ce este, iar celălalt este comandant de navă și transportă MEP și alți cetățeni europeni de colo-colo.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Paloma López (GUE/NGL). - Señora Presidenta, la Comisión constató que el programa de empleo para jóvenes había sido un fracaso y se asignan 6 400 millones de euros para dos años para la Garantía juvenil. ¿De verdad les parece que este presupuesto es suficiente para conseguir puestos de trabajo de calidad y con derechos para los jóvenes desempleados europeos?

Por poner un ejemplo: España. 55 % de desempleo juvenil. El rescate a la banca española: 40 000 millones de euros. El programa de Garantía juvenil: 1 800 millones de euros para dos años, aproximadamente 70 euros para las personas desempleadas, jóvenes desempleados: ¡70 euros al mes! ¿Cuándo se han convertido, para la Comisión, el Consejo y una parte de este Parlamento, en más importantes los bancos que las personas? ¿Vamos a consentir, sin hacer ninguna declaración, las palabras de la Presidenta del Fondo Monetario Internacional, que propone rebajar los salarios mínimos —654 euros, en el caso de España— para contratar a jóvenes? ¿Vamos a permitir más pobreza y desigualdad? ¿Vamos a permitir nuevas discriminaciones, esta vez por ser joven?

Finalizo. ¿Queremos terminar con el desempleo joven? Es sencillo: terminemos con las políticas de austeridad; potenciemus el crecimiento por encima del déficit y del pago de la deuda; apostemos por las políticas públicas, la inversión, la investigación, el desarrollo, la innovación; valor añadido al trabajo; más presupuesto.

No se generan empleos rebajando cotizaciones sociales, perdiendo derechos y rompiendo la negociación colectiva como se ha hecho con las reformas laborales. No se genera empleo por parte de las empresas si no hay demanda, y no hay demanda si no hay empleos de calidad, estables y con salarios dignos.

De una vez por todas, Señorías, de una vez por todas, pongamos a las personas en primer lugar.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). - Señora Presidenta, Comisario Andor, la situación de los jóvenes en Europa es absolutamente dramática. Algunos de los oradores que me han precedido así lo han señalado. En el caso de algunos países, como España, existe un 55 % de paro. Una situación que, a pesar de propuestas como la Garantía juvenil, viene agravada por todas las recomendaciones de política económica que se hacen a través de los semestres europeos.

Los jóvenes son hoy el campo de experimentación de la precariedad, y me gustaría saber qué piensan hacer ustedes ante los cantos de sirena para establecer un marco de relaciones laborales específico para los jóvenes que no sea un auténtico atentado contra sus derechos.

En algunos países además, Comisario Andor, la aplicación de la Garantía juvenil es un auténtico desastre. En el caso de España, prácticamente todo el dinero va a ir a bonificaciones fiscales, que —sabemos— no funcionan. Me gustaría saber su opinión, Comisario Andor, sobre cómo se está aplicando la garantía juvenil en España y qué va a hacer usted ante la mala utilización que de estas propuestas están haciendo algunos Estados miembros.

Gerolf Annemans (NI). - Dames en heren, collega's van de meerderheid - een meerderheid die wij hier aan het werk hebben gezien naar aanleiding van de aanduiding van de voorzitter van dit Parlement en ook van de voorzitter van de Commissie - ik neem deel aan dit debat over jeugdwerkloosheid om u tegen te spreken, om u erop te wijzen dat de CO2-uitstoot van uw eenheidsdenken onder meer de jeugdwerkloosheid is.

Ik ben Vlaams nationalist, ik kom uit een land, België, dat net als de Europese Unie veel te veel als een sociaaleconomische eenheid wordt beschouwd, terwijl het dat helemaal niet is. Een kunstmatig land, met verschillende onderdelen. Een land dat net als de Europese Unie een transfer van noord naar zuid kent met alle nadelige gevolgen vandien.

Ik kom hier om u tegen te spreken in uw grote tempelkathedraal van de Europese eenheidsgedachte, omdat u doet alsof Europa één sociaaleconomische ruimte is, terwijl dat juist Europa schendt, want Europa is verscheidenheid, diversiteit en aangepastheid van de lidstaten. Het zal één van de kenmerken zijn van mijn mandaat om u in deze kathedraal van de Europese integratie daar geregeld op te wijzen.

(De spreker stemt ermee in een "blauwe kaart"-vraag te beantwoorden (artikel 162, lid 8, van het Reglement).)

Mittwoch, 16. Juli 2014

Michaela Šojdrová (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty*. – Pane předsedající, já jsem jenom chtěla upozornit na to, že kolegové, kteří hovoří o zlepšení kvality vzdělávání a odstranění těch příčin nezaměstnanosti, mají samozřejmě také pravdu. Ale Evropská unie se v této chvíli zabývá tím, jak pomoci nalézt místo, nalézt praxi těm, kteří mají horší podmínky pro nalezení práce.

Já oceňuji program záruky za mladé, právě proto, že pomáhá zaměstnavatelům otvírat nová místa, to je zkušenost České republiky. Apeluji na pana komisaře, aby zjišťoval efektivitu tohoto programu, to je to hlavní, o co teď jde.

elnök asszony. - Képviselő Asszony! Kérem, hogy ellenőrizze a háznak a rendjét. A szabályzat szerint a kék kártya az azt jelenti, hogy valamelyik képviselőtársához kérdést tud intézni. Ön ezzel nem élt, hozzászólási ideje nincsen, úgyhogy sajnos, ezt nem tudom megadni. Hozzászólási idő szükséges ahhoz, hogy itt a házban elmondhassa a véleményét. A következő hozzászólás Zdechovský képviselő úrtól érkezett. Hasonló jellegű, vagy valóban kék kártya – kérdezem a képviselő urat. Kék kártyás?

Tomáš Zdechovský (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty*. – Je to otázka na kolegy ze Španělska. Já jsem se chtěl kolegů zeptat, když tady tak plamenně hovoří o tom, jak Evropská unie nic nedělá a jak ty fondy budou zneužity: Co uděláte vy pro to, aby fondy nebyly zneužity, z pozice evropského poslance?

elnök asszony. – (Az elnök megkérte Urtason képviselő urat, hogy válaszolja meg Zdechovský képviselő úr kék kártyás kérdését. Mivel Urtason képviselő úron nem volt fülhallgató, kérte a kérdés megismétlését, az elnök pedig megkérte őket, hogy közvetlenül vegyék fel egymással a kapcsolatot, hogy megbeszéljék a kérdést.)

José Manuel Fernandes (PPE). - Senhora Presidente, Senhor Comissário, a União Europeia não pode desperdiçar a energia, a criatividade, as competências dos jovens. São um ativo essencial para o crescimento e a coesão social e territorial. Os jovens são uma solução e não um problema. Assim, os números de desempregados dos jovens não são aceitáveis. São ainda mais preocupantes nas regiões mais pobres e nos territórios de baixa densidade.

A União Europeia, através da iniciativa Emprego Jovem, possibilita a utilização de 6000 milhões de euros para 2014 e 2015. Fica aqui uma pergunta ao Sr. Comissário: E depois, e de 2016 a 2020, qual é a proposta que tem? A União Europeia tem ainda programas como *O teu primeiro emprego EURES*, programas dentro do Erasmus +, tem os fundos da política de coesão, nomeadamente o Fundo Social Europeu, que deve ser utilizado para a criação de emprego. Mas exige-se uma utilização eficiente e rápida destes fundos e destes programas.

Neste momento, assistimos ainda a um paradoxo: temos desemprego, mas também temos ofertas de emprego por preencher. Reforçando a sua importância estratégica na investigação e permanente desenvolvimento do conhecimento, a formação dada, nomeadamente a partir do Fundo Social Europeu, não pode dissociar-se da realidade nem das dinâmicas do mercado. Tal será útil para os jovens e para as empresas.

No domínio da criação de emprego, destaco ainda as pequenas e médias empresas e a atenção que devem ter e o ambiente favorável que lhes devemos dar. Temos fundos, temos programas, temos instrumentos, mas temos de reduzir a burocracia, porque só dessa forma conseguiremos fomentar o empreendedorismo e a capacidade de iniciativa empresarial dos jovens.

(O orador aceita responder a uma pergunta segundo o procedimento «cartão azul», nos termos do artigo 162.º, n.º 8, do Regimento)

Tibor Jenő Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Én azt szeretném megkérdezni Fernandes úrtól – bár egyetértek vele abban, hogy kevés a felhasználható vagy eddig felhasznált pénz az európai ifjúsági garanciára – de amikor azt mondjuk, hogy több pénz kéne, konkrétan, erre a célra, ő személy szerint mennyit fordítana?

Mittwoch, 16. Juli 2014

José Manuel Fernandes (PPE), *Resposta segundo o procedimento «cartão azul»*. – Eu devo-me ter explicado mal porque eu disse que nós temos bastantes programas, bastantes recursos. Falei na iniciativa Emprego Jovem, que tem 6000 milhões de euros. O que também disse é que não bastam só os fundos e os programas. Eles têm de ser executados rapidamente, mas depois cada um tem que fazer o seu trabalho de casa. Depois cada Estado-Membro, também ele, tem de reduzir a burocracia, tem de reduzir os obstáculos ao crescimento e ao emprego. Nós temos fundos, temos programas, temos depois de reduzir também todos os entraves ao crescimento.

Evelyn Regner (S&D). - Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Ich komme aus einem Land, Österreich, in dem bei Ausbruch der Krise die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik verdoppelt wurden – ich sage: verdoppelt – zum Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Diese Investition hat sich eindeutig bezahlt gemacht. Wir haben mit einer der niedrigsten Jugendarbeitslosenraten in Europa. Das heißt, Investition in junge Menschen zahlt sich aus. Daher muss auch aus sozialdemokratischer Sicht für eine europäische Antwort gelten, dass die Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in das Europäische Semester einbezogen werden sollen, und zwar auf einer verpflichtenden Basis, und weiters dass junge Menschen einen Rechtsanspruch auf die Jugendgarantie haben sollen. Junge Menschen sind keine Bittsteller, sie sind das Fundament der Gesellschaft. Sie sind unheimlich wertvoll für uns. Dementsprechend kommt jede Investition doppelt und dreifach zurück.

Helga Stevens (ECR). - Jongeren zijn de toekomst en het aanpakken van de torenhoge jeugdwerkloosheid is terecht een prioriteit. Maar wij moeten duidelijk afbakenen wie wat doet. De Europese Unie kan en moet in de eerste plaats groei en banen faciliteren door de nodige structurele arbeidsmarkthervormingen te stimuleren en een goed ondernemings- en investeringsklimaat te creëren.

De grote verschillen in de jeugdwerkloosheid tussen de diverse lidstaten en de regio's bewijzen dat werkloosheid vaak het resultaat is van slecht functionerende nationale en regionale arbeidsmarkten en tekortkomingen in de nationale onderwijssystemen.

Het is zo dat de Europese Unie aanvullend kan optreden via specifieke steunmaatregelen, maar dit mag de lidstaten niet ontslaan van hun eigen verantwoordelijkheid. De regio die ik vertegenwoordig, namelijk Vlaanderen, zet overigens ook al prioritair in op het activeringsbeleid van jongeren en voert aldus de aanbeveling inzake de jeugdwerkgarantie uit.

Ik vraag tenslotte expliciet aandacht voor een taalbeleid op maat voor jongeren met een migratieachtergrond en voor de specifieke noden van jongeren met een beperking. Daarmee zullen ook deze twee groepen jongeren kansen krijgen op werk.

(De spreker stemt ermee in een “blauwe kaart”-vraag te beantwoorden (artikel 162, lid 8, van het Reglement).)

Giulia Moi (EFDD), *Domanda «cartellino blu»*. – Faccio parte del Movimento 5 stelle. Io vorrei dire che per i giovani si parla tanto e si sono investiti molti soldi ma non si è mai controllato con attenzione dove questi soldi sono finiti.

Nel mio paese, in particolare nella mia regione, in Sardegna, tanti soldi sono stati usati malamente nei corsi di formazione, e sono andati a finire nelle mani di pochi che hanno truffato e rubato questi soldi e la Comunità europea non ha mai indagato e se ha indagato ha sempre chiuso gli occhi. Vorrei che si puntasse l'attenzione su questo.

Helga Stevens (ECR), *“blauwe kaart”-antwoord*. – Ik denk inderdaad dat het een gedeelde verantwoordelijkheid is, ook van uw land Italië, dat moet samenwerken met de Europese Commissie. Maar vooral de lidstaten zelf moeten in het oog houden dat de dingen niet fout gebruikt worden. Het lijkt mij eenvoudig. Het is de verantwoordelijkheid van uw eigen overheid en het probleem moet u daar aankaarten.

Ivo Vajgl (ALDE). - Ob tej priložnosti bi se zahvalil komisarju Andorju za njegovo zelo vzpodbudno delo v prejšnjem mandatu in za vrsto pozitivnih iniciativ v korist mladih.

Upam tudi, da bodo današnji poslušalci, med katerimi absolutno prevladujejo mladi, razumeli, da je naše zanimanje za njihove probleme iskreno in da želimo prispevati k rešitvi problemov in jim odpreti pot v življenje s solidnimi delovnimi mesti in možnostmi za zaposlovanje.

Mittwoch, 16. Juli 2014

V preteklem mandatu smo med drugim sprejeli jamstveno shemo. Mislim, da je prav, da jo nadgradimo z dovolj sredstvi, ravno tako vse druge instrumente, kajti če bomo imeli samo veliko količino instrumentov in zelo malo sredstev, potem ne bomo naredili prav veliko za mlade.

Mislim, da bi bilo dobro tudi, če bi ob takšnih priložnostih dobili poročilo o transparentnosti uporabe sredstev, mogoče bi to prispevalo k večji učinkovitosti.

Lynn Boylan (GUE/NGL). - Madam President, almost a quarter of young people today in Ireland are unemployed and the figure would be much higher if we took into account those who have been forced to emigrate. Those who do manage to find work are often expected to accept precarious or part-time work which suits the profits of employers but little else. They are faced with the dire option of emigration or unemployment and many young people are being utterly exploited in the name of so-called 'flexible working conditions'.

We must provide our youth with real options for their career and properly paid apprenticeships which give an equal benefit to both parties. If we are to address youth unemployment seriously, then we need a properly considered and funded Youth Guarantee which will protect our young people against the worst effects of this crisis.

Ernest Maragall (Verts/ALE). - *(El orador inicia su intervención en catalán.)*

Señora Presidenta, sigo en castellano, la lengua de mi madre, de mis abuelos, también la mía.

Tenemos una deuda tan enorme como ilegítima: la deuda que hemos contraído con nuestros jóvenes. En los últimos diez años, hemos destruido su presente y su futuro; les hemos robado lo más importante: la posibilidad de convertirse en ciudadanos de pleno derecho. Por eso, es de lamentar que se cancelara la reunión prevista en Turín el pasado 11 de julio.

El Consejo y la Comisión siguen acumulando deuda con nuestros jóvenes. Si queremos mirar a esa cuestión de cara —la ocupación juvenil—, debemos utilizar tres conceptos: derechos, educación e inversión.

Primero: es una cuestión de derechos, no solo de ayudas, subvenciones o estímulos fiscales. Aspectos como la Garantía juvenil, el salario mínimo digno y el seguro de «desocupación» deben ocupar un lugar concreto, tangible en las políticas europeas y en la de cada Estado miembro. Son necesarios recursos suficientes para cada uno de ellos y un control europeo de su efectiva aplicación.

Segundo: hay que partir de la educación y de su adecuada relación con el trabajo en el entorno inmediato de cada joven, pero también con la promoción de la movilidad y la existencia real de un espacio económico y laboral europeo.

Y, tercero: hay que poner en marcha la inversión, la única vía razonable para la creación de empleo; hay que liberar los enormes recursos hoy prisioneros de la consolidación presupuestaria y de la devolución de la deuda.

¿Cuántos de los 300 000 millones que nos anunció el señor Juncker podremos asociar a este objetivo?

Robert Jarosław Iwaszkiewicz (NI). - Pani Przewodnicząca, Panie i Panowie Posłowie! Szczerze mówiąc, kwestie bezrobocia wśród młodzieży nie powinny być omawiane w tej izbie, ani przez Parlament ani przez Komisję. Im więcej bowiem produkujemy norm, przepisów, dyrektyw, rozporządzeń, rezolucji, tym gorzej się dzieje wszystkim przedsiębiorcom, a więc w konsekwencji – młodzieży, która stawia swoje pierwsze kroki na rynku pracy.

W moim najgłębszym przekonaniu ułatwienia w zatrudnieniu należą się nie tylko młodzieży, ale wszystkim. Wszystkie grupy społeczne i zawodowe powinny mieć równie łatwy dostęp do rynku pracy. Co więc zrobić, żeby naprawdę ułatwić młodym ludziom zdobycie ich pierwszej pracy, a i innym pracownikom pomóc w zdobyciu ich kolejnej pracy? Każde państwo powinno sobie samo odpowiedzieć na to pytanie, zależnie od swojej kondycji gospodarczej, warunków politycznych i tradycji kulturowej. W przypadku Polski na pewno należałoby zmniejszyć ucisk podatkowy i administracyjny, jaki dławi każdą polską firmę.

Danuta Jazłowiecka (PPE). - Pani Przewodnicząca! Mimo iż gospodarka europejska powoli, acz stabilnie, wychodzi z kryzysu, sytuacja na rynku pracy nadal jest niepokojąca. Zatrważający jest ogrom frustracji oraz brak nadziei wśród młodych osób, które nie mogą znaleźć pracy. Jako członkowie Parlamentu mamy moralny obowiązek, by problem bezrobocia wśród młodzieży traktować priorytetowo i wspierać instrumenty, które faktycznie poprawią sytuację europejskiej młodzieży. Od wielu lat narzekamy na słabą jakość edukacji w Unii Europejskiej. Pomimo ponad 23-procentowego bezrobocia wśród młodzieży, prawie 4 miliony miejsc pracy pozostaje nieobsadzonych ze względu na brak pracowników z odpowiednią wiedzą i kwalifikacjami. Odpowiednia reforma systemów edukacyjnych w ramach wspólnej

Mittwoch, 16. Juli 2014

europeskiej strategii naprawy szkolnictwa, o której ciągle tylko mówimy, a nic niestety nie robimy, powinna być pierwszym i podstawowym krokiem w kierunku poprawy sytuacji na rynku pracy. Unia powinna postawić na rozwój dualnego systemu kształcenia oraz stworzenie struktur wczesnego spersonalizowanego doradztwa zawodowego. Pozwoli to na bardziej świadomy wybór ścieżki edukacyjnej i późniejszej kariery zawodowej. Najmłodszym dzieciom należy natomiast zapewnić dostęp do edukacji oraz zdobycie możliwie najszerszego początkowego zasobu wiedzy, by przyszłości znacznie szybciej i łatwiej przekwalifikowały się w momencie zmian na rynku pracy. Inwestowanie w młodzież się opłaca. Wspieranie mobilności także w istotny sposób może zwiększyć szanse na zatrudnienie wśród młodych osób. Niestety, w wyniku kryzysu gospodarczego i finansowego, zbyt często mamy do czynienia z mobilnością wynikającą z braku perspektyw i bardzo trudnej sytuacji społeczno-gospodarczej niektórych krajów – taka sytuacja nie powinna mieć miejsca! Potwierdza jednak konieczność przeprowadzenia odpowiednich reform polityki społecznej i zatrudnienia.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Corina Crețu (S&D). - Domnule comisar, vorbim astăzi despre una dintre cele mai grave probleme ale Europei. Știm cu toții că găsirea unui loc de muncă devine o provocare din ce în ce mai mare pentru tinerii din multe țări, care nu au posibilitatea să își pună în practică cunoștințele și să își câștige experiența profesională și este clar că prezentul și viitorul lor este pus în mare pericol. Sunt de apreciat, domnule comisar, eforturile dumneavoastră, dar cred că trebuie să urmărim rezultate mai concrete, iar reducerea șomajului în rândul tinerilor, combaterea sărăciei, să devină prioritatea zero atât a instituțiilor europene, cât și a guvernelor naționale.

Fac un apel către toate statele membre să promoveze cu prioritate măsuri menite a mări ocuparea forței de muncă în rândul tinerilor, astfel încât, după terminarea studiilor, aceștia să aibă posibilitatea efectuării de stagii și să beneficieze de oferte de angajare de bună calitate. Dacă nu vom reuși să reducem decalajele și inegalitățile dintre statele membre, nu vom putea vorbi niciodată despre o creștere sustenabilă în Uniunea Europeană. Solicit, de asemenea, Comisiei și Consiliului ca reducerea șomajului în rândul tinerilor să devină un obiectiv specific în cadrul semestrului european, precum și să propună un set de măsuri obligatorii care să fie incluse în recomandările de țară și în programele naționale de reformă.

Νότης Μαριάς (ECR). - Κύριε Επίτροπε, η μαζική ανεργία που πλήττει τη νεολαία στον ευρωπαϊκό Νότο λόγω της εφαρμογής των μνημονίων και της πολιτικής της λιτότητας οδηγεί στον κοινωνικό αποκλεισμό και στην περιθωριοποίηση. Στην Ελλάδα η ανεργία των νέων έφτασε στο 58%, αν και τα τελευταία τέσσερα χρόνια έχουν δοθεί ως δάνεια στη χώρα μας 214 δισ. ευρώ. Όμως τα ποσά αυτά δεν επενδύθηκαν στην πραγματική οικονομία προκειμένου να δημιουργηθούν χιλιάδες νέες θέσεις εργασίας, αλλά δόθηκαν για να εξοφληθούν παλιά επονείδιστα δάνεια και να διασθούν οι γερμανικές, γαλλικές, ελληνικές και άλλες τράπεζες.

Για την αντιμετώπιση της ανεργίας των νέων η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να επενδύσει στην οικονομία της γνώσης, δηλαδή στην παιδεία, στις νέες τεχνολογίες και στην καινοτομία. Όμως τα μνημόνια και οι πολιτικές της βίαιης δημοσιονομικής προσαρμογής που εφαρμόζονται στον Νότο, μειώνουν αντί να αυξάνουν τις δημόσιες επενδύσεις στην εκπαίδευση και στις νέες τεχνολογίες. Έτσι για όσο διάστημα η Ευρωπαϊκή Ένωση θα επιμένει στην κινεζοποίηση των μισθών προκειμένου να ενισχυθεί δήθεν η ανταγωνιστικότητα της οικονομίας, η ανεργία των νέων θα λαμβάνει εκρηκτικές διαστάσεις.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE). - Arvoisa puhemies, vasta valittu komission puheenjohtaja Jean-Claude Juncker lupasi neitsytpuheessaan uutta alkua Euroopalle. Toimiva uusi alku olisi se, että uusi komissio ottaisi nuorisotyöttömyyden torjumisen tosissaan. Talouskurista pitäisi päästä työttömyyden kuriin saattamiseen. Mitä se tarkoittaa?

Mittwoch, 16. Juli 2014

Tietysti kasvua ja uusia työpaikkoja, mutta se tarkoittaa myös nuorille erityistoimia, koulutuksen tulee sopeutua paremmin työelämän tarpeisiin, oppisopimuskoulutusta pitäisi tehostaa. Tämä tietysti tarkoittaa sitä, että myös työnantajat otetaan mukaan enemmän nuorille tarkoitettujen tukitoimien suunnitteluun. Tukitoimien tulee olla helppoja sekä työnantajille että nuorille niin, että niitä voi hakea ja työnantajat tarttuvat niihin. Uusi alku – työttömyys kuriin.

Pablo Iglesias (GUE/NGL). - Señor Presidente, señor Andor, en su intervención se ha lamentado sobre la situación que viven los jóvenes del sur de Europa y ha dicho, además, que el desempleo juvenil representa una amenaza para la democracia. Celebro su preocupación, señor Comisario, pero lo cierto es que las políticas de austeridad, patrocinadas tanto por la Comisión Europea como por el Fondo Monetario Internacional, se han traducido, en especial para los jóvenes del sur de Europa, en paro, en precariedad y en emigración.

Una de las imágenes más duras para los que venimos del sur es ver a jóvenes titulados sirviendo copas a turistas del norte. Pero, claro, el señor Draghi dijo ante la Comisión de Asuntos Económicos y Monetarios que los jóvenes del sur no están suficientemente preparados. Seguramente el señor Draghi podría ayudarles, por ejemplo, a falsear la contabilidad de los Bancos Centrales, que es lo que él hizo como representante de Goldman Sachs junto con Lucas Papademos.

Señorías, el problema del paro juvenil no se soluciona con facilidades al despido, reduciendo el salario mínimo, recorriendo los derechos, ni tampoco con racismo.

Se soluciona disciplinando al sistema financiero.

Edouard Ferrand (NI). - Monsieur le Président, tout à l'heure en début de séance, M. Schulz a eu des propos déplacés à l'égard de M^{me} Le Pen. Elle représente aujourd'hui l'une des principales délégations européennes et je demande que le règlement soit respecté et que les députés se respectent, c'est-à-dire que je demande aujourd'hui à M. Schulz de faire des excuses publiques à l'égard de M^{me} Le Pen.

En ce qui concerne mon intervention, lors du Conseil européen des 26 et 27 juin, sur la question de l'emploi des jeunes en Europe, chacun sait que l'arrivée des jeunes sur le marché du travail est chaque année davantage contrariée: contrariée par une mondialisation sans limite qui place tant les jeunes diplômés que les jeunes sans qualification en situation de concurrence déloyale face aux pertes de parts de marchés des entreprises européennes, et notamment des petites et moyennes entreprises, qui sont par nature, les créatrices d'emplois, et contrariée par une immigration incontrôlée, reflet le plus visible du mondialisme qui joue à la baisse sur les niveaux de salaire.

À cet égard, les conclusions du Conseil sont révélatrices. Si ce dernier prétend mettre l'accent sur l'emploi des jeunes sans évoquer de réels moyens et de réelles politiques, le document du Conseil est beaucoup plus explicite, je cite: «Attirer encore beaucoup plus de talents». Or nos diplômés voient le marché de l'emploi se fermer devant eux et on est encore plus laxiste pour ce qui concerne le droit d'asile, alors qu'il est aujourd'hui totalement dévoyé.

Quand le Conseil et la Commission vont-ils enfin comprendre que la mondialisation et l'immigration de masse sont nocives pour l'emploi en général et celui des jeunes en particulier.

Heinz K. Becker (PPE). - Herr Präsident, Herr Kommissar, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kommissar, Sie haben zu Recht die Arbeitslosigkeit und speziell die Jugendarbeitslosigkeit in den Zusammenhang von verlorener Generation und Demokratiegefährdung gestellt. Das weltweit führende europäische Sozialmodell steht auf dem Prüfstand. Sie haben Recht. Ich möchte aber auch aufgreifen, was heute auf dem Tisch liegt. Wir haben eine Entschließung von der Europäischen Volkspartei, von David Casa vorbereitet, morgen zur Abstimmung, wir haben von Präsident Juncker ein Zehn-Punkte-Programm gehört, und wir haben die Stellungnahme von Kommissar Andor. Wir müssen klarstellen: Zum jetzigen Zeitpunkt sind Italien und Frankreich die einzigen Krisenstaaten, die auf die Mittel der Jugendbeschäftigungsinitiative zugreifen. Wenn wir das akzeptieren, dass nur eine Milliarde von sechs Milliarden verwendet wird, dann handelt es sich nicht primär um ein Budgetproblem! Es geht um das Prinzip von Benchlearning, das heißt das Lernen von den Vorbildern, die es in Europa gibt. Da ist es klar, dass die duale Ausbildung, das europäische Arbeitsmarktnetzwerk ebenso wie EURES eine probate Unterstützung sind, die verbindlich anzuwenden ist. 2 Millionen freie Arbeitsplätze gibt es in Europa, die Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe hat ebenso Vorrang wie die Förderung des Unternehmertums, das schon in der Schule für junge Menschen gelehrt werden muss.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Eider Gardiazabal Rubial (S&D). - Señor Presidente, en mayo pasado en este mismo hemisiciclo 5 000 jóvenes estuvieron debatiendo sobre ideas para una Europa mejor, y uno de los mensajes más claros que nos transmitieron es que lucháramos por su futuro, que lucháramos por que ellos pudieran tener un empleo en los próximos años; porque ellos son los que más están sufriendo las consecuencias de las crisis.

Evidentemente, han sido los que más han sido expulsados del mercado laboral o los que ni siquiera han conseguido entrar; los que menos cobertura social tienen y, por lo tanto, los que más están sufriendo todas estas consecuencias: más pobreza y más desigualdad. Ese es el futuro que están viendo.

En el mandato pasado, con el Comisario Andor, conseguimos llevar a cabo una de nuestras prioridades: poner en marcha la Garantía Juvenil para el empleo. Pero esa Garantía Juvenil nació mermada, nació recortada, porque la propuesta de este Parlamento y de este grupo era que la Garantía Juvenil fuera para menores de 30 años y no de 25 y que se financiara no con 6 000 millones, sino con 21 000.

Es mucho dinero, pero lo que nos está costando el desempleo juvenil son 150 000 millones de euros: ¡qué son 21 000 millones para las arcas comunitarias!

Bernd Lucke (ECR). - Herr Präsident! Herr Kommissar, Sie haben über die Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit gesprochen, aber Sie haben nicht über die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit gesprochen. Wenn wir uns die Jugendarbeitslosigkeit in Europa anschauen, dann stellen wir fest, dass es eben nicht ein gesamteuropäisches Phänomen ist. Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland liegt bei 8 %, während sie in Griechenland bei 60 % liegt, in Spanien auch bei 60 %, in Italien und in Frankreich zwischen 30 % und 40 %. Man muss einfach feststellen, dass das so gewaltige Unterschiede sind, dass man das nicht dadurch erklären kann, dass man sagt: „Na ja, die Spanier und die Franzosen und die Italiener, die bilden ihre Jugendlichen nicht ordentlich aus, die haben nicht das tolle deutsche duale System“, oder Ähnliches, sondern man muss feststellen, dass es um die Wettbewerbsfähigkeiten dieser Staaten geht. Die Wettbewerbsfähigkeit dieser Staaten ist massiv beeinträchtigt durch die gemeinsame europäische Währung. Die Kommission verschließt ihre Augen davor, dass es die gemeinsame europäische Währung ist, die den Jugendlichen die Zukunftsperspektive verbaut, die die Jugendlichen entwürdigt, weil sie keine Arbeit finden können, die dazu führt, dass die Jugendlichen in Europa sich desillusioniert von Europa abwenden, weil sie ihre berufliche Zukunft verstellt sehen. Dieses Problem muss auch endlich von der Kommission gesehen und angemessen gewürdigt werden.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Richard Sulík (ALDE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“.* – Ja, Herr Lucke, es ist die fehlende Wettbewerbsfähigkeit, die diese hohen Arbeitslosenquoten im Süden verursacht. Jetzt versuchen auch viele Kollegen hier, diesen Mangel an Wettbewerbsfähigkeit durch mehr und mehr Investitionen – aber, offen gesagt, es sind mehr und mehr Schulden – zu lösen. Meine Frage an Sie: Was denken Sie, wo soll das enden? Heute nähert sich die Europäische Union einem ca. 100-prozentigen Verschuldungsgrad. Was ist genug? Was ist das Optimale? Wir haben gehört, es gibt auch gute Schulden. Sind 150 % genug? Was ist Ihre Meinung dazu?

Bernd Lucke (ECR), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“.* – Herr Sulík, Sie sprechen ganz zu Recht das Problem an, dass im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission das Denken vorzuherrschen scheint, dass man durch staatliche Eingriffe, durch Investitionsprogramme, durch schuldfinanzierte Investitionsprogramme diesem Problem begegnen kann. Aber tatsächlich hat der Staat natürlich nur einen sehr geringen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit von privaten Unternehmen. Das heißt, das Problem liegt in der Tat eigentlich außerhalb des Gestaltungsspielraums, den eine Regierung hat. Die einzige Möglichkeit, wie eine Regierung versuchen kann, den Unternehmen, die Arbeitsplätze für Jugendliche schaffen, ihre Situation zu erleichtern, wäre die, dass man mehr Flexibilität bei den Wechselkursen einräumt.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Fredrick Federley (ALDE). - Herr talman! Jag tycker att det är slående i den här debatten hur svagt man egentligen resonerar både från den politiska vänstern och den politiska högern. Den politiska högern tror att vi blir starkare genom att stänga våra gränser och omöjliggöra för att de flera miljoner jobb som inte är tillsatta i Europeiska unionen faktiskt ska kunna tillsättas. Den politiska vänstern tror å sin sida att det enda sättet att skapa fler jobb är genom mer pengar och offentliga projekt.

Sanningen ligger väl snarast i en lång rad andra saker som vi måste titta på framöver. Hur vi kan skapa gemensamma marknader så att små och medelstora företag kan komma att fungera. Hur vi kan få ett handelsavtal med USA som stärker vår ekonomi. Knappt någon av mina ärade kolleger har på ett enda sätt lyft det faktum att vi just har genomgått den djupaste ekonomiska krisen på nära 100 år i Europa. Är det inte så att vi klarar av att skapa regler som skapar större ekonomi för företagen så kommer vi inte heller att kunna råd bot på arbetslösheten.

Franz Obermayr (NI). - Herr Präsident! *(Der Redner spricht ohne Mikrofon.)* ... Arbeitslose in der Union und eine sogenannte Jugendgarantie, die keine ausreichende Abhilfe schaffen wird, denn wo keine Arbeitsplätze sind, kann man auch keine garantieren. Sechs Milliarden Euro sind sicherlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein, und völlig kontraproduktiv sind die Ziele für 2020, die eine Akademikerrate von 40 % vorsehen. Ich frage mich: Wozu brauchen wir so viele Akademiker? Die Folgen: mehr Arbeitslosigkeit, Soziologen als Taxifahrer, Juristen als Kellner und eine Inflation der Diplome. Vielmehr brauchen wir eine Aufwertung des Handwerks, verbunden mit Kompetenzen in den neuen Technologien, qualifizierte Facharbeiter für unsere Industrie und ein duales Ausbildungssystem, wie Österreich und Deutschland es bekanntlich vorgeben.

Was wir natürlich nicht brauchen, ist eine weitere Zuwanderung, die zu Lohndumping führen wird und auch eine soziale Spannung in Europa erhöhen wird.

(Beifall)

Ádám Kósa (PPE). - Kedves Kollégák! Ha megnézzük a beadott közös állásfoglalás-tervezet elejét, abból is látható, hogy az Európai Parlamentben már sokszor foglalkoztunk ezzel a kérdéssel. Az előttem felszólalók sok számot mondtak, tragikus számokat, de úgy gondolom, hogy emellett fontos megnézni azt is, hogy azokban az országokban, ahol korábban már foglalkoztak ezzel a kérdéssel, hozott-e eredményt. Nézzük a saját országomat, Magyarországot. Egy évvel ezelőtt, 2013 márciusában 27,7% volt a munkanélküliség a fiatalok körében, most már 20%-nál tartunk. Hogyha megnézzük a többi országot, 13 országban eltérő mértékben, de csökken az ifjúsági munkanélküliség. Úgy gondolom, hogy folytatni kell a munkát, erőfeszítéseket kell tenni a Bizottságnak és a tagállamoknak egyaránt.

És nem kizárólag ezekkel a speciális projektekkal, hanem átfogóbb megközelítésekkel is. Meggyőződésem, hogy a versenyképesség növelésével – beleértve a minőségi képzést, a fiatalok minőségi képzését – javítani fogunk ezeken az intézkedéseken. Zárásul szeretném jelezni, hogy nem szabad újból ugyanabba a hibába esni. Az elkövetkezendő tíz évben gyakorlatilag, ha nem foglalkozunk mélyen ezzel a kérdéssel, akkor újrateremtjük a problémát. És a következő időben a világban 30 millió képzetlen fiatal fog megjelenni a munkaerőpiacon. Tehát ezt meg kell előzünk!

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). - Dėkoju Komisijos nariui L. Andorui už jo pateiktą informaciją apie esamą situaciją valstybės narėse dėl jaunimo užimtumo. Iš tikrųjų daug dirbate šioje srityje.

Nepaisant daugybės kalbų bei Europos Parlamento dėka iškovotų iniciatyvų, jaunimo užimtumo srityje teigiamų postūmių iš tiesų dar yra per mažai. Ar tikrai pakankamos valstybių narių pastangos įgyvendinti Jaunimo garantiją? Kaip minėjo Komisijos narys, net septynios valstybės dar net nėra parengusios planų, kaip įgyvendinti Jaunimo garantiją. Jaunimo nedarbas nebėgali būti įvardijamas vien tik kaip išsilavinimo trūkumo ar nepaklausių igūdžių problema. Mokymas, tinkamas ir ankstyvas profesinis orientavimas, aukšta darbo rinkoje pritaikomo mokslo kokybė, be abejo, yra viena sprendimo dalis, tačiau darbo vietų kūrimas – kita šios problemos sprendimo pusė – turi atsidurti tarp prioritetų Europos Sąjungos darbotvarkėje.

Kita svarbi problema yra jaunimo diskriminacija darbo vietose. Net ir gavę darbą, jauni žmonės yra diskriminuojami ir išnaudojami, todėl skurdo ir socialinės atskirties statistika tarp jaunimo yra nepateisinamai didelė mūsų Europoje. Jaunimui taip pat reikalingas darbo vietų saugumas, socialinė apsauga bei socialinės garantijos, nes Europos Sąjungos pagrindinių teisių chartija įtvirtina teisę į socialinę apsaugą visiems: ne tik patirties jau įgijusiems darbuotojams, bet ir pradedantiems.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Ir dar, ar ne per daug mes savo diskusijose koncentruojamės vien į ekonominius jaunimo nedarbo aspektus? Kodėl mes nekalbame apie jaunimo nedarbo poveikį mūsų žemyno demografijai? Kaip manote, ar saugios darbo vietos, ar apskritai jokios darbo vietos neturintis jaunas žmogus ryšis sukurti šeimą ir auginti vaikus? Tai juk taip svarbu mūsų senstančiai Europai.

Branislav Škripek (ECR). - Aj Slovensko má jeden z najvyšších ukazovateľov nezamestnatelnosti mladých, čo je až tretina nezamestnaných u nás.

Táto situácia sa dá zmeniť priamo aj nepriamo. EÚ by mala naďalej podporovať výmenné vzdelávacie programy Erasmus a Erasmus Plus, čo povedie k vytvoreniu rozhládenejšej a výkonnejšej pracovnej sily, čo zasa pritiahne k nim zamestnávateľov. Voľný pohyb pracovnej sily a služieb môže fungovať, len ak budú ľudia hovoriť cudzími jazykmi na komunikačnej úrovni, preto ich treba k tomu viesť. Európska únia by mala viac sledovať aj rozrušenie stuhnutých štruktúr rodinkárstva a korupcie, čo umožní mladým a kompetentným ľuďom dostať sa na relevantné pozície, ktoré sú teraz pre nich nedosiahnuteľné. Treba však zmeniť aj súčasnú paradigmu v prístupe k motivovaniu mladých ľudí, neučiť ich len „študuj dačo, zamestnaj sa v dakej firme a celý život sa povezieš“, ale treba ich podnecovať, aby sa kreatívne hýbali v malom podnikaní. Vlády členských štátov musia vytvárať možnosti na vznik *small businesses*. Kedysi však otec učil syna, dával mu príklad – dnes máme v EÚ rozpad zdravého modelu funkčnej rodiny muža, ženy a detí, a predovšetkým authority otca, čím trpí mladý jedinec a je destabilizovaný, a preto sa nevie relevantne zamestnať. V škole to býval majster a učiteľ, preto si myslím, že školy musia viesť od teoretických vedomostí k odbornej praxi, aby mladí ľudia išli aj remeselne pracovať, lebo remeselníci tu chýbajú.

José Inácio Faria (ALDE). - Senhor Presidente, caros Colegas, esta é a minha primeira intervenção nesta Casa. Num momento em que assistimos a um ligeiro crescimento económico na União Europeia, verificamos que se mantêm os números gritantes do desemprego jovem e as enormes assimetrias geográficas que a eles respeitam. Entre os 7,8 % na Alemanha e os 56,8 % na Grécia, passando pelos 38,1 % em Portugal.

Acredito que é chegado o momento de fazer mais pelo crescimento na Europa e apostar no investimento e na competitividade, utilizando os fundos estruturais, bem como os fundos do Banco Europeu de Investimento, de forma a alavancar o investimento privado e a criação do emprego jovem.

O Sr. Andor referiu que o emprego jovem estará no topo da agenda política do novo Presidente da Comissão Europeia. É uma das medidas, e uma das medidas é precisamente o alargamento da garantia jovem dos 25 para os 30 anos de idade, por forma a abranger os cerca de 6,8 milhões de jovens denominados NEET – os que não estão em situação de emprego, de educação ou de formação.

Indo um pouco mais além, defendo ainda a utilização das contribuições do Fundo Social Europeu, do FEDER e do FEADER, essenciais para a inclusão sustentável dos jovens no mercado de trabalho. Acredito, Sr. Presidente, caros Colegas, que, sem uma aposta mais firme no combate ao desemprego jovem, a Europa acabará por condenar toda uma geração à exclusão social e à perda da própria cidadania europeia. Estará a Comissão, Sr. Andor, verdadeiramente empenhada para enfrentar este desafio?

Jeroen Lenaers (PPE). - De jeugd heeft de toekomst. Dat is een spreekwoord dat wij in veel van onze Europese landen kennen, maar dat helaas vandaag de dag in Europa geen vanzelfsprekendheid meer is. Laten wij ervoor zorgen dat wij onze jeugd wél die toekomst geven. Laten wij voorkomen dat wij hier spreken over een verloren generatie van jongeren die willen en kunnen werken, maar daartoe de gelegenheid niet krijgen.

Het jeugdinitiatief en de jongerengarantie zijn belangrijke instrumenten, maar het zijn geen wondermiddelen. Het kunnen geen wondermiddelen zijn, omdat de strijd tegen jeugdwerkloosheid op de eerste plaats gestreden moet worden in de lidstaten zelf. Laten wij ons daarom niet verleiden tot het uitdelen van grote projectsubsidies vanuit Europa, maar laten wij ons richten op duurzame hervormingen in de lidstaten. Hervormingen op het gebied van de economie en de arbeidsmarkt. Hervormingen in het onderwijs, zodat dit beter aansluit bij de wensen van de arbeidsmarkt. Hervormingen om ondernemers de rust en het vertrouwen te geven om te ondernemen, met name jonge ondernemers en starters. Alleen op die manier kunnen wij de werkgelegenheid duurzaam verbeteren.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Mag ik misschien nog één vraag aan de heer Andor stellen met betrekking tot het volgende probleem: één van de belangrijkste of één van de meest kwetsbare groepen binnen de jonge werklozen zijn de jonge dakloze werklozen. De huidige Europese instrumenten lijken weinig aansluiting te vinden bij de uitdagingen waarmee deze groep te maken heeft. Wat kunnen wij samen doen om ook deze groep een toekomst in Europa te geven?

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D). - Señor Presidente, señor Comisario, estamos hablando de empleo juvenil, y este debate abarca mucho más que la Garantía Juvenil.

Primero, porque ya sabemos muchos que era un dinero insuficiente, que se contaba con una cuantía insuficiente — faltan, al menos, los 15 000 millones de euros que nos dijo la OIT para que fuera mínimamente eficiente—. Algunos también dijimos que iba a ser una puerta abierta a la precariedad cuando renunciamos a que fuera un sistema europeo, es decir, con unas normas generales para cumplir por todos los Estados.

Este debate es mucho más: este debate tiene que ver con las reformas laborales que la Comisión, en el marco del Semestre Europeo, ha promovido para generalizar la pérdida de derechos y la reducción de los salarios; este debate tiene que ver con la insuficiencia de garantías en la movilidad laboral para que muchos jóvenes que se están yendo fuera de sus países reciban también garantía e igualdad de oportunidades. Este debate también tiene que ver con las bolsas de fraude que hay en todos los Estados con las becas laborales, que somos incapaces de frenar.

Por lo tanto, señor Comisario, cuando hablamos de empleo juvenil, tenemos que ser conscientes de que el empleo es más que un derecho reconocido en nuestras normas: es el cordón umbilical por el que un ciudadano se siente o no parte de una sociedad.

Si queremos acabar con el euroescepticismo, si queremos poner freno a esta ola de populismos en toda Europa, tenemos que ofrecer algo más que desempleo o precariedad para el conjunto de los jóvenes europeos. Es su obligación y es también nuestra corresponsabilidad.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Janusz Ryszard Korwin-Mikke (NI), blue-card question. – Mr Gutiérrez Prieto is from Spain and he should remember that Spain was the leading power in the world but it got its gold from South America and dropped to third or fourth place. Money does not help. Money harms. Because if you get money you buy something from abroad and you are losing jobs and not getting them.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), respuesta de «tarjeta azul». – Gracias por este recordatorio de la historia, pero los que están perdiendo hoy dinero son los millones de ciudadanos europeos que ven cómo se devalúan sus salarios para ganar competitividad, hasta el punto de que, por ejemplo, la Comisión Europea haya reconocido que tener salario, tener trabajo, es insuficiente en algunos Estados miembros para llevar una vida digna. No encuentro nada que defina mejor la traición al modelo social europeo con las políticas de austeridad que hemos llevado en los últimos años.

No sé, no quiero recordar lo que pasó hace cinco siglos: lo que sí que me importa es lo que tiene que pasar en los próximos cincuenta años para sacar a Europa de la crisis social en la que vive con estas políticas de asfixia económica.

Hans-Olaf Henkel (ECR). - Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es muss doch einmal auffallen, dass die Weltwirtschaft schon seit Jahren wesentlich stärker wächst als Europas Wirtschaft. Und es muss doch auffallen, dass die Eurozone weniger stark wächst als Europa. Es ist heute auch klar gemacht worden, dass im Süden Europas das Wachstum wesentlich schwächer ist als im Norden Europas – mit folgenden Folgen: Erstens, wir beschwerten uns über Deindustrialisierung im Süden Europas, nicht im Norden der Euro-Zone. Wir beschwerten uns über wachsende Arbeitslosigkeit im Süden Europas, nicht im Norden Europas. Wir beschwerten uns über Jugendarbeitslosigkeit im Süden Europas, nicht im Norden Europas.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Der Grund ist ganz einfach: Für den Süden ist der Euro viel zu schwer und zu teuer geworden. Darüber beschwerten sich fast alle Ökonomen im Süden und immer mehr Politiker im Süden. Deshalb müssen wir endlich auch einmal in diesem Parlament über die fürchterlichen Auswirkungen einer Einheitswährung reden. Eine *one size fits all*-Währung ist eine Währung, die man nur als eine *one size fits none*-Währung bezeichnen kann.

Jean-Marie Cavada (ALDE). - Monsieur le Président, j'ai entendu hier, le candidat, M. Juncker, dire que l'économie devait être au service de l'homme et pas l'inverse. Il n'est que temps de faire ce constat et il est lamentable qu'il ait fallu attendre quatre ans pour arriver à ce constat, à condition qu'il soit appliqué.

Entre 25 et 50 % de chômage des jeunes, cela veut dire que tous ces gens, ces jeunes et leur famille tourneront, et parfois violemment, le dos à l'Europe. C'est un échec majeur et cela fait quatre ans que cela dure. Mais la cause, ça n'est pas tant l'Europe, Mesdames et Messieurs, que les États qui se sont livrés à un «classicisme» et n'ont pas fait les réformes qu'il fallait faire, ou d'autres qui se sont si puissamment endettés qu'ils ont ruiné une génération.

Alors, le drame est si important que maintenant l'Europe doit voler à leur secours dans trois directions: stimuler l'économie et faire circuler le crédit, accélérer les formations qualifiées et faciliter les échanges vers les pays migratoires d'Europe qui ont besoin de main-d'œuvre et, enfin, accélérer la mise en place de la garantie jeunesse et étendre ses effets jusqu'à l'âge de 30 ans.

Sofia Ribeiro (PPE). - Senhor Presidente, saúdo a Comissão pelas iniciativas hoje apresentadas, saudando em particular o apoio anunciado para as regiões com maiores taxas de desemprego. Na última legislatura, foram lançados vários programas extremamente importantes no combate ao desemprego jovem. No entanto, estas respostas não têm tido o sucesso que pretendíamos.

Na minha região, uma região ultraperiférica, os Açores, o desemprego jovem atinge valores absurdos de cerca de 40 %. Há, portanto, ainda muito a fazer na criação de emprego digno e estável. O combate ao desemprego jovem tem de ser muito mais do que uma apologia invocada nas lutas partidárias. Exige fundamentação, compromissos e parcerias dos diferentes autores.

Defendo que temos de criar garantias para os maiores de 25 anos, tal como é feito no meu país, Portugal, e não apenas na França, apoiando também, desta forma, os jovens mais qualificados, que ficam dotados de maiores ferramentas e competências profissionais, promovendo assim a mobilidade no ensino e a nível profissional.

Defendo igualmente a necessidade de articular com as pequenas e médias empresas, no sentido de se criarem incentivos fiscais na contratação de jovens e de se desenvolverem iniciativas que promovam o empreendedorismo e as *start-up* europeias. Mas o combate ao desemprego jovem requer o combate às desigualdades sociais e culturais no espaço europeu, o que implica termos igualmente de propiciar um ensino de excelência, reforçando o ensino profissional e a aprendizagem dual, a par de monitorizarmos os programas criados, quer na caracterização dos seus intervenientes quer no efeito dos mesmos.

Agnes Jongerius (S&D). - Nu na de financiële crisis ons continent getroffen wordt door een grote sociale crisis willen de burgers van Europa maar één ding en dat is werk!

Dus is een gerichte aanpak van de jeugdwerkloosheid topprioriteit; dit vereist een betere aansluiting van onderwijs op de arbeidsmarkt en dus meer investering in het onderwijs, het liefst in de verwachte groeisectoren, maar ook in leerwerktrajecten, stages en startersbanen en, wat mij betreft, in plannen waarbij oudere werknemers jongere onder hun hoede nemen en hen de kneepjes van het vak leren.

Ook moeten wij kijken naar ons industriebeleid om werkgelegenheid te creëren voor jongeren die graag met hun handen willen werken, om zo te voorkomen dat lager opgeleiden op de arbeidsmarkt verdrongen worden door hoger opgeleiden. Onze jongeren verdienen een toekomstperspectief en dus een groter budget dan de huidige zes miljard euro, een hogere leeftijdsgrens dan 25; deze moet worden opgetrokken naar 30. Europa verliest de steun van de bevolking als de helft van de jeugd zonder werk zit.

Mijn vraag aan de commissaris is dan ook: wat kunt u doen en wat kunnen wij doen om het draagvlak voor meer politieke ambitie op het punt van de bestrijding van jeugdwerkloosheid te vergroten?

Mittwoch, 16. Juli 2014

Deirdre Clune (PPE). - Mr President, I believe that the Youth Guarantee Scheme will be very important in tackling youth unemployment. Reforming our education and training systems is a very important element of that programme – that has been mentioned by the Commissioner here this morning – and I think it is something we really need to concentrate on.

In a recent survey of eight European countries, one third of employers said that the lack of skills among young people is causing major businesses problems in the form of cost, quality and time. Almost 30% of employers reported that a lack of skills was a major reason they did not fill their vacancies. And employers from countries with the highest youth unemployment reported the greatest problems due to skill shortages.

Youth unemployment is not a new problem for Europe and we should note it. In 1995 it stood at 21% and since then it has not gone below 15%, so it is an institutional issue. A critical reason that youth do not get the skills that employers need is that education providers, young people and employers do not understand one another. They operate in parallel universes and they rarely interact.

So we need to change the structure of how we teach young people skills. We need to focus on giving them the skills that the market needs, and that they are able to respond to what employers really need so that we can be sure that our young people have sustainable jobs. I would ask the Commissioner to ensure that this is a focus not just in my country but across Europe as well. It is an institutional problem and it is something that really needs to be tackled.

Brando Maria Benifei (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, esprimo, dato il poco tempo, due soli concetti. Innanzitutto, rilevo con grande soddisfazione che la garanzia giovani – la «Youth Guarantee» – è una realtà, una soddisfazione, perché si tratta di una misura adottata anche partendo da un'iniziativa del mio partito, il Partito socialista europeo, e di YES, i giovani socialisti europei. Per questo risultato bisogna ringraziare anche l'impegno del Commissario Andor, che si è impegnato in un contesto difficile per questa misura.

Per questa ragione chiedo alla Commissione di rafforzare gli strumenti di monitoraggio, dell'implementazione della *Youth Guarantee* negli Stati membri. Non possiamo accettare che quanto faticosamente ottenuto in sede europea vada poi a impantanarsi a livello dell'implementazione. È un lusso che i giovani d'Europa non si possono permettere. Come anche altri colleghi hanno detto, ritengo inoltre fondamentale allargare la base disponibile di risorse e portare gradualmente – come devo dire anche Juncker ha detto ieri – l'estensione della garanzia fino ai trent'anni.

Il secondo punto che voglio sollevare è che i giovani in Europa sono sicuramente la generazione più mobile ed è quindi importante completare la mobilità della forza lavoro, a maggior ragione per i giovani perché è una condizione base del funzionamento del mercato unico.

Alla luce di questo chiedo alla nuova Commissione, e quindi spero si potrà ridiscutere anche in futuro con la nuova Commissione, di farsi promotrice di nuove misure che vadano a sostegno della mobilità dei giovani lavoratori europei, per esempio relativamente ai diritti pensionistici. La mia esperienza di giovane europeo è quella per cui si costruisce un'Europa più giusta e più unita dando la possibilità ai giovani europei di lavorare in tutta Europa mettendoli in contatto e dando loro la possibilità di trovare un lavoro e di avere una speranza per un futuro migliore. La Commissione ha un'enorme responsabilità così come il Parlamento.

Georges Bach (PPE). - Herr Präsident! Gestern Morgen hat der neu gewählte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ganz richtig gesagt: „Die Krise ist nicht vorbei, bis das Problem der hohen Arbeitslosigkeit in Europa – besonders der Jugendarbeitslosigkeit – gelöst ist.“

Seit 2008 steigt die Jugendarbeitslosigkeit in der Union kontinuierlich an bis zu 50 % in manchen Ländern. Die Gelder der Initiative stehen seit dem 1. September 2013 zur Verfügung. Deshalb ist meine Frage an Sie, Herr Kommissar Andor: Wie kann es sein, dass die Europäische Kommission bisher nur die Programme von zwei Ländern angenommen hat? Und wie kann es sein, dass es fünf Jahre gedauert hat, bis auf europäischer Ebene etwas passiert ist? Seit 2008 steigt die Jugendarbeitslosigkeit, erst 2013 wurde die Initiative beschlossen. Wie können wir hier effektiver arbeiten? Wäre es nicht auch sinnvoller, das Alter auf 30 Jahre zu erhöhen?

Mittwoch, 16. Juli 2014

Anfangs haben Sie schon das Seminar in Brüssel erwähnt. Könnten Sie vielleicht noch einmal darauf eingehen, was von den Experten gesagt und was an Erkenntnissen zurückgehalten wurde, die helfen könnten, die Programme, Projekte und Initiativen in den Mitgliedstaaten zu beschleunigen? Denn hier liegt meines Erachtens eines der größten Probleme.

Dann möchte ich noch hinweisen auf diese Best Practice, wie Europa funktioniert. Österreich wurde bereits erwähnt. Auch in Luxemburg ist das Projekt im Juni dieses Jahres offiziell gestartet, und obschon in Luxemburg die Arbeitslosigkeit nicht so hoch ist, ist es trotzdem wichtig, Arbeit, Schule und Orientierung an den Wurzeln zu packen und hier eine Lösung zu finden. Dies ist kein Vorwurf an die Kommission, sondern an die Mitgliedstaaten, denn meines Erachtens liegt hier das Problem. Deshalb begrüße ich auch die Entschließung unseres Kollegen Casa, dass wir dieses wichtige Problem auch in der neuen Legislaturperiode behandeln. Vielen Dank!

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). - Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, cela a été déjà dit, le chômage des jeunes atteint un niveau record inacceptable. Il touche particulièrement ceux qui sont peu, ou qui ne sont pas, qualifiés dans le sud de l'Europe. Face à ce constat insupportable, je salue la volonté de Matteo Renzi, de mettre la croissance et l'emploi, et notamment l'emploi des jeunes, au cœur de l'agenda européen.

De nombreux dispositifs permettraient de faire refluer le chômage des jeunes plus rapidement à l'image de ceux mis en place en France depuis l'arrivée au pouvoir de François Hollande. Nous faisons de la jeunesse, qui est l'avenir de l'Europe, notre priorité. Pour que cela soit réellement une priorité européenne, il faut que le budget suive et il faut que cesse la politique générale austéritaire.

Concrètement, nous continuons à demander à porter la garantie jeunesse à 21 milliards d'euros et à étendre la mesure aux bénéficiaires jusqu'à 30 ans.

La Commission et M. Juncker doivent prendre la mesure de cet enjeu. Le renforcement de la formation professionnelle à l'échelle européenne est également crucial. Le programme Erasmus + doit être élargi aux apprentis et le programme Leonardo doit être renforcé. La reconnaissance, à l'échelle européenne, de l'expérience professionnelle donnée par les stages doit aller plus vite. Il faut même aller plus loin – la mobilité étant un facteur important pour l'emploi des jeunes –, en définissant un cadre commun pour les stages et les formations professionnelles.

L'Europe ne peut pas laisser sa jeunesse dans la situation actuelle. Nous avons besoin d'une nouvelle orientation de l'Europe pour agir plus efficacement en faveur de l'emploi des jeunes.

Siegfried Mureșan (PPE). - Domnule președinte, șomajul în rândul tinerilor este mult prea ridicat în Europa. Orice măsură care poate duce la reducerea șomajului, care dă tinerilor șansa de a face un stagiu, o practică, este binevenită. În acest sens, garanția pentru tineri este utilă, însă eu cred că avem nevoie de mai mult decât atât.

Un tânăr șomer în Europa nu își dorește un nou stagiu neplătit, ci își dorește un loc de muncă stabil, bine plătit, care să îi dea o perspectivă, să își poată întemeia o familie, să își poată cumpăra o casă. Realitatea este că locurile de muncă sunt create în primul rând de sectorul privat: de întreprinzători, de IMM-uri, de mici afaceri de familie. Datoria noastră ca oameni politici cred că este să punem la dispoziția sectorului privat un cadru economic în care acesta să aibă încredere, să poată investi, o economie puternică, competitivă. Asta va genera locuri de muncă stabile și bine plătite pe termen lung.

Europa are nevoie de reforme. Domnule comisar, stimați colegi, vă invit să lucrăm împreună în următoarele luni pentru a implementa o agendă ambițioasă de reforme economice care să ducă la sporirea competitivității. Doar așa reușim să câștigăm încrederea investitorilor, așa vor fi generate locuri de muncă și aceasta este cea mai bună măsură de prevenire a șomajului.

În al doilea rând, vreau să spun următorul lucru: există discrepanțe foarte mari în ceea ce privește nivelul șomajului în rândul tinerilor între statele europene - peste 50% în Grecia, Spania, sub 10% în Germania. Propun, domnule comisar, să implementăm un mecanism la nivel european de schimbare de bune practici între statele membre ale Uniunii Europene privind măsurile de prevenire și combatere a șomajului în rândul tinerilor. Să vedem ce măsuri au funcționat în state în care șomajul este redus și cum acestea pot fi aplicate, transferate în statele în care șomajul este ridicat.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Μιλτιάδης Κύρκος (S&D). - Κύριε Πρόεδρε, οι νέοι δεν είναι απλά ένας από τους αδύναμους κρίκους της εργασιακής αλυσίδας, δίπλα στις γυναίκες, στα άτομα με ειδικές ανάγκες, σ' αυτούς που προέρχονται από μειονότητες. Είναι και αυτό. Και για αυτό πρέπει να εφαρμόσουμε όλο και περισσότερα μέτρα που θα εξασφαλίζουν ότι οι νέοι δεν θα γίνονται αντικείμενο εκμετάλλευσης και εξαθλίωσης είτε από εργοδότες είτε από σύγχρονους δουλέμπορους.

Από τους νέους όμως θα βγουν και οι αιμοδότες της καινοτομίας, οι νέες ιδέες που θα σπρώξουν τα σύνορα της επιχειρηματικότητας, θα βγουν αυτοί που θα στηρίξουν τις νέες μορφές βιώσιμης ανάπτυξης. Για αυτό έχουμε καθήκον να τους προσφέρουμε διαρκή και εξειδικευμένη εκπαίδευση, να τους προσφέρουμε υγιή επιχειρηματικά κίνητρα και ένα δίκτυο ασφαλείας για τις αναπόφευκτες αποτυχίες τους.

Επιμένουμε λοιπόν στην πλήρη εφαρμογή του προγράμματος «Εγγύηση για τη νεολαία» και διεκδικούμε την αύξηση του προϋπολογισμού από 6 σε 21 δισ. ευρώ με παράλληλα όμως μέτρα που εξασφαλίζουν την αποδοτική απορρόφηση των χρημάτων. Διεκδικούμε σταθερά την αποσύνδεση της έννοιας «μεταρρύθμιση» από τη λέξη «απορρύθμιση» στην αγορά εργασίας των νέων.

Μαρία Σπυράκη (PPE). - Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, πολύ εύστοχα χθες ο Πρόεδρος Juncker είπε ότι στην Ευρωπαϊκή Ένωση έχουμε 29 κράτη μέλη και στο 29ο κατοικούν οι άνεργοι. Σας μιλώ λοιπόν εκ μέρους αυτού του κράτους μέλους, γιατί εκεί κατοικούν 1.303.000 Έλληνες, από τους οποίους 734.000 είναι κάτω των 25 ετών.

Και το ερώτημα, κύριε Επίτροπε, είναι τι θα κάνουμε με αυτούς; Τι θα κάνουμε με αυτούς τους νέους ανθρώπους, από τους οποίους 178.000 είναι υπερ-προσόντούχοι; Αρκεί η «Εγγύηση για τη Νεολαία»; Ακόμη και εάν την επεκτείνουμε στα 30 χρόνια όπως προτείνουμε σήμερα με το ψήφισμα; Αρκούν τα 340 εκατομμύρια ευρώ που έρχονται στην χώρα μου μέσω αυτού του προγράμματος; Οι απαντήσεις και στις δυο περιπτώσεις είναι όχι. Αρκούν τα προγράμματα μαθητείας που φαίνεται πως δεν είναι εστιασμένα στις χώρες του Νότου οι οποίες έχουν υποστεί τις περισσότερες επιπτώσεις από την κρίση; Η απάντηση είναι όχι.

Σε κάθε περίπτωση, δεν πρέπει να δίνουμε την αίσθηση ότι έχουμε το μαγικό ραβδί, ότι μπορούμε οι πολιτικοί να δημιουργήσουμε θέσεις εργασίας. Θέσεις εργασίας δημιουργούν εκείνοι που παίρνουν το ρίσκο, εκείνοι που επιχειρούν, και εκείνους πρέπει να ενισχύσουμε. Δεν έχουμε το δικαίωμα να συζητήσουμε άλλο για την αποκλεισμένη γενιά αλλά ούτε να συζητήσουμε καν για μια αποκλεισμένη ζωή. Στην Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να αποφασίσουμε στοχευμένες πολιτικές, σε χώρες όπως η Ελλάδα που υπέστησαν την κρίση, για μικρομεσαίες επιχειρήσεις χωρίς να νοθεύουμε τον ανταγωνισμό. Να αυξήσουμε όλα τα διαθέσιμα εργαλεία για τη ρευστότητα, να δώσουμε τη δυνατότητα να δημιουργήσει μία μικρομεσαία επιχείρηση μία θέση εργασίας. Αυτοί πρέπει να είναι οι στόχοι. Και οι στόχοι που θα τεθούν πρέπει να είναι μετρήσιμοι. Αυτό νομίζω ότι είναι το ύψιστο καθήκον όλων εδώ.

Monika Flašíková Beňová (S&D). - Nezamestnanosť mladých spôsobujú v našej spoločnosti viaceré faktory. Jednak je to znižovanie pracovných miest ako dôsledok dosahov krízy aj finančnej, ekonomickej a dnes už, žiaľbohu, aj sociálnej. Je to predlžovanie odchodu do dôchodku – dnes je už vek odchodu do dôchodku taký vysoký, že nám samozrejme mnohé pracovné miesta blokuje. Je to štruktúra vzdelávania v jednotlivých členských štátoch a je to samozrejme aj dôsledok celkovej situácie a toho, ako sa výroba prekladá mimo členské štáty Európskej únie, pretože podniky a firmy chcú generovať stále vyššie a vyššie zisky na úkor miest, ktoré by mali poskytovať zamestnancom u nás, v členských štátoch Európskej únie. Záruka pre mladých je jedným z dobrých nástrojov, ale je to krátkodobý nástroj, a myslím si, že na to, aby sme vytvárali viacero pracovných miest nielen pre mladú generáciu, ale všeobecne, je dôležité zmeniť celkovú sociálnu štruktúru v členských štátoch Európskej únie a začať sa zaoberať tým, ako harmonizovať sociálnu politiku v rámci Európskej únie.

Ivana Maletić (PPE). - Gospodine predsjedniče, nezaposlenost i odlazak mladih alarm je na koji moramo reagirati snažnijim i konkretnijim mjerama. Važno je osigurati sredstva, ali važno je i kako se sredstva troše i da li zaista daju rezultate.

U definiranju mjera trebamo slušati mlade, uključiti ih u donošenje odluka. Što nam mladi poručuju? Mladi žele poticajne mjere za poduzetnike, za otvaranje radnih mjesta, žele poticaje za samozapošljavanje i poduzetništvo mladih, za start-upove. Što mladi ne žele? Ne žele socijalne mjere, a one im se najviše nude. Ne smijemo svojom pasivnošću mlade dovesti pred zid da se vesele socijalnim mjerama jer ničeg drugog nema.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Tako je npr. u Hrvatskoj Vlada donijela mjere stručnog osposobljavanja. Mladi rade godinu dana za 210 eura i mali broj ostaje zaposlen. Poslodavci nisu motivirani zaposliti mladu osobu nakon ove mjere jer nemaju pravo na olakšice koje inače dobiju za prvo zaposlenje. Mladi nisu za tu mjeru, ali su u bezizlaznoj situaciju Bili su protiv njenog ukidanja jer Vlada nije imala namjeru uvesti zamjenske kvalitetnije mjere. Natjerali su mlade da razmišljaju: „Barem nešto je bolje od ništa.“ Mladi to nisu zaslužili.

Moramo se mijenjati i zajedno sa mladima osmisлити i provoditi programe i mjere za njihovo zapošljavanje i bolje obrazovanje.

Εύα Καϊλή (S&D). - Κύριε Πρόεδρε, στην Ελλάδα με την εφαρμογή του Συμφώνου και των προγραμμάτων λιτότητας, αλλά και στην Ισπανία, η ανεργία των νέων φτάνει το 60%. Αυτό σημαίνει ότι οι πολιτικές της Ευρωπαϊκής Ένωσης δεν έλυσαν το πρόβλημα και γι' αυτό αναβιώνει και έχει άνοδο ο ευρω-σκεπτικισμός αλλά και τα άκρα. Εκτός των άλλων, οι νέοι που είναι εκτός εκπαίδευσης και απασχόλησης κοστίζουν ορισμένες δεκάδες δισεκατομμύρια.

Υπογραμμίζω επίσης ότι ορισμένα κονδύλια δεν έχουν απορροφηθεί. Αυτό σημαίνει ότι πρέπει να διορθωθεί ο σχεδιασμός για να γίνει πιο εύκολη η απορρόφηση αυτών των κονδυλίων. Επιτρέψτε μου να βάλω και μια ακόμα διάσταση: πρέπει να διευκολυνθούν οι επιχειρήσεις για να πραγματοποιήσουν νέες επενδύσεις με τον δανεισμό αλλά και με φορολογικά κίνητρα και σταθερότητα για όσους προχωρούν φυσικά σε επενδύσεις και προσλήψεις, καθώς και με μείωση των διαφορών των επιτοκίων ανάμεσα στα κράτη μέλη, καθώς υπάρχουν πολύ μεγάλες διαφορές για τις επιχειρήσεις.

Τέλος, η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει οπωσδήποτε να δώσει έμφαση τόσο στις νέες τεχνολογίες, καθώς υπάρχει μια τεράστια αγορά σε αυτόν τον τομέα, την οποία μπορούμε να διεκδικήσουμε, όσο και στην καινοτομία για να καλύψει το έλλειμμα ανταγωνιστικότητας με τις Ηνωμένες Πολιτείες Αμερικής, την Ινδία και την Κίνα, γιατί δεν αρκεί να έχουμε θέσεις εργασίας, αλλά πρέπει να έχουμε τέτοιες θέσεις που θα δώσουν στους νέους της Ευρώπης την ευκαιρία να γίνουν πρωταγωνιστές, αλλά και θέσεις εργασίας που θα μπορέσουν να βοηθήσουν και τις γυναίκες, τις οποίες πλήττει πάρα πολύ η ανεργία.

Andreas Schwab (PPE). - Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Rahmen dieser Jugenderwerbsgarantie haben sich die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, dass alle jungen Menschen im Alter bis zu 25 Jahren innerhalb von vier Monaten eine Beschäftigung finden sollen.

Herr Kommissar, das war vielleicht von Anfang an ein extrem ambitionierter Plan, denn letztlich können ja nicht die Mitgliedstaaten die Arbeitsplätze schaffen, sondern nur die Unternehmen und die Arbeitgeber. Deswegen freue ich mich sehr, dass in der Entschließung, die wir verabschieden werden, unter Buchstabe G ausdrücklich steht, dass es vor allem auch um die Frage geht, wie wir junge Menschen rechtzeitig mit den notwendigen Fähigkeiten ausstatten, Berufe, die heute schon offenstehen und für die wir zu wenige Bewerber haben, am Ende auch zu besetzen. Es ist nicht nur so, dass in Deutschland die großen und insbesondere die kleinen Unternehmen dringend junge Erwerbstätige suchen, die die erforderlichen Qualifikationen mitbringen, sondern dass inzwischen auch in Frankreich, Spanien, Italien händeringend nach jungen Menschen gesucht wird, die handwerkliche Qualitäten mitbringen. Deswegen, Herr Kommissar, würde ich Sie dringend darum bitten, hier einen stärkeren Schwerpunkt zu setzen.

Es gibt Arbeit in der Europäischen Union, aber wir haben momentan nicht die Bewerber. Wenn uns das besser gelingt, Bildung, Ausbildung und die notwendigen *skills* zusammenzuführen, werden wir viele Probleme lösen können!

(Beifall)

Maria Arena (S&D). - Monsieur le Président, quand nous parlons des jeunes, nous devons savoir de quels jeunes nous parlons. Le fait de connaître effectivement ces jeunes nous donnera peut-être plus d'indications sur les politiques les plus adéquates à mener. Par exemple, on peut parler des jeunes qualifiés ou des jeunes en décrochage. Si, effectivement, la crise de 2008 a plongé les deux groupes, que ce soit les jeunes qualifiés ou ceux en décrochage dans la crise du chômage, quand on parle des jeunes qualifiés, la garantie jeunesse est un outil efficace pour les remettre à l'emploi.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Malheureusement, cet outil ne peut être le seul pour les remettre au travail et nous plaçons pour qu'il y ait de vrais plans de relance. Parce que c'est par les plans de relance que nous créerons les emplois. La garantie jeunesse permet de mieux mettre en adéquation la qualification de ces jeunes avec ces emplois. Malheureusement, quand on parle des jeunes peu qualifiés, même si les indicateurs économiques retrouvent des valeurs positives, ils n'entraîneront pas les «peu qualifiés».

L'ascenseur social européen est aujourd'hui en panne. Les études montrent que nos systèmes doivent être plus volontaires et moins inégalitaires. Nous avons, dans ce cas, besoin d'investissements pour lutter contre la pauvreté, la pauvreté des familles, la pauvreté des enfants, la pauvreté des adolescents.

Par conséquent, nous plaçons pour que des critères d'investissement sociaux soient intégrés dans le semestre européen. Nous plaçons également en faveur de la création d'indicateurs statistiques sur la pauvreté des enfants, laquelle conduit inévitablement à la pauvreté des jeunes adultes.

Renate Weber (PPE). - Domnule președinte, cum poate Uniunea Europeană să le asigure tinerilor un loc de muncă a fost întrebarea ultimilor ani. Dincolo de date statistice, vorbim de destine individuale, de tot mai mulți tineri care au ajuns să creadă că a merge la școală este inutil. Cred că aceasta va fi marea provocare a Uniunii în următorii ani: să demonstreze că cei care merg la școală vor găsi repede un loc de muncă, fie în țara lor de origine, fie într-un alt stat membru.

Garanția pentru tineri, deși binevenită, este doar un răspuns parțial la șomajul în rândul tinerilor. E nevoie să schimbăm felul în care gândim educația la nivel european și mobilitatea forței de muncă. Cred sincer că putem face din aceste două aspecte motoarele dezvoltării europene. Educația școlară și universitară ar trebui să aibă în vedere cerințele economiei din toată Uniunea Europeană, iar tinerii, în loc să fie lăsați să plece pe alte continente, ar trebui susținuți prin programe de asistență financiară atunci când găsesc locuri de muncă în altă țară a Uniunii decât cea de origine.

Parteneriatele între școli, universități și sectorul privat trebuie să devină o realitate peste tot, pentru a le oferi tinerilor acces la acel tip de educație și la acele abilități care sunt cerute pe piața muncii. Trebuie încurajate inclusiv astfel de parteneriate transnaționale. Sigur, asta înseamnă mai multă Europă, mai multă integrare și nu ar trebui să ne temem, dacă vrem ca tinerii cetățeni europeni să simtă că Uniunea Europeană, în ansamblul ei, înseamnă acasă.

Silvia Costa (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario Andor, ieri il Presidente Juncker ha annunciato la volontà di ampliare il target dei giovani e della Garanzia giovani fino ai trent'anni, cosa che, vorrei ricordare, è già prevista in Italia con fondi aggiuntivi, e sono anche felice che uno dei due piani già approvati alla Commissione europea sia quello del nostro paese. Vorrei assicurare che il summit di Torino sull'occupazione giovanile è stato solo postposto per avere la piena nuova Commissione in carica.

Il tasso di disoccupazione però è in aumento fra i giovani e allora abbiamo bisogno di cogliere due principali sfide. La prima è che la Garanzia giovani con i suoi 6 miliardi passi nei prossimi anni almeno a 21, come abbiamo già chiesto, e che sia non soltanto una risposta mirata a uno specifico target di giovani, e cioè la filiera per l'orientamento formazione, apprendistato e lavoro, ma anche l'occasione per gli Stati membri per riorganizzare la rete dei servizi, delle opportunità e degli incentivi e la riforma dell'apprendistato anche in alta formazione, cioè deve diventare una nuova politica attiva del lavoro.

Secondo, non basta questo se non si rilanciano due grandi questioni: il sistema duale di istruzione e formazione professionale e tecnica e investimenti in comparti strategici a livello sia europeo che nazionale, sapendo anche che questo va coordinato con le politiche di coesione con Horizon e con l'educazione e la formazione.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). - Κύριε Πρόεδρε, δεν θα μιλήσω για τους αριθμούς. Είναι άλλωστε γνωστοί. Πίσω όμως από τους αριθμούς υπάρχει ένας τεράστιος ανθρώπινος πόνος δυστυχίας και απόγνωσης. Και η Κύπρος είναι ένα μικρό κράτος μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης με έναν τεράστιο ανθρώπινο πόνο λόγω της ανεργίας και της καταστροφής που προέκυψε.

Ανέμενα, κύριοι συνάδελφοι, ότι αυτό θα μας έκανε πιο συγκαταβατικούς ώστε να απαιτήσουμε πρακτικά μέτρα από τον αρμόδιο Επίτροπο. Προβαίνω λοιπόν στις εξής διαπιστώσεις: πρώτον, η πλέον κοινή διαπίστωση, κύριε Επίτροπε, είναι ότι η επιτυχία του προγράμματος για την απασχόληση των νέων εξαρτάται από τη δυνατότητα των οικονομιών να δημιουργήσουν θέσεις εργασίας. Δεύτερον, χωρίς αυτό, τα όποια μέτρα θα καταλήγουν σε ανακύκλωση των ανέργων και θα είμαστε εδώ σε ένα-δύο χρόνια για να μιλάμε για το νέο κοινωνικό φαινόμενο της ανακύκλωσης των ανέργων.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Και τελειώνω με το εξής: ο συνδυασμός της δυναμικότητας της αγοράς με την κρατική στήριξη και παρέμβαση δύναται να δώσει λύση στο πρόβλημα. Αναμένω από τον Επίτροπο να μας δώσει συγκεκριμένες προτάσεις που συνδυάζουν αυτό μαζί με τη δυνατότητα των κρατών μελών να διαμορφώνουν τα επιμέρους θέματα.

Procedura «catch-the-eye»

Alessandra Mussolini (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi abbiamo apprezzato il programma giovani e in Italia siamo stati tra i primi ad approvarlo. Non deve però essere un sistema che alimenta se stesso, ad esempio solamente fondi che possono andare alla costituzione di piattaforme informatiche. Devono andare direttamente ai giovani, devono esserci controlli come ad esempio anche una bonus-malus per le regioni che effettivamente impiegano i fondi per creare posti di lavoro. Su questo io chiedo ad Andors se non pensa, avendolo già sentito in commissione lavoro al Senato, che debba essere implementata la rete pubblica con la rete privata.

Tibor Jenő Szanyi (S&D). - A magam részéről, és azt hiszem, hogy sokan osztottunk ebben, rendkívül örültem annak, hogy ez a szociáldemokrata gyökerű... (Az elnök közleménye.) Akkor az érkező képviselők számára is beszámolok arról, hogy itt az elmúlt néhány órában rendkívül sokan örültünk annak, hogy ezt a szociáldemokrata gyökerű ifjúsági garancia programot az Európai Bizottság és az EU intézményei átvették, és megkezdték végrehajtását. Többször leszögeztük, hogy ezt a keretösszeget növelni szükséges. Az életkori határt 30 évre kell felvinni, és persze azt is alá kell húznunk, hogy az ellenőrzés – elsősorban a tagállami felhasználások ellenőrzése – mennyire fontos, különösen, ha emelt összegre számíthatunk a jövőben.

Szeretnénk elkerülni, hogy az egyes kormányok számmisztikával próbálják meg elfedni restségüket, úgy mint ahogy pl. magyar kollégám is tette itt az imént. És még egy apróságot – talán nem is annyira apróságot – szeretnék mondani. Az a kevés pénz, amit egy-egy fiatal kap, többet érne, ha Európa-szerte az élelmiszereken eltörölnénk az áfát.

Joachim Starbatty (ECR). - Herr Präsident! Ich bin neu in diesem Parlament. Ich bin Wissenschaftler. Wissenschaftler denken in Ursache-Wirkung-Zusammenhängen. Ich habe hier nur normative Sätze gehört: Wir müssen das machen, wir müssen jenes machen. Normative Sätze ohne analytische Unterfütterung sind belanglos. Wir werden in den nächsten Jahren immer wieder diese Sätze brauchen.

Was notwendig ist, ist eine Ursachenanalyse. Warum ist in Deutschland die Arbeitslosigkeit seit dem Jahre 2010 dramatisch zurückgegangen, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit? Warum ist in der südlichen Peripherie die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, dramatisch angestiegen? Warum ist unser Exportüberschuss immer höher? Warum sind sie international nicht mehr exportfähig? Das sind die entscheidenden Fragen!

Wenn sie nur einen Wechselkurs haben, der für unterschiedliche Länder gelten soll, dann kann ich ihnen sagen, dass das nicht funktionieren wird. Sie werden im nächsten Jahr wieder dasselbe sagen, und es wird auch keiner investieren. Wer investiert in einem Land, das nicht wettbewerbsfähig ist? Wenn sie diese Frage beantworten: „Warum investieren Private nicht in unser Land?“, dann kommen sie der Frage: „Wie schaffen wir Arbeitslosigkeit ab?“, näher.

(Beifall)

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). - Señor Presidente, quiero saludar el anuncio efectuado ayer por el señor Juncker para modificar hasta los treinta años la edad límite de las personas que pueden acogerse a este programa de Garantía Juvenil.

Quiero expresar también una inquietud: este programa funcionará bien en la medida en la que esté cerca de la realidad económica y del mercado laboral, y siempre que tenga un carácter integral. Muchas de las competencias y el conocimiento para conseguir esta proximidad están en las regiones.

En España, el Gobierno ha hecho un reparto absurdo de los fondos recibidos para financiar el programa: el Gobierno del Estado gestionará el 85 % y las regiones, el 15 % restante, cuando las competencias están distribuidas exactamente al revés.

Este no es un problema interno de un Estado miembro, es una amenaza para el éxito de un programa europeo.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Por eso, pedimos control para corregir estas disfunciones y garantizar la eficacia del programa. Y por eso, señor Andor, le pregunto si usted conoce el programa del Estado español, del Gobierno del Estado español, y qué le parece esa distribución que está planteando cuando al final no se ajusta a las diferentes necesidades de las distintas regiones del Estado español. No se ajusta a las necesidades que tenemos en Euskadi con una juventud ...

(El Presidente interrumpe a la oradora)

Kateřina Konečná (GUE/NGL). - Pane předsedající, otázka nezaměstnanosti mladých je jedním z klíčových problémů dnešní doby. V mé zemi, České republice, se před vstupem do Evropské unie říkalo, že musíme dospět, abychom se stali právoplatnými a rovnými partnery pro naše sousedy na Západě.

Sny o dospělosti ale vystřídala realita vynucených strukturálních úprav a rostoucí nezaměstnanosti. Cynismus, s jakým se neoliberalismem nasáklé evropské instituce rozhodly zacházet s jižními evropskými státy, ukazuje pravou tvář onoho evropského snu. Miliony nezaměstnaných v Řecku, Portugalsku, Itálii, Španělsku, ale také v jiných zemích představují zlo, kterému je třeba čelit. Evropa si nemůže dovolit mít ztracenou generaci mladých lidí. Stejně tak si nemůžeme dovolit pokračování neoliberální politiky a politiky škrtů.

Proto i my předkládáme návrh, kde budou přijata jasná konkrétní opatření, jako je například silný dohled nad pracovními podmínkami, o kterých jsme, vážené kolegyně a kolegové, dnes vůbec nemluvili. I to patří do komplexu opatření, které musíme řešit. Nevyřešíme to jedním programem, který má navíc nedostatek financí. Vyřešíme to pouze komplexem opatření pro mladé lidi a penězi, které nedáme firmám a bankám, ale mladým lidem jako celku.

Marco Valli (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, volevo rivolgermi un attimo al Commissario per chiedere se crede davvero che il problema del lavoro si risolva precarizzando attraverso le riforme. Perché, secondo me, questo processo trasforma il lavoro in un ricatto continuo e non dà la possibilità alle persone di affrontare la vita con progetti a lungo termine, alimentando un sistema avido ed esclusivo nella nostra società dove si concentra ricchezza verso chi sfrutta il lavoro.

Janusz Ryszard Korwin-Mikke (NI). - Mr President, John Fitzgerald Kennedy, introducing the first bill on the minimum wage, said, frankly, that it was to protect industry in the North from competition from cheap labour from the South. Four million people lost their jobs. Then it was four million niggers but now we have 20 million Europeans who are the negroes of Europe – a full 20 million young people are negroes from Europe. Yes, they are treated like negroes. We must destroy the minimum wage and we must destroy the power of trade unions because the trade unions...

(Objections)

...listen to me, the trade unions are the instruments of ...

(The President cut off the speaker)

Presidente. - La invito a usare espressioni consone a quest'Aula, grazie. Prima di dare la parola vorrei invitare l'Aula a fare silenzio. Siamo a conclusione di un dibattito molto importante.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). - Mr President, forgive me, but that person used racist language. He used the word 'nigger' and should be censured much more strictly.

(Applause)

Presidente. - Onorevole, il mio richiamo è un richiamo all'onorevole che ha usato quella espressione e l'Ufficio di presidenza lo valuterà e prenderà nel caso dei provvedimenti.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

László Andor, Member of the Commission. - Mr President, honourable Members, I would like to thank everyone who contributed to this discussion and especially those who were speaking for the first time in this House.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Because the time is short and the discussion itself was quite long, I will try to be brief but also concrete. I agree with everyone who stressed that the European Union needs to do more for economic growth and job creation overall, not only focusing on the young generation but on the entire labour market. However, we have reasons, strong reasons, to develop measures and reforms targeted at the young generation, improving school-to-work transitions in the European Union, because young people have been disproportionately hit by the consequences of the financial and economic crisis, and as is well known the youth unemployment rate is more than twice as high as the overall unemployment rate in the European Union.

But our starting point is that Europe indeed is quite diverse. It is also very imbalanced. There are some countries which have been performing quite well and we have to help others learn from the good performers – this expression has been used widely in this discussion, including by Mr Arnott. Indeed the good examples of Austria, Germany and other countries where there is not such a great gap between the overall unemployment level and the youth unemployment rate need to be studied and if possible taken over. This applies to the various forms of dual training, apprenticeship models, but also how the public employment services function in these countries, and I strongly believe that good social dialogue and social partnership also contribute to finding the right solutions and the right ways forward.

The Youth Guarantee is not a one-size-fits-all policy. The EU agreed on some key principles and parameters which can be delivered if the financial backing is also provided. But the Member States themselves are developing their own national Youth Guarantee schemes in close cooperation with the Commission, and also paying attention to each other. Questions have been raised concerning specific countries, such as Spain or Italy where the situation is indeed much more serious than in some other cases. The Commission is paying close attention to these countries. I myself before the end of this week will be going to Italy to attend the informal Council and next week once more to Spain, and these missions allow for comparing notes with the governments about progress with the implementation of the Youth Guarantee.

This implementation does not entirely depend on the EUR 6 billion financial instrument, because this is a top-up fund to supplement the European Social Fund resources and the national resources that also have to be used. Almost all countries are still spending the ESF allocations of the previous period that ended last December.

So because of the financial factor there are no delays. In fact those who have any kind of questions were given a good explanation of how to use these financial resources in March, which all the Ministers received, and some countries take advantage of the European Investment Bank bridging finance facility to accelerate funding to youth-related measures.

This is of course not sufficient if we look at the very severe imbalances inside the eurozone. I agree with those who stressed that there is indeed a link between the EMU imbalances, and that is why we do not just have to monitor these imbalances through a scoreboard which includes youth unemployment and inactivity, but also to continue working on EMU reform and consider options for counter-cyclical fiscal capacity. This is what the Council will also discuss later this week in an informal setting in Milan – what options exist.

The age limit has been discussed. Member States – and this needs to be known – Member States are allowed to go to 30 years if they opt for this. However, the Commission has been encouraging all these Member States first of all to focus on the generational cohorts under 25, to introduce the measures – very important reform measures – to support and improve school-to-work transitions, whether on the education and training side or on the labour market side. And once this is successful for under-25s obviously there should be no reason to refrain from going to a higher age bracket.

This is not only a supply-side question – this is my answer to Mr Schwab. Skills are very important. Supply-side measures are important but the Youth Guarantee also has to be able to intervene on the side of the demand for labour and supplement the missing demand in many cases, especially at a time of recession.

The Commission has been working very closely with the Member States and also checking how the funds are used and how the reforms are prepared. It is not only a matter of personal visits which I made in pilot cases in the city of Évora in Portugal, or Ballymun in Ireland, or the Extremadura region in Spain where there is a regional Youth Guarantee scheme already in place. We also use the European Semester to assess and provide feedback to the Member States and we cooperate with the ILO and the OECD which are also involved in technical advice.

Mittwoch, 16. Juli 2014

It is true that the Turin meeting of Heads of State and Government has been postponed but the Italian Presidency keeps youth employment and the Youth Guarantee among its priorities and the attention of the Heads of State and Government remains very important.

So the Youth Guarantee is a major flagship initiative. The Commission is working with the Member States and other stakeholders to implement it, but this is of course not a substitute for the right macroeconomic policies or industrial policies which will help generate economic growth and jobs in the EU.

Presidente. - Le proposte di risoluzione da presentare a norma dell'articolo 123, paragrafo 2, del regolamento, saranno notificate successivamente.

La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà giovedì 17 luglio 2014.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Andrus Ansip (ALDE), kirjalikult. – Ma toetan kõnealust resolutsiooni noorte tööhõive kohta, sest noorte tööpuudus on aktuaalne ja lahendust nõudev valupunkt, eriti arvestades rahvastiku vananemist. Ülimalt oluline on hoida riigi rahandus heas korras – nii tulevad riiki investeeringud. Ja investeeringud on need, mis loovad uusi töökohti. Eestis on valitsussektori võlakooormus Euroopa Liidu väiksem ning Eestis on olnud otseste välisinvesteeringute jaoks küllaltki atraktiivne sihtkoht. Lisaks sellele on nii üldine kui ka noorte tööpuudus Eestis Euroopa Liidu keskmisest väiksem. Sellegipoolest on noorte suhteliselt kõrge tööpuudus ka Eestis oluline probleem. Usun kindlalt, et parim vahend tööpuuduse vastu võitlemiseks on haridus. Eestis on tugev korrelatsioon tööpuuduse ja haridustaseme vahel – kõrgema haridustaseme omandanud inimeste seas on töötuse määr madalam. See kinnitab, et peaksime veelgi enam soodustama Euroopa Liidu haridusprogramme, nagu Comenius, Erasmus, Grundtvig ja Leonardo Da Vinci. Ja, mis veelgi tähtsam, soodustama tervikuna tööjõu vaba liikumist Euroopa Liidu piires. Tänan!

Lorenzo Cesa (PPE), per iscritto. – La «garanzia giovani» introdotta dal Parlamento europeo è certamente un importante passo avanti nella lotta contro la disoccupazione giovanile, si rivolge però ai giovani disoccupati che hanno meno di 25 anni. Come deputato europeo italiano non posso non segnalare la terribile emergenza che sta vivendo il mio Paese riguardo la disoccupazione dei giovani fino a 30 anni e anche oltre. Ma non solo in Italia, infatti i giovani tra i 25 e i 30 anni che non hanno un'occupazione, né seguono un corso di studi o una formazione sono circa 6,8 milioni in tutta Europa. È chiaro che la soluzione al problema della disoccupazione, non può venire solamente dalla «garanzia giovani». Occorre che gli Stati si diano da fare per sveltire la propria burocrazia, che impedisce alla creatività dei lavoratori autonomi e delle piccole e medie imprese di crescere e svilupparsi. La politica fiscale deve essere alleggerita. I giovani devono poter condurre una vita dignitosa e autonoma, con un lavoro che garantisca loro stabilità e sicurezza, una retribuzione decorosa e protezione sociale. Solo così potranno lasciare la famiglia di origine, che oggi rappresenta l'ultimo ed unico sostegno per i giovani disoccupati.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – A gazdasági, pénzügyi és társadalmi válság rendkívül negatív hatást gyakorolt a foglalkoztatásra, különös tekintettel a fiatalok foglalkoztatási helyzetére. Az EU-28-ban 2014 áprilisában 10,4%-os volt a munkanélküliség, a fiatalok esetében 22,5%, sőt, egyes tagállamokban 50% feletti volt ez az arány. 7,5 millió 25 év alatti európai nem áll foglalkoztatásban, és nem vesz részt oktatásban, képzésben sem. Az Unió „Ifjúsági Garanciaprogram” kezdeményezése az Európa 2020 stratégia három céljának eléréséhez járul hozzá: a 20–64 évesek foglalkoztatottsági szintjét 75% fölé kell emelni, a korai iskolaelhagyók arányát 10% alá kell csökkenteni, és legalább 20 millió embert ki kell emelni a szegénységből és társadalmi kirekesztettségéből 2020-ra. Azonban az uniós kezdeményezések nem elegendők, az aktív tagállami szerepvállalás nélkülözhetetlen a munkanélküliség csökkentéséhez. Az Eurostat szerint az elmúlt két esztendőben Magyarországon csökkent legjelentősebb mértékben a fiatalok munkanélkülisége. Az Orbán-kormány által 2012-ben indított munkahelyvédelmi akciótervnek köszönhetően a munkáltatói teher mértéke minden 25 évnél fiatalabb munkavállaló fizetése után 14,5 százalékkal csökkent, pályakezdők esetében két éven át 27%-kal (100 ezer forintig). Ez az intézkedés mintegy 200 ezer fiatalnak jelentett segítséget. A foglalkoztatás elősegítése, a munkanélküliség csökkentése továbbra is az Orbán-kormány egyik legfontosabb célkitűzése.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az európai eredmények egyelőre szerények – nagyon kevés ország van, ahol a fiatalok munkanélkülisége nem nő, hanem csökken. Látható, hogy Európában ma erős tanácsstalanság uralkodik a kérdésben, aminek az az oka, hogy mindenki tudja: a legegyszerűbb módja a munkanélküliség elleni harcnak az adó vagy a szociális járulék mértékének csökkentése, így ugyanis a vállalkozások könnyebben tudnak munkát adni az embereknek. Ám mivel az államok eladósodottak, nem tudják használni ezt az eszközt, így gúzsba kötve kell táncolni, s olyan módszereket próbálnak találni, amelyek adócsökkentés nélkül is eredményre vezethetnek. Igazi gyógyulást azonban csak az adócsökkentésektől és az annak nyomán előálló gazdasági növekedéstől lehet remélni. A munkanélküliség a 25 év alattiak körében átlagosan közel 24 százalékos az uniós országokban. A negatív rekordot Spanyolország és Görögország tartja, ott a 18 és 24 év közöttiek 56, illetve 61,5 százaléka keres munkát. Magyarországon 27 százalék körüli a munkanélküli fiatalok aránya. Az Európai Unió a közelmúltban több célirányos intézkedésről is döntött a közel 6 millió európai fiatal munkanélküli támogatására, egyebek mellett az úgynevezett ifjúsági garancia megvalósításáról. Úgy vélem, hogy a legfontosabb feladat most ennek a programnak a megvalósítása, élni kell tehát az eddigi vívmányokkal, ezért csak remélni tudom, hogy az EP által korábban kiharcolt összegek folyósítása a közeljövőben megkezdődhet.

Adam Gierek (S&D), *na piśmie*. – W Polsce bezrobocie wśród młodych przekracza 28%, co stanowi ponad jedną czwartą ludzi poniżej 25. roku życia. Jest to wprawdzie lepszy wskaźnik niż w Grecji (ponad 58%) oraz Hiszpanii (ponad 55%) i nieco gorszy, niż średnia unijna (23,5%), ale polski problem jest równie poważny. Bezrobocie wśród młodzieży skutkuje nie tylko szkodliwymi następstwami ekonomicznymi (brak dochodów – niski poziom życia, marna konsumpcja), ale negatywnie rzutuje na całe społeczeństwo. Rośnie armia ludzi młodych, wysoko wykształconych, którzy przyzwyczajają się do przekonania, że można egzystować bez pracy. Wywołuje to wzrost przestępczości i zagrożenie stabilności społecznej. Naderwaniu ulega sztafeta pokoleń, co grozi przyszłościową katastrofą cywilizacyjną. Pracodawcy egoistycznie wykorzystują sytuację na rynku pracy i w Polsce coraz częściej zatrudniają młodych za tzw. śmieciowe wynagrodzenia, bez zapewnienia im podstawowego zabezpieczenia socjalnego. Tak więc słabo wynagradzani i źle przygotowani zawodowo młodzi stopniowo wypierają na rynku pracy starszych i doświadczonych, lecz droższych fachowców. Uważam, że słusznie podejmując problem bezrobocia wśród ludzi młodych, Parlament Europejski winien to czynić uwzględniając szeroki kontekst społeczny i gospodarczy, który wybiega daleko poza dotychczas stosowane doraźne rozwiązania. Degradacja pracy bowiem to nie tylko poważny problem bytowy, ale i czynnik natury psychologicznej: potrzeby samorealizacji w procesie tworzenia cywilizacji.

Barbara Kappel (NI), *schriftlich*. – Ein Hauptgrund für die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Mitgliedsstaaten ist die Wirtschafts- und Schuldenkrise Europas, in deren Zuge Unternehmen eher bestehendes Personal behalten oder sogar abbauen, als dass sie junge Menschen neu einstellen. Deshalb ist eine nachhaltige Krisenbekämpfung die effektivste Maßnahme zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit! Die Eurozonen-Mitglieder müssen ihre Haushalte im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspakts konsolidieren und Strukturformen umsetzen, denn nur so kann ausreichend Wirtschaftswachstum erreicht werden, das zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führt. Daneben sind in den Mitgliedsstaaten Maßnahmen zu setzen, die es für Unternehmen zusätzlich attraktiv machen, neue Mitarbeiter – und dabei insbesondere junge Menschen – einzustellen. Folgende Maßnahmen sind dazu geeignet: - Die Reduktion der Steuerlast. - Eine Entlastung der Arbeitskosten. In Österreich machen Lohnnebenkosten 49,1 % der gesamten Lohnsumme aus. - Maßnahmen zur Steigerung der Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen, wie z. B. der sogenannte „Blum-Tausender“, den Unternehmen in Österreich erhielten, die Lehrlinge ausbildeten. Eine Maßnahme, die zu einem starken Anstieg der Jugendbeschäftigung in Österreich führte. - Die Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbildung, ein System, das in Österreich und Deutschland dafür verantwortlich zeichnet, dass die Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich zu anderen Mitgliedsländern relativ niedrig ist. Das duale Ausbildungssystem ist ein ideales „Best Practice“ für die Länder Europas.

Eduard Kukan (PPE), *písomne*. – Včera v pléne odznelo niekoľkokrát, že absolútnou prioritou pod vedením nového predsedu Komisie bude posilnenie zamestnanosti, rastu a investícií. Nachádzame sa v kritickej situácii, EÚ bojuje proti obrovskej nezamestnanosti mladých. Všetci sa zhodneme na tom, že na zamestnanosť mladých musíme upriamiť pozornosť. Myslím si, že jeden z hlavných receptov na úspech je zakotvený v podpore podnikania. Vytvorme príležitosti pre mladých. Podnikateľské prostredie vytvára viac pracovných miest, v ktorých sa môžu mladí uplatniť a kde môžu využiť svoje skúsenosti a nápady. Odstráňme administratívne prekážky, ktoré zbytočne brzdia rozvoj tohto sektora. Druhou dôležitou časťou je dôraz na vzdelávanie a podporu tých študijných smerov, po skončení ktorých majú mladí šancu zamestnať sa. Treba sa upriamiť na prepojenie akademického sveta s praktickým! Podporujeme čo najviac programov, v ktorých môžu mladí získať prvé pracovné skúsenosti. Takisto by som chcel pripomenúť, že jedným zo základných kameňov fungovania EÚ je voľný pohyb osôb. Mobilita na pracovnom trhu je práve pre mladých ľudí nenahradiiteľná. V tomto ohľade je vytvorenie EURES-u nevyhnutnosťou.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Krystyna Maria Łybacka (S&D), *na piśmie*. – Aby skutecznie zwiększyć zatrudnienie młodych ludzi, musimy działać wspólnie, spójnie i efektywnie z państwami członkowskimi. Zwiększenie miejsc pracy dla młodych ludzi wymaga wzajemnie uzupełniających się działań w zakresie polityki zatrudnienia, polityki społecznej, młodzieżowej, gospodarki i edukacji. Wzrost szans młodzieży na rynku pracy niewątpliwie związany jest z ich przygotowaniem merytorycznym i kwalifikacjami. W tym zakresie kluczową rolę pełni edukacja, która powinna zapewnić młodym ludziom odpowiednie przygotowanie do funkcjonowania na zmieniającym się rynku pracy. Ważne jest wczesne wprowadzenie doradztwa zawodowego w systemie edukacji. Kształcenie zawodowe jest bezpośrednio powiązane z rynkiem pracy, dlatego program jego nauczania powinien być konsultowany z korporacjami pracodawców oraz wszystkimi innymi zainteresowanymi stronami, w tym organizacjami młodzieżowymi, poradniami zawodowymi, instytucjami szkoleniowymi, ośrodkami naukowymi, organizacjami pozarządowymi itd. Kluczowe jest także zwiększenie modułów praktyk na wszystkich poziomach kształcenia, co pozwoli na rozwinięcie kwalifikacji i kompetencji zawodowych młodzieży oraz zwiększy jej szansę na znalezienie pracy. Finalnie efektywność działań uzależniona jest od spełnienia powyższych kryteriów: wspólności i spójności działań, unowocześniania systemu edukacji zawodowej pod kątem potrzeb rynku pracy oraz koordynacji i monitoringu podejmowanych inicjatyw pod kątem ich skuteczności.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – Rata șomajului în UE în rândul tinerilor a atins nivelul de 22,5 % în aprilie 2014, iar în unele țări a depășit chiar 50%. Este un semnal de alarmă atât pentru statele membre cât și pentru Uniune. Statele membre trebuie să folosească cât mai eficient instrumentele puse la dispoziție de UE: Fondul social european, Programul Uniunii Europene pentru ocuparea forței de muncă și inovare socială și Garanția pentru tineret pentru 2014-2020.

Pe de alta parte, statele membre trebuie să reformeze standardele referitoare la educație și formare pentru tineri și să țină cont de posibilitățile de inserție profesională în funcție de cererile de pe piața muncii. Cooperarea cu sectorul privat, crearea în UE a unui mediu favorabil IMM-urilor, care să presupună asigurarea unor condiții financiare și juridice optime pentru întreprinderile recent înființate, sunt inițiative de care trebuie să se țină cont în mod consecvent. Comisia Europeană trebuie să pună în aplicare în cel mai scurt timp Garanția pentru tineret și să publice în următoarele luni o comunicare referitoare la modul în care a realizat această punere în aplicare. UE trebuie să-și țină promisiunile față de tineri, de micile întreprinderi și de regiunile defavorizate, să pună la dispoziție fondurile necesare pentru acestea și să cheltuiască eficient banii.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – La mancanza di lavoro in Europa rappresenta una questione di primaria importanza per gran parte dei governi dell'UE. È una situazione non solo assai «pesante» dal punto di vista sociale ed economico, ma anche frustrante e avvilente in quanto pone le persone in una situazione di inferiorità e a considerarsi non idonee. La drammaticità della situazione è testimoniata dai dati ripetutamente citati nel dibattito, in particolare quelli relativi alla disoccupazione giovanile che in Europa è al 23% e in Italia al 43%. Tre considerazioni: o si inverte la tendenza sulla creazione di lavoro o saremo costretti a registrare dati sempre più allarmanti; al momento il riassorbimento della disoccupazione giovanile appare lontano; si deve investire su scuola, formazione professionale, università e ricerca per facilitare l'incontro tra domanda e offerta del lavoro, in particolare laddove si richiede innovazione e parallelamente vanno più efficacemente contrastate abbandono e dispersione scolastica. Se la disoccupazione genera povertà e la povertà supera le caratteristiche del fenomeno transitorio e congiunturale, per assumere i connotati di una involuzione strutturale si allargano le disuguaglianze sociali, si intaccano i diritti fondamentali dei cittadini. Per questo servono grandi scelte politiche e la mobilitazione di tutte le forze culturali, sociali e imprenditoriali.

Péter Niedermüller (S&D), *írásban*. – Az EU-ban ma több mint 5 és fél millió 25 éven aluli fiatalnak nincs munkája, míg Magyarországon minden harmadik fiatal nem talál munkát. Az Európai Tanács a fiatalok munkanélküliség felszámolására mindösszesen 6 milliárd eurót szán a következő hét évben. Nyomatékosan ezért kérem az Európai Bizottságot, hogy fontolják meg a ILO ajánlását, miszerint évi 21 milliárd euróra lenne szükség a fiatalok munkanélküliség hatékony csökkentésére. Különös jelentőséggel bír az Ifjúsági Garancia bevezetése Magyarországon. A folyamatos megszorítások, a beruházásokat elüldöző gazdaságpolitika, a felsőoktatásban intézményesített röghöz kötés miatt a fiatalok elvesztették reményüket abban, hogy a jelenlegi magyar kormány változtathat kilátástalan helyzetükön. A magyar fiatalok helyzetét tovább rontja, hogy a felsőoktatásban a legnagyobb forráscsökkentés Görögország mellett Magyarországon volt tapasztalható. Magyarországon az Orbán-kormány oktatáspolitikája az, hogy a felsőoktatásra fordítható összeget a 2006-os szinthez képest 47%-kal vágta meg, az államilag támogatott hallgatói helyeket drasztikus csökkentette. Az európai ifjúsági garancia program reményt nyújt a hite vesztett magyar fiataloknak. Kérem ezért az Európai Bizottság itt ülő képviselőjét, Andor László biztos urat, hogy tegyen meg mindent az ifjúsági garancia tagállami végrehajtásáért, a megfelelő források biztosításáért. Ebben a munkában számíthat a DK EP-képviselőire!

Mittwoch, 16. Juli 2014

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – Youth unemployment in Europe is a challenge that needs to be urgently addressed if we are to secure better lives and futures for Europeans. We need an ambitious and holistic policy approach, encompassing the following elements. In order to achieve sustained employability, we need to create jobs in the short term, but also create long-term high-quality jobs and a business environment that will enable employers to hire more people. This can be done with a cut on the corporate tax of all EU-based companies, so that they could afford to hire 1 million Europeans on the average EU salary. Reforms are necessary in relation to the inclusion of vocational training in the curricula. It is also important to unleash the entrepreneurial potential of the young generations, e.g. by reducing bureaucracy in the application process for EU grants. The Youth Guarantee is an important step in bridging all instruments for tackling youth employment, but still some issues with its design and implementation exist. I would like to request information from the Commission on the implementation, costs and outcomes of the Youth Guarantee so far, e.g. what is the number of people that have found jobs through it up to now.

Marek Mirosław Plura (PPE), *na piśmie*. – Fakt, że co piąty młody Europejczyk jest bezrobotny, stanowi dziś największe zagrożenie dla przyszłości UE, zarówno w wymiarze ekonomicznym, jak i społecznym. Dlatego też konieczne jest niezwłoczne wprowadzenie wszechstronnych reform rynku pracy i systemów edukacji. Programy kształcenia powinny lepiej przygotowywać absolwentów do wymogów rynku pracy, niezbędna jest ścisła współpraca resortu edukacji i biznesu, a także kształcenie ku przedsiębiorczości na wszystkich etapach edukacji. Warto też powrócić do sprawdzonych form kształcenia dualnego i zawodowego, takich jak nauka rzemiosła. Jestem przekonany, że dobrze przygotowane i starannie monitorowane wdrażanie gwarancji dla młodzieży może przynieść pozytywne zmiany. Jednakże niezbędne jest równoczesne tworzenie warunków korzystnych dla rozwoju MŚP, bowiem ten sektor tworzy ponad 66% miejsc pracy w Europie. Konieczne jest znoszenie barier biurokratycznych i wprowadzanie zachęt dla samozatrudnienia i mikroprzedsiębiorczości. Uważam też, że spójna strategia reindustrializacji Europy może przyczynić się do długofalowej poprawy sytuacji na rynku pracy.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Nezamestnanosť mladých ľudí v Európe riešime už niekoľko rokov, ale zdá sa, že nie veľmi úspešne. Samotní mladí ľudia svoju nespokojnosť preukázali v máji tohto roku, keď sa neúčastnili na voľbách do EP. Jednoducho rezignovali, strácajú nádej, že Európa vie riešiť ich problém uplatnenia sa na trhu práce a zabezpečiť im budúcnosť. Celkom úspešne ponúkame mladým ľuďom možnosť štúdia v ktoromkoľvek členskom štáte, ale už nevieme im zaručiť zamestnania sa. V súčasnosti máme členské krajiny, kde je nezamestnanosť mladých ľudí 4 %, ale aj krajiny, kde hranica prekračuje 30 %. Preto aj opatrenia a záruky pre mladých musia zohľadňovať národné požiadavky, musia garantovať, že vzdelávanie bude prepojené s požiadavkami trhu práce. To bude fungovať iba vtedy, ak si všetky zainteresované strany, verejné orgány, školy a zamestnávatelia uvedomia nevyhnutnosť spolupráce. Podporujem každé dobré uznesenie, ktoré budeme v EP schvaľovať, ale väčšia iniciatíva musí prísť aj od samotných členských štátov.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Svjesni smo dramatičnog povećanja nezaposlenosti mladih te me stoga posebno veseli činjenica da je ova tema zauzela mjesto na početku zasjedanja novog saziva EP-a, također je za svaku pohvalu što je novoizabrani predsjednik komisije Juncker naveo rješavanje problema nezaposlenosti mladih kao jedan od prioriteta.

Dobro je da postoji Europski socijalni fond, Garancija za mlade i Inicijativa za zapošljavanje mladih. Sve su to instrumenti pomoći za rješavanje ovog velikog problema, ali je stvarno rješenje u kreiranju kulture koja pogoduje razvoju malih i srednjih poduzeća, stvaranju pogodnog gospodarskog okruženja koje može kreirati rast i razvoj u stvaranju fleksibilnog tržišta rada te u ukidanju birokratskih prepreka. Također je potrebno poticati mobilnost kako bi se stjecala nova znanja te obavezno mijenjati sustav obrazovanja i usklađivati ga s potrebama tržišta. Žalosti činjenica da se danas spominje 29. država članica, a to je država nezaposlenih. Zato moramo učiniti sve da gospodarstvo bude u službi čovjeka, a ne obratno i da ono bude glavna poluga u zapošljavanju mladih.

Moram spomenuti i RH kao negativni primjer jer nezaposlenost mladih se već nekoliko godina kreće oko 50% pa je politika pala i na testu korištenja europskih instrumenta, ali i na planu provođenja reformi i jačanja Hrvatskog gospodarstva.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Jelenleg az Európai Unióban 5,4 millió fiatal van munka nélkül, a magas ifjúsági munkanélküliség csökkenti az unió társadalmi kohézióját és gazdasági versenyképességét. Magyarországon a fiatalok munkanélküliségi rátája meghaladja a 27 százalékot. Ennél is nyomasztóbb, hogy az elmúlt néhány évben tízszeresére növekedett a gazdasági emigránsok száma, immár hatszázezer – többségében fiatal – hagyta el az országot, és keresett külföldön boldogulást. Európai parlamenti képviselőként és szociáldemokrata politikusként kötelességemnek érzem, hogy megteremtsem ennek a közösségnek az intézményesített érdekvédelmét, és minden eszközt megtaláljak ahhoz, hogy azoknak, akik erre igényt tartanak, segíteni, támogatni tudjuk a hazatelepülését és otthoni megélhetését, reménybeli vállalkozása elindítását. Az ifjúsági garancia és a mikrofinanszírozási programok ehhez érdemi kapacitást nyújtanak,

Mittwoch, 16. Juli 2014

de a hosszú távú eredményekhez ennél jóval átfogóbb, a szabad munkaerőáramlás elvét védő, de a hazatelepülést aktívan segítő stratégiai megoldásokra van szükség. Pozitívum, hogy Jean-Claude Juncker, az Európai Bizottság frissen megválasztott elnöke a köz- és a magánszféra együttműködésével a következő három évben 300 milliárd euróval ösztönözné a gazdasági növekedést, és elsősorban a fiatalok munkahelyhez juttatását. Javaslom ugyanakkor, hogy találjuk meg azokat a platformokat és forrásokat, amelyeket célzottan a gazdasági emigránsok támogatására lehet fordítani. Amelyekkel garantálni lehet, hogy a nemzeti kormányok tevékenységétől függetlenül lehetőséget tudunk biztosítani nekik saját hazájukban.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), γραπτώς. – Ποτέ στο παρελθόν η Ευρώπη δεν διέθετε μια νέα γενιά με τόσα προσόντα. Η γενιά αυτή καλείται να επιβιώσει σε πρωτοφανείς οικονομικές και κοινωνικές συνθήκες, χωρίς διεξόδους. Σήμερα, εκατομμύρια νέοι, Ευρωπαίοι πολίτες, δεν εργάζονται ή δεν σπουδάζουν. Δεν έχουν επιλογή, δεν έχουν αύριο. Ο ευρωπαϊκός Νότος, και ιδιαίτερα η Ελλάδα, πλήττεται από την ανεργία των νέων. Γιατί νέος χωρίς δουλειά, χωρίς προοπτική δουλειάς, είναι ένας νέος χωρίς όραμα, χωρίς διάθεση για δημιουργία. Ως μέλη του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου έχουμε υποχρέωση να δράσουμε, να εξαντλήσουμε όλες τις θεσμικές μας δυνατότητες, ώστε να αντιμετωπιστεί ουσιαστικά η μεγαλύτερη κοινωνική μάστιγα της εποχής μας. Οφείλουμε να απαιτήσουμε την εφαρμογή των χρηματοδοτικών εργαλείων που ήδη διατίθενται, αλλά κυρίως να θεσπίσουμε νέους ευέλικτους μηχανισμούς, άμεσα προσαρμόσιμους στην οικονομική πραγματικότητα κάθε κράτους μέλους. Η μείωση της γραφειοκρατίας, η προώθηση φοροελαφρύνσεων για τη νεανική επιχειρηματικότητα και τις νεοφυείς επιχειρήσεις είναι ένα πρώτο βήμα. Η ενίσχυση μηχανισμών, όπως το Ευρωπαϊκό Πιστοποιητικό Επαγγελματικών Προσόντων, με παράλληλη αναγνώριση της άτυπης εκπαίδευσης και στήριξη της ποιοτικής μαθητείας, ένα δεύτερο. Κάθε χρηματοδοτική διευκόλυνση, είτε μέσω του ΕΚΤ, είτε μέσω προγραμμάτων, όπως το COSME και το Erasmus +, είτε μέσω χαμηλότοκων δανείων από την ΕΤΕπ, πρέπει να τεθεί άμεσα στη διάθεση των νέων.

9. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

10. Abstimmungsstunde

Presidente. - L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

(Per i risultati delle votazioni e altri dettagli che le riguardano: vedasi processo verbale)

10.1. Einführung des Euro in Litauen zum 1. Januar 2015 (A8-0001/2014 - Werner Langen) (Abstimmung)

10.2. Mitgliederzahl der interparlamentarischen Delegationen (B8-0003/2014) (Abstimmung)

Presidente. - Con questo si conclude il turno di votazioni.

11. Stimmerklärungen

11.1. Einführung des Euro in Litauen zum 1. Januar 2015 (A8-0001/2014 - Werner Langen)

Dichiarazioni di voto orali

Othmar Karas (PPE). - Herr Präsident! Damit keine Missverständnisse aufkommen, möchte ich sagen, dass wir natürlich für den Beitritt Litauens zur Euro-Zone gestimmt haben, aber gegen Änderungsantrag 1, obwohl die Jugendarbeitslosigkeit die größte Wunde in der Europäischen Union ist und ich daher sehr begrüße, dass der designierte Kommissionspräsident gestern sehr deutlich gemacht hat, dass er bis Februar 2015 ein Investitions-, Wachstums- und Beschäftigungsprogramm in Höhe von 300 Milliarden Euro vorstellen wird.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Die Änderungsanträge, gegen die wir gestimmt haben, haben keinen Zusammenhang mit dem Beitritt Litauens zur Euro-Zone, greifen aber wichtige Themen, die wir in der Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik aufgreifen müssen, auf. Das möchte ich nur klargestellt haben. Abgelehnt wurde dieser Antrag nur, weil er keinen ursächlichen Zusammenhang mit dem Beitritt Litauens hat. Die Währungsunion ist eine Stärkung des Binnenmarkts, und der Binnenmarkt ist unser Jobmotor.

Gerard Batten (EFDD). - Mr President, regarding the Langen report on the adoption of the euro in Lithuania, I would like to explain why I abstained on Amendment 3 to Article 7, which calls for reform of the EU Treaty. No doubt the Treaty is in urgent need of reform, but to vote in favour will be to accept the Treaty in principle, which I cannot – and will not – do.

I do not want the European Union Treaty to apply in the United Kingdom in any way, shape or form. I want my country to leave the European Union and not to be bound by any EU Treaty, reformed or otherwise. Britain's accession to the Treaties was in fact an act of treason, something I explain in detail in my little book, 'Inglorious Revolution', which you can get from Bretwalda Books Ltd. Britain should withdraw without delay from the European Union, repudiate the Treaty and restore her status as an independent, sovereign, democratic nation.

Dichiarazioni di voto scritte

Andrus Ansip (ALDE), in writing. - I supported Lithuania's adoption of the euro. It will strengthen Lithuania's position at the political and economic core of Europe. Estonia joined the euro area in 2011 and this step has proved clearly beneficial for us.

Our three-year experience in the currency area is a positive example of how the euro allows for the enhancement of economic ties with the rest of Europe. Namely, the euro brought stability and made the economy attractive to foreign direct investment, which has further helped in creating jobs. The unemployment rate in Estonia is lower than the average in the EU. In addition, the euro has clearly supported trade – 70% of Estonia's exports go to other EU Member States. Last but not least, the euro was and is beneficial for ordinary people. During the time of the Estonian kroon, 90% of all credit was taken in euros: those people no longer have to worry about currency risk.

I strongly believe that Lithuania will benefit in the same way Estonia has. It is my great pleasure to extend a warm welcome to Lithuania in the euro area.

Heinz K. Becker (PPE), schriftlich. - Die Krise war keine Eurokrise, sondern eine Staatsschulden-, Wirtschafts- und Finanzkrise. Gerade die Krise hat gezeigt, dass wir in Europa nur gemeinsam bestehen können. Ziel der Währungsunion sei es ja, „im Binnenmarkt und in der Euro-Zone Konvergenz zu erzielen, die Wachstum und Beschäftigung schafft. Noch vor einem Jahr haben manche den Zerfall der Euro-Zone prognostiziert. Nichts davon ist eingetreten“, erinnert der EU-Politiker. Die EU gehe sogar gestärkt aus der Krise hervor. Die Währungsunion ist noch nicht fertig. Die Aufnahme von Kroatien in die EU und die Aufnahme von Lettland und Litauen in die Euro-Zone während der Krise ist ein Zeichen dafür, dass wir stärker werden.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. - Muestro mi apoyo a la adopción del euro por parte de Lituania desde el 1 de enero 2015 porque, tal y como recoge el informe del Banco Central Europea del pasado 4 de junio, cumple todos los criterios de convergencia exigidos por los Tratados y esa ha sido la voluntad del Gobierno y el Parlamento lituanos.

Mara Bizzotto (NI), per iscritto. - Non ho inteso supportare col mio voto la relazione Langen che analizza l'adozione dell'euro da parte della Lituania. L'estensione dell'eurozona a questo paese, a partire dal primo gennaio del 2015, non gioverà assolutamente alla sua economia. Avremo a breve un nuovo Stato messo in ginocchio dalla scelta economica folle della moneta unica.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. - Balsavau už šį Lietuvai labai svarbų pranešimą. Pirmiausia, norėčiau pasidžiaugti ir pasveikinti savo šalį, kuri sėkmingai, įdėjusi daug pastangų, įgyvendino būtinus konvergencijos kriterijus ir turi galimybę prisijunti prie euro zonos šeimos. Bendra Europos Sąjungos valiuta yra vienas sėkmingiausių Europos laimėjimų. Neaišku, kokioje dabar Europa būtų ekonominėje situacijoje, jei ne euras, nes turėdami skirtingas valiutas krizės metu būtume patekę į bankų ir fiskalinių sandorių gniaužtus. Taigi, Lietuvos jungimasis prie euro zonos dar kartą parodo bendros valiutos sėkmę ir reikalingumą Europoje. Euras – tai viena iš svarbiausių jungčių, vienijančių Europą, tad esu įsitikinusi, kad ir toliau tęsime jo sėkmingą istoriją. Savo šaliai norėčiau palinkėti, kad įvedus eurą Lietuvoje ir toliau būtų skatinimas ekonomikos augimas, darbo vietų kūrimas ir kokybiškas užimtumas, kad galiausiai Lietuvos žmonės pajautų jo naudą kasdieniame gyvenime.

Gianluca Buonanno (NI), per iscritto. - Voto contrario. L'euro, purtroppo, ha già dato ampia prova della sua nocività sulle economie dei diversi paesi della zona di appartenenza in generale e con diversi casi particolari molto gravi (Grecia, Spagna, Portogallo, Irlanda, Italia, Cipro). Moneta parametrata esclusivamente sull'economia tedesca (Germania unico paese ad averne tratto vantaggi), responsabile della recessione, del calo delle esportazioni, dell'aumento del tasso di disoccupazione e di un impoverimento senza precedenti delle fasce medio basse della popolazione europea. Ora, con l'adozione dell'euro da parte della Lituania, la crisi non farà che allargarsi a questo paese.

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. - Nella risoluzione approvata oggi il Parlamento si è dichiarato favorevole all'adesione della Lituania alla zona euro dal 1° gennaio 2015. Ho accolto con favore il fatto che la Lituania abbia soddisfatto tutti i criteri di ammissibilità dell'euro: l'inflazione media annuale recente dello 0,6% (ben al di sotto del valore di riferimento dell'1,7%); un disavanzo pubblico del 2,1% del PIL nel 2013 (valore di riferimento del 3%) e un rapporto debito lordo del 39,4% del PIL (ben al di sotto del valore di riferimento del 60%). Tutto ciò dimostra che è stato svolto dal 2006 un lavoro intenso da parte della Lituania. La Lituania sta per diventare il diciannovesimo membro della zona euro, dopo la Lettonia (2014), l'Estonia (2011), la Slovacchia (2009), Cipro e Malta (2008), la Slovenia (2007), la Grecia (2001), e il Belgio, la Germania, la Francia, l'Irlanda, la Spagna, l'Italia, il Lussemburgo, i Paesi Bassi, l'Austria, il Portogallo e la Finlandia (1999). Benvenuta nella zona euro, Lituania!

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. - Sono arrivato da poco al Parlamento europeo e trovarmi subito a votare per questa relazione mi ha sinceramente spiazzato. In Italia si discute sulla bontà della scelta, effettuata a suo tempo, di entrare nell'euro, e in altri paesi ci si sforza di rispettare i parametri richiesti per potersi infilare in questo sistema monetario. È un dato che fa riflettere, unendo considerazioni rudimentali di politica economica a più profonde valutazioni sui fattori che determinano la competitività delle nostre imprese. Tuttavia, queste valutazioni accrescono il mio bagaglio di esperienze politiche. Nel merito della proposta, ho scelto di accogliere la richiesta presentata dalla Lituania e, dopo aver valutato le conseguenze per il mio paese (limitate alla governance della Banca centrale europea, quindi senza impatto per le imprese italiane), ho deciso di votare a favore.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. - Salut extinderea spațiului zonei euro, având în vedere că executivul european consideră că progresele înregistrate de Lituania în îndeplinirea obligațiilor sale privind realizarea Uniunii economice și monetare au fost îndeplinite și că Lituania întrunește toate condițiile pentru adoptarea monedei euro.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – J'ai soutenu l'entrée de la Lituanie au sein de la zone euro à partir du 1^{er} janvier 2015. Cet État membre de l'Union européenne répond en effet aux critères exigés pour pouvoir adopter cette monnaie unique. La première demande de la Lituanie pour adopter l'euro en 2007 était trop précoce. L'économie du pays ne respectait pas les critères de convergence requis, en raison notamment d'une inflation trop élevée. Des efforts ont été faits de la part de la Lituanie pour atteindre les objectifs fixés. À présent apte à adopter cette monnaie, la Lituanie sera à partir du 1^{er} janvier 2015 le dix-neuvième pays membre de la zone euro.

Dennis de Jong (GUE/NGL), schriftelijk. - De SP-fractie stemt tegen amendement 3 vanwege de oproep aan de Europese Commissie om voorstellen te doen om te komen tot een "daadwerkelijke Europese Monetaire Unie". De SP is daarvan geen voorstander.

Mittwoch, 16. Juli 2014

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - Como noutros casos, incluindo o de Portugal, o processo de preparação da Lituânia para a adesão ao euro, obrigando ao cumprimento de estritos critérios de adesão plasmados no Pacto de Estabilidade, envolveu um penoso exercício de aplicação de medidas e políticas com elevados custos sociais e económicos. Ao contrário do que é dito no relatório, este processo está longe de poder ser considerado um sucesso. A Lituânia atravessou nos últimos anos um período de profunda recessão, com uma forte contração da economia nacional, perda de poder de compra dos trabalhadores e da generalidade da população, elevadíssimas taxas de desemprego e emigração forçada de parte significativa da sua juventude. Tudo em nome de miríficas promessas que – demonstra-o hoje à saciedade a situação de países como Portugal – nunca se concretizam, bem pelo contrário. O prometido eldorado resulta num prolongado pesadelo, com a perda de importantes instrumentos de soberania monetária, cambial e orçamental que passam a ser detidos pelo BCE/UE e exercidos em função dos interesses das grandes potências e dos seus grupos económicos e financeiros. Respeitamos o direito soberano de cada país de decidir sobre o seu futuro. Mas não ignoramos o facto de a população lituana, consabidamente, se opor, na sua maioria, a esta adesão. Votámos contra.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. - Rozšírenie Európskej menovej únie o ďalších z členských štátov EU je významným krokom nielen pre posilnenie spoločnej meny eura, ale aj odpovedou na snahy odporcov EU rozvrátiť spoločnú menu ako silný stabilizátor trhu, hospodárstva, ale aj spoločnej politiky EÚ. Splniť kritériá pre vstup do EMU nie je pre krajiny, ktoré pristúpili k EÚ v roku 2004 jednoduché. Viem to aj zo skúsenosti mojej krajiny – Slovenskej republiky, ktorá musela splniť nielen všetky kritériá, ale zároveň stanoviť aj vnútorný mechanizmus, ktorý by zabránil enormnému nárastu cien pre spotrebiteľa. Chcem preto zaželať Litve čo najlepšie výsledky na tejto ceste a možno ponúknuť inšpiráciu zo Slovenska.

Peter Jahr (PPE), *schriftlich*. - Ich danke dem Berichterstatter Werner Langen für seinen guten und ausgewogenen Bericht, der keinen Zweifel daran lässt, dass Litauen bereit für die Euro-Einführung ist. Das Land hat in den vergangenen Jahren eine bemerkenswerte wirtschaftliche Entwicklung verzeichnet und sämtliche Kriterien zur Aufnahme in die Euro-Zone erfüllt. Trotz der Finanzmarktkrise der vergangenen Jahre sind in Litauen niedrige Staatsschulden und geringe Inflationsraten zu verzeichnen. Die bisherigen Anstrengungen müssen auch in Zukunft beibehalten werden, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Wie für jeden weiteren Euro-Partner gelten auch für Litauen die verschärften Regeln des Stabilitätspakts. Die Einführung des Euro wird den volkswirtschaftlichen Aufschwung in Litauen weiter befördern. Kursschwankungsrisiken werden minimiert. Besonders ein kleines Land wie Litauen profitiert von einem stabilen Euro. Die Euro-Einführung ist aber nicht nur ein positives Zeichen für Litauen und das Baltikum. Wie schon der Beitritt Lettlands ist auch der Beitritt Litauens ein starkes Signal für die Euro-Zone. Der Euro hat sich nicht nur – trotz vieler Unkenrufe – als eine starke zweite Weltwährung neben dem Dollar etabliert. Er ist auch ein politisches Projekt und eine gemeinsame Erfolgsgeschichte. Ich freue mich, dass wir mit Litauen einen weiteren verlässlichen Partner in der Euro-Zone dazugewinnen und bin überzeugt, dass schon bald weitere folgen werden.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — Je soutiens l'entrée de la Lituanie au sein de la zone euro. La Lituanie n'a pas démerité depuis 2006, à la suite de sa première candidature qui n'avait pu aboutir. La situation de la dette lituanienne s'est considérablement améliorée au cours des dernières années. La Lituanie remplit désormais tous les critères techniques afin d'accéder à la zone euro dès le 1^{er} janvier 2015.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — Je me félicite que le Parlement européen ait soutenu la résolution sur l'adhésion de la Lituanie à la zone euro à partir du 1^{er} janvier 2015. Après une première tentative en 2006, la Lituanie a consenti à des efforts importants pour satisfaire aux critères d'adoption de l'euro. Cette nouvelle adhésion envoie un signal positif important à l'ensemble de l'Union. En effet, l'euro a été fortement décrié et rendu à tort responsable des difficultés économiques et budgétaires que connaissent actuellement plusieurs pays de l'Union, et notamment la France. Ainsi, cette adhésion de la Lituanie rappelle à l'ensemble des États-membres que l'euro est une chance et qu'il offre, au contraire, des garanties de sécurité, de stabilité et de prospérité économique.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. - I voted in favour of Lithuania joining the eurozone, and I am overwhelmed by the fact that 545 colleagues supported Lithuania's adoption of the euro, thus paving the way for Lithuania to join the eurozone on 1 January 2015.

Mittwoch, 16. Juli 2014

This marks the final success of Lithuania's efforts to comply with the common rules on fiscal and economic discipline. It is also a further clear proof that the eurozone is viable and continues to grow. Poland too is on its way to join in the foreseeable future. Lithuania was the third Baltic state to join the eurozone, reminding the European community that it requires political will and commitment to further European integration, to conduct structural reforms, to ensure budgetary balance and to abstain from spending resources that are not available.

I welcome our Lithuanian friends to the eurozone. Another contribution has been made to reliable fiscal discipline in practice.

Kaja Kallas (ALDE), *kirjalikult.* - Toetasin Leedu liitumist euroga, sest leian, et see on ühele väikeriigile ainuõige samm. Me ei tohi unustada, et Euroopa Liit on nii majanduslik kui ka rahaliit. Kuivõrd Leedu on avatud majandusega riik nagu ka Eesti ja Läti, kes juba on euroalaga liitunud, siis toob ühise valuutaruumiga liitumine majandusele kasu. Esiteks kaob investorite jaoks ära valuutarisk ja suureneb kindlus ning teiseks suurendab see raha sissevoolu kohalikku majandusse. Üheskoos oleme tugevamad. Aitäh!

Jeppe Kofod (S&D), *skriftlig.* - Arbejdsløshed, og i særdeleshed ungdomsarbejdsløshed, er en af de allerstørste udfordringer, vi står med i Europa. Det er afgørende, at vi får sat gang i vækst og investeringer, som kan give mere end 25 millioner arbejdsløse europæere god og varig beskæftigelse under gode forhold og til en rimelig løn. Bekæmpelse af arbejdsløshed er og bliver en socialdemokratisk mærkesag. Jeg har selv peget på mulighederne i at forbedre EIB's udlånsmuligheder, at skabe grønne job ved hjælp af mere ambitiøse klima- og energimål og behovet for en styrket ungdomsgaranti. Denne afstemning handler imidlertid hverken om arbejdsløshed eller ungdomsarbejdsløshed, men derimod specifikt om Litauens indførelse af euroen. Derfor hører ændringsforslaget fra Verts/ALE-gruppen ikke hjemme i denne specifikke tekst, og jeg har derfor valgt at stemme imod ændringsforslaget. Jeg vil arbejde for en reel bekæmpelse af arbejdsløsheden i Europa og ikke blot stemme for indholdsløse meningstilkendegivelser i betænkninger, der ikke har nogen indflydelse på bekæmpelsen af arbejdsløsheden.

Werner Langen (PPE), *schriftlich.* - Die breite Mehrheit des Europäischen Parlaments für den Euro-Beitritt ist ein Zeichen, dass die Abgeordneten auf eine erfolgreiche Zukunft des Euros und der EU setzen. Die breite Mehrheit von über 82 % belegt aber auch, dass die Euroskeptiker auf dem Irrweg sind. Besonders bemerkenswert war in der gestrigen Plenardebatte, dass von linken und rechten Eurogegnern eine Vielzahl von negativen Beiträgen abgegeben wurden, die offensichtlich nicht dem Stimmungsbild entsprechen. Die nun nachgeschobene Begründung von Herrn Lucke, die Bundesbank würde durch das Rotationsprinzip im EZB-Rat, das durch den Beitritt in Kraft tritt, vorübergehend ihr Stimmrecht verlieren, war weder im Wirtschaftsausschuss noch in der gestrigen Aussprache im Plenum Gegenstand der Debatte. Herr Lucke, der dies in einer schriftlichen Minderheitenerklärung darlegt, hat weder entsprechende Änderungsanträge noch vergleichbare Wortmeldungen abgegeben und damit belegt, dass es den Eurogegnern nicht um eine sachliche Diskussion, sondern um kurzsichtige und populistische Argumentationen gegen die gemeinsame europäische Währung geht. Ich freue mich, dass die enormen Anstrengungen, die Litauen für den Euro-Beitritt unternommen hat, vom Europäischen Parlament so deutlich unterstützt wurden.

Jérôme Lavrilleux (PPE), *par écrit.* — J'ai voté en faveur du rapport Langen portant sur l'adoption de l'euro par la Lituanie au 1^{er} janvier 2015. Effectivement, la Lituanie remplit toutes les conditions nécessaires à une entrée sécurisée dans la zone euro, telles qu'une législation nationale compatible, des prix stables ou encore des finances publiques maîtrisées (déficit public de 2,1% du PIB, là où la France échoue à respecter les 3% exigés par la Commission européenne). De plus, l'entrée dans la zone euro aidera la Lituanie à relever le défi de son indépendance énergétique.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit.* — Je me suis abstenu sur l'adhésion de la Lituanie à l'euro car j'estime que c'est avant tout au peuple lituanien de se prononcer sur cette question.

Afin de rentrer dans les critères économiques de Maastricht (limites de 3% de PIB de déficit annuel et de 60% de PIB pour la dette), la Lituanie s'est astreinte à une réduction drastique de ses dépenses publiques au moment où elle était impactée par les retombées de la crise financière.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Cette absence de flexibilité est encore plus drastique une fois dans l'euro, puisque c'est au nom des règles du Pacte de stabilité que la Commission peut désormais surveiller régulièrement les politiques budgétaires des États et dicter la politique économique à suivre.

Cette perte de souveraineté, au profit d'une monnaie certes plus solide mais par bien des aspects trop rigide, et dans un cadre budgétaire réduisant significativement toute politique d'investissement, doit être le fruit d'un large débat citoyen. C'est pourquoi je me suis abstenu tout en respectant la décision du peuple lituanien.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* - Nakon ulaska Latvije u eurozonu 1. siječnja 2014., 2015. očekuje se uvođenje eura u Litvi.

Upornost u provođenju strukturnih reformi te fiskalne konsolidacije u Litvi rezultirala je ispunjavanjem kriterija za uvođenje eura. Inflacija je u travnju ove godine iznosila 0,6 posto daleko ispod referentne vrijednosti od 1,7 posto. Javni dug iznosio je na kraju 2013. 39,4 posto BDP-a, a deficit središnje države 2,1 posto. Litva je članica tečajnog mehanizma od 2004. i od tada nije imala većih devijacija te je uspjela održati dugoročnu kamatnu stopu ispod referentne vrijednosti od 6,2 posto.

Zahvaljujući naporima koje je Litva uložila posljednjih godina u provođenju konvergencijskih pravila, Litva će postati dio društva u kojem će sudjelovati u donošenju odluka koje će pomoći jačanju eura te osigurati sebi prednosti eura kao valute. Transakcijski troškovi, nenaklonjenost kreditnih agencija (ulaskom u eurozonu podići će se kreditni rejting zemlje) dio su prošlosti. Pad cijena, porast konkurentnosti i izvoza su prednosti uvođenja eura.

Na Hrvatskoj, a i na drugim državama članicama je da ulože dodatne napore kako bi ispunili konvergencijske ciljeve i osigurali prednosti članstva u eurozoni.

Svetoslav Hristov Malinov (PPE), *в писмена форма.* - На 16 юли 2014 г. приехме със сериозно мнозинство резолюция, която подкрепя присъединяването на Литва към еврозоната. Балтийската република от години демонстрира убеден курс към приемането на общата валута и съм удовлетворен, че това официално ще се случи на 1 януари 2015 г. Изпълнението на критериите за конвергенция на Литва са показателни – страната демонстрира умерен държавен дефицит от 2,1 % от БВП и публичен дълг от 39 %, който е далеч под средните стойности в Европа. По отношение на всички останали референтни стойности и критерии на ЕЦБ относно нивата на лихвените проценти и ценовата стабилност Литва също демонстрира убедително представяне.

Република Литва се присъединява към Латвия и Естония, които също направиха прехода към еврото през последните години. Показателно е, че независимо от финансовата криза и затрудненията в целия ЕС, проектът за общоевропейската валута остава привлекателен и за по-новите страни членки. Литовският литас се присъедини към валутния механизъм ERM II (т.нар. „чакалня“ на еврозоната) още през 2004 г. и оттогава се провежда целенасочена политика с цел приемане на еврото. Подобни усилия трябва да бъдат приветствани и могат да служат като пример за успешния преход от система на валутен борд към пълното приемане на обща валута за страни като България.

Nuno Melo (PPE), *por escrito.* - Apresentei a minha posição favorável à adoção do euro pela Lituânia a 1 de janeiro de 2015. As condições jurídicas para a adoção do euro estão definidas no artigo 140.º do TFUE e no Protocolo 13.º relativo aos critérios de convergência, os quais devem ser integralmente cumpridos. De acordo com os relatórios de convergência da Comissão, todos os critérios foram cumpridos, pelo que fui favorável à entrada de mais um Estado-Membro na união monetária.

Roberta Metsola (PPE), *in writing.* - This report confirmed Lithuania's progress in complying with the convergence criteria under Article 140(1) of the Treaty on the Functioning of the European Union, namely: the compatibility of national legislation with Articles 130 and 131 and with the Statute of the European Central Bank; the achievement of a high level of price stability; the sustainability of the government financial position; compliance with the normal fluctuation margins of the European Monetary System's Exchange Rate Mechanism for at least the past two years; durability of convergence, as reflected in long-term interest rate levels; and financial stability. I look forward to Lithuania joining our common currency soon and I therefore voted in favour of this report.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Anne-Marie Mineur (GUE/NGL), *schriftelijk*. - De SP-fractie stemt tegen amendement 3 vanwege de oproep aan de Europese Commissie om voorstellen te doen om te komen tot een "daadwerkelijke Europese Monetaire Unie". De SP is daarvan geen voorstander.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. - I support this report on the adoption by Lithuania of the euro on 1 January 2015. Since Lithuania is the last Baltic state to adopt the euro, it is very positive that the country has achieved a high degree of sustainable convergence with the euro area and that it fulfils the conditions for adopting the euro as its currency. I believe it is essential for the European Union to have a single currency for the Member States and that is why I voted in favour.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. - A zona euro é composta por 18 países que partilham a mesma moeda única e controlos económicos e orçamentais comuns, visando garantir uma estabilidade contínua do espaço monetário europeu.

A Lituânia pretende ser o 19.º país a aderir à moeda única, tendo o Fundo Monetário Internacional (FMI) verificado que o sistema financeiro lituano é líquido e bem capitalizado. Voto assim de forma favorável a adesão da Lituânia à moeda única, considerando o euro uma moeda forte e estável, situação que fica a dever-se muito à forte ação desenvolvida pelo Banco Central Europeu (BCE).

Gostaria ainda de felicitar a Lituânia por apresentar finanças públicas sólidas e sustentáveis, nomeadamente um défice orçamental de 2,1 %, uma dívida pública de 39,4 % do produto interno bruto e uma taxa de inflação média de 0,6 %, conferindo assim ao país uma independência financeira favorável à realização de novos investimentos estratégicos.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de l'adhésion de la Lituanie à la zone euro. Ce texte a valeur de consultation puisque la décision finale appartient aux États membres. La Lituanie, comme tous les pays qui ont rejoint l'Union européenne depuis 2004, est tenue d'adopter l'euro. Évidemment des critères très stricts ont été mis en place afin de ne pas affaiblir la zone euro par une succession d'adhésions non préparées. À mon sens, deux de ces critères sont très importants et permettent de renforcer la convergence de la zone. Le premier est le respect d'une inflation contenue pendant les 3 années précédant l'adhésion. Cette mesure permet de maintenir la stabilité des prix dans l'ensemble des pays utilisant l'euro. Le second est d'avoir une dette inférieure à 60% du PIB. La crise économique qui a bouleversé le continent ces dernières années était une crise de la dette et non pas une crise de la monnaie. L'intégration de pays endettés dans des proportions raisonnables permet donc de renforcer toute la zone. Enfin, je souligne que c'est une adhésion préparée qui fait suite à un premier refus des institutions en 2006.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Der Euro hat sich bereits bei seiner ersten ernsthaften Probe kaum als krisenfest erwiesen. Nur das massive und sehr bedenkliche – Einschreiten der EZB hat einen Kollaps verhindert. Der Grund seiner Schwäche ist die Basiskonstruktion: Eine Währung für ein Europa der 20+ verschiedenen Wirtschaften mit verschiedenen Wirtschaftszyklen und Fiskalpolitik.

Uns wurde um die Jahrtausendwende garantiert, dass die Überschuldung einzelner Staaten nicht mit den Geldern anderer Länder innerhalb der Währungsunion bezahlt wird, denn eine Überschuldung soll es nicht geben (Maastrichtkriterien). Nun wissen wir seit dem ESM, dass der Dackel – obwohl doch vertraglich verpflichtet, den Wurstvorrat nicht anzurühren – selbigen aufgefressen hat. Welche Überraschung und wie prophezeit! Mit Müh und Not sowie allerhand Steuergeldern wurde der Kollaps 2012 abgewehrt und eine weitere Nation – egal welche – in dieses labile Konstrukt aufzunehmen, halte ich daher im Moment als nicht sinnvoll. Dazu kommt noch, dass durch die Neuaufnahme die Anzahl der zulässigen EZB-Ratssitze überschritten wird. Dies erfordert nun, dass jede Nation einmal aussetzen muss. So können kontroverse Euro-Beschlüsse durch gutes Timing über Österreichs oder Deutschlands Kopf hinweg gefällt werden. Das ist sehr gefährlich. Daher habe ich gegen die Aufnahme Litauens in die Währungsunion gestimmt – dies hat, aber nichts mit Litauen im Speziellen zu tun.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. - Manau, kad sprendimas dėl Lietuvos įsijungimo į euro zoną gali turėti esminių pasekmių valstybės ir Tautos ateičiai. Todėl svarbiausiais valstybės raidos etapais valdžia turėtų išgirsti Tautos balsą. Neturime teisės ignoruoti fakto, jog dauguma Lietuvos žmonių nenori euro. Tačiau „Euro traukinys“ į mūsų šalį lekia milžinišku greičiu, nepaisant to, jog daugiau kaip pusė lietuvių yra neigiamos nuomonės dėl Lietuvos įsijungimo į euro zoną.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. - Na dnešní schůzi jsem podpořil zprávu o přijetí eura v Litvě. Respektuji, že rozhodnutí o litevském přijetí eura padlo na základě vůle demokratických orgánů Litevské republiky. Osobně sice preferuji, aby o přijetí eura v mé zemi rozhodovalo v referendu, ale forma přijetí eura je věcí každé členské země a jejích občanů.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — J'ai voté pour le rapport Langen sur l'adoption par la Lituanie de l'euro au 1^{er} janvier 2015. Ce rapport non-législatif est favorable à l'entrée de la Lituanie dans l'euro. Il démontre clairement que l'euro n'est pas une monnaie repoussoir. Malgré la crise économique qui a vu l'euro chanceler à cause des attaques permanentes de certains marchés financiers ou de spéculateurs, l'euro a passé un cap. Une régulation et un cadre de protection ont été ajoutés à notre monnaie qui reste une monnaie forte, stable et tournée vers l'avenir. L'euro nous protège des attaques extérieures. La Lituanie l'a compris, et au vu de ses très bons résultats elle deviendra le 19^{ème} État membre de la zone euro le 1^{er} janvier 2015.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — Depuis sa candidature en 2006, la Lituanie a accompli un travail important afin de remplir l'ensemble des critères permettant son adhésion à l'euro. En effet, la Lituanie présente désormais une dette publique inférieure à 60% du PIB et un déficit budgétaire qui ne dépasse pas les 3% du PIB. En parallèle, l'inflation lituanienne est basse et sa monnaie demeure stable. J'ai donc soutenu cette résolution qui permettra à la Lituanie de devenir le 19^{ème} État membre de la zone euro, le 1^{er} janvier 2015.

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. - According to the Commission Convergence Report 2014 (COM(2014)0324) and the European Central Bank Convergence Report of June 2014, Lithuania now complies with the legal and economic preconditions for adoption of the euro laid down in Article 140 of the Treaty on the Functioning of the European Union and Protocol No 13 on the convergence criteria, namely: legal compatibility with the Treaty, price stability, sound and sustainable public finances, durability of convergence, and exchange rate stability. The ECR Group takes the view that EU Member States which fulfil all the criteria and wish to join the euro should be allowed to do so. The Group position was therefore in favour of the Langen report.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. - Pozdravljam napore koje su litavske vlasti ostvarile u proteklom razdoblju budući da se Litva istaknula kao ozbiljna država kada je u pitanju provođenje reformi. To potvrđuje činjenica da od osam zemalja EU-a, koliko ih je procjenjivala Europska komisija, među kojima je i Hrvatska, jedino Litva ispunjava postavljene kriterije konvergencije za uvođenjem eura.

Nadam se da će i Vijeće ministara potvrditi preporuku Komisije te da će Litva 1. siječnja 2015. usvojiti euro jer za državu kakva je Litva, ali i Hrvatska, ulazak u eurozonu donosi više koristi nego troškova budući da je Litva visoko „euroizirana“. Posljedica visoke „euroizacije“ je da građani drže štednju u eurima, a valutna klauzula i tečajne razlike negativno se odražavaju na stanovništvo, ali i gospodarstvenike, jer su izloženi tečajnom riziku. Primjerice, građani u Hrvatskoj, koja se nalazi u proceduri prekomjernog deficita, trenutno „plaćaju“ cijenu nečlanstva u eurozoni pa su tako zbog tečajnih razlika nerijetko stope za stambene kredite, ali i druge vrste kreditiranja, iznimno visoke. Uvođenjem eura takva mogućnost bi se izbjegla.

Stoga, zbog dobrobiti litavskih gospodarstvenika i građana pozdravljam uvođenje eura te se nadam da će i Hrvatska slijediti primjer Litve i ispuniti postavljene kriterije kako bi se pridružila Litvi i ostalim članicama u Eurozoni.

Tibor Jenő Szanyi (S&D), *írásban*. - Litvánia teljesített valamennyi feltételt, ami ahhoz szükséges, hogy jövő év elején bevezethesse az eurót. Az európai közös valuta a gazdasági fejlődéshez szükséges fontos eszköz. Nem véletlen, hogy a Bizottság következő elnöke is úgy hivatkozott az euróra, mint Európa védelmének fontos eszközére. A közös valuta bevezetése tehát valamennyi tagállam és így az Unió, valamint állampolgárai közös érdeke is. Ezért sem kérdéses, hogy támogatom bevezetését valamennyi olyan tagállamban, amely ennek feltételeit teljesíti. Litvánia e téren egyszer, 2006-ban már visszalépni kényszerült a magas infláció miatt. Most viszont felkészültebben és polgárai érdekeit még jobban szolgáló módon vezetheti be az eurót. A félreértések elkerülése végett itt is szeretném leszögezni, hogy Magyarországot is e feltételek mielőbbi teljesítésére ösztönözöm azzal együtt, hogy a magyar kormánynak külön és az eddigieknél sokkal hangsúlyosabb figyelmet kell majd fordítania arra is, hogy a bevezetés folyamata a polgárok és a kis- és közepes vállalkozások érdekét egyaránt és a lehető legnagyobb mértékben szolgálja.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – La Lituanie voulait déjà adopter l'euro au 1^{er} janvier 2007. Ce projet a échoué en 2006 du fait d'une inflation trop élevée dans le pays. Depuis, la Lituanie a continué à se développer et a consenti des efforts importants pour satisfaire aux critères d'adoption de l'euro. Le 25 février 2013, le gouvernement lituanien a décidé de se fixer comme objectif l'introduction de l'euro au 1^{er} janvier 2015. Il faut espérer que la détermination du gouvernement lituanien à l'égard de l'adoption de l'euro au 1^{er} janvier 2015 fera progresser l'adhésion de la population. Le Parlement lituanien (Seimas) a adopté, le 17 avril 2014, la loi sur l'adoption de l'euro par la Lituanie par 87 voix pour, 7 voix contre et 13 abstentions. Ce résultat indique que les partis lituaniens sont nettement favorables à l'euro.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I particularly appreciate the fact that Lithuania wants to enter the eurozone. Its willingness should remind many of us how we sometimes fail to take sufficient account of the benefits of sharing this common project that is the euro.

It is particularly pleasant to vote for the acceptance of Lithuania, as this Baltic country meets all the criteria for adoption of the euro. As we all know, this has not been the case in the past with other countries. Twenty-five years ago, Lithuania was part of the Soviet Union: today it is a European country, its prosperity is increasing day by day, it is a Member State of the EU and it will soon be part of the eurozone. That is a success we should all be proud of.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – Los criterios de convergencia aplicados a los nuevos miembros de la zona del euro son totalmente arbitrarios e ideológicos. En este sentido, las medidas de austeridad impuestas a Lituania para la adopción de la moneda han sido draconianas y han causado un gran sufrimiento a una gran parte de la población. Como Lituania ya ha adoptado *de facto* la moneda y su Parlamento ha pedido el ingreso, para no poner en cuestión la soberanía del país ni excluirle del sistema de gobierno de la zona del euro, he emitido voto favorable al ingreso. Ello no excluye que la zona del euro sigue teniendo graves problemas estructurales que debe afrontar de inmediato, si quiere perdurar y no seguir siendo un lastre para el bienestar de la población, particularmente de la periferia.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Although the UK is not a member of the eurozone many other Member States believe it is right for Member States like Lithuania to join. I am therefore pleased that Lithuania has met the criteria, including low inflation and interest rates, and I voted in favour of Lithuania joining the euro on 1 January 2015.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O processo de preparação da Lituânia com vista à adesão ao euro representou um penoso exercício de austeridade forçada. Ao longo deste processo o povo da Lituânia foi sujeito a medidas drásticas com elevados custos sociais e económicos. Ao contrário do que é dito no relatório que apoia esta adesão, este processo está longe de poder ser considerado um sucesso, considerando a forte contração da economia nacional, a quebra dos salários, as elevadíssimas taxas de desemprego e o ressurgimento da emigração forçada. Importa igualmente lembrar que esta adesão foi rejeitada pela maioria da população num referendo em maio de 2013. Continuamos a considerar que o processo de adesão ao euro representa uma ingerência intolerável nas soberanias nacionais, impedindo as autoridades nacionais de desenvolver políticas autónomas e adaptadas às necessidades específicas de cada país. A sujeição dos Estados nacionais às políticas monetárias do BCE, fortemente condicionadas aos interesses das economias mais fortes do centro da Europa, tem sido e continuará a ser um fator de divergência das economias da UE.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – O processo de preparação da Lituânia com vista à adesão ao euro constitui um penoso exercício de austeridade forçada, através do qual o povo da Lituânia foi sujeito a medidas drásticas com elevados custos sociais e económicos.

Ao contrário do que é dito do relatório que suporta esta adesão, este processo está longe de poder ser considerado um sucesso. Não é, aliás, por acaso que esta adesão foi rejeitada pela maioria da população num referendo em maio de 2013.

Com efeito, a Lituânia atravessou nos últimos anos um período de grande recessão, com uma forte contração da economia nacional, perda de poder de compra dos trabalhadores, elevadíssimas taxas de desemprego e uma emigração forçada de parte significativa da sua juventude.

A vontade do povo da Lituânia deve prevalecer sobre quaisquer outros interesses estrangeiros.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Presidente. - Con questo si concludono le dichiarazioni di voto.

12. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(La seduta, sospesa alle 12.30, è ripresa alle 15.00)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

13. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

14. Zusammensetzung der Ausschüsse

Der Präsident. - Ich habe von der EFDD-Fraktion folgende Anträge auf Ernennung erhalten:

AFET-Ausschuss: Ignazio Corrao anstelle von David Borrelli

IMCO-Ausschuss: Diane James anstelle von Amjad Bashireine

Diese Benennungen gelten als bestätigt, wenn bis zur Genehmigung des vorliegenden Protokolls kein Widerspruch eingeht.

*
* *

Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Moraes.

Claude Moraes (S&D). - Mr President, I rise on a point of order, under Rule 11(2) which refers to Members' conduct being characterised by mutual respect, based on the values and principles laid down in the basic texts of the European Union. We heard from Mr Janusz Korwin-Mikke in the previous debate language which is deeply unacceptable in this Chamber. We heard racist language and I believe that a number of Members have intimated to us that this is not the way that this mandate should begin. I want to intimate to this Chamber that appropriate action should be taken by Parliament's services. Cécile Kyenge, the Member next to me, has made the same remarks as myself and she may want to add to what I have said.

(Applause)

Kashetu Kyenge (S&D). - L'intervento di questa mattina dell'onorevole Korwin-Mikke ha avuto contenuti gravissimi. Quelle sue parole pronunciate qui dentro offendono la dignità di questo luogo in primis, la dignità di questo Parlamento e anche lo spirito dell'Unione. Le sue parole ledono i principi affermati nell'articolo 11, paragrafo 2, del regolamento del Parlamento. Le sue parole non hanno solo offeso le persone come me, che hanno un altro colore della pelle, ma tutti noi qui dentro che siamo animati dai valori che sono alla base di queste Istituzioni, i valori di uguaglianza e di dignità di ogni persona.

Chiedo quindi per questo di poter applicare sanzioni appropriate per questo tipo di comportamento. Le parole che si pronunciano qui dentro hanno un peso ed è anche per questo che da questo luogo deve iniziare una battaglia forte contro ogni forma di discriminazione e razzismo.

Der Präsident. - Vielen Dank, Frau Kollegin Kyenge! Der Präsident ist über diesen Vorfall informiert.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Es tut mir leid, ich werde zu diesem Thema keine weiteren Geschäftsordnungsanträge mehr annehmen. Eine Frage noch.

Jörg Leichtfried (S&D). - Herr Präsident! Zu diesen beiden Wortmeldungen ist eh nichts mehr zu sagen. Darum sage ich auch nichts mehr dazu, nur, dass ich das vollinhaltlich verstehe und teile. Ich würde Sie aber schon bitten, es nicht dabei zu belassen, zu sagen, Sie sind informiert, sondern auch eine eventuelle Reaktion anzudeuten, die hier stattfinden könnte. Ich glaube, das hätte sich diese Versammlung auch verdient.

Der Präsident. - Herr Kollege! Sie kennen die Gepflogenheiten, Sie sind kein Neuling in diesem Hause. Der Präsident ist über diesen Vorgang informiert. Es obliegt dem Präsidenten, hieraus Schlussfolgerungen zu ziehen, gegebenenfalls auch Sanktionen zu verhängen. Deshalb habe ich das so gesagt. Sie kennen genügend Vorgänge aus der Vergangenheit, wo Sie wissen, dass aus diesen Vorfällen auch Folgerungen gezogen werden. Ich werde zu diesem Thema jetzt keine Wortmeldung mehr annehmen.

15. Stand der Dinge bei den Zahlungen aus dem EU-Haushalt angesichts nicht abgewickelter EU-Mittelbindungen in bisher nicht da gewesener Höhe (Aussprache)

Der Präsident. — Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zum Stand der Dinge bei den Zahlungen aus dem EU-Haushalt angesichts nicht abgewickelter EU-Mittelbindungen in bisher nicht da gewesener Höhe (

Della Vedova, Benedetto, *Presidente in carica del Consiglio.* - Signor Presidente, onorevoli deputati, signora Commissario, avete chiesto al Consiglio e alla Commissione di rendere una dichiarazione sulla situazione dei pagamenti nel bilancio dell'Unione europea. Si tratta di una questione legata direttamente alle trattative di bilancio in corso quest'anno. Il Consiglio riconosce l'esistenza di un problema specifico relativo alle fatture, ai pagamenti in arretrato, in particolare nel settore delle politiche di coesione. Tali pagamenti, come tutti gli altri, devono essere naturalmente effettuati. Ovviamente l'interesse del Consiglio vuole che nessuno Stato membro debba affrontare per proprio conto le conseguenze di un problema che rischia di determinare un aumento dei disavanzi di bilancio nazionali.

Ma vi è un altro aspetto importante in relazione al bilancio che riguarda le modalità con cui pervenire a un corretto equilibrio tra due ordini di interessi diversi. Da un lato, dobbiamo rispettare gli impegni assunti, dall'altro dobbiamo tenere conto dell'esigenza di fare in modo che il bilancio dell'Unione europea rifletta il requisito che impone ai singoli Stati membri di rispettare appieno gli obiettivi di disavanzo fissati nel Patto di stabilità e crescita, un requisito che costituisce in primo luogo un obbligo europeo. È vero che lo scorso anno abbiamo concordato i massimali di bilancio annuali dal 2014 al 2020 nel Quadro finanziario pluriennale, ma detti massimali non costituiscono obiettivi di spesa. Essi vanno bensì valutati ogni anno nel contesto della situazione economica degli Stati membri e del possibile impatto sui bilanci nazionali.

Questo Parlamento insieme al Consiglio ha approvato tre anni fa un pacchetto legislativo in cui sono stabilite le norme di base che impongono agli Stati membri tale disciplina di bilancio. Pertanto, il bilancio dell'Unione europea richiede una pianificazione accurata. Le richieste di Stati membri volte a creare margini sufficienti al di sotto dei massimali sono avanzate per cercare di controllare esigenze finanziarie impreviste o inaspettate. Pertanto, spero fortemente che possiamo evitare una discussione in cui si cerchi di dividere l'Unione europea tra buoni e cattivi, quelli che desiderano spendere con generosità e quelli che prima di tutto vogliono risparmiare. Siamo tutti sulla stessa barca. Vogliamo utilizzare e investire il bilancio dell'Unione europea nel modo più efficace per stimolare innovazione, crescita e occupazione. Al tempo stesso, dobbiamo tenere presenti le limitazioni di bilancio entro le quali ci troviamo ad operare.

L'esperienza degli ultimi due anni dimostra che il Consiglio è sempre disposto a rispondere alle proposte per coprire le esigenze di pagamento giustificate ed urgenti. Lo scorso anno abbiamo approvato un bilancio rettificativo di 11,2 miliardi di euro. Perché abbiamo chiesto che fosse diviso in due parti? Per garantire un adeguato controllo dei mutamenti in termini di esigenze di pagamento, ma anche per assistere le autorità di bilancio nazionali nell'adeguamento agli oneri finanziari supplementari che ne sono derivati.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Quest'anno parteciperemo con lo stesso spirito alla discussione e ai negoziati sui progetti di bilancio rettificativi che sono sul tappeto, nonché sul progetto di bilancio per il 2015. Sebbene l'arretrato dei pagamenti nel settore della coesione fosse molto elevato verso la fine dell'anno scorso, è diminuito significativamente da 23 a 10 miliardi di euro nel primo semestre dell'anno in corso. Stiamo evidentemente attraversando una fase di transizione tra le fatture accumulate alla fine di un periodo di programmazione e l'avvio di un nuovo periodo in cui è necessario un certo lasso di tempo per l'attuazione dei programmi e perché questi siano pienamente efficaci in termini di leva economica. Dovremmo approfittare di questa situazione anziché rischiare un fallimento dei nostri negoziati.

Signor Presidente, onorevoli deputati, signor Commissario, signore e signori, le nostre economie nazionali e l'esigenza di promuovere la crescita in investimenti richiedono un bilancio dell'Unione europea concepito e attuato nel modo più efficace per conseguire i risultati. La Presidenza italiana è pronta a spendere tutte le proprie energie per il raggiungimento di tale obiettivo. Grazie per l'attenzione.

Androulla Vassiliou, *Member of the Commission*. - Mr President, the Commission welcomes this discussion on the payments situation in the EU budget at the start of the Parliament's new term. The discussion is indeed timely, as both branches of the budgetary authority are engaging in discussions on the amending budgets for 2014, requesting additional payment appropriations, and on the 2015 draft budget.

Over the last few years, the budgetary authority has effectively followed a two-step approach whereby, first, an artificially low level of payment appropriations was authorised in the budget with the understanding, reflected in a recurrent joint statement, that a supplementary amending budget might be needed in the course of the year once implementation provided compelling evidence that more payment appropriations were needed. We saw this in 2012, when an amending budget of EUR 6 billion was adopted at the end of the year, and again in 2013 when, thanks in particular to the determination and support of Parliament, an additional EUR 11.2 billion was eventually made available to cover outstanding needs.

This approach in agreeing the budget in successive stages makes the budgetary process almost unintelligible and undermines the EU's credibility. The EU budget should serve to implement our common priorities. This must be taken with seriousness and realism, addressing all the foreseen needs in the knowledge that the new Multiannual Financial Framework (MFF) provides the tools to address unforeseen needs should they arise.

The Commission proposals for the 2015 draft budget and for amending the 2014 budget reflect a responsible and realistic approach but again, realistically, they will only lead to stabilising the overall situation. The new MFF provides for enhanced flexibility, not least thanks to the determination of Parliament. The Commission has consistently made it clear that the overall payment ceiling defined in the 2014-2020 MFF would require the implementation of specific and maximum flexibility, and that it would make use of available flexibility instruments as provided for in the MFF Regulation if and where needed.

This is what the Commission did in late May this year by presenting draft amending budget No 3, with a request to use the remaining margin under the payment ceiling – some EUR 700 million – and the activation of the contingency margin mechanism for an amount of EUR 4 billion. Such a request is justified by the payment shortages experienced in several programmes and by a number of unforeseen circumstances, including a higher than expected pace of implementation in cohesion policy, which led to an unprecedented level of unpaid bills at the end of 2013 to be covered with appropriations in the 2014 budget.

For the 2015 draft budget, the Commission proposes to make full use of the payment ceiling agreed in the Multiannual Financial Framework. Combined with a careful management of resources these measures should curb the global growth of outstanding commitments and provide the means to address our obligations stemming from previous years' commitments.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Let me take this opportunity to give a face to this problem. It is not just about ministries or universities or even Member States as such, getting money back later than expected. In many programmes, for example in research and innovation, we have small private companies that have valid contracts and have performed their agreed work and incurred the agreed costs and now could face a situation in which the Commission simply cannot pay them in time. The Commission will have to mitigate these risks. In this context, the risk of SME bankruptcy will be one important factor to consider.

These proposals are also a key condition to kick-start the new investments in infrastructure, innovation, growth and jobs needed for the new period 2014-2020, precisely in line with the strategic priorities for the Union as agreed by the Heads of State and Government on 26 and 27 June. Developments on the revenue side should greatly facilitate the solution. Exceptional additional revenue from fines stemming from the enforcement of competition policy will accrue on the EU budget in 2014, meaning that the additional payments requested for 2014 will be at virtually no cost to the Member States.

At the budgetary trilogue last week, Parliament and the Council had a first opportunity to exchange views on the Commission proposals for the three amending budgets for 2014 and for the 2015 draft budget. The Commission is doing everything within its powers to address a difficult situation. We can only hope that the Council and Parliament will soon reach agreement on a sustainable solution.

José Manuel Fernandes, *em nome do Grupo PPE*. – Senhor Presidente, Senhora Comissária, Senhor Presidente do Conselho, caros Colegas, falar de despesas de pagamentos é referir-se a investimentos já realizados a favor da inovação, da investigação, da promoção de crescimento inteligente, sustentável e inclusivo, da promoção do emprego. São despesas legalmente efetuadas com a concordância e a pedido dos Estados-Membros. Os beneficiários são jovens, pequenas e médias empresas, investigadores, universidades, autarquias locais. Não é aceitável que estas despesas já efetuadas não tenham os montantes suficientes para serem pagas. Aqui não se trata de poupar, aqui trata-se de pagar aquilo que se deve. Só na política de coesão temos mais de 23,4 mil milhões de euros de despesa já realizada, para a qual não há disponibilidade financeira. Todos os estudos demonstram que a política de coesão contribui positivamente para todos os 28 Estados-Membros e para as suas 272 regiões. É que, para além das infraestruturas, estamos a falar também do apoio aos jovens, da formação, da inovação, da investigação, da defesa do ambiente, do crescimento sustentável.

As instituições da União Europeia têm de ser exemplares no que diz respeito aos compromissos assumidos. Ora, as despesas de pagamentos são compromissos assumidos e já realizados. Não pagar significa, para além do desrespeito dos compromissos, uma quebra de solidariedade para com os Estados-Membros e as regiões que estão em maior dificuldade.

O Conselho tem de colaborar na resolução do problema dos pagamentos. Não o fazer é atuar contra si próprio, é perder autoridade e credibilidade. Espero, por isso, que o Conselho contribua para a adoção dos orçamentos retificativos que estão propostos e que permitem minorar o problema dos pagamentos. E parabéns à Comissão pelo facto de ter apresentado orçamentos retificativos que vão ao encontro da solução deste problema.

Eider Gardiazabal Rubial, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, empezamos un nuevo mandato y ya estamos en el Pleno hablando del problema de los pagos que tenemos en la Unión. Llevamos varios años arrastrando este problema, sobre todo por la actitud incomprensible que hasta ahora han tenido los Estados miembros en el Consejo.

En 2010 acabamos con 5 500 millones de euros en facturas impagadas; en 2011, con 11 000 millones de euros; en 2012, subimos a los 16 000 millones de euros; y el 2013 lo hemos acabado con 25 000 millones de euros en facturas impagadas. Es evidente que esta situación es insostenible y, si no ponemos remedio ya, vamos a acabar con una suspensión de pagos.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Podría apelar a la legalidad y a la buena gestión financiera, que exige que las instituciones europeas pongamos a disposición los recursos necesarios para que la Unión pueda cumplir con sus obligaciones jurídicas. Podría apelar a la credibilidad de la Unión Europea y a la necesidad de que nuestros socios confíen en que vamos a cumplir con nuestros compromisos internacionales; o al cumplimiento de los acuerdos del Consejo Europeo, que, en su última reunión, por ejemplo, acordó la necesidad de invertir y preparar las economías de los Estados miembros para afrontar necesidades en transporte, en energía o en telecomunicaciones. Pero, sinceramente, nunca han servido de nada estos llamamientos. Les hemos dado razones y les hemos dado cifras y el Consejo ha seguido actuando como siempre: no pagando y recortando el dinero.

Me alegra oír al Consejo reconocer que tenemos un problema; pero acaba de acordar el nivel de pagos para 2015 y ha recortado en 2 000 millones la propuesta de la Comisión Europea. Sinceramente, no sé cuál es su plan. No sé si lo tienen. No sé si creen que no abordando el problema lo vamos a solucionar, y por eso me gustaría escuchar de la Presidencia italiana, en la que confiamos para solucionar este problema, la propuesta de un paquete de medidas para poner fin al problema de los impagos.

Y yo le voy a dar unas cuantas ideas. Primera: aprobar los presupuestos rectificativos, para reducir en 4 700 millones de euros esta deuda. Segunda: trabajar ya en una revisión del marco financiero para poder elevar esos límites máximos de pagos. Tercera: impulsar definitivamente ese grupo de alto nivel y trabajar en nuevos recursos propios para el proyecto de la Unión Europea. Cuarta: elaborar una propuesta de instrumentos financieros que permitan movilizar recursos para poder invertir a largo plazo en ese plan de inversiones que tanto necesita la Unión. Y quinta, por ejemplo, elaborar una propuesta para excluir de la contabilización del déficit de los países la contribución nacional al presupuesto europeo, y así relajar las tensiones que sufren las finanzas nacionales.

Les hemos dado razones, cifras e incluso soluciones, pero si necesitan más ejemplos se los voy a dar. Porque detrás de estas facturas impagadas hay ayuntamientos, hay empresas pequeñas que necesitan que se les devuelva el dinero, y también hay ONG.

Acabo, Presidente, con un último ejemplo: se han paralizado programas de ayuda humanitaria y 400 familias iraquíes no tienen dinero ni para comer.

Bernd Kölmel, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Wir reden heute über offene Zahlungsverpflichtungen der EU, die ein Ausmaß erreicht haben, das Anlass zu großer Sorge gibt. Der aktuelle Zahlungshaushalt der EU beträgt 135,5 Milliarden Euro, und nun soll das Budget durch einen Nachtragshaushalt Nr. 3 um 4,7 Milliarden Euro für Zahlungen angehoben werden. Davon entfallen 4 Milliarden Euro auf Mehreinnahmen, die letztlich die Mitgliedstaaten aufbringen müssen. Beispielsweise muss Deutschland für diesen Betrag 668 Millionen Euro zahlen. Zwar sollen diese Mittel auf künftige Haushalte angerechnet werden, aber nach dem Entwurf des Nachtragshaushalts nicht wie vorgesehen unmittelbar, sondern erst in den Haushaltsjahren 2018 bis 2020. Das verschiebt die Lasten in die Zukunft und schränkt die Haushaltshoheit künftiger Parlamente erheblich ein.

Kann die Kommission garantieren, dass sie 2018 nicht auch mehr Geld braucht? Diese Auskunft hätte ich gerne. Außerdem ist z. B. in dem Nachtragshaushalt vorgesehen, diese Zahlungen für sogenannte unvorhergesehene Ausgaben zu leisten. Aber in jedem Jahr gibt es unvorhergesehene Ausgaben. Beachtlich ist dabei auch, dass diese Ausgaben teilweise deshalb erforderlich sind, weil sie durch Verordnungen der EU so bestimmt werden. So wurde beispielsweise beim ESF für eine bestimmte Maßnahme die Vorfinanzierungsrate fast zehnmal so hoch angesetzt wie üblich. Allein das hat zu Mehrausgaben von 99 Millionen Euro geführt. Wenn doch aber diese Ausgaben durch Verordnungen bewusst herbeigeführt werden, sind sie dann unvorhergesehen? Wir sagen: Nein. Wir, die ECR, lehnen Erhöhungen des Haushalts durch die Hintertür ab. Wir sollten stattdessen dies zum Anlass nehmen, um uns Gedanken zu machen, ob denn unser Haushaltssystem überhaupt nachhaltig ist, ob wir genügend Transparenz und genügend Steuerungsmöglichkeiten haben. Diese sollten wir unbedingt einführen und das zum Anlass nehmen.

Jean Arthuis, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, les insuffisances et les dysfonctionnements de la gouvernance publique, qu'elle soit nationale ou européenne, suscitent l'exaspération de nos concitoyens. Le scrutin du 25 mai a permis d'en mesurer toute l'ampleur.

Chaque acteur public a le devoir de se montrer exemplaire en se tenant à l'écart des pratiques hypocrites et insoutenables. De ce point de vue, l'Union européenne met son autorité en péril du fait de l'explosion des «restes à liquider» (RAL) et de l'alarmante progression des impayés.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Les RAL, cette pratique justifiée par le décalage temporel entre l'autorisation d'engagement et la réalisation des dépenses correspondantes, atteignent un niveau sans précédent de 222 milliards d'euros au 31 décembre 2013. Le Conseil doit mettre en concordance ses promesses et ses actes. Toute complaisance en la matière active un engrenage fatal.

Faute de courage, l'écart s'amplifie d'année en année et vient un moment où les impayés s'accumulent. Au 31 décembre 2013, les factures exigibles atteignent plus de 23 milliards d'euros, en accélération vive: 5 milliards fin 2010, 11 milliards fin 2011, 16 milliards fin 2012. Sans doute 26 milliards fin 2014 si aucune mesure corrective n'est prise. Cette situation est indigne.

En ce début de législature nous devons régler cette dérive parce qu'elle contredit les principes que nous entendons faire respecter par les États membres en matière de sincérité de leurs finances publiques.

La Commission vient de nous faire parvenir trois projets de budget rectificatif qui permettent de réduire de 4,7 milliards la pile des impayés.

Les impayés affectent les ONG pour l'aide humanitaire, des hôpitaux de campagne au Proche-Orient, des étudiants privés de bourse Erasmus, des chercheurs en panne de financement, des collectivités locales privées de ressources. Le compte n'y est pas.

Dans ce contexte, l'alternative est simple. Ou bien, nous réduisons les engagements et procédons à de stricts arbitrages en privilégiant les investissements d'avenir, la compétitivité et l'emploi, ou bien, les États membres acceptent une contribution supplémentaire couvrant les impayés. Bien que non liquidée, cette quote-part de charges devrait être inscrite dans les budgets des États membres.

Il est vain d'imaginer que des vagues d'amendes suffiraient à alléger cette dette. J'attends avec impatience les nouvelles ressources propres, mais je doute que nous soyons à la veille de leur mise en recouvrement et, en tout état de cause, cette fiscalité européenne devrait être compensée par la réduction, à due concurrence, du poids des prélèvements obligatoires perçus par les États membres. Il faut agir sans attendre. L'Union européenne n'a pas vocation à s'endetter d'une manière sournoise.

Enfin, bien sûr, la révision post-électorale du cadre budgétaire pluriannuel devra consacrer la fin de ce système ubuesque. Nos chefs d'État et de gouvernement ne peuvent plus longtemps formuler des promesses sur le dos du budget européen sans consentir les financements correspondants. Je pense à l'initiative pour l'emploi des jeunes annoncée en 2013 pour un montant de 6 milliards d'euros. Halte à l'hypocrisie. L'image de l'Europe aux yeux de nos concitoyens est en cause. Veillons à ce que les fruits tiennent les promesses des fleurs.

Pablo Echenique Robba, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, soy Pablo Echenique Robba, de «Podemos», y soy nuevo en esta Cámara, tan poco concurrida cuando no hay votaciones. Hay muchas cosas que aún no sé, pero siendo científico aprendo rápido.

Recientemente, he aprendido, por ejemplo, que la Unión Europea no es como los Lannister, que la Unión Europea no paga sus deudas: me cuentan que debe más de 24 000 millones de euros a los Estados miembros y que, año tras año, la Comisión y el Consejo se dedican a «marear la perdiz», como están haciendo aquí hoy.

Esto me ha sorprendido mucho, la verdad. Verán, yo vengo de un país al cual desde la Unión, a través de la troika, se le ha invitado de maneras muy poco transparentes y muy poco democráticas a cambiar la Constitución para poner el pago de la deuda a los bancos por delante de cualquier inversión en los derechos sociales de las personas. Con los votos de socialistas y populares, esta reforma se llevó efectivamente a cabo en un país que vivía y vive una emergencia humanitaria, con millones de pobres, de parados y de desahuciados.

Al ver esta situación, uno tiende a pensar que lo de pagar la deuda debe de ser algo importantísimo, algo sagrado, tal vez el undécimo mandamiento. Luego se entera uno de que la Unión debe más de 24 000 millones y piensa que, al ser nuevo, debe de haber algo que no ha entendido bien. Esta doble moral es demasiado espectacular como para ser cierta.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Por eso, pido al Presidente, al Consejo y a la Comisión que desmientan que la Unión debe 24 000 millones y que me confirmen, por favor, que lo que pone en las pantallas y en el orden del día de hoy es un error.

Helga Trüpel, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Herr Präsident, Frau Kommissarin, sehr geehrte Präsidenten! Nicht zum ersten Mal warnt die EU-Kommission vor leeren Kassen und Zahlungsausfällen. In diesem Jahr ist es allerdings besonders alarmierend, weil die Zahlungsausfälle schon deutlich früher auftauchen als in den Vorjahren. Die Kommission schiebt einen Riesenberg von Zahlungen vor sich her. Wir haben die Zahl eben schon gehört: 221 Milliarden Euro. Der Jahreshaushalt liegt bei ungefähr 135 Milliarden Euro. Daran sieht man schon, wie groß dieses Problem ist.

Woher kommt es? Ein wesentlicher Grund ist, dass der Rat nicht bereit war, die entsprechenden Zahlungen zu leisten, die er zugesagt hatte. Das hatte zur Folge, dass dann immer Zahlungen, offene Rechnungen in die nächsten Jahre übertragen werden mussten. Damit wird das Problem immer größer. Ich finde das Verhalten des Rates, sich nicht an zugesagte Zahlungen zu halten, unverantwortlich. Letztes Jahr musste die Kommission schon 23,4 Milliarden in das Jahr 2014 übertragen, und jetzt haben wir eine Lücke von 4,7 Milliarden. Dafür ist ein Nachtragshaushalt angemeldet worden. Ich fordere den Rat dringend auf, sich hier zu bewegen.

Jetzt haben wir ja auch noch Überschüsse aus dem Jahr 2013, und mit den Änderungshaushalten 2, 3 und 4 könnte man jetzt also eine Lösung finden, die die Mitgliedstaaten nur 105 Millionen Euro kosten würde. Aber viel entscheidender finde ich, dass wir nicht nur immer gucken, welche Ad-hoc-Lösungsmöglichkeiten es im Sinne von Krisenintervention gibt, sondern wir müssen zu strukturelleren politischen Lösungen kommen, und das bedeutet, dass wir die Revision des mehrjährigen Finanzrahmens brauchen. Wir Grüne haben immer darauf hingewiesen, dass die Zahlungen zu gering sind. Deswegen haben wir diesem MFR auch nicht zugestimmt. Wir brauchen deutlich eine Revision, damit die Zahlungsobergrenzen angepasst werden können. Und wir brauchen ein neues System der Eigenmittel.

Marco Zanni, *a nome del gruppo EFDD.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sin da quando ero bambino mi è stato insegnato che se si prendono degli impegni questi vanno rispettati. Non è quindi assolutamente ammissibile non onorare quanto dovuto. Il Movimento 5 stelle è disponibile a sostenere tutte le misure necessarie per uscire da questa situazione, a partire dai prossimi bilanci rettificativi.

Vorrei però che fosse ben chiara una cosa: o la gestione del bilancio europeo cambia oppure ci troveremo ancora una volta in questa situazione. Ho qui con me una dichiarazione congiunta di Parlamento europeo, Consiglio e Commissione riguardante l'implementazione del bilancio 2002. 2002, avete capito bene, ben più di 10 anni fa! In questa dichiarazione ci si rammaricava per la grave situazione dei pagamenti e si auspicavano misure per invertire questa pericolosa tendenza. Gli auspici sono purtroppo rimasti tali, come troppo spesso accade, e siamo ancora qui a discutere di questo problema, oggi ancora più grave e più drammatico che in passato. Vorrei chiedere alla Commissione: come mai si è creato questo enorme buco nei pagamenti? Forse in passato si è scelto di impegnarsi per assecondare questo o quell'interesse particolare, senza pensare a priorità specifiche ben determinate che debbano tenere necessariamente in conto la difficile realtà dei fatti e soprattutto dei conti.

È curioso poi che oggi in Aula a guidare il Consiglio ci sia il mio connazionale Della Vedova. Noi italiani, infatti, proprio in questo ambito non possiamo dare lezioni a nessuno, poiché conosciamo bene l'enorme problema del pagamento dei debiti della pubblica amministrazione. L'Unione europea ha recentemente aperto anche una procedura d'infrazione contro l'Italia proprio per questo motivo. Permettetemi di dire, signor Presidente, che siamo in una situazione abbastanza paradossale. L'Italia oggi si appresta a guidare l'Unione europea proprio quando quest'ultima ha un enorme problema nei pagamenti. L'Unione europea stessa, però, sanziona proprio chi la guida perché proprio lei non paga. Ci chiediamo quindi come si potrà risolvere la questione, perché sinceramente, signori, siamo un po' confusi.

Bernard Monot (NI). - Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, pour exister, l'Union européenne promet à tour de bras de se rendre visible, généreuse, indispensable et multiplie pour ce faire les programmes et les crédits d'engagement en oubliant qu'à terme, il faut régler la facture.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Aujourd'hui, nous débattons du décalage sans précédent – ce sont vos propres mots – entre les engagements financiers de l'Union et les crédits effectivement disponibles pour les honorer. 21 milliards en moyenne sur 140 milliards, soit 15 % environ du budget 2014.

Aujourd'hui, cette imprévision récurrente doit être traitée malheureusement dans l'urgence par des révisions post-budgétaires. Ceci prouve une fois de plus que, tant au niveau de la France qu'au niveau de l'Union européenne, votre modèle macroéconomique est inepte et ruineux pour les citoyens. Le gonflement du budget européen depuis le paquet Delors I est continu. En 35 ans, le budget a été multiplié par 15.

L'Europe de Bruxelles a beau jeu de donner des leçons aux États sur la bonne gestion des finances publiques via le traité budgétaire européen et le pacte de stabilité alors qu'elle est incapable elle-même de faire la gestion prévisionnelle et qu'elle se retrouve en trésorerie négative à hauteur de plus de 21 milliards, soit une situation de suspension des paiements.

Cela pose assurément la question de la crédibilité de l'Union européenne qui s'emploie à piloter toujours un peu plus les politiques budgétaires des États membres. Quand on veut donner des leçons, on doit être soi-même irréprochable. Or, quelle est la sincérité de votre budget? Quelle entreprise du secteur privé n'anticiperait pas cette pénurie de paiement et de dérive financière?

Dans votre logique, on dépense d'abord et on ajuste les recettes ensuite, comme tant de collectivités publiques et d'États inconséquents. C'est ainsi que vous rattrapez le coup avec des budgets rectificatifs annuels. C'est la facilité pour la dépense publique inconsidérée qui a généré en France 40 ans d'exercice budgétaire déficitaire et un surendettement de 2 000 milliards d'euros. Or, les États membres ne souhaitent pas contribuer davantage au budget de l'Union comme l'a très clairement montré la discussion sur le cadre financier pluriannuel, en juin 2013. On entrevoit donc la prochaine étape du raisonnement, c'est-à-dire l'impôt européen.

Madame la Commissaire, dites à M. Juncker que les patriotes français ont placé sous surveillance renforcée la Commission européenne..

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Marian-Jean Marinescu (PPE). - Domnule președinte, la sfârșitul anului 2013 plățile restante în politica de coeziune pentru programele din perioada financiară 2007-2013 atingeau 23,4 miliarde. Conform ultimelor estimări, prin însușirea cererilor de plată din 2014, nivelul plăților restante din coeziune va crește cu 3 miliarde, ajungând la o restanță de aproximativ 26 de miliarde.

Situația cu care ne confruntăm nu este nouă. A început în 2010; cifra era atunci 5 miliarde. În fiecare an, necesarul de suplimentare a plăților a crescut, dar, de fiecare dată, Consiliul nu a recunoscut cuantumul sumelor calculate de Comisie și nu a acceptat decât o creștere insuficientă. Trăim un paradox: statele membre depun cereri de plată, statele membre nu vor să acopere sumele necesare, adică să își respecte angajamentele. Nu sunt sume mai mari decât angajamentele din CFM, sunt sume care nu au fost cheltuite atunci când erau prevăzute în buget; statele membre au primit înapoi aceste sume în acel moment, pentru că știți că atunci regula era ca, la sfârșitul anului, sumele necheltuite să se întoarcă în bugetele statelor membre, acum statele membre trebuie să aducă aceste sume înapoi la bugetul Uniunii.

Parlamentul a cerut, dacă vă amintiți, ca o condiție a aprobării CFM 2014-2020, reglarea plăților restante și nu s-a realizat acest lucru în totalitate. Suntem încă în perioadă de criză. Proiectele derulate de statele membre, pentru care se cer plăți, sunt proiecte care au ca temă exact ce este nevoie în această perioadă: dezvoltare economică și creare de locuri de muncă. Dacă nu rezolvăm situația creată, se vor pierde locuri de muncă. Este nevoie de o rectificare pentru 2014, care să fie aprobată înainte de aprobarea bugetului 2015, pentru a evita discuțiile din anii trecuți.

Cer Consiliului ca, în cazul în care nu este de acord cu reglarea acestor sume restante, să decidă și care dintre facturi nu trebuie plătite, să își asume responsabilitatea integral.

Isabelle Thomas (S&D). — Monsieur le Président, Madame la Commissaire, Monsieur le Représentant du Conseil, vous constatez comme moi la difficulté persistante dans laquelle se trouve le budget communautaire depuis que la crise de 2009 a éclaté. Les ressources de l'Union sont plus que jamais nécessaires à l'investissement, surtout quand les États sont soumis à l'austérité.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Or, le budget de l'Union ne cesse de diminuer. Nous l'avons déploré lors des négociations sur le cadre financier plur-annuel et nous luttons chaque année contre les coupes supplémentaires du Conseil dans les exercices budgétaires. Les États membres sont désormais prisonniers de leurs choix austéritaires. Pire, nous sommes depuis quelques années face à un «Conseil de mauvais payeurs», dans une mécanique qui confine à l'absurde. Les États membres sous-estiment leurs remontées de factures, décalent leurs paiements et nient leurs engagements signés avec les citoyens européens que nous représentons; une ambition étriquée et falote où leur contribution au budget de l'Union devient une variable d'ajustement, alors même qu'il s'agit d'investissements de long terme.

Depuis 2010, nous sommes dans une tension croissante à chaque exercice budgétaire et aujourd'hui, la Commission européenne nous propose un troisième budget rectificatif à hauteur de 4,7 milliards d'euros dont 4 milliards environ seraient composés du nouveau dispositif introduit par le CFP, la réserve pour imprévus. Première année d'existence de ce correctif et déjà un imprévu! N'est-ce pas là une preuve du manque de sincérité de la part des États membres dans les négociations budgétaires de l'Union?

En parallèle, la Commission nous propose deux autres budgets rectificatifs, cette fois-ci au crédit de la communauté. Ce qui au final ne devrait porter la contribution des États membres qu'à une centaine de millions d'euros. Et pourtant certains s'opposent à l'application de ce nouveau dispositif. Cette crise des paiements n'est donc ni mineure ni ponctuelle. C'est un symptôme. Le symptôme d'une Europe malade. Le symptôme d'un système budgétaire dépassé qui confine à l'absurde. L'Union européenne doit se doter de nouvelles ressources propres, ne plus dépendre du chantage des États membres.

Nous, socialistes européens, sommes par exemple favorables depuis longtemps à la taxation des transactions financières mais nous devons aller au-delà. Nous devons faire de notre budget, de ses dépenses et ses recettes, un instrument politique de croissance durable, de cohésion et de justice sociale.

Cette crise, c'est aussi le symptôme de l'échec de la politique austéritaire. Les mêmes États membres qui prônent la vertu budgétaire multiplient les contorsions et les jeux d'écriture pour ne pas appliquer la politique qu'ils ont eux-mêmes décidée! Oui, bien sûr il faut du sérieux budgétaire! Et ce sérieux, ce devrait être des États qui paient leurs factures, qui ne mettent pas en danger des milliers d'entreprises, d'associations, de collectivités publiques en Europe. Ce ne devrait pas être cette insupportable austérité qui détruit le modèle social européen et condamne les États de l'Union à des demi-mesures face à la crise la plus importante que connaît notre continent depuis 70 ans.

Cette crise des paiements, c'est surtout le symptôme d'une Europe malade de son ultralibéralisme, de cette disparition organisée et voulue de la puissance publique, de cette foi absolue et irraisonnée dans le marché. On attend l'investissement privé comme un Messie qui ne vient jamais! Pourtant, l'Europe a besoin d'investissements. Pour soutenir l'économie, pour lutter efficacement contre le chômage, notamment chez les jeunes, pour préparer l'incontournable croissance verte. Et pour cela, il faut une puissance publique forte et souveraine.

La crise des paiements comme les élections du 25 mai marque un impératif. Nous avons cinq ans pour changer de cap, et une nouvelle méthodologie..

(Le Président retire la parole à l'oratrice)

Richard Ashworth (ECR). - Mr President, I supported and approved a reduction in the size of the EU budget. I also fully support and approve the Commission's proposals to increase spending on jobs, growth and competitiveness. But unless there is also a significant reduction in the other traditional spending patterns, then an ever-deepening payments crisis is inevitable. It is a crisis which, along with the long-standing and growing problems with RALs, means that the current spending plans are unsustainable. The solution is not continually to seek an increased budget. Instead, it is time we accept the fiscal limits, time we conduct a radical and strategic review of the whole budgetary process and time, in particular, to ensure that we prioritise spending strictly in line with value for money.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL). - A Uachtaráin, d'aimsigh rialtais an Aontais Eorpaigh na billiúin ar mhaithe leis na bainc ach ní féidir leo airgead a aimsiú chun infheistíocht a dhéanamh i ndaoine.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Caithfear taighde a dhéanamh ar infheistíocht i réimsí tábhachtacha cosúil le hoideachas, agus oiliúint. Tá na rialtais tar éis diúltú go rialta do na hacmhainní riachtanacha seo a chur ar fáil, ag malartú na bhfocal agus ghaois an Choimisiúin.

D'fhág an creatlach airgeadais ilbhliantúil poll de EUR 23.4 billiún i mbuiséad an Aontais Eorpaigh. Tá an t-airgead caite cheana féin. Anois tá ar na Ballstáit, na réigiúin agus páirtithe leasmhara eile fanacht ar íocaíocht.

Ní amháin go bhfuil tionchar ag an moill ar na híocaíochtaí seo, ar chumas airgeadais na mBallstát, go háirithe iad siúd atá i gcónaí i gcruachas maidir le cúrsaí airgid agus srianta sóisialta, ach cuireann sé isteach chomh maith ar chur i bhfeidhm go leor tograí an Aontais Eorpaigh. Táimid ag cur clár i bhfeidhm atá níos leithne i scóip ná riamh cheana féin ach i ndairíre atá i bhfad níos lú.

Is iad na daoine óga atá dífhostaithe, na mic léinn, ollscoileanna, fiontair bheaga in Éirinn, sa Ghréig, sa Phortaingéil, sa Spáinn agus in áiteanna eile atá ag fulaingt.

Caithfidh an Chomhairle Eorpach agus an Coimisiún a bheith freagrach agus tá sé thar a bheith in am dóibh aghaidh a thabhairt ar na dúshláin seo go dáiríribh agus go tapa.

Agus ar nóta beag amháin is mór an onóir dom gur féidir liom mo theanga dhúchais a úsáid anseo inniu.

Jonathan Arnott (EFDD). - Mr President, this is not a difficult subject. It is not rocket science. You cannot spend money you do not have. Prioritise. What spending is not really necessary? If the political will existed in this Chamber, you could have just one seat for the European Parliament and save hundreds of millions of euros a year. If the political will existed in this Chamber, you would scrap the EUR 3 billion a year the EU spends promoting itself. That is a bigger advertising budget than Coca-Cola.

If the political will existed in this place, you could scrap many of the luxuries that we enjoy as MEPs and take a lead in showing that economy begins at home. But just three hours ago this very Chamber voted in favour of parliamentary delegations and junkets. The answer is not to go back, cap in hand, to national governments and to ask them to fleece taxpayers for even more money. The answer is to put your own house in order.

Where is the political will in the Committee on Budgets to do this? We do not even have pre-set failure criteria for EU-funded projects to know whether they have achieved what they promised. No-one takes responsibility. No staff are dismissed when taxpayers' money has been wasted. Ultimately, this place could remember that EU money really belongs to the taxpayers of each Member State. Some in this Chamber, astonishingly, have used the misspending of EU money as an excuse to call for EU taxation. Well we will soon know whether the European Parliament has the guts to take the decisions necessary to bring this back under control.

And is it not amazing how empty this Chamber is today as we discuss such an important issue? Where is the political will? We do not need more of the same. We do need some tough decisions.

(Applause)

Mittwoch, 16. Juli 2014

Jan Marian Olbrycht (PPE). - Panie Przewodniczący, Pani Komisarz, Szanowni Państwo! Pytanie, które trzeba dzisiaj zadać, brzmi tak: czy mamy do czynienia z problemem o charakterze budżetowym, to znaczy czy mamy do czynienia z problemem braku gotówki wpłaconej, czy mamy do czynienia z problemem złych obliczeń, złych przewidywań, jeżeli chodzi o poziom wydatków, czy mamy do czynienia raczej z problemem o charakterze politycznym. Ja raczej jestem zwolennikiem tej tezy. Jeżeli dajemy sygnał, że brakuje nam w budżecie pieniędzy na określoną politykę bądź polityki, – a pamiętajmy, że polityka spójności jest oparta na współzarządzaniu przez Komisję i przez państwa członkowskie – jeżeli dajemy sygnał, że mamy dziurę w budżecie, a przecież – przypominam – wpłaty do budżetu to 1 procent dochodu narodowego brutto – to nie przesadzajmy z tym, że to przewróci budżety narodowe. Jeżeli dajemy taki sygnał, to oznacza, że dajemy również sygnał mówiący o tym, że przestajemy popierać określone polityki, że przestajemy być zainteresowani określonymi politykami, że nie powiemy tego głośno, nie powiemy tego wprost, nie zrobimy tego „de iure”, ale zrobimy to „de facto”. Inaczej mówiąc, nie zamknijemy naszych priorytetów, ale zabraknie nam na to pieniędzy. To jest sygnał polityczny bardzo niebezpieczny i w związku z tym mamy nie tylko do czynienia z problemem o charakterze budżetowym, ale mamy do czynienia z próbą zmiany polityki europejskiej.

Giuseppina Picierno (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, la situazione di cui discutiamo oggi non è frutto di eventi straordinari, non è frutto di eventi imprevedibili. Stiamo parlando, signor Presidente, di una non emergenza che si è venuta a creare a causa di una tradizione, di una tradizione senza senso che il Consiglio, su pressione di alcuni suoi membri, porta avanti da qualche anno, nonostante il Parlamento e la Commissione si siano sempre opposti. Questo è bene ribadirlo anche oggi. Anche oggi, anche qui, non possiamo non ribadire come il costante abbassamento del livello dei pagamenti, come già più volte è stato sottolineato in quest'Aula, vada a discapito dei cittadini e non a loro favore.

Ogni euro che viene tolto all'Unione europea è un euro tolto alla ricerca, è un euro tolto all'istruzione, alle piccole imprese, all'agricoltura, all'innovazione, alla cooperazione e alla ricerca ed è per questo che gli impegni che gli Stati assumono a Bruxelles devono essere onorati, per rispetto degli altri paesi certamente, ma soprattutto per rispetto dei cittadini, per rispetto di chi grazie al sostegno dell'Unione europea sta cercando di far ripartire l'economia del nostro continente.

Io voglio ancora una volta ricordare anche qui come il bilancio dell'Unione sia uno straordinario, formidabile strumento di investimenti. Gli investimenti che, in sua assenza, i paesi membri non riuscirebbero mai e poi mai a finanziare. E purtroppo il recente negoziato sul Quadro finanziario pluriennale ha ridotto il montante globale rispetto al periodo precedente, e questo è successo per la prima volta nella storia dell'Unione. Il nostro bilancio in tempo di crisi purtroppo non è stato utilizzato per rilanciare l'economia. Non è stato utilizzato per rilanciare l'occupazione, ma sono prevalse logiche sbagliate di ...

(Il Presidente interrompe l'oratrice)

Petri Sarvamaa (PPE). - Mr President, first of all, the obvious but painful fact has to be stated once again: the situation is absolutely unbearable. And not just that, but unfortunately the payment nightmare of the European Union is also such that it will not go away even if we manage to solve the acute cash-flow crisis.

But we have to start somewhere. So the first thing that should be done is to mobilise all instruments available to cover the shortfall. Every year we commit ourselves to a certain number of programmes. So we all agreed to a certain total of bills – and now those bills have to be paid. This can only be done by temporarily increasing the level of payments as far as I can see.

But as I said, this alone does not get us far. As the total sum of outstanding commitments keeps rising year after year, there are only painful answers left – given that we genuinely want to solve the budget crisis. As I suppose we do.

Ironically, the post-financial crisis position of the Council does make sense in the way that we can spend only what we can afford to spend. But it is ironic because Member States were there when commitments were made. So, if we want to be logical in building a better Union, we first have to answer our own call.

Mittwoch, 16. Juli 2014

After, but only after, that has been done, can we reduce the level of payments. The level of commitments we can, and perhaps should reduce cautiously. But even more importantly, we should make sure that what we commit ourselves to makes sense in terms of creating new economic activity, which will in turn help us out of this vicious circle and this means that we have to achieve the badly needed growth and that growth will then bring employment.

Jean-Paul Denanot (S&D). - Monsieur le Président, chers collègues, la crise des paiements est une crise récurrente qui appelle aujourd'hui une réponse politique avant d'aborder les questions techniques.

Certains voudraient profiter d'ailleurs de cette situation pour tuer l'idée même de budget communautaire. En effet, ne pas fixer un niveau suffisant pour les crédits de paiement, c'est envoyer un message négatif pour les Fonds structurels et pour la planification pluriannuelle. C'est pourquoi j'insiste sur le fait qu'il faut régler la question au plan politique. Nous sommes nombreux, pendant la campagne électorale, à avoir fait de la pédagogie sur l'utilité d'investir sur les territoires et la nécessité aussi de sortir les investissements d'avenir des critères de convergence. En effet, on ne pourra pas faire de relance de l'emploi sans politique de grands travaux, notamment d'infrastructures. Les Fonds structurels ont cette vocation. Il faudra y ajouter un fonds d'infrastructures qui devra être largement revalorisé.

Je suis élu d'une circonscription rurale et agricole et l'utilisation du FEDER et du FEADER effectivement, associée à des politiques ambitieuses d'infrastructures permettent d'être doublement gagnant. Ils contribuent à la fois une activité immédiate mais préparent aussi l'avenir du mouvement et de l'attractivité pour nos régions.

Je comprends le point de vue des États qui ont des finances publiques exsangues et qui rechignent à rajouter au pot. C'est la raison pour laquelle je pense très sincèrement qu'il faut très rapidement travailler sur les questions des recettes nouvelles et des recettes, effectivement européennes – notamment la taxation sur les transactions financières –, qui permettront, demain, d'imaginer un nouveau budget, de nouvelles recettes, ces dernières permettant effectivement d'éviter cet écueil. Si nous continuons dans cet esprit, ce sera toujours la fuite en avant.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Lambert van Nistelrooij (PPE). - Wij hebben een nieuw Parlement en wij krijgen een nieuwe Commissie. Een frisse start die nog eens moed is ingegeven door de gedachten van de heer Juncker gisteren: investeren in groei, in banen, in concurrentiekracht.

Maar toch ligt er over deze nieuwe start een grote schaduw, want hoe staat het eigenlijk met onze eigen betalingsmoraal? Ik hoor van universiteiten en van steden en regio's dat de rekeningen van geleverd werk van één, twee jaar geleden niet worden betaald. Wij hebben een nieuwe richtlijn vastgesteld voor de structuur- en investeringsfondsen. Wij hebben een *late payment directive* vastgesteld. Betalen binnen drie maanden, dat is standaard, dat is de moraal.

Als rapporteur en coördinator van de Commissie regionale ontwikkeling voor de cohesie heb ik hier een groot probleem. De Commissie schuift de rekeningen door naar 2015 en zelfs 2016, maar daarmee lossen wij het probleem niet op. Dat wordt nog moeilijker nu de budgetten door de Raad aanmerkelijk zijn verlaagd.

Hoe staat het eigenlijk met 2014, het jaar van de nieuwe start van de Commissie en de nieuwe periode van het MFK, wordt er *überhaupt* wel geïnvesteerd? Is er *fresh money*? Komt dat beschikbaar? Het mag en kan niet zo zijn dat 2014 met alle mooie woorden een verloren jaar is en wordt, als het om investeringen gaat. Dat is de kern van mijn boodschap.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Ik heb een paar vragen. Kunnen wij transparantie krijgen in september bij de opstart van onze nieuwe activiteiten in de Commissie regionale ontwikkeling? De cijfers die wij nu hebben zijn van maart 2014. Welke lidstaten hebben volgens de Raad problemen? Springt u bij, zoals de commissaris zei, als er MKB's failliet gaan door deze betalingsmoraal? Hoe gaat dat in zijn werk? En kunnen wij dan weer het vertrouwen van de burgers krijgen en de nieuwe commissarissen een reële boodschap sturen? Dit wordt een cruciaal punt, ook in de hoorzittingen.

Vladimír Maňka (S&D). - Ak sa opýtate riaditeľov malých a stredných podnikov, nemocníc, ale aj starostov a primátorov, povedia vám, že ak im dlžníci neplatia načas, môžu skrachovať alebo sa dostať do nútenej správy. Aj preto sme v minulom období schválili smernicu, že podniky a inštitúcie si musia platiť záväzky do 30 dní. Ak vyžadujeme finančnú disciplínu od iných, musíme ísť sami príkladom. Dnes sa znova presviedčame, že nám chýbajú zdroje na preplatenie záväzkov. Hrozia nám štrukturálne deficity a deformácie s dôsledkami. Ako donútiť Radu, aby plnila tieto záväzky, ale aj ako systémovo vyriešiť problémy so zostavovaním rozpočtu? Definitívnym riešením je dokončiť systém vlastných zdrojov, ku ktorému sa Európska únia zaviazala. Očakávam, že budúca Komisia na čele s pánom Junckerom nám v tom pomôže.

Markus Pieper (PPE). - Herr Präsident! Wenn wir allein bei dem Programm der Kohäsionspolitik 140 Milliarden Euro ausstehende Zahlungen haben, dann ist doch absehbar, dass es zu Verzögerungen bei den Förderentscheidungen und Zahlungen kommen muss. Der Rat kann nicht immer nur Zahlungen kürzen und gleichzeitig Verpflichtungen anhäufen. Das führt zu Nachtragshaushalten, die gegen die Prinzipien der guten Haushaltsführung verstoßen.

Viele im Haus schätzen den Rat, weil er so manche übertriebene Aktivität von Kommission und auch Teilen des Parlaments in die Schranken weist. Aber jetzt geht es darum, Europas Ruf nicht zu schädigen. Wir wollen ein verlässlicher Partner unserer Regionen, Forschungsinstitute und Unternehmen bleiben. Dazu muss der Rat jetzt seinen Beitrag leisten und mindestens zeitweise die Zahlungen erhöhen.

Aber auch die Kommission muss liefern. Fehlerhafte Ausgaben sind früher zu erkennen und schärfer zu ahnden. Das System der Wiedereinziehung ist zu beschleunigen. Ich fordere eine Revision der N+3-Regel. Einige Mitgliedstaaten müssen lernen, dass europäische Förderung keine unendliche Geschichte ist. Und *last, but not least* müssen wir uns viel stärker die Frage stellen, ob europäische Ausgaben nicht viel mehr mit einem europäischen Mehrwert verbunden sein müssen. Statt Gießkannenprinzip und Fördermittelverschwendung müssen wir uns gerade in der Regionalpolitik und in der Agrarpolitik viel stärker fokussieren. Auch das hilft, Geld zu sparen.

Eine Bemerkung noch zu den Kollegen hier vom rechten Rand: Wir kommen mit allgemeinen Beschimpfungen und oberflächlicher Kritik wirklich nicht weiter. Ich lade Sie herzlich ein, auch einmal in die Details der Haushaltsdebatte einzusteigen. Mit konstruktiver Kritik ist Europa eher geholfen als mit allgemeinen Beschimpfungen.

(Beifall)

Victor Negrescu (S&D). - Domnule președinte, bugetul european a ajuns într-o situație de criză fără precedent. Astăzi, suntem aproape în fața unui deficit structural care riscă să afecteze politicile europene, toate politicile europene, fie că vorbim de educație, cercetare, politică externă sau politici de coeziune, indiferent de culoarea politică, indiferent de naționalitate, indiferent de stat și acest lucru îi va afecta mai ales pe cetățenii pe care noi îi reprezentăm. Nu văd aici, din păcate, politica de austeritate impusă de doamna Merkel și dreapta politică în multe state europene, inclusiv în România, țara pe care eu o reprezint.

Este nevoie, dragi colegi, de măsuri concrete în următoarele direcții: un dialog politic, cu adevărat politic, între Consiliu, Comisie și Parlament, care să rezolve problemele de finanțare, o comunicare corectă în țările membre privind direcția fondurilor europene care ajung cu adevărat în țările noastre. Bugetul european, trebuie să spunem, este al tuturor cetățenilor europeni, nu este o pușculiță folosită doar de unii, în niciun caz de cei din Est și trebuie să discutăm mai mult pentru a găsi o soluție comună la bugetul european.

Procedura «catch-the-eye»

Mittwoch, 16. Juli 2014

Andrej Plenković (PPE). - Gospodine predsjedniče, kriza koju imamo s preostalim nepodmirenim obavezama u vezi plaćanja je kriza koja se ponavlja, o kojoj smo govorili i prošle godine i na neki način je bila djelomično dio kompromisa pri usvajanju višegodišnjeg financijskog okvira. Znamo da je najave ovakvog scenarija i naš kolega Lewandowski već u travnju vrlo jasno predvidio. Problemi koje imamo koji se odnose na plaćanja i za istraživanja i za zapošljavanje i za kohezijsku politiku, obrazovanje, obaveze u provedbi vanjske politike, ribarstvu predstavljaju u biti ključni problem onoga što bi Europska unija trebala biti, a to je dodatna vrijednost za investicije, za rad, za zapošljavanje.

Zato mi se čini da što prije moramo naći rješenje. Osobito apeliram na Vijeće s obzirom da sredstva koja su već na neki način alocirana moraju biti plaćena - to je važno za kredibilitet europskog budžeta, za ispunjavanje preuzetih obveza, ali isto tako i za novi duh nakon ovih europskih izbora gdje smo svi kao novoizabrani zastupnici dužni voditi računa o učinkovitom financijskom upravljanju Europske unije.

João Ferreira (GUE/NGL). - Senhor Presidente, o que nasce torto tarde ou nunca se endireita. Uma máxima que se pode vir a aplicar como uma luva ao Quadro Financeiro Plurianual 2014-2020. As eloquentes declarações sobre o crescimento e o emprego que muitos aqui fazem, da direita à social-democracia, chocam inapelavelmente com a indigência de orçamento que aprovaram. Mas nem mesmo este orçamento indigente é cumprido como devia. São mais de 23 000 milhões de euros que estão em falta, dinheiro que é devido aos Estados-Membros, nomeadamente na área da coesão, e cuja falta leva à suspensão de vários programas em curso.

Os mesmos que se mostram inclementes na hora de extorquir aos países da periferia juro de uma dívida em grande parte ilegítima, esses mesmos não pagam o que devem para o orçamento da União Europeia. É cada vez mais evidente a necessidade de uma revisão tão cedo quanto possível do atual quadro financeiro, com a adequada e devida alocação de recursos ao orçamento, sem o que a coesão, o crescimento e outros chavões não passarão disso mesmo – chavões próprios para desfiar em discursos pios e vazios, cada vez mais distantes da realidade.

Ingeborg Gräßle (PPE). - Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben bei ausstehenden RAL, noch abzuwickelnden Mittelbindungen, von 223 Milliarden eine wirklich besorgniserregende Situation. Ich frage mich, ob der Haushalt 2014 bis 2020 jemals in Kraft treten wird. Meine verehrten Vertreter der italienischen Ratspräsidentschaft, es wird nicht reichen, hier einfach nicht Farbe zu bekennen. Sie können als Mitgliedstaat nicht etwas anderes tun als als Vertretung der Ratspräsidentschaft. Deswegen rechnen wir mit Ihnen und zählen auf Sie, dass Sie diese besorgniserregende Situation beenden.

Wir haben jetzt für 2015 eine Milliarde Euro für die Forschung herausgestrichen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Ich glaube, wenn wir Mittel in den Strukturfonds umschichten, dass wir dann in Sachen Wachstum und Beschäftigung sehr viel besser vorankommen als bis jetzt.

Ich habe auch noch eine Stelle gefunden, wo Geld übrig ist: Das Personalstatut ist dieses Jahr mit entsprechenden Einschränkungen beim Thema Beförderungen in Kraft getreten. Das Geld auf der Linie tut aber so, als ob es diese Einschränkungen nicht gäbe. Ich höre, dass alle EU-Institutionen dieses übrige Geld sozusagen freihändig verteilen. Deswegen möchte ich alle EU-Institutionen auffordern, hier die entsprechenden Hausaufgaben zu machen und uns auch die Daten zu benennen, was dort tatsächlich an Geld zur Verfügung steht.

Bill Etheridge (EFDD). - Mr President, I am fascinated by this. We have again been talking constantly about how we are going to make things better and there is constant talk of investment. We have got all these programmes – all these programmes! – but not enough money.

Well, that is the point. There is not enough money. You are all here talking about digging holes to get deeper. You are talking about trying to eat yourselves thin. The whole point is that the whole of the Western world is in debt, massively bankrupted. Hear some constructive commentary from my friend who mentioned it earlier: save this money, cut back on all these needless programmes, and stop trying to interfere in every part of everyone's lives. How about saving that money and distributing it back to the countries you have taken it from? They could then give a really nice tax cut so that people could decide what to do with their own money. It is not yours to constantly make up ideas on how to spend it.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Andrzej Grzyb (PPE). - Panie Przewodniczący! Myślę, że jesteśmy tego świadomi, że to Parlament Europejski przyjmował założenia do budżetu zarówno tego wieloletniego, jak i obecnego. Tam są też zobowiązania dotyczące zarówno płatności, jak i tego wszystkiego, co związane jest z tymi płatnościami. To zobowiązanie jest obowiązujące w instytucjach unijnych i w związku z tym my nie możemy powiedzieć w chwili obecnej, że przejściowe trudności powodują, że wykonane zadania nie mogą zostać sfinansowane. One muszą być sfinansowane. Ja w pełni zgadzam się z tym, co powiedział kolega Olbrycht, że to jest decyzja o charakterze politycznym. Przecież to jest rzeczywiście 1% budżetu i te pieniądze są przeznaczone na inwestycje w zakresie polityki spójności na rozwój również regionalny. Koledzy brytyjscy martwią się o to, że te zabierane są regionom, nie, one są finansowane w regionach. One służą poprawie infrastruktury, one służą tworzeniu miejsc pracy. One służą również temu, by małe i średnie przedsiębiorstwa się rozwijały. To są między innymi również szanse na stworzenie miejsc pracy dla młodych ludzi, o których mówiliśmy dopiero co przed kilkoma godzinami na tej sali. Dlatego uważam, że to jest naszym obowiązkiem, aby doprowadzić do zrównoważenia między zobowiązaniami a płatnościami.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Androulla Vassiliou, Member of the Commission. - Mr President, some Members have asked how we reached this situation. I think the reason for today's situation is clear: starting from a few years ago, it is a result of budgetary negotiations which provided payment appropriations at such an artificially low level, so low that it prevented us from being able to pay legitimate bills. This must be stopped and it can be stopped, provided that the Commission proposals for the draft amending budget for 2014 and the draft budget for 2015 are adopted by the budgetary authority as proposed.

What the Commission asked for is observance of the agreement on the Multiannual Financial Framework. That means the possibility to use payment appropriations at the level of agreed ceilings, and the possibility to make full use of flexibility mechanisms. If we do not stabilise the situation now in 2014 and 2015, then it is indeed going to be difficult to have a sustainable budget in later years. We cannot afford to kick the can down the road again and again. We cannot accumulate unpaid bills. This is why the Commission proposed the three draft amending budgets for 2014, including a contingency margin, and a draft budget for 2015 at the ceiling level. This is the call for today: to stop the snowball effect.

The Commission is indeed concerned by the position that the Council is taking in relation to payments, but it hopes that negotiations will allow for common ground to be found, to provide the financial means to fulfil the Union's legal obligations in 2014 and 2015. The Commission will continue to monitor closely the overall situation, and budget implementation, and will provide all necessary information to Parliament and the Council. It stands, of course, ready to participate actively in any interinstitutional meeting to take stock with a view to addressing outstanding needs.

The Commission counts on the commitment of both the Council and Parliament to work constructively in a continuing dialogue on payments, with the objectives of addressing the 2014 payment shortages and avoiding the recurrence of artificial under-budgeting in 2015 and the following years. This is necessary. Otherwise, we put the credibility of the EU at risk, and we have to avoid that.

Della Vedova, Benedetto, Presidente in carica del Consiglio. - Signor Presidente, onorevoli deputati, signor Commissario, io ho ascoltato con attenzione i vostri interventi e spero che si riesca ad arrivare a soluzione, come nell'intendimento della Presidenza italiana, evitando una polarizzazione delle posizioni. Qui non stiamo discutendo sull'opportunità o meno delle spese che sono state preventivate, e che hanno naturalmente base giuridica, stiamo discutendo di come evitare un fenomeno che – è vero – nel nostro paese abbiamo sperimentato e stiamo con forza da qualche anno cercando di risolvere, cioè quello dei ritardi nei pagamenti.

Come dichiarato nelle mie osservazioni introduttive è in questione un diverso approccio alla gestione del bilancio annuale. La creazione di margini al di sotto dei massimali di bilancio non significa che si cerchi di evitare le relative spese.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Concordo con il Commissario, sul fatto che il nuovo Quadro finanziario pluriennale ci fornisce uno spazio di manovra e gli strumenti per affrontare esigenze impreviste. Queste, tuttavia, devono essere gestite in modo che la richiesta di stanziamenti di pagamento non entri in contraddizione con le nostre procedure per i disavanzi eccessivi e i relativi vincoli. Qui sono state fatte anche delle proposte a questo proposito.

Il Consiglio è impegnato per il conseguimento di tutti gli obiettivi politici legati ai vecchi e ai nuovi programmi del Quadro finanziario pluriennale. Tale impegno comprende l'obiettivo di ridurre il famoso effetto valanga, a cui è stato fatto riferimento anche in questa discussione, e di prevedere le risorse finanziarie necessarie per pagare i nostri conti.

In questo contesto avvieremo, il prima possibile, l'esame dei progetti di bilanci rettificativi nn. 3 e 4, previa adozione della posizione del Consiglio sul progetto di bilancio per il 2015.

La Presidenza italiana raccoglie l'invito che è stato fatto, che la partenza di questi nuovi cinque anni sia all'insegna di uno spirito nuovo anche rispetto al tema che abbiamo affrontato oggi. Grazie per l'attenzione.

Presidente. - La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Bas Belder (ECR), schriftelijk. – De Europese Commissie vraagt opnieuw om een verhoging van de betalingen voor dit jaar met ruim twee miljard euro. Zij zegt dat ze onvoldoende geld heeft om de uitgaven van eindontvangers van Europese subsidie te betalen. Dat argument is onvoldoende overtuigend. Er zijn ook begrotingslijnen waar niet al het geld zal worden gebruikt.

Ieder jaar zegt de Europese Commissie dat zij te weinig geld heeft om aan de verplichtingen ten opzichte van subsidieontvangers te kunnen voldoen. Toch was er een bedrag van ruim een miljard euro over van de implementatie van 2013 dat de Europese Commissie in april jongstleden overschreef naar de begroting voor 2014. Er blijft dus wel degelijk geld over dat te vinden is binnen de andere begrotingslijnen. De Europese Commissie moet daarmee tekorten opvangen.

Raad, Parlement en Commissie hebben de verantwoordelijkheid om volgend jaar beter te begroten, dat wil zeggen minder nieuwe financiële verplichtingen aan te gaan voor 2015! Dat doorbreekt het patroon van het aangaan van te veel nieuwe verplichtingen in vergelijking tot het betalingsniveau, hetgeen steeds leidt tot verhoging van de betalingen in de loop van het jaar.

Claudia Schmidt (PPE), schriftlich. – Wenn wir das Problem der ausstehenden Zahlungen nicht bald in den Griff bekommen, sind wichtige Programme wie Forschungsprojekte und Erasmus+ ernsthaft gefährdet. Die Begleichung der ausstehenden Rechnungen ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit der EU: Als Wächter über die nationalen Budgets auf andere zu schauen, aber selber Außenstände in Milliardenhöhe anzuhäufen, ist einfach inakzeptabel. Der Rat muss hier endlich seine Verantwortung wahrnehmen: Man kann den Bürgern nicht große Versprechungen machen, aber gleichzeitig die Zahlungen kürzen. Aber auch die Kommission ist in der Pflicht: Es braucht dringend Mechanismen, um fehlerhafte Ausgaben möglichst früh zu erkennen. Sobald die Kommission ihr eigenes Haus bestellt hat und wieder voll arbeitsfähig ist, muss diese Frage prioritär angegangen werden!

16. Lage im Irak (Aussprache)

Presidente. - L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione del Vicepresidente della Commissione e Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sulla situazione in Iraq (2014/2716(RSP)).

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio, a nome della Vicepresidente della Commissione e Alto Rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza. - Signor Presidente, onorevoli deputati, la situazione in Iraq – come è noto – è molto grave. Le conclusioni del Consiglio «Affari esteri» di giugno hanno espresso la profonda preoccupazione dell'Unione europea, condannando gli attacchi perpetrati dallo Stato islamico dell'Iraq e del Levante (ISIL).

Mittwoch, 16. Juli 2014

In Iraq è scoppiata una ribellione sunnita ad opera non solo dell'ISIL, ma anche di diversi altri gruppi armati sunniti, fra cui neo ba'thisti e gruppi tribali. L'ISIL, insieme con i militanti armati, oggi rappresenta una minaccia più immediata in Iraq che non in Siria. Tale organizzazione, con i combattenti stranieri che ne ingrossano le fila, costituisce un rischio reale per i vicini dell'Iraq, come il Libano e la Giordania, e anche per l'Unione europea.

L'attuale deterioramento della situazione della sicurezza in Iraq deriva da fattori sia interni che esterni. Senza dubbio, la crisi in Siria ha consentito all'ISIL di ottenere nella regione una base e un punto di partenza per la creazione del cosiddetto «Stato islamico» in territorio siriano e iracheno.

Tuttavia, le cause della recente insurrezione non si limitano all'espressione di un'ideologia terroristica. Le motivazioni della maggior parte dei militanti armati vanno ricercate nel malcontento che la comunità sunnita nutre, già da oltre dieci anni, nei confronti del governo iracheno dominato dagli sciiti. Fra i motivi di malcontento vi sono l'applicazione arbitraria, da parte del governo dell'Iraq, di politiche di «deba'thizzazione», l'inerzia nel provvedere ai bisogni di base delle comunità sunnite e le violazioni dei diritti umani perpetrate dalle forze di sicurezza.

Abbiamo visto questi problemi esacerbarsi quest'anno nelle città di Fallujah e Ramadi, nella provincia di Anbar, dove manifestazioni di protesta della locale popolazione sunnita contro le politiche del governo sono sfociate in violenti confronti fra le forze di sicurezza irachene, dominate dagli sciiti, e le tribù locali.

Questa situazione ha fornito all'ISIL un'opportunità per insediarsi sul territorio, come ha mostrato l'offensiva in piena regola condotta in territorio iracheno nel mese di giugno. La rapidità e l'efficacia di quell'offensiva hanno comunque colto la comunità internazionale assolutamente di sorpresa.

Tutti i leader politici e religiosi in Iraq condividono la responsabilità di affrontare le cause alla base di queste tensioni. Il governo iracheno, in particolare, è chiamato a svolgere un ruolo di moderazione, evitando eccessi sia nella retorica che nelle azioni.

Un tragico corollario delle condizioni di sicurezza è dato dai risvolti umanitari. Oggi, complessivamente due milioni di iracheni sono stati obbligati a fuggire dalle loro case. L'Unione europea nutre gravi preoccupazioni sull'evoluzione di questa crisi umanitaria e sul massiccio esodo interno di civili in fuga dai combattimenti.

La Commissione europea, attraverso ECHO, ha finora stanziato 12 milioni di euro per azioni di assistenza umanitaria. Si tratta di fondi destinati ai rifugiati siriani e ai cittadini iracheni sfollati all'interno del proprio paese. Inoltre, l'Unione europea sta coordinando le proprie azioni con ulteriori donatori e agenzie internazionali e vorrei encomiare gli sforzi che i servizi dell'Unione europea e le agenzie internazionali stanno prodigando in circostanze locali difficilissime dovute alla dispersione degli sfollati in tutto il territorio iracheno. L'UE si tiene costantemente aggiornata sulla situazione, adattando le azioni di soccorso all'evoluzione in loco.

Un'altra conseguenza della terribile crisi che ha colpito il territorio iracheno riguarda la regione del Kurdistan. Nelle scorse settimane il Kurdistan iracheno ha annunciato unilateralmente che intende tenere in autunno un referendum sull'indipendenza. Consentitemi di sottolineare che il Kurdistan iracheno è un modello di stabilità in tutta la regione ed è stato un interlocutore essenziale dei soggetti internazionali, in particolare in risposta alla situazione umanitaria in Iraq. Questa cooperazione merita di essere ricompensata.

Tuttavia, riteniamo che movimenti unilaterali verso l'indipendenza non aiutino a superare la situazione in Iraq e potrebbero rischiare di rappresentare un problema per il Kurdistan stesso. Abbiamo invitato tutte le parti in causa a ricercare la soluzione di questa e di altre vertenze nella Costituzione irachena, la quale, se pienamente applicata, può fornire risposte a molte delle rivendicazioni curde.

La transizione iniziata in Iraq più di dieci anni fa, che ha sempre goduto del sostegno dell'Unione europea, è un processo difficile. Nonostante le molte battute d'arresto nel corso degli anni e sebbene oggi le prospettive di un Iraq finalmente intradato su un percorso di pace e di stabilità siano minacciate, recentemente si sono osservati anche segnali positivi.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Le elezioni del 30 aprile hanno visto un'affluenza alle urne del 60% degli aventi diritto, nonostante le difficili condizioni di sicurezza. L'Unione europea ha inviato in Iraq una missione di esperti elettorali per monitorare il processo elettorale e riferire quanto osservato. Secondo le conclusioni degli esperti, nonostante alcuni problemi che non vanno nascosti, in particolare per l'esclusione di un numero significativo di votanti sunniti nella provincia di Anbar a causa di violenze, lo svolgimento delle elezioni è stato soddisfacente. Il tasso di partecipazione a queste elezioni, avvenute poche settimane prima dell'insurrezione sunnita, dimostra l'impegno dei cittadini iracheni a favore della democrazia e dell'unità dell'Iraq.

Oltre alla sicurezza, oggi la sfida più immediata in Iraq riguarda la capacità dei leader politici moderati di portare avanti il processo politico. È questo il messaggio che abbiamo inviato a quei leader nelle ultime settimane. La formazione in tempi brevi di un nuovo governo a seguito delle elezioni legislative del 30 aprile è una questione prioritaria. La nomina del presidente del nuovo Consiglio dei rappresentanti ieri 15 luglio è stato un passo nella giusta direzione. Ora dovrà essere designato un Presidente della Repubblica, per consentire di nominare un Primo ministro e di formare il governo.

Il nuovo governo dovrà cercare il dialogo con tutte le comunità che compongono l'Iraq, compresa la comunità sunnita attualmente esclusa dal processo politico nazionale che ha innescato l'insurrezione. Senza un approccio inclusivo e un dialogo effettivo, la società irachena non avanzerà sul cammino della riconciliazione.

Come l'Alto rappresentante/Vicepresidente Catherine Ashton ha più volte ribadito, l'uscita dalla crisi irachena passa in primo luogo per una soluzione politica, la quale deve porre le basi di una risposta anche sul piano della sicurezza. Invece, è assai probabile che misure di sicurezza eccessivamente dure alimentino la discordia settaria e causino nuove sofferenze alla popolazione irachena. L'Unione europea è pronta a intervenire in ogni modo ritenuto utile per facilitare il dialogo politico, a complemento delle azioni intraprese dai nostri partner internazionali.

Nonostante la gravità della situazione sul campo, l'Unione europea continua a fornire assistenza e sostegno all'Iraq ovunque possibile, in particolare nell'ambito della pianificazione e dell'attuazione dell'assistenza allo sviluppo. Questo è un segnale dell'impegno costante dell'Unione europea a favore dell'Iraq e fa parte di un congiunto di azioni volte a rendere l'Iraq più stabile promuovendo le capacità di governance e sostenendo l'erogazione dei servizi di base. Tale assistenza comprenderà un ulteriore sostegno alle misure di promozione dello Stato di diritto per dare seguito ai lavori della missione EUJUST LEX.

Alla luce della nuova situazione della sicurezza in Iraq, gli esperti dell'Unione europea stanno anche valutando possibili modalità di sostegno alle azioni antiterrorismo. Tuttavia, la lotta al terrorismo in Iraq deve rispettare i principi dei diritti umani e del diritto umanitario internazionale.

L'Unione europea respinge il punto di vista per cui le violazioni dei diritti umani sarebbero un prezzo inevitabile o necessario per la sicurezza. L'Unione europea si adopera anche per promuovere la cooperazione fra gli Stati membri sul problema dei combattenti stranieri, su loro stessa richiesta.

Infine, signor Presidente, onorevoli deputati, l'UE mantiene il proprio impegno a favore dell'accordo di partenariato e di cooperazione con l'Iraq e continuerà a stimolare tale cooperazione. Al riguardo, colgo l'occasione per invitare gli Stati membri che non lo avessero ancora fatto a completare quanto prima il processo di ratifica dell'accordo.

Vi ringrazio per la vostra attenzione.

Arnaud Danjean, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, le réveil est bien tardif et il est douloureux. Il aura fallu cette avancée fulgurante des djihadistes et l'instauration de l'État islamique après la prise de Mossoul, pour prendre la mesure du désastre politique et militaire en Iraq. Alors, on peut bien sûr rappeler en permanence – en tant que Français, ça m'est facile –, la faute grave qui a été commise en 2003 par l'invasion américaine de l'Iraq. Ceci est l'aspect historique, cela étant, ça ne fait pas beaucoup avancer le débat aujourd'hui, parce qu'il s'est passé beaucoup de choses depuis.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Depuis 2011, nous nous sommes focalisés, à plus ou moins juste titre, sur le chaos en Syrie et ceci a caché la gravité de la situation en Iraq. Il est bien simpliste aujourd'hui –comme nous le lisons ou l'entendons trop souvent, y compris dans cette assemblée –, de ne voir dans la détérioration de la situation en Iraq que la conséquence de la guerre civile en Syrie. N'oublions pas que Faloudja a été prise par ces djihadistes, il y a déjà plus de six mois. N'oublions pas que ces djihadistes, l'armée islamique, a ses racines profondes en Iraq, que ses dirigeants sont irakiens pour la plupart d'entre eux. Ces djihadistes prospèrent sur l'incurie et le sectarisme du gouvernement irakien qui a jeté dans les bras de ces groupes terroristes les tribus sunnites qui avaient été ralliées à grand-peine au gouvernement en 2006-2007. Ils prospèrent aussi sur la décomposition d'une armée irakienne pourtant équipée et soi-disant entraînée à grands frais depuis des années et dont les armements, aujourd'hui, alimentent des stocks terroristes dans la région et ailleurs.

Les Européens doivent donc s'interroger aujourd'hui sur le soutien aux autorités irakiennes. Ce soutien ne doit pas être inconditionnel, mais lié à une gouvernance qui intègre véritablement toutes les composantes de la société irakienne. Le soutien doit aller aussi à des solutions qui défendent l'unité et l'intégrité territoriale de l'Iraq, pas à son éclatement communautaire.

Il faut aussi s'interroger sur les liens plus qu'ambigus – et je suis poli – entre les groupes radicaux sunnites et certains acteurs étatiques et non étatiques dans le Golfe, car ces groupes avec lesquels nous avons eu beaucoup de mansuétude sont aujourd'hui des menaces non seulement pour la région mais pour notre propre sécurité.

N'oublions pas enfin que la tuerie du Musée juif de Bruxelles le 24 mai dernier a été perpétrée par un djihadiste français, Mehdi Nemmouche, qui est passé par les rangs de l'État islamique en Iraq et au Levant et je voudrais qu'on ait une pensée pour les victimes de cette tuerie.

Ana Gomes, em nome do Grupo S&D. – Ainda mal a recuperar de décadas de opressão e da invasão americana ilegal em 2003, o Iraque voltou a regredir a níveis insuportáveis de barbaridade, com o avanço a partir da Síria em guerra das forças terroristas ISIS que proclamaram o *Estado Islâmico do Iraque e do Levante* e prosseguem torturando, violando e matando civis, destruindo patrimônio e qualquer sinal de modernidade. Outros países da região, como o Líbano e a Jordânia, estão sob a ameaça do ISIS.

As políticas sectárias do Governo de Al-Maliki que contribuíram para a desintegração da unidade nacional no Iraque pela recusa de dar resposta às necessidades e reclamações legítimas da minoria sunita e de outras minorias e grupos vulneráveis, atizando rivalidades inter-religiosas, ao ponto de os cristãos quase terem desaparecido do país. A repressão sangüinária dos protestos de populações sunitas pelas forças armadas predominantes xiitas na província de Anbar ilustra as oportunidades oferecidas aos terroristas do ISIS para ganhar terreno entre o Tigre e o Eufrates, com o apoio de líderes tribais sunitas e antigos membros do Partido Baath.

Al-Maliki perdeu credibilidade e apoios na própria população xiita, tem de se retirar e dar espaço para um novo governo de unidade nacional, tem de ouvir os apelos da comunidade internacional, sem a qual o Iraque não desenhará um caminho para a segurança. Todos os principais atores internacionais e regionais, a começar pelos Estados Unidos, pelo Irão e pela União Europeia, têm de se centrar no interesse que partilham por um Iraque estável, unido e inclusivo.

As eleições de 30 de abril podem produzir um consenso de salvação nacional que integre, com um novo governo, todos os principais grupos étnicos e proteja as minorias e faça prioridade da reconciliação nacional e assegure os serviços básicos a uma população exangue. A União Europeia, por seu lado, não pode continuar a desinvestir politicamente na região. Tem de se mobilizar para mediar conflitos no Médio Oriente e fomentar o diálogo entre todas as comunidades no Iraque, ajudando-as a criar capacidades de governação. Tem de dialogar com o Irão e com a Arábia Saudita que são atores centrais para estabilizar o Iraque e para o fim da guerra na Síria, e tem que promover a resolução do conflito entre xiitas e sunitas. Outros países estratégicos como a Turquia devem ser envolvidos no processo. E como se aponta, concordo com o colega Danjean, como se aponta na resolução do Parlamento Europeu amanhã, a União Europeia tem que advertir os países do Golfo para se absterem de continuar a sustentar, direta ou indiretamente, a economia de guerra dos grupos extremistas, sectários e terroristas, como o ISIS e outros.

Mittwoch, 16. Juli 2014

A União Europeia tem que direcionar a ajuda humanitária para os milhares de refugiados e deslocados e tem que utilizar o Acordo de Parceria e Cooperação União Europeia-Iraque para incluir a cooperação na luta contra o terrorismo, garantindo que ela se faz, de facto, no respeito pelos princípios dos direitos humanos e do Estado de Direito.

Não admira que todos os iraquianos procurem refúgio no *outro Iraque*, o que funciona na Região do Curdistão, que, apesar de grave défice herdado em direitos e liberdades fundamentais, se tornou um exemplo de desenvolvimento, segurança e estabilidade no país. A iniciativa recentemente anunciada de organizar um referendo sobre a independência do Curdistão é compreensível, dada a desagregação do poder em Bagdad. Porém, o processo de independência unilateral, ainda que pacífico, não contribuirá para a estabilização do Iraque e pode pôr em risco o próprio Curdistão, dadas outras agudas sensibilidades na região. É ainda possível procurar soluções alternativas, constitucionais, para um Curdistão que continue a fazer parte do Iraque.

Finalmente, Sr. Presidente, a guerra na Síria, o risco de desintegração terrorista e o controlo terrorista no Iraque levam-nos a ter que fazer compreender aos nossos cidadãos que é a segurança europeia que também está em risco. Há milhares de jihadistas de extração europeia a combaterem no terreno. Temos que exigir cooperação aos nossos serviços de informação e de segurança para evitar a repetição de tragédias como a que ainda recentemente fez vítimas inocentes no Museu Judeu de Bruxelas.

(A oradora aceita responder a uma pergunta segundo o procedimento «cartão azul», nos termos do artigo 162.º, n.º 8, do Regimento)

Aymeric Chauprade (NI), *question «carton bleu»*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, je voulais simplement attirer l'attention de cette Assemblée sur les paradoxes évoqués par M^{me} Gomes et M. Danjean qui, d'un côté, pleurent sur les conséquences des interventions en Iraq qui ont généré des conflits communautaires entre chiïtes et sunnites, mais oublient de rappeler qu'ils ont soutenu une intervention militaire en Libye qui produit exactement les mêmes effets, avec une tribalisation complète du pays. Donc, il faudrait se mettre en cohérence sur vos analyses.

Ana Gomes (S&D), *réponse «carton bleu»*. – Vous n'avez pas raison Monsieur Chauprade, il ne faut pas comparer les deux situations même s'il y a des éléments communs, en effet.

J'étais en Libye pendant la guerre, à Benghazi, et j'ai pu constater que l'intervention internationale n'a fait que soutenir le peuple de Libye qui luttait contre un oppresseur, un dictateur que l'on ignorait chez nous et avec lequel certains, chez nous, faisaient même des affaires. Ce n'est donc absolument pas la même chose.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, Nouri al-Maliki has presided over a government since becoming Prime Minister in 2006 and has exploited sectarian religious tensions in Iraq to the benefit of the previously marginalised majority Shi'ite population under the Ba'athist regime. His regime, which has enjoyed a parliamentary majority since the 30 April elections, has been aided – unfortunately – and abetted by Iran as part of its own wider regional hegemonic aspirations.

As part of the al-Maliki sectarian approach, Sunni Arab tribes in Iraq's west have faced discrimination and thousands of innocent civilians have been killed, particularly in Anbar province, in the name of prosecuting a war against terrorist jihadi elements linked to ISIS. In so doing, Baghdad has driven a desperate Arab Sunni community, including secular former supporters of Saddam Hussein, into an unholy alliance by teaming up with ISIS to fight government forces.

Meanwhile, the autonomous region of Kurdistan has pursued its own destiny of democracy, secularism and prosperity. Thus we now have three increasingly divergent entities that are jeopardising the territorial integrity of Iraq and one that has offered fertile ground to jihadi terrorists spilling over from the conflict in neighbouring Syria.

ISIS, sadly, is now very well financed by Gulf States and it has captured oilfields and looted money from the central bank and is fully militarily equipped, but it must now be stopped in its tracks. It has now declared an Islamic caliphate and is imposing a barbaric form of extreme Sharia law on the local populations and minorities' heritage, including Christians, and it is being joined by hundreds of EU, including United Kingdom, citizens as fighters who are being radicalised and brutalised by their experience and pose a serious security threat when returning to their home countries.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Finding a solution to this cannot come too soon and we must now look to both international and regional forces that can offer some support. The brave Kurdish Peshmerga, i.e. the Kurdish army, has been very successful in wresting control of the Kirkuk oilfields previously in the hands of ISIS and securing the Kurdish region's immediate borders and protecting the Christian minorities of the Nineveh plains.

Kurdistan has announced a referendum for independence unilaterally, which I think is very understandable and something that western powers after the First World War promised them in the Treaty of Sèvres in 1920 and may now soon become an inevitable reality.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Jonathan Arnott (EFDD), blue-card question. – When the UK Government and others took action to remove Saddam Hussein we were given confusing messages. First we were told that it was about weapons of mass destruction, then terrorism, and then that it was for the Iraqi people. Do you agree that this was badly thought out by the Blair administration, and do you further agree that military intervention should never take place unless there is a clearly defined military objective?

Charles Tannock (ECR), blue-card answer. – I would agree that the Blair government at the time was slightly economical with the truth and I would also agree that people such as myself who then supported the war might have taken a very different attitude if we had known then what we know now. But I agree that, frankly, the intervention in Iraq, which was well-meaning, which was meant to be humanitarian, but which was also in search of weapons of mass destruction, has resulted, I am afraid, a decade later in chaos and much unnecessary carnage.

Presidente. - Onorevole Tannock, accetta un'altra domanda?

Charles Tannock (ECR). - È la prima volta in quindici anni che la Presidenza non dice da chi viene questa domanda, perché dobbiamo sapere chi è che sta chiedendo questo.

Presidente. - Le consiglio di guardare il regolamento. Lei accetta una domanda o no?

Charles Tannock (ECR). - Mr President, I still believe, on a point of principle, that you are the first President who does not announce who is asking the question.

Presidente. - Allora non accetta la domanda.

Marietje Schaake, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, the events in Iraq and in fact the entire Middle East are very worrying but the situation does not come out of the blue. The Islamic State (IS) was able to grow in Syria's war circumstances with the toxic help of certain Gulf State actors. The Islamic State grew in a climate of sectarian politics fed by respective Iraqi governments not doing justice to the pluralism of the country. The post-Iraq war instability and damage, and broader problems of a social, economic and political nature led into a very explosive scenario we are looking at now.

Now the illegitimate claims of the caliphate by the Islamic State, mass executions and the imposition of Sharia law are against universal human rights and they must end now. But we must also be realistic about the Islamic State, not give it more weight than is proportionate. For the entire situation in Iraq we need a political situation and the sovereignty of Iraq should be respected. The call for independence of the Kurdish region is understandable but also potentially invites a more explosive situation that will benefit no one at this point.

We know that IS has a number of European fighters and recruiters and the danger they will present too when they return to our societies should not be underestimated. We need cooperation between EU Member States and a clear strategy for safety and other appropriate measures and to prevent these misguided ideologies inviting people to participate in the violent jihad. We should also work together with Turkey, through which it is believed many people enter Syria and Iraq, and of course, for a more sustainable solution in the Middle East, there must be talks which also include the Islamic Republic of Iran and Saudi Arabia as they are using various proxies to defend or promote their respective dangerous interests in the region.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Mittwoch, 16. Juli 2014

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – Thank you for having the courage to accept the question. I was very interested to hear what you had to say. Do you agree with me that the best way to stop further problems of this nature is to make sure that both the EU and the Member States no longer pursue interventionist foreign policies that damage countries in which they have no reason to be, and that the best thing is not to send our troops or people anywhere near these places unless there is a massively unforeseen reason for doing so?

Marietje Schaake (ALDE), blue-card answer. – I am afraid, dear colleague, that the world is not black and white and that there is no one-size-fits-all for Europe, which should act as a global player – as a strong global player in my opinion – to meet the various challenges whether they are violations of human rights or whether they are other crises that we see in the Middle East, particularly now, and I do think that the EU should show more of a leadership position through diplomatic efforts, through working with partners like Turkey to curb the spread of violent extremism or the recruitment in our own societies of people who go through Turkey into countries like Iraq and Syria. So there are many steps we can take before military intervention is needed but we all know, sadly, that the world sometimes requires not only soft power, but also hard power.

Couso Permuy, Javier, en nombre del Grupo GUE/NGL. – Señor Presidente, a los amantes de la impunidad no les gusta la memoria, pero nosotros, que tenemos memoria, sabemos que la situación actual en Irak no es una catástrofe natural. Tiene sus antecedentes en la Cumbre de las Azores, donde, con mentiras y engaños, se abrió la puerta al primer genocidio del siglo XXI. Un millón y medio de muertos lleva ya Irak.

En esa reunión, Durão Barroso, anterior Presidente de la Comisión Europea, ejerció de mayordomo. Yo no quiero que a Durão Barroso le alcance la venganza, pero sí que le alcance el Derecho internacional humanitario, que el Derecho dirima los presuntos crímenes de los impulsores de esta agresión e invasión.

Fruto de esta intervención y ocupación, tenemos actualmente un país destruido y desestabilizado, dividido en cuotas étnicas y sectarias. El ejemplo claro es el gobierno actual, un gobierno que emplea un ejército nacional como una milicia sectaria, como cuando la lanzó contra las protestas de 2011.

Debemos condenar toda injerencia: la lejana, la de los países cercanos, pero también la del terrorismo integrista, que algunos apoyan en Siria o en Libia. La Unión Europea tiene la oportunidad de iniciar una nueva política exterior, impulsando una conferencia en el marco de las Naciones Unidas, con la participación de los países árabes y vecinos, para que los iraquíes se doten de una nueva Constitución; todos los iraquíes, sin distinciones étnicas ni sectarias, para que todos puedan decidir su futuro, el del país y el de sus recursos naturales, que, recuerdo, solo les pertenecen a ellos.

Solo así se podrá conseguir la paz.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Ana Gomes (S&D), pregunta de tarjeta azul. – Colega Couso, ya que invoca la memoria, ¿por qué se retrotrae solamente a 2003, a un marco que yo condené en su día y que condeno también hoy?

¿Por qué no va más atrás, a la época de Sadam Husein? ¿O piensa que Sadam Husein era un demócrata y no un terrible opresor del pueblo de Irak que tiene mucho también que ver con lo que está pasando hoy, por todos los sectarismos y la violencia inducida desde el interior y no solamente desde el exterior?

Couso Permuy, Javier (GUE/NGL), respuesta de «tarjeta azul». – Sí, el problema de usted es que tiene una memoria muy selectiva: yo no.

Mi memoria va incluso hasta el imperialismo del Imperio británico y la división: los problemas que tiene esa zona vienen de la división colonial, y lo que está sucediendo ahora en Irak es fruto de 2003, pero también fruto de lo anterior. Yo no tengo esa memoria selectiva que usted tiene para invocar ahora a Sadam Husein.

Nosotros tenemos todavía más de cien mil compatriotas tirados en las cunetas de mi país.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Un familiar mío fue asesinado en Irak. Nosotros no vamos a olvidar, aunque a ustedes no les guste.

Alyn Smith, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, like many colleagues I feel considerable emotion in any discussion about Iraq. I remember myself marching through the streets of Glasgow protesting 'Not in my name' in advance of the illegal invasion of Iraq by the coalition of the willing.

This motion takes some account of the other lifetimes cut short or blighted since that deep act of folly. According to the UN there are just in central and northern Iraq 1.2 million internally displaced persons and 1.5 million persons in urgent need of humanitarian assistance. The scale of the tragedy is as paralysing as the complexity itself.

But in our role as a European Union, as well as remembering how we got to where we are – and there should be no corner where we do not shine that light and no person we do not hold responsible for their actions – we have surely to try to attempt to plot a way out of the nightmare. In that effort I will limit myself to three points within this discussion: the role of the Kurds, the role of Iran and the role of Saudi Arabia and the Gulf States, though I do endorse the rest of the resolution, which I think has a lot to commend it and I commend the the spirit of cross-party working across this House in its production.

On the role of the Kurds, in recital F we note the actions of the Kurdish regional government in taking control, as Mr Tannock drew our attention to, of additional territory and we stopped just short of criticism of those actions. I think that is the right form of words. I think that is as realistic as it is pragmatic.

In recital G we acknowledge the limited success that the Kurds have had, and they do deserve credit for it in providing a safe haven and the burden that the many refugees they have cared for represents. But in point 11 of the resolution we remember our own principles. Any constitutional changes must, and I quote: 'respect and uphold an inclusive process in respect of the rights of the non-Kurdish minorities living in the province'. This process will need to be supported by outside, by ourselves.

On the role of Iran and Saudi Arabia and the Gulf States in points 8 and 9 we call – and I think this is quite crucial – on the international community, especially ourselves, to facilitate a regional dialogue on the problems facing the Middle East and to include all significant parties. Iraq's neighbours cannot be viewed as distinct from it; they are actors within the conflagration under way and must be part of its solution as well as part of its current problems.

We cannot escape our role in how Iraq came to be where it is. We can shoulder our burden in helping them plot a way out of the nightmare.

James Carver, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, Iraq bears the hallmarks and scars of the misguided intervention of Western nations. This has been nothing short of scandalous. With scant consideration for the obvious failings of the Sykes-Picot Agreement nearly 100 years ago, we poked this hornet's nest with a very sharp stick before embarking on regime change. Most would agree that Saddam's treatment of the Iraqi people, not least the Marsh Arabs and the Kurds, underlined his warped approach to humanity. However, I believe that the second Gulf War was fought on the premise of preparing for victory and not, as has now been proved, for life after that victory.

Yes, the senior Ba'athist elements in Iraq had to be removed, but what followed was the greatest foreign policy failing of modern times, namely the US-led decision to dismantle the Iraqi army after the fall of Saddam. At the stroke of a pen, this Sunni-led army, with vast combat experience and access to an immense arsenal, was side-lined. In a short space of time, this led to the birth of the militias and the bloody insurgency. Those militias have now become the Islamic State of Iraq and Syria (ISIS) or their allies.

The Iraqi Prime Minister, whose role is to unify Iraq, has achieved exactly the opposite. Nouri al-Maliki has shown himself to be completely unfit for purpose, underlining a terrible lack of character judgment on the part of Western leaders. As Iraq stands on the brink of splitting into three, al-Maliki still clearly ignores the Sunnis and the Kurds, so the world holds its breath and prays.

Mittwoch, 16. Juli 2014

The British *Independent* newspaper reports that around 1 500 British Muslims have fought alongside ISIS. EU open borders mean that terrorists can move into Europe and make their way to any part of the continent, potentially to wage terrorist campaigns. Late last year the UK Borders Agency complained that EU rules banned them from collecting data on travellers within the European Union, data which the intelligence services could have used to spot security risks.

ISIS has looted USD 400 million from banks and financial institutions in northern Iraq, making them the world's richest terrorist group.

This conflict could destabilise the whole region and, by extension, the world. The threat of ISIS must be a stark warning to us all. When decisions are to be made, they must be made with as much input as possible from across the Middle East, via the United Nations and by the authority of the United Nations alone.

Britain mistakenly went to war in Iraq, too, because of Tony Blair's 'dodgy dossier', and the world has become a far more dangerous place as a result. One hundred and seventy-nine brave British service personnel made the ultimate sacrifice and many more have suffered both physical and mental scars which they will have to carry for the rest of their lives. I pay tribute to them now. Neither I nor my party want to see another single drop of British blood spilled in either Iraq or Syria.

Mario Borghesio (NI). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'impressionante rapidità con cui questo esercito di 15.000 uomini ha conquistato buona parte dell'Iraq dovrebbe porre a tutti noi e a tutti coloro che si occupano con preoccupazione di questa situazione, che bussa alle porte dell'Europa, diversi interrogativi.

Certamente è un fallimento totale della politica obamaniana sul terrorismo, che si è concentrata erroneamente solo su e ha trascurato l'enorme capacità e potenzialità di presa che il fondamentalismo islamico più estremista ha avuto ormai su tutta una rete infinita di organizzazione difficilmente controllabili, all'interno delle quali operano attualmente anche duemila guerrieri di Allah nati e residenti nella nostra Europa, che molto probabilmente torneranno nelle loro case, vivranno in mezzo a noi, ce li ritroveremo e forse ce li troviamo già in mezzo a noi, pronti ad agire nel modo che abbiamo visto. Questo ci dovrebbe far tremare i polsi. Dovrebbe far tremare i polsi di questa Europa che però nelle sue risposte dimostra di essere quella che ha ben definito la grande scrittrice italiana Oriana Fallaci.

Non possiamo altresì ignorare il violento discorso ex cathedra fatto dal «califfo» al-Baghdadi che rappresenta la più spaventosa minaccia all'Europa cristiana. Un califfo nero che afferma che le sorti di Siria ed Iraq riguardano ben più che i soli popoli siriano e iracheno ma tutti i musulmani richiamati specificatamente al dovere religioso di contribuire attivamente alla jihad e addirittura con un riferimento religioso alla conquista di Roma, vista evidentemente come simbolo anche geopolitico e geografico dell'entità cristiana degli eredi delle crociate.

Un segnale molto preciso che solo un'Europa cieca e vile può fingere di non capire. Un islam radicale che non i pone più limiti territoriali ma considera tutto il mondo, e per quanto ci riguarda la nostra Europa, come territorio di conquista. Come non vedere, come non reagire, come non capire che siamo di fronte a una sfida di questo genere.

Tunne Kelam (PPE). - Mr President, Iraq faces an existential crisis and its integrity is clearly at stake. The question is how was it possible that some groups of terrorists were able to take control of large parts of such a country within a few weeks? I think the responsibility lies with the Iraqi Government too. In the past eight years the al-Maliki government has failed to form a coalition which would encompass all sectors of Iraqi society. Instead the Sunni community has been marginalised, the Kurds have been denied meaningful participation and there has been increasing reliance on Iran's support. As a result al-Maliki's government has crucially weakened its support in the north of the country and weakened also the motivation to oppose the terrorists.

Mittwoch, 16. Juli 2014

I think the key to the solution is to form a new government of national reconciliation which should extend the hand of cooperation to moderate Sunnis and also Kurdish leaders. The EU should use all available means and press the Iraqi political forces to achieve this end. We call also on the Commission to extend more humanitarian aid than the recently increased sum of EUR 12 million. There are almost 2 million internally displaced persons; a fresh wave of half a million refugees has left Mosul and 86% of them are in immediate need of housing and core relief items. The Kurdish authorities especially, who have to host the bulk of refugees, need assistance.

Finally, I am very much worried about the fate and future of the Christian communities in Iraq whose numbers have decreased by two thirds in nine years. More than 300 000 have been left facing continued harassment and persecution. Actually it is the Christians who do not resort to violence; who are vital in restoring dialogue, building bridges and mediating conflicts, providing healthcare and education to all people in need. In fact they perform an integrating role in a sectarian society and it is in our common interest to help them.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Edouard Ferrand (NI), question «carton bleu». – Monsieur Kelam, effectivement, il n'y a pas que les sunnites et les chiïtes en Iraq, il y a aussi les chrétiens. Les chrétiens oubliés. Les chrétiens aujourd'hui qui ont le choix soit à la dhimmitude soit à l'exécution. Les chrétiens aujourd'hui qui ne disent rien parce qu'ils n'ont pas de lobby pour les soutenir à Bruxelles. Ma question est très simple: les chrétiens ont-ils encore, aujourd'hui, le droit d'habiter au Proche-Orient?

Tunne Kelam (PPE), blue-card answer. – Thank you for this question but this is also my question. I think we share this worry, and the fate of Christians in the Middle East has not been decided yet.

Richard Howitt (S&D). - Mr President, I would like to begin by expressing my own deep concern at the escalation of violence and the deterioration in the situation in Iraq. According to the United Nations OCHA there are an estimated 1.2 million internally displaced people in central and northern Iraq and we should place on record our welcome for the additional EUR 7 million that the Commission has allocated in humanitarian assistance.

Individual stories such as the brutal killing of 18-year-old Mahmoud Redha and his 44-year-old uncle Zainal by Islamic state fighters whilst on their way to work must bring home the level of violence faced by civilians on a daily basis. I join the President-in-office in calling for respect for human rights and for international humanitarian law by all sides. According to a report by Human Rights Watch on 12 July, the Iraqi security forces themselves appear to have unlawfully executed at least 255 prisoners over the past month in apparent revenge killings. These deaths must stop.

Europe itself cannot advocate our agreement to promote democracy, human rights and good governance in Iraq and then fail to act when these objectives are put under grave threat, not least because of the real problems of foreign competence, as well as the threats posed by failed states within the region. Much time can be spent debating the cause of this crisis but what is certain is that the Sunni minority in Iraq have felt unrepresented. I hope today's appointment of Salim al-Jabouri as the new Sunni Speaker of the Iraqi Parliament will help to address the disenfranchisement felt by Sunnis and to ease the tension.

On the Kurdish issue we cannot fail to also draw attention to the tension between Baghdad and Erbil which worsened on 11 July when Kurdish ministers announced a boycott of the Iraqi Government after Prime Minister al-Maliki made comments that Kurdistan was harbouring terrorists and suspended flights to Erbil.

The conflict in northern Iraq has led hundreds of thousands of civilians to flee to neighbouring Kurdish areas administered by the Kurdistan Regional Government, but recently the KRG has restricted access to the areas under its control to non-Kurdish Iraqis fleeing the violence.

Within Amnesty International and as someone who has consistently acknowledged Kurdish political and civil rights, I call on the KRG to allow access to those fleeing the conflict and to engage in dialogue with the Iraqi Government.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Moving forward, the Iraqi people in their millions chose their own leader in al-Maliki but the delay in forming a government has been a disaster and poses a real danger for the future of Iraq. It is right that Parliament now calls for the Iraqi Government to focus on unity and we urge all political leaders, especially the Prime Minister, to make sure that an inclusive government representing the diversity of the Iraqi population is formed as a factor of urgency.

Finally, noting the clear link between the rise of IS and the Syrian civil war, I call for the regional dialogue to address the problems facing the Middle East, including Iran and Saudi Arabia, and in those discussions to make a reality the EU's offer of assistance to help promote democracy, human rights and the rule of law.

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

Bas Belder (ECR). - Opmerkelijk is dat in de voorliggende resolutie met geen woord wordt gerept over de rol van kandidaat-lidstaat Turkije in de turbulente ontwikkelingen in Irak. In dat verband zou ik graag een reactie van de Raad willen horen op de ernstige beschuldiging dat Turkije het recent uitgeroepen kalifaat van ISIS medefinanciert door de afname van diens olieproductie.

Ernstiger nog acht ik de verovering door ISIS van de grootste Iraakse opslagplaats voor chemische wapens in al-Muthanna op 12 juni. Medici uit Syrisch Koerdistan beschuldigen vandaag de dag ISIS van de inzet van chemisch wapentuig tegen de Koerden.

Is de Raad op de hoogte van deze ontstellende berichtgeving en zo ja, hoe schat de Raad dit nieuws in? In elk geval zijn voorliggende rapporten over resterende chemische arsenalen in al-Muthanna (bijvoorbeeld raketten met plusminus 15.000 liter sarin) notabene in ISIS-handen zeer verontrustend. Zijn Brussel en Bagdad daarover in gesprek?

Dankbaar ben ik tenslotte dat de voorliggende resolutie concreet aandacht vraagt voor de dramatisch geslonken christelijke minderheid in Irak. Ik roep de EU dringend op zich ten volle in te zetten voor een blijvende presentie van christenen in het Tweestromenland. Ik verneem dan ook graag welke Europese initiatieven reeds daarvoor zijn genomen of op stapel staan. Daden, geen woorden!

Javier Nart (ALDE). - Señora Presidenta, hay que preguntarse por qué el Estado Islámico de Irak y el Levante (EIL) fue capaz de conquistar en días casi la mitad de Irak, como también habría que ver por qué los talibanes fueron capaces de eliminar de un plumazo a los muyahidines. Eso significa contar con el apoyo de la población civil, nos guste o no, y esto lo que significa es que tenemos un gobierno sectario, que es el Gobierno de Nuri al-Maliki.

Franklin Roosevelt, hace bastantes años, dijo refiriéndose a Somoza, en Nicaragua: «sí, sí, reconozco que Somoza es un bastardo, pero es nuestro bastardo». El problema que tenemos es que el riesgo de balcanización en el área es de tal calibre que puede convertir Irak en un auténtico laberinto, como todo Oriente Medio.

Lo que tenemos que hacer no es mirar hacia el pasado y ver los pecados, que son existentes y que son ciertos, sino hacia el futuro y exigir, no a través de una mera pregunta parlamentaria o de una petición de democracia, un consenso nacional. En Irak, por Dios, dejémonos de hablar de elecciones democráticas, que es un oxímoron, es una contradicción en los términos. Lo que hay que hacer para poder seguir apoyando la ficción que es el Gobierno de Nuri al-Maliki es exigir que exista un consenso nacional.

Bruno Gollnisch (NI). - Madame la Présidente, comme il y a très exactement quarante ans, en Indochine, nous vivons les épigones de la brillante politique américaine, cette fois au Moyen-Orient. Bien sûr, en parlant de brillante politique, j'exprime une ironie amère. Cette politique au Moyen-Orient et au Proche-Orient a consisté à détruire méthodiquement et féroce­ment la seule force politique qui était en mesure de s'opposer à l'islamisme le plus radical et le plus conquérant, à savoir le nationalisme arabe.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Chacun devrait avoir en mémoire les mensonges d'État, comme la prétendue implication de l'Iraq dans les attentats du 11 septembre où l'Iraq n'avait aucune responsabilité; comme les armes de destruction massive. M. Danjean a eu raison de dire que la mémoire ne suffisait pas mais la mémoire est quand même utile pour ne pas reproduire les mêmes erreurs, je dirais même les mêmes crimes.

Chacun se souvient des mensonges de M. Bush, de M. Colin Powell agitant à la tribune de l'ONU une fiole censée contenir une arme chimique mortelle et qui, en réalité, ne contenait que de l'eau colorée. Chacun se souvient de l'assassinat judiciaire de Saddam Hussein, qui n'était sans doute pas un démocrate au sens où nous l'entendons, mais qui était certainement le protecteur des différentes communautés, y compris des chrétiens aujourd'hui en voie de disparition. Le résultat, c'est l'éclatement du pays entre Sunnites, Kurdes, Chiites et l'émergence d'une force encore plus radicale qu'Al-Qaïda, dont on s'est aperçu qu'avec quelques milliers de combattants, elle mettait en déroute la brillante nouvelle armée iraquienne, armée entraînée par les Américains.

Le paradoxe de l'histoire, c'est que la seule façon qu'il y ait, provisoirement au moins, de contenir cela, c'est de s'appuyer sur les Chiites et, par conséquent, de discuter avec les Iraniens avec lesquels les Américains ne veulent toujours pas discuter. C'est une politique de gribouille.

Esther de Lange (PPE). - Met schaamte moet ik vaststellen dat er eigenlijk weer een aanslag bij ons in de achtertuin nodig is geweest om ons wakker te schudden over wat er gebeurt in Irak. Een aanslag op het Joods museum in Brussel.

Ik deel dus ook de analyse van de Hoge vertegenwoordiger niet, die zei dat de internationale gemeenschap hoogst verrast was over de ontwikkelingen in Irak. Kom op zeg, wij hebben het de laatste jaren zien gebeuren: de christelijke minderheden maakten tien jaar geleden 5% van de bevolking uit, nu 1%! Structureel het land uitgepest. Geradicaliseerde groepen pleegden aanslagen. Het kan niet als een verrassing komen wat er nu gebeurt. Maar blijkbaar was die aanslag in Brussel nodig om ons wakker te schudden.

Ik ben het met u eens, de eerste reactie moet er een zijn van humanitaire steun. Ook ik verwelkom - en wij doen het in de resolutie - de vijf miljoen extra die het totaal aan steun dit jaar op 12 miljoen brengt.

Ten tweede moeten wij als Europa heel snel de veiligheidsconsequenties van de radicalisering in Syrië, in Irak, het optreden van ISIS, in kaart brengen en de risico's beperken. De verantwoordelijke ministers hebben daar vorige week een begin mee gemaakt, maar dat begin is veel te vrijblijvend. Er moet bijvoorbeeld een register komen bij Europol dat structureel alle terugkerende Jihadstrijders in Europa in kaart brengt. Dat register moet niet vrijwillig zijn, maar verplicht. Dus daar moeten veel verdere stappen gezet worden.

Ten derde moeten wij de redelijke krachten in dat land ondersteunen. Constructieve politieke partijen, ethnische groepen, maar ook voor rede vatbare religieuze gemeenschappen. Neem de christenen, ongeveer de enigen die het land niet willen opdelen. Zij zijn artsen, zij hebben scholen, zij hebben ziekenhuizen. Dat zijn plekken waar mensen met verschillende achtergrond bij elkaar komen. Wil het land een kans hebben, dan moeten wij dit soort ontmoetingen verder stimuleren en ook financieel ondersteunen.

In Noord-Ierland heeft Europa dat jarenlang gedaan, het ondersteunen van dit soort ontmoetingen van de verschillende gemeenschappen. Alstublieft, doet u dat ook in Irak, wil dat land een kans maken!

Gilles Pargneaux (S&D). - Madame la Présidente, chers collègues, il y a urgence absolue en Irak: violences, rigorisme religieux absolu, intolérance confessionnelle. Voilà la réalité que nous connaissons sur près de 50 % du territoire iraquien après la prise de pouvoir de l'État islamique.

Nous devons certes apporter notre soutien humanitaire et financier à l'Iraq, mais il faut aussi avoir du courage politique. De plus, il faut une politique diplomatique de la part de l'Union européenne qui soit claire et nette. Il faut que ce courage politique puisse nous permettre de dire – et il faut l'inscrire dans notre résolution –, qu'il faut trouver en urgence une solution politique pour qu'un gouvernement d'union nationale, sans l'actuel premier ministre, soit une nécessité pour assurer l'intégrité territoriale du pays.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Il est très important que ce point figure dans notre résolution, car sinon c'est à un bain de sang entre chiites et sunnites, auquel nous allons malheureusement assister.

Geoffrey Van Orden (ECR). - Madam President, I wonder first of all what point there is in parliamentarians here spending time debating this topic when there is nothing new on the table to be discussed. The fact is that parliamentarians here are going to have little effect on the situation and the Commission is not even here to listen to what we have to say, and they, after all, have their hands on the money pot of humanitarian aid and all of those things.

We are discussing the situation at a time when Syria is still in flames, when Hamas is once again flexing its terrorist muscles from Gaza, terrorist anarchy reigns in Libya and Iran continues with its nuclear and missile programmes.

Of course it is very much in the interest of our democracies that peace, stability and security should reign in Iraq. We have spent massive sums, including a billion from the European Union, on Iraq but a quarter of Iraq's population still lives on two dollars a day, or less. The water supply, sewerage systems, power systems are all broken in spite of enormous international spending. Of course we do not want to see the re-emergence of another terrorist host state in the region and now we have this murderous ISIS army threatening Baghdad itself.

The last international conference on Iraq was in 2003. Do you not think it is time for the United Nations to call a fresh conference in order to stabilise the political and economic situation in Iraq before it spirals out of control, and can we have a close look at what our money has been spent on?

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). - Señora Presidenta, en Irak hay, para empezar, un problema profundo de justicia social y de libertades que arruina las expectativas vitales de la mayor parte de iraquíes.

Irak es hoy una fábrica de desesperación que permite que florezcan todo tipo de extremismos; los intereses económicos y estratégicos que se concentran en la zona hacen el resto, porque convierten la región en un polvorín.

Los asesinatos sectarios, los atentados, los combates permiten presentar esta crisis como una simple cuestión militar y de seguridad, pero es mucho más; y solo aplicando medidas integrales, que aborden la raíz del problema, habrá soluciones.

La libertad, el desarrollo, la igualdad y los derechos básicos de las personas son lo más importante, y la integridad de los Estados, especialmente cuando estos no ofrecen esas respuestas a su ciudadanía, son palabras vacías.

Por eso, coincido con la necesidad de promover y apoyar una solución integral —política, social y económica— al problema de Irak.

Apoyo el anuncio del Gobierno del Kurdistan de celebrar un referéndum de independencia con respeto a las minorías, tal y como lo recoge la Resolución suscrita entre los cinco grupos. Esperamos —y espero— que formen rápidamente un gobierno estable para poder explorar soluciones sobre la base del diálogo regional y, mientras tanto, debemos seguir apoyándoles con ayuda diplomática y humanitaria.

Andrzej Grzyb (PPE). - Pani Przewodnicząca! Sytuacja jest poważna – stwierdził przedstawiciel Wysokiej Przedstawiciel, mówiąc, że państwo islamskie jest celem bojowników, którzy w tej chwili walczą o państwo islamskie na terenie Iraku i nie tylko. Łamane są dodatkowo prawa człowieka. Jeszcze trudniejsza jest sytuacja humanitarna i oczywiście ta sytuacja powinna nas niepokoić, ponieważ ostatnią debatę na temat Iraku prowadziliśmy na tej sali w miesiącu lutym, w poprzedniej kadencji. Wtedy to mówiłem również o pogarszającej się sytuacji wewnętrznej i również o zagrożonym bezpieczeństwie ludzi, a w szczególności mniejszości, w tym również mniejszości religijnych, mniejszości chrześcijańskich i wszystkich uchodźców.

Od tego czasu sytuacja ta uległa wielokrotnemu pogorszeniu. Jednocześnie nadwężone zostały relacje pomiędzy rządem centralnym a Autonomią Kurdyjską. To sprawia, że możemy być za chwilę świadkami, może nie „de iure”, ale „de facto”, powstania nowego państwa, jakim będzie Kurdystan iracki. Oczywiście tego byśmy nie chcieli, dlatego te wezwania prowadzące do wspierania tego procesu odrodzenia Iraku, adresowane do Autonomii Kurdyjskiej, są jak najbardziej na miejscu. Istnieją napięcia między większością szyicką, która ma silne przywództwo duchowe, a sunnicką, która takiego silnego przywództwa nie posiada. Na to nałożona jest oczywiście jeszcze dysproporcja, dysproporcja w populacji tychże społeczności. Istnieje właśnie realne zagrożenie wielkiego kryzysu, który może doprowadzić do wielkiej konfrontacji. Sygnalizują to między innymi iraccy biskupi chrześcijańscy, którzy mówią, że starają się być takim mostem

Mittwoch, 16. Juli 2014

pomiędzy tymi dwoma społecznościami islamskimi, żeby nie doprowadziło to do wielkiego kryzysu humanitarnego, nie doprowadziło, broń Boże, do jakiegoś ludobójstwa, bo to jest wielce realne w tym wielce napiętym miejscu, jakim jest Irak.

Janusz Władysław Zemke (S&D). - Ta dyskusja dzisiaj toczy się absolutnie w momencie przełomowym dla Iraku. Irak po prostu się rozpada. Trwa w nim twarda wojna plemienna i religijna. Na jego terytorium powstaje z jednej strony kalifat muzułmański, z drugiej strony – co coraz bardziej widać – własne państwo tworzą Kurdowie. Mimo tej całej dramaturgii uważam, że Unia nie powinna ingerować w te konflikty w wojskowy sposób. Nie powinna także, jeśli chodzi o wojskowe instrumenty, wspierać żadnej ze stron tego konfliktu. Powinniśmy natomiast naciskać znacznie bardziej twardo niż do tej pory na władze Iraku, by budowały nową strukturę tego państwa. Chodzi bowiem o to, żeby te władze państwa brały pod uwagę nie tylko interesy szyitów, ale także sunnitów i Kurdów. Wtedy, myślę, byłaby większa szansa na pokojowe rozwiązanie tego konfliktu.

Ryszard Czarnecki (ECR). - Madam President, the main problem in Iraq today is Prime Minister al-Maliki, who is acting as a dictator. He has created the current crisis through his repressive policies against the Iraqi people, especially against the Sunnis, as well as the Christians and the Kurds. The solution is therefore to remove al-Maliki, who has been a puppet of the Iranian regime, and to form a national unity government.

We should stop Tehran's interference, because the Iranian regime is the real source of problems in the whole region. I should emphasise that the majority of those involved in the Iraqi uprising are local tribes, young Sunnis and foreign military officers, and not the extremists of ISIS, as has been portrayed. We should support the Iraqi people's demand for change and an inclusive government. If we allow al-Maliki to continue his repression it will only lead to more extremism in this country.

Francisco José Millán Mon (PPE). - Señora Presidenta, Irak vive una gravísima crisis, aunque la elección, precisamente ayer, del nuevo Presidente del Consejo de Representantes es una buena noticia. Sin embargo, como se ha reiterado aquí esta tarde, no cabe olvidar el riesgo serio de descomposición que vive el país por la intervención armada del grupo llamado Estado Islámico y las tensiones territoriales de los últimos tiempos.

Finalmente ayer, como antes decía, el Consejo de Representantes alcanzó un acuerdo para designar a un nuevo Presidente. Es un primer modesto paso para poner fin al *impasse*, al bloqueo político que vive Irak desde las elecciones del 30 de abril. Espero que cuanto antes se forme un gobierno inclusivo, de amplia base, representativo de las distintas comunidades del país. Precisamente esta extrema división política a quienes sirve es a quienes quieren desestabilizar Irak y acabar con la esperanza de paz y prosperidad del país.

La Unión Europea ha de seguir alentando un proceso de inclusividad política nacional y continuar apoyando la unidad, integridad territorial e independencia de Irak, como expresó el Consejo de Ministros precisamente en su reunión del pasado 23 de junio. No queremos la fragmentación del país.

El auge de ese grupo armado llamado Estado Islámico, y su implantación tanto en Siria, como ahora en Irak, amenaza con agudizar la descomposición de este país —y también de la región— en diversos territorios controlados por diferentes grupos armados. Y este grupo, el antiguo EIL, no solo es un grupo terrorista, es ya un auténtico ejército terrorista que supone una amenaza de dimensión regional y también global.

Debemos trabajar con todos los países de la región para que contribuyan a apoyar la estabilidad interna y la unidad del país. Además, a ninguno de ellos debe favorecer que los territorios adyacentes a la frontera entre Irak y Siria se conviertan en lo que fue el Afganistán de los años 90.

Finalmente, Presidenta, quisiera destacar la difícil crisis humanitaria que vive el país, en particular la trágica situación de los cientos de miles de civiles desplazados por la inseguridad, y, entre ellos —como antes señalaba mi colega Tunne Kelam—, la comunidad cristiana, que en los últimos años ha reducido drásticamente su presencia en Irak. La Unión Europea debe continuar esa ayuda humanitaria.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Mittwoch, 16. Juli 2014

Ernest Urtasun (Verts/ALE), pregunta de tarjeta azul. – Señor Millán, dos preguntas muy rápidas.

La primera, me gustaría saber qué grado de responsabilidad le atribuye usted al señor José María Aznar con respecto a la situación actual en Irak

Y, la segunda, ¿sigue pensando el Partido Popular que la intervención en 2003 fue una decisión acertada?

Francisco José Millán Mon (PPE), respuesta de «tarjeta azul». – Señor Urtasun, yo creo que las causas de los hechos históricos son múltiples: unas remotas y otras más próximas.

Y yo creo que la intervención en Irak se basó en unas premisas, en unos datos, que luego se revelaron, desgraciadamente, como no auténticos.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D). - Κυρία Πρόεδρε, η κατάσταση στο Ιράκ δεν είναι απλώς επικίνδυνη αλλά είναι τραγικά επικίνδυνη. Και δεν αφορά μόνο το Ιράκ, αφορά τη Συρία, αφορά την Αίγυπτο, αφορά τη Λιβύη. Αποδεικνύεται ότι οι πολιτικές που ακολουθήθηκαν ήταν πέρα για πέρα λανθασμένες. Δεν είναι τυχαίο ότι μόνο η Τυνησία οδηγήθηκε στην ομαλότητα στην περιοχή. Αυτή τη στιγμή υπάρχει ένα καθεστώς αποσταθεροποίησης και δυστυχώς βλέπουμε ότι η Αραβική Άνοιξη έχει μετατραπεί σε ένα βαθύ αραβικό χειμώνα. Είχαμε πολύ περισσότερες απώλειες ζωών το τελευταίο διάστημα και πολύ χειρότερες μορφές καταπίεσης και καταπάτησης των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Η απάντηση πρέπει να είναι ολοκληρωμένη από την πλευρά της Ευρώπης. Πρέπει να υπάρχει κοινή ευρωπαϊκή εξωτερική πολιτική, η οποία να στηρίζεται σε πραγματικά δεδομένα και όχι σε ευσεβοποιήσιμους.

Ангел Джамбазки (ECR). - Уважаема г-жо Председател, ИДИЛ обяви „Халифат“ – ислямска държава на територията на половин Европа, и нейният „Халиф“ призова за кръстоносен поход в името на исляма.

Радикалният ислямизъм днес е най-голямата политическа и военна заплаха за Европа и нашата цивилизация. ИДИЛ ни обяви джихад, свешена война, и заплахата е сериозна. Това ще е битка за ценности – нашите ценности. ИДИЛ днес се цели в Западните Балкани поради наличието на големи мюсюлмански общности там.

Ние живеем в мир с нашите братя българи мюсюлмани и не желаем терористи от ИДИЛ да вейт знамето на „Халифата“ нито на наша територия, нито другаде в Европа. Миналата седмица това знаме се вееше при сблъсъци в Скопие, което ние възприемаме като заплаха за живота, здравето и правата на огромната българска общност в Македония.

ИДИЛ днес набира своите борци в Кардиф. Боя се, че това се случва и в други европейски държави. Отделно ужасяващите престъпления срещу човечеството, извършвани от ИДИЛ в Ирак и Сирия, ще предизвикат нова бежанска вълна, която е непосилно бреме за българската икономика.

Настоявам Парламентът да приеме резолюцията, предложена от ЕКР и подписана от мен. Настоявам Комисията и Съветът по линия на Фронтекс да подпомогнат Гърция, Италия, Испания и България да се справят с новата бежанска вълна от Ирак и съседните територии.

Lars Adaktusson (PPE). - Fru talman! Jag vill börja med att uttrycka mitt stöd för det förslag till resolution som parlamentet har att ta ställning till idag.

En av de platser som nämns i resolutionen är den assyriska staden Karakosh, där kyrkklockorna ringde in till gudstjänst redan ett halvt årtusende innan kristendomen kom till mitt land, Sverige. Kyrkklockornas klang i staden den 25 juni i år signalerade dock något helt annat än gudstjänst. Nu handlade det om en desperat varning till befolkningen och bara någon dag senare var staden tömd på sin befolkning.

De släkter och familjer som levt i generationer i staden tvingades lämna allt – att stanna kvar var inte något alternativ när avrättningspatrullerna från Isis ryckte fram. I grannstaden Mosul ringde inte kyrkklockorna överhuvudtaget söndagen därpå. För första gången på 1 600 år firades inte någon söndagsgudstjänst i staden.

Fru talman, rapporterna om blodiga självmordsattentat mot kyrkor eller kristna som mördas av fanatiska jihadisterna blir allt fler. Inför en sådan situation kan omvärlden inte stå passiv. På kort sikt måste Isis framfart stoppas och en nationell samlingsregering upprättas.

Mittwoch, 16. Juli 2014

När en irakisk delegation av kyrkoledare besökte oss här i Europaparlamentet för en vecka sedan framhöll de vikten av stöd till demokratiutveckling och säkerhet. Här måste EU och EU:s medlemsländer bistå. Situationen kräver att vi hjälps åt över partilinjerna. Den resolution som vi har att ta ställning till idag är ett steg i rätt riktning, men det räcker inte med ett fördömande i Europaparlamentet. Hela den Europeiska unionen, inklusive rådet och den höge representanten för utrikesfrågor, måste nu sätta den här frågan högst upp på dagordningen.

Eugen Freund (S&D). - Lawlessness and an incompetent, corrupt government with no respect for the rights of minorities; all this has led to the present situation in Iraq. It has been reported by *The New York Times* that the government of Prime Minister Nouri al-Maliki has harassed Sunni Arabs with baseless arrests, and for Sunni militants caught by the security forces summary execution has become increasingly common. For years, the international community has even half-heartedly put pressure on the Shi'ite-dominated government to be more inclusive, but to no avail.

There is, however, a sliver of hope that has been mentioned before with the announcement yesterday that a Sunni has been appointed Speaker of the Iraqi Parliament. This will probably do little to those Sunni fighters who have proclaimed an Islamic state within the state. We are now witnessing an attempt at re-drawing the map of the Middle East that could have a multitude of consequences. All will eventually spill into Europe. As usual, the United States, which is not of course altogether blameless for this situation, was the first to intervene. As with the conflict between Israel and the Palestinians, decisive diplomatic action by the European Union is urgently needed.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). - Pani Przewodnicząca! Irak stoi na krawędzi wojny domowej i rozpadu. ISIS, krwawa rebelia dżihadystów, rozszerza swoje wpływy aż po Bagdad. Sytuację pogarsza niekompetentny, dzielący naród rząd premiera Nuriego al-Malikiego. Ta sytuacja powoduje niebywałe cierpienia ludności cywilnej, w tym chrześcijan. Potrzebna jest skoordynowana akcja społeczności międzynarodowej wspierająca dialog polityczny wszystkich grup społeczeństwa irackiego prowadzący do wyłonienia rządu porozumienia narodowego. Potrzebna jest pilna akcja humanitarna.

Mariya Gabriel (PPE). — Madame la Présidente, la situation en Iraq – je ne dis pas une nouveauté – est particulièrement préoccupante. Il y a *de facto* occupation d'une partie du territoire de l'Iraq par un groupe terroriste. J'insisterai sur trois points.

S'agissant du premier point, je crois encore qu'il faut souligner la responsabilité d'une solution politique, qui est celle des hommes politiques, notamment ceux qui ont été élus en avril, à la Chambre des représentants. Ils doivent prendre leurs responsabilités face à l'avenir de cet État et de ses citoyens. Il est clair aujourd'hui que l'Iraq ne peut pas se relever sans un véritable dialogue politique et interreligieux.

Quant à mon deuxième point, l'engagement de l'Union européenne doit continuer à être celui de porter assistance à plus d'1 million de personnes déplacées et à 1,5 million de personnes ayant besoin d'aide humanitaire. Aujourd'hui, cela doit se faire en bonne coordination, notamment avec l'ONU, mais surtout en veillant à promouvoir le dialogue politique dans la région.

Enfin, j'en viens à mon troisième point sur lequel j'insisterai le plus. Nous ne devons pas nous limiter à réagir seulement à la situation humanitaire. La dynamique régionale de la situation en Iraq doit avoir toute notre attention. L'agenda expansionniste du groupe terroriste de l'État islamique, s'il est poursuivi et réalisé, est une menace non pas seulement pour l'Iraq, la Syrie, mais aussi pour toute la région jusqu'à la Jordanie. Il faut aussi avoir pleinement à l'esprit le conflit régional qui nous guette, y compris la possible superposition des tensions entre chiites, sunnites, arabes et Kurdes. Soyons bien conscients des conséquences gravissimes qu'aurait une telle évolution de la situation dans la région, aux portes de l'Europe.

Donc, aujourd'hui, il est plus que nécessaire d'agir vite par des efforts diplomatiques – pourquoi pas une conférence de haut niveau – afin d'éviter de se retrouver dans une situation où nous aurons les pieds et les poings liés.

Kati Piri (S&D). - De ontwikkelingen in Irak zijn zeer zorgwekkend en vragen om een internationale aanpak. Het aanhoudend geweld heeft ervoor gezorgd dat inmiddels 1,2 miljoen mensen op de vlucht zijn geslagen. Een humanitaire crisis, waar ook de EU niet voor kan en mag wegkijken. De beelden die wij te zien krijgen van massaexecuties door de Jihadistische beweging Islamitische staat zijn verschrikkelijk en de ontstane situatie is zeer gevaarlijk voor de hele regio.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Het is dan ook van belang dat de Iraakse regering samen met de verschillende bevolkingsgroepen werk gaat maken van de nationale verzoeningsagenda. Een eerste positieve stap is genomen door een Soenniet tot nieuwe voorzitter van het parlement te kiezen.

Tenslotte heeft de crisis ook rechtstreeks gevolgen voor de situatie in Europese landen. De aantrekkingskracht van de Islamitische staat, ook op jonge Europese Jihadisten, lijkt toe te nemen. Betere Europese samenwerking om radicalisering te bestrijden en gezamenlijk de terugkerende Jihadstrijders nauwlettend in de gaten te houden is dan ook cruciaal.

Ramona Nicole Mănescu (PPE). - Doamnă președinte, în ultima perioadă am asistat la o înrăutățire semnificativă a situației din Irak, cu atacuri violente asupra cetățenilor irakieni, cu refugiați, morți și răniți, victime ale actelor de terorism. În mod regretabil, guvernul irakian s-a dovedit incapabil să își apere propriii cetățeni împotriva ofensivei teroriste, astfel că orice acțiune de sprijin care poate veni din partea aliaților externi, fie că vorbim de Uniunea Europeană, de Statele Unite sau statele vecine Irakului, va avea cu adevărat impact numai dacă liderii irakieni se vor implica în mod responsabil în procesul de stabilizare a țării.

În acest moment, este greu să trecem cu vederea faptul că adevărata problemă o reprezintă guvernul central, condus de premierul Maliki și susținut de Teheran, care continuă o politică dezastruoasă de antagonizare a diferitelor grupuri etnice și religioase, politică ce duce în mod evident la conflict și violență. Uniunea Europeană este determinată să contribuie substanțial la efortul umanitar, să sprijine Irakul în democratizarea și stabilizarea țării; este important să arătăm solidaritate cu cetățenii irakieni și să sprijinim Irakul, fără însă a uita că istoria ne-a demonstrat că intervenționismul militar și nu numai a cauzat, de multe ori, mai multe probleme decât a rezolvat.

Asistăm la un moment important pentru Irak și pentru regine, moment în care este necesar ca liderii irakieni să înțeleagă nevoia de a depăși diferențele etnice și religioase care îi despart și să se unească într-un efort comun pentru viitorul Irakului. Doar unitatea națională poate aduce pace și stabilitate, un guvern capabil să așeze la aceeași masă lideri sunniți și shia, lideri ai tuturor minorităților etnice, cu toții irakieni, care prin dialog pot construi un stat puternic în Irak. Irakul are nevoie în acest moment de un guvern nou, un guvern condus de un premier nou și un guvern care să reprezinte cu adevărat interesele legitime ale tuturor irakienilor, indiferent de etnie și religie.

Interventions à la demande

Christos Stylianides (PPE). - Madam President, allow me to bring something different but greatly related to our discussion. The alarming situation in Iraq and the Middle East would imply tremendous geopolitical changes including even changes to borders. The EU and the international community have been unable to engage in the wider region in a constructive manner. All these events could further hamper the European Union's security in general and its energy security in particular.

It is high time the European Union's energy supply was rethought. It is time to seek safer energy routes from stable countries and partners. I recall in this sense the vast energy forces in the eastern Mediterranean. Swift exploration of these resources would clearly benefit our continent and the EU could and should be at the forefront of this effort.

João Ferreira (GUE/NGL). - Há oito anos, o coronel Peters publicou na revista das forças armadas norte-americanas um mapa peculiar e algo estranho à época. Era chamado o mapa do *novo Médio Oriente* e, olhando agora em retrospectiva os anos que passaram, os acontecimentos, mesmo os mais recentes, ganham particular sentido à luz do mapa do coronel Peters.

A balcanização é uma velha técnica de dominação imperial. A fragilização de Estados soberanos, a divisão de povos são seus instrumentos, assim como a utilização de bandos de mercenários criminosos.

O exército do autoproclamado Estado islâmico do Iraque e do Levante combate com armas e com financiamentos cedidos pelas potências da NATO aos bandos mercenários que espalharam o caos na Síria.

A fragmentação em curso no Médio Oriente visa todos os Estados que, nas últimas décadas, se revelaram, de uma forma ou de outra, empecilhos aos projetos de dominação imperialista da região. Iraque, Síria e a abrir caminho para o Irão – um rasto de milhões de vítimas, de persistentes dramas humanitários.

Mittwoch, 16. Juli 2014

O caos no Iraque, o caos no Médio Oriente não são obra do acaso.

Miroslav Mikolášik (PPE). - Rád by som sa vyjadril aj ja k tejto strašnej situácii, ktorá je v Iraku výbušná a pri ktorej sme svedkami hrubého porušovania ľudských práv. V severnom Iraku vznikol nový štátny útvar kalifát, na čele ktorého je kalif, ktorý sa riadi zákonom šarie a riadi sa vlastne nenávisťným zabíjaním tzv. neveriacich. Je pre mňa šokujúce, že – a to sú dve skutočnosti, že najprv sa pustil do zabíjania vlastných, povedal by som, bratov Mohamedánov, ktorí sú ale iného vierovyznania: jedni sú suniti, druhí sú šiiti a navzájom sa neznášajú. Je ale veľmi alarmujúce, že táto situácia útočí aj na postavenie kresťanov, ktorí žijú v regióne a v Iraku predsa vyše 1700 rokov a nechcú nikam odísť. A je našou povinnosťou Európskej únie aj tohto Parlamentu zastať sa a efektívne pomáhať aj kresťanom, ktorí žijú na mieste. A je škandalózne, že Rada je tu s nami, ale Komisia toto rokovanie odignorovala.

Bill Etheridge (EFDD). - Madam President, I just wish to urge great caution. I know the first instinct of this place is to interfere, to try to do things and often for the good, I understand that, but for many decades the situation in the Middle East has been made worse and worse by Western interference and involvement. My own country was brought into great shame by the dreadful lies of Tony Blair who brought our great country into disrepute with his evil lies. He has blood on his hands and he is one of the main reasons for the situation we find ourselves in now.

Please learn from this; learn that we cannot cure all the world's ills. We cannot be the world's police. Yes, let us help; let us aid where we can. But please, in the interests of peace, do not always seek to interfere; always seek to put your hand in. Sometimes it is better to respect national independence and let the people there make their own choices.

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). - Κυρία Πρόεδρε, νομίζω ότι το Ιράκ έχει μπει στην τελική φάση της διάλυσης. Και έχει καλυφθεί μια τεράστια απόσταση (με την αρνητική έννοια του όρου). Να θυμίσουμε ότι υπήρχε η φιλοδοξία για το λεγόμενο «Nation building», να δημιουργηθεί δηλαδή εκεί μια σύγχρονη δημοκρατία, και τώρα έχουμε ένα αιματηρό χάος.

Πιστεύω ότι, αν είχαμε περισσότερη Ευρώπη, θα είχαν διαπραχθεί λιγότερα λάθη στην περίπτωση του Ιράκ. Εάν δεν διστάσαμε να αποκτήσουμε κοινή εξωτερική πολιτική, εάν δεν διστάσαμε να αποκτήσουμε κοινή αμυντική πολιτική, θα είχαμε παρεμβάσεις προς τη σωστή κατεύθυνση. Μας φοβίζει το κόστος, αλλά τελικά δεν μπορούμε να το αποφύγουμε, διότι η κατάρρευση του Ιράκ μπορεί να οδηγήσει σε ενεργειακή κρίση που θα έχει τεράστιο κόστος, μπορεί να οδηγήσει στην ενίσχυση του Ιράν και στην κλιμάκωση της αντιπαράθεσης με το Ισραήλ, που και αυτό θα έχει συνέπειες, μπορεί να οδηγήσει σε ένα νέο κύμα προσφύγων που θα είναι εξαιρετικά δαπανηρό, μπορεί να οδηγήσει ακόμα και στην ενίσχυση των φανατικών ισλαμιστών και την αποσταθεροποίηση των κυβερνήσεων στον αραβικό κόσμο.

Επομένως, ό,τι και να κάνουμε, έχουμε έναν λογαριασμό μπροστά μας: η περισσότερη Ευρώπη είναι η οικονομικότερη προοπτική.

Εμμανουήλ Γλέζος (GUE/NGL). - Κυρία Πρόεδρε, πριν από 71 χρόνια συνήλθαν στην Γιάλτα οι λεγόμενοι τρεις «μεγάλοι», ο Ρούσβελτ, ο Τσώρτσιλ και ο Στάλιν, και ανακοίνωσαν, εκφράζοντας τις επιθυμίες των λαών, ότι μετά τη λήξη του πολέμου θα καταργηθεί η αποικιοκρατία, θα υπάρξει αυτοδιάθεση των λαών, σεβασμός των μειονοτήτων, προστασία των ατομικών δικαιωμάτων. Ας μη στρουθοκαμηλίζουμε. Σήμερα αυτά τα εξαγγελθέντα από τους τρεις δεν υπάρχουν στην πραγματικότητα. Υπάρχει πρόβλημα αυτοδιάθεσης λαών, υπάρχει πρόβλημα αυτοδιάθεσης των Κούρδων, υπάρχει η Ιρλανδία που δεν έχει αποκτήσει ολόκληρη την ανεξαρτησία της, υπάρχουν οι Βάσκοι, υπάρχουν οι Καταλανοί, υπάρχουν οι Βορειοηπειρώτες.

Επιτέλους θα αντιμετωπίσουμε τα προβλήματα; Ναι ή όχι;

(Fin des interventions à la demande)

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio, a nome della Vicepresidente della Commissione e Alto Rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza. - Signora Presidente, onorevoli deputati, ringrazio tutti i parlamentari che sono intervenuti per la discussione franca e approfondita che c'è stata. L'Unione europea presta l'attenzione che credo che voi avete giustamente richiesto al tema. Di Iraq si è discusso nel Consiglio «Affari esteri» del 24 giugno, con una conclusione, e una nuova discussione è prevista sul punto dell'Iraq la prossima settimana nel Consiglio «Affari esteri» del 22 luglio.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Tra i temi che voi avete sollevato, che credo siano di impegno comune, c'è quello dell'unità e dell'integrità territoriale dell'Iraq come elementi essenziali per costruire una prosperità che vada a vantaggio di tutti i cittadini e promuovere la stabilità nella regione. Non sfuggono a nessuno, naturalmente, la gravità e la drammaticità della situazione.

Negli interventi iniziali dell'onorevole Arnaud e dell'onorevole Gomez vi sono il richiamo all'idea di un sostegno vincolato e il punto di una governance inclusiva e unitaria dentro questa Costituzione o comunque una governance che consenta di riprendere le fila di una transizione verso la democrazia.

Il tema dei diritti umani, richiamato in più interventi, è un tema che storicamente, ma anche in questo caso, sta a cuore nell'attenzione dell'Unione europea, ivi compreso il punto richiamato da più interventi della libertà dei fedeli cristiani nell'area. Anche per questo serve un nuovo governo iracheno inclusivo e legittimato e su questo tema e su questo piano noi come Unione europea ci muoviamo.

Volevo anche rispondere a due sollecitazioni puntuali che sono state fatte riguardo alla questione delle armi chimiche. Le fonti di intelligence confermano che non si tratta di armi utilizzabili. La situazione è certo inquietante nel caos attuale, però è anche necessario mantenersi ai dati di fatto conosciuti.

Per quanto riguarda le accuse, che sono state evocate, alla Turchia in quanto paese per i finanziamenti all'ISIL, riteniamo che si debba mantenere necessariamente una differenza e una distinzione netta tra sospetti, voci e fatti e tra finanziamenti eventualmente arrivati da fonti private radicali e il governo, in questo caso della Turchia. È una distinzione che va mantenuta in modo netto. L'Unione europea sta lavorando con i paesi del Golfo per identificare e bloccare le fonti di finanziamento dell'ISIL e di altri gruppi terroristici.

In conclusione, vorrei esprimere il mio apprezzamento, credo condiviso anche da voi, per l'eccellente lavoro svolto dalla nostra delegazione a Baghdad. I nostri colleghi in Iraq continuano a prestare un servizio prezioso in condizioni estremamente difficili.

La Présidente. - Les propositions de résolution à déposer conformément à l'article 123, paragraphe 2, du règlement, seront annoncées ultérieurement.

Le débat est clos.

Le vote aura lieu ce jeudi 17 juillet 2014, à 11 heures.

Déclarations écrites (article 162, paragraphe 12, du règlement)

Franz Obermayr (NI), schriftlich. – Circa 500.000 Tote gab es im Irak seit 2003 — das sind mehr als Frankreich an Toten im 2. Weltkrieg zu beklagen hatten. Die USA haben in der Region ein Chaos sondern gleichen angerichtet. Dabei wurde auch die Assad-Opposition um jeden Preis und trotz aller Warnungen unterstützt - inoffiziell auch durch Waffen und Ausbildung. Nun sind die Waffen in den Händen einer „ISIS“. Man muss sich mittlerweile wirklich fragen: Ist das alles Absicht? 1. Provoziere einen Bürgerkrieg, 2. Löse das Problem mit militärischer Invasion und bringe die Demokratie mit Bomben. 3. Rechtfertige so die anhaltende militärische Präsenz dort Erneut ruft hier der Brandstifter selbst nach der Feuerwehr – und bietet sich dafür wieder selbst an. Und so kann mit dem Krieg auch gleich vielfach verdient werden: Waffenverkäufe an alle und Manipulation der Ölpreise durch induzierte Krisen. Es geht scheinbar nur noch um Ressourcen. Terror wird unterstützt und finanziert, um ihn danach zu ächten und zu bekämpfen – und bei uns die Bürgerrechte zu beschneiden.

Емил Радев (PPE), в писмена форма. – През последните пет години Ирак сякаш излизаше от спиралата на насилие и нестабилност и се беше насочил към крехка, но прощаваща демокрация. За съжаление обаче, продължаващата война в Сирия, бедността и съществуващото религиозно и етническо разделение в иракското общество доведоха много бързо до нова гражданска война.

Случващото се в Ирак показва, че никой конфликт не е капсулиран в границите на една държава. Също така се доказва максимата, че никой лидер не може да управлява стабилно без широка обществена подкрепа. Не на последно място, Европа има моралното задължение да продължи подкрепата си за иракското общество. Основният извод е, че мирът в Ирак неминуемо минава през мир в Сирия.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Поради това призовавам ЕС, в тясно сътрудничество с международната общност и особено арабските държави, да работи активно за прекратяване на насилието в Сирия. Европейската подкрепа за иракските сили за сигурност също трябва да продължи, за да могат да гарантират стабилност в страната. Едновременно с това, иракското правителството трябва да обединява, а не разделя, обществото. Не твърдя, че това са лесно постижими цели, но тяхното постигане е необходимо, за да не изпадне Ирак в постоянен хаос и най-вече за да не бъде откраднато бъдещето на поколения иракчани.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. – A balcanização é uma velha técnica de dominação imperial. A fragilização de Estados soberanos e a divisão dos povos são seus instrumentos, assim como a utilização de bandos de mercenários criminosos.

O exército do autoproclamado Estado Islâmico do Iraque e do Levante combate com armas e financiamento cedidos pelas potências da NATO aos bandos mercenários que espalharam o caos na Síria. O caos no Iraque, o caos no Médio Oriente não é obra do acaso, mas sim o resultado das operações de desestabilização e ingerência protagonizadas pela NATO, pelos EUA e pela UE. Estes são os maiores responsáveis.

17. Eskalation der Gewalt zwischen Israel und Palästina (Aussprache)

La Présidente. - L'ordre du jour appelle le débat sur la déclaration de la Vice-présidente de la Commission et Haute représentante de l'Union pour les affaires étrangères et la politique de sécurité sur l'escalade de la violence entre Israël et la Palestine (2014/2723(RSP)).

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio, a nome della Vicepresidente della Commissione e Alto Rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza. - Signora Presidente, onorevoli deputati, l'8 luglio Israele ha lanciato l'operazione «Protective Edge» nella Striscia di Gaza. La reazione israeliana ha fatto seguito all'intensificarsi dei lanci di razzi da Gaza, a loro volta in reazione all'operazione israeliana «Brother's keeper» volta a trovare gli assassini dei tre adolescenti israeliani rapiti nelle settimane precedenti.

L'operazione «Protective Edge» ha già causato la morte di oltre 213 palestinesi, in maggioranza civili, e oltre 1.400 feriti, vittime di centinaia di raid aerei e dei bombardamenti israeliani sulla Striscia di Gaza e del lancio di centinaia di razzi da Gaza verso Israele. Migliaia di residenti di Gaza sono stati sfollati e più di 40.000 soldati delle forze di terra israeliane lungo il confine tra Israele e Gaza sono stati mobilitati. La situazione umanitaria a Gaza, già molto grave prima di queste ultime ostilità, si deteriora di ora in ora. L'ONU ha lanciato un appello per una «pausa umanitaria» negli scontri per permettere di raggiungere la popolazione bisognosa di soccorsi.

L'Unione europea e tutti gli altri principali esponenti della comunità internazionale, compresi l'ONU e gli Stati Uniti, sono intervenuti per deplorare questa spirale di violenza. L'UE ha espresso l'estrema preoccupazione per il rapido deterioramento della situazione e ha condannato fermamente il lancio indiscriminato di razzi verso Israele da parte di gruppi militanti nella Striscia di Gaza. L'Unione europea deplora il numero crescente di vittime civili dell'operazione israeliana, sottolineando l'importanza fondamentale della sicurezza e dell'incolumità di tutti i civili in Palestina come in Israele. Invitiamo fermamente tutte le parti in causa a dar prova della massima moderazione per evitare altre vittime e riportare la calma. Esortiamo i paesi limitrofi ad adoperarsi con il massimo impegno per una cessazione immediata delle ostilità.

Hamas non ha accettato la proposta egiziana di un cessate il fuoco ma, ove mai ci fosse ancora una possibilità di accordo su una tregua, l'opportunità non dovrà essere persa. L'Alto Rappresentante/Vicepresidente Catherine Ashton da Vienna, dove sta conducendo i negoziati sul nucleare iraniano, è in contatto costante con le parti e incoraggia un cessate il fuoco. Il ministro degli Esteri italiano e il ministro degli Esteri tedesco sono nei territori tra Israele e Palestina proprio in queste giornate. Nei suoi numerosi contatti con il Segretario di Stato John Kerry e con i suoi omologhi europei, Catherine Ashton si è voluta assicurare che la comunità internazionale, con in primis l'Unione europea, si faccia carico dei bisogni immediati della popolazione di Gaza.

Mittwoch, 16. Juli 2014

In questo contesto estremamente preoccupante, continuiamo a pensare che siano più che mai necessari negoziati di pace diretti e sostanziali fra israeliani e palestinesi per trovare una soluzione duratura del conflitto. Occorre porre fine a tutte le rivendicazioni e tener conto delle preoccupazioni legittime di Israele in materia di sicurezza, così come della situazione di Gaza.

Nell'ambito di questo processo, che ci auguriamo possa riprendere presto, sarà importante non perdere di vista le questioni fondamentali e i fattori all'origine del recente fallimento dei colloqui di pace sostenuti dagli Stati Uniti e della recente ondata di violenza. Diciamo le cose come stanno: la mancata volontà di fare le difficili scelte necessarie per arrivare alla pace è la causa del fallimento dell'ultimo ciclo di negoziati che, a sua volta, ha creato il vuoto ora riempito dalla violenza a cui assistiamo.

Come se non bastasse, i recenti avvenimenti coincidono con pericolosi sviluppi in tutto il Medio Oriente – ne abbiamo discusso fino a pochi minuti fa – che costituiscono serie minacce sia per l'Unione europea che per i suoi partner e vicini diretti nella regione. L'UE è convinta che il deterioramento del contesto regionale renda più che mai necessaria una soluzione del conflitto fondata sulla coesistenza di due Stati. L'UE ritiene inoltre che l'unico modo per arginare la violenza e risolvere il conflitto sia un accordo che ponga fine all'occupazione iniziata nel 1967 e che corrisponda all'aspirazione di entrambe le parti. Una realtà fondata su un unico Stato sarebbe incompatibile con tali aspirazioni.

Signora Presidente, onorevoli deputati, bisogna convincere i leader israeliani e palestinesi a prendere le decisioni audaci e coraggiose necessarie per porre fine all'attuale spirale di violenza e a riprendere i negoziati. Siate certi che l'Unione europea farà tutto il possibile per contribuire al conseguimento di questo obiettivo.

Grazie dell'attenzione.

La Présidente. - Je pense que nous pouvons vous demander de vous asseoir désormais (*en s'adressant aux membres du groupe GUE/NGL qui sont restés debout en affichant un drapeau palestinien pendant toute la durée de l'intervention de M. Della Vedova*).

Geoffrey Van Orden (ECR). - Madam President, in the House of Commons in London, the Speaker of the House has no hesitation in interrupting the Prime Minister on a point of order or when he wants to call order in the House. I see no reason whatsoever why you should not interrupt the Council when they are speaking when there is a blatant disregard for the dignity of this House, with people standing up making demonstrations of this nature, and it should be stopped. I think there is something that is particularly absurd about a group of Communists complaining about occupation and military aggression in any context.

La Présidente. - Il ne m'a pas semblé que l'ordre ait été perturbé par cette manifestation, mais maintenant ces personnes sont assises.

Cristian Dan Preda, au nom du groupe PPE. – Madame la Présidente, comme vous le savez, notre groupe avait quelques réticences à l'idée d'avoir aujourd'hui une résolution pour accompagner le débat organisé maintenant. Il nous semblait en effet difficile d'arriver à un texte court et clair qui réunisse tous les groupes politiques. Finalement, nous avons un texte et même si, au final, seul le groupe du Parti populaire européen (Démocrates-chrétiens), ECR, S&D et le groupe ADLE vont appuyer le texte commun, pour avoir participé aux négociations, je puis constater qu'il existe tout de même un assez large accord sur les idées de force pour réagir à l'escalade de la violence entre Israël et la Palestine.

Pour le groupe du Parti populaire européen (Démocrates-chrétiens), il est important de rappeler ce qui nous a amenés à la présente crise, à savoir l'enlèvement et l'assassinat brutal de trois jeunes israéliens, le 12 juin dernier, suivis par la mort d'un jeune palestinien, le 2 juillet.

On ne peut, bien évidemment, que condamner dans les termes les plus forts ces actes révoltants et exprimer notre compassion avec les familles des victimes. De la même façon, nous sommes tous extrêmement préoccupés par le regain de violence qui s'en est suivi.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Nous appelons à l'arrêt immédiat des attaques qui causent toutes ces souffrances. Cela implique que le Hamas cesse ses tirs de roquettes sur Israël depuis la bande de Gaza. Nous l'avons déjà rappelé à plusieurs reprises dans le passé, Israël a le droit de se défendre contre des attaques qui visent de façon indiscriminée les civils. Toutes les parties doivent respecter pleinement le droit international humanitaire. Le seul moyen de sortir de la présente crise n'est bien évidemment pas la violence et nous soutenons toutes les initiatives diplomatiques visant à obtenir une désescalade du conflit à travers un cessez-le-feu.

Dans cette optique, l'initiative égyptienne présentée le 14 juillet est bienvenue et représente un pas dans la bonne direction. Et en prenant note de l'acceptation de cette proposition par Israël, nous devons insister pour que Hamas accepte une cessation des hostilités.

Enfin, je voudrais dire que, malgré nos différences, nous sommes tous unis par un objectif commun, celui d'assurer la paix et la sécurité pour les Israéliens et les Palestiniens. L'objectif que nous partageons tous est celui d'aboutir à un règlement négocié sur la base de la solution des deux États. Pour cela, nous avons besoin d'efforts crédibles des deux côtés avec un soutien accru de l'Union européenne pour aboutir à la reprise des négociations pour une paix juste et durable au Proche-Orient.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

Victor Boștinaru, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, je veux saluer la contribution de la part du Conseil et vous demande l'autorisation de poursuivre en anglais.

I reiterate today the serious concern of my group about the new escalating violence between Israel and Hamas and the rising number of Palestinian and Israeli civilians wounded in the huge logistic centres which have been destroyed due to the attacks. Yes, we strongly call for all further targeting of civilian populations to be avoided and for an immediate ceasefire followed by negotiations. The death of children and innocents is simply unacceptable to each and every one of us. The United Nations Relief and Works Agency (UNRWA) informs us that 55 installations have been damaged since 1 June 2014. In just the past 24 hours, six UNRWA installations were damaged, five schools in Rafah in the southern Gaza Strip, and one health centre in the middle area of Gaza.

In this incredible context rockets are probably still targeting Israel today in an indiscriminate manner and air strikes continuing to hit different locations in the Gaza Strip, and the main and the most devastating question is: how could or should this round of violation be stopped? I do not believe that this war is serving either the Israelis or the Palestinians but it can serve Hamas groups and all other radicals who are fighting to recover their full influence over the Gaza Strip.

I also believe in the Israeli Government's sincere desire for de-escalation and ceasefire, and for starting the peace negotiations, as they demonstrated yesterday by accepting the ceasefire proposed by Egypt. The region is extremely unstable today and confronted with serious unrest. The crisis between Israel and Gaza is the last thing we need and the most dangerous as it could inflame the whole region in a dramatic context. The repercussions on the Palestinian territories and in southern Jerusalem, but also in the neighbouring countries, are of serious concern. This is why our role, our European Union's role, which should be constant and strong, lies in mediating and calming the tension. Unrest in the Middle East has lasted for too long and it is time to end it right now. But the European voice is still too shy and too ineffective ..

(The President cut off the speaker)

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Molly Scott Cato (Verts/ALE), *blue-card question*. – I share Mr Boștinaru's horror about the increase in levels of violence in Israel and Palestine but I am aware of the fact that during the negotiations over which resolution was going to be taken tomorrow he was not prepared to support a much stronger Green resolution which specifically identified the failings of the Quartet process and the failings of its envoy, Tony Blair. Can I ask Mr Boștinaru whether he thinks the Quartet process is working well and does he think that Tony Blair is a successful and effective peace envoy?

Mittwoch, 16. Juli 2014

Victor Boştinaru (S&D), *blue-card answer*. – The answer is evident. It is not functioning well because peace is missing, and this is why I reiterate the need for the European Union to be an effective, visible and consistent contributor to the peace process and not to assist the process as done by others. It is our fundamental role, an imperative of ours nowadays, to be a broker of peace in the Middle East.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Margrete Auken (Verts/ALE), *blue-card question*. – Just to ask, Victor, why are none of the figures included in your resolution? Why do you not mention the huge numbers of civilians killed on the Gaza side, with one-third at least children? Is it because you do not think there is an imbalance here? Do you think these are equal partners? To me, not having these figures in the resolution is very cynical. You did not accept them from our resolution and I think it is important to show that we are not dealing with equal partners in a war here, we are dealing with an enormously strong occupying military power, and a besieged civilian population.

Victor Boştinaru (S&D), *blue-card answer*. – A resolution is good if it can get a majority and is adoptable, and to be adopted we need a majority. This is why we negotiated and this is therefore why the four largest political groups in this House have joined together in a well-balanced, moderate resolution contributing not to inflame but to de-escalate the tension. This is the purpose of our common work. I welcome very much the likelihood that the four major political groups have succeeded in backing a resolution which is to be adopted tomorrow. This is why I welcome very much the contribution of all groups, including the four I mentioned before.

Bas Belder, *namens de ECR-Fractie*. – Afgelopen zaterdag las ik in de Neue Zürcher Zeitung een behartenswaardig commentaar over de laatste escalatie van geweld tussen Hamas en Israël. Ik citeer: “Hamas handelt ondanks de zogenaemde Palestijnse eenheidsregering autonoom. Om haar politieke doeleinden te bereiken, schrikt zij er niet voor terug de mensen in Gaza tot doelwitten te maken.” Kortom, Hamas terroriseert met zijn aanhoudende rakettenregen op de staat Israël en zijn burgers evengoed de Palestijnse burgers van de Gazastrook. Niet voor niets prijkt Hamas dan ook op de Europese lijst van terreurorganisaties.

Intussen schatten insiders dat Hamas nog over zo'n 6.000 tot 7.000 raketten beschikt. Genoeg om nog voor weken de strijd tegen Israël voort te zetten. Dat brengt mij bij de cruciale vraag wie eigenlijk de leverancier is van het geavanceerde rakettenarsenaal van Hamas en de Palestijnse Islamitische Jihad. Het antwoord is simpel: de Islamitische Republiek Iran.

Raad, recent nog zat u, hoge vertegenwoordiger, aan de onderhandelingstafel met Teheran. Let wel, zonder de financiering, bewapening en training door Iran zou de huidige terroristische dreiging van Hamas, Islamitische Jihad en Hezbollah in het Midden-Oosten niet mogelijk zijn. Welke verschrikkingen staan de regio nog te wachten, als u namens de internationale gemeenschap de Iraanse steun aan terreurorganisaties in de regio geen duidelijk halt toeroept!

Een land dat dergelijke organisaties financieel en materieel steunt kan overigens niet geloofwaardig beweren louter een civiel nucleair programma te bezitten. Het Midden-Oosten staat al in brand! Met Israël in direct gevaar. Ik roep de Raad dan ook op geen centimeter toe te geven in de gesprekken over het nucleaire programma van Iran. Wil de EU soms helpen blussen in het Midden-Oosten met uitgerekend de brandstichters, Iran en Hamas?

Ivo Vajgl, *v imenu skupine ALDE*. – V Gazi in v Izraelu spet umirajo nedolžni ljudje. Umirajo tudi tisti, ki mislijo, da njihova smrt koristi njihovi stvari, diametralno nasprotni

stvari druge strani.

Spet smo v Evropskem parlamentu sestavili resolucijo, za katero si želimo, da bi jo v Izraelu in na palestinski strani videli kot politično korektno, dobronamerno in uravnovešeno. Kot prispevek k iskanju rešitve dolgotrajnega spora, ki ne obremenjuje samo dva naroda, zapletena v konflikt, ampak vedno znova predstavlja žarišče konflikta, ki ima mnogo širše dimenzije.

Dejstvo, da imamo danes v isti regiji na Bližnjem vzhodu nekaj vojn in prizorišč velikih humanitarnih katastrof v ničemer ne zmanjšuje dramatičnosti najnovejšega dogajanja okoli Gaze.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Jasno je, da v Evropski uniji in njenem parlamentu ob dogodkih v Gazi in Izraelu ne moremo molčati. Treba je brez vsakega zadržka obsoditi grozovit zločin, uboj treh mladih Izraelcev, ki je bil neposreden povod za povračilno akcijo izraelske vojske.

Tudi odgovor v obliki uboja mladega Palestinca ni bil nič manj obsojanja vreden zločin, nadaljevanje zgodbe o nasilju, ki vedno znova nadomešča vero v mir in mirno reševanje sporov.

Ne moremo se sprijazniti s stanjem, ko si incidenti in poskusi reševanja napetosti sledijo v stalnem, zlohotnem zaporedju. Ni mogoče spregledati tega, da sta napetost in nasilje posledica dejstva, da se mirovni proces na Bližnjem vzhodu že leta ne premika z mrtve točke in da se na palestinskih ozemljih vzpostavlja stanje, ki vedno blj onemogoča edino možno rešitev izraelsko-palestinskega problema, dve državi, ki bi živeli v miru in medsebojnem priznanju.

Niti teroristični napadi Hamasa, niti vojaško dokazovanje izraelskih sil, niti trajno obleganje Gaze, niti okupacija Zahodnega brega na poti do miru niso sprejemljivi.

Martina Anderson, on behalf of the GUE/NGL Group. – Madam President, Gaza is once again at crisis point. Millions worldwide are protesting against the slaughter taking place there. Unfortunately, this joint resolution is a woeful attempt to address the reality of the current conflict. It neutralises the onslaught to avoid criticising Israel. The PPE and S&D cosy consensus is disgraceful. Over 200 Palestinians are dead. 1 250 have been injured, 17 000 have sought refuge, 1 300 buildings – including hospitals, homes and schools – have been destroyed by Israeli bombs, and it continues.

This is an appalling carnage. Attacks from both sides should stop. The causes of the conflict are ignored in this joint sham resolution. Israel's collective punishment of Palestinians in the aftermath of the murder of three young Israeli boys, which we all deplore, is not mentioned. The arrests of hundreds of Palestinians, which contributed towards tension in the region, are not mentioned. Israel's violation of international humanitarian law, with the expansion of settlements and the construction of apartheid walls and roads are not mentioned. Israel must end – and we must end – the impunity over such gross violations. Israel must lift the blockade on Gaza and stop the slaughter. This Parliament must show it cares, and it would befit the MEP who complained about us standing along with millions worldwide who are protesting to also show that he cares.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Charles Tannock (ECR), blue-card question. – Ms Anderson, you are a well-known apologist for Hamas, but would you not accept that Israel has the right to defend itself militarily against rocket attacks, even by military means if necessary? Would you not also accept that Hamas and Islamic Jihad are in fact committing international war crimes by hiding their weapons and launching their missiles from civilian areas including mosques, hospitals and schools?

Martina Anderson (GUE/NGL), blue-card answer. – The corollary of what you are saying must be that you would agree that when Israel is attacking Gaza, then Gaza has a right to respond. Let us be clear about this: Israel violates international human rights and humanitarian law. The UN Charter has also been violated. Also, it does not deal in the fourth Geneva Convention. There is a list – and it is endless – of points on which it has been criticised for its abuses and violation of international and humanitarian law. The millions of people who are standing in protest are concerned about what is happening in Palestine and Gaza. You should be more concerned about that.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Bogusław Liberadzki (S&D), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Pani Przewodnicząca! Chciałem spytać panią Anderson, czy pani uważa, że powinniśmy przyjąć tę rezolucję? Jeżeli tak, czy zdaje sobie pani sprawę, że bycie zbyt daleko oczekującym w żądaniach przyczyni się do jej nieprzyjęcia i czy po tej krytyce mogłaby pani wymienić przynajmniej 3–4 zalety tego przedłożonego projektu rezolucji?

Mittwoch, 16. Juli 2014

Martina Anderson (GUE/NGL), blue-card answer. – I was in the negotiation yesterday, and I have to say that the PPE and the S&D did not even try to negotiate with those of us who wanted a stronger resolution. The cosy consensus in this Parliament between the PPE and the S&D is not what the voters voted for. I think that it is absolutely disgraceful how those negotiations were conducted yesterday and I can tell you, as someone who was sitting there, that the views of the millions who are protesting were totally disregarded.

Tamás Meszerics, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, it is certainly not easy to formulate a statement on the tragic situation in Gaza that is simultaneously meaningful and helpful to the victims and vulnerable populations, and might also, hopefully, have an impact on the entire crisis. As a first-time Member, and like many of my fellow Members I presume, I came here with a certain level of idealism in the sense of believing that benevolent intentions and political wisdom may be able to produce such statements or resolutions and that action may result from them.

I am afraid the joint resolution is not such a text, and I regret to say that I was present at the negotiations yesterday. I may be a bit of an idealist but at the same time I am not naive. I know that in cases of escalating violence you had better tread very lightly in order not to exacerbate the situation. That is true. But, in this case, walking on tiptoes resulted in an empty resolution text: that is the considered view of my group and it is also my view. I do not call into question the motives of the major parties in trying to write a brief text focusing on de-escalation, and trying to strike a balance and to make the possibilities of de-escalation at least meaningful, but the excessive pruning eliminated almost all content. We regret to say that we cannot vote for an empty shell of a resolution.

First of all, the text fails to mention almost anything related to the EU. Whenever the EU appears in this text, it appears tangentially. If we agree that the EU should play an influential role in the region and all its adjacent regions, then this text gets dangerously close to an abdication of responsibility. We tried to rectify that with an amendment that we tabled to paragraph 6.

Secondly, the text fails to mention a number of facts that my colleague has already listed. These facts are inconvenient, I know, but I am sure I speak for my group, as well as myself, when I say I consider myself a friend of Israel and also a friend of Palestine, and it is a duty of friends to call attention to inconvenient facts.

Fabio Massimo Castaldo, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi noi del Movimento 5 stelle non siamo qui per sostenere ciecamente una fazione o per appiccicare sul nostro petto un'etichetta per interesse. Ci schieriamo unicamente a favore di due popoli, quello palestinese e quello israeliano, che reclamano entrambi il diritto all'esistenza e a una vita normale per i loro figli. Ci schieriamo in difesa dei civili innocenti, dei più deboli che troppo spesso hanno l'unica colpa di avere ereditato una storia dolorosa, di vivere vicino a un confine contestato, di attraversare la strada sbagliata al momento sbagliato. Ci schieriamo ancora con chi crede che gli atroci crimini commessi su quattro ragazzi – Eyal, Gilad, Naftali e Mohammed – chiedano giustizia e non un'infinita quanto inutile vendetta. Occhio per occhio e tutto il mondo diventa cieco. Parole sagge, parole di un uomo illuminato, parole del Mahatma Gandhi.

Mentre vi sto parlando continuano i bombardamenti da una parte e il lancio di missili dall'altra. Le azioni di pochi estremisti vengono pagate con la disperazione di intere famiglie. È inutile celebrare processi, ma la disproporzione delle forze in campo è evidente. Più di 200 morti e oltre 1.400 feriti, tra loro anche donne, disabili e bambini. Quattro bambini morti sono perché giocavano a calcio. Certe bombe le chiamano intelligenti ma di sicuro non provano alcuna pietà.

La Striscia di Gaza è abbandonata a se stessa. Il rischio di un dramma umanitario per quasi due milioni di persone è nuovamente dietro l'angolo. I suoi abitanti dipendono oramai quasi unicamente dagli aiuti dell'ONU per cibo e medicine. Decine di migliaia di sfollati sono in fuga senza meta perché i valichi verso l'Egitto sono aperti solo per i feriti più gravi.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Potremmo voltare lo sguardo altrove, fare valutazioni di mera opportunità politica, pensare che il Mediterraneo, il mare che circonda il mio paese, sia sufficiente a separarci da quelle terre sventurate. Ma se l'Unione europea ambisce ad essere un attore globale sulla scena internazionale, allora è proprio questa l'occasione per dimostrare che con un'unica voce può e vuole essere all'altezza delle sue ambizioni, perché il Mediterraneo non è il fossato di un castello medievale, ma da millenni un ponte fra civiltà.

Vi chiedo quindi di usare tutto il nostro coraggio per impedire che l'agenda dei negoziati sia dettata dagli opposti estremismi, perché l'unico estremismo che possiamo accettare è quello del dialogo ad ogni costo, è quello della pace fondata su eguali diritti e eguali dignità. Trovare l'accordo tra le parti, partendo dalla proposta egiziana per una tregua duratura, e poi contribuire a disegnare un futuro in cui due popoli liberi di due Stati indipendenti vivranno finalmente in armonia. Questi, a mio parere, dovrebbero essere i nostri due obiettivi, come Parlamento che ha l'onore di rappresentare la democrazia in Europa. Questo è quello che milioni di persone in tutto il mondo si aspettano da noi, che possiamo per una volta accantonare la ragion di Stato e abbracciare con convinzione lo stato della ragione.

(L'oratore accetta di rispondere ad una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 2 del regolamento))

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *pregunta de tarjeta azul*. – Señor Castaldo, bien sabe usted que comparto su punto de vista en algunas de sus intervenciones, pero en este caso, aun asumiendo la buena intención de sus palabras, ¿no le parece que la equidistancia, cuando se trata del conflicto palestino-israelí, está regalando una situación de injusticia al Estado de Israel frente a los débiles, que, en este caso, son los palestinos?

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Grazie collega Iglesias. Quello che le posso rispondere è che mi sembra di avere evidenziato più volte nel mio intervento che ritengo ci sia sicuramente una disproporzione. Una difesa per essere legittima deve anche essere proporzionata e abbiamo anche paura che in questo momento si rischi che la proporzione venga a mancare. Auspichiamo che al più presto le parti possano ritornare al negoziato sulla base dei piani del 1967 e sulla base di un equo riconoscimento di entrambi gli Stati e di entrambe le comunità.

Marcel de Graaff (NI). - Afgelopen week hebben de inwoners van Israël opnieuw in angst moeten leven onder de terroristische raketaanvallen van Hamas. Deze islamitische organisatie heeft volgens haar handvest maar één doel: het vernietigen van alle Joden in Israël. Er moet onmiddellijk een einde komen aan dit geweld. Israël heeft het Egyptische voorstel voor een staakt-het-vuren aangenomen. Hamas heeft dit verworpen om zo nog meer dood en verderf te kunnen zaaien. Het is duidelijk dat we hier te maken hebben met gewetenloze moordenaars, met terroristen die niet in staat zijn om te luisteren naar rede.

Daarom zijn er twee maatregelen nodig om een einde te maken aan deze escalatie en aan deze terreur:

1. Hoewel Israël zich terughoudend opstelt, verdient het de steun van dit Parlement om elke terrorist in de Gaza-strook uit te schakelen. Dit recht ontleent het land aan zijn plicht om zijn eigen burgers te beschermen én de Palestijnse burgers die nu door deze gewetenloze moordenaars als menselijk schild worden gebruikt.

2. Hamas geeft forse salarissen aan terroristen als zij erin slagen onschuldige Israëli's te vermoorden. Het is zeer waarschijnlijk dat veel van dit geld afkomstig is van de Europese Unie. Met deze steun van de EU is niet een vreedzame, welvarende samenleving opgebouwd, maar wordt er onder toezicht oog van de Palestijnse Autoriteit een terreurstaat geschapen. Haar leider Mahmoud Abbas, neemt geen enkele verantwoordelijkheid en geen enkele maatregel. Of dit nu voortkomt uit onwil of uit onmacht is volstrekt irrelevant. Deze EU-financiering moet stoppen, en wel direct!

Mittwoch, 16. Juli 2014

Vandaag vallen de bommen op Israël, morgen of overmorgen vallen ze in Straatsburg, Londen, Amsterdam of Brussel. De aanslagen op het Joods museum in Brussel en op de synagoge in Parijs waarschuwen ons daarvoor. Israël gaat al veel te lang gebukt onder de islamitische terreur. Wij hebben een historische, morele en culturele plicht het Joodse volk te steunen en ik verzoek de Commissie zo snel mogelijk aan te sturen op een oplossing waarbij de Palestijnen terugkeren naar het land dat voorheen ook al Palestina heette, maar dat wij nu kennen als Jordanië.

(De spreker stemt ermee in een "blauwe kaart"-vraag te beantwoorden (artikel 162, lid 8, van het Reglement).)

Εμμανουήλ Γλέζος (GUE/NGL), ερώτηση «γαλάζια κάρτα». – Κυρία Πρόεδρε, δεν υπάρχει αμφιβολία ότι πρέπει να καταδικαστεί η βία από όπου και αν προέρχεται. Το ερώτημά μου όμως είναι: ποια είναι η αιτία; Χρειάζεται ή δεν χρειάζεται αυτοδιάθεση και κρατική υπόσταση ο λαός της Παλαιστίνης;

Marcel de Graaff (NI), *blue-card answer*. – The Palestinians should just return to the country that gave them this sovereignty and that is the country that we know as Jordan. As for the violence, we see that we have to deal with a terrorist organisation that is racist, that is anti-Semitic and that actually exists for just one purpose and that is to destroy all Jews in the Middle East. So that is my answer.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Jordi Sebastià (Verts/ALE), *pregunta de tarjeta azul*. – Señor De Graaf, ¿ha hablado usted de contención del Estado israelí —me ha parecido entender eso—, cuando los que mueren bajo las bombas del ejército israelí son niños en la Franja de Gaza? ¿Eso es contención? ¿Sabe usted perfectamente que esos niños iban a ser terrorista de Hamás y que, por eso, merecían la muerte?

Marcel de Graaff (NI), *blue-card answer*. – Yes, you are absolutely right. There are children's lives at stake at this moment. These ruthless murderers are using even children as a defence against the people they are attacking, so they are not only attacking Israel and the Jewish population but are also putting their own people at risk and are prepared to have their own children killed.

This is a war crime.

Pier Antonio Panzeri (S&D). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, appare evidente il rischio di una degenerazione del conflitto con tutte le conseguenze sia sotto il profilo di perdite di vite umane sia sotto quello del salto di qualità del conflitto stesso. Penso che non dobbiamo sfuggire alle novità che stanno intervenendo oggi. Ho l'impressione che più andrà avanti e più sarà difficile avere un conflitto controllato se si può usare questo termine.

Proprio i cambiamenti che si stanno producendo nella rappresentanza del potere nella Striscia di Gaza a favore dei gruppi jihadisti dovrebbero far riflettere di più Israele sui suoi errori e indurre l'Europa ad intervenire con maggiore determinazione. La risoluzione è una prima risposta. Cessare il fuoco immediatamente e riaprire i termini dei negoziati di pace, ma forse occorre qualche coraggio in più. Dobbiamo valutare alcuni errori che sono stati fatti da parte di Israele, sia nel non riconoscere l'avvicinamento di Al Fatah con Hamas, sia negli insediamenti dei coloni che continuano ad andare avanti e sono la causa di tanti problemi.

E poi l'Europa. Maggiore protagonismo che cosa significa? Noi siamo tra i primi e maggiori finanziatori dell'Autorità palestinese e rappresentiamo il più grande mercato per Israele. Usare questi strumenti per incidere e costringere al negoziato è compito nostro. Non lasciare in mano agli Stati Uniti un negoziato che invece dovremmo fare noi, in prima persona, perché abbiamo la possibilità per farlo. Questo è il salto di qualità che è necessario da parte dell'Europa, oltre le parole.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Marek Jurek (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Pani Przewodnicząca! Drogi Kolego! Czy zgodzi się Pan, że najbardziej stałym faktem nie jest fakt nowy, tylko fakt niezmienny, że Hamas odrzuca pokój, zarówno w sensie trwałym, bo odrzuca istnienie państwa Izrael, jak i w sensie bieżącym, bo to właśnie Hamas odrzuca rozejm proponowany przez Egipt?

Mittwoch, 16. Juli 2014

Pier Antonio Panzeri (S&D), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Per la verità non ho capito bene la domanda, ma in ogni caso il tema fondamentale è che anche in politica estera è necessario andare a vedere le carte e non rifiutarle. Il fatto di aver rifiutato questa possibilità di avvicinamento tra Hamas e Al Fatah come elemento per riaprire i negoziati sta portando Israele in una condizione molto più complicata e difficile rispetto al passato. Forse qualche valutazione in più su questi errori dovrebbe farla.

Geoffrey Van Orden (ECR). - We can all stand here wringing our hands, and the fact is that resolutions from this Parliament are not going to make any difference. Probably the only area where the EU can have any influence is on the use of money and that is what I want to come back to as well, because some 5.6 billion has been spent by the EU on support to the Palestinians over the last twenty years, and I want to know what leverage the European Union has exerted over the Palestinians to bring them to the conference table for that money. What political return has there been on this investment?

We continue to pour money into the Palestinian areas with little input on the political situation. The Court of Auditors found that there were people in Gaza being paid from EU funds who were not even working! I do not want to reduce this whole tragic and serious matter to one of pounds, shillings and pence but it is an area that is very important and I hope the next Commission will exercise proper control over EU money and make sure that it is well spent and does not help to fund terrorism.

Frédérique Ries (ALDE). - Madame la Présidente, on lit et on entend beaucoup de choses depuis dix jours: des vérités, des demi-vérités, des contrevérités et aussi beaucoup de mensonges. On vient encore de l'entendre. Une seule chose en réalité compte aujourd'hui: mettre fin à l'escalade meurtrière dans la région et ramener les parties aux négociations sans les roquettes, comme l'a dit Monsieur le Ministre. Et l'Égypte l'a proposé, lundi soir.

L'arrêt total des hostilités, immédiatement accepté par Israël et par Mahmoud Abbas est catégoriquement refusé par le Hamas. Le Hamas qui, en rejetant la trêve, a promis, je cite: «d'intensifier la bataille». Le Hamas continue donc de faire pleuvoir les missiles sur Israël, à Ashdod, à Tel Aviv, à Jérusalem, à Eilat, sur l'aéroport, partout. C'est la réalité des Israéliens aujourd'hui, une réalité qu'aucun gouvernement au monde ne tolérerait sans réagir. Ni Berlin, ni Madrid, ni Rome, personne!

Le sort des Gazouïs est tragique. Ils sont les otages d'un mouvement terroriste qui, depuis dix ans qu'il a le pouvoir à Gaza, n'a d'autre agenda que la destruction de l'État des Juifs, c'est dans la charte. Chaque victime, chaque homme, chaque femme, chaque enfant est une tragédie, une victime de trop. Et qui est responsable? L'armée israélienne qui protège ses civils et demande à ceux de Gaza de fuir ou le Hamas qui appelle la population à ne pas bouger et à servir de bouclier? Alors oui, le gouvernement de Netanyahu doit assumer sa part dans la stagnation des négociations, son manque de stratégie à long terme pour la paix, cette façon de se contenter de gérer le conflit. Mais qu'on ne s'y trompe pas, c'est le Hamas qui assassine le destin des Palestiniens.

Et à cette tragédie s'en ajoute une autre, une réalité ignoble que nous ne pensions plus voir, jamais en Europe; une réalité que nous devons nommer pour ne pas ajouter au malheur du monde: l'Europe pour la première fois depuis des décennies est le théâtre de pogrom. Il n'y a pas d'autre terme à ce qui s'est passé à Paris et à Anvers ce week-end. Ce sera où demain? Alors, parce que ces pyromanes criminels importent la haine, il est urgent pour nous d'imposer la paix.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL). - Κυρία Πρόεδρε, Mohammed Malake 17 μηνών, Raneem Judeh Abdel Ghafour 17 μηνών, Abdallah Ramadan Abu Ghazal 5 χρονών, ένας ατέλειωτος κατάλογος πέραν των 190 σήμερα νεκρών Παλαιστινίων, παιδιών, γυναικών, ηλικιωμένων, αναπήρων, που είχαν όνομα, οικογένεια, σπίτι, μέλλον. Οκτώ οικογένειες έχουν χαθεί στο σύνολό τους. 160.000 εκ νέου εκτοπισθέντες, 395.000 με ελάχιστη παροχή νερού. Χτυπήθηκαν τρία νοσοκομεία, πάνω από χίλια σπίτια έχουν καταστραφεί.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Τι άλλο περιμένει το νεοεκλεγέν Κοινοβούλιο όταν μπροστά στα μάτια του συντελούνται εγκλήματα πολέμου; Τι άλλο περιμένει η Ευρωπαϊκή Ένωση και η κ. Ashton, για να καταδικάσουν την επιδρομική πολιτική του Ισραήλ; Δεν ακούει κανείς τις διαμαρτυρίες στους δρόμους ευρωπαϊκών πόλεων αλλά και πόλεων του ίδιου του Ισραήλ; Είναι ντροπή για την Ευρωπαϊκή Ένωση και τον κόσμο να δέχεται την ατιμωρησία για τις ασταμάτητες παραβιάσεις του διεθνούς ανθρωπιστικού δικαίου και των ανθρωπίνων δικαιωμάτων ενός ολόκληρου λαού που υπόκειται στη λογική της τιμωρίας.

Εμείς στηρίζουμε το αίτημα του Παλαιστινίου Προέδρου και καλούμε τον ΟΗΕ να τεθεί η Παλαιστίνη υπό διεθνή προστασία για να σταματήσει μια για πάντα το αιματοκύλισμα αυτού του λαού. Αν η Ευρωπαϊκή Ένωση σέβεται τις αρχές και τις διακηρύξεις της, πρέπει να αναστείλει τη συμφωνία σύνδεσης μέχρις ότου το Ισραήλ σταματήσει να παραβιάζει το άρθρο 2 στο οποίο αναφέρεται ξεκάθαρα η υποχρέωση του Ισραήλ για σεβασμό των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Εμείς, η Ομάδα της Ενωτικής Αριστεράς, θέλουμε ειρήνη για τον παλαιστινιακό λαό, τον ισραηλινό λαό, όλους τους λαούς της Μέσης Ανατολής. Για μας ειρήνη σημαίνει ελευθερία στην Παλαιστίνη.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Geoffrey Van Orden (ECR), blue-card question. – Mrs Sylikiotis, it is a classic tactic of terrorists to target civilians deliberately and to use civilians as human shields. Do you not recognise that Israel suffered five days of rocket attacks before she retaliated? That Israel offered a cease-fire which Hamas refused? That Hamas instructed the people in Gaza not to leave their houses and that during the time that Israel suspended her attacks, during that time, fifty rocket attacks were launched from Gaza against Israel? Do you not recognise this?

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), απάντηση «γαλάζια κάρτα». – Δεν λέτε όμως αν υπάρχουν θύματα απ' αυτές τις επιθέσεις. Εμείς καταδικάζουμε κάθε τρομοκρατική ενέργεια, αλλά πάνω απ' όλα καταδικάζουμε την κρατική τρομοκρατική στάση του Ισραήλ που δολοφονεί αμάχους και παιδιά.

Margrete Auken (Verts/ALE). - Fru formand! Det står nu klart, efter at vi har hørt flere af talerne, at den fælles beslutning fra de store grupper er ganske alarmerende kynisk. Hvor kan man flygte hen i Gaza? Ingen steder! Man må spørge sig selv, hvad det er, besættelsesmagten faktisk kan opnå ved disse myrderier og ødelæggelser. Tror man på, at man kan genoprette status quo? Hvis det er det eneste løfte til palæstinenserne, er det umuligt. Status quo eksisterer ikke. Belejringen af Gaza kan umuligt fortsætte, heller ikke besættelsen af Vestbredden og Østjerusalem, og et demokratisk Israel kan ikke overleve som en apartheidstat. Vi er nødt til at komme med mere end et udsigtsløst våbenhvileforslag. Det må ledsages af et løfte om at sætte gang i en retfærdig fredsslutning. Der er nu kun én væsentlig aktør, der kan gribe ind og afværge tostatsløsningens død, og det er EU. USA har givet op, Israel har slet ikke leveret, kun brugt også denne såkaldte fredsproces til at konfiskere land, udbygge bosættelser og stramme grebet om palæstinenserne. Men vi kan! Vi kan tage EU's egen lovgivning alvorligt ved at kræve, at Israel lever op til sin del af partnerskabsaftalen ved at overholde menneskerettighederne, dvs. afslutte besættelsen. EU bør nu prøve at leve op til den store ære, der er forbundet med at modtage Nobels Fredspris. Det er ikke bare en gave, det er også en opgave. Vores troværdighed står simpelthen på spil!

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). - Κυρία Πρόεδρε, το Κομμουνιστικό Κόμμα της Ελλάδας καταδικάζει με τον πιο έντονο τρόπο την βάρβαρη και εγκληματική επίθεση του ισραηλινού κράτους κατά του παλαιστινιακού λαού. Ο ισραηλινός στρατός με τις συνεχείς αεροπορικές επιδρομές έχει δολοφονήσει εκατοντάδες και έχει τραυματίσει χιλιάδες Παλαιστίνιους, ενώ υπάρχουν και χιλιάδες εκτοπισμένοι.

Το Ισραήλ, αποθρασυνόμενο από την ολόπλευρη στήριξη που του παρέχουν οι Ηνωμένες Πολιτείες και η Ευρωπαϊκή Ένωση, προετοιμάζει χερσαίες πολεμικές επιχειρήσεις. Είναι τεράστιες οι ευθύνες της Ευρωπαϊκής Ένωσης γιατί εξισώνει τους θύτες με τα θύματα. Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο μάλιστα, με τα απαράδεκτα ψηφίσματά του, πρωτοστατεί στην αθώωση των ισραηλινών εγκλημάτων, βάζει στη θέση του κατηγορούμενου τον παλαιστινιακό λαό και τον δίκαιο αγώνα του. Η Ευρωπαϊκή Ένωση και οι κυβερνήσεις των κρατών μελών αναβαθμίζουν συστηματικά τις πολιτικές, οικονομικές, εμπορικές και στρατιωτικές τους σχέσεις με το Ισραήλ και διεξάγουν κοινές στρατιωτικές ασκήσεις, όπως αυτές από κοινού με την Ελλάδα.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Το Κομμουνιστικό Κόμμα της Ελλάδας εκφράζει την αμέριστη αλληλεγγύη του με τον αγωνιζόμενο παλαιστινιακό λαό και απαιτεί να σταματήσουν τώρα οι αεροπορικές επιδρομές ενάντια στον λαό της Παλαιστίνης και να αποτραπούν χερσαίες επιχειρήσεις. Να ακυρωθούν οι κοινές στρατιωτικές ασκήσεις και όλες οι στρατιωτικές συμφωνίες της ελληνικής κυβέρνησης με το Ισραήλ όπως και να ανασταλούν άμεσα όλες οι πολιτικές, οικονομικές και στρατιωτικές συμφωνίες Ευρωπαϊκής Ένωσης και Ισραήλ.

Απαιτούμε τον τερματισμό της ισραηλινής κατοχής και τη δημιουργία ανεξάρτητου, βιώσιμου και κυρίαρχου παλαιστινιακού κράτους, στα σύνορα του 1967 με πρωτεύουσα την Ανατολική Ιερουσαλήμ. Απαιτούμε την αναγνώριση του παλαιστινιακού κράτους ως κράτους μέλους του ΟΗΕ· το γκρέμισμα του απαράδεκτου τείχους που διαχωρίζει την Ιερουσαλήμ, τη Δυτική Όχθη και τη Γάζα· την άμεση άρση του αποκλεισμού των παλαιστινιακών εδαφών· τον άμεσο τερματισμό των εποικισμών και την αποχώρηση των εποίκων· την άμεση απελευθέρωση όλων των Παλαιστινίων πολιτικών κρατούμενων στο Ισραήλ και το δικαίωμα επιστροφής όλων των Παλαιστινίων προσφύγων στις εστίες τους.

President. - The next speaker is Mr Eugen Freund. Allow me to add one or two personal words. We contested elections together in Austria during the last election campaign. I am glad to see you here as well, even in a different group, as a new Member of this House.

Eugen Freund (S&D). - Madam President, it is a special honour for me to speak here during your presence in the chair, on which I congratulate you very much.

We are all very much in favour of a ceasefire, of course. Too much blood has already been spilled, too many innocent people have died, but a ceasefire is certainly not enough, as we have so often witnessed in the Middle East. I stopped counting the ceasefires that just come and go.

We have to put all our emphasis and when I say we, I mean the European Union, we have to put all our efforts into resolving the conflict, otherwise we will only leave yet another generation which does not know anything other than hatred, violence and desperation. It is cruel enough that we rob our young people in Spain, in Italy and in Greece of their hope for the future, as they are not provided with adequate jobs. Now just consider the situation of the youth in the West Bank or in Gaza, living in a stateless entity that is left unable to provide for anything, let alone for a decent living.

On the other hand Israel, as we have seen in the present conflict, is under a constant barrage of rocket attacks. This is untenable.

In the early 1970s, Bruno Kreisky, the pre-eminent Austrian statesman was one of the first to recognise the severity of the conflict in the Middle East. He did not find enough allies to help him resolve the crisis. Forty years later it is overdue that a reinvigorated and confident European foreign policy steps into that void.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8)).

Paul Rübig (PPE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Kollege Freund! Ich möchte mich bei Ihnen bedanken für Ihr Statement, weil überall dort, wo Armut herrscht, natürlich auch der Konflikt umso härter wird. Können Sie sich vorstellen, dass man von der Europäischen Union aus aktiv tätig wird, um die Armut in diesem Gebiet zu beseitigen? Welche Aktionen können Sie sich hier vorstellen?

Eugen Freund (S&D), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ich glaube, die Armut kann man nicht beseitigen, ohne den Konflikt zu beseitigen. In erster Linie müssen wir also daran arbeiten, dass dieser Konflikt nicht weitergeht. Wir müssen natürlich mit einem Waffenstillstand beginnen. Aber der Waffenstillstand, wie ich schon vorher gesagt habe, ist nur ein erster Schritt. Es muss wirklich zu einer Konfliktbereinigung kommen. Es geht nicht, dass wir nur den Amerikanern diese Schritte überlassen, sondern wir müssen als Europäer hier auch mit Selbstbewusstsein auftreten, um das zu lösen.

Dann müssen wir natürlich diese Schritte einleiten, von denen Sie gesprochen haben, dass nämlich auch die Armut beseitigt wird. Denn ein armes Volk ist auch ein Volk, das nichts hat, und das ist wahrscheinlich auch eine schlimmere Situation als die, die sie jetzt erleben.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Arne Gericke (ECR). - Frau Präsidentin! Als Europaabgeordneter der Familienpartei Deutschlands bin ich erschrocken über die eingänglichen Ausführungen. Aggressoren werden hier zum Opfer gemacht. Es ist eine Schande, dass in dieser Weise hier für Palästina geworben werden darf, für ein Palästina, das es so eigentlich gar nicht gibt.

Die Sicherheit Israels muss für uns Europäer von größter Bedeutung sein. Israel hat zweifellos das völkerrechtliche, politische und moralische Recht, seine Bevölkerung gegen zurzeit bis jetzt über 1 300 Raketenangriffe zu schützen. Und sie schützen sich nicht wahllos, sondern sie versuchen, gezielt die Aggressoren zu treffen. Die meist dicht besiedelten zivilen Gebiete des Gaza-Streifens – von dort werden sie abgefeuert auf Jerusalem, Tel Aviv, Ramat Gan und viele weitere israelische Städte. Zum ersten Mal überhaupt kommen Langstreckenwaffen zum Einsatz. Durchschnittlich 15 Sekunden bleiben den Menschen in Israel, um vor Einschlag der Raketen in Schutzkeller zu fliehen. Seit Tagen leben sie in Angst, um sich und ihre Familien, ihre Kinder in Sicherheit zu bringen. In Minutentakt Raketenalarm. Ich bin nicht sicher, wie die Waffen zur Hamas gelangen. Ich bin aber überzeugt, dass sie mitunter durch EU-Gelder unterstützt ...

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Eleonora Forenza (GUE/NGL), Domanda «cartellino blu». – Vorrei chiedere al collega deputato se sa che Israele è uno Stato occupante dal 1967, se sa che come reazione sta agendo una punizione collettiva in violazione dei diritti umani, se sa che sono morti 213 palestinesi negli ultimi giorni e che un quinto di queste persone palestinesi morte negli ultimi giorni sono bambini.

Arne Gericke (ECR), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Mir ist durchaus bewusst, dass es hier durchaus Opfer gibt, die man beweinen muss. Denn auch auf der palästinensischen Seite sterben Kinder. Auf der anderen Seite weiß ich nicht, warum immer Israel für alles verantwortlich gemacht wird. Es gibt Millionen von Palästinensern, die in Jordanien in Lagern wirklich verkümmern. Darum kümmert sich hier keiner! Warum wird immer Israel verantwortlich gemacht? Israel ist ein Land mit einer Kriegsführung, die ihresgleichen weltweit sucht. Israel als Aggressor zu bezeichnen, ist eine Schande, wenn wir das hier im Europäischen Parlament tun.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne mal einen Schritt zurück machen und fragen: Wo kommt das eigentlich her? Wie sind wir in diese Situation jetzt hineingekommen?

In Palästina hat sich im April eine Einheitsregierung gebildet, aber der Präsident dieser Einheitsregierung hat es nicht vermocht, in den Gazastreifen zu fahren. Abu Mazen ist nicht in den Gazastreifen gefahren. Warum? Weil er Angst hat vor der Hamas. Es scheint mir dort wenig Einheit und wenig Regierung zu geben. Dann werden drei Jugendliche entführt. Die Hamas hat sich von dieser Entführung und dem Mord nicht distanziert. Es hat dann einen schrecklichen Rachemord gegeben, die Täter stehen vor Gericht in Israel.

Seit dem 8. Juli sind über 1 300 Raketen auf Israel niedergegangen. Frédérique Ries hat es gesagt: Kein Land der Welt kann das akzeptieren, kein Land kann das tolerieren! Keines der Länder, in denen wir gewählt werden, würde tolerieren, wenn tausend Raketen auf unser Territorium einschlagen! Was tun die Israelis? Sie wehren sich, sie wehren sich hart. Aber sie versuchen, einen Weg der Hamas zu verstellen, nämlich den der menschlichen Schutzschilde, indem sie die Menschen warnen: „Wir wissen, die Waffenlager sind unter Schulen. Wir wissen, die Waffenlager sind unter Krankenhäusern. Geht, verlasst diese Gebäude!“ Und ja, man kann sich bewegen im Gazastreifen, so klein ist er auch nicht, liebe Frau Auken.

Dann wird eine Waffenruhe erreicht unter ägyptischer Vermittlung. Ägypten war in letzter Zeit ein schwieriger Partner, aber sie haben hier vermittelt, und diese Waffenruhe wird von Israel akzeptiert, aber nicht von der Hamas! Ja, warum denn nicht? Im Gegenteil, die Hamas verkündet: „Nein, wir intensivieren diesen Kampf weiter!“ Was, um Gottes Willen, ist das Ziel der Hamas, wenn nicht Aggression, Terror und die Vernichtung Israels?

Mittwoch, 16. Juli 2014

Der Ausweg liegt auf der Hand: Die Hamas muss die Waffenruhe akzeptieren. Aber darüber hinaus muss die Hamas endlich das Recht Israels auf eine sichere Existenz akzeptieren. Erst wenn die Bedrohung Israels weg ist, werden auch den israelischen Hardlinern, den israelischen Falken, die es ja auch gibt, die Argumente entzogen, und damit kommen wir einer friedlichen Lösung hoffentlich irgendwann näher.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Marisa Matias (GUE/NGL), Pergunta segundo o procedimento «cartão azul». – Queria colocar duas questões ao Sr. Lambsdorff. Primeiro referiu o rapto e o assassinato de três jovens israelitas perpetrados pelo Hamas. Não foram este rapto nem assassinato reivindicados por nenhuma organização política palestina. O Governo israelita não apresentou nenhuma prova. Gostava de saber como pode afirmar isso sem provas e sem reivindicação por parte de nenhuma organização política. E a segunda questão: se não acha que há muita coincidência que, desde os Acordos de Oslo, de cada vez que há uma tentativa de acordo para a unidade do território palestino entre as organizações palestinas, acabe sempre com bombardeamentos em Gaza.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Frau Kollegin! Danke für die Frage. Ich habe nicht gesagt, dass es Beweise gibt. Aber man kann doch bei einem so schrecklichen Mord an drei Teenagern erwarten, dass sich eine Organisation wie die Hamas, die Regierungsgewalt über ein Territorium ausübt, die eine gewisse Verantwortung hat, klar von so etwas distanziert. Das hat sie aber nicht getan! Deswegen kann ich nur sagen: Solange ich das nicht höre, finde ich, ist die Verantwortung der Hamas mindestens teilweise auch gegeben.

Was die andere Frage angeht: Ich wünsche mir, dass Frieden einzieht. Das Oslo-Abkommen war ein Versuch. Wir müssen weiter daran arbeiten, die Entschließung ist hier ein ganz kleiner Beitrag. Es sind andere Vorschläge gemacht worden. Aber ich glaube, am Ende liegt es daran, dass die Hamas das Recht Israels anerkennen muss, in Sicherheit zu existieren.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). - Κυρία Πρόεδρε, συζητάμε σήμερα ένα ακόμη ψήφισμα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου για τα τραγικά γεγονότα στην Παλαιστίνη. Θυμίζω τα αποτελέσματα μετά το τελευταίο ανάλογο ψήφισμα: 180 νεκροί, 1.300 κατεστραμμένα σπίτια, 1.250 τραυματίες, εκ των οποίων 250 παιδιά, και 17.000 πρόσφυγες. Θυμίζω και τα αποτελέσματα των εκατοντάδων ψηφισμάτων των διεθνών οργανισμών από το 1967 μέχρι σήμερα, που συνυπογράφουν σχεδόν όλα τα μέλη της σημερινής Ευρωπαϊκής Ένωσης και τα οποία είναι πολύ πιο σκληρά και απαιτητικά από το σημερινό απέναντι στο Ισραήλ.

Κύριες και κύριοι συνάδελφοι, τι πέτυχαν όλα αυτά; Έξι εκατομμύρια Παλαιστίνιοι πρόσφυγες χωρίς δικαίωμα επιστροφής στην πατρίδα τους, δύομιση εκατομμύρια από αυτούς σε 25 καταυλισμούς με άθλιες συνθήκες διαβίωσης, 450.000 εποικισμοί στη Δυτική Όχθη και 100.000 στα Ιεροσόλυμα, 750 χλμ τείχους που φθάνει και τα 12 μέτρα ύψος, 350.000 κατεστραμμένες ρίζες ελιές Παλαιστινίων, χιλιάδες νεκροί και συνθήκες απαρχαίντ. Τι από αυτά πιστεύετε ότι μπορεί να αλλάξει το σημερινό ψήφισμα, κύριες και κύριοι συνάδελφοι; Ας μη γελιόμαστε. Μήτρα όσων συμβαίνουν στην Παλαιστίνη είναι η ισραηλινή κατοχή και η πλήρης ατιμωρησία του Ισραήλ για τα εγκλήματα που κάνει κατ' εξακολούθηση μισό αιώνα τώρα.

Σαν Παλαιστίνια υπήκοος καταθέτω έκκληση και πρόκληση στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο. Η Παλαιστίνη δεν έχει ανάγκη από ένα ακόμη ψήφισμα. Διαλέξτε ένα από τα εγκλήματα που διαπράττει το Ισραήλ, τις παράνομες φυλακίσεις, τις εκτοπίσεις, τους αποικισμούς, όποιο θέλετε, και ας δεσμευτούμε σαν Ευρωπαϊκή Ένωση να εφαρμόσουμε όλες τις κυρώσεις που προβλέπουν οι διεθνείς συνθήκες έως ότου το Ισραήλ συμμορφωθεί. Μόνο ένα. Για τα υπόλοιπα, για μια ελεύθερη και ανεξάρτητη πατρίδα, ο παλαιστινιακός λαός έχει και το κουράγιο και την αποφασιστικότητα..

(Η Πρόεδρος διακόπτει την ομιλήτρια).

(Η ομιλήτρια δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Arne Gericke (ECR), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Frau Sakorafa! Sie zählen eine ganze Menge an Unrecht auf, das angeblich Palästinensern angetan worden ist. Es wäre mal schön, wenn Sie in gleicher Weise die Liste aufstellen würden, was die Palästinenser auch gegenüber den Israeliten gemacht haben, um wirklich zu sehen, dass diese Maßnahmen nicht eine Aggressorenmaßnahme sind, sondern dass das Schutzmaßnahmen sind. Könnten Sie denn diese Liste auch aufstellen?

Mittwoch, 16. Juli 2014

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL), απάντηση «γαλάζια κάρτα». – Σαν Ελληνίδα τώρα θα σας μιλήσω για κατοχή. Αν ξέρατε τι σημαίνει κατοχή - γιατί εμείς οι Έλληνες την έχουμε ζήσει - θα καταλαβαίνατε τι σημαίνει και αντίσταση. Σ' αυτή τη διαδικασία λοιπόν ο παλαιστινιακός λαός αντιστέκεται για να κατακτήσει αυτό που του λείπει, η ελεύθερη και ανεξάρτητη πατρίδα.

Jan Philipp Albrecht (Verts/ALE). - Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mir kommt es so vor, als würden wir diese Debatte – übrigens nicht zum ersten Mal – ein bisschen unterkomplex führen. Das mag auch daran liegen, dass es eigentlich unmöglich ist, einen sinnvollen Beitrag zur Konfliktlösung in einer oder zwei Minuten in diesem Plenum zu verfassen.

Ich habe mich in den letzten Jahren sehr viel auf beiden Seiten ausgetauscht – mit Leuten in Israel, auch mit Menschen in den palästinensischen Gebieten. Ich bin davon überzeugt, dass all diesen Menschen und dem Konflikt überhaupt nicht geholfen wird, wenn man ihn einfach nur hier ins Plenum des Europäischen Parlaments überträgt, wenn jeder seine eigene Position einnimmt – was relativ einfach fällt – und sich dann dahin zurückzieht und versucht, den anderen zu überzeugen, dass die eine Seite recht hat und die andere unrecht. Das ist viel zu unterkomplex.

Beide Gesellschaften – sowohl die Palästinenserinnen und Palästinenser als auch die israelische Gesellschaft – sind sehr divers. Es gibt eben nicht sozusagen hauptsächlich Terroristen bei den Palästinensern, und es gibt eben nicht hauptsächlich rechte Israelis, die der Meinung sind, man müsse den Palästinensern am besten überhaupt keine Rechte zugestehen. Das ist absoluter Quatsch. Ich finde es wichtig, dass hier in diesem Haus diese Komplexität endlich einzieht und man sich darüber unterhält, was die Partner für einen Frieden sind auf beiden Seiten, sich mit diesen Partnern auseinandersetzt und eine helfende Rolle als Parlament einnimmt und nicht die, die den Konflikt einfach nur transportiert und reflektiert.

Marita Ulvskog (S&D). - Fru talman! Vi fick några siffror från herr Della Vedova över hur många som dödats i Gazaremsan och södra Israel under de senaste dagarna. Och hur många har dödats de senaste fem åren? De senaste tio åren? De senaste 40 åren? Och hur många kommer att ha mist liv och hopp innan det kan bli en varaktig fred baserad på en tvästatslösning där två demokratiska stater kan leva sida vid sida?

Direkta fredssamtal måste självfallet återupptas. Båda parter måste också ta itu med bakomliggande orsaker. Extremismen måste tryckas tillbaka, bosätтарpolitiken måste upphöra.

EU och Europas medlemsstater måste spela en mer aktiv politisk roll. Detta är den mest centrala frågan för oss, den är nödvändig att lösa och att engagera oss i. Vi ska göra allt vi kan, sade herr Della Vedova. Bra, gör det nu – tillsammans med oss, tillsammans med FN:s säkerhetsråd och regionala aktörer. Och till alla som deltagit i denna debatt med sanslösa utfall och påstående skulle jag vilja rekommendera att testa att göra följande: se dig själv i andra.

Charles Tannock (ECR). - Madam President, Israel is a democratic state respectful of the rule of law, and of course it wants peace. But it cannot be subject to unrelenting rocket attacks on its civilian areas without defending itself and its civilian population, and the right to retaliate militarily against Hamas and Islamic Jihad is its right under international law in Gaza – and it is they who are responsible for this tragedy.

Ms Auken, this is compounded by their habit – a war crime – of using innocent Palestinian civilians as human shields and hiding their weapons in mosques and schools. Israel does everything humanly possible to minimise civilian casualties; in contrast, Hamas has a total disregard for human life. Even the Palestinian Authority's President Abbas has stated as much.

Now, the cruel rejection by Hamas of the Egyptian ceasefire is not only a tragedy for the Gaza civilian population, who are already undergoing a humanitarian crisis, but it is also militarily suicidal for Hamas, which, as we must remember in this House, is a terrorist organisation banned by the EU.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Mittwoch, 16. Juli 2014

Margrete Auken (Verts/ALE), *blue-card question*. – I just want to ask whether you know of the Goldstone report, produced after the 'Operation Cast Lead' war, because it is clear that there is no proof of these allegations of the use of human shields. There is no proof. The allegations come from the Israeli media, and we know that media are highly controlled in wartime.

Secondly, I want to ask whether you know how Gaza looks. Could you imagine any place to flee to if you had to flee? This morning they warned a hospital, and then an hour later they bombed a hospital.

Charles Tannock (ECR), *blue-card answer*. – Well, that is more of a statement than a question, Ms Auken.

Mr Goldstone in the end resiled from his own report, if you remember the facts correctly. I obviously cannot say categorically, I can only say what I have read and what I believe to be the case: that Hamas has used civilian, protected areas to hide its weapons, including in hospitals, schools and mosques. That is what I believe to be the case.

Ángela Vallina (GUE/NGL). - Señora Presidenta, nosotros consideramos desde luego inaceptable que desde la Unión Europea, que se reclama abanderada de las libertades y los derechos humanos, se mantenga un acuerdo de asociación con un Estado como Israel, cuyo Gobierno mantiene un sistema de *apartheid* contra la población palestina en la Franja.

Desde hace diez años se incumple la sentencia del Tribunal de La Haya por parte de ese Estado que ocupa ilegalmente territorios palestinos, que practica el asesinato extrajudicial, que permite la tortura, que encarcela a menores y que bombardea áreas civiles empleando armamento prohibido por las Convenciones de Ginebra.

Más del 80 % de los muertos son civiles. Nosotros deploramos esta Resolución pactada por socialdemócratas, populares, conservadores y liberales, ya que en su primer párrafo convierte a las víctimas en verdugos y a los verdugos en víctimas.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Karol Adam Karski (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Szanowna Pani! Pierwszą ofiarą wojny pada prawda. I w tej sytuacji mamy do czynienia z bezpodstawnymi oskarżeniami pod adresem Izraela.

Jak by się pani zachowała, gdyby to pani państwo było ostrzeliwane z sąsiedniego terytorium? Jak by się pani zachowała, gdyby na terytorium sąsiadującym z pani państwem były utrzymywane zbrojne bandy? Czy pani zdaje sobie sprawę z tego, że zgodnie z prawem międzynarodowym już samo utrzymywanie na swoim terytorium zbrojnych band jest zbrodnią wojenną, jest aktem agresji. Czy wreszcie zdaje sobie pani sprawę z tego, że to skazanie Izraela, o którym pani mówiła, przez Międzynarodowy Trybunał Sprawiedliwości nie miało miejsca, bo Trybunał nie wydawał wyroku. Trybunał wydawał jedynie opinię doradczą.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Le voy a recordar la Carta Fundacional de las Naciones Unidas, donde dice que todo pueblo ocupado tiene derecho a defenderse. Palestina no tiene ejército, no tiene armada, no tiene aviación; tiene piedras y tiene tal vez algún grupo incontrolado. Pero recuerde, recuerde la Carta Fundacional de las Naciones Unidas.

Bodil Ceballos (Verts/ALE). - Fru talman! När man hör vissa av inläggen här så framstår det som om den nuvarande situationen enbart är palestiniernas fel, men man glömmer att säga att Israel är en ockupationsmakt och att Israel har ett ansvar att skydda civilbefolkningen på ockuperat område. Israel har inte heller rätt att ta till mer våld än vad nöden kräver i självförsvar. Vi måste våga fördöma övervåldet och vi måste vara tydliga med det. Urvattnade resolutioner eller mer handel i utbyte mot ingenting, det leder inte frågan framåt.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Den israeliska regeringen företräder inte heller alla sina medborgare. Idag hölls en demonstration här utanför ordnad av en israelisk medborgare för att visa solidaritet med den palestinska staten, med palestiniernas lidande och för att tala om för oss i EU att det är inte okej att bomba civila. Jag frågade honom vad han ville att jag skulle framföra här i kammaren. Han sade: Säg att det handlar inte om pro-Israel eller pro-Palestina – det är gammal politik och fungerar inte –, utan det handlar om att hålla sig till internationell rätt och humanitär rätt.

(Talaren godtog att besvara en fråga ("blått kort") i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen.)

Marek Jurek (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Pani Poseł, czy może Pani Poseł zaprzeczyć, że wszystkie wojny, które Izrael musiał prowadzić od 66 lat, były spowodowane albo agresją przeciwko temu państwu, albo przygotowywaniem agresji, albo atakami terrorystycznymi na to państwo? Czy kwestionowanie istnienia państwa nie jest samo w sobie największym zagrożeniem dla praw człowieka, praw ludzi, którzy w tym państwie żyją?

Bodil Ceballos (Verts/ALE), svar ("blått kort"). – Jag är glad att jag fick en fråga ("blått kort") att svara på eftersom jag är så upprörd över de sanslösa uttalanden som jag har hört här i den här kammaren idag. Och jag delar min socialdemokratiska svenska kollegas uppfattning att det är sanslösa uttalanden. Självklart är det inte så att de här 66 åren har gått obemärkt förbi på något sätt, men vi ska veta att det är två folk det handlar om: det är en ockupationsmakt och det är ett ockuperat folk.

Ana Gomes (S&D). - Atacar Gaza em retaliação por condenáveis ataques do Hamas com força militar desproporcional viola o direito internacional. Pode até atingir a capacidade operacional do Hamas, mas varre bairros de civis, escolas e hospitais. O cortejo de vítimas vai alimentar a narrativa e o recrutamento de radicais. O terror contra a população de Gaza não defende o povo de Israel, nem assegura futuro ao Estado de Israel.

Desde 2005, Israel bloqueia fronteiras e movimentos, controla a água e outros recursos. Israel estabeleceu e cerca o campo de concentração, Hamas é o carcereiro de serviço. Ambos estrangulam Gaza e a viabilidade do Estado da Palestina e da paz na região.

A União Europeia falha-nos: passou de promotor da paz, nos tempos da Declaração de Veneza, a pagador da destruição sistemática da Palestina empreendida por Israel. A União Europeia tem de fazer-se ouvir: a ofensiva terrestre de Israel em Gaza tem de ser travada já.

Tere Rodriguez-Rubio Vázquez (GUE/NGL). - Señora Presidenta, el muro de Israel vulnera la legalidad internacional y los principios de la Carta de las Naciones Unidas, divide familias y pueblos y hace la vida normal impracticable.

El muro de Israel es ilegal —y no lo digo yo. Lo dijo, hace diez años, un mes de julio como este, el Tribunal Internacional de Justicia de La Haya.

Esta sentencia es uno de los símbolos de la impunidad que la comunidad internacional permite al Estado de Israel. El aniversario coincide con el enésimo castigo colectivo del Estado de Israel sobre Gaza y Cisjordania. Ya hubo otros: 2008, operación «Plomo Fundido»; 2012, operación «Pilar de Defensa». Todos merecieron una tibia condena por parte de este Parlamento.

Todas esas agresiones, al final, quedaron impunes. Impunes también ante una equidistancia vergonzante entre uno de los ejércitos más importantes del mundo y un pueblo ocupado y aislado por tierra, por mar y por aire —en lo que se ha dado en llamar la cárcel más grande del mundo—.

¿Qué podemos hacer? Mínimo, replantearnos el Acuerdo Euromediterráneo hasta que se cumplan los derechos humanos recogidos en el artículo 2. Mañana se dirá en la calle: mañana habrá movilizaciones en toda Europa —también en Israel por parte de la sociedad civil— y se pedirá a la comunidad internacional una reacción.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Gilles Pargneaux (S&D). - Madame la Présidente, chers collègues, nous devons, cet après-midi, envoyer deux messages. Tout d'abord nous devons réclamer un cessez-le-feu immédiat, car la situation devient intolérable, 200 morts en quelques jours en Palestine. Cet après-midi, quatre enfants ont été tués dans une cabane sur une plage de Gaza. Ensuite, nous devons être clairs avec Israël: l'existence de deux États – un État israélien, un État palestinien –, n'aboutit pas car finalement, les autorités d'Israël n'en veulent pas aujourd'hui.

Voilà la réalité et je proclame haut et fort cette phrase de Mahmoud Abbas «Il n'y a pas un État de trop, mais il manque un État au Moyen-Orient». Rien n'est plus vrai. Il est donc temps que l'Europe prenne ses responsabilités, que la haute autorité représentant les affaires étrangères prenne ses responsabilités. Nous sommes les premiers partenaires commerciaux d'Israël, alors arrêtons d'avoir peur d'agir. Faisons de la politique et obligeons Israël à négocier cartes sur table. On ne peut pas rester dans cette situation où Israël ne veut pas discuter du processus de paix pour la reconnaissance d'un État palestinien.

Sans ce dialogue, nous ne pourrions que déplorer la fin des cessez-le-feu tous les deux ou trois ans et la poursuite des violences et des souffrances. Nous ne pouvons pas être complices de la poursuite de ce cycle du désespoir. Nous ne pouvons pas abandonner la thèse des deux États. Arrêtons d'avoir des positions faibles et d'affaiblir le peu de dispositions que nous prenons comme par exemple le non financement de l'Union européenne pour des projets israéliens situés dans les Territoires occupés. Voilà la réalité. Voilà nos positions politiques que nous devons réaffirmer aujourd'hui.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). - Madame la Présidente, Monsieur le délégué de la Vice-présidente/Haute représentante, vous avez fait un exposé équilibré et intéressant. Il faut, comme vous l'avez dit, faire cesser toutes les violences, mais il ne faut jamais oublier qu'il y a un pays occupant, l'État d'Israël, surarmé, et un pays occupé, aux mains nues, le peuple palestinien. Il y a un pays qui viole chaque jour le droit international en toute impunité, qui vole les terres et les maisons d'un autre peuple, qui emprisonne ses enfants, ses militants, ses parlementaires, et voilà qu'il conteste maintenant aux Palestiniens, le droit de former le gouvernement qu'ils veulent, c'est l'État d'Israël.

L'Union européenne ne peut rester silencieuse face aux crimes journaliers qui ont lieu aujourd'hui à Gaza. Vous devez prendre des initiatives internationales afin d'obtenir un cessez-le-feu, la fin du blocus de Gaza et l'arrêt de la colonisation. Utilisez tous les moyens à votre disposition, dont l'utilisation de l'article 2 de l'accord d'association, et suspendez toute relation tant qu'Israël ne revient pas à la raison et ne se conforme pas au droit international. Répondez à l'appel de Mahmoud Abbas de placer le peuple palestinien sous protection internationale.

Josef Weidenholzer (S&D). - Frau Präsidentin! Die Vorgänge in Gaza sind an Tragik kaum zu überbieten, vor allem, weil es sich um einen Konflikt handelt, der sich mit einer unerträglichen Regelmäßigkeit wiederholt, im Durchschnitt alle zwei Jahre. Wiederholen sich Vorgänge auf solche Weise, dann bedeutet das, dass es offensichtlich nicht gelingt, die Ursachen der Problematik in den Griff zu bekommen. Es ist auch nicht möglich, innerhalb einer Minute Redezeit eine Erklärung dafür zu liefern. Wahrscheinlich ist das auch genau der Kern des Problems: dass wir uns seit Jahrzehnten in solch simplen Erklärungsversuchen erproben.

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist einer der größten Konflikte dieser Zeit. Die Probleme sind äußerst komplex. Es geht nicht nur um völkerrechtliche Probleme, sondern auch um soziale und wirtschaftliche Hintergründe. Diese Feststellung darf uns auch nicht zu einer Relativierung der Verantwortung führen. Dennoch lässt sich der Lösungsweg mit einem einzigen Satz skizzieren. Mehr denn je gilt, was Yitzhak Rabin, Israels ehemaliger Ministerpräsident, der den Weg der Verständigung mit der PLO beschritten hatte, wenige Minuten vor seiner Ermordung bei der großen Friedenskundgebung in Tel Aviv vor 20 Jahren sagte: „Der Weg des Friedens ist dem Weg des Krieges vorzuziehen. Ich sage euch dies als jemand, der 27 Jahre ein Mann des Militärs war.“

Afzal Khan (S&D). - Madam President, hundreds of angry constituents have contacted me about the killing of innocent people in Gaza.

Israel's response has been utterly disproportionate: it is estimated that one Israeli and more than 200 Palestinians have lost their lives. According to the UN office, 80% of these are civilians. Moreover, more than 100 000 people have been asked to leave their homes. We should not accept that all this comes under Israel's right to self-defence. Collective punishment must end if we do not want extremism to increase. We know from the history that it is largely the Palestinians who have suffered and that Israel has systematically eaten away at their land, breaking all international laws.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Both sides need to understand that there is no military solution. A two-state solution may become redundant if we do not call for an immediate ceasefire and redouble our efforts to ensure a lasting peace. The EU, the winner of a Nobel peace prize, cannot remain a silent observer any longer. It prides itself on championing human rights and it must therefore lead this peace effort, providing the voice of sanity and hope.

The three Abrahamic faiths have a common saying: 'Wish for others what you wish for yourself.' Both sides need to practise this.

Catch-the-eye-Verfahren

Monika Flašíková Beňová (S&D). - Ďakujem veľmi pekne Ulrike, blahoželám k predsedaniu tomuto Parlamentu, aj k tejto diskusii. Aj ty, aj ja a mnohí, ktorí tu vystúpili, sme v tomto Parlamente už dlhšie. A k takýmto diskusiám o vzťahoch medzi Izraelom a Palestínou sa tu vraciame naozaj v pravidelnej periodicite a tá diskusia je vždy o odporcoch Izraela a o tých, ktorí napriek tomu, že nikdy tieto územia nenavštívili, ukazujú na Izrael ako na agresora. Bola som v medziparlamentnej delegácii s Izraelom 10 rokov, niekoľkokrát som tieto územia navštívila, a ak chcú niektorí v tomto pléne zjednodušiť túto diskusiu len na kritiku Izraela, tak absolútne nechápu celú situáciu. Ja som zarytá pacifistka, som proti akýmkoľvek vojenským zásahom. Napriek tomu som presvedčená, že ani jednu takúto diskusiu nikdy nespôsobil len útok Izraela na Palestínu. A veľmi ma mrzí, že tí, ktorí tu kritizujú Izrael, nehovoria o tom, že im je ľúto žien, ktoré využívajú na samovražedné útoky na území Izraela na vraždenie izraelských detí.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL). - Nos últimos dias, verificaram-se mais de cento e cinquenta mortos, incluindo crianças, mais de um milhar de feridos e a destruição sistemática de habitações palestinianas. Nas últimas 24 horas, seis instalações de Agências das Nações Unidas, incluindo escolas e centros de saúde, foram atingidas, bombardeadas e, provavelmente, a cada hora que passa, enquanto estamos aqui, mais mortes estão a suceder.

Em dezenas de anos, ocupação ilegal, repressão, usurpação, saque e permanente humilhação por parte de Israel ao povo palestino.

Na resolução que o Parlamento provavelmente vai adotar, é inaceitável, é cínico e é vergonhoso fazer crer que o agressor é a vítima e que a vítima é o agressor.

Querer ser neutral numa situação de terrorismo de Estado por parte de uma potência ocupante é o mesmo que ser colaborador e cúmplice dessa agressão.

Zoltán Balczó (NI). - Elnök Asszony! Köszönöm a szót. Az Európai Parlament feladatának tekinti a háborús konfliktusok megoldásában való részvételt. Ez helyes! Tűzszünetre szólítjuk fel a szemben álló feleket. Ez helyes! Ha azonban a két fél felelőssége alapvetően eltérő, és eközben úgynevezett kiegyensúlyozott állásfoglalást akarunk elfogadni, az egyszerűen nem más mint képmutatás. Az ENSZ főtitkára a következőt mondja: „felelősséget érzek a palesztinokért, akiket hosszú ideje megfosztottak a szabadság és a méltóság” (*Technikai probléma miatt, az elnök felkérésére a képviselő újrakezdi a felszólalását.*) Az Európai Parlament feladatának tekinti, hogy a háborús konfliktusok megoldásában részt vegyen. Ez helyes! Tűzszünetre hívja föl a szemben álló feleket. Ez helyes!

Ha azonban a két félnek a felelőssége alapvetően eltér, akkor úgynevezett kiegyensúlyozott állásfoglalást elfogadni, amit itt a többség akar, egyszerűen képmutatás. Az ENSZ főtitkára kijelentette: felelősséget érez a palesztinokért, akiket hosszú ideje megfosztottak a szabadság és a méltóság érzésétől, amire egyébként rászolgáltak. Nekünk világossá kell tenni Izrael felelősségét, és ha szükséges, szankciókkal elérni, hogy végre legyen független, önálló palesztin állam. Ebben az esetben lesz csak béke, különben csak újabb és újabb tűzszüneteket tudunk elérni.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio, a nome della Vicepresidente della Commissione e Alto Rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza.* - Signora Presidente, ringrazio i parlamentari per questa discussione. È stato detto che la situazione è gravida di complessità e credo che questa discussione ne abbia dato testimonianza. È anche vero che, come è stato detto poco fa, questa discussione è simile ad altre discussioni a cui è capitato di assistere e di partecipare anche a me proprio in quest'Aula, nella veste di parlamentare europeo.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Ma credo che proprio per questo, perché i temi restano questi, non solo non debba mancare ma debba essere rafforzato l'impegno in particolare dell'Unione europea. È interesse fondamentale dell'Unione europea sostenere il processo verso la pace e la democrazia nell'intera regione del Medio Oriente e contribuire a far cessare il conflitto israelo-palestinese che, finché non sarà risolto, continuerà a minare la pace e la sicurezza alle porte dell'Unione europea e, magari non direttamente, anche ad essere una delle cause di quanto avviene dentro i confini dell'Unione europea. È stato richiamato più volte nella discussione precedente l'attentato proprio nel cuore delle Istituzioni europee, al museo ebraico di Bruxelles.

Gli episodi di violenza nella parte meridionale di Israele e a Gaza, che si verificano in una regione estremamente instabile, ribadiscono l'urgenza di adoperarsi per raggiungere questo obiettivo. Gli eventi dimostrano che non vi sarà una cessazione definitiva della violenza né una pace duratura finché le aspirazioni dei palestinesi alla statualità e alla sovranità e quelle degli israeliani alla sicurezza non saranno soddisfatte entrambe mediante una pace globale negoziata e fondata sulla coesistenza di due Stati.

Insieme ai suoi partner della comunità internazionale e della regione, l'Unione europea continuerà ad appellarsi al primo ministro Netanyahu e al Presidente Abbas perché si ponga fine alla violenza, riprendano i negoziati e si adoperino con rinnovata determinazione per risolvere il conflitto. L'Unione europea è chiamata a svolgere – e questo è stato più volte richiamato oggi – un ruolo importante in questo contesto e intende continuarlo a farlo nelle settimane e nei mesi critici a venire.

President. - The motions for resolutions to be tabled under Rule 123(2) will be announced in the House at a later time.

The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 17 July 2014.

Written statements (Rule 162)

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – Os próprios termos que enquadram este debate são perversos, enganadores e inaceitáveis. A agressão israelita contra o povo palestino, com a criminosa ofensiva militar contra a faixa de Gaza e a sua população, é travestida de *escalada de violência entre Israel e Palestina*. O desaparecimento e a posterior confirmação da morte de três jovens de um colonato israelita, em circunstâncias não esclarecidas, foi pretexto para uma campanha de punição coletiva contra as povoações palestinianas, com a demolição indiscriminada de casas, assassinatos e a prisão de centenas de pessoas, incluindo dezenas de crianças e deputados do Conselho Legislativo Palestino. A campanha militar israelita em curso é suportada no continuado apoio político, diplomático e militar dos EUA e na atitude da União Europeia, que se esconde no seu silêncio ou dissimula, sob um falso discurso equidistante, a cumplicidade efetiva com a política de terrorismo de Estado de Israel. Pretender ensaiar uma suposta postura de neutralidade perante a vítima e o agressor, perante o ocupado e o ocupante, não é senão um inaceitável e também criminoso ato de cumplicidade, que não pode ficar sem denúncia. Manifestamos toda a solidariedade com o povo palestino, com a sua heroica e determinada resistência e luta de libertação nacional, frente à política genocida do Estado de Israel.

18. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll

19. Ernennungen in interparlamentarische Delegationen: siehe Protokoll

20. Verbrechen der Aggression (Aussprache)

President. - The next item is the debate on the statement by the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy on the crime of aggression (2014/2724(RSP)).

Mittwoch, 16. Juli 2014

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio, a nome della Vicepresidente della Commissione e Alto Rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza*. - Signora Presidente, onorevoli deputati, domani 17 luglio si celebra la Giornata internazionale della giustizia in concomitanza con il sedicesimo anniversario dello Statuto di Roma della Corte penale internazionale, adottato il 17 luglio 1998.

Con lo Statuto di Roma il mondo ha consolidato lo storico impegno di prevenire e scoraggiare i crimini più efferati. Attivare questa promessa di giustizia verso le vittime dei crimini contemplati dallo Statuto di Roma è un imperativo morale e, al tempo stesso, un contributo essenziale alla pace, alla sicurezza e al benessere nel mondo. Oggi la Corte penale internazionale è il perno attorno a cui si articola il sistema di giustizia penale internazionale e uno strumento importante per mettere i colpevoli dei più gravi crimini di rilevanza internazionale di fronte alle loro responsabilità.

L'UE, come è noto, s'iscrive in una tradizione solida di convinto sostegno alla Corte penale internazionale. Consideriamo che la comunità internazionale trovi in una Corte efficiente uno strumento indispensabile per combattere l'impunità e promuovere un ordine internazionale basato sullo stato di diritto. La Corte penale internazionale resterà una priorità importante per l'Unione europea anche negli anni a venire. Accogliamo quindi con grande favore l'odierno dibattito in plenaria sul crimine di aggressione. Il coinvolgimento attivo del Parlamento europeo in questa tematica importante per i diritti umani e la giustizia internazionale è fondamentale.

Con la Conferenza di revisione dello Statuto di Roma, tenutasi a Kampala, in Uganda, dal 31 maggio al 10 giugno 2010, si è posata una pietra miliare offrendo agli Stati, alle organizzazioni internazionali e agli esponenti della società civile presenti a Kampala un consenso in cui riaffermare la determinazione a promuovere lo Statuto e a fare il punto sulla giustizia penale internazionale, ma non solo. La Conferenza di revisione di Kampala ha anche segnato un passo importante nel consolidamento della Corte penale internazionale come efficace strumento con cui la comunità internazionale assicura alla giustizia le persone penalmente responsabili di crimini contemplati dallo Statuto di Roma quando i giudici nazionali non possono o non vogliono perseguirli.

La Conferenza di revisione ha adottato importanti emendamenti dello Statuto di Roma, tra cui la definizione del crimine di aggressione e le condizioni a cui la Corte penale internazionale può esercitare la giurisdizione in materia. L'emendamento dev'essere ora ratificato o accettato dagli Stati parti dello Statuto di Roma. A condizione che si proceda a un numero sufficiente di ratifiche e che la maggioranza dei due terzi degli Stati adotti una decisione in tal senso dopo il 1° gennaio 2017, la Corte penale internazionale potrà esercitare la giurisdizione sul crimine di aggressione.

Com'è noto a questo Parlamento, tutti gli Stati membri dell'Unione europea sono parti dello Statuto e alcuni hanno anche già ratificato l'emendamento di Kampala sul crimine di aggressione. In altri il processo di ratifica si trova invece in fase conclusiva o comunque avanzata, mentre altri ancora hanno segnalato di non avere per il momento l'intenzione di ratificare tale emendamento.

Non essendo in sé parte dello Statuto di Roma, l'Unione europea non può ratificare l'emendamento. Tuttavia, con la facilitazione offerta dal Servizio europeo per l'azione esterna, gli Stati membri dell'Unione europea si scambiano informazioni e, se del caso, si coordinano sull'andamento del processo di ratifica.

Il nostro comune obiettivo in questo processo è chiaro: rafforzare ulteriormente la Corte affinché adempia al suo mandato. Lo Statuto di Roma è una promessa fatta alle vittime delle peggiori atrocità nel mondo, la promessa che otterranno giustizia, la promessa che, vedendo i colpevoli messi di fronte alle loro responsabilità, le comunità colpite potranno lasciarsi alle spalle la violenza a favore della pace, l'illegalità a favore dello Stato di diritto.

Pochi tra noi potevano prevedere, dieci anni orsono, che la Corte si sarebbe affermata come il perno di tutte le discussioni sulla lotta all'impunità. Pochi tra noi immaginavano, dieci anni orsono, che la Corte sarebbe stata in grado di perseguire crimini compiuti in quindici paesi che spaziano su tre continenti. Ma molti su questo obiettivo hanno lavorato e salutano con favore, anche nei parlamenti e anche nel Parlamento europeo, i risultati conseguiti.

L'odierno dibattito sul crimine di aggressione illustra ancora una volta come, nell'ambito dello Statuto di Roma, la Corte penale istituzionale continui a svolgere, assieme ai giudici nazionali, un ruolo essenziale nel garantire giustizia alle vittime dei crimini più atroci.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Andrzej Grzyb, w imieniu grupy PPE. – Wielokrotnie mieliśmy okazję w szczególności w Podkomisji Praw Człowieka słuchać aktualnych informacji na temat funkcjonowania Międzynarodowego Trybunału Karnego. Również formułowaliśmy pewne zalecenia, które by wzmacniały rolę tego Trybunału, oraz wszystkie te działania, w których mogłaby Unia Europejska wesprzeć działanie tego Trybunału. Poprawki z Kampali do Statutu Rzymskiego definiują pojęcie zbrodni agresji, która ma podlegać jurysdykcji właśnie Międzynarodowego Trybunału Karnego. Aby tak się stało, te poprawki muszą być ratyfikowane przez co najmniej 30 państw. Dotychczas, jak zwracamy uwagę w rezolucji, nad którą będziemy głosować jutro, ratyfikowało je 14 państw, w tym 8 państw członkowskich Unii Europejskiej. Mam nadzieję, że w niedługim czasie będzie tych państw więcej, włączając w to również mój kraj, Polskę, która jest już na finalnym etapie pracy nad ratyfikacją w trakcie procedury ratyfikacyjnej.

Zbrodnia agresji to inwazja na inne państwo, ale również jego ostrzał, blokowanie jego portów. Agresja może być przeprowadzona zarówno przez regularną armię, jak i przez wspieranie nieregularnych sił zbrojnych na terytorium innego państwa. Jestem przekonany, że gdyby te poprawki weszły w życie kilka lat temu, być może uniknęlibyśmy przynajmniej części konfliktów, które miały miejsce od tego czasu, a tym samym, co najważniejsze, moglibyśmy uniknąć wielu ludzkich cierpień i tragedii wielu narodów.

Jutro mamy Światowy Dzień Sprawiedliwości. Myślę, że przyjęcie tej rezolucji wzywającej do rychłego zakończenia procesu ratyfikacji przez te państwa, które akceptują poprawki z Kampali, to byłby bardzo istotny krok w tym dniu.

Pier Antonio Panzeri, a nome del gruppo S&D. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, credo che sia opportuno dare forse una dimensione politica a questo nostro dibattito. Veniva ricordato dall'onorevole Della Vedova che domani si celebra la Giornata mondiale della giustizia internazionale penale. Io ritengo che sia una giornata simbolica che segna proprio l'anniversario dell'adozione dello Statuto di Roma, il trattato fondatore sostanzialmente della Corte penale internazionale. Penso che sia una giornata immaginata anche come un momento per riflettere e agire sulle sofferenze di quanti ancora sono vittime di atrocità, genocidi, crimini contro l'umanità, crimini di guerra e di aggressione di uno Stato contro un altro, ma anche per diffondere la lotta all'impunità di questi crimini e celebrare i progressi nel campo della giustizia internazionale penale.

La mia opinione è che quella di Kampala sia stata una conferenza storica. La revisione dello Statuto di Roma ha aperto una nuova strada e noi dobbiamo essere in grado di percorrerla fino in fondo. In occasione di questa conferenza, i paesi membri della Corte penale internazionale, dopo quasi un decennio di discussioni, hanno trovato un accordo sulla definizione condivisa di «crimine di aggressione» quale illecito dello Stato, per anni fonte di discordia nel diritto internazionale.

Dopo numerose revisioni e riunioni ad alto livello, molta strada è stata fatta. Ma ancora molta ve n'è da fare perché i drammatici eventi nel quadro internazionale di questi ultimi tempi – penso all'Ucraina, così come penso al dibattito che abbiamo fatto poco fa attorno alle questioni israeliane e palestinesi – dimostrano con grande forza che molto si deve fare sul piano della effettività del diritto penale internazionale. È stato ricordato che diversi paesi hanno già provveduto alla ratifica degli emendamenti di Kampala e numerosi hanno iniziato le rispettive procedure nazionali. Anche se queste risultano lunghe e complesse, credo che sia fondamentale trovare uno sbocco positivo al più presto.

Ora noi pensiamo che ricordare l'importanza storica di questo compromesso sia un dovere, così come lo è rilanciare l'attenzione europea e internazionale sul crimine di aggressione quale illecito e sul compromesso di Kampala, che lo definisce, prevedendo la giurisdizione della Corte penale internazionale su questo crimine. È venuto il tempo di impegnarsi con una voce unica per spingere affinché gli Stati, che non lo hanno ancora fatto, provvedano alle ratifiche. Anche se l'Unione europea non è parte integrante dello Statuto abbiamo bisogno di riportare appunto nella dimensione politica questo tema importante.

Karol Adam Karski, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Agresja jest historycznie uważana za najważniejszą zbrodnię prawa międzynarodowego. Często stwarza też możliwości lub wręcz daje impuls do popełniania dalszych przestępstw międzynarodowych, takich jak zbrodnie wojenne, zbrodnia ludobójstwa czy zbrodnie przeciwko ludzkości. Społeczność międzynarodowa potrzebuje uniwersalnej prawnej definicji agresji, bo takiej niestety nie posiadamy. Konwencje londyńskie z 1933 roku, które formułują taką definicję prawną, wiążą zaledwie około 10 państw, w tym i moje – Polskę. Niestety tylko w relacjach między nimi. Z kolei rezolucja Zgromadzenia Ogólnego ONZ z 1974 roku nr 3314, która ma charakter uniwersalny, jak każda rezolucja tego organu, nie jest definicją prawnie wiążącą. Przyjęcie poprawki z Kampali do statutu MTK stworzy zatem nową jakość, wyposaży ten sąd w możliwość karania sprawców agresji oraz da nam definicję prawną, która będzie wiążąca. Jednocześnie będzie przyjęta w modelu docelowym przez znaczną część społeczności międzynarodowej. Nie zapominajmy jednak, że i dziś, na zasadzie jurysdykcji uniwersalnej, sprawcy zbrodni agresji mogą być karani tak przez sądy krajowe, nie tylko własne, ale i również przez międzynarodowe

Mittwoch, 16. Juli 2014

trybunały karne ad hoc, powoływane już po popełnieniu zbrodni agresji lub innych zbrodni międzynarodowych. Korzystajmy też z tej możliwości.

Petras Auštrevičius, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, the world we live in is far from ideal in spite of continuous and multiple efforts by many of us. The world's history in general, and Europe's in particular, is full of dark pages of wars, aggression, destruction and other unfortunate events. Did we learn any lessons? Did we do everything possible to prevent that happening again? It does not look so, even though we have just commemorated the start of World War One and are about to meet the 75th anniversary of the start of World War Two. At the same time we have to salute all international efforts to close legal loopholes that still exist in international humanitarian law and the Rome Statutes by criminalising the crime of aggression.

We have to agree that this can be done only by undertaking all possible measures, by accepting necessary legal frameworks for naming the illegal use of force which manifestly violates the United Nations Charter. In 2010 the states parties, including all EU Member States, adopted the Kampala amendments to the Rome Statute which establishes the International Criminal Court. The above-mentioned amendments mainly provide for adding the crime of aggression to the list of crimes falling under ICC jurisdiction, thereby completing the ICC jurisdiction and deterring Member States from illegal use of force. It is against those who are willing and ready to challenge the peace and security of others. Here I should make clear that the Kampala amendments do not cover cases of self-defence or a UN Security Council mandate.

By now eight EU Member States have ratified and completed procedures for enforcing the Kampala amendments; it is good but not enough. 2014 is a crucial year to encourage states to start and continue the process of ratification of the amendments, given the long time that ratification of international instruments requires in many countries. The existing momentum should be fully used to push for ratification now. The resolution we are debating tonight explicitly calls for an EU common position around the issue. This is the key part of the document. The resolution in focus is about protecting human rights: this is the ultimate goal of the EU's policies.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Ratspräsident Della Vedova! Es geht in der heutigen Debatte um die zukünftige strafrechtliche Verfolgung militärischer und politischer Führungspersonen für das Verbrechen des Angriffskrieges – und das am Vorabend des morgigen Internationalen Tages für Justiz, und heute auch hier nach einer Debatte über die Situation in Irak, im Nahen Osten. Man könnte diese Liste leider endlos fortführen.

Der politische Kern der Fragestellung stellt sich wie folgt dar. Damit der Internationale Strafgerichtshof ab 2017 in der Sache handeln kann, müssen 30 Signatarstaaten des Römischen Statuts den 2010 erzielten Kompromiss ratifiziert und in nationales Recht überführt haben. Nach zwei Dritteln der Zeit sind 14 Ratifizierungen hinterlegt, acht davon aus EU-Mitgliedstaaten. Selbst wenn man die elf EU-Mitgliedstaaten berücksichtigt, die sich in verschiedenen Stadien der Vorbereitung der Ratifizierung befinden, bleiben immer noch neun – und zwar nicht gerade kleine – Mitgliedstaaten übrig, die sich nicht bewegen – ich frage: nicht bewegen wollen? Ich halte die Situation für nicht akzeptabel. Deshalb richtet sich unsere Forderung nach einer zügigen Ratifizierung vor allem auch an die EU-Mitgliedstaaten selbst.

Ich erwarte in der Sache ein klares Programm von der Hohen Vertreterin und einen konkreten Fahrplan, bis wann diese Situation behoben sein wird.

Barbara Lochbihler, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Überprüfungskonferenz für den Internationalen Strafgerichtshof in Kampala 2010 verabschiedete im Konsens den Vorschlag, das Führen eines Angriffskrieges zukünftig als Verbrechen zu verfolgen. Der Internationale Strafgerichtshof ist bisher zuständig für die Verfolgung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord und soll nun auch das Verbrechen der Aggression ahnden. Voraussetzung ist, dass die Angriffshandlung in ihrer Art, ihrer Schwere und ihrem Umfang nach eine offenkundige Verletzung der UN-Charta darstellt.

Mittwoch, 16. Juli 2014

Für diese Verbrechen sollen aber nicht einfache Soldaten belangt werden, sondern Personen, die tatsächlich in der Lage sind, das politische und militärische Handeln eines Staates zu lenken. In unserer Entschließung fordern wir die EU auf, eine gemeinsame Position zum Verbrechen der Aggression anzunehmen und sich aktiv darum zu bemühen, die notwendigen 30 Ratifizierungen zu erreichen. Bisher haben vierzehn Staaten ratifiziert, darunter acht EU-Mitgliedstaaten. Und alle EU-Mitgliedstaaten, die noch nicht ratifiziert haben, sind aufgefordert, dies umgehend in die Wege zu leiten.

Am 1. September dieses Jahres begehen wir den 75. Jahrestag des Angriffs Nazi-Deutschlands auf Polen, eines Angriffskriegs, der unmittelbar zum Zweiten Weltkrieg führte – mit all den daraus folgenden Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse urteilten unter anderem auch über das Verbrechen des Angriffskrieges, und ich möchte zitieren aus der Eröffnungsrede des US-amerikanischen Hauptanklagevertreters Robert Jackson im November 1945: „Aber der letzte Schritt, periodisch wiederkehrende Kriege zu verhüten, die bei internationaler Gesetzlosigkeit unvermeidlich sind, ist, die Staatsmänner vor dem Gesetz verantwortlich zu machen. Und lassen Sie es mich deutlich aussprechen: Dieses Gesetz wird zwar hier zunächst nur auf deutsche Angreifer angewandt. Es schließt aber ein und muss, wenn es von Nutzen sein soll, den Angriff jeder anderen Nation verdammen, nicht ausgenommen die, die jetzt hier zu Gericht sitzen.“

Einen Angriffskrieg zu führen, ist keine gewöhnliche Straftat. Es ist, wie das Nürnberger Kriegsverbrechergericht 1946 in seinem Urteil ausführte, das allergrößte internationale Verbrechen, weil es das gesammelte Böse aller übrigen Kriegsverbrechen mit einschließt.

Ignazio Corrao, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, José Ayala Lasso, quando ricopriva la carica di Alto Commissario per i diritti umani presso le Nazioni Unite, diceva che ha maggiore possibilità di essere processato un uomo che ha ucciso una persona piuttosto che uno che ne ha ucciso 100.000. Questa affermazione, tristemente reale, ci dovrebbe far riflettere sulle ragioni che hanno rallentato il processo di consolidamento del principio secondo il quale nessuna, e sottolineo nessuna, tipologia di aggressione può essere oggi accettata e tollerata.

Questo Parlamento, unico organo elettivo al vecchio continente, non sarà dotato della competenza legislativa necessaria per imporre ratifiche agli Stati membri, ma può senz'altro giocare un ruolo di influenza fondamentale. Con la conferenza di Kampala si è arrivati ad una definizione condivisa del crimine e dell'atto di aggressione, tracciando un percorso definitorio parallelo sia dell'illecito dello Stato che del crimine individuale. Certamente è un passo avanti, ma il percorso di prevenzione poteva e doveva essere già completato.

Il Parlamento europeo già nel 2011 salutava con favore l'adozione degli emendamenti di Kampala allo Statuto di Roma e chiedeva a Commissione e Consiglio di indurre gli Stati membri a ratificarli ed introdurli nei loro sistemi penali. Purtroppo al momento solo otto Stati dell'Unione lo hanno fatto. L'inerzia degli altri venti – tra cui ahimè anche l'Italia – non è in alcun modo giustificabile. Ci sono venti Stati su ventotto che sono rappresentati in questo emiciclo e non hanno ancora ratificato l'accordo. Cosa significa questo? Si vuole o non si vuole reagire con fermezza agli atti di aggressione e alle violazioni dei diritti umani che sono purtroppo all'ordine del giorno? Dare la possibilità alla Corte penale internazionale di intervenire sul crimine di aggressione costituirebbe un reale deterrente per porre fine all'impunità dilagante nei confronti di quegli Stati e quei soggetti che agiscono in spregio dei diritti umani mettendo a repentaglio con i loro gesti imperialisti la pace e la sicurezza nel mondo.

Cari colleghi, auspico che gli emendamenti di Kampala sul crimine di aggressione siano ratificati dagli Stati mancanti ed entrino in vigore il prima possibile. Questa Unione, nata come comunità in un continente dilaniato dal conflitto mondiale, si faccia pioniera e difenda concretamente i valori della pace e dei diritti umani in tutto il resto del mondo.

Cristian Dan Preda (PPE). - Madame la Présidente, je voudrais saluer la tenue de ce débat sur les crimes d'agression lors de la première session du Parlement européen consacrée à des sujets de fond. C'est un très bon présage, pour la législature qui commence, le fait que l'on aborde un sujet qui est au cœur de nos préoccupations pour la défense des droits de l'homme.

Mittwoch, 16. Juli 2014

L'Union européenne a toujours été un ardent partisan de la Cour pénale internationale et dans le précédent mandat, nous avons accompagné, par nos résolutions, les évolutions liées au processus d'amendement de Kampala, ainsi que les efforts visant au renforcement de la Cour et à assurer l'universalité et l'intégrité du statut de Rome.

L'adoption des amendements sur la définition du crime d'agression a marqué un tournant dans l'évolution du droit pénal international en parachevant le système de protection mis en place par le statut de Rome. Toutefois, pour pouvoir activer la compétence de la Cour à l'égard du crime d'agression en 2017, il faudra une décision de l'Assemblée des États parties après que trente États parties, au moins, auront ratifié, idéalement, avant la fin de 2015 les amendements de Kampala. Pour l'instant, seuls quatorze États parties ont ratifié ces amendements dont huit États membres de l'Union.

Nous sommes donc bien loin du compte et nous avons besoin d'une action commune coordonnée au niveau européen pour promouvoir la ratification des amendements de Kampala et leur intégration dans les législations nationales. C'est là une question cruciale car il s'agit de nous donner les moyens de prévenir de façon efficace l'utilisation illicite de la force.

Là encore, l'Europe devrait montrer l'exemple en agissant de façon résolue contre l'impunité et pour promouvoir la paix à travers la justice pénale.

Josef Weidenholzer (S&D). - Frau Präsidentin! Wir diskutieren heute über eine Entschließung, die alle Mitgliedstaaten auffordert, etwas zu tun, was sie eigentlich schon längst hätten tun sollen, nämlich die Kampala-Amendments zu ratifizieren.

Warum ist das so wichtig? Dieser Prozess würde die internationale Strafgerichtsbarkeit weiterentwickeln und sie damit in ihrer Reichweite und Verbindlichkeit stärken. Bisher gab es vier Straftatbestände, die der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs unterliegen: Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und eben das Verbrechen der Aggression. Doch bis jetzt hat der Internationale Strafgerichtshof bei Verbrechen der Aggression keine Rechtsprechung entwickeln können. Im Römischen Statut, auf dessen Grundlage er eingerichtet wurde, gibt es keine detaillierte Definition des Tatbestands.

Deswegen können bisher Angehörige der militärischen und politischen Führungseliten nicht zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie eine Angriffshandlung in die Wege leiten, die das Gewaltverbot der UN-Charta verletzt. Nach jetzigem Stand können diese Personengruppen persönlich nicht zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie etwa völkerrechtswidrige Invasionen, Bombardements, die Blockade von Häfen oder das Entsenden bewaffneter Banden anordnen oder ihr Territorium für solche Aktionen zur Verfügung stellen. Wenn man das hört, kann man sich so einige Vorfälle der letzten Wochen ja ganz deutlich vor Augen halten.

Erst durch die Kampala-Amendments, die nach langwierigen Verhandlungen beschlossen wurden, wird das Verbrechen der Aggression definiert. Wir kennen auch schon die Voraussetzungen, die dafür erforderlich sind, wie viele Staaten das ratifizieren müssten. Es ist eigentlich sehr bedauerlich, dass bisher erst acht EU-Staaten diesen Prozess vollendet haben. Weitere Mitgliedstaaten sind dabei, darunter auch mein Heimatland Österreich.

Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen: Die Bestrafung von Verbrechen geschieht ja vor allem auch deswegen, weil ihr eine abschreckende Wirkung zugeschrieben wird. Verbrechen der Aggression sind Führungsverbrechen, und der Tatbestand der Beihilfe ist explizit ausgeschlossen. Häufig passierte ja bisher, dass die Ausführenden bestraft wurden, aber jene, die die Verbrechen anordneten, frei gingen. Diese ungerechte Schuldumkehr wird durch die zu ratifizierenden Änderungen durchbrochen. Sie stellen ein klares Signal an die Verantwortlichen dar, sich ihrer Führungsverantwortung bewusst zu sein, weil Aggressionsverbrechen künftig nicht mehr ungesühnt bleiben dürfen.

Ana Gomes (S&D). - Tenho muita honra em estar entre os promotores da resolução que o Parlamento Europeu deverá amanhã adotar nesta matéria. A entrada em vigor da jurisdição do Tribunal Penal Internacional sobre o crime de agressão, definido e aprovado pelos Estados Partes em Kampala, vai permitir a fundação de um sistema que penalize, efetivamente, o uso ilegal da força armada e que abra a possibilidade de responsabilização criminal dos perpetradores de violência contra a integridade territorial e a independência entre Estados Partes.

Mittwoch, 16. Juli 2014

A introdução no plano do Direito Penal Internacional da definição do crime de agressão é um avanço civilizacional necessário para reforçar a jurisdição do Tribunal Penal Internacional, mas também vital para marcar a atualidade da Carta das Nações Unidas e fortalecer o caráter vinculativo das decisões do Conselho de Segurança da ONU.

O crime de agressão inaugura uma nova era nas competências do Tribunal. Se até aqui a jurisdição do Tribunal se centrava nos crimes de genocídio, crimes contra a humanidade, crimes de guerra, contra indivíduos e povos, a competência penal sobre crimes de agressão permite responsabilizar penalmente Estados pelo uso da força militar ilegal e não sancionada pelos princípios da Carta das Nações Unidas, nomeadamente com implicações no direito à autodefesa.

Este é um passo civilizacional fundamental para a instauração de uma verdadeira ordem de segurança coletiva. Mas para isso é preciso que o efeito dissuasor funcione, é preciso que nos invistamos, que a União Europeia se invista politicamente na ratificação do Estatuto de Roma do TPI e nas alterações aprovadas em Kampala por parte de todos os Estados que ainda não aceitaram a jurisdição do Tribunal e, em particular, aqueles que são os nossos parceiros no quadro de diversos acordos de cooperação.

É necessário também que os mecanismos de ativação da jurisdição previstos nas alterações de Kampala ao Estatuto do Tribunal sejam utilizados e que o Conselho de Segurança se comprometa a uma ação responsável e consonante com a Carta das Nações Unidas. Dadas as competências reforçadas na matéria que conferem ao Conselho de Segurança o direito de determinar se um dado acontecimento constitui ou não um ato de agressão punível à luz do Direito Penal Internacional, o que inevitavelmente elevará a fasquia segundo a qual o Procurador do Tribunal poderá ou não investigar um caso de agressão, então é vital que os cinco membros permanentes não embarquem numa estratégia de atraso propositado do trabalho do Procurador para se garantirem a si próprios uma imunidade e aos seus aliados. Uma tomada de posição do Conselho de Segurança é fundamental nesta matéria, de acordo com os objetivos estipulados em Kampala.

A União Europeia que se construiu a partir dos escombros deixados na Europa, e não só pela Alemanha nazi, tem que adotar uma posição comum nesta matéria, como pedimos nesta resolução do Parlamento Europeu, sem reboço de agir como baluarte do TPI e do reconhecimento do crime de agressão.

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio, a nome della Vicepresidente della Commissione e Alto Rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza*. - Signora Presidente, nel ringraziare i deputati che sono intervenuti per il contributo apportato al dibattito su questo tema importante, permettetemi di ribadire che l'Unione europea si iscrive in una tradizione solida di convinto sostegno alla Corte penale internazionale. Consideriamo che la comunità internazionale trovi in una Corte efficiente uno strumento indispensabile per combattere l'impunità e promuovere un ordine internazionale basato sullo stato di diritto, la pace e la riconciliazione. Per questo motivo la Corte penale internazionale resterà una priorità importante dell'Unione europea negli anni a venire.

L'UE continuerà quindi a sostenere la Corte penale internazionale a livello politico e diplomatico, così come con la logistica e il finanziamento. Come esempio concreto di sostegno citerò l'impegno dell'Unione europea a favore dell'universalità dello Statuto di Roma e per la promozione di una migliore comprensione del mandato della Corte penale internazionale.

L'UE continua ad adoperarsi al massimo per far progredire questo processo presso i paesi terzi, in particolare nei dialoghi periodici sui diritti umani con oltre quaranta paesi, con campagne sistematiche di iniziative diplomatiche nel mondo, con l'organizzazione di seminari locali o regionali sul tema, con l'inserimento sistematico di una clausola sulla Corte penale internazionale negli accordi con i paesi terzi – come veniva richiamato prima – o con il sostegno finanziario alle organizzazioni della società civile attive nella promozione dell'universalità dello Statuto.

Il Servizio europeo per l'azione esterna continuerà a facilitare lo scambio di informazione e il coordinamento fra gli Stati membri nei progressi del processo di ratifica che, come è stato detto, riguarda singolarmente gli Stati membri. Ce ne sono alcuni – sono stati citati, a partire dal mio – che sono ancora impegnati nel processo di ratifica e a cui noi chiederemo che accelerino – a partire naturalmente dall'Italia – i processi di ratifica in corso.

Mittwoch, 16. Juli 2014

President. - I would like to thank you for your comment that you, as acting President-in-Office, will ask your Member State and also thank all of those other speakers who said that they, as parliamentarians, would push their own Member States to continue to ratify. Allow me this comment here from the chair as it is important that we continue to have Member States sign up to the agreement.

The motions for resolutions to be tabled under Rule 123(2) will be announced in the House at a later time.

The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 17 July 2014.

21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

22. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 20.05)

Donnerstag, 17. Juli 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 17. JULI 2014

(2022/C 344/04)

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	248
2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	248
3. Lage in der Ukraine (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	248
4. Arbeitsplätze für Jugendliche (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	248
5. Lage im Irak (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	248
6. Eskalation der Gewalt zwischen Israel und Palästina (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll ..	248
7. Verbrechen der Aggression (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	248
8. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	248
8.1. Sudan: der Fall Meriam Yahia Ibrahim	248
8.2. Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Ägypten	254
8.3. Nigeria - die jüngsten Angriffe von Boko Haram	260
9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	266
10. Abstimmungsstunde	266
10.1. Sudan: der Fall Meriam Yahia Ibrahim (RCB8-0010/2014, B8-0010/2014, B8-0012/2014, B8-0014/2014, B8-0017/2014, B8-0018/2014, B8-0022/2014) (Abstimmung)	267
10.2. Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Ägypten (B8-0007/2014, B8-0008/2014, B8-0009/2014, B8-0011/2014, B8-0013/2014, B8-0015/2014, RCB8-0007/2014) (Abstimmung)	267
10.3. Nigeria - die jüngsten Angriffe von Boko Haram (RCB8-0016/2014, B8-0016/2014, B8-0019/2014, B8-0020/2014, B8-0021/2014, B8-0023/2014, B8-0024/2014) (Abstimmung)	267
10.4. Ernennungen in interparlamentarische Delegationen (Abstimmung)	267
10.5. Lage in der Ukraine (RCB8-0025/2014, B8-0025/2014, B8-0026/2014, B8-0028/2014, B8-0029/2014, B8-0054/2014, B8-0056/2014, B8-0057/2014) (Abstimmung)	267
10.6. Arbeitsplätze für Jugendliche (RCB8-0027/2014, B8-0027/2014, B8-0030/2014, B8-0051/2014, B8-0052/2014, B8-0053/2014, B8-0055/2014, B8-0058/2014) (Abstimmung)	268
10.7. Lage im Irak (RCB8-0059/2014, B8-0059/2014, B8-0060/2014, B8-0061/2014, B8-0062/2014, B8-0063/2014, B8-0064/2014) (Abstimmung)	268

Donnerstag, 17. Juli 2014

Inhalt	Seite
10.8. Eskalation der Gewalt zwischen Israel und Palästina (RCB8-0071/2014, B8-0071/2014, B8-0072/2014, B8-0073/2014, B8-0074/2014, B8-0075/2014, B8-0076/2014, B8-0077/2014) (Abstimmung)	269
10.9. Verbrechen der Aggression (B8-0065/2014, RCB8-0066/2014, B8-0066/2014, B8-0067/2014, B8-0068/2014, B8-0069/2014, B8-0070/2014) (Abstimmung)	269
11. Zusammensetzung des Parlaments	269
12. Erklärungen zur Abstimmung	269
12.1. Lage in der Ukraine (RCB8-0025/2014, B8-0025/2014, B8-0026/2014, B8-0028/2014, B8-0029/2014, B8-0054/2014, B8-0056/2014, B8-0057/2014)	269
12.2. Arbeitsplätze für Jugendliche (RCB8-0027/2014, B8-0027/2014, B8-0030/2014, B8-0051/2014, B8-0052/2014, B8-0053/2014, B8-0055/2014, B8-0058/2014)	278
12.3. Lage im Irak (RCB8-0059/2014, B8-0059/2014, B8-0060/2014, B8-0061/2014, B8-0062/2014, B8-0063/2014, B8-0064/2014)	295
12.4. Eskalation der Gewalt zwischen Israel und Palästina (RCB8-0071/2014, B8-0071/2014, B8-0072/2014, B8-0073/2014, B8-0074/2014, B8-0075/2014, B8-0076/2014, B8-0077/2014)	301
12.5. Verbrechen der Aggression (B8-0065/2014, RCB8-0066/2014, B8-0066/2014, B8-0067/2014, B8-0068/2014, B8-0069/2014, B8-0070/2014)	308
13. Berichtungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	312
14. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	312
15. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	312
16. Unterbrechung der Sitzungsperiode	312

Donnerstag, 17. Juli 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 17. JULI 2014

Președinte: CORINA CREȚU

Vicepreședintă

1. Eröffnung der Sitzung

(Ședința a fost deschisă la ora 10.00)

2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

3. Lage in der Ukraine (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

4. Arbeitsplätze für Jugendliche (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

5. Lage im Irak (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

6. Eskalation der Gewalt zwischen Israel und Palästina (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

7. Verbrechen der Aggression (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

8. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

8.1. Sudan: der Fall Meriam Yahia Ibrahim

Președinte. - Primul punct pe ordinea de zi se referă la dezbateră privind cazurile de încălcare a drepturilor omului, a democrației și a statului de drept.

Primul punct pe ordinea de zi este Sudan - cazul lui Meriam Yahia Ibrahim

(RC-B8-0010/2014) (2014/2727(RSP))

Peter van Dalen, Auteur. - Meriam Ibrahim is een katholieke christen en zij zit nu vast in de Amerikaanse ambassade in Khartoem en kan geen kant op!

Het is volstrekt onacceptabel dat het regime in Sudan haar op oneigenlijke argumenten vasthoudt. Zij moet vrij het land kunnen uitreizen. En daarom doe ik vandaag drie oproepen:

Donnerstag, 17. Juli 2014

1. Aan de regering in Sudan om haar menswaardig te behandelen en haar te laten gaan;
2. Aan Catherine Ashton om zich maximaal in te zetten voor de vrijheid van Meriam Ibrahim;
3. Aan paus Franciscus om zich persoonlijk en direct in te zetten voor Meriam's vrijheid, haar uit te nodigen om naar het Vaticaan te komen en haar te laten ophalen in Khartoem.

De komende dagen zet ik deze oproepen om in een aantal brieven en ik nodig de collega's uit in de komende dagen deze brieven te ondersteunen en mede te ondertekenen om Meriam vrij te krijgen uit Khartoem.

Tunne Kelam, *author*. - Madam President, we are discussing a problem in a nutshell: Meriam Ibrahim's story reflects a question of principle of universal validity, and the application and practice of such a basic human freedom as freedom of religion and belief, including the freedom to change or abandon a religion. There is ever growing concern that in numerous Islamic states this freedom is seen as a one-way street while the other way, the possibility of converting from Islam to any other religion, is treated as the gravest possible offence.

Only two months ago Meriam Ibrahim, being eight months pregnant, was sentenced by a Sudanese court to 100 lashes for so-called adultery, that is for having married a Christian husband, and apostasy, that is for refusing to convert to Islam. We call on the Sudanese Government which has ratified all relevant human rights conventions to allow Meriam and her family to leave the country immediately for safety reasons, and to repeal any legal provisions that penalise individuals for their religious beliefs and to introduce an immediate moratorium on all executions.

Javier Nart, *Autor*. - Señora Presidenta, yo no quiero condenar la política horrible del Gobierno de Sudán, como no quiero seguir condenando al Gobierno de Israel por su barbarie en Gaza. Quiero que no ocurra más.

El caso de Meriam Yahia Ibrahim es simplemente un caso más, que es la anécdota dentro de la espantosa categoría que significa Sudán completo. Hoy en Sudán se están practicando masacres continuadas en Yebel Nuba, en la zona occidental de Darfur y en Kordofán. Por lo tanto, lo que tenemos que hacer es ser proactivos.

Tenemos herramientas que no son condenas formales y retóricas: tenemos capacidad y la capacidad se llama sencillamente, por ejemplo, Acuerdos de Cotonú, vincular de una manera efectiva la cláusula democrática —que yo llamo la cláusula hipócrita—, porque jamás se ha aplicado (aunque es generalmente el artículo 2 de todos los tratados de asociación) o exigir la necesaria actividad democrática de un país para que siga manteniendo vínculos privilegiados o vínculos especiales económicos, comerciales, de cualquier tipo.

Por lo tanto, más allá de la condena del caso horroroso de Meriam Yahia Ibrahim es aplicar la cláusula democrática y vincular nuestra relación a estos países efectivamente, con el respeto mínimo a los derechos humanos.

Judith Sargentini, *Auteur*. - De aanleiding van deze resolutie is de gevangenschap van Meriam Yahia Ibrahim, een vrouw die haar eigen geloof niet mocht kiezen. Meriam zit nu in de Amerikaanse ambassade, de hele wereld kent haar zaak. Dat is goed, zij verdient onze aandacht en bescherming.

Maar er zitten nog veel meer vrouwen en mannen in gevangenissen in Sudan, vrouwen en mannen die net zoals Meriam daar niet horen te zitten. Vrouwen, omdat zij zich in de ogen van het regime onzedig hebben gedragen, omdat zij een broek dragen. Vrouwen en mannen, omdat zij het waagden een krantje of een pamflet te schrijven met kritiek op al-Bashir en zijn entourage. Het zijn mensen die onze bescherming nodig hebben, bescherming die wij hen kunnen bieden met een resolutie waarin

wij hun namen noemen. Zij hebben er recht op dat wij hun conflict niet versimpelen tot een conflict tussen moslims en christenen.

Het zijn mensen uit Darfur, uit de Nuba Mountains, uit de Blue Nile, uit Kordofan, mensen die bedreigd worden om hun huidskleur, hun religie, om wat dan ook. Maar ook omdat het regime voor niemand goed is.

Donnerstag, 17. Juli 2014

In april beloofde al-Bashir alle politieke gevangenen vrij te laten. Het is niet gebeurd, de veiligheidsdiensten blijven mensen arbitrair oppakken. Wij hebben eigenlijk met deze resolutie de kans gemist om écht een punt te maken van het regime in Sudan, dat mensen, activisten en burgers oppakt, mishandelt en langdurig zonder gerecht in de gevangenis stopt. Dát hadden wij moeten doen!

Josef Weidenholzer, Verfasser. - Frau Präsidentin! Meriam Yahia Ibrahim stellt einen traurigen Schicksalsfall dar. Sie und ihre Familie mussten Unglaubliches durchmachen. Es ist wirklich zu hoffen, dass es persönlich bald zu einer positiven Lösung kommen wird. Die sudanesishe Regierung wird aufgefordert, alles Notwendige für ihre unverzügliche Freilassung zu veranlassen.

Dieser Fall ist aber auch exemplarisch zu sehen, weil hier fundamentale Menschenrechte verletzt wurden, das Recht auf Religionsfreiheit und das Recht, seine Religionszugehörigkeit zu wechseln, das Recht auf Partnerwahl und das Recht auf faire rechtsstaatliche Verfahren, das Prinzip der Gleichberechtigung der Geschlechter und das daraus resultierende Recht der Gleichbehandlung. Unsere Entschließung erinnert den Sudan daran, dass er sich in internationalen Verträgen verpflichtet hat, diese Rechte zu achten und sie zu garantieren. Es geht darum, dass er diesen Verpflichtungen umgehend und vollinhaltlich nachkommt.

Marie-Christine Vergiat, auteure. — Madame la Présidente, le Soudan est sous l'emprise d'un des pires dictateurs du monde depuis le coup d'État que je qualifierais de militaro-islamique en 1989. La sécession avec le Soudan du Sud en 2011 n'a rien arrangé. Le problème des frontières, notamment, n'a jamais été résolu. Les conflits internes avec leur lot de réfugiés et de déplacés connaissent même une recrudescence ces derniers mois. Au nord, le sinistre Béchir en profite, plus que jamais, pour accentuer la répression et les violations des droits de l'homme. Oui, Meriam est, effectivement, un cas exemplaire.

Aujourd'hui, cette région du monde reste l'un des principaux terrains de jeu des grandes puissances mondiales. C'est lié à la manne pétrolière et aux autres richesses du sous-sol, à tel point que le Soudan est la quatrième terre d'investissements étrangers en Afrique subsaharienne. Mais c'est aussi lié à la situation géostratégique de ce pays. Alors oui, les pays occidentaux ont des responsabilités. En janvier dernier, Béchir a annoncé un dialogue national, mais en fait de dialogue national, c'est la répression tous azimuts qui sévit. Pire, les ONG n'ont plus accès au territoire. La situation humanitaire est dramatique. Nous avons adopté une résolution en octobre 2013 alors qu'une vague de protestations sans précédent avait lieu dans le pays après la suppression des subventions aux carburants ayant entraîné des hausses gigantesques au niveau des taxes. Béchir n'a fait là, pour une fois, qu'écouter la communauté internationale, le FMI pour être plus précis. Ladite communauté internationale est donc plus efficace en matière économique qu'en matière de droits de l'homme. Les partis d'opposition sous la houlette du front révolutionnaire du Soudan, travaillent depuis plusieurs mois un plan de paix. Ils sont aujourd'hui largement rassemblés, opposition armée ou non, officielle ou non. Ils ont compris que leur désunion faisait le jeu de leur tyran. Ils étaient dans nos murs hier après-midi, ils nous ont appelés à l'aide.

Je voudrais remercier ici les parlementaires de presque tous les groupes politiques qui ont parrainé cette initiative et qui ont permis qu'un paragraphe de cette résolution soutienne ce processus de paix. Nous devons continuer à y travailler notamment en appliquant la clause droits de l'homme des accords de Cotonou et en nommant un haut représentant pour les droits de l'homme. C'est ce que je vous demande aujourd'hui, Madame la Commissaire. Il y a urgence.

Jaromír Štětina, za skupinu PPE. – Paní předsedající, já budu hlasovat pro usnesení týkající se paní Marjam Jahjá Ibráhímové. Trest smrti a trest sta úderů na záda těhotné ženy je barbarství. Rozsudek je irelevantní dokonce i podle práva šaría. Paní Marjam byla vychována jako křesťanka a nemůže být proto souzena za odstoupení od víry.

Jsem rád, že Evropský parlament případ paní Marjam Jahjá Ibráhímové projednává. Zejména v době, kdy etnické a konfesionální nenávisti vzbuzují nové a nové ozbrojené konflikty ve světě.

Rozsudek je extrémní manifestací radikálního islamismu, který vrhá temné světlo na islám jako velkou světovou civilizaci. Politický radikální islamismus a islámská víra jsou dvě různé věci.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, w imieniu grupy S&D. – Pani Przewodnicząca! Meriam Yahia Ibrahim, skazana w Chartumie na karę śmierci za rzekomą apostazję z islamu, czeka na nowy proces. Taką decyzję podjął sąd najwyższy Sudanu, niewątpliwie pod naciskiem wielu państw i organizacji międzynarodowych. Przypadek skazania na śmierć 27-letniej Meriam nie jest niczym wyjątkowym. Każdego roku, niestety, wiele osób w Sudanie z tego powodu jest zabijanych, jeśli nie przez państwo, to przez własne rodziny.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Meriam Yahya Ibrahim jest według szariatu muzułmanką; sąd uznał zatem jej małżeństwo z chrześcijaninem za nieważne, a pożycie za cudzołóstwo. Kobiętę zatrzymano w ósmym miesiącu ciąży.

To wydarzenie jest emblematiczne dla zaostrzającej się polityki sudańskich władz i rosnącej nietolerancji względem mniejszości religijnych, działalności aktywistów, opozycjonistów czy organizacji promujących prawa kobiet. Ale Sudan jest też stroną umów ONZ dotyczących poszanowania wolności sumienia i wyznania i jest zobowiązany strzec powyższych wartości. Dotyczy to także wolności zgromadzeń, swobody działalności politycznej organizacji pozarządowych i kobiet.

Kazimierz Michał Ujazdowski, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! W sprawie prześladowania chrześcijan, w sprawie naruszania wolności religijnej potrzebne są nie tylko deklaracje, ale bardzo konkretne i zdecydowane czyny. To jasne, popieram rezolucję w sprawie Sudanu, w sprawie prześladowania Meriam Ibrahim, ale chciałbym, żeby nasze działania - działania Unii Europejskiej w tej sprawie – były bardzo zdecydowane. Pan premier Renzi dwa tygodnie temu powiedział „Nie ma zgody na prześladowanie chrześcijan”. Trzymam go za słowo, chcę, żeby wszystkie instytucje unijne były w tej sprawie bardzo zdecydowane i konsekwentne. Bronimy Meriam Ibrahim i bronimy prześladowanych chrześcijan nie tylko ze względu na wolność religijną, ale także dlatego, że chrześcijaństwo jest podstawą cywilizacji europejskiej. Nie ma Europy bez podstawy w postaci chrześcijaństwa. To są dwie silne racje, dla których powinniśmy w tej sprawie być bardzo zdecydowani. W tej i we wszystkich innych przypadkach prześladowania chrześcijan.

Louis Aliot (NI). - Madame la Présidente, nous sommes légitimement indignés par la condamnation à mort de M^{me} Meriam Yahia Ibrahim Ishag sous prétexte qu'elle aurait quitté l'Islam pour adopter la foi chrétienne.

Ce cas particulier pose le problème de la persécution religieuse. Aujourd'hui, 70 % de la population mondiale vit dans un pays qui restreint cette liberté. Sur quatre victimes de persécution religieuse dans le monde, trois sont des chrétiens. La principale cause est l'islamisme radical, comme au Soudan, au Nigeria, en Irak, au Yémen, en Égypte, en Somalie ou encore au Pakistan.

Avec le réveil de l'Islam, les chrétiens d'Afrique subsaharienne sont de plus en plus persécutés, nécessitant même des interventions militaires comme au Mali ou en Centrafrique. Au Printemps arabe succède maintenant un hiver chrétien. Au-delà de la juste indignation du cas de Meriam et des pressions exercées sur le Soudan pour empêcher cette abomination, l'Union européenne doit rappeler l'incompatibilité totale des valeurs qui font de notre civilisation avec la loi islamique totalitaire qui progresse partout, y compris en Europe.

Enfin, il devient urgent d'interpeller l'Arabie Saoudite et le Qatar sur leurs responsabilités dans le soutien permanent qu'ils apportent à tous les mouvements criminels religieux qui se développent et progressent aux quatre coins du monde.

(Applaudissements)

Pavel Svoboda (PPE). - Paní předsedající, celé mezinárodní společenství je otřeseno tím, co se dnes děje v Súdánu. Marjam Jahjá Ibráhímová se provinila tím, že jako dcera etiopské křesťanky se provdala za křesťana. V květnu byla tehdy těhotná Marjam odsouzena ke sto ranám bičem a k trestu smrti a nebylo zde ještě řečeno, že Marjam musela porodit své dítě doslova spoutaná v řetězech. Marjam je jedna, ale my se musíme ptát, kolik podobných Marjam je v Súdánu a v celém světě?

Lidská práva, včetně svobody vyznání, musejí platit bez ohledu na hranice států. Byla zde připomenuta dohoda z Cotonou, ale také bych chtěl připomenout, že existuje doporučení Rady Evropské unie z června 2013, které podmiňuje rozvojovou pomoc tím, že výslovně bude dodržována náboženská svoboda.

Marjam, my v Evropě na tebe nezapomínáme!

Marc Tarabella (S&D). - Madame la Présidente, la situation que nous évoquons aujourd'hui est d'une extrême importance. Il s'agit d'une atteinte fondamentale aux droits humains, une atteinte intolérable que l'Union européenne ne peut en aucun cas laisser sans réponse.

Donnerstag, 17. Juli 2014

M^{me} Ibrahim Ishag a été arrêtée et condamnée à mort pour une question de liberté fondamentale, celle du choix de l'appartenance religieuse. Il est vrai que si cette condamnation à mort a été annulée, il n'en demeure pas moins que M^{me} Ibrahim continue à faire face à des accusations fabriquées de toutes pièces pour l'empêcher de quitter le territoire. Elle a dû se réfugier à l'ambassade des États-Unis. Sa situation est donc extrêmement précaire et nous nous devons de prendre les mesures pour sanctionner ces décisions prises à l'encontre de M^{me} Ibrahim.

L'Union doit impérativement s'investir pour faciliter sa libération et rappeler une nouvelle fois la force des valeurs de l'Union. Nous ne pouvons laisser ce crime sans réponse car, en effet, si elle a été de confession chrétienne, on doit rappeler que son père, musulman, l'a abandonné et que c'est sa mère qui l'a élevée et donc, il n'y a pas eu d'apostasie. Il n'y a donc aucune raison objective de lui reprocher ce qu'on lui reproche aujourd'hui. Faisons tout ce que nous avons en notre pouvoir pour l'aider dans cette épreuve difficile.

Andrzej Grzyb (PPE). - Pani Przewodnicząca! Sprawa Meriam Ibrahim to jest dramat przede wszystkim kobiety, to jest dramat matki, która nie mogła urodzić swojego dziecka w normalnych warunkach, tylko w więzieniu za coś, co jest normalnym prawem człowieka, bo każdy człowiek ma prawo do wyznania – określonego wyznania, które sam wybrał. Ona zdecydowała, że będzie chrześcijanką i również żoną Amerykanina. I za to została posadzona do więzienia, a nie za to, że popełniła jakiegokolwiek przestępstwo. W tej sprawie Parlament Europejski podejmował rezolucje, w sprawie wolności i przestrzegania praw chrześcijan w świecie. Zostały również przyjęte wytyczne w tej sprawie, jak postępować przez dyplomację europejską w sprawach prześladowanych mniejszości religijnych, w tym również chrześcijańskiej. Sprawa jest poważna i to jest przykład, w jaki sposób Sudan łamie te zasady.

Jako Parlament Europejski nie możemy milczeć i dlatego wszystkim, którzy przyczynili się do złożenia projektów rezolucji również serdecznie dziękuję. Sam będę za nią bardzo głosował.

Liisa Jaakonsaari (S&D). - Arvoisa puhemies, ensinnäkin kiitoksia puhemiehistölle siitä, että ihmisoikeuskysymykset ovat nyt järkevään aikaan. Viime kaudella kysymykset olivat torstai-iltana ja täällä oli alle kymmenen ihmistä ja äänestysluokset saattoivat olla aivan sattumanvaraisia. Tämä on ihmisoikeuskysymyksille tärkeä paikka juuri tänä aikana, jolloin monissa jäsenvaltioissa yleistyi semmoinen käsitys, että tärkeintä ulkopolitiikassa on vain kauppa. Näin ihmisoikeuskysymysten korostaminen on äärettömän tärkeää, koska Euroopan Unionilla täytyy olla arvoja eikä pelkääntään intressejä.

Meriam Ibrahimin tapaus on järkyttävä esimerkki, kyllä Euroopan unionin täytyy nyt tehdä ja näyttää voimansa siitä, että hänet vapautetaan. Meidän täytyy puolustaa häntä, muuten Euroopan unionilla ei ole oikeastaan ulkopolitiikkaa. Voi olla vain kauppa, mutta se ei ole oikein.

Silvia Costa (S&D). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, Meriam – un nome biblico – imprigionata nonostante fosse incinta, con un bambino e con un bambino handicappato, condannata per apostasia, ovvero per la sua fermezza nel non violare la sua fede cristiana, da simbolo di fragilità è diventata simbolo di forza e di coraggio – come succede a molte donne nella storia – ma anche un messaggio forte per tutti noi: senza la libertà religiosa non c'è libertà.

Ora l'Unione europea deve prendere una forte iniziativa in sede ONU più di quello che ha fatto finora per richiamare il Sudan al rispetto delle convenzioni e dei diritti umani e far cessare le persecuzioni che in troppe parti del mondo stanno colpendo in particolare, ma non solo, le comunità cristiane, comunità che spesso sono di dialogo e di mediazione culturale e sociale.

Androulla Vassiliou, Member of the Commission. - Madam President, we welcome the adoption of Parliament's urgent resolution on the case of Meriam Yahia Ibrahim. Like you, we have been dismayed that this young mother could be sentenced to death and flogging on charges of apostasy and adultery. Freedom of religion or belief is a universal human right that needs to be protected everywhere and by everyone. Moreover, Sudan has ratified the relevant UN Conventions and African Union instruments and is thus bound to defend and promote this freedom, as was stressed by Mr Weidenholzer.

Donnerstag, 17. Juli 2014

There has been an international outcry against the verdict against Meriam Yahia Ibrahim, which contributed in the end to her release on 23 June by an appeals court. The European Union and Member States have been leading this protest, including with a widely publicised statement by the Presidents of the European Commission, Council and Parliament, together with religious leaders on 10 June. The EU and Member States have also engaged in intensive quiet diplomacy to secure her release. However, on 24 June we learnt with great concern of Meriam's new arrest, this time on charges of forgery and fraud as she tried to leave the country with South Sudanese travel documents.

We are following the case closely. She has found refuge in the US Embassy in Khartoum and we hope that she will be able to resettle in a life in safety with her family as soon as possible. The legal provisions curtailing freedom of religion or belief remain in place in Sudan. Let us not forget the many Sudanese opposition politicians, journalists, human rights defenders and ordinary citizens who are still being held in prison on the grounds of their convictions, often without charges and in dire conditions. Therefore, we call on the government of Sudan to release these political prisoners and to guarantee the human rights of all its citizens. Only this can create the political space which is urgently needed to bring about peace, reconciliation and democratic governance in a country which remains torn apart by violent conflict and in which there are many Meriams, all of whom deserve our support.

Președinte. - Dezbateră este închisă.

Votarea va avea loc imediat după dezbateri.

Declarații scrise (articolul 162)

Monica Luisa Macovei (PPE), *in writing*. – The recent actions and attitudes of the Sudanese authorities toward Meriam Yahia Ibrahim are outrageous and I condemn them. Sentencing a pregnant woman to a hundred lashes and eventually to death by hanging unless she converts to Islam is a serious breach of human rights and it is absolutely unacceptable. Outrageous and appalling is also the reason for this condemnation: Ms Ibrahim was charged with adultery because of her marriage to a Christian man. According to a statement issued by the Sudanese Embassy in the US, this case is just a legal issue and not a religious or a political one. I disagree. This is torture, discrimination and an alarming violation of the freedom of religion or belief; Sudan is obliged to respect civil rights under the UN and African Union conventions, and under the Cotonou Agreement. Thus, I strongly urge the authorities of Sudan to heed the urging of the European Union, to exonerate Ms Ibrahim and to proceed with legal reforms without delay. As such, I join my colleagues in asking Sudan to stop applying Sharia law to persons who are not of Muslim faith and to ensure the protection of every individual's human rights.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. – Herr Präsident! Christenverfolgung ist in Staaten in denen die Gesetze der Scharia gelten, nichts Alltägliches.

Besonders zeigt sich dies am Fall der 26jährigen Maryam Yahya Ibrahim Ishaq. Sie wurde im August 2013 verhaftet, da sie selbst nicht nur Christin, sondern auch mit einem verheiratet ist. Ihre Eheschließung wurde für ungültig erklärt und das „Gericht“ verurteilte sie zum Tode. Darüber hinaus auch noch zu 100 Peitschenhieben vor ihrer Hinrichtung.

Wäre das Urteil vollstreckt worden, wären ihre Kinder - ihre Tochter brachte sie im Omdurman Federal Women's Prison zur Welt und ihr Sohn lebte ebenfalls in der Zelle - in die Obhut des Staats gefallen, da der Vater als Christ, keinen Anspruch auf seine Kinder hatte. Ende Juni diesen Jahres wurde sie dann doch freigelassen, da der Druck auf den Sudan zu stark wurde. Fast eine Million Menschen unterzeichneten diesbezüglich eine Petition.

Möglich ist ein solch brutales Urteil seit 1983, seitdem im Sudan die Scharia gilt. Diese sieht die Todesstrafe für die „Abwendung vom Islam“ vor. Frauen ist es auch verboten nicht-muslimische Männer zu heiraten. NGOs wie „Open Doors“ sehen den Sudan auf Platz 11 des „Christlichen Weltverfolgungsindex“. Nicht-Moslems werden im Sudan staatlich diskriminiert und tausende Christen nach der Scharia bestraft.

Donnerstag, 17. Juli 2014

8.2. Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Ägypten

Președinte. - Următorul punct pe ordinea de zi se referă la libertatea de exprimare și de întrunire în Egipt (RC B8-0007/2014) (2014/2728(RSP)).

Mark Demesmaeker, Auteur. - Egypte is het handboek “1984” van Georges Orwell in de praktijk aan het omzetten. Creëer een binnenlandse vijand en een buitenlandse vijand, om dan te zeggen, zoals president al-Sisi doet, “ik zal jullie beschermen in ruil voor het verlies van jullie mensenrechten, van het verlies van persvrijheid, van het democratische recht een eigen stem te hebben”.

Mensen ernstige misdaden in de schoenen schuiven en dan niet met bewijs komen. De geheime diensten bepalen wat wel en wat niet waar is. De staatsmedia verkopen onwaarheden, terwijl de onafhankelijke pers aan banden wordt gelegd. Egyptische gevangenen zijn volgens getuigen psychisch ondraaglijk. Zij zitten overvol met mensen die zich hebben verzet tegen de overheid, nog meer dan onder het Moebarak-regime.

Ongegeneerd worden nu ook westerlingen veroordeeld voor dingen die zij niet gedaan hebben. De Nederlandse journaliste Rena Netjes, die ook in onze resolutie een betreurenswaardige vermelding krijgt, noemt Egypte niet voor niets Knettergekkistan, of zoals Amnesty International eerder al iets diplomatieker stelde: Egyptes rechtssysteem is kapot en niet in staat recht te spreken. Eén stap vooruit om twee stappen achteruit te zetten. Het is een pijnlijke les voor de Europese Unie, namelijk dat het “meer voor meer”-principe van het nabuurschapsbeleid weinig zoden aan de dijk zet.

Mariya Gabriel, auteure. — Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, les questions de la liberté d'expression et de réunion nous montrent bien que notre partenariat avec les pays du Printemps arabe comme l'Égypte doit encore largement porter sur la démocratisation.

Comme le souligne la résolution commune, nous devons appeler aux autorités égyptiennes de mettre fin à toute forme de violence ou de contrainte envers les journalistes, les blogueurs ou tout autre individu, en raison de leurs opinions politiques ou autres.

Deux messages importants. Le premier: les autorités égyptiennes doivent respecter la liberté d'expression et de réunion car elles sont indispensables à l'épanouissement de la démocratie, mais encore davantage pour respecter leur propre constitution, ce contrat social auquel ont souscrit les citoyens à l'occasion du référendum, il y a à peine six mois.

Quant au deuxième message, les autorités égyptiennes doivent respecter le droit international et les conventions internationales auxquelles l'Égypte est partie, notamment en matière d'indépendance et d'impartialité de la justice. Les détentions arbitraires, sans enquête crédible et approfondie, ne font que susciter davantage le désordre social que les autorités voudraient contrôler.

Nous continuerons à soutenir ce pays voisin, mais le message doit être clair: l'Égypte doit tenir ses engagements.

Jean-Marie Cavada, auteur. - Madame la Présidente, je suis un ancien journaliste et dirigeant de presse depuis presque quarante ans et voudrais saluer les deux interventions qui viennent d'avoir lieu et porter un témoignage un peu plus personnel.

La condamnation des journalistes en Égypte, notamment ceux d'Al-Jazeera, à l'issue d'un procès qui est une parodie de justice, est vraiment inadmissible, ne peut pas être passée sous silence et n'est pas négociable. Parce que nous, élus représentant le peuple, avons besoin de garantir la liberté d'expression.

Je voudrais proclamer dans cette enceinte, qui est soucieuse de valeurs et devrait l'être encore davantage à travers le monde, que comme Amnesty International le proclame, le journalisme n'est pas un crime. On n'est pas un criminel, Monsieur le président al-Sissi, aux motifs que, systématiquement, on n'appartient pas à la famille d'idées des gouvernants ou qu'on veut expliquer autre chose que la propagande.

Nous devons rester vigilants sur ces questions et, au fond, la liberté de la presse n'est pas une affaire de journaliste, c'est une affaire de tous les citoyens.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Je demande à travers vous au Président du Parlement européen d'entamer une démarche explicite et solide auprès du président égyptien afin que cesse ce scandale de la liberté des idées.

Judith Sargentini, Auteur. - Inmiddels een jaar geleden vond de militaire coup in Egypte plaats en ik herinner mij de debatten in dit Parlement. Niemand durfde te zeggen dat het een militaire coup was. Dat de mensen eigenlijk wel een beetje blij waren dat de militairen weer orde op zaken gingen stellen en dat Morsi en zijn moslimbroeders weg waren. God, wat hebben wij ons vergist! Wat heeft u zich vergist! Ik zei toen: "dit vervalt van kwaad tot erger!"

Wij zien activisten, wij zien gewone burgers, wij zien journalisten grootschalig in de gevangenis verdwijnen; zij worden met showprocessen decennialang opgesloten. Wij zien schietpartijen op mensen die aan het demonstreren zijn.

En dit Parlement, maar ook onze hoge vertegenwoordiger Catherine Ashton is niet bereid om heldere taal te spreken. Wat hebben wij gedaan? Wij hebben gewoon een Europese waarnemingsmissie gestuurd naar de presidentsverkiezingen in Egypte en wij hebben die zaak gelegitimeerd. Ik zou nu dan ook willen zeggen: bij de volgende verkiezingen voor het parlement blijven wij thuis, dames en heren, want wij hoeven dit niet te legitimeren!

Mijn vraag aan Catherine Ashton, aan de Europese Commissie is: kunnen wij nu dan eindelijk stoppen met alle zogenaamde voorbereidende werkzaamheden voor samenwerking met Egypte? De tijd is er niet rijp voor! Mijn verzoek aan president al-Sisi is: geef de Egyptische en die Europese journalisten, waaronder mijn Nederlandse landgenote Rena Netjes, de vrijheid en geef die activisten de ruimte om te doen wat zij willen doen: zeggen wat zij vinden!

Josef Weidenholzer, Verfasser. - Frau Präsidentin! Aus vielerlei Gründen ist die Situation in Ägypten von grundsätzlicher Bedeutung für Europa. Es ist das bevölkerungsreichste Land im Programm der Nachbarschaftspolitik. Seine Bevölkerung von über 80 Millionen stellt ein großes Zukunftspotenzial dar. 2011 hat hier der Arabische Frühling seinen Höhepunkt erreicht – ein Zeitpunkt großer Hoffnungen in Ägypten und in der Europäischen Union. Viele sahen eine neue Epoche am Horizont, und ganz neue Perspektiven schienen möglich.

Nach drei Jahren ist dieser Prozess ins Stocken geraten und hat sich dramatisch verändert. Gegenwärtig herrscht ein Klima der Repression, kritische Stimmen in den Medien werden mundtot gemacht und kriminalisiert. Ein Gesetz über das Recht auf öffentliche Versammlungen, Umzüge und friedliche Demonstrationen bewirkt das genaue Gegenteil und erlaubt es den Behörden, Bürgerproteste auf brutale Weise im Keim zu ersticken.

In den letzten Monaten kam es zu unzähligen Verhaftungen und Verurteilungen. Faire Verfahren sind die Ausnahme, und die Haftbedingungen sind katastrophal. Eine solche Situation ist bedrohlich für die Menschen im Land und für Europa. Die Entschließung sollte als ein Zeichen unserer tiefen Besorgnis über die Vorgänge, aber auch als eine Warnung an die politisch Verantwortlichen gesehen werden. Es ist daher folgerichtig, dass auch die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union gefordert ist, Hilfeleistungen davon abhängig zu machen, ob im Bereich von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit Fortschritte erzielt werden können.

Marina Albiol Guzmán, Autora. - Señora Presidenta, en estos momentos entendemos que es importante reiterar la condena al golpe de Estado militar que tuvo lugar hace un año en Egipto, así como condenar y pedir el fin de la brutal represión por parte del Ejército contra activistas, opositores políticos, defensores de derechos humanos y sindicalistas. También hay que exigir a las autoridades egipcias la liberación inmediata de los periodistas encarcelados por informar de noticias legítimas y reiterar nuestra firme oposición a la pena de muerte.

En nuestra opinión, la Unión Europea debería pedir a los Estados miembros que prohíban la exportación de ayuda militar a Egipto y recordar que los acuerdos de asociación están sujetos al respeto de los derechos humanos.

También entendemos que hay que hacer un llamamiento a las autoridades egipcias para que abran la frontera de Rafah para aliviar el sufrimiento del pueblo palestino, que está siendo masacrado en la Franja de Gaza por parte del Ejército de Israel.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Seán Kelly, *thar ceann an Ghrúpa PPE*. – A Uachtaráin, tá áthas orm go bhfuil seans agam labhairt ar an ábhar truamhéalach seo, go háirithe mar a bhaineann sé le mo thír féin, Éire, agus go háirithe í gcás Ibrahim Halawa.

Ibrahim Halawa was born in Ireland 18 years ago. Last summer, he travelled to Egypt with his three sisters for a holiday, and they got caught up in the mass demonstrations following the ousting of President Morsi. They were arrested and thrown into prison, like many others, and were kept in inhumane conditions. Ibrahim's three sisters were released after three months and are now back in Dublin but he has been detained ever since without charge, and is still being kept in inhumane conditions.

There was supposed to be a mass trial yesterday but it was postponed. I call on the High Representative and the European External Action Service in Egypt, as a matter of urgency, to do everything they can to get this young man released so that he can go back to Dublin, pursue his studies, as he wishes to do, and become an engineer. He is no threat to anybody. I call for urgent action.

Goffredo Maria Bettini, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è davvero importante in questa sede perché è compito dell'Europa difendere i diritti umani dovunque essi vengano violati.

In Egitto la situazione è gravissima: uccisione di giornalisti, condanne a morte, cittadini incarcerati per avere espresso il loro pensiero. Occorre chiedere il ripristino in tutte le sedi possibili della legalità democratica. Ma questa risoluzione è importante anche perché fa sentire la nostra voce in un'area sconvolta da processi politici tumultuosi e purtroppo anche di guerra. Basta vedere la situazione di Gaza.

Ed è importante perché l'Europa in quest'area deve far sentire la sua voce molto di più, perché noi, con i nostri equilibrismi e le nostre divisioni, siamo stati troppo silenti rispetto ai problemi di un'area che ci sta vicino e che ha un'importanza enorme per noi, per ragioni storiche, culturali, geografiche ed economiche. Noi dobbiamo sentirci coinvolti pienamente attorno a questi problemi.

Karol Adam Karski, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Prawa do wolności zgromadzeń i słowa są jednymi z najważniejszych w społeczeństwach demokratycznych i tych, które do demokracji aspirują. Niemniej ważne jest jednak prawo do wolności religijnej, włączając w to prawo do praktykowania religii. Prawo to można nawet nazwać istotniejszym, gdyż wyznacza minimalne granice szacunku, jaki należy się ludziom poszukującym fundamentalnych wartości.

Należy zwrócić uwagę, że również to prawo nie jest przestrzegane w Egipcie, zarówno na poziomie normatywnym, jak i przede wszystkim w praktyce. Egipt jest jednym z najniebezpieczniejszych miejsc na świecie dla chrześcijan. Ich życie jest tam w ciągłym zagrożeniu. A stanowią oni około 10% populacji tego bardzo ludnego kraju. Władze robią niewiele, aby chronić ich wspólnoty przed brutalnymi atakami, które często wiążą się ze strzelaniem do bezbronnych ludzi i paleniem miejsc kultu. Tego typu atakom często towarzyszy wręcz ostantacyjna obojętność władz lokalnych.

Ubolewam nad ograniczeniem wolności zgromadzeń i słowa w Egipcie, ale nie możemy też przestać przypominać, że dzieją się tam również znacznie straszniejsze rzeczy.

Fernando Maura Barandiarán, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora Presidenta, el Gobierno del general al Sisi, con la excusa de garantizar la seguridad y el orden público, está reprimiendo de manera cruel y sistemática cualquier tipo de contestación social contra su política, desde la criminalización de los Hermanos Musulmanes hasta la encarcelación de periodistas, políticos y miembros destacados de la sociedad civil, entre otros.

Esto demuestra de manera concluyente que las esperanzas de la transición democrática bajo el actual gobierno son muy débiles. Lo más preocupante es que estos sucesos están teniendo lugar en un entorno jurídico escandalosamente arbitrario, donde constantemente se vulneran los derechos básicos de los detenidos. No han conseguido unir a los socios europeos en una respuesta común a tan lamentables acontecimientos. Una vez más no estamos unidos.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Europa, cuya política exterior debe conjugar la protección de sus intereses con la defensa a ultranza de los principios de libertad, democracia y respeto de los derechos humanos, que son la raíz de su visión del mundo, tiene que hablar con una sola voz y pedir al Gobierno de El Cairo que respete las libertades fundamentales de todos sus ciudadanos sin excepción.

Marisa Matias, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, no Egito o futuro parece-se muito com o passado. No último ano, tivemos 1400 mortes em manifestações. Tivemos, desde janeiro, 1247 condenações a penas de morte por participar em manifestações. Tivemos, no último ano, 22 000 pessoas detidas também em manifestações. Estas são as estatísticas oficiais. Não são sequer os dados, muito provavelmente reais, que são acima disto. Os direitos democráticos estão postos em causa, como o direito de manifestação ou liberdade de associação. Há prisões arbitrárias, proibição de partidos políticos. Obviamente, temos com isto de apelar às autoridades egípcias para que terminem com estas formas de violação e de opressão. Temos também que apoiar as reivindicações do povo egípcio pela justiça, pela liberdade, pelos direitos humanos.

O futuro do Egito tem, contudo, de ficar nas mãos do povo egípcio. Não poderemos admitir interferências externas. Mas há uma coisa que a União Europeia, que os países da União Europeia devem fazer e têm a obrigação de fazer, e essa coisa é proibir a exportação de equipamento de segurança ou militar, porque ele está a ser usado para punir as pessoas que se manifestam de forma normal, como deveria ser em qualquer democracia.

Amjad Bashir, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, before the Arab Spring my wife and I visited Egypt, one of the cradles of civilisation. We had a wonderful time, the people seemed happy and content, and we were able to travel in safety. Sadly the situation has changed for the worse.

What is happening is denying ordinary Egyptians the opportunity to earn a decent living. When the Arab Spring reached Egypt, it reached the centre of the Arab world. The calls for freedom of expression, in peaceful demonstrations in Tahrir Square, augured well for democracy. A military dictatorship has remorselessly crushed those hopes. In the process, it killed almost 72 people in a single day and it has placed thousands in detention.

The role of the army is to defend the nation, not to kill their fellow citizens. Just recently, 46 sentences of life imprisonment and 10 death sentences were handed down, and several more court cases are pending. One hundred and one supporters of a previous, democratically elected government were each sentenced to three years' imprisonment. It is of the utmost importance to respect the will of the people. I know that this Parliament does not always support democracy. I cite, for example, the Danish referendum on the Maastricht Treaty, which was ignored, and the French and Dutch rejections of the EU constitution, which were swept aside as the EU flagship project was pushed through.

With all this in mind, I will be writing to the British Foreign Minister to urge him to express in the strongest terms our disgust at the treatment of innocent Egyptians engaged in peaceful demonstrations. I hope that this will be the new Minister's first achievement. Democratic principles, especially freedom of expression and the right to assemble in a peaceful manner, are basic human rights.

Monica Luisa Macovei (PPE). - Madam President, the situation of the 20 Al Jazeera journalists sentenced by a Cairo court to at least seven years in prison on terrorist-related charges stemming from interviews with the Muslim Brotherhood cannot be tolerated. One of them is Peter Greste. This Australian award-winning journalist went to Cairo to do his job but was unjustly arrested and condemned to prison.

Journalism is a profession that is often risky, but journalism is not a crime. Every effort must be made to release immediately the detained journalists. The Egyptian authorities must respect their new constitution. Democracies cannot be built on the political harassment of journalists and arbitrary detention. I strongly urge the government of Egypt to heed the urging of the European Union to release the journalists and review their trials.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Marian Harkin (ALDE). - Madam President, just like my colleague, Seán Kelly, I would like to raise the issue of the continuing imprisonment of the 18 year-old Irish citizen Ibrahim Halawa. Indeed his trial, due to be held yesterday, was postponed. Caught up with his three sisters in a disturbance in a mosque last August on a visit to Cairo, he has been detained without trial since. And by detaining Ibrahim Halawa the Egyptian authorities totally contravene the terms of the EU-Egypt Association Agreement of last June.

This Agreement states that respect for human rights and democratic principles constitutes an essential element of the Agreement and in this context his detention without trial and for a prolonged period clearly violates the terms of this Agreement.

The fact that Ibrahim's three sisters, who were arrested with him, were released following representations from the Irish Government clearly indicates they were not engaged in any activity that could justify his detention. I am therefore calling on the High Representative and the Commission to demand the release of Ibrahim, and indeed other journalists who have been detained without trial, and for the cessation of the mass trials.

In these trials the rights of the individuals are ignored in a process which has no basis in human rights or acceptable judicial procedure.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL). - Madame la Présidente, nous voici à un an, presque jour pour jour, de ce qu'on peut appeler assurément un coup d'État militaire. Et un coup d'État militaire reste ce qu'il est, nous le voyons malheureusement aujourd'hui, en termes de répression. C'est effectivement pire que sous Moubarak.

Un an plus tard, la situation est dramatique. On ne compte plus les arrestations, les parodies de justice avec à la clé des condamnations, y compris à mort, contre les Frères musulmans mais, plus largement, contre tous ceux qui osent braver le pouvoir: journalistes, défenseurs des droits, militants d'opposition.

Beaucoup de choses ont déjà été dites et je veux parler d'un cas particulier. Celui de Karam Saber, écrivain, directeur d'une ONG, défendant les petits paysans. M. Saber a été condamné pour mépris de la religion, athéisme et incitation au massacre, tout simplement parce qu'il a osé publier un livre sur les pratiques religieuses des paysans. Il a été jugé sur la base de témoignages douteux, au terme d'une procédure entachée d'irrégularités. M. Saber, comme d'autres, doit être libéré.

Les violations des droits de l'homme en Égypte doivent cesser, l'Union européenne a effectivement les moyens de faire pression sur ce pays.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Marek Jurek (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Pani Poseł! Mówiła Pani o zmianie władzy w Egipcie. Ale czy zdaje sobie Pani sprawę z sytuacji, w jakiej był Egipt przed tą zmianą władzy? Płonęły kościoły, destabilizowana była sytuacja geopolityczna, destabilizowane były relacje z Izraelem. To wszystko nie służyło ani prawom człowieka w Egipcie, ani bezpieczeństwu Europy. Jeżeli chcemy, aby nasze argumenty humanitarne trafiały, musimy oceniać sprawiedliwie sytuację w tym kraju i strony tego konfliktu.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), réponse «carton bleu». – Monsieur le député, nous ne nous connaissons pas encore mais vous allez apprendre à me connaître et à savoir que, pour moi, il n'y a jamais deux poids, deux mesures en matière de droits de l'homme.

Je n'ai pas soutenu le gouvernement précédent. J'ai juste dit que le gouvernement actuel est un gouvernement militaire qui a pris le pouvoir de façon militaire et que la situation est pire, non seulement, par rapport au gouvernement précédent mais par rapport au régime de Moubarak. C'est donc une négation de la révolution égyptienne et des demandes du peuple égyptien en matière de démocratie et de droits de l'homme.

Procedura „catch the eye”

Donnerstag, 17. Juli 2014

Charles Tannock (ECR). - Madam President, I gave a cautious welcome to the intervention that ended the disastrous Morsi government, which had tried to turn Egypt into a one-party state under Sharia law and had brought the economy to its knees.

I also gave a cautious welcome to the election of President al-Sisi. But, as a friend of Egypt and a long-standing defender of the large Coptic Christian community which was persecuted under Morsi, I still strongly condemn the harsh and unjust sentences now handed down to the Al Jazeera journalists including my own London constituent Sue Turton.

I call again on President al-Sisi to exercise clemency and cancel her unjust 10-year jail sentence, which will make it impossible for her to work as a journalist in any African Union country. So, Mr al-Sisi, please listen to our appeal.

Marek Jurek (ECR). - Pani Przewodnicząca! Chciałbym kontynuować to, co mówiłem wcześniej. Uważam, że powinniśmy się skupić na apelach o ułaskawienie opozycjonistów skazanych na śmierć. Surowe kary nigdy nie rozwiązują problemów społecznych. Powinniśmy się skupić na uwolnieniu dziennikarzy europejskich, którzy znajdują się w Egipcie, i w ogóle na wolności słowa. Ale temu wszystkiemu nie służy abstrahowanie od warunków zachowania w Egipcie wolności dla wszystkich, również wolności dla chrześcijan, i od zachowania pozycji Egiptu jako kraju, który może konstruktywnie współpracować ze swoimi sąsiadami. Pamiętamy, na jakiej drodze do destabilizacji społecznej był Egipt za poprzednich rządów.

Dlatego formułując nasze surowe oceny, zawsze pamiętajmy, że musimy je adresować do władzy, która jest w stanie ich wysłuchać. Taką, wydaje się, nie była ta władza, która w Egipcie została odsunięta przez obecny rząd.

(Încheierea procedurii „catch the eye”)

Androulla Vassiliou, Member of the Commission. - Madam President, we welcome the adoption of Parliament's urgent resolution on the state of freedom of expression and assembly in Egypt and share this House's concerns. The presidential elections in Egypt at the end of May marked an important step in Egypt's constitutional road map, which will be completed with the upcoming parliamentary elections likely to be held this autumn.

The EU observed the presidential elections. The team led by Mr Mrio David, concluded in the preliminary statement that the elections were technically administered in line with international standards. However, let me remind Members that the report criticised the overall political environment and found a lack of respect for fundamental freedoms and human rights due to political polarisation. It expressed concern at the clamp-down by the authority on the Muslim Brotherhood and on political opposition.

The deteriorating human rights situation, including restrictions on the freedom of expression and of assembly is of great concern to us, and we call on the Egyptian authorities to ensure universal participation in the upcoming parliamentary elections. If not addressed, this issue will cast yet another shadow on Egypt's transition towards democracy. Recent judicial proceedings against many civil society activists, media and supporters of the political opposition have been marked by a lack of respect for due process and by disproportionate sentences, notably on the occasion of the recent mass trials passing death sentences.

We have denounced this and have called for the review of these sentences. Moreover, we are concerned to see that the death penalty was implemented on 16 and 19 June. It should be recalled that the EU is opposed to capital punishment in all cases, and calls for its abolition. We are gravely concerned at the sentences pronounced against the Al Jazeera journalists, including EU citizens, as was recalled by Mr Kelly, as well as those pronounced *in absentia* against other European journalists, and at the heavy jail sentences against prominent activists. We are closely following these cases through our delegation in Egypt.

We call on the Egyptian authorities to allow media and civil society activists to operate freely. In this respect, I would like to refer to the EU guidelines on freedom of expression adopted last May in which we clearly state that 'all governments must allow journalists to work in a free and enabling environment in safety and security, without the fear of censorship or restraint'.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Finally, we worry about the continued detention of human rights activists arrested as they were demonstrating against the protest law. We have repeatedly called on the Egyptian authorities to allow peaceful protests. The protest law will need to be amended. We are fully aware of the volatile security situation and have condemned terrorist attacks, but fighting terrorism should not result in measures which de facto violate civil liberties and freedoms.

Let me conclude by saying that we are monitoring newly-adopted legislation, such as the protest law, and draft legislation, such as the NGO law and counter-terrorism law, with regard to their compliance with human rights. In this respect, the last draft of the NGO law is very worrying as it discriminates against European NGOs. The EU stands ready to offer assistance to Egypt to bring its legislation in line with its international human rights obligations. Egypt, as we all know, is a key neighbour and partner in the region. We shall therefore remain constructively and critically engaged to address all restrictions on human rights, freedom of assembly and freedom of speech. At the same time, we stand by Egypt and support its transition towards democracy and economic prosperity.

Președinte. - Dezbateră este închisă.

Votarea are loc imediat după aceste dezbateri.

8.3. Nigeria - die jüngsten Angriffe von Boko Haram

Președinte. - Următorul punct pe ordinea de zi se referă la situația din Nigeria - atacuri recente ale Boko Haram (RC B8-0016/2014) (2014/2729(RSP)).

Cristian Dan Preda, auteur. - Madame la Présidente, il y a tout juste un an, nous avons traité la question des atrocités commises par le groupe terroriste Boko Haram au Nigéria dans une résolution d'urgence. Force est de constater que les choses n'ont fait qu'empirer entretemps, les attaques armées, les attentats suicides, les enlèvements et autres actes violents, commis par cette secte terroriste contre les civils et les forces gouvernementales se sont multipliés et nous devons les condamner sans réserve.

En même temps, nous devons demander la libération immédiate des filles enlevées dans l'école de Chibok, dont l'histoire tragique a ému la communauté internationale toute entière.

Enfin, je tiens à souligner que je trouve très préoccupante la prolifération des groupes islamistes djihadistes et de leur violence sectaire, qu'il s'agisse de Boko Haram au Nigéria, d'Aqmi ou d'An-Sardine au Mali, ou encore d'Al-Chabab en Somalie, ces groupes terroristes sont devenus une menace croissante pour quiconque n'adhère pas à leurs croyances, et c'est notre devoir d'aider les pays concernés à les combattre.

Louis Michel, auteur. - Madame la Présidente, le groupe islamiste Boko Haram menace, nous le savons bien, gravement la stabilité du pays, de la sous-région et de la région tout entière. Bien entendu, nous condamnons avec force toutes les exactions commises par ce groupe à l'encontre de la population civile, et particulièrement l'enlèvement de plus de 270 écolières du lycée de Chibok.

Les responsables de ces actes innommables doivent évidemment être traqués et traduits en justice. Si nous ne voulons pas que Boko Haram se ligue avec d'autres mouvements de crimino-narcotrafiquants, comme Aqmi, l'État islamique et le Mujao aux portes de l'Europe, il faut une riposte efficace. Et il faut bien dire que nos déclarations qui résonnent de manière incantatoire ne suffisent évidemment pas.

Il est certes indispensable de combiner les questions de sécurité avec celles du développement et de la promotion des droits de l'homme, de travailler sur des programmes d'éducation, de santé, de lutte contre la corruption. Seule une coopération nationale régionale européenne et internationale permet de combattre ces groupes.

Mais je reste convaincu qu'il n'y aura jamais de véritable politique internationale européenne sans capacité militaire capable d'user quand il le faut de la contrainte et de la force.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Charles Tannock, *author*. - Madam President, Boko Haram, in one of its most recent heinous attacks, led an assault on a village in Borno State, killing 44 people and burning down three churches. They believe that Western education is a sin and they hold in contempt the education of young women and the presence in Nigeria of religious minorities – particularly the Christians.

Boko Haram is part of an axis of terrorism that spreads across the Sahel, beginning with Al-Qaeda in the Islamic Maghreb (AQIM) and including Al-Shabaab in Somalia, and stretches across the Middle East, where we see leading groups such as the Islamic State of Iraq and Syria (ISIS), as far as Afghanistan and Pakistan, with the Taliban. The UN must now begin to seek a dedicated international policy – uniting the European Union, the United States, Russia, India and China, all of whom have an interest in fighting global terrorism – and must look at this phenomenon in its entire global context, rather than pursuing the current piecemeal approach.

In countries like Nigeria, where 70% of the population is living on little more than a dollar a day, there is fertile ground for small groups of extremists exploiting individuals in desperate search of work, food and stability. With a weak state, boasting only inadequate security forces, and with corruption in Nigeria endemic, Boko Haram is flourishing. It is dangerously destabilising a fragile country and dividing the Muslim majority of the north from the Christian majority of the south. The response of the government so far is woefully inadequate.

Jean Lambert, *author*. - Madam President, earlier this year the world was absolutely shocked by the abductions and the violence in Chibok and we saw the strong reaction from civil society in Nigeria, from people who do support education for boys and girls – for the attacks of Boko Haram are not only on girls – people who want change in Nigeria, people who want action against Boko Haram, who want accountability from their government and the conviction of those responsible for atrocities.

Obviously we express our sympathy for the friends and the families, not only of the girls from Chibok, but of all of those of different faiths who have been abducted, injured and murdered over the years by the growing violence of Boko Haram and the often violent state pursuit which has all too often substituted indiscriminate force for targeted action.

Nigeria recently became the biggest economy in Africa and we have heard about the great inequality within regions and between north and south. There is an enormous distrust of the government. Where you have that distrust you are not going to get information and people do not feel protected. A major complaint of civil society has been about the apparent absence of the government response. So we would support the action that has been taken by a number of governments in helping on Chibok, but we would hope to see a more concentrated response from the government in Nigeria in coordination with governments elsewhere.

Linda McAvan, *author*. - Madam President, it is almost one hundred days since these girls disappeared and I think we should pledge today that we will keep on campaigning until the girls are released and not let this issue go off the headlines. I agree with Jean Lambert: we need to work together; we need to urge the Nigerian Government to do everything possible to make that happen. But in the long term we need to do more.

In the MDGs we pledged that every child should receive an education but as 2015 approaches there are thousands of schools closed in Nigeria because of terrorist attacks. The international community is now looking at what should replace the MDGs and it is clear that safe schools need to be part of what we are talking about. I want to praise the work of former British Prime Minister Gordon Brown and his wife Sarah who have worked to set up an initiative spearheading safe schools and are putting this on the top of the international agendas on international development.

Yesterday I met UNICEF which reminded us that later this year we will mark 25 years since the signing of the UN Convention on the Rights of the Child. We must do everything we can here to make sure that every child has their rights respected.

Lidia Senra Rodríguez, *Autora*. - Señora Presidenta, una vez más, en nombre de una causa, de una religión o de una ideología, el patriarcado muestra su verdadera cara. Esta vez en forma de violencia contra las mujeres y en contra de unas niñas cuyo único delito es ejercer su derecho a ir a la escuela.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Queremos su liberación inmediata y queremos la garantía de que tanto estas como todas las demás niñas van a poder asistir a la escuela.

Con horror constatamos, una vez más, cómo en casos de conflicto se usa a las mujeres como trofeo, como objeto y como moneda de cambio.

Quiero manifestar nuestra indignación y hacer un llamamiento a las instituciones y a la sociedad para que fortalezcan la lucha por la igualdad y garanticen el respeto de los derechos de las mujeres en todo el mundo y en todas las situaciones.

Mariya Gabriel, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, le message de notre résolution est clair: les attaques et la violence doivent cesser. Les filles et les enfants kidnappés doivent être libérés immédiatement. C'est le message que nous envoyons à la secte terroriste Boko Haram, mais c'est aussi un message pour les autorités nigérianes et les partenaires régionaux.

Les attaques de Boko Haram sont le symptôme de dysfonctionnements qui demandent des efforts plus larges. Je mettrai l'accent sur deux types d'action. Au niveau national, la réforme du secteur de la sécurité et de la justice doit être poursuivie pour que les autorités nigérianes puissent lutter contre le terrorisme tout en respectant les droits de l'homme et le droit international. Puis, au niveau de la coopération régionale, nous savons qu'une partie des financements de Boko Haram provient des trafics d'armes, de drogue et du trafic des êtres humains et que Boko Haram a des bases arrières dans des pays voisins, la coopération est incontournable, notamment pour le partage d'informations.

Aujourd'hui, la CEDEAO et l'Union africaine doivent aussi traduire les déclarations en actes. La coopération régionale est d'autant plus importante que le développement de Boko Haram menace aussi la région voisine. Enfin, *Bring back our girls!*

Ana Gomes, *em nome do Grupo S&D*. – Senhora Presidente, o grupo Boko Haram, com ligações à Al-Qaida, está em campanha terrorista contra o povo da Nigéria, com um custo humano insuportável, despoletando uma crise humanitária. Já se contam em pelo menos 2000 civis mortos em 95 ataques desde o início deste ano de 2014.

Muitos destes crimes constituem verdadeiros crimes contra a Humanidade que precisam de ser investigados e punidos pelas autoridades nigerianas e pelo Tribunal Penal Internacional, que já abriu uma investigação preliminar, pois a Nigéria é Estado Parte do Estatuto de Roma.

O Governo nigeriano, com o auxílio da União Europeia e da comunidade internacional, precisa de dedicar todos os seus esforços para proteger o seu povo destes ataques, nomeadamente as mulheres e raparigas que têm sido alvo particular da sanha odiosa do Boko Haram. Mas precisa também de se debruçar sobre os problemas de fundo da Nigéria, com uma corrupção generalizada, designadamente nas forças armadas e de segurança, o desvio dos fundos do petróleo, a desigualdade e a falta de respeito pelos direitos básicos do povo nigeriano. Todos estes fatores contribuem para a pobreza, a violência e o crescente radicalismo na Nigéria. A ajuda ao desenvolvimento na Nigéria tem de se centrar na remoção das causas da ascensão do Boko Haram.

Bas Belder, *namens de ECR-Fractie*. – Het lijden van christenen in Noord-Nigeria is diep. Boko Haram moordde en plunderde de afgelopen twee maanden immers verder. Aanslagen op dorpen, bomaanslagen op drukbezochte plaatsen en op christelijke doelen. Daarnaast zijn er de zogenoemde "silent killings": individuele christenen, veelal voorgangers of gemeenteliders, worden op systematische wijze koelbloedig vermoord. Betrouwbare lokale bronnen wijzen keer op keer op groeiende aantallen individuele christenen die omgebracht worden en waarvan de berichtgeving niet doordringt tot het wereldnieuws.

Inmiddels heeft de Europese Unie Boko Haram als terroristische organisatie aangemerkt. Derhalve roep ik de Raad en de Commissie dringend op de Nigeriaanse overheid krachtig en aanhoudend aan te spreken op haar elementaire verantwoordelijkheid jegens de eigen christelijke gemeenschap die dagelijks in acuut levensgevaar verkeert. Want van adequate bescherming is geen sprake, noch van adequate overheidshulp aan de slachtoffers van de tomeloze geweldzucht van Boko Haram. Ik verwacht van de Europese Unie dat zij zich als rechtsgemeenschap wel over de Nigeriaanse christenen ontfermt met een open oor en een open oog!

Donnerstag, 17. Juli 2014

[De spreker stemt ermee in een “blauwe kaart”-vraag te beantwoorden (artikel 162, lid 8, van het Reglement.)]

Ryszard Czarnecki (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Pani Przewodnicząca! Chciałem zapytać Pana Posła Beldera, czy uważa, że ewentualne sankcje wobec rządu w Nigerii mogą spowodować rzeczywistą walkę tego rządu z tą sektą, ponieważ mamy wrażenie, że rząd Nigerii albo nie jest w stanie, albo nie chce prowadzić realnych działań, które mają zwalczyć tę straszliwą, uderzającą w dzieci, kobiety, nie tylko mężczyzn, sektę?

Bas Belder (ECR), “blauwe kaart”-antwoord. – Dank u wel, geachte collega Czarnecki, u heeft volkomen gelijk dat wij grote zorg moeten hebben over de houding van de Nigeriaanse overheid, omdat er betrouwbare bronnen zijn die berichten dat de handhavers van orde en wet, het leger met name, dermate geïnfilteerd en geperverteerd is door aanhangers van Boko Haram, dat de Nigeriaanse christenen op het ogenblik geen enkel vertrouwen meer hebben in de ordehandhavingsmethoden van de Nigeriaanse overheid.

Ik denk dan ook dat Raad en Commissie inderdaad een dringend gesprek moeten aangaan met de Nigeriaanse autoriteiten of anders sancties zullen moeten opleggen.

Izaskun Bilbao Barandica, en nombre del Grupo ALDE. – Señora Presidenta, me sumo a la condena del secuestro de las niñas de la escuela de Chibok. Una vez más, la violencia sexual contra mujeres y niñas es utilizada como arma de guerra.

Repudio la violencia de Boko Haram y su fundamentalismo, así como los crímenes y la guerra larvada que se vive en el norte de Nigeria —¡cómo no!—, pero mi reflexión va más allá.

Nigeria es, desde el año 2013, el país más rico de África —su producto interior bruto supera ya al de Sudáfrica— y no solo vive del petróleo: tiene una floreciente industria cultural y de telecomunicaciones, pero el 60 % de la población vive con poco más de un dólar al día. Pensemos en la desesperación que eso produce y en el caldo de cultivo que proporciona a todo tipo de extremismos.

Hay que combatir la inhumanidad de Boko Haram —sin duda—, pero también es inhumano, inasumible que un país tan rico merezca el puesto 153 en el índice de desarrollo humano de las Naciones Unidas. La corrupción institucional y el reparto injusto y desigual de la riqueza también necesitan una condena y soluciones, porque también matan y propician que demasiada gente no tenga nada que perder, siquiera la propia vida.

Por eso, hoy pido la liberación inmediata de las niñas.

Heidi Hautala, Verts/ALE-ryhmän puolesta. – Arvoisa puhemies, Chibokin tyttöjen tapaus paljastaa järkyttävällä tavalla miten naisten- ja tyttöjen oikeuksia poljetaan maailmassa. Meidän tulee työskennellä kaikilla tasoilla, jotta me voimme turvata nämä oikeudet. Malala, Pakistanilainen koulutytty, joka itse oli Talibanin uhri, hän on tällä hetkellä Nigeriassa ja hän on sanonut Boko Haramin johtajille: ”Älkää käyttäkö islamia väärin”. Hän on selvästi saanut myöskin kansainvälisen huomion sille, että näiden tyttöjen tapaus on erittäin tärkeä, kun pyritään puolustamaan naisten ja tyttöjen oikeuksia.

Haluaisin kiinnittää huomiota siihen, että naisten ja tyttöjen oikeuksissa aivan erityisen tärkeä huolenaihe on se, että heidän sukupuolisia ja lisääntymisterveysoikeuksiaan poljetaan kaikkialla maailmassa. Ja toivon, että Euroopan unioni jatkaa kansainvälistä työtään näiden oikeuksien puolesta, jotta jokaisella tytöllä ja naisella olisi mahdollisuus hallita omaa kehoaan, päättää omasta elämästään, eikä alistua tällaisten ryhmien kauppavaraksi, seksuaaliorjiksi ja kaikin puolin menettää mahdollisuutensa ihmisarvoiseen elämään. Nämä tytöt on saatava vapaaksi. Kansainvälisen huomion pysyttävä Nigeriassa niin kauan, kunnes he ovat vapaita.

Ignazio Corrao, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dall'inizio del 2014 gli attacchi dell'organizzazione terroristica jihadista Boko Haram hanno causato almeno 2.500 morti. La Nigeria è l'ottavo paese al mondo per produzione di petrolio. Peccato che la maggior parte dei suoi 148 milioni di abitanti vive al di sotto della soglia di povertà.

Donnerstag, 17. Juli 2014

A nulla sono serviti i finanziamenti europei per la pace e le risoluzioni di questo Parlamento visto che l'organizzazione terroristica si è rafforzata e che le condizioni socioeconomiche del paese sono nettamente peggiorate. Molte fonti rivelano che Boko Haram nasce nel 2009 ma si rafforza solo con gli interventi in Libia e in Siria, guarda caso quando la Francia e l'Inghilterra iniziano ad inviare mezzi, armi e combattenti in Africa. Inoltre, un'investigazione diffusa dal *Nigerian Tribune* spiega come un'organizzazione di carità londinese, la Al Mundada Trust Fund, raccoglierebbe fondi per Boko Haram.

Onorevoli colleghi, mi chiedo se non sia interesse alle Istituzioni europee intervenire per porre fine a questo bagno di sangue cercando con decisione i finanziatori di questa organizzazione terroristica jihadista Boko Haram.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). - Κυρία Πρόεδρε, η Νιγηρία, μια αφρικανική χώρα, και η Ελλάδα, μια ευρωπαϊκή χώρα, διαφέρουν σε πολλούς τομείς. Ομοιάζουν όμως ως χώρες στο εύρος της διαφθοράς των πολιτικών και κοινωνικών ανισοτήτων. Οι κεντρικές τους κυβερνήσεις είναι ανάλγητες προς τον λαό και παρανομίες βουλευτών και υπουργών, με τη συνεργασία των πολιτικών κομμάτων, δεν οδηγούνται στη δικαιοσύνη.

Στη Νιγηρία η δράση των οργανώσεων Μπόκο Χαράμ και Ανσαρού αποπροσανατολίζει την κοινή γνώμη από τα πραγματικά προβλήματα. Οι τρομοκρατικές επιθέσεις ρίχνουν στάχτη στα μάτια του λαού. Το δίδεν πρότυπο ανάπτυξης σκεπάζει τα πραγματικά προβλήματα, με σκοπό την επιβίωση των πολιτικών και την εξυπηρέτηση επιχειρηματικών συμφερόντων.

Αναρωτιέμαι, όμως, πώς είναι δυνατόν το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο να αδιαφορεί για παρανομίες εντός των κρατών μελών του και να ασχολείται με τη γειτονιά του;

Στην Ελλάδα η συγκυβέρνηση εξυπηρετώντας ιδιοτελείς σκοπούς με τη συνδρομή της εκτελεστικής και δικαστικής εξουσίας έχει εγκαθιδρύσει μια ιδιότυπη δικτατορία. Στην Ελλάδα δεν υπάρχει Μπόκο Χαράμ και Ανσαρού. Υπάρχουν επίορκοι δικαστικοί, διεφθαρμένοι πολιτικοί, χρηματισμός κρατικών παραγόντων και πολιτική δίωξη αντιπάλων. Έτσι ο Γενικός Γραμματέας και 8 βουλευτές της Χρυσής Αυγής, της τρίτης πολιτικής δύναμης, οδηγήθηκαν στην φυλακή με προσχηματικές κατηγορίες κατ' εντολή του Πρωθυπουργού Σαμαρά. Σε αριθμό βουλευτών, κατά παράβαση του άρθρου 19 του ΟΗΕ, αντισυνταγματικά, έχει απαγορευθεί η ελευθερία γνώμης, έκφρασης και λόγου.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). - Pani Przewodnicząca! Rezolucja Parlamentu Europejskiego w sprawie sytuacji w Nigerii jest bardzo ważna i dlatego zdecydowanie ją popieram. Organizacja terrorystyczno-przestępcza Boko Haram nie tylko zabija, ale, jak wskazuje jej nazwa, niszczy też edukację i kulturę.

W kwietniu tego roku porwano ze szkoły ponad 200 dziewcząt, które mogą być sprzedane jako niewolnice. Ta dramatyczna informacja obiegła już cały świat. Większość z nas w tym Parlamencie to nie tylko posłowie, ale także rodzice. Dzieci to przecież cały nasz świat.

Dlatego trzeba zrobić wszystko, by porwane uczennice powróciły do swoich rodzinnych domów. Kluczowe w tej kwestii jest zdecydowane działanie i ścisła współpraca rządu Nigerii, Unii Europejskiej, Unii Afrykańskiej oraz ONZ. Należy także pamiętać o zapewnieniu wszelkiej pomocy rodzinom porwanych.

W okresie długoterminowym Parlament Europejski powinien podjąć działania wspierające bezpieczeństwo, stabilizację i poszanowanie praw człowieka w Nigerii.

Kashetu Kyenge (S&D). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, con la discussione si sconfigge l'ignoranza che è alla radice della povertà e della fame. Queste parole sono di una donna italiana ed europea straordinaria, Rita Levi Montalcini. Non a caso, signora Presidente, il nome della setta terroristica Boko Haram è traducibile così: l'educazione occidentale è peccato.

Il punto quindi è il diritto all'istruzione della donna, così come di ogni persona. L'accesso all'istruzione è un diritto fondamentale, poiché non è fine a se stesso, ma costituisce la strada e la preconditione per l'esercizio degli altri diritti. Da qui il nostro impegno a favore di ogni azione che veda il ritorno a casa delle ragazze e la cessazione del movimento terroristico Boko Haram.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Signora Presidente, propongo di candidare al Premio Sakharov 2014 le madri delle ragazze nigeriane rapite a fronte del loro impegno per la difesa dei diritti umani fondamentale. Riportiamo a casa le nostre ragazze, *bring back our girls, rendez-nous nos filles!*

Diane Dodds (NI). - Madam President. I am glad to take part in this debate today and to see a focus on those persons who suffer persecution because of their faith. The case of the capture of the young girls in Nigeria is extremely troubling. Belatedly it has brought international focus on the situation in northern Nigeria where thousands of Christians and those of faith have been slaughtered by Boko Haram.

In the last legislature, along with my colleague Mr Belder, I hosted Christians from northern Nigeria in the Parliament. One man told his story. He had been asleep when Boko Haram came to his home. They brought him out, and asked him to renounce his faith or be shot. When he refused he was shot in the face. When they left he asked his wife to go to the other Christian men in the village to get help to take him to hospital. She came back to tell him that he was the only one who had survived.

These are the stories of thousands across northern Nigeria: men, women, families, targeted because of their faith. It is wrong; let this Parliament have the courage to call it as it really is – the persecution of those of faith.

Procedura „catch the eye”

Marc Tarabella (S&D). - Madame la Présidente, Madame la Commissaire, cette semaine le groupe islamiste Boko Haram a lancé plusieurs attaques meurtrières au Nigéria venant s'ajouter aux nombreux morts dont ils sont déjà responsables depuis leur création. Ces attaques viennent s'ajouter à la prise d'otage de plus de 200 jeunes filles enlevées le 14 avril à Chibok dans le nord-est du pays. Malgré une mobilisation importante de la communauté internationale mais aussi des réseaux sociaux, leur sort est toujours incertain et chaque jour qui passe fait craindre le pire.

Si, malheureusement, nous ne pouvons que condamner et assister tristement à l'ensemble de ces exactions, il est nécessaire plus que jamais d'affirmer notre soutien au gouvernement nigérien afin de réellement lutter contre Boko Haram, notamment par la présence de nos diplomates sur place mais, sans doute, aussi par une aide militaire ciblée pour lutter contre ce fléau.

Plus que jamais, quelles que soient nos sensibilités politiques, notre Parlement doit s'unir et parler d'une seule voix afin de ne jamais accepter l'inacceptable.

Georg Mayer (NI). - Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen! Boko Haram heißt ja übersetzt nichts anderes als „Bücher sind Sünde“ beziehungsweise „Bildung ist Sünde“. Es ist nicht, wie eine Kollegin vorher von einer anderen Seite gesagt hat, das Patriarchat, das hier sein Gesicht zeigt, es ist der radikale Islam, der hier sein Gesicht zeigt. Dessen müssen wir uns schon auch bewusst werden.

Was wir hier erleben, ist eine der radikalsten islamischen Terrorgruppen, die es auf dieser Welt und in Nigeria gibt. Die gibt es aber auch in anderen Staaten. Die Verbrechen, die von dieser Gruppe in den letzten Monaten verübt worden sind, haben Schlagzeilen gemacht. Wir haben heute schon bei einigen Kollegen gehört, worum es geht. Das sind Schlagzeilen, die wirklich erschreckend sind, die tief ins Mark erschüttern. Da sind etwa die 300 Schülerinnen, die entführt worden sind. Anfang Juli wurden 60 Menschen hingemetzelt. Das sind Dramen, die sich in den Familien abspielen, die wir hier gar nicht richtig aufgreifen können.

Das ist einer der schrecklichsten Auswüchse des radikalen Islam. Den gibt es auch in Europa, und der muss unsere volle Härte und die volle Härte unseres Rechts spüren.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D). - Pani Przewodnicząca! Brutalne zamachy terrorystyczne Boko Haram prowadzone w północnej części Nigerii destabilizują cały region. Od 2010 r. w wyniku ataków wymierzonych w instytucje publiczne, szkoły i kościoły śmierć poniosły tysiące osób, w tym wiele dzieci. W kwietniu br. uprowadzono z rządowego liceum ponad 200 dziewczynek. Los większości z nich pozostaje nadal nieznany. Krwawe ataki Boko Haram spowodowały globalny kryzys humanitarny w kraju, z którego ponad 10 000 osób uciekło do sąsiednich państw.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Dla poprawy sytuacji kluczowe będą reformy na rzecz walki z ubóstwem i bezrobociem przy jednoczesnym budowaniu silnych instytucji państwowych, w tym stabilnego i wiarygodnego systemu sądownictwa. Nigeryjskie władze muszą zapewnić bezpieczeństwo swoim obywatelom i powiedzieć NIE działaniom islamskiej bojówki.

(Înceierea procedurii „catch the eye”)

Androulla Vassiliou, *Member of the Commission*. - Madam President, honourable Members, we remain concerned about the situation in Nigeria, where a series of violent attacks continue to terrorise the population. The High Representative, Cathy Ashton, has strongly condemned the indiscriminate killing of hundreds of civilians and the abduction of more than 200 schoolgirls in Borno state. We continue to call for the immediate and unconditional release of the schoolgirls and for those responsible to be brought to justice. Our thoughts are also with the families of the girls, who are desperate to see their children return home safely.

The violence in Nigeria has taken a heavy toll on the population. Since 2009 the insurgencies has cost nearly 5 000 lives, displaced close to half a million people, destroyed hundreds of schools and government buildings and devastated an already-weak economy in the north-east. Most worryingly, since the beginning of this year attacks have occurred on an almost daily basis and since January alone between 1 500 and 2 000 innocent people have been killed. The EU listed Boko Haram as a terrorist organisation last month, one day after their designation by the UN, demonstrating the EU's firm and determined condemnation of the group's unacceptable criminal activities which touch upon both Christians and Muslims.

The root causes of violence and radicalisation will continue to be addressed through the European Development Fund. The new fund will focus its activities in particular in the north of the country, supporting the health and energy sectors. The EU is also present in Nigeria with humanitarian assistance under ECHO providing EUR 5 million to the north-eastern states, particularly in response to the on-going food and nutrition crisis.

On the political tack, human rights remain at the top of our agenda with Nigeria, including in our regular ministerial dialogues. Possible human rights abuses perpetrated by the Nigeria military have to be investigated and those responsible brought to justice. The EU stands with the people and government of Nigeria in the fight against terrorism and violence, and for the rule of law and human rights. We are working with the Nigerian authorities to help bring an end to the cycle of violence through many actions, including continuous political dialogue and targeted aid interventions focusing on the underlying root causes of violence.

Președinte. - Dezbateră este închisă.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

10. Abstimmungsstunde

Der Präsident. - Als nächster Punkt folgt die Abstimmung.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll).

Donnerstag, 17. Juli 2014

10.1. Sudan: der Fall Meriam Yahia Ibrahim (RCB8-0010/2014, B8-0010/2014, B8-0012/2014, B8-0014/2014, B8-0017/2014, B8-0018/2014, B8-0022/2014) (Abstimmung)

— Vor der Abstimmung:

Daniel Caspary (PPE). - Herr Vizepräsident Wieland, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gemäß Artikel 22 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung vertritt der Parlamentspräsident das Europäische Parlament nach außen. Die Positionen des Parlaments legen wir gemeinsam in Abstimmungen fest, bei denen wir mal gewinnen und mal verlieren. Aber als Demokraten akzeptieren wir die Ergebnisse.

Gestern hat Präsident Schulz das Parlament beim Ratsgipfel in Brüssel vertreten. Hier hat er zum wiederholten Male seine eigene Meinung und nicht die Beschlüsse des Hauses vertreten. Ein Beispiel: Das Parlament hat seine Positionen zum Thema Investitionsschutz im Bericht des ehemaligen sozialistischen Kollegen Kader Arif mit breiter Mehrheit festgelegt. Auch die Entschließung des sozialistischen Kollegen Vital Moreira zu TTIP fand eine breite Mehrheit. Wenn selbst unser Präsident unsere Beschlüsse nicht ernst nimmt, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn Rat, Kommission oder Europaskeptiker uns auch nicht ernst nehmen.

Nachdem dies nun wiederholt passiert ist, bitten wir alle darum, dass der Präsident und die Dienste dieses Hauses künftig sicherstellen, dass bei offiziellen Anlässen auch die offizielle Meinung dieses Hauses vertreten wird.

(Beifall)

Der Präsident. - Vielen Dank, Herr Kollege Caspary! Wir werden diesem Vorgang nachgehen.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). - Herr Präsident! Ich bitte das Präsidium darum zu überlegen, ob wir nicht ein Komitee zur Überprüfung der korrekten Repräsentanz der Beschlüsse dieses Hauses einrichten können, das dem Präsidenten 24 Stunden 7 Tage die Woche auf die Finger schaut.

(Beifall)

10.2. Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Ägypten (B8-0007/2014, B8-0008/2014, B8-0009/2014, B8-0011/2014, B8-0013/2014, B8-0015/2014, RCB8-0007/2014) (Abstimmung)**10.3. Nigeria - die jüngsten Angriffe von Boko Haram (RCB8-0016/2014, B8-0016/2014, B8-0019/2014, B8-0020/2014, B8-0021/2014, B8-0023/2014, B8-0024/2014) (Abstimmung)****10.4. Ernennungen in interparlamentarische Delegationen (Abstimmung)****10.5. Lage in der Ukraine (RCB8-0025/2014, B8-0025/2014, B8-0026/2014, B8-0028/2014, B8-0029/2014, B8-0054/2014, B8-0056/2014, B8-0057/2014) (Abstimmung)**

— Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 1:

Jacek Saryusz-Wolski (PPE). - Mr President, we wish to add the following phrase: 'and calls on rebels and mercenaries to do the same and not use civilians as human shields'.

(Der mündliche Änderungsantrag wird übernommen.)

— Nach der Abstimmung über Änderungsantrag 9:

Jacek Saryusz-Wolski (PPE). - Mr President, at the end of the text we wish to add the following words: 'and calls on all sides to do their utmost to protect civilians and to allow for Ukrainian humanitarian assistance'.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Der Präsident. - Herr Kollege Saryusz-Wolski! Wir hatten die Abstimmung über Änderungsantrag 9, der wurde angenommen. Damit ist der Text unter Ziffer 8 hinfällig. Sie haben gerade einen mündlichen Änderungsantrag vorgelesen, den Sie für Ziffer 8 vorgesehen haben. Der trifft die Lage aber nicht mehr.

Sie wollten einen Änderungsantrag zu Ziffer 12 stellen.

The oral amendments concern paragraph 12 not paragraph 8. Paragraph 8 fell. Do you want to move an amendment to paragraph 12?

— *Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 11:*

Jacek Saryusz-Wolski (PPE). - Mr President, at the end, after the word 'rhetoric', we wish to add the three words 'including from Russia', with it then continuing 'which may further aggravate the conflict'.

(Der mündliche Änderungsantrag wird übernommen.)

— *Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 5:*

Jacek Saryusz-Wolski (PPE). - Mr President, we have an oral amendment to the oral amendment by the Greens, proposing that on the third line of this amendment we delete the words 'as well as the decision of the Hungarian Government to sign an agreement on nuclear energy with Russia'. So, this text as it is proposed by the Greens in Amendment 5, with a deletion in the third, fourth and fifth lines – deleting 'as well as the decision of the Hungarian Government to sign an agreement on nuclear energy with Russia'.

(Der mündliche Änderungsantrag wird nicht übernommen.)

10.6. Arbeitsplätze für Jugendliche (RCB8-0027/2014, B8-0027/2014, B8-0030/2014, B8-0051/2014, B8-0052/2014, B8-0053/2014, B8-0055/2014, B8-0058/2014) (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 8:*

Georg Mayer (NI). - Herr Präsident! Darf ich einen Vorschlag machen? Ich bin zwar neu hier im Haus, habe aber dennoch parlamentarische Erfahrung. Seien Sie mir nicht böse. Aber es wäre gut, wenn wir zumindest die Zeit hätten, zwischen „dafür“, „dagegen“ und „angenommen“ die Hand auch dementsprechend zu heben. Sie machen das ein bisschen zu schnell.

(Beifall)

Der Präsident. - Herr Kollege Mayer! Ich versuche das gern. Aber Sie werden sehr rasch merken, dass dann Kollegen murren, wenn es zu langsam geht. Denn wenn Sie hier zehn Minuten länger brauchen – es warten alle aufs Flugzeug, und ich mach dies in dem Tempo, wie es sich im letzten Parlament eingependelt hat. Sie haben dafür auch wohlpräparierte Stimmlisten von Ihren Mitarbeitern.

10.7. Lage im Irak (RCB8-0059/2014, B8-0059/2014, B8-0060/2014, B8-0061/2014, B8-0062/2014, B8-0063/2014, B8-0064/2014) (Abstimmung)

— *Vor der Schlussabstimmung:*

Ana Gomes (S&D). - Monsieur le Président, il paraît qu'il y a eu un ajustement technique au paragraphe 6. Il s'agit de la date du 15 juillet au lieu du 14 juillet.

«welcomes the election of the new speaker of the Iraqi Parliament on 14 July 2014». Actually this should be changed to the 15th. It is just a technical amendment.

Der Präsident. - Vielen Dank, Frau Kollegin Gomes, für den Hinweis. Wir werden das überprüfen und berichtigen.

Donnerstag, 17. Juli 2014

10.8. Eskalation der Gewalt zwischen Israel und Palästina (RCB8-0071/2014, B8-0071/2014, B8-0072/2014, B8-0073/2014, B8-0074/2014, B8-0075/2014, B8-0076/2014, B8-0077/2014) (Abstimmung)

10.9. Verbrechen der Aggression (B8-0065/2014, RCB8-0066/2014, B8-0066/2014, B8-0067/2014, B8-0068/2014, B8-0069/2014, B8-0070/2014) (Abstimmung)

Der Präsident. - Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

11. Zusammensetzung des Parlaments

Der Präsident. - Carlos Jiménez Villarejo hat schriftlich seinen Rücktritt als Mitglied des Europäischen Parlaments mit Wirkung vom 1. August 2014 mitgeteilt.

Gemäß Artikel 4 Absatz 3 GO stellt das Parlament das Freiwerden des Sitzes ab diesem Zeitpunkt fest und unterrichtet die betreffende nationale Behörde davon.

Jörg Leichtfried (S&D). - Herr Präsident! Ich habe volles Verständnis dafür, dass Sie diese Debatte vorher nicht fortsetzen wollten. Ich wollte nur meine Zufriedenheit mit Ihrer Sitzungsführung ausdrücken. Sie machen das ausgezeichnet. Ich würde den Herrschaften ganz rechts hinten oben empfehlen, sich etwas mehr zu konzentrieren. Dann ginge das schon.

12. Erklärungen zur Abstimmung

12.1. Lage in der Ukraine (RCB8-0025/2014, B8-0025/2014, B8-0026/2014, B8-0028/2014, B8-0029/2014, B8-0054/2014, B8-0056/2014, B8-0057/2014)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Charles Tannock (ECR). - Mr President, the ECR Group welcomes the election and decisive victory of President Poroshenko, who by adopting a progressive military approach has had some success recently, with the liberation of Sloviansk, and who has pledged to broker a ceasefire agreement on the essential condition that this is fully observed by both sides and all hostages are freed. However, should Russia not cease its military support for rebel groups operating in eastern Ukraine and destabilising the entire country the EU must not hesitate to progress to sectoral economic sanctions against Moscow. Indeed, the EU must take the lead in advocating a peaceful political solution to the Ukrainian crisis that brings an end to the militant-driven violence, abductions, executions and political intimidation that have hitherto characterised this tragic conflict.

Such a solution must crucially respect the territorial integrity and sovereignty of Ukraine, including Crimea, which Russia so gracefully annexed on the basis of a pack of lies. It is clear that the nomination of Federica Mogherini as High Rep is causing concerns in Member States like Poland and the three Baltic States because of perceived pro-Russia bias from the Rome government. So that government should now, under the Italian Presidency, instead use this platform to promote regional stability following the recent successful conclusion of association agreements and EU FTAs with Ukraine, Moldova and Georgia, thereby seeking instead to respect the European aspirations of these sovereign countries. Prime Minister Renzi should not for purely commercial reasons seek to appease Russia, which under Putin is seeking to re-establish through the Eurasian Economic Union an authoritarian version of the old Soviet Union and to introduce revanchist and irredentist claims which should have no place in the modern world.

Csaba Sógor (PPE). - Ukrajna kapcsán számos kérdés eldöntetlen még. Az alkotmány megváltoztatása azonban hosszú távon kellene biztosítsa a társadalom békéjét és az ország működését. Elképzelhetetlen, hogy a módosított alaptörvény ne a regionális különbségek figyelembevételére, a használatban lévő nyelvek hivatalossá tételére és a nemzeti kisebbségek jogainak biztosítására koncentráljon. Meggyőződésem, hogy a demokratikus, szuverén és az emberi jogok érvényesülését garantáló Ukrajna csak akkor lehet sikeres az elkövetkezendő években, ha minden állampolgára érdekeire és értékeire tekintettel lesz, függetlenül attól, hogy azok nemzetisége és anyanyelve ukrán, orosz, magyar vagy román. Ezért fontos, hogy az alkotmánymódosítással végbemenjen egy valós decentralizáció, hiszen a helyi hatóságok nagyobb szerepvállalása a közösségek életében nemcsak az ország egységét, hanem annak modernizációját is elősegítheti. Ennek a folyamatnak a véghezviteléhez kívánok sok bölcsességet és bátorságot.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Jean-Luc Schaffhauser (NI). - Monsieur le Président, pourquoi avons-nous voté contre la résolution principale et majoritaire? Parce que cette résolution faire l'impasse le coup d'État, la mise en place d'un gouvernement insurrectionnel, le vote du président nouvellement élu dans un pays en guerre civile.

Cette résolution cherche à empêcher l'unité continentale avec la Russie pour suivre l'impérialisme des États-Unis. Ce n'est pas une résolution de paix, c'est une résolution de propagande!

Janusz Ryszard Korwin-Mikke (NI). - Głosowaliśmy przeciw, ponieważ rezolucja jest jednostronna. Rezolucja niepotrzebnie drażni jego ekscelencję Włodzimierza Putina, który bardzo silnie musi bronić się przed naciskami w Rosji – bronić się przed zarzutami, że nie wprowadza wojsk na Ukrainę, żeby bronić swoich rodaków. Uważamy za niesprawiedliwe takie jednostronne ataki. W interesie mojego kraju jest niepodległa, silna Ukraina, natomiast to nie oznacza, że musimy obrażać ludzi, którzy akurat nam się nie podobają.

Zgadzam się z kolegą Schaffhauserem, że tutaj mamy do czynienia z agresją amerykańską, która szuka pretekstu dla wypowiedzenia wojny, ponieważ zarówno siły militarne, jak i groźba bankructwa Stanów Zjednoczonych powodują, że warto teraz zrobić wojnę, jako że podczas wojny długów się nie spłaca.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). - Señor Presidente, hemos votado en contra de la Resolución porque denunciarnos la complicidad, la colaboración, de las instituciones de la Unión Europea con el Gobierno de Ucrania, un gobierno fruto de un golpe de Estado, un gobierno con presencia de neonazis. Una vez más la Unión Europea se ha situado del lado de los intereses económicos de determinadas multinacionales y de los intereses geopolíticos de los Estados Unidos, en vez de situarse del lado del pueblo y de los pueblos que conforman Ucrania. Pedimos una comisión de investigación independiente para esclarecer la masacre del día 2 de mayo en Odesa, donde en la Casa de los Sindicatos fueron asesinadas más de 40 personas, parece que a manos de miembros de organizaciones de extrema derecha. Tenemos claro que hay que pararle los pies a la extrema derecha en toda Europa y también en Ucrania.

James Carver (EFDD). - Mr President, if we were to accept this resolution, which is clearly aimed at warmongering politicians, this would also have a chilling effect on civilised nations taking action to protect peace and act on crimes against humanity. By the way this resolution has been drafted, senior military personnel who took careful advice before Iraq 2 would possibly face prosecution. Hence, we voted against, regrettably letting the politicians off the hook.

Tatjana Ždanoka (Verts/ALE). - Mr President, I voted against this resolution. I am shocked that a number of colleagues who were authors of the EP's previous nine resolutions on the Ukraine-Eastern Partnership countries and Russia, based on a so-called zero sum game approach to our relations with Ukraine – these resolutions adopted in September to April — do not feel their responsibility for the terrible bloody events in Ukraine in May, June and July. Why did you take the word 'Odessa' out of the drafts?

You are continuing to produce exactly the same kind of texts based on treating those in Ukraine who are against European accession unequally with those who are in favour. You even deprive the first category of the right to be Ukrainians: see paragraph 8 of the resolution. I want to remind you that according to an independent survey conducted in December immediately after the Maidan revolt was launched, 49% of Ukrainians identified themselves as supporters of Maidan while 45% were opposed to it.

As regards foreign actors: Russia is mentioned 33 times in the said resolution while the United States is not mentioned at all ..

(The President cut off the speaker)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Andrus Ansip (ALDE), in writing. - I welcome the line taken by the June European Council on Ukraine and agree with the resolution. In spite of the very concrete and clear 27 June conclusions and the deadline set there is no real progress in fulfilling them. It is right to provide Russia with possibilities to prove it is cooperating in solving the crisis in Ukraine but we cannot keep postponing our decisions on reaction measures indefinitely yet again. Furthermore, instead of fulfilling the conditions and cooperating with Ukraine we are seeing precisely the opposite: Russia continues to supply the separatists with forces and weapons. The EU should clearly state that any retaliatory measures by Russia will not be tolerated and will have serious consequences.

Donnerstag, 17. Juli 2014

By now we should be ready to implement more targeted sanctions, including no (new) investments, suspension of different forms of EU financial support, new sector projects and programmes, no high-tech or new technology as well as an arms embargo. We see the sanctions as mostly having a preventive rather than a punitive effect. We may face very serious and direct consequences in the future as Russia sees that no real steps will be taken no matter what.

Petras Auštrevičius (ALDE), raštu. - Demokratinis Maidano fenomenas, kuris naujai pagimdė ukrainiečių tautos viltį - gyventi laisvoje, demokratiškoje ir europietiškoje šalyje - yra reikalingas visokeriopos ir stiprios Europos Sąjungos paramos.

Europos Sąjungos ir Ukrainos Asociacijos susitarimo pasirašymas š.m. birželio 27 d. atvėrė kelius kokybiškai kitokiam bendradarbiavimui. Patvirtintos laisvos prekybos sutarties įgyvendinimas yra neabejotinai teisingas žingsnis, kuris atitinka abiejų pusių lūkesčius.

Tvirta politinė galia pagrįstas Ukrainos naujosios valdžios kelias kovoje su korupcija, stiprinant šalies valdymą, gerinant ekonominę valdyseną ir užtikrinant pilietines teises sulaukė demokratinio pasaulio pritarimo ir, deja, priešiško pasipriešinimo iš Rusijos Federacijos valdžios.

Neregėto masto ir melu pagrįsta informacinė propagandinė kampanija, kurią pradėjo ir iki šiol vykdo Rusija prieš Ukrainą ir Vakarų valstybes yra nukreipta prieš kaimyninių valstybių takaus egzistavimo principus.

Tiesioginės Rusijos agresijos prieš Ukrainą procesas, ignoruojant tarptautinius susitarimus ir kitus ESBO principus, pasiekė kritinę ribą.

Rusijos Federacijai tenka tiesioginė atsakomybė už daugybinės taikių gyventojų žūtis Pietryčių Ukrainoje. Rusijos federacija iki šiol tęsia neteisėtą Krymo okupaciją.

Europos Sąjunga turi išlikti aktyvia ir konstruktyvia Ukrainos partnere, kuri padeda įveikti esamus sunkumus. Europa negali sau leisti dar vieną užšaldytą konfliktą, kuris griauja stabilumą ir kelia rizikas saugumui.

Europos Sąjungos rodomas solidarumas Ukrainai yra mūsų visų įsipareigojimas tęsti vieningos, saugios ir gerovės Europos projektą.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. - Voto contrario. Le proposte presentate non risultano essere imparziali ma sono invece molto sbilanciate a favore dell'Ucraina. Il conflitto interno che sta vivendo l'Ucraina e il rapporto teso che si è venuto a creare con la vicina Federazione Russa meritavano una più attenta analisi relativamente ai fatti e alle cause, e anche circa le possibili soluzioni. Il Parlamento europeo, o meglio la sua nefasta maggioranza composta da PPE-PSE-ALDE, invece di cercare di stemperare gli animi di tutte le parti coinvolte, getta, in maniera del tutto irresponsabile, benzina sul fuoco, e propone ... sanzioni contro la Federazione Russa (sic!). In questa situazione la Federazione Russa risulta essere partner necessario e indispensabile e va coinvolta nei negoziati per una soluzione pacifica della crisi!

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — J'ai voté pour l'adoption de la résolution sur la situation en Ukraine. Je me félicite que le Parlement européen apporte, une nouvelle fois, son soutien au nouveau Gouvernement démocratique ukrainien et soutienne le plan de paix visant à garantir l'unité, la souveraineté et l'intégrité territoriale de l'Ukraine. Je me suis, en revanche, opposé à l'amendement n° 2 du groupe Verts/ALE dont la formulation ne participe pas à l'apaisement des tensions que nous appelons tous de nos vœux.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. - Dopo attenta riflessione, ho votato a favore della risoluzione sull'Ucraina sulla scorta delle seguenti considerazioni della risoluzione, che faccio mie: è necessario sostenere il piano di pace in quanto importante opportunità per la crescita dell'intera area geopolitica, considerando che l'Ucraina continua ad affrontare difficili sfide a livello politico, socioeconomico e di sicurezza e che il conflitto nell'est dell'Ucraina rappresenta un grave ostacolo per lo sviluppo e la prosperità del paese; è improcrastinabile, sul principio di libera autodeterminazione dei popoli, sottolineare il diritto fondamentale del popolo ucraino alla libera determinazione del futuro politico ed economico del paese e del diritto di autotutelarsi, in linea con l'articolo 51 della Carta Nazioni Unite; non posso che condannare le violenze e le quotidiane perdite di vite umane nell'Ucraina orientale nonché la distruzione di abitazioni e beni materiali; rimarco l'ovvia necessità di avviare una riforma dell'ordinamento giudiziario in grado di contribuire a ripristinare la fiducia dei cittadini nella giustizia, per una compiuta realizzazione dello Stato di diritto. Ho votato a favore per difendere gli interessi e i valori europei nonché promuovere la stabilità, la prosperità e la democrazia nei paesi del continente europeo.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. - La complicata e tragica situazione creatasi in Ucraina e Crimea non consente un approccio che favorisca una parte o l'altra, noi crediamo che la sola volontà che conti sia quella dei popoli.

Non si possono fare distinzioni basate su fazioni, non vogliamo fare considerazioni in ragione di un interesse politico. Ci sono interessi economici enormi in gioco che riguardano materie prime essenziali per la vita di tutti.

La storia ci ha insegnato quanto è caro il prezzo da pagare per le persone, per le famiglie, per le comunità quando queste sono divise da un confine o dalla scelta di una lingua o di una rappresentanza. Lo scenario che ci troviamo dinanzi è confuso e inquinato da troppi interessi in gioco: riportiamo al centro delle nostre attenzioni come Assemblea ciò che davvero è preminente e ciò che davvero conta. I cittadini e la loro libertà di scelta.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore di questa risoluzione. Benché i poteri dell'UE in questo settore siano piuttosto limitati, è necessario fare quanto possibile affinché le pressioni politiche internazionali siano tali da indurre le parti a cercare una soluzione pacifica della controversia. Non è facile giudicare da fuori, e non mi permetto di farlo, anche perché quando inizia un conflitto armato entrambe le parti hanno i loro torti, ma vorrei che non ci fossero guerre, soprattutto alle porte dell'UE. Prima si depongano le armi, e poi sarò il primo ad impegnarmi perché dei negoziati possano avere luogo in modo da ottenere soluzioni che accontentino tutti.

Javier Couso Permyu (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra de la presente resolución porque resulta un descarado acto de injerencia sobre el país y especialmente con las regiones alzadas contra el golpe de estado fascista. Esta resolución no hace mención alguna a la responsabilidad que ha tenido la Unión Europea en el desencadenamiento de la violencia en el país, una UE cómplice de un golpe de estado, que apoya y alienta a las milicias neo-nazis con tal de acceder a los ansiados recursos naturales, especialmente el gas, necesarios para la competencia con Rusia. La equidistancia en la condena de la violencia, resulta un verdadero ejercicio de cinismo al ver a un potente ejército masacrar pequeñas ciudades. Es por esta falta de reconocimiento de la responsabilidad de la UE por lo que he decidido votar en contra de esta resolución.

Corina Crețu (S&D), *în scris*. - Recenta tragedie aviatică din estul Ucrainei, soldată cu decesul a aproape 300 de civili nevinovați, dintre care o bună parte cetățeni europeni, demonstrează încă o dată nevoia unei implicări mai pronunțate a Uniunii Europene în soluționarea pașnică a situației din imediata sa vecinătate. Am votat, astfel, în favoarea adoptării de către Parlamentul European a rezoluției cu privire la Ucraina în sesiunea sa plenară desfășurată la Strasbourg. Este cu atât mai important să fim solidari cu vecinii noștri dinspre est și să sprijinim ieșirea din această criză cu cât, prin semnarea Acordului de Asociere la finele lunii trecute, Ucraina și-a demonstrat nu doar atașamentul față de valorile europene, ci și intenția sa nedisimulată de a face eforturi înspre construirea unei democrații veritabile. Ori atingerea acestui deziderat este posibilă doar prin existența unui fundament politic, social și economic stabil, lipsit de provocările asupra securității naționale care astăzi, din păcate, sunt la ordinea zilei în Ucraina. Mai mult decât atât, vedem cum, nestăvilit, conflictul armat produce victime de diferite naționalități, având efecte care se resimt și la nivel internațional. Este și de obligația Uniunii Europene să se asigure că oamenii nevinovați nu vor mai cădea pradă violenței și actelor iresponsabile.

Andi-Lucian Cristea (S&D), *in writing*. - This vote comes at a very precise time: Ukraine was the first item debated after the vote on the Commission President. I believe in a strong, united and coherent European Union which is able to address global challenges while protecting the interests of all Europeans. This is what I hope to see in the next five years and this is what I want to see in Ukraine. The EU, its Member States and the G7 partners have expressed their unanimous support for Ukraine's sovereignty, territorial integrity and freedom of choice. The Association Agreement and the clear commitment of the international community constitute an important asset in this delicate transition period to promote economic and political stabilisation and reform in the country. But there can be no peace and stability without an act of responsibility and political maturity on the part of the Russian Federation through: 1. a clear commitment to the implementation of the peace plan; 2. the cessation of all related military activities; 3. a strong stand against illegally armed groups; and 4. a halt to the flow of weapons and militants across the border. The EU must use its full diplomatic weight in this regard.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Compte tenu de la préoccupante instabilité en Ukraine et de son climat de violence, j'ai soutenu cette résolution qui appelle à désamorcer le conflit. Une solution politique doit être trouvée face à cette crise. Je soutiens une approche diplomatique équilibrée en partenariat avec la Russie pour sortir de la crise et assurer le rétablissement de la paix en Ukraine. Toutefois, si je salue la signature par l'Ukraine, la Géorgie et la Moldavie d'accords d'association avec l'Union européenne, je rappelle mon opposition à la mise en place d'un régime d'exemption des visas ainsi qu'à leurs perspectives d'adhésion à l'Union européenne. Ces pays partenaires n'ont pour le moment pas vocation à adhérer à l'Union européenne.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução procura obnubilar as responsabilidades da UE na atual situação que se vive na Ucrânia. Procura esconder que foi com o apoio da UE, dos EUA e da NATO que forças de extrema-direita, assumidamente neofascistas e xenófobas, representando os setores mais reacionários da oligarquia ucraniana, consumaram um golpe de Estado e tomaram o poder. E é com esse apoio que lá se mantêm.

Os objetivos e a natureza da ação da UE refletem-se na imediata assinatura do Acordo de Associação/Zona de Livre Comércio com o governo golpista e no acordo com o FMI, os quais agravarão ainda mais a já difícil situação económica e social do país e do seu povo.

Assim, apoiou-se um poder golpista que acicatou divisões, instigou a violência, a retirada de direitos e liberdades fundamentais, levando à resistência de amplos setores populares; pactua-se com a tentativa de ilegalização de forças que tenham um pensamento discordante, nomeadamente o Partido Comunista da Ucrânia. São razões de sobra para rejeitar esta resolução.

Ademais, elabora-se uma mistificação em torno do *direito de autodefesa*, invocando hipocritamente a Carta da ONU e os princípios da soberania e da integridade territorial da Ucrânia - princípios com os quais estamos de acordo - branqueando e apoiando a continuação da ação das forças golpistas.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Rozprava o situácii na Ukrajine bola determinovaná neospravedlniteľnou a bezprecedentnou neúčastou pani Ashton. Moja krajina má schengenskú hranicu s Ukrajinou, a preto nemôžem akceptovať žiadne iné aktivity, ktoré naša vysoká predstaviteľka, pani Ashton, práve počas tejto diskusie v pléne novozvoleného EP vykonávala. Na Ukrajine, s ktorou sme len nedávno podpísali asociačnú dohodu, je občianska vojna, zomierajú civilisti a sú hrubo porušované všetky základné a ľudské práva. Celú situáciu na Ukrajine vrcholoví predstavitelia EU od začiatku podcenili. Nie je dnes jasné, ako budú kompenzované prípadné hospodárske a finančné straty členských štátov EÚ, ktoré poskytnú reverzný tok plynu Ukrajine. Preto nemôžem podporiť žiadne uznesenie.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution. L'escalade de la violence dans l'Est de l'Ukraine est inacceptable et j'estime que nous ne devons pas rester impassibles face à ces événements tragiques. Le Président Petro Porochenko a tout mon soutien pour la mise en place du plan de paix préservant la souveraineté, l'intégrité territoriale et l'unité nationale en Ukraine. La Russie doit soutenir de toute urgence ce plan qui permettra d'apaiser les tensions en Ukraine et doit appeler au strict respect du cessez le feu. Je me félicite de l'accord d'association entre l'Union européenne et l'Ukraine qui sera un moyen de lancer des réformes politiques et économiques que les Ukrainiens attendent avec impatience. Cet accord apportera une modernisation du pays, un renforcement de l'État de droit et de la croissance économique. Enfin, je souhaite que l'Union européenne soit ouverte au dialogue avec la Russie et qu'elle aborde notamment avec franchise la question de la sécurité énergétique.

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem rezolucji na temat sytuacji na Ukrainie, ponieważ uważam, że obowiązkiem Unii Europejskiej jest podejmowanie wszelkich możliwych działań mających na celu przywrócenie suwerenności i integralności terytorialnej Ukrainy i zakończenie konfliktu.

Aneksja Krymu przez Rosję jest działaniem niedopuszczalnym i sprzecznym z wszelkimi normami prawa międzynarodowego. Odpowiedzią Europy na taki akt powinny być zdecydowane i dotkliwe sankcje o charakterze gospodarczym i finansowym. Kluczowa jest także jedność przywódców europejskich w stosunkach z Rosją oraz przekazywanie jasnego i spójnego sygnału, że Europa nie będzie tolerować naruszania granic i nieposzanowania integralności terytorialnej.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution sur l'Ukraine, qui soutient les initiatives en faveur de la paix, condamne les violences en cours dans l'Est du pays et appelle la Russie à soutenir activement l'arrêt des hostilités et la stabilisation de l'Ukraine.

Je me félicite de l'adoption de ce texte à une très large majorité.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — Je me félicite que, par le biais de cette résolution, le Parlement européen ait insisté sur la nécessité de trouver d'urgence une solution diplomatique et politique à la crise russo-ukrainienne tout en affichant la plus grande fermeté vis-à-vis de la Russie en la rappelant à ses obligations au regard du droit international. L'Union européenne doit être plus présente et plus visible dans ce conflit en encourageant l'ensemble des parties à mettre en œuvre le cessez-le-feu de façon immédiate, afin d'assurer la désescalade. Néanmoins, je me suis abstenu au moment du vote final pour deux raisons. Premièrement, contrairement à ce que proposait l'amendement 7, je ne considère pas que l'Ukraine ait vocation à adhérer à l'UE. L'accord d'association UE-Ukraine, signé le 27 juin 2014, est selon moi l'instrument le mieux adapté pour faire vivre le partenariat avec nos voisins ukrainiens et renforcer nos liens. En outre, je n'ai pas souhaité soutenir en l'état le paragraphe 28 concernant la libéralisation des visas. En l'espèce, il aurait été fort opportun de rappeler les conclusions du Conseil «Affaires étrangères» du 23 juin 2014 qui préconisaient une étude d'impact sur les effets possibles d'une telle libéralisation en termes migratoires et de sécurité sur l'UE.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. - I voted in favour of this resolution. I would like to especially highlight the importance of paragraph 12 of the EP joint resolution that suggests and supports preparations for introducing further sanctions against Russia, including the economic, financial and energy sectors. It is especially important to immediately apply an arms and dual-use technology embargo, which means a collective ban on the sale of arms to Russia from any Member State, to be maintained until the situation in eastern Ukraine has fully normalised.

I welcome the US Administration taking an important step further by introducing new sanctions covering the financial and energy sector. The EU must follow suit without any further delay. I especially call on the Member States and Council to set an embargo on arms and dual-use technology and a collective ban on the sale of arms to Russia. In the current situation it is absolutely crucial not to provide an aggressor with high-tech weaponry that can be used against Ukraine or possibly also against others in Europe. Therefore I call strongly for a halt to the Mistrál deal that would give Russia all the means to attack Ukraine also from the sea.

Gabrielius Landsbergis (PPE), *raštu*. - Netrukus minėsime 75-ąsias Ribentropo-Molotovo pakto metines, kuomet du agresoriai pasidalino Europą. Užtrukome 65 metus, kol 2004-aisiais panaikinome šio pakto pasekmes. Nepadalinkime Europos dar kartą, nepriklausomai koks saldus pasiūlymas būtų pateiktas iš Rusijos - neatiduokime Ukrainos. Turime aiškiai ir nedviprasmiškai reikalauti, kad Rusija atitrauktų kariuomenę nuo Ukrainos sienos, neberemtų teroristų ginklais bei karine technika. Civilinio lėktuvo numušimas tik įrodo, kad šis konfliktas nėra lokalinis. Niekas nebegalime jaustis saugūs tol, kol Rytų Ukrainoje veiks iš išorės remiami teroristai. Europa turi politinius ekonominius raumenis - griežtesnes sankcijas, jeigu Rusijos agresija nesiliauja, jos turi būti pritaikytos. Privalome kalbėti apie Europinę perspektyvą Ukrainai, suprantu, kad daugeliui iš Jūsų čia tai sudėtinga tema, tačiau, patikėkite, kovojantiems Ukrainoje tai gyvybės ir mirties klausimas. Šie įvykiai rodo, kad turime stiprinti gilesnį bendradarbiavimą ne tik su Rytu kaimynėmis, bet ir su strateginiais transatlantiniais partneriais JAV ir Kanada, palaikančiais tokias pačias laisvės ir demokratijos vertybes, kaip ir mes.

Bogusław Liberadzki (S&D), *na piśmie*. - Wysłuchaliśmy długiej debaty. Padały różne argumenty, racjonalne, emocjonalne, ale podyktowane troską o stan rzeczy i niebezpieczny kierunek rozwoju. Przedłożony projekt rezolucji uważam za wyważony, a zarazem ważny i zasadniczo ważny. Jest on dowodem na produktywne zastosowanie metody wspólnotowej a nie międzynarodowej. Wyrażam uznanie dla autorów tej rezolucji. Wyrażam zadowolenie z przyjęcia tej rezolucji.

Paloma López (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra de la presente resolución porque resulta un descarado acto de injerencia sobre el país y especialmente con las regiones alzadas contra el golpe de estado fascista. Esta resolución no hace mención alguna a la responsabilidad que ha tenido la Unión Europea en el desencadenamiento de la violencia en el país, una UE cómplice de un golpe de estado, que apoya y alienta a las milicias neo-nazis con tal de acceder a los ansiados recursos naturales, especialmente el gas, necesarios para la competencia con Rusia. La equidistancia en la condena de la violencia, resulta un verdadero ejercicio de cinismo al ver a un potente ejército masacrar pequeñas ciudades. Es por esta falta de reconocimiento de la responsabilidad de la UE por lo que he decidido votar en contra de esta resolución.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. - Ich habe für diese Entschließung gestimmt, da ich ihre grundsätzliche Stoßrichtung, den Einsatz für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Selbstbestimmung bejahe. Jedoch fehlen in der Entschließung folgende Gesichtspunkte: 1. Die Krim ist 1954 in einem staatlichen Willkürakt und ohne Zustimmung der überwiegend russischsprachigen Bevölkerung verschenkt worden. 2. Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates ist von allen anderen Staaten zu beachten. 3. Soweit am Maidan-Umsturz rechtsextremistische Gruppierungen beteiligt waren, sind diese von der ukrainischen Regierung entschieden zu bekämpfen. 4. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das Recht von Volksgruppen, auf friedlichem Wege eine Änderung von Staatsgrenzen anzustreben, ist zu respektieren. 5. Ein freies, faires, demokratischen Gepflogenheiten entsprechendes Referendum ist ein legitimer Ausdruck des Willens der Bevölkerung eines Staates oder einer Region. 6. Wenn die Regierung die territoriale Integrität der Ukraine erhalten will, ist sie gehalten, auch mit denen Gespräche zu führen, die auf friedlichem Wege eine Sezession anstreben.

David Martin (S&D), *in writing*. - I voted in favour of this resolution on Ukraine because the situation continues to develop and there has not been an end to the tension between the different sides. This resolution was important in publishing the Parliament's joint position on this issue and that Members continue to monitor the situation.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution belliqueuse ne vise qu'à envenimer la crise ukrainienne dans le but avoué d'arrimer ce pays à l'Europe et à l'OTAN, au détriment de sa souveraineté et de ses intérêts économiques. Sans aucun équilibre, ce texte dénonce l'action «des mercenaires russes» mais ne condamne aucunement le gouvernement de fait en place à Kiev, et ce alors que celui-ci comporte plusieurs ministres néo-nazis et qu'il emploie la force armée contre son propre peuple. Le rattachement de la Crimée à la Russie voté à une large majorité par referendum est dénoncé comme «une annexion». Mais pas un mot n'est prononcé pour condamner le massacre d'Odessa, dont ont été victimes des opposants russophones. Enfin le texte se félicite de la récente signature de l'accord de libre-échange entre l'UE et l'Ukraine qui est dangereux pour l'économie ukrainienne, va compromettre durablement l'unité du pays et aggraver la Russie. Je vote résolument contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. - A situação vivida na Ucrânia preocupa-me especialmente. Considero ser um país estratégico na Europa, que tem sido sucessivamente prejudicado pela Rússia. A UE não pode ignorar a escalada do conflito militar na Ucrânia oriental, onde se sabe que militares russos lutam contra as forças ucranianas ao lado dos rebeldes separatistas. Há ainda um Acordo de Associação UE-Ucrânia e um Acordo sobre uma Zona de Comércio Livre Abrangente e Aprofundada, assinado em 27 de junho de 2014, que devem ser respeitados e salvaguardados.

A política externa da UE deve estar na linha da frente no que toca ao apoio inequívoco à Ucrânia na elaboração de um plano de paz.

Votei favoravelmente a esta resolução.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. - I voted in favour of this resolution as it supports Ukraine in preserving its unity, sovereignty and territorial integrity and emphasises the measures to be taken to strengthen political and economic reform and the rule of law. Moreover, it stresses the deep concern over the deteriorating conditions of human rights and the worsening humanitarian situation faced by civilians, activists and journalists.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – C'est avec consternation que j'ai appris le crash de l'avion de la Malaysia Airlines (MH17) faisant près de 300 morts. Toutes mes pensées vont aux familles et aux proches des victimes. Il est urgent de laisser les experts de l'OSCE faire leur travail dans la plus grande liberté afin d'élucider au plus vite les circonstances de ce drame. Cette catastrophe humaine pousse à la conclusion d'un cessez-le-feu dans les meilleurs délais par toutes les parties au conflit. Je condamne avec la plus grande fermeté l'escalade de la violence et les violations des droits humains, notamment dans l'est de l'Ukraine. La Russie doit prendre ses responsabilités et accepter une sortie de crise négociée, qui seule permettra le retour à la stabilité. Ce processus devra se réaliser dans le respect de l'unité, la souveraineté et l'intégrité territoriale de l'Ukraine.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. - I support this resolution, which calls on everyone involved to stop the violence and to contribute to finding a lasting political solution. Moreover the resolution calls for additional efforts in the field of anti-discrimination, noting with particular concern the negative attitude towards LGBT and the fact that two right-wing parties of Ukraine openly identify combatting homosexuality as one of their political tasks. That is why I voted in favour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu cette résolution car l'Union européenne ne peut pas rester spectatrice de la situation qui se joue à l'Est de l'Ukraine et qui se dégrade de jour en jour. Le texte propose des pistes diplomatiques qui peuvent faire améliorer la situation. Cependant, cette crise met de nouveau en valeur le manque d'un leadership important de l'Europe sur la scène internationale. En 2008, Nicolas Sarkozy, qui présidait le Conseil européen, avait réussi à stopper l'offensive russe en Géorgie. Lorsque l'Europe est incarnée et respectée, sa voix porte. Cette situation doit interpellier les chefs d'État et de gouvernement dans les prochaines semaines au moment de désigner les prochaines personnalités européennes et notamment le Haut représentant aux affaires étrangères.

Massimo Paolucci (S&D), *per iscritto*. - Signor Presidente, purtroppo non ho potuto partecipare al voto sulla risoluzione presentata in merito all'attuale situazione in Ucraina. Vorrei comunque lasciare agli atti una mia dichiarazione scritta e l'espressione del mio sostegno al testo adottato. Dopo gli scontri di piazza degli scorsi mesi e le sanguinose tensioni con la Russia che ancora sussistono, oggi il neo Presidente ucraino Petro Poroshenko si trova a dover affrontare la sua prima e importante sfida, vale a dire arrivare ad un cessate il fuoco con il governo russo, ristabilire un clima di serenità e determinare liberamente il futuro del proprio paese. Sono convinto che il governo debba avere tutto il nostro sostegno e appoggio. Non indebolire il processo di associazione e di integrazione economica dell'Ucraina all'UE. In questo quadro credo che l'Europa debba fare di più e avere un ruolo di primo piano, come fino ad oggi purtroppo non è avvenuto. Per questo confido che il Presidente eletto della Commissione, Jean-Claude Juncker, e il futuro Alto Rappresentante per gli affari esteri lavorino per ridare forza all'UE e renderla attore principale nella risoluzione della crisi, anche per evitare eventuali ripercussioni sull'approvvigionamento energetico del nostro continente, sul quale occorre aprire una nuova e seria riflessione.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραφτώς*. – Το ΚΚΕ καταψηφίζει το κοινό ψήφισμα που υπογράφουν τα κόμματα του συνασπισμού των μονοπωλίων- ΕΑΚ, Σοσιαλδημοκράτες, Φιλελεύθεροι- μαζί με τους Συντηρητικούς-Μεταρρυθμιστές και τους Πράσινους. Πρόκειται για πολεμικό ανακοινωθέν των πολιτικών εκπροσώπων του κεφαλαίου που απαιτεί κλιμάκωση της ιμπεριαλιστικής επέμβασης ΕΕ-ΗΠΑ-NATO στην Ουκρανία, ένταση της αντιπαράθεσης τους με την καπιταλιστική Ρωσία. Στηρίζει ανοιχτά την αντιδραστική κυβέρνηση της Ουκρανίας, τις δολοφονικές στρατιωτικές επιχειρήσεις της στην Ανατολική Ουκρανία, με θύματα εκατοντάδες αμάχους, την αντιλαϊκή πολιτική που από κοινού εφαρμόζουν η Ουκρανική κυβέρνηση, το ΔΝΤ και η ΕΕ. Το Ευρωκοινοβούλιο με τα ψηφίσματά του στηρίζει και στηρίζει πολιτικά τις αντιδραστικές και φασιστικές οργανώσεις, τις διώξεις που εξαπέλυσαν μαζί με την κυβέρνηση κατά των κομμουνιστών και του Κομμουνιστικού Κόμματος Ουκρανίας. Η ΕΕ σχεδιάζει την ανάπτυξη αστυνομικοστρατιωτικής δύναμης της στην Ουκρανία, για να εδραιώσει τη θέση της, ώστε να διασφαλίσει τη διείσδυση και ενίσχυση των ευρωενωσιακών μονοπωλιακών ομίλων, για να ελέγξουν τα μεγάλα ενεργειακά αποθέματα της περιοχής και τους δρόμους μεταφοράς τους, να αποκτήσουν θέσεις σε νέες αγορές. Ο ουκρανικός λαός πληρώνει ακριβώς με το αίμα του τις ιμπεριαλιστικές αντιπαραθέσεις, τα συμφέροντα των μονοπωλίων. Γι' αυτό πρέπει να υπερασπιστεί τα δικά του συμφέροντα, αγωνιζόμενος για την δική του εξουσία, ενάντια στην κυριαρχία και την εξουσία των μονοπωλίων.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution pour réclamer la fin immédiate des violences en Ukraine. Une solution politique à ce conflit aurait pu éviter la mort de plus de 200 civils abattus le 17 juillet 2014, en même temps que leur avion, au-dessus du sol ukrainien.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — J'ai voté pour la résolution sur l'Ukraine quelques heures avant la probable destruction par un missile de l'avion de ligne de la Malaysian Airlines au-dessus de l'est de l'Ukraine. Cette résolution appelait à une situation d'apaisement après les nombreuses attaques militaires et l'occupation du territoire par les séparatistes pro-russes. La tension politique et diplomatique est remontée de plusieurs crans et les responsables de cet acte tragique devront être traduits devant la justice internationale.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — Hier, j'ai voté une résolution qui demande à la Haute représentante d'accélérer le déploiement de la mission civile au titre de la politique de sécurité et de défense commune dans les secteurs de la sécurité et de la police. Cette mission, si elle veut vraiment peser, doit pouvoir disposer de moyens nécessaires et être pourvue d'un mandat ambitieux pour être en mesure d'apporter un réel soutien aux Ukrainiens dans le cadre des efforts assidus qu'il faudra déployer pour stabiliser la situation dans le pays. La résolution demande également à la Russie de se montrer résolue à appuyer le plan de paix (le drame de l'avion de la compagnie malaisienne démontrant plus que jamais l'absolue urgence de tout mettre en œuvre pour mettre fin à ce conflit). Le Parlement a aussi demandé au Conseil d'imposer de nouvelles sanctions à la Russie dans le domaine de l'économie, de la finance et de l'énergie ainsi qu'un embargo collectif sur les ventes d'armes au pays. Un appel qui a été entendu car le Conseil a décidé d'élargir les sanctions en lien avec la crise dans l'est de l'Ukraine notamment en ajoutant sur la liste des sanctions de nouveaux noms de personnes et d'entités y compris russes.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra de la presente resolución porque resulta un descarado acto de injerencia sobre el país y especialmente con las regiones alzadas contra el golpe de estado fascista. Esta resolución no hace mención alguna a la responsabilidad que ha tenido la Unión Europea en el desencadenamiento de la violencia en el país, una UE cómplice de un golpe de estado, que apoya y alienta a las milicias neo-nazis con tal de acceder a los ansiados recursos naturales, especialmente el gas, necesarios para la competencia con Rusia. La equidistancia en la condena de la violencia, resulta un verdadero ejercicio de cinismo al ver a un potente ejército masacrar pequeñas ciudades. Es por esta falta de reconocimiento de la responsabilidad de la UE por lo que he decidido votar en contra de esta resolución.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. - Najvažnije je spomenuti potpisivanje sporazuma o pridruživanju s Ukrajinom koji bi trebao biti prekretnica u političkom životu. Potrebno je europski novac od 11 milijardi eura upotrijebiti za stabilizaciju države te provođenje reformi.

Vanjskopolitički utjecaj EU-a u slučaju Ukrajine bi se trebao ogledati u poštivanju europskih vrijednosti, ali i u politici proširenja susjedstva, energetske politici, ali i u odnosu prema narušavanju teritorijalnog integriteta i kršenju međunarodnog prava. Neophodno je provoditi jasnu vanjsku politiku te nastaviti s pritiscima i restrikcijama u odnosu na Rusiju.

Želim pozdraviti mirovni plan predsjednika Porošenka i najvažniju njegovu točku, to je pravo Ukrajine na kontrolu svoga teritorija. Također želim podržati ratifikaciju i što bržu implementaciju sporazuma o pridruživanju EU-a i Ukrajine.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Nous avons préparé un ensemble de nouvelles mesures, parmi lesquelles figure le gel de programmes en Russie menés par la Banque d'européenne d'investissement (BEI) et la Banque européenne pour la reconstruction et le développement (BERD). Des pourparlers sont aussi en cours pour «ajouter de nouveaux noms à la liste des sanctions ciblées». L'aggravation de la situation dans le Donbass, de nombreuses preuves de l'implication de la Russie dans les actions de combattants donnent de plus en plus de raisons pour passer à la 'phase 3' des sanctions afin de s'opposer à l'agression russe. La Russie n'a pas rempli les conditions posées par le Conseil européen le mois dernier pour éviter les nouvelles sanctions qui pourraient avoir un fort impact sur son économie. L'Europe se doit d'être forte et de faire respecter la démocratie aux frontières de l'Europe.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. - I am deeply concerned that the murderous armed conflict in Ukraine has recently shown the signs of its rapid deterioration and internationalization. There are numerous reports that refer to the suffering of the civilian population in the course of military action, which was also confirmed by OSCE monitoring and international human rights organizations. The number of internally displaced persons and refugees is on the rise in Ukraine and neighboring countries. The situation is on edge of humanitarian catastrophe. Against such background any decision of the EU body shall be based on the principles of the protection of human rights, international humanitarian law and European values. EU shall be even more demanding dealing with those who claim to share with us European values. In the resolution there is a clear demand to all parties of the conflict to rectify the poor situation of the civilian population, to respect international humanitarian law and international human rights law.

Donnerstag, 17. Juli 2014

However, in general the text is unbalanced and may leave an impression that EU is taking sides in the armed conflict where all parties shall be objects of principled criticism. Several important allegations in the document are not sufficiently substantiated.

Therefore I did not find it possible to vote in support of this resolution.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. - I have added my name to this resolution as I firmly believe that full respect for democracy is the tool to achieve what the Ukrainians want. Hence, I welcome any initiative towards stopping the violence that is gravely affecting the country and its population. Furthermore, as clearly stated in the resolution, it is in the interest of all parties that the well-being of its people is promoted through different measures such as political agreements, including free trade agreements with third countries, and applying best practices to its government policies.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra de la presente resolución porque resulta un descarado acto de injerencia sobre el país y especialmente con las regiones alzadas contra el golpe de estado fascista. Esta resolución no hace mención alguna a la responsabilidad que ha tenido la Unión Europea en el desencadenamiento de la violencia en el país, una UE cómplice de un golpe de estado, que apoya y alienta a las milicias neo-nazis con tal de acceder a los ansiados recursos naturales, especialmente el gas, necesarios para la competencia con Rusia. La equidistancia en la condena de la violencia, resulta un verdadero ejercicio de cinismo al ver a un potente ejército masacrar pequeñas ciudades. Es por esta falta de reconocimiento de la responsabilidad de la UE por lo que he decidido votar en contra de esta resolución.

Jarosław Leszek Wałęsa (PPE), *in writing*. - I have lent my support to the Motion for a Resolution on the situation in Ukraine. From the beginning of this dire situation I have supported Ukraine in its situation with Russia. I strongly believe that the EU must provide all the help and assistance necessary to protect Ukraine from the sphere of influence of Russia and Mr Putin. I feel that as a sovereign State it is the Ukrainians who must determine their future, not Russia, nor the EU.

In recent months we have witnessed the chaos that has engulfed the country and since then there have been some very positive steps forward such as the election of the new President and the recent signing of a trade agreement between Ukraine and the EU. The EU must continue to strengthen its relations with Ukraine and assist in any way it can with the security of energy sources as this will be a vital part of developing and sustaining an economically sound Ukraine, as well as assisting in the desperately needed modernisation of its infrastructure.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. - Vítam a podporujem prijaté uznesenie o Ukrajine. Som veľmi rada, že tento parlament dokázal prijať jednoznačný text a podporiť snahy ukrajinskej vlády o zachovanie územnej jednoty krajiny. No zároveň si myslím, že postup slovenskej vlády v otázke dohody o reverznom toku plynu si zaslúžil nie pochvalu, ale ostré napomenutie. Slovenská vláda totiž svojimi krokmi zvyšuje riziko, že v zimných mesiacoch budeme musieť riešiť krízový stav v zásobovaní obyvateľov Ukrajiny teplom. Aj tu vidíme, že vysoká energetická závislosť Slovenska a ďalších nových členských štátov Únie na ruskom plyne je nielen hospodársky, ale aj politický problém, ktorý musíme spoločne riešiť.

12.2. Arbeitsplätze für Jugendliche (RCB8-0027/2014, B8-0027/2014, B8-0030/2014, B8-0051/2014, B8-0052/2014, B8-0053/2014, B8-0055/2014, B8-0058/2014)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Bernd Lucke (ECR). - Herr Präsident! Ich wollte mein Votum dazu erläutern. Ich habe diese EntschlieÙung abgelehnt, weil sie den wesentlichen Gesichtspunkt der Wettbewerbsverzerrung innerhalb der Europäischen Union nicht berücksichtigt, nämlich die Tatsache, dass durch die gemeinsame Währung die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der südeuropäischen Staaten massiv behindert worden ist und im Zusammenhang mit dieser Behinderung der Wettbewerbsfähigkeit Arbeitslosigkeit und insbesondere Jugendarbeitslosigkeit entstanden ist. Auf dieses große Hindernis für wirtschaftliche Entwicklung hätte auch zwingend hingewiesen werden müssen.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Csaba Sógor (PPE). - A fiatalok körében tapasztalható munkanélküliség ijesztő méreteket ölt egyes tagállamokban, a jelenség következményeit ma talán fel sem tudjuk mérni. A fiatalok mai problémái éreztetni fogják hatásukat az elkövetkező évek demográfiai folyamataiban, a foglalkoztatási problémák felerősítették a belső migrációt az Európai Unióban, a nagy társadalmi ellátórendszerek finanszírozása is nehezzé vált. Az EU csak ösztönözni, támogatni és segíteni tudja a folyamatokat, a fiatalok foglalkoztatási helyzetét a tagállamok hatósága nélkül nem fogja tudni megváltoztatni. Az európai gazdasági élet motorjai a kis- és középvállalkozások. Ma pedig egy nagyfokú és általános bürokráciacsökkentés lenne a legnagyobb segítség, amelyet a tagállamok adhatnának ezeknek a gazdasági társaságoknak, amelyek így egyszerűbben, a szabályokat betartva alkalmazhatnának fiatal munkaerőt.

Anne Sander (PPE). - Monsieur le Président, chers collègues, j'ai voté en faveur de cette résolution car, avec près de 23 % de chômeurs, les moins de 25 ans sont les principales victimes de la crise et de notre croissance en berne.

Cette absence de reprise nourrit un désamour pour l'Europe. En effet, comment croire au projet européen lorsqu'il n'offre plus de perspectives?

L'initiative pour l'emploi des jeunes est un début mais elle ne concerne qu'une région sur cinq dans ma propre circonscription. Pourtant, toutes ces régions souffrent d'un chômage inquiétant et qui tend à se prolonger.

Je viens d'une région frontalière et je peux vous dire que le potentiel d'emplois transfrontaliers est encore trop inexploité. Nous devons développer le programme de mobilité EURES, nous devons favoriser le multilinguisme et nous devons favoriser les doubles diplômes.

Monsieur le Président, l'Europe doit miser sur cette nouvelle génération.

Joëlle Mélin (NI). - Monsieur le Président, notre vote se devait d'être négatif. Le dossier «emploi des jeunes» est le symbole de l'échec cinglant de l'utopie supranationale. 25 % des moins de 25 ans au chômage en Europe, 60 % en Grèce, deux millions de jeunes Polonais exilés en 10 ans.

Notre institution aurait voulu que le chômage des jeunes, peu ou mal formés, soit une variable d'adaptation des profits d'employeurs sans scrupules ou d'actionnaires sans visage, et que les forces vives de chaque pays soient inactivées par le déracinement, qu'elle ne s'y serait pas prise autrement. En effet, nos jeunes sont bien une des cibles privilégiées de la guerre économique qui se déroule en Europe. Les déplacements forcés et la paupérisation en sont la preuve.

Il est clair que de nombreuses décisions prises dans cette enceinte depuis des décennies y ont participé: fonds structurels issus de nos impôts, mal utilisés; projets inadaptés aux objectifs et donc inopérants; politiques macroéconomiques, monétaires et normatives stérilisantes; réglementations en matière d'immigration imposées aux États nations, la liste est longue. L'avenir professionnel et sociétal de la jeunesse relève avant tout de la souveraineté nationale.

Tiziana Beghin (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, nonostante i suggerimenti del mio gruppo – primo fra tutti la richiesta di deroga al limite del 3% per gli investimenti a favore dei giovani – non siano stati nemmeno presi in considerazione per volere dei grandi partiti di questo Parlamento, il Movimento 5 stelle che in questo momento rappresenta ha comunque ritenuto il testo finale valido, accettabile, e quindi ha deciso di sostenerlo.

Collegli, il messaggio che io voglio lasciarvi in questo momento, è molto semplice. Noi pensiamo che non importi da dove provengano le idee, purché esse siano buone e siano a favore dei cittadini che ci hanno chiamato qui a rappresentarvi. Noi abbiamo applicato e applicheremo sempre questo principio. Spero che quanto ho detto ispiri il lavoro delle commissioni in futuro.

Marijana Petir (PPE). - Gospodine predsjedniče, uvažene kolegice i kolege, podržala sam usvajanje ove Rezolucije o zapošljavanju mladih kako bismo konačno, ozbiljno i efikasno potaknuli rješavanje jednog od najvećih problema danas u Europskoj uniji, a to je velika nezaposlenost mladih.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Najalarmantnije stanje je na jugu Europe, a Republika Hrvatska također nije pošteđena poteškoća uzrokovanih ekonomskom krizom koju su najviše nažalost osjetile mlade osobe na pragu svog radnog vijeka. Čak jednu trećinu nezaposlenih u Republici Hrvatskoj čine mladi između 15 i 29 godina. Mladi odlaze i Hrvatske u druge zemlje jer u Republici Hrvatskoj ne mogu ostvariti svoje pravo na rad, a pravo na rad je ljudsko pravo i ukoliko nije osigurano svima onda je to rezultat pogrešne politike.

Pozdravljam poziv iz Rezolucije za efikasnom kontrolom implementacije garancije za mlade jer od 6 milijardi eura do sada nije utrošeno gotovo ništa u zemljama članicama Europske unije, a problem i dalje postoji.

Caterina Chinnici (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, la riduzione della disoccupazione giovanile è una delle sfide più importanti da affrontare nei prossimi anni poiché coinvolge tutti i paesi dell'Unione e, in alcuni di essi, i tassi di disoccupazione giovanile hanno raggiunto livelli preoccupanti e disperanti. Molti giovani non trovano lavoro e per questo motivo sono costretti ad emigrare.

Rispetto a questa grave situazione che coinvolge anche il mio paese, l'Italia, alla nuova Commissione europea, spetterà il compito di presentare un piano di rilancio per avviare politiche di investimento volte a creare posti di lavoro e a stabilizzare l'occupazione.

La Garanzia giovani sta certamente aiutando gli Stati a fronteggiare la grave crisi occupazionale, ma non è e non può essere risolutiva. Occorreranno azioni strutturate per rilanciare l'economia e lo sviluppo per favorire la nascita di nuova occupazione. Occorrerà far ricorso alla flessibilità nell'uso dei fondi pubblici, senza la quale difficilmente si potrà avviare la crescita.

La risoluzione nel suo testo finale va in questa direzione ed è per questo motivo che ho votato a favore.

Elena Ethel Schlein (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho votato a favore della risoluzione anche se avrei preferito sentire parole ancora più forti su questo tema che nel mio paese, l'Italia, vede in alcune regioni la disoccupazione giovanile arrivare addirittura al 60%. È positivo che si chieda in questa risoluzione l'estensione della Garanzia giovani fino a trent'anni. Io ne ho 29 e non credo che dovremmo darci pace finché ci sono miei coetanei a cui ancora sento dire: vorrei fare un figlio ma non trovo il coraggio perché non so come mantenerlo.

È positivo anche che si chieda di investire maggiori risorse in questo programma e su questo credo che dovremmo insistere con forza con la Commissione. Inoltre avrei voluto sentire parole più forti contro la precarietà, perché non è solo questione di quali posti di lavoro riusciamo a creare per i giovani, ma anche di poter creare posti di qualità nella direzione finalmente di un futuro sostenibile, quindi in una direzione che penso sia quella che noi dobbiamo sentire come responsabilità verso le nuove generazioni. Non solo che tipo di posti di lavoro creiamo, ma finalmente la direzione verso un futuro sostenibile, posti di lavoro con investimenti verso una valorizzazione dell'ambiente, della cultura e della ricerca.

Lara Comi (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho votato a favore perché i dati della disoccupazione giovanile sono a dir poco allarmanti e richiedono tutto il nostro impegno congiunto, senza nessun colore politico, proprio perché questa è una delle priorità. Io sono assolutamente convinta che dare opportunità di lavoro ai nostri giovani equivalga a costruire il loro futuro e anche il nostro futuro. I giovani sono la forza di lavoro più fresca della nostra società e soprattutto rappresentano il terreno più fertile da coltivare. Una strategia collaborativa e delle azioni davvero integrate, perché questo è quello che ci manca. Un'integrazione tra l'Unione europea e gli Stati membri deve essere la soluzione migliore. Va bene il Fondo di garanzia. In Italia è stato esteso fino a 29 anni, un passo importante ma deve essere fatto anche negli altri Stati membri. E da questo dobbiamo partire con l'armonizzazione del processo di Bologna, altrimenti qualsiasi sforzo sarà inutile.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Tomáš Zdechovský (PPE). - Pane předsedající, chtěl jsem říci k této otázce, že jsem hlasoval pro, ale zdůrazňuji, že mám velkou výhradu k tomu, co tady zaznělo a co je i v tom dokumentu napsáno. Nechci dávat pouze peníze na to, abychom řešili tyto věci krátkodobě, to znamená vytvořili pracovní místa pro mladé lidi, ale chci, aby se to řešilo systematicky, to znamená dlouhodobě a abychom přitom využili příklady dobré praxe, např. v Rakousku, Německu nebo ve Švýcarsku, kde funguje duální systém vzdělávání. Státy, které se dlouhodobě a systematicky nevěnují vzdělávání mladých lidí, mají dnes problémy s velkou mírou nezaměstnanosti právě v této skupině.

Anna Záborská (PPE). - Nie som zástankyňou opatrení, ktoré sú úzko zamerané na jeden segment spoločnosti. Najmä nie vtedy, keď hovoríme o probléme, akým je nezamestnanosť. Rozumiem, prečo chceme zamestnanosť mladých ľudí riešiť prioritne, ale chcem pripomenúť, že by sme mali uprednostniť také riešenia, ktoré posilňujú solidaritu medzi generáciami. Podpora rodinného podnikania túto požiadavku spĺňa. Pretože práca v rodinnom podniku dáva mladým ľuďom nielen dôležité zručnosti a prax, ale pod dohľadom rodičov sa učia aj zodpovednosti a podnikateľskej etike. Práve jej nedostatok nás priviedol k finančnej kríze. Preto by som bola rada, ak by Komisia predložila analýzu podnikateľského prostredia s ohľadom na rodinné podnikanie a navrhla legislatívu, ktorá by zjednodušila zakladanie rodinných podnikov a zohľadnila ich špecifické problémy.

Steven Woolfe (EFDD). - Mr President, this amendment was proposed by the ECR Group and supported by the British Conservative Party. It accepted the principle that the EU should have free movement of workers but it supported only qualified free movement. This shows how half-hearted the British Conservative Party is. This is qualified euroscepticism.

Mass open-door immigration has resulted in lower wage and employment levels in the UK and throughout Europe. We abstained because we believe that nation states should have exclusive control of their borders. There should not be qualified free movement of workers; there should be controlled migration, open to the whole world, using a points-based system and managed by the nation states, not the EU.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. - No he podido votar a favor de esta resolución debido a que, pese a contener algunos puntos que considero de extremo interés para solucionar la gravísima situación que atraviesa la juventud de la Unión Europea, no responsabiliza a los Estados miembros de esta situación. Muchos Gobiernos de los Estados del sur de Europa están tratando de expulsar a sus jóvenes como vía para reducir la conflictividad social que atraviesan por la imposición de las políticas de austeridad. Sin embargo la resolución contiene puntos positivos cuando apela a la necesidad de la reducción de las desigualdades, la flexibilización de las normas del Fondo Social Europeo para que se lleven a cabo los proyectos, reconoce la escasez de recursos destinados a la Iniciativa sobre Empleo Juvenil, etc. Sin embargo, esta resolución resulta insuficiente para el principal problema que atraviesa la economía europea y por ello no he podido votar a su favor. Estos fondos suponen una tiritita en una herida de bala.

Andrus Ansip (ALDE), kirjalikult. - Ma hääletasin noorte tööhõive resolutsiooni poolt, sest pean eriti vajalikuks noorte tööpuuduse meetmetest osasaajate vanusepiiri nihutamist 24. eluaastalt 30. eluaastani.

Mara Bizzotto (NI), per iscritto. - In Italia 1 persona su 10 vive in assoluta povertà, 700 mila giovani tra i 15-24 anni sono disoccupati e rischiano l'emarginazione.

E' questa l'Europa che si meritano i nostri figli?

Se per il Presidente Junker la disoccupazione in Italia è «colpa degli italiani», per me i problemi dei disoccupati europei, soprattutto giovani, sono due e si chiamano mercato unico ed euro.

Salari ridotti all'osso e concorrenza selvaggia di quei paesi membri dell'Unione che si avvantaggiano di un sistema ingiunto e sbagliato.

L'Europa la smetta di arrampicarsi sugli specchi e riconosca di aver fallito!

Donnerstag, 17. Juli 2014

Le sue folli politiche di accoglienza e redistribuzione dei redditi hanno saturato il nostro mercato del lavoro e hanno mandato in tilt i sistemi di welfare per dare precedenza agli ultimi arrivati. Quello che resta è una disoccupazione a livelli record e categorie deboli, quali giovani e anziani, senza servizi e senza sostegno.

L'Europa deve cambiare le regole del gioco e puntare sulla competitività. Servono regole fiscali e previdenziali uguali per tutti, blocco del turismo per i benefici e restituzione della sovranità monetaria ai paesi che vogliono uscire dall'euro.

Diversamente l'Europa rischia di esplodere distruggendo la speranza e il futuro delle nuove generazioni.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. - Jag har lagt ned min röst.

Den föreslagna resolutionen lyfter fram ungdomsarbetslösheten och de enorma problem den skapar i EU idag. Den betonar vikten av att motverka ungdomsarbetslösheten som en investering i framtiden. Det är jag enig om.

Men resolutionen markerar inte ut åtstramningspolitiken som huvudorsak till den extremt höga ungdomsarbetslösheten. Den borde också tydligare understryka vikten av en expansiv ekonomisk politik som med gröna investeringar och förstärkt välfärd skapar sysselsättning och verkar för jämställdhet och social rättvisa.

Dessutom motsätter jag mig kravet på ny överstatlig lagstiftning i punkt 3 och kravet på sänkta skatter för företagen i punkt 43. Därför har jag lagt ned min röst.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. - El empleo juvenil es una de nuestras prioridades primordiales. Hay 120 millones de europeos por debajo del umbral de la pobreza y un 25% de los más de 25 millones de parados son jóvenes. En mi país, España, más del 50% de los jóvenes está sin trabajo. El empleo juvenil definirá a la UE ante la próxima generación. El desarrollo completo de la Garantía Juvenil es el elemento central de la estrategia socialista de creación de empleo. Apostamos por aumentar sustancialmente su presupuesto y ampliarla hasta la edad de 30 años. Debemos, además, introducir salarios mínimos dignos para todos, garantizar la igualdad salarial y la protección de los derechos de los trabajadores, los sindicatos, el diálogo social y la legislación contra la discriminación. Queremos acabar con el dumping social y revisar la Directiva sobre el desplazamiento de los trabajadores para mejorar su protección. Queremos una política industrial más ambiciosa, apoyar la economía social y las PYME, promover la innovación tecnológica y sostenible, y mejorar el rendimiento económico. Los retos son muchos. A instancia socialista, algunas de nuestras demandas fueron reconocidas ayer en su programa de gobierno por el nuevo Presidente de la Comisión Europea. Permaneceremos vigilantes al cumplimiento de sus compromisos con nuestro Grupo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. - Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Europos Parlamentas atkreipia dėmesį į jaunimo problemas - aukštą nedarbo lygį ir išaugusį skurdą jaunimo tarpe. Esu viena šios rezoliucijos autorių. Europos Komisijos pateikti duomenys, rodo, kad 2012 m. net trečdaliui visų jaunų žmonių Europoje grėsė skurdas ir socialinė atskirtis. To priežastis yra visoje Europoje giliai įsišaknijusi jaunimo diskriminacija darbo vietose. Net ir gavę darbą jauni žmonės yra diskriminuojami ir net išnaudojami, todėl dažnai susiduria su vadinamuoju „dirbančiųjų skurdu“. Net ir gavę darbą, jauni žmonės yra diskriminuojami ir net išnaudojami. Štai kodėl skurdo ir socialinės atskirties statistika jaunimo tarpe yra tokia nepateisinamai didelė mūsų turtingoje ir saugioje Europoje. Jaunimui taip pat reikalingas darbo vietų saugumas, socialinė apsauga bei socialinės garantijos. ES Pagrindinių teisių chartija įtvirtina teisę į socialinę apsaugą visiems - ne tik patirties jau įgijusiems darbuotojams, bet ir pradedantiems.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. - Șomajul în rândul tinerilor este o problemă majoră de care fiecare stat membru UE ar trebui să fie tot mai preocupat, dat fiind că aproape un sfert din tinerii europeni nu au în prezent un loc de muncă.

Am votat în favoarea rezoluției privind combaterea șomajului în rândul tinerilor deoarece sunt conștient de nevoia de a crea noi locuri de muncă, de necesitatea unei apropieri între cerințele angajatorilor și cunoștințele dobândite în școală de către tineri precum și de stimularea investițiilor generatoare de locuri de muncă și antreprenorialului în rândul tinerilor. Toate acestea reprezintă investiții într-un viitor European competitiv și prosper, la care noi putem să contribuim cu succes.

Donnerstag, 17. Juli 2014

În mod concret, există instrumente la nivel european pentru prevenirea și reducerea șomajului în rândul tinerilor. Avem nevoie de un cadru european pentru încurajarea angajării temporare care ar putea contribui la inserția tinerilor pe piața muncii. Creșterea mobilității tinerilor ar trebui extinsă și la programe care urmăresc munca necalificată.

Sunt convins că programe precum instalarea tânărului fermier sau Erasmus pentru tinerii antreprenori pot avea un rol multiplu. Odată, contribuie la creșterea ocupării, îmbunătățesc performanța și sprijină libera inițiativă.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. - Voto di astensione. Le proposte presentate non sono altro che «cataloghi di buone intenzioni», ove scarseggiano proposte vere e concrete per affrontare una crisi del lavoro giovanile che non si vedeva dal secondo dopoguerra.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. - Oggi ho votato a favore della risoluzione sull'occupazione giovanile chiedendo misure più efficaci, tra cui standard minimi comuni per l'apprendistato e salari decenti. La disoccupazione giovanile ha raggiunto livelli senza precedenti, con una media europea del 23% e picchi di oltre il 50% in alcuni Stati membri. In totale 5,3 milioni di cittadini europei sotto i 25 anni sono disoccupati. Pertanto penso che il finanziamento europeo dei programmi relativi all'occupazione debba essere aumentato nei futuri bilanci annuali. Inoltre, penso che la Commissione debba monitorare attentamente l'attuazione della «Garanzia giovani» lanciata lo scorso anno e proporre standard minimi europei su qualità dei tirocini, livelli salariali e accesso ai servizi per l'impiego. Anche i finanziamenti comunitari per la «Garanzia giovani», attualmente di 6 miliardi di euro, devono essere aumentati. Oltre a ciò, consiglio agli Stati membri di dare priorità all'insegnamento di scienza, tecnologia, ingegneria e matematica, poiché questi profili saranno probabilmente quelli maggiormente richiesti sul mercato del lavoro. Infine, per incoraggiare la creazione di posti di lavoro, invito i governi nazionali a ridurre gli oneri amministrativi per i lavoratori autonomi, le microimprese e le piccole e medie imprese e introdurre politiche fiscali capaci di creare un clima favorevole per gli investimenti privati.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. - Le politiche di austerità si sono rivelate disastrose sotto tanti punti di vista ma quello che preoccupa a livello strutturale e di lungo periodo è il dramma della disoccupazione. Le percentuali su quella giovanile sono a dir poco allarmanti e creano un deficit a livello produttivo e previdenziale che non potrà essere colmato. A pagarne il prezzo saranno le future generazioni che dovranno fare sacrifici per mantenere chi nelle loro famiglie non ha potuto accumulare abbastanza per avere diritto ad una pensione. Se leggiamo i dati nel loro complesso, scopriamo che questo gap non è allarmante solo per la fascia 18-29 anni ma diventa ancora più grave se si considera la disoccupazione di lungo periodo per la fascia 30-60 anni. Sono persone che al contrario di lavoratori giovani si vedono ridotte le possibilità di trovare un nuovo impiego e pertanto creano quel buco previdenziale descritto sopra. Considerato il cumulo di queste enormi problematiche, non si può più esitare a dare sollievo e sostegno da parte degli stati al fine di non condannare più di due generazioni ad una continua precarietà.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. - Since the onset of the economic crisis youth unemployment has become a serious problem in the EU where 23.6 % of our youth are now unemployed, which is almost double the adult rate. In Ireland our youth unemployment rate is 23.7 %; this, combined with the mass emigration, equates to a lost generation. A stronger commitment and improved monitoring are needed from Member States to improve the situation of young people. Jobs are not just about money for our youth, they are also about dignity and self-worth. Our young people need access to quality jobs that respect their rights, including the right to stability and security through a job that has a decent and fair wage, social protection and enables a secure life of dignity and autonomy. The Youth Guarantee needs to be monitored effectively and we need to be updated regularly on its progress.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. - Questa crisi dura da troppo tempo e sta erodendo il benessere conquistato in decenni di lavoro. Per uscirne bisogna sicuramente concentrarsi su delle priorità, tra le quali la ripresa dell'occupazione. Su questo siamo tutti d'accordo, ma c'è un passaggio ulteriore da fare: segmentare la forza lavoro per fasce d'età. Al sessantenne che ha perso il lavoro bisogna offrire la possibilità di integrare i propri contributi per poter andare in pensione; al quarantenne bisogna offrire riqualificazione e nuove opportunità; al ventenne bisogna dare modo di formare una propria professionalità ed esperienza, in mancanza delle quali fra dieci anni i ventenni di allora saranno in competizione con i ventenni di oggi e il mercato del lavoro imploderà. Per questo ho votato a favore di questa risoluzione: perché, senza nulla togliere a chi giovane non è più, ritengo sia lungimirante pensare ai giovani e, allo stesso tempo, compiere azioni sugli altri.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. - No he podido votar a favor de esta resolución debido a que, pese a contener algunos puntos que considero interesantes para solucionar la gravísima situación que atraviesa la juventud de la Unión Europea, no contempla como la causa principal de esta situación a las políticas de austeridad de la Unión Europea y de la Troika, ni tampoco la responsabilidad los Estados miembros... Muchos Gobiernos de los Estados del sur de Europa están tratando de expulsar a sus jóvenes como vía para reducir la conflictividad social que atraviesan por la imposición de las políticas de austeridad. Sin embargo la resolución contiene puntos positivos cuando apela a la necesidad de la reducción de las desigualdades, la flexibilización de las normas del Fondo Social Europeo para que se lleven a cabo los proyectos, reconoce la escasez de recursos destinados a la Iniciativa sobre Empleo Juvenil, etc. Sin embargo, esta resolución resulta insuficiente para el principal problema que atraviesa la economía europea y por ello no he podido votar a su favor. Estos fondos suponen una tirita en una herida de bala.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. - Sono fermamente convinto della insufficienza di quanto fatto finora per mettere un freno al continuo incremento dei tassi di disoccupazione giovanile. Lo avevamo detto tempo addietro e lo ripetiamo oggi: le risorse sono scarse e mal utilizzate. Occorre trovare il coraggio di cambiare formule: basta formazione professionale esterna, che contribuisce solo a fare gli interessi delle società che la realizzano, senza garantire alcun valore aggiunto. Facciamo in modo che siano le aziende stesse a fare formazione sui posti di lavoro, semplificando il passaggio tra le due fasi del percorso. Il fondo sociale europeo sarà fondamentale nei prossimi anni, facciamo in modo di non sprecarlo e di non sprecare le uniche risorse a nostra disposizione.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. - Consider că, în contextul crizei economice actuale, educația, formarea profesională și creativitatea sunt esențiale pentru a asigura inovarea, productivitatea și creșterea în Europa. Cred în importanța programului Erasmus pentru toți și salut pozitivă Comisiei Europene de a încuraja rezolvarea problemei discrepanțelor dintre statele membre în ceea ce privește standardele educaționale și cea a recunoașterii depline a diplomelor pe întreg teritoriul Uniunii Europene.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. - Cette résolution appelant à la relance de l'emploi des jeunes est le gage que le Parlement européen souhaite respecter les engagements pris lors des dernières élections européennes. Le chômage des jeunes en Europe atteint des taux effrayants. Il est indispensable que l'Union européenne se mobilise pour investir dans l'éducation et la formation. L'Europe a besoin d'un nouvel environnement pour la création d'emplois. Il me paraît primordial notamment de continuer à promouvoir un cadre favorable aux PME, qui concentrent la grande majorité des emplois au sein de l'Union européenne. En encourageant les jeunes entrepreneurs à la création de PME, l'emploi et la croissance s'en trouveront relancés.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - O desemprego jovem na UE atinge uns impressionantes 23 %. Nalguns países, como a Grécia e a Espanha, mais de metade dos jovens estão desempregados. Portugal não está melhor, pesem embora as recorrentes manipulações estatísticas, visando obnubilar que a ligeira diminuição estatística do desemprego se deve à sangria da emigração, ao número crescente de jovens que são forçados a deixar o país, situação que só encontra paralelo nos negros anos do fascismo.

Por outro lado, os postos de trabalho criados têm vínculos laborais precários, substituindo trabalho com direitos por trabalho sem direitos.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Qualquer resolução que, de facto, tivesse a verdadeira intenção de mudar o atual estado de coisas teria de exigir uma rutura com as principais políticas económicas da UE responsáveis pela criação do desemprego – o que aqui não se faz. Na resolução comum, apoiada pela direita e pela social-democracia, não se referem os programas UE-FMI como causadores da massiva destruição de postos de trabalho e do enfraquecimento dos direitos sociais e laborais. Tampouco a responsabilidade das políticas consubstanciadas na Governação Económica, Semestre Europeu e Tratado Orçamental. Omitir a esta questão central em matéria tão preocupante é o mesmo que mascarar o problema, branquear responsabilidades.

Não contribuiremos para este hipócrita exercício.

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne. - Zamestnanosť mladých ľudí je v EÚ jednou z najkritickejších politík. Je výsledkom mnohých nekonceptných opatrení, ako je predlžovanie veku odchodu do dôchodku, zánik pracovných miest z dôvodu dosahov ekonomickej a hospodárskej krízy, ale aj absentujúceho systému vzdelávania v členských štátoch. A práve vysoká miera nezamestnanosti mladých je jedným z hlavných dôvodov, pre ktorý by EK a Rada mali začať uvažovať o harmonizácii sociálnych politík v rámci EÚ. Predložené uznesenie podporujem, pretože sa aspoň čiastočne zaoberá situáciou nezamestnanosti mladých realizáciou programu Záruka pre mladých. Nie je to však jediné riešenie a potrebná bude hlboká štrukturálna reforma vzdelávania.

Françoise Grossetête (PPE), par écrit. – Jeudi matin, j'ai voté en faveur de recommandations sur la lutte contre le chômage des jeunes en Europe. L'Union européenne ne peut se contenter de la seule garantie jeunesse. Il est urgent de prendre des mesures stimulant, entre autres, le soutien aux PME, à l'entrepreneuriat, la lutte contre l'échec scolaire, la mobilité des jeunes ou encore la mise en place d'un cadre européen pour assurer la qualité des stages et des apprentissages. J'ai souhaité mettre l'accent sur la nécessité de mieux adapter les systèmes d'enseignements nationaux aux besoins du marché du travail. J'insiste sur une meilleure reconnaissance des compétences et aptitudes acquises en dehors de l'enseignement formel, via des stages, du bénévolat, ou du travail social.

András Gyürk (PPE), írásban. – A fiatalok munkanélkülisége elérte a 22%-ot az Európai Unió belül, néhány országban ez az arány már 50% körül mozog. Nagyobb szükség van a közvetlen EU-támogatásra, és olyan eszközök, mint például az Európai Ifjúsági Garancia megfelelő eszközök lehetnek ebben a tekintetben. A magyar példa Európa számára mintaként szolgálhat a munkanélküliség kezelésére, mivel a 2012-ben indított Munkahelyvédelmi Akciótervnek és a START-programnak köszönhetően csökkent Magyarországon a fiatalok munkanélkülisége.

Szavazatommal támogattam a duális szakképzési rendszer fejlesztését, a felsőoktatási rendszer átalakítását a reáltárgyak irányába, egy új kis- és középvállalkozás-barát környezet kialakítását, és a szakmai tapasztalat és képzések széles körű támogatását.

Krzysztof Hetman (PPE), na piśmie. - Co piąty młody Europejczyk pozostaje bez pracy. Ten niezwykle wysoki poziom bezrobocia wśród młodzieży to złożony problem, do rozwiązania którego musimy podejść w sposób kompleksowy. Głosowałem za przyjęciem rezolucji Parlamentu Europejskiego w tej sprawie, ponieważ uważam, iż zwraca ona uwagę na najbardziej istotne dla rozwiązania tego problemu kwestie. Po pierwsze, należy dołożyć wszelkich starań, aby środki przeznaczone na gwarancje dla młodzieży stanowiły wsparcie dla niezbędnych reform w państwach członkowskich. Potrzebujemy lepszego powiązania edukacji z rynkiem pracy, aby wyposażyć młodzież w umiejętności poszukiwane przez pracodawców, szczególnie poprzez promowanie dobrej jakości staży i praktyk w miejscu pracy. Gwarancje to cenny program i zgadzam się z zaleceniem, aby państwa członkowskie rozszerzyły ich zasięg na osoby do 30 roku życia. Po drugie, musimy postawić na przedsiębiorczość. W wyniku kryzysu wiele firm zostało zlikwidowanych, inne zaś zmuszone były ograniczyć zatrudnienie. Dlatego uważam, że należy stworzyć klimat przyjazny firmom i odbudować ich zaufanie do rynków, które przełoży się na tworzenie przez nie nowych miejsc pracy. Należy również tworzyć zachęty do zakładania nowych firm poprzez usunięcie barier biurokratycznych i wsparcie finansowe dla start-upów w postaci ulatwień podatkowych, pożyczek i dotacji.

Brice Hortefeux (PPE), par écrit. — Réuni pour la seconde fois depuis son installation, le Parlement européen a fait le choix d'adresser un message fort aux citoyens: l'emploi des jeunes est le chantier prioritaire de cette législature et les élus ne relâcheront pas leurs efforts pour lutter contre le chômage endémique qui frappe plus de cinq millions de jeunes de moins de 25 ans en Europe dont 22,5% en France.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Seulement, si je souscris au diagnostic et aux priorités, je regrette que ces paroles ne soient pas suivies d'actes.

N'oublions pas en effet que les citoyens jugent l'Europe à l'aune de ses résultats et non pas en fonction de ses discours incantatoires. Or, l'Europe, ce sont avant tout les nations qui la font et la défont.

Des financements et des instruments européens existent mais en réalité, ce sont les États membres, par les politiques économiques et de l'emploi qu'ils choisissent, qui ont le véritable pouvoir d'inverser cette courbe et de redonner espoir à une jeunesse de plus en plus désorientée.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution pour l'emploi des jeunes. Il était essentiel que l'un des premiers textes adoptés par le Parlement porte sur ce sujet alors qu'un jeune sur quatre est au chômage en Europe. La situation est critique, et il nous faut agir sans tarder. En particulier nous devons pleinement utiliser la garantie jeunesse et suivre de très près sa mise en œuvre.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — Je me félicite que le Parlement européen ait soutenu à une large majorité la résolution commune visant à favoriser l'emploi des jeunes. Le taux de chômage des jeunes a, en effet, atteint des niveaux sans précédent. En mars 2014, dans l'Union européenne, 5,340 millions de jeunes âgés de moins de 25 ans étaient sans emploi. L'Union européenne se doit d'apporter des réponses à cette situation extrêmement préoccupante. Pour cela, cette résolution encourage la mise en œuvre d'une stratégie de ré-industrialisation de l'Europe ainsi que d'un cadre européen favorable aux PME. Elle invite les États membres à utiliser les instruments financiers qui leur sont proposés par l'Union européenne, notamment la Garantie pour la jeunesse. Elle les incite également à adopter des actions préventives contre l'abandon précoce des études, à encourager l'enseignement technique, l'apprentissage et l'entrepreneuriat, à investir dans les secteurs d'avenir que sont le numérique, les télécommunications et les infrastructures énergétiques et à favoriser l'emploi transfrontalier.

Γεώργιος Κατρούγκαλος (GUE/NGL), *γραφτώς*. — Καταψήφισα το ψήφισμα γιατί υιοθετεί ουσιαστικά την ίδια νεοφιλελεύθερη οπτική των κυρίαρχων στην ΕΕ πολιτικών που οδήγησαν στην έξαρση της ανεργίας, την ένταση των ανισοτήτων και την όξυνση της κρίσης. Μόνο η ανατροπή των πολιτικών λιτότητας και η υιοθέτηση πολιτικών ανάπτυξης, με έμφαση στην προστασία των πιο αδύναμων κοινωνικών ομάδων και των νέων, μπορεί να αποτελέσει διέξοδο για την κρίση.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. - Głosowałam za rezolucją w sprawie zatrudnienia młodzieży, która proponuje szereg rozwiązań dla problemu bezrobocia młodych, które dziś osiąga poziomy zagrażające rozwojowi i integralności Europy. Kluczową kwestią jest wykorzystanie sprawdzonych rozwiązań z krajów UE, jak system dwutorowego kształcenia zawodowego w Niemczech, gdzie bezrobocie młodych wynosi 7,5% przy średniej dla UE ponad 23%. W Wielkopolsce, gdzie stosuje się podobne do niemieckich rozwiązania, poziom bezrobocia należy do najniższych w kraju. Dlatego postulat rozwijania kształcenia zawodowego, systemu uznawania kwalifikacji i europejskich ram kwalifikacji jest kluczowy dla zwiększania szans młodzieży na pracę. Rewizja systemów kształcenia w UE, wzmocnienie kształcenia zawodowego, a także programy zwiększające mobilność – międzynarodowa wymiana studentów, praktyki i staże powinny doprowadzić do stopniowego ograniczenia bezrobocia młodzieży.

UE powinna skupić się również na wspieraniu przedsiębiorczości, a w szczególności na kreowaniu przyjaznego otoczenia dla małych i średnich przedsiębiorstw, które zatrudniają 67% wszystkich pracowników i generują 85% nowych miejsc pracy.

W związku z tym popieram propozycje zawarte w rezolucji dotyczące „usprawnienia współpracy między przedsiębiorstwami a sektorem oświaty na wszystkich szczeblach w celu lepszego dostosowania programów nauczania do potrzeb rynku pracy”. Zgadzam się również, że kwota 6 mld EUR przeznaczona na te cele jest niewystarczająca i powinna być zrewidowana, aby podjęte działania były prowadzone odpowiednio efektywnie.

Κωνσταντίνος Κούνεβας (GUE/NGL), *γραφτώς*. — Σχετικά με την ψήφο μου στο ψήφισμα για την απασχόληση των νέων, θα ήθελα να τονίσω τα εξής: παρά την ύπαρξη ορισμένων θετικών διατάξεων στο κείμενο του ψηφίσματος, στο σύνολό του παραμένει ένα ακόμα ευχολόγιο και δεν προωθεί ρεαλιστικές λύσεις.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Επιπλέον, υπάρχουν αρκετές διατάξεις με περιεχόμενο ασαφές, όπως οι παράγραφοι 2, 4, 42. Ακόμα, η συνεχής επίκληση της επιχειρηματικότητας προβάλλει ως «πανάκεια» για την αντιμετώπιση της ανεργίας, πράγμα που δεν αποτελεί εφικτή και ρεαλιστική απάντηση στα υψηλά ποσοστά ανεργίας των νέων.

Gabrielius Landsbergis (PPE), raštu. - Jaunimo nedarbas vis dar yra ypatingai didelė ir sunkiai sprendžiama problema ES valstybėse, todėl balsavau už rezoliuciją. Dokumente ne tik detaliai aprašyta jaunimo nedarbo situacija ES valstybėse, bet ir pateiktos konkrečios rekomendacijos ES narėms, kurias įgyvendinus, tikiu, nedarbo situacija ženkliai pagerėtų.

Ypatingą dėmesį, manau, reikia atkreipti į tai, kad 2012 m. smulkios ir vidutinės įmonės ES sudarė net 66,5 proc. visų darbo vietų Europoje, todėl ES šalys turi užtikrinti palankias teises ir finansines galimybes tokioms įmonėms kurtis ir plėstis. Taip pat būtina sudaryti palankias sąlygas naujų inovatyvių verslų kūrimui bei vystymui.

Jérôme Lavrilleux (PPE), par écrit. — J'ai voté en faveur de la résolution sur l'emploi des jeunes.

Ce texte a pour but de rappeler aux chefs d'État européens que la lutte contre le chômage des jeunes doit être une priorité. Le budget et les mesures annoncés ne doivent pas rester de simples effets de communication, au secours de majorités en difficulté.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), par écrit. — J'ai voté pour la résolution sur l'emploi des jeunes car elle fait le constat d'une jeunesse privée d'avenir et demande des actions fortes de l'Union européenne pour l'emploi des jeunes.

Cette résolution commune souligne les niveaux intolérables pour les jeunes de chômage (23% de jeunes sans emplois), de précarisation et de paupérisation (30% des 15-29 en risque de pauvreté ou d'exclusion sociale). Par conséquent elle demande de réels efforts dans l'éducation, la formation, afin d'investir dans notre jeunesse. Elle ne se contente pas des 6 milliards d'euros alloués par la Garantie jeunesse et demande, comme je l'avais fait dans mon intervention, davantage de fonds à ce programme dont l'Organisation internationale du travail chiffre les besoins à 21 milliards.

Ce texte demande également la mise en place de standards minimaux pour les jeunes et d'un cadre européen pour les stages, ce que je soutiens tout en appelant à des règles européennes encore plus fortes pour sécuriser le parcours de tous les jeunes vers l'emploi.

Cette résolution traite également de l'environnement économique des jeunes en appelant une stimulation nécessaire de la croissance, une réindustrialisation de nos territoires et une lutte déterminée contre les inégalités.

C'est pourquoi j'ai soutenu et cosigné ce texte.

Paloma López (GUE/NGL), por escrito. - No he podido votar a favor de esta resolución debido a que, pese a contener algunos puntos que considero de extremo interés para solucionar la gravísima situación que atraviesa la juventud de la Unión Europea, no responsabiliza a los Estados miembros de esta situación. Muchos Gobiernos de los Estados del sur de Europa están tratando de expulsar a sus jóvenes como vía para reducir la conflictividad social que atraviesan por la imposición de las políticas de austeridad. Sin embargo la resolución contiene puntos positivos cuando apela a la necesidad de la reducción de las desigualdades, la flexibilización de las normas del Fondo Social Europeo para que se lleven a cabo los proyectos, reconoce la escasez de recursos destinados a la Iniciativa sobre Empleo Juvenil, etc. Sin embargo, esta resolución resulta insuficiente para el principal problema que atraviesa la economía europea y por ello no he podido votar a su favor. Estos fondos suponen una tiritita en una herida de bala.

Monica Luisa Macovei (PPE), in writing. - I welcome the Commission's initiative for a Youth Guarantee scheme which aims to reduce the high figures of unemployment among young people. In March 2014, 5 340 million young persons (under 25) were unemployed in the EU-28, i.e. 10.4 %. This worrying percentage proves the necessity of tackling more effectively integration of youth into the labour market. I join my colleagues in calling on the Member States to support and promote reforms and mechanisms to actively combat youth unemployment and to provide more opportunities for jobs. The Commission has to monitor the implementation of the national Youth Guarantee Plans in each Member State in order to strengthen and reaffirm commitments at national and European level to stimulate youth employment. Additionally, I echo this Resolution's call for the need to reform education and training standards for young people in order to increase their employability and life opportunities. We have a moral responsibility to provide the new generations with support to find their way in the labour market and to work together to combat the damaging effects of the financial crisis on youth employment.

Donnerstag, 17. Juli 2014

David Martin (S&D), *in writing*. - I voted in favour of this resolution because Youth Employment remains the single biggest challenge for the European Parliament in this new mandate. My Socialist colleagues and I are seeking to change the austerity agenda of the centre-right to the growth-focused agenda of the Socialists. Europe cannot afford to have another lost generation and we must get all of our young people back to good quality employment.

Anthea McIntyre (ECR), *in writing*. - Conservative MEPs fully support initiatives designed to help young people, whatever their circumstances, enter the labour market. The ECR resolution highlighted unemployment, particularly youth unemployment, as the biggest social challenge facing Europe. Conservative MEPs believe that at the national level, it is essential to give education and training systems greater relevance to labour market needs.

Blanket EU laws or initiatives are impractical and inefficient. Actions to tackle youth unemployment are better if they are delivered by national governments. We cannot support calls for new legally binding instruments at EU level, which add little or no value in terms of getting young people into employment. It is not the role of the European Parliament to instruct Member States on how to organise their social security systems.

While we understand the potential for migration to help some young people find work, and while we support the principle of free movement of workers in the EU – this must be qualified. Free movement should be about work, where individuals can follow opportunities and contribute to the host economy rather than moving to take advantage of welfare regimes in other Member States. For these reasons we cannot support the Joint Motion for Resolution.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution sur le chômage des jeunes en Europe est honnête sur le constat mais faible sur les solutions. En mars 2014, le chômage concernait 5 340 000 jeunes de moins de 25 ans dans l'UE, soit un taux de chômage de 23%. La résolution reconnaît que les 6 milliards d'euros alloués à l'Initiative pour l'emploi des jeunes ne sont pas suffisants et plaide pour l'extension de la garantie jeunesse jusqu'à 30 ans. Mais pour le reste, les solutions proposées appartiennent au registre libéral. Il s'agit comme toujours d'accroître «la mobilité de la main-d'œuvre au sein de l'Union» et de favoriser l'entrepreneuriat, et ce alors que la première cause du chômage des jeunes comme des moins jeunes est l'austérité. Je vote contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. - Apresentei o meu voto favorável à resolução do Parlamento Europeu sobre o emprego dos jovens, de forma a que sejam reforçadas as medidas para combate do desemprego jovem. O Parlamento Europeu instou a Comissão a propor um quadro jurídico europeu com normas mínimas para a implementação de garantias para a juventude no que se refere, por exemplo, à qualidade dos estágios, a salários dignos para os jovens e ao acesso aos serviços de emprego.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. - The aim of this resolution is to guarantee the effective and coherent implementation of the European Commission's Youth Guarantee Programme, reiterating the measures to be taken for Europe to have an active, comprehensive and integrated labour market policy with special measures for young people. I therefore voted in favour of this resolution.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Je suis gravement préoccupé par les difficultés de trouver ou de garder un emploi. Je n'oublie ni la pauvreté, ni le chômage, ni les obstacles financiers qui se dressent devant un jeune couple souhaitant devenir propriétaire de sa maison... Mais il y a une évidence que nul ne peut contester: ce sont les entreprises qui créent de l'emploi et de la richesse pour financer des services publics de qualité aux citoyens. Il faut pérenniser la relance économique en faveur de l'emploi. Aujourd'hui, pour relancer l'économie, il importe surtout de stimuler les investissements productifs, en particulier dans nos petites et moyennes entreprises. Les PME sont les premiers employeurs d'Europe. Les PME représentent plus de 99 % des entreprises et emploient plus de 90 millions de salariés en Europe. Elles représentent également plus de 67 % des emplois du secteur privé (deux emplois sur trois dans le secteur privé) et plus de 58 % du chiffre d'affaire total de l'Union. Vis-à-vis de l'emploi des jeunes qui est une de mes priorités, j'insiste pour renforcer la «Garantie jeunesse» qui vise à proposer aux jeunes un emploi, un retour aux études, une formation ou une reconversion dans un délai de 4 mois à compter de la fin de leur scolarité.

Marlene Mizzi (S&D), *bil-miktub*. - Il-holqien tax-xoghol huwa s-sinsla tal-ekonomija, u l-holqien tax-xoghol hu fundamentali ghat-tkabbir tal-ekonomija sostenibbli, ghal livell ta' hajja dinjituza, u ghall-ġid tas-soċjetà. Nemmen li l-edukazzjoni hi wiehed mill-elementi li ghandu impatt dirett fuq il-holqien tal-impjeggi. Waqt li hafna gvernijiet jinvestu hafna fl-edukazzjoni, dan l-investment ghandu jsir b'vizjoni tal-futur. Irridu niżguraw li l-istituzzjonijiet edukattivi jipproduċu zghazagh bi kwalifiki li jirrikjedi s-suq tax-xoghol. Il-problema tal-iskills' mismatch trid tiġi indirizzata u kkontrollata b'mod kontinwu ghax il-bżonnijiet tad-dinja tax-xoghol jinbidlu l-hin kollu. L-edukazzjoni hi importanti ghall-holqien tax-xoghol u l-Unjoni ghandha tiżgura li l-Istati Membri kollha jkollhom l-ghajnuna finanzjarja biex tissahhah

Donnerstag, 17. Juli 2014

din ir-rabta għat-tkabbir ekonomiku u l-gid tas-soċjetà. Jien nawgura li l-President tal-Kummissjoni l-gdid Juncker ibiddel l-idea tiegħu fuq il-bżonn tal-investiment fil-Youth Guarantee Scheme -jiġifieri ma jiżdidux fondi għal 21 biljun għal 6 biljuni qabel ma dawn il-fondi jiġu użati. L-Unjoni m'għandhiex tkun xhiha mal-investiment li hemm bżonn għall-holqien tax-xogħol għaż-żgħażaġh. Ir-risoluzzjoni tindirizza l-punti hawn fuq imsemmija u għalhekk jien invutajt favur.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. - Em maio de 2014, o desemprego jovem na União Europeia atingiu os 22,2 %, estando mais de 5 milhões de pessoas sem uma ocupação profissional. Apesar de homologamente a taxa de desemprego ter vindo a diminuir, considero que estes são valores ainda demasiado elevados e um flagelo social que urge solucionar.

A União Europeia aprovou há um ano o Programa Garantia Jovem com uma dotação de 8 mil milhões de euros e o Programa Erasmus + com um orçamento de 14,7 mil milhões de euros. São mais de 23 mil milhões disponíveis para apoiar os jovens europeus que devem estar orientados para reformar a plataforma de emprego EURES, apoiar as empresas em termos de contratação e ainda melhorar a qualificação académica das novas gerações.

É fundamental os líderes europeus auscultarem as ideias e propostas que os jovens defendem para o seu próprio futuro. Defendo a criação de uma plataforma europeia que integre os principais movimentos políticos, sociais e económicos da juventude europeia. Por fim, considero que está na altura de fomentar verdadeiros programas de mobilidade europeia, aumentando assim as oportunidades de emprego dos jovens na generalidade dos 28 Estados-Membros.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution car il est urgent de se concentrer sur la lutte contre le chômage des jeunes qui ne cesse d'augmenter de mois en mois. Cette résolution va dans le bon sens puisqu'elle intègre une section entière sur l'enseignement et la formation professionnelle. Lorsque j'étais Ministre de l'apprentissage et de la formation professionnelle en France, j'ai mis en place des politiques importantes destinées à développer les formations par alternances dont on sait qu'elles permettent d'apporter aux jeunes une meilleure entrée sur le marché de l'emploi. En effet 80% des jeunes ayant fait une formation par alternance trouve un emploi dans les 6 mois. La lutte contre le chômage des jeunes ne peut se faire qu'en phase avec les réalités économiques. C'est pour cela que j'ai soutenu les passages visant spécifiquement les PME qui sont des sources fondamentales d'emploi en Europe.

L'Union européenne s'est dotée d'une garantie jeune de 6 milliards, les États doivent s'engager pleinement et définir des objectifs précis. Je suis consciente que les politiques nationales de lutte contre le chômage des jeunes doivent être des leviers puissants notamment en développant l'apprentissage. C'est cette orientation que l'Union européenne doit développer.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. - La proposta di risoluzione oggi approvata contiene indicazioni importanti e soprattutto concrete, rivolte agli Stati membri, per contrastare la disoccupazione giovanile. Oltre alla proposta di estendere la Garanzia giovani, sia a livello di finanziamento sia dell'età necessaria per poterne usufruire, importante è l'esortazione a compiere sforzi che facilitino, invece di limitare, la libera circolazione e la mobilità dei lavoratori all'interno dell'Unione. A questo proposito sarebbe utile prendere maggiormente in considerazione la proposta del Commissario Andor relativa alla creazione di una «European Unemployment Insurance» ed eventualmente estenderla fino alla strutturazione di un vero e proprio «contratto unitario europeo», uguale in tutti gli Stati membri, che semplifichi al massimo la mobilità dei lavoratori garantendo la portabilità di contributi e anzianità. Ritengo sia altrettanto importante porre l'accento sulla disponibilità e sulla qualità dei percorsi di formazione e di riqualificazione dei giovani, che gli Stati membri dovrebbero concretizzare il prima possibile per ridurre le fortissime disuguaglianze a livello di istruzione esistenti tra i paesi ma anche all'interno dei singoli confini nazionali.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Wo keine Arbeitsplätze sind, kann man auch keine garantieren. Soviel zu eine Garantie, deren Einhaltung der Staat weder garantieren konnte, noch sollte. Es ist ein Umdenken in der EU-Geld- und Fiskalpolitik notwendig, um diesem Problem der Jobschaffung und Diskriminierung junger Arbeitssuchender Herr zu werden. Ebenso kontraproduktiv sind z.B. die Ziele für 2020, die eine Akademikerrate von 40% vorsehen. Wozu brauchen wir so viele Akademiker? Die Folgen: Mehr Arbeitslosigkeit, Soziologen als Taxifahrer, Juristen als Kellner und eine Inflationierung der Diplome. Vielmehr brauchen wir eine Aufwertung des Handwerks, verbunden mit Kompetenzen in den Kerntechnologien, qualifizierte Facharbeiter für unsere Industrie und ein duales Ausbildungssystem, wie Österreich und Deutschland es bekanntlich vorgeben.

Stattdessen wird eine Garantie mit 6 Milliarden Euro Ausstattung geschaffen – zu wenig, um einen ökonomischen Effekt zu erzielen, zu viel um nicht weh zu tun. Denn es handelt sich lediglich um einen 6 Milliarden Euro teuren Showeffekt für die Wahlkämpfe in Frankreich und Italien – auf die Jugendarbeitslosigkeitsquoten hatte es erwartungsgemäß keinen Einfluss. Politik muss sich auf das konzentrieren, was sie wirklich beeinflussen kann: Die Rahmenbedingungen rund um Wirtschaft und Ausbildung. Daher habe ich gegen den Entschließungsantrag gestimmt, der mit dem Ungeeigneten das Unmögliche erreichen will.

Massimo Paolucci (S&D), *per iscritto*. - Purtroppo non ho potuto partecipare al voto sulla risoluzione sull'occupazione giovanile, ma ho scelto di lasciare agli atti una mia dichiarazione scritta e l'espressione del mio sostegno al testo adottato.

Finalmente l'Unione europea si è dotata di uno strumento come l'Iniziativa a favore dell'Occupazione Giovanile che, pur con degli evidenti limiti in termini di risorse stanziare, consente agli Stati Membri di fornire ai giovani tra i 15 e i 24 anni opportunità formative e lavorative. È di vitale importanza, però, che il limite massimo di età cui può applicarsi l'Iniziativa sia portato a 29 o 30 anni, e in questo senso dovrà impegnarsi anche il Parlamento europeo.

Ancor più importante, tuttavia, è che l'Unione riprenda un percorso di crescita economica senza il quale questo strumento, come altri, potrà ottenere ben pochi risultati. Ripresa degli investimenti pubblici e privati, creazione di infrastrutture materiali e immateriali, superamento delle rigidità dei bilanci pubblici: queste devono essere le priorità di lavoro della Commissione europea che andrà a insediarsi per i prossimi cinque anni.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution. L'UE doit redoubler d'efforts pour lutter contre le chômage des jeunes qui atteint aujourd'hui 5 millions de moins de 25 ans. C'est pourquoi nous réclamons que la garantie jeunesse soit étendue aux personnes de moins de 30 ans. Je soutiens également notre volonté d'augmenter le budget de cette garantie et réclamerai qu'elle soit portée à 21 milliards d'euros au plus vite.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. - Podržao sam Rezoluciju kolege Case o nezaposlenosti mladih. EU je suočen s visokom stopom nezaposlenosti mladih od 22,5%, dok je u Hrvatskoj nezaposlenost mladih do 25 godina čak 48,7%.

Pitanje nezaposlenosti mladih važno je u kontekstu ostvarivanja ciljeva strategije Europa 2020 koja planira povećati zaposlenost između 20-64 godina na 75% te smanjiti prijevremeni prekid školovanja na 10%. Velika je odgovornost na članicama koje se trebaju usmjeriti na osmišljavanje konkretnih mjera za zapošljavanje mladih kako bi se mladima pomoglo da ne budu socijalno isključeni – bez posla, obrazovanja ili usavršavanja.

Nezaposlenost mladih u Hrvatskoj prerasla je u socijalni i gospodarski problem, a Vlada je ponudila jednokratne i nedostatne mjere socijalnog karaktera koje dugoročno neće utjecati na veću zaposlenost. Smatram da je potrebno uskladiti obrazovni sustav sa zahtjevima modernog tržišta rada. Na mlade treba djelovati poticajno te ih uključiti u donošenje odluka kako bi se odvažili na samozapošljavanje i poduzetničke pothvate te poduprijeti male i srednje poduzetnike koji imaju veliki potencijal u pokretanju gospodarskog oporavka i zapošljavanja mladih. Očekujem da Vlada za zapošljavanje mladih učinkovito iskoristi 125 milijuna eura koja su na raspolaganju do kraja 2015. u okviru instrumenta Jamstvo za mlade.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — J'ai voté pour la résolution sur l'emploi des jeunes afin de faire avancer les propositions du Parlement européen auprès des États membres. Le Parlement européen propose régulièrement d'investir dans l'emploi des jeunes mais les États ne suivent pas toujours les recommandations. Le chômage des jeunes est pourtant un fléau surtout dans les pays du sud de l'Europe avec la Grèce où un jeune sur deux est au chômage.

J'ai soutenu la proposition d'inclure dans cette catégorie des jeunes au chômage qui va de 16 à 25 ans également la tranche d'âge des 25-30 ans, parfois qualifiée et diplômée et pourtant au chômage. Cette catégorie de jeunes devra également bénéficier d'investissements et d'aides.

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. - Der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit muss eine absolute Priorität für die neue Kommission sein. Die Entschließung, die heute vom Europäischen Parlament mit breiter Mehrheit angenommen wurde, trägt eine starke sozialdemokratische Handschrift. Wichtige Forderungen von uns sind etwa, dass Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in das Europäische Semester einbezogen werden, und zwar auf einer verpflichtenden Basis für die Mitgliedstaaten. Wir SozialdemokratInnen fordern schon lange, einen *rights based approach* zu verfolgen, also einen Rechtsanspruch für junge Leute auf Maßnahmen wie etwa der Jugendgarantie.

Des Weiteren müssen dringend die Mittel für die Europäische Jugendgarantie aufgestockt werden. Statt der bisher zugesagt 8 Milliarden Euro braucht es laut IAO mindestens 21 Milliarden Euro alleine in der Euro-Zone, um die Jugendgarantie effektiv umzusetzen. Ich habe für die Entschließung gestimmt, weil es wichtig ist, auch der neuen Kommission ein starkes Signal mit auf den Weg zu geben. Denn der Preis, den wir für die Jugendarbeitslosigkeit zahlen, ist gewaltig – nicht nur finanziell.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Le taux de chômage inégalé des jeunes en Europe: plus de 5,3 millions, est un drame humain, familial et social. C'est le risque d'une solidarité intergénérationnelle qui se rompt mais encore d'un possible exode de toute une génération vers des régions plus dynamiques! La garantie pour la jeunesse, pour soutenir l'emploi des jeunes de moins de 25 ans, est une réponse à ce fléau. Et les 6 milliards qui lui sont alloués restent une somme modeste vu la fragilité du marché du travail et la faible employabilité des jeunes diplômés ou non. C'est pourquoi il faut activer tous les outils disponibles pour endiguer ce fléau et faire de la réduction du chômage des jeunes la priorité sociale de cette législature. Certaines pistes sont énumérées dans la résolution votée ce midi: — mieux utiliser les fonds du FSE pour des projets liés à l'emploi des jeunes; — rendre contraignant l'activation de mesures de soutien à l'emploi dans les recommandations spécifiques par pays; — renforcer les liens entre enseignement professionnel et monde de l'entreprise pour maintenir un tissu industriel solide en Europe et viser l'objectif de 20% du PIB pour 2020, comme s'y est engagé le nouveau Président de la Commission.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. - Votei favoravelmente esta resolução, que aponta caminhos e algumas soluções para o combate ao desemprego entre as camadas mais jovens da população.

A visão holística plasmada nesta resolução simboliza bem a forma como se tem que combater este drama: de uma forma global, quer usando diferentes instrumentos de política, quer usando diferentes níveis de poder - desde o local ao europeu, passando pelo nacional e regional; envolvendo a esfera privada da economia e os agentes formativos e educacionais na solução do problema; usando uma visão multissetorial, não esquecendo/colocando de parte os setores mais tradicionais da economia que deverão complementar as novas tecnologias.

O forte apoio desta casa a esta resolução reforça a necessidade de que as medidas nela previstas sejam postas em prática, o mais rapidamente possível, pelos nossos Estados-Membros e pela Comissão Europeia. Em nome da nossa juventude, a bem do futuro.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - No he podido votar a favor de esta resolución debido a que, pese a contener algunos puntos que considero interesantes para solucionar la gravísima situación que atraviesa la juventud de la Unión Europea, no contempla como la causa principal de esta situación a las políticas de austeridad de la Unión Europea y de la Troika, ni tampoco la responsabilidad los Estados miembros... Muchos Gobiernos de los Estados del sur de Europa están tratando de expulsar a sus jóvenes como vía para reducir la conflictividad social que atraviesan por la imposición de las políticas de austeridad. Sin embargo la resolución contiene puntos positivos cuando apela a la necesidad de la reducción de las desigualdades, la flexibilización de las normas del Fondo Social Europeo para que se lleven a cabo los proyectos, reconoce la escasez de recursos destinados a la Iniciativa sobre Empleo Juvenil, etc. Sin embargo, esta resolución resulta insuficiente para el principal problema que atraviesa la economía europea y por ello no he podido votar a su favor. Estos fondos suponen una tirita en una herida de bala.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. - Zatrudnienie nie jest jedynie jednym z abstrakcyjnych wskaźników, stanowi bowiem wiele mówiący obraz kondycji społeczeństwa oraz gospodarki. Podejściem z zasady błędnym jest próba przeciwdziałania samym problemom na rynku pracy i pozostawienie kwestii ich przyczyn jako drugorzędnej. Podstawą jest stan gospodarki. Aby gospodarka mogło rozwijać się we właściwy, zdrowy sposób, konieczne jest również zapewnienie dostosowanego do jej potrzeb kształcenia na wszystkich szczeblach edukacji. Ważną pomocą w zdobywaniu pracy jest nie tylko wykształcenie, ale również umiejętności praktyczne. Realną pomocą jest rozwój systemu staży i praktyk. Ich koszty mogłyby być dofinansowywane dla firm ze środków krajowych lub unijnych.

Najważniejsza jest postawa samych bezrobotnych. W wielu przypadkach to nie brak kwalifikacji i umiejętności przesądził o ich sytuacji, ale brak chęci do wykorzystania możliwości, jakie przed nimi stoją. Żyjemy w czasach, kiedy kreowanie zmysłu przedsiębiorczości jest niemal tak samo istotne jak sama wiedza i umiejętności z danej dziedziny. Kreowanie postaw przedsiębiorczych powinno zatem zająć wysokie miejsce na liście priorytetów zmierzających do walki z bezrobociem, szczególnie bezrobociem wśród młodych. Należy także zracjonalizować system pomocy socjalnej, aby nie udzielać opieki tak zwanym cwaniakom i leniom. Reasumując, potrzeba większej aktywności rządu i samorządów oraz innych instytucji zajmujących się tym problemem.

Sion Simon (S&D), *in writing*. - The EPLP did not support Amendment 8 to paragraph 45, because it is tautologous and misleading. In seeking to stress that labour mobility 'must be qualified', the amendment disingenuously implies that labour mobility in the EU is currently not qualified. This is false. Citizens are free to move within the Union to work, but do not have an unqualified right to move and live anywhere within the Union. That is a myth, disingenuously promoted by this amendment.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. - Le nombre d'emplois et la qualité de ceux-ci se détériorent en Europe. Les statistiques sur l'emploi des jeunes en Europe sont carrément affolantes. Afin de concrétiser l'initiative pour l'emploi des jeunes, de nombreux États membres appliquent activement des mesures financées par l'IEJ (six milliards d'euros) et le Fonds social européen (plus de dix milliards d'euros chaque année). Les financements de l'IEJ ont un rôle primordial à jouer puisqu'ils doivent soutenir directement les jeunes en leur fournissant une première expérience professionnelle, un stage, un apprentissage ou une formation. Les fonds provenant de l'IEJ et le Fonds social européen prévus pour la période 2014-2020 doivent être utilisés dans des régions où le chômage des jeunes était supérieur à 25 % en 2012 pour des actions en faveur des jeunes de moins de 25 ans et principalement en faveur des jeunes qui ne travaillent pas et ne suivent pas d'études ni de formation. Vingt États membres ont de telles régions et peuvent bénéficier de ces fonds. L'Europe doit favoriser la création directe d'emplois, de stages ou de formations continues. Nous devons faire l'impossible pour que soient mis en place les outils de relance et la création d'emplois européens.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. - Youth unemployment is one of the biggest challenges of our time. In Catalonia, where I come from, youth unemployment already affects more than 50% of the young population, and many young people have to leave the country in order to get a job. I hope that this resolution sends a clear signal to the Commission and the Council in order to push with stronger regulations and projects to help to solve this issue. The problem of youth unemployment will not be solved at European level, but the EU can help to improve Member States' practices in tackling this issue.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. - A pesar de que la Resolución contiene elementos interesantes, se queda corta frente a la urgencia y la amplitud del problema. Además, han sido rechazadas importantes enmiendas que denunciaban las consecuencias de las políticas de austeridad. Por ello, he decidido abstenerme en la votación.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. - No he podido votar a favor de esta resolución debido a que, pese a contener algunos puntos que considero de extremo interés para solucionar la gravísima situación que atraviesa la juventud de la Unión Europea, no responsabiliza a los Estados miembros de esta situación. Muchos Gobiernos de los Estados del sur de Europa están tratando de expulsar a sus jóvenes como vía para reducir la conflictividad social que atraviesan por la imposición de las políticas de austeridad. Sin embargo la resolución contiene puntos positivos cuando apela a la necesidad de la reducción de las desigualdades, la flexibilización de las normas del Fondo Social Europeo para que se lleven a cabo los proyectos, reconoce la escasez de recursos destinados a la Iniciativa sobre Empleo Juvenil, etc. Sin embargo, esta resolución resulta insuficiente para el principal problema que atraviesa la economía europea y por ello no he podido votar a su favor. Estos fondos suponen una tirita en una herida de bala.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. - Nesta resolução sobre o emprego jovem não encontramos nenhuma análise crítica em relação aos outros pacotes de ajuda aplicados no passado. Não é feita nenhuma análise séria sobre as causas deste flagelo. Apontam-se vários fatores de forma avulsa, mas sem qualquer consequência ao nível das propostas ou linhas apontadas. Neste sentido, continua-se a privilegiar soluções caducas que não contribuíram no passado nem irão contribuir no futuro para a resolução deste problema. Ou seja, sobre a mãe de todas as razões que levam aos números assustadores do desemprego jovem, ou seja, as políticas de austeridade aliadas a uma destruição sistemática de todo o património de direitos construído laboriosamente ao longo de décadas através da luta de gerações de trabalhadores. Nada é proposto e nada é dito sobre a continuidade destas mesmas políticas, rumo publicamente assumido pelas instituições da UE. Por outro lado, nenhuma das propostas do GUE/NGL, que apontavam para soluções mais consequentes, foram aprovadas. Neste sentido, o meu voto não pode ser outro senão o da rejeição deste relatório.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ (PPE), γραπτώς. - Στηρίζω με τη ψήφο μου το ψήφισμα για την απασχόληση των νέων. Τα ποσοστά ανεργίας των νέων στην ΕΕ ανέρχονται σε πρωτοφανή επίπεδα. Η ΕΕ και τα κράτη μέλη θα πρέπει να συμφωνήσουν από κοινού προς μια συνολική προσέγγιση για την καταπολέμηση της ανεργίας των νέων.

Τα στατιστικά στοιχεία των τελευταίων ετών είναι περισσότερο από απογοητευτικά. Οι αριθμοί μιλούν από μόνοι τους, καθώς το 25% των νέων σε ηλικία εργασίας, δηλαδή 5,5 εκατομμύρια νέοι, είναι άνεργοι στην Ευρώπη, ενώ στη χώρα μου, την Ελλάδα, το ποσοστό αυτό αγγίζει το 60%. Στην Ελλάδα, οι νέοι μεταναστεύουν προς αναζήτηση εργασίας και βιοπορισμό - φαινόμενο που άλλωστε παρατηρείται στις χώρες του Νότου που βρίσκονται σε οικονομική κρίση.

Δεν έχουμε την πολυτέλεια να κωλυσιεργούμε. Χρειαζόμαστε υπεύθυνες και στοχευμένες πολιτικές που θα φέρουν απτά αποτελέσματα:

— επισπεύδοντας την εφαρμογή της πρωτοβουλίας για την απασχόληση των νέων, έτσι ώστε τα επιλέξιμα κράτη μέλη να λάβουν τα κονδύλια το συντομότερο δυνατόν,

— δημιουργώντας βιώσιμες και υψηλής ποιότητας θέσεις εργασίας, και

— αναπτύσσοντας σχέδιο δράσης για την απασχόληση των νέων και τη δυνατότητα επιλογών στην αγορά εργασίας και εξασφάλιση αξιοπρεπούς εισοδήματος.

Σε μια Ευρώπη που συνεχώς γερνάει, οι νέοι μας είναι το ΜΕΛΛΟΝ της Ευρώπης. Ας τους βγάλουμε λοιπόν από το περιθώριο!

Josef Weidenholzer (S&D), schriftlich. - Die horrend hohe Jugendarbeitslosigkeit beschäftigt uns nun schon seit einiger Zeit. Über zwei Jahre ist es her, dass ich hier im Plenum stand und vor der steigenden Jugendarbeitslosigkeit gewarnt habe. Damals wie heute gab es die berechtigte Kritik, dass diesem Problem zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird und die Forderung, dass die Suche nach Lösungen gegen die Jugendarbeitslosigkeit in den politischen Mittelpunkt rücken muss.

Auch heute sind noch viele Schritte notwendig dieses Problem in den Griff zu bekommen – ein rasches Handeln ist dringend notwendig.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Aber glücklicherweise werden Jene weniger, die das Problem unterschätzt haben. Somit ist die vorliegende, gemeinsame Resolution sehr begrüßenswert. Sie fordert nicht nur ein Mehr an Mittel zum Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, sie enthält auch die Forderung nach einem Rechtsrahmen, der europäische Mindeststandards zur Umsetzung der Jugendgarantie verbindlich festlegt. Sie fordert einen auf Rechtsanspruch beruhenden Ansatz wenn es um die Umsetzung der Jugendgarantie geht. Im Vergleich zum politischen Mehrheitsglauben vor noch zwei Jahren ein großer Fortschritt.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. - Am votat rezoluția referitoare la ocuparea forței de muncă în rândul tinerilor pentru că aceștia, mai ales cei sub 25 de ani, sunt cei mai loviți de efectele crizei, tot ei fiind, însă, și cei mai încrezători în idealul european. Reuniți în mai, la Strasbourg, peste 5 000 de tineri și-au adunat propunerile într-un document intitulat „Idei pentru o Europă mai bună”. Sunt bucuroși că am reușit să încurajez și să sprijin 50 de tineri maghiari din Transilvania să participe la EYE 2014 și la elaborarea acestui document. Ei trag un semnal de alarmă asupra faptului că sunt „o generație blocată” nu doar din cauza crizei, ci și din cauza uriașului decalaj între oferta educațională și cererea de pe piața muncii. Cred că cea mai importantă prioritate a următorilor cinci ani este găsirea căilor pentru a ajuta milioanele de tineri aflați în șomaj să-și găsească un loc de muncă, dar și să sprijinim sistemele educaționale din statele membre să se racordeze la realitate. Convinși de faptul că doar lucrând pentru tineri, lucrați cu adevărat pentru viitorul comunității tale, colaborez cu organizația tinerilor maghiari din Transilvania - MIÉRT și cu YEPP - organizația de tineret a EPP, și le sprijin inițiativele.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. - I dati riguardanti la disoccupazione giovanile sono sempre più allarmanti: in Europa essa ha raggiunto il 23%, in Italia addirittura il 43% rendendo la situazione grave sia dal punto di vista economico, ma anche da quello sociale, ponendo le persone in una situazione di inferiorità e portandole a considerarsi non idonee.

La mancanza di lavoro in Europa deve rappresentare una questione di primaria importanza per i Governi; servono grandi scelte politiche e la mobilitazione di tutte le forze culturali, sociali e imprenditoriali. L'Europa deve incitare gli Stati membri a condividere le migliori pratiche dimostrate efficaci, a coordinare le loro strategie e a trovare soluzioni comuni al problema della disoccupazione giovanile.

Ho votato a favore di questa proposta di risoluzione perché se vogliamo costruire un'Europa giovane e unita è proprio sui giovani lavoratori che dobbiamo puntare, dando loro una garanzia di futuro.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραφτώς*. - Το ΚΚΕ καταψηφίζει το κοινό ψήφισμα και απορρίπτει ταυτόχρονα όλα τα σχέδια των ψηφισμάτων που κατατέθηκαν στην Ολομέλεια για την απασχόληση των νέων γιατί, παρά τις επιμέρους διαφοροποιήσεις τους, ταυτίζονται στη στρατηγική τους, αποδέχονται την αντιλαϊκή στρατηγική της ΕΕ «Ευρώπη 2020», προβάλλουν σαν αίτιο της κατάστασης το ένα ή το άλλο μείγμα διαχείρισης του καπιταλιστικού δρόμου ανάπτυξης, ομολογώντας το καθένα από την πλευρά του τη στήριξη του σ' αυτόν.

Στηρίζουν την επιδότηση των εργοδοτών, πέρα από ζεστό χρήμα, με φοροαπαλλαγές και εισφοροαπαλλαγές, με δωρεάν εργασία, επιδοτώντας την κερδοφορία τους στο όνομα της ανταγωνιστικότητας. Επιδιώξη τους είναι η δραστική μείωση της τιμής της εργατικής δύναμης, σαν μέσο ξεπεράσματος της κρίσης σε όφελος του κεφαλαίου και σε βάρος της εργατικής τάξης και των νέων. Η όποια δηλαδή καπιταλιστική ανάκαμψη θα στηριχτεί στη κατεδάφιση όλων των κατακτήσεων των εργαζόμενων.

Αυτή η πολιτική όχι μόνο δεν αντιμετώπισε την ανεργία των νέων, αλλά χειροτέρευσε τη θέση τους, μείωσε το γενικό επίπεδο των μισθών, γενίκευσε τις ελαστικές μορφές απασχόλησης και οξύνει παραπέρα την εκμετάλλευση των εργαζόμενων και της νεολαίας.

Janusz Władysław Zemke (S&D), *na piśmie*. - Rezolucja niedostatecznie odpowiada na podstawowy problem społeczny w Europie, jakim jest brak pracy dla ludzi młodych. Warto przypomnieć, że jest to grupa licząca w Europie 26 mln osób, w tym niestety setki tysięcy młodych ludzi w Polsce. Rezolucje są ogólnikowe, roi się w nich od słów „trzeba” i „należy”, bez nacisku na konkrety. Te konkrety powinny przede wszystkim polegać na wspieraniu małych i średnich przedsiębiorstw, które tworzą w Europie 75 procent wszystkich miejsc pracy. Przedsiębiorstwa te powinny otrzymywać wymierne wsparcie finansowe w przypadku zatrudnienia ludzi do 30 roku życia. Państwa powinny zwłaszcza brać na siebie koszty świadczeń socjalnych dla ludzi, którzy po raz pierwszy podejmują pracę. Drugim obszarem musi być warty 300 mld euro, program inwestycji infrastrukturalnych w Europie, w tym sieć przesyłowa i internet szerokopasmowy. Inwestycje tworzą nie tylko nowe usługi, lecz także są bazą dla tworzenia nowych miejsc pracy. Po trzecie, w ramach środków unijnych należy wyodrębnić specjalną pulę na wspieranie szkolnictwa zawodowego i technicznego na wszystkich poziomach nauczania oraz środki na płatne praktyki dla uczniów, studentów i absolwentów szkół, którzy chcieliby się rozwijać w przedsiębiorstwach produkcyjnych i usługowych. Jeżeli nie wyjdziemy ze sfery ogólnie słusznych stwierdzeń i nie przejdziemy do konkretów, to bezrobocie wśród ludzi młodych będzie trwało.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. - 23 % dos jovens da UE estão desempregados, sendo que em alguns países, como na Grécia e em Espanha, mais de metade dos jovens estão desempregados. Em países como Portugal, tenta-se manipular as estatísticas, omitindo que a ligeira diminuição desta estatística se deve à sangria desatada da emigração, ao número crescente de jovens que são forçados a deixar o país, situação só com equivalente se regressarmos aos tempos de pobreza da ditadura fascista. E omitindo que os postos de trabalho criados têm vínculos laborais precários, substituindo trabalho com direitos por trabalho sem direitos. Qualquer resolução que, de facto, tivesse a verdadeira intenção de mudar o estado da situação, teria que exigir uma ruptura com as principais políticas económicas da UE responsáveis pela criação do desemprego. Na resolução comum apoiada por esta maioria do Parlamento não se referem nem os programas da Troika nem a Governação Económica enquanto causadores da massiva destruição de postos de trabalho e do enfraquecimento dos direitos sociais e laborais. Omitir a questão central em matéria tão preocupante é o mesmo que mascarar o problema, branquear as políticas de direita e as forças políticas que, tanto em Portugal como na UE, sempre as apoiaram – a direita e a social-democracia.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. - K uzneseniu o zamestnanosti mladých. Počet mladých ľudí bez práce v Európe je alarmujúci a neustále sa zvyšuje. Najzraniteľnejšou skupinou spomedzi nich sú mladí ľudia so zdravotným postihnutím a zo sociálne znevýhodneného prostredia. Preto oceňujeme, že na náš návrh bol do uznesenia zapracovaný bod, ktorý vyzýva členské štáty, aby venovali mimoriadnu pozornosť mladým nezamestnaným z rizikových skupín a vytvárali nástroje a podporné služby na lepšiu integráciu zdravotne postihnutých na trhu práce. Zároveň sme však presvedčení, že viac než mňanie miliónov eur na dočasné dotované pracovné miesta, ktorými problém neriešime, ale len odďaľujeme, je potrebné lepšie nastaviť vzdelávanie mladých a zlepšiť podnikateľské prostredie.

12.3. Lage im Irak (RCB8-0059/2014, B8-0059/2014, B8-0060/2014, B8-0061/2014, B8-0062/2014, B8-0063/2014, B8-0064/2014)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Udo Voigt (NI). - Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sofern Sie noch da sind! Als neu gewähltes Mitglied bin ich schon etwas befremdet darüber, dass keine zehn Leute mehr im Saal sind bei einer Sitzung, die bis 14.00 Uhr anberaumt worden ist. Ich habe für die EntschlieÙung zum Irak gestimmt, finde aber, dass wir mit EntschlieÙungserklärungen nicht weiterkommen. Die ganze Region ist destabilisiert, und ich frage mich: Was hat dieser Krieg der Amerikaner dort mit ihren Verbündeten gebracht, wenn heute dort wieder Menschen verfolgt werden, wenn dort Christen verfolgt werden, wenn Menschen gefoltert und misshandelt werden? Eine ganze Region ist destabilisiert, und angesichts dieser Lage muss dort mehr getan werden. Die größten Erdölvorkommen liegen in dieser Region, und wir wissen heute noch nicht, ob morgen dort die Scharia regiert oder weiterhin die Werte des christlichen Abendlandes vertreten werden.

Der Präsident. - Ich darf zur Erläuterung sagen, dass die Stimmerklärungen nach den Abstimmungen für einzelne Abgeordnete da sind, damit sie erklären können, warum sie abgestimmt haben. Dieser Teil der Plenarsitzung hat nicht die Funktion, dass jeder Kollege zuhört. Das ist allgemein bekannt.

Ich erkläre das, weil die Zuhörer da oben reagiert haben. Ich will auch ausdrücklich sagen, dass es weder in dem Parlament in dem Land, aus dem ich komme, noch in diesem Parlament üblich ist, dass es von den Besuchertribünen Zustimmungs- oder Missfallenskundgebungen gibt. Herr Kollege Voigt, darüber findet keine Aussprache statt.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

John Stuart Agnew (EFDD), *in writing*. - We feel that whilst certain British politicians may have a case to answer in court for the war in Iraq, we are concerned that the wording of this resolution could lead to brave British service men and women being prosecuted as well. Our party could never agree to anything that could open the door for attacks and prosecutions of our service men and women.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Tim Aker (EFDD), *in writing*. - We feel that whilst certain British politicians may have a case to answer in court for the war in Iraq, we are concerned that the wording of this resolution could lead to brave British service men and women being prosecuted as well. Our party could never agree to anything that could open the door for attacks and prosecutions of our service men and women.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. - No he podido votar a favor de la presente resolución debido a que se renuncia a exigir responsabilidad alguna a Estados Unidos y los demás ejércitos ocupantes que desencadenaron este incremento de la violencia desde la invasión del país. Pese al empleo de pruebas falsas y de mentiras para justificarse, parece que este Parlamento no pretende exigir cuentas a los protagonistas de una invasión que ha desintegrado el país, dando lugar al desarrollo de movimientos terroristas. La resolución tampoco critica la responsabilidad del actual Gobierno de Irak en el desarrollo de la presente situación de violencia debido a sus políticas sectarias. No he podido votar a favor de esta resolución debido a que no se acusa a todos los culpables de la trágica situación que atraviesa el país.

Andrus Ansip (ALDE), *kirjalikult*. - Ma toetan resolutsiooni, sest halvenenud julgeolekuolukord Iraagis on äärmiselt murettekitav. Möistan hukka äärmusrühmituse Iraagi ja Levandi Islamiriik ning teiste sunniitlike äärmusrühmituste vägivaldsed rünnakud. Erilist hukkamõistu väärivad rünnakute käigus läbi viidud inimõigusrikkumised, nagu vangistatud sõdurite hukkamine ning tsiviilisikute ja -objektide vastu suunatud vägiwald. Murettekitav on ka süvenev humanitaarkriis seoses konflikti tulemusel tekkinud ulatusliku põgenikelainega. Iraagi valitsus peab tegema jõupingutusi tsiviilisikute kaitseks, sisepõgenike turvalisuse tagamiseks ja humanitaarabi jõudmiseks kõigi abivajajateni. Iraak on Euroopa Liidu jaoks keskse tähtsusega koostööpartner Lähis-Idas. Pean oluliseks Euroopa Liidu jätkuvat panustamist Iraagi stabiliseerimis- ja demokratiseerimisprotsessi, tuginedes 2012. aasta mais sõlmitud partnerlus- ja koostööleppele.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. - Pur condividendo le posizioni sostenute in questa risoluzione che analizza la situazione in Iraq, ritengo che non si proponga un intervento degno di nota da parte dell'UE, se non un forte aumento delle spese per i così definiti «aiuti umanitari» che ritengo comunque poco efficaci ed incisivi, per questi motivi mi sono espressa con un voto di astensione.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution sur la situation en Irak. Je me félicite que le Parlement européen apporte son soutien aux autorités irakiennes dans la lutte contre le terrorisme ou l'invitation à mettre fin à l'ensemble des activités de diffusion des idéologies islamistes extrémistes. La dégradation des conditions de sécurité en Irak ne peut continuer. Le respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales est nécessaire.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. - Oggi ho votato a favore della risoluzione per condannare fermamente gli attacchi dello Stato islamico (IS) contro lo Stato iracheno e i suoi cittadini, e in particolare le esecuzioni extragiudiziali e l'imposizione di un'interpretazione rigida della Sharia. Allo stesso tempo, esorto le forze di sicurezza irachene a rispettare gli impegni internazionali in materia di diritti umani e libertà fondamentali nella lotta contro l'IS e gli altri gruppi terroristici. Penso che la risposta alla questione della sicurezza debba essere combinata con una soluzione politica sostenibile che coinvolga tutte le componenti della società irachena e che tenga conto delle loro legittime rivendicazioni. Ritengo che, dopo le elezioni di aprile, si debba formare con urgenza un governo dotato di un programma inclusivo, che rappresenti la diversità politica, religiosa ed etnica della società irachena, per porre fine allo spargimento di sangue e alla frammentazione del paese. Inoltre, l'esercito dovrebbe essere riorganizzato in modo inclusivo, non settario e imparziale. Infine, penso che l'UE debba sviluppare un approccio strategico globale per il Medio Oriente e che l'Iran, l'Arabia Saudita e gli altri Stati del Golfo debbano partecipare agli sforzi di allentamento delle tensioni in Iraq.

James Carver and Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. - We feel that whilst certain British politicians may have a case to answer in court for the war in Iraq, we are concerned that the wording of this resolution could lead to brave British service men and women from being prosecuted as well. Our party could never agree to anything that could open the door for attacks on and prosecutions of our service men and women.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. - Circa la grave crisi regionale che coinvolge i territori di Iraq e Siria il MoVimento 5 Stelle si schiera contro gli estremismi, contro l'integralismo religioso e la continua lotta tra sunniti e sciiti che offusca e mistifica le ragioni di tante famiglie che soffrono. L'instabilità della regione, che si protrae ormai da qualche tempo, ha creato un'emergenza umanitaria d'immense proporzioni con centinaia di migliaia di persone che fuggono dalle loro case distrutte o saccheggiate. Gli interventi da parte di forze armate dell'Occidente hanno peggiorato situazioni locali già tese e complicate sotto molti punti di vista e non sono mai state risolutive in alcun caso. Fermiamo le ingerenze esterne e lasciamo che siano i popoli ad autodeterminarsi.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. - Mi sembra purtroppo chiaro che in Iraq abbiamo sbagliato qualcosa. Mi riferisco a tutte le forze internazionali che sono intervenute insieme agli Stati Uniti nel 2003. Guardando alla situazione odierna, molto preoccupante, bisogna riconoscere gli errori commessi, che si tratti di come è stata gestita la campagna, del rapporto fra obiettivi e risultati, o di altre questioni strategiche o procedurali. Adesso che il danno è fatto, si deve porre rimedio e l'UE non può lasciare che si torni al Medioevo. E' dunque opportuno elaborare una strategia complessiva che sia in grado di traghettare il Paese verso una situazione più stabile, più sicura per i cittadini, e più consona alle aspirazioni della cittadinanza. I toni e i contenuti della risoluzione mi sono sembrati in linea con il mio pensiero, e questa è la ragione per cui ho votato a favore.

Javier Couso Permuý (GUE/NGL), *por escrito*. - No he podido votar a favor de la presente resolución debido a que se renuncia a exigir responsabilidad alguna a Estados Unidos y los demás ejércitos ocupantes que desencadenaron este incremento de la violencia desde la invasión del país. Pese al empleo de pruebas falsas y de mentiras para justificarse parece que este Parlamento no pretende exigir cuentas a los protagonistas de una invasión que ha desintegrado el país, dando lugar al desarrollo de movimientos terroristas. La resolución tampoco critica la responsabilidad del actual Gobierno de Irak en el desarrollo de la presente situación de violencia debido a sus políticas sectarias. No he podido votar a favor de esta resolución debido a que no se acusa a todos los culpables de la trágica situación que atraviesa el país.

Corina Crețu (S&D), *în scris*. - Adoptarea rezoluției cu privire la situația din Irak vine în continuarea precedentelor luări de poziție ale Parlamentului European pe această temă și demonstrează faptul că Uniunea Europeană depune eforturi concrete înspre soluționarea tensiunilor din regiune. Prin semnarea, în 2012, a Acordului de Parteneriat și Cooperare cu Irak, Uniunea Europeană s-a angajat să sprijine tranziția acestui stat spre democrație, însă deteriorarea rapidă a situației la nivel politic, social și economic, face ca atingerea acestui deziderat să fie, cel puțin pe termen scurt, extrem de dificilă. Scena politică fragmentată este încă incapabilă să pună capăt valurilor continue de violență alimentate de către gruparea teroristă „Statul Islamic”, responsabilă pentru răpiri, violuri, căsătorii forțate și execuții sumare. Tocmai de aceea, este necesară formarea, de urgență, a unui Guvern de o largă reprezentativitate, care să emane din rezultatul alegerilor parlamentare desfășurate la finele lunii aprilie a acestui an. Suplimentarea din punct de vedere financiar, de către Uniunea Europeană, a asistenței umanitare pentru Irak este binevenită, dar situația va putea fi detensionată doar dacă acestor eforturi li se vor alătura, într-o măsură mai mare, și autoritățile irakiene. Crearea cadrului necesar pentru dialog în regiune se va putea concretiza abia după ce pericolul terorist va fi înlăturat.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - Esta resolução escamoteia um conjunto de factos com o objetivo de branquear as responsabilidades dos EUA e da Grã-Bretanha na situação que se vive no Iraque (e, já agora, também do atual presidente da Comissão Europeia – o triste mordomo das Lajes), procurando garantir a continuação da sua impunidade. Em primeiro lugar, a agressão e a ocupação do Iraque, invocando a existência de armas de destruição massiva - uma confirmada mentira, tanto mais hipócrita quando os próprios invasores utilizaram armas desse mesmo tipo contra os iraquianos (caso de Fallujah), vitimando muitos milhares de inocentes e deixando uma pesada herança para muitas gerações. Em segundo lugar, o desmantelamento do Iraque que as forças ocupantes iniciaram, com a promoção da violência generalizada, do integrismo e sectarismo religiosos, do acirrar de divisões étnicas como manobra de diversão perante a brutal degradação das condições de vida no país que detém a quinta maior reserva mundial de petróleo. Em terceiro lugar, as forças que ocupam várias cidades do norte do Iraque deslocam-se da Síria onde serviram os interesses dos EUA e das potências da UE na desestabilização do país, rumando agora para outras paragens mas servindo um mesmo objetivo: redesenhar o mapa do Médio Oriente consoante os interesses estratégicos do imperialismo.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. - V diskusii v pléne EP málo krát zaznelo, že súčasnú situáciu v Iraku istým spôsobom spôsobili aj členské štáty, ktoré sa zúčastnili na vojenskej invázii v Iraku bez mandátu OSN. Odstránili sme Husajna, aby sme po rokoch vytvorili cestu pre kalifát. Je to aj dôkaz o mylnej predstave implementácie západnej demokracie v krajinách Blízkeho Východu. Pravda je však taká, že v Iraku dochádza k náboženským a etnickým čistkám a EÚ sa len prizera a prijíma nič neriešiace uznesenie. Pritom Irak disponuje jadrovým programom, ktorý môže byť hrozbou a voči ktorému sme v tomto momente úplne bezmocní, pretože sme zlyhali v čase, keď sme vzniknutú situáciu mohli riešiť aktívne a zodpovedne.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – Profondément inquiète de l'insurrection violente qui touche l'Irak, j'ai voté en faveur d'une résolution sur les récents développements qui ont eu lieu dans le pays. En effet, les combats entre les forces gouvernementales irakiennes et les rebelles sunnites menés par l'État islamique (anciennement État islamique en Irak et au Levant) ont entraîné la mort de milliers de personnes et le déplacement de plusieurs milliers de réfugiés. Je condamne fermement les attaques perpétrées par le groupe terroriste État islamique et d'autres groupes armés qui commettent des actes de violence contre la population civile. J'appelle le gouvernement irakien et tous les dirigeants politiques à prendre les mesures nécessaires pour assurer la sécurité et la protection des habitants, en particulier les minorités vulnérables tels que les chrétiens.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution sur l'Irak qui condamne les violences commises par les mouvements islamistes et soutient la lutte du gouvernement contre ces mouvances, tout en soulignant la nécessité d'une solution politique viable pour la stabilisation du pays et le retour à la sécurité de ses citoyens.

Je me félicite de l'adoption de ce texte à une très large majorité.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — En tant que cosignataire de la résolution du groupe PPE, je me félicite que mes amendements sur le sort des chrétiens aient été incorporés dans la résolution commune. Il était primordial de rappeler les lignes directrices sur la promotion et la protection de la liberté de religion ou de conviction adoptées le 24 juin 2013, afin que l'UE pèse de tout son poids pour protéger les chrétiens d'Irak, dont le nombre s'effondre. On se souvient de l'attentat barbare du 31 octobre 2005 dans la cathédrale syro-catholique Notre-Dame du Perpétuel Secours à Bagdad, revendiqué par la branche irakienne d'Al-Qaïda. De multiples épisodes sanglants se sont déroulés depuis, et les chrétiens font désormais face aux exactions des djihadistes de l'État islamique et choisissent l'exode. L'UE doit prôner une approche globale de la région, associant l'Iran, l'Arabie saoudite et les autres pays du Golfe aux efforts visant à désamorcer le conflit en Irak. En outre, la lumière doit être faite sur les financements privés dont bénéficieraient les groupes djihadistes actifs en Irak, sans mettre directement en cause les gouvernements des États du Golfe comme le laisse penser le considérant D de la résolution commune.

Kaja Kallas (ALDE), *kirjalikult*. - Toetan resolutsiooni, sest toetan Iraagi ühtsust, suveräänsust ja territoriaalset terviklikkust, mis on vajalikud nii riigi enda kui ka kogu regiooni stabiilsuseks ja majanduslikuks arenguks. Kutsun Iraagi keskvalitsust ja Iraagi autonoomse Kurdistan valitsust üles tegema riigi stabiilsuse nimel tihedat koostööd. Julgeolekukriisi Iraagis on võimalik lahendada üksnes tõelise dialoogiga šiitide, sunniitide ja kurdide vahel.

Paloma López (GUE/NGL), *por escrito*. - No he podido votar a favor de la presente resolución debido a que se renuncia a exigir responsabilidad alguna a Estados Unidos y los demás ejércitos ocupantes que desencadenaron este incremento de la violencia desde la invasión del país. Pese al empleo de pruebas falsas y de mentiras para justificarse parece que este Parlamento no pretende exigir cuentas a los protagonistas de una invasión que ha desintegrado el país, dando lugar al desarrollo de movimientos terroristas. La resolución tampoco critica la responsabilidad del actual Gobierno de Irak en el desarrollo de la presente situación de violencia debido a sus políticas sectarias. No he podido votar a favor de esta resolución debido a que no se acusa a todos los culpables de la trágica situación que atraviesa el país.

David Martin (S&D), *in writing*. - I voted in favour of this resolution. The deterioration of the situation in Iraq is very worrying. EU governments and others must continue to provide the Iraqi Government with the appropriate support and we cannot let the country slide into domestic conflict.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce projet de résolution sur la situation en Irak est typique des propositions hors-sol et hors du temps produites par l'Union européenne en politique étrangère. Si le texte dresse un diagnostic relativement fidèle de la situation désastreuse dans ce pays, il en élude les causes. «L'Etat Islamique en Irak et au Levant», créé en 2003, est d'abord le produit des guerres menées contre l'Irak par les Etats-Unis et leurs alliés. Cette résolution s'inscrit dans la continuité de la politique de sous-traitant de l'empire menée par l'UE de 2005 à 2013 via sa délégation à Bagdad. Sa mission centrale était de «renforcer l'Etat de droit et de promouvoir une culture de respect des droits de l'Homme en Irak en menant des actions de formation auprès de fonctionnaires irakiens des forces de police, de la justice ou de l'administration pénitentiaire». Mission accomplie ? Le peuple irakien mérite autre chose que ces déclarations hypocrites. Je vote donc contre cette résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Condeno veementemente os ataques dirigidos contra alvos civis, como escolas, hospitais e locais de culto, o recurso a execuções, manifestando-me profundamente preocupado com a deterioração das condições de segurança vividas no Iraque, bem como a crise humanitária vivida. Por este motivo, apresentei o meu voto favorável à resolução apresentada pelo Parlamento Europeu.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it seeks to safeguard the livelihood of the Iraqi people and endeavours to protect those vulnerable from the continuing acts of violence perpetrated against them. Moreover, the resolution aims to further strengthen the EU's efforts to assist Iraq in promoting democracy, human rights, good governance and the rule of law.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – La situation en Irak est aujourd'hui d'une gravité extrême. Le Haut-Commissariat des Nations unies pour les réfugiés fait état d'un million de citoyens irakiens déplacés en raison des récents affrontements entre le groupe terroriste extrémiste de l'Etat islamique en Irak et au Levant (EIL), l'armée régulière et d'autres groupes. Non seulement la déliquescence de l'Etat irakien est une menace pour l'unité du pays, mais celle concerne également directement l'Europe et au-delà le monde. Je condamne avec la plus grande fermeté les actes des groupes terroristes et les soutiens financiers visant à renforcer les forces négatives telles que l'EIL qui aujourd'hui menacent le pays de partition, avec la création possible d'un djihadistan dans l'ouest de la Syrie et l'est de l'Irak. Il est urgent de recréer les conditions d'un dialogue politique incluant tous les partis, toutes les forces vives de la nation et rassemblant l'ensemble des communautés afin de faire face ensemble à cette nouvelle menace. Seule une solution politique inclusive, approuvée par toutes les composantes de la population irakienne, permettra de conduire à une sortie de crise.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I support this resolution on the situation in Iraq, which calls on the Iraqi government to make every effort to protect all civilians and provide essential services and safety to all of its population who are affected by the surge of the IS and welcomes the increase in the EU humanitarian assistance to Iraq.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — À travers cette résolution, j'ai voté pour dénoncer les dégradations des conditions de sécurité en Irak. La progression de l'Etat Islamique (faction dissidente d'Al-Qaïda) en Irak s'accompagne d'exécutions sommaires, de l'imposition de la charia et de la destruction de lieux de culte et de sites historiques. L'Union européenne se devait de dénoncer et de condamner ces actions au plus vite. Je m'indigne face aux persécutions que subit la communauté chrétienne dans cette région et au déplacement de 10 000 d'entre eux dans à Qaraqosh. Enfin, le texte souligne et dénonce la participation des citoyens de l'Union européenne à des actes de terrorisme dans cette zone et notre souhait de traduire ces personnes en justice.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. – Ich teile einige Aspekte des Entschließungsantrags zu den unmittelbaren Ursachen der Probleme im Irak nicht. Zum Teil werden keine genannt oder alles recht abstrakt dargestellt – als käme ISIS aus dem Nirgendwo plötzlich auf uns hernieder.

Circa 500.000 Tote gab es im Irak seit 2003 — das sind mehr als das Vereinigte Königreich oder Italien an Toten im 2. Weltkrieg zu beklagen hatten. Die USA haben in der Region ein schlimmes Chaos angerichtet. Dabei wurde auch die Assad-Opposition um jeden Preis und trotz aller Warnungen unterstützt - inoffiziell auch durch Waffen und Ausbildung. Nun sind die Waffen in den Händen einer „ISIS“. Man muss sich mittlerweile wirklich fragen: Ist das alles Absicht?

Donnerstag, 17. Juli 2014

Erneut scheint es, als ruft hier für mich der Brandstifter selbst nach der Feuerwehr und bietet sich dafür auch wieder selbst an. So kann mit dem Krieg auch gleich vielfach verdient werden: Waffenverkäufe an alle und Manipulation der Ölpreise durch induzierte Krisen.

Im Gegenzug teile ich aber die Forderungen des Entschließungsantrags, den politischen und humanitären Missständen hervorgerufen durch die ISIS-Expansion nun entschiedener entgegen zu treten – das Kind ist nun einmal in den Brunnen gefallen. In Gesamtbetrachtung des Entschließungsantrags habe ich mich daher der Abstimmung enthalten.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), γραπτώς. – Το απαράδεκτο ψήφισμα του συνασπισμού των μονοπωλίων- ΕΛΚ, Σοσιαλδημοκράτες, Φιλελεύθεροι- μαζί με τους Συντηρητικούς-Μεταρρυθμιστές και τους Πράσινους για το Ιράκ, εμφανίζει με προκλητικό τρόπο ως δήθεν υπερασπιστές των δικαιωμάτων του ιρακινού λαού, ως διαμεσολαβητές για τη σωτηρία του τις δυνάμεις που ευθύνονται χρόνια τώρα για τον κατατρεγμό του, δυνάμεις όπως οι ΗΠΑ που συνεχίζουν να διατηρούν αστυνομικοστρατιωτικές δυνάμεις κατοχής στο Ιράκ, η ΕΕ που έχει στηρίξει από την πρώτη στιγμή την ιμπεριαλιστική επέμβαση στη χώρα, με κράτη μέλη της να συμμετέχουν έμπρακτα στις δυνάμεις κατοχής, όπως κι άλλες περιφερειακές δυνάμεις που παίρνουν κι αυτές μέρος στους ενδοϊμπεριαλιστικούς ανταγωνισμούς για τον έλεγχο των πλουτοπαραγωγικών πηγών και δρόμων μεταφοράς ενέργειας. Το εν λόγω ψήφισμα υποστηρίζει την κυβέρνηση Αλ Μαλίκι ως παράγοντα που μπορεί να αντιμετωπίσει τους Ισλαμιστές, όταν αυτή έχει τεράστιες ευθύνες γιατί με την στήριξη της κατοχής των ΗΠΑ και την αντιλαϊκή πολιτική της ενισχύει τις γραμμές των ισλαμιστών.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution pour souligner l'urgence de la situation en Irak et la potentiel déstabilisation de la région Irak-Syrie. Un véritable territoire contrôlé par les extrémistes de l'Etat Islamique doit absolument être empêché.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — J'ai voté pour la proposition de résolution sur la situation en Iraq qui dénonce les attaques terroristes du groupe islamiste EEIL qui occupe actuellement une grande partie de l'Iraq. Ce pays n'a pas su se défendre dans un premier temps face à un groupe terroriste soutenu par une partie de la population irakienne, à la fois pour des raisons religieuses, et à la fois pour des raisons régionalistes et tribales. Cette situation a conduit les États-Unis et l'Europe à se mobiliser pour aider à stopper la progression des terroristes. La création d'un califat islamiste en Irak est le symbole des velléités de domination de ces groupes terroristes.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — Je suis très préoccupé par la crise humanitaire et les déplacements massifs de civils en Irak. Hier, le Parlement européen a condamné les attaques de l'État islamique en Irak contre les citoyens irakiens et l'État irakien et celles dirigées contre des cibles civiles. Et je m'en réjouis: dans cette résolution que j'ai soutenue, le Parlement a invité tous les responsables politiques, en particulier le Premier ministre Nouri al-Maliki, «à s'assurer qu'un gouvernement d'union sera formé de toute urgence». Si nous soutenons les autorités dans la lutte contre le terrorisme et les groupes armés/terroristes, nous avons aussi demandé que les interventions de sécurité s'accompagnent d'une solution politique durable qui associe toutes les composantes de la société irakienne et réponde à leur mécontentement légitime. Car il faut prendre toutes les mesures nécessaires pour assurer la sécurité et la protection de l'ensemble des citoyens irakiens! Nous avons aussi invité les acteurs régionaux à contribuer aux efforts visant à favoriser la sécurité et la stabilité en Irak et demandé à la communauté internationale de faciliter un dialogue régional sur les problèmes du Moyen-Orient. L'UE doit mettre sur pied une approche globale de la région.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - No he podido votar a favor de la presente resolución debido a que se renuncia a exigir responsabilidad alguna a Estados Unidos y los demás ejércitos ocupantes que desencadenaron este incremento de la violencia desde la invasión del país. Pese al empleo de pruebas falsas y de mentiras para justificarse parece que este Parlamento no pretende exigir cuentas a los protagonistas de una invasión que ha desintegrado el país, dando lugar al desarrollo de movimientos terroristas. La resolución tampoco critica la responsabilidad del actual Gobierno de Irak en el desarrollo de la presente situación de violencia debido a sus políticas sectarias. No he podido votar a favor de esta resolución debido a que no se acusa a todos los culpables de la trágica situación que atraviesa el país.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Désormais, l'Iraq possède un régime chiite lié à l'Iran et soutenu par l'Iran qui, aujourd'hui, est le principal concurrent de l'Arabie saoudite au niveau de l'hégémonie régionale. Cette confrontation Arabie saoudite/Iran déteint sur la relation des Saoudiens avec l'Iraq chiite. Selon moi, les Saoudiens n'ont aucun intérêt à ce que l'Iraq retrouve sa puissance et les Iraniens non plus. L'idée que l'Iraq ne doit pas renaître de ses cendres est partagée par les deux pays. De fait, il y a une guerre par procuration qui est livrée par les deux États en Iraq et en Syrie. En favorisant la frange radicale sunnite, les Saoudiens vont payer à terme le prix de cette politique. Les Saoudiens enrôlés dans les groupes pourraient revenir au pays et ça, c'est le vrai problème. Il y aurait une déstabilisation en interne si ces

Donnerstag, 17. Juli 2014

combattants regagnent l'Arabie saoudite, et puis l'implosion de l'Iraq. Je pense que l'Arabie saoudite a eu une politique de courte vue en estimant que l'implosion de l'Iraq et de la Syrie n'aurait pas de conséquences sur son propre territoire et sa société. C'est faux. L'équilibre délicat que les Saoudiens ont réussi à maintenir en interne est en réalité instable, pour toutes ces raisons.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. - No he podido votar a favor de la presente resolución debido a que se renuncia a exigir responsabilidad alguna a Estados Unidos y los demás ejércitos ocupantes que desencadenaron este incremento de la violencia desde la invasión del país. Pese al empleo de pruebas falsas y de mentiras para justificarse parece que este Parlamento no pretende exigir cuentas a los protagonistas de una invasión que ha desintegrado el país, dando lugar al desarrollo de movimientos terroristas. La resolución tampoco critica la responsabilidad del actual Gobierno de Irak en el desarrollo de la presente situación de violencia debido a sus políticas sectarias. No he podido votar a favor de esta resolución debido a que no se acusa a todos los culpables de la trágica situación que atraviesa el país.

Anna Záborská (PPE), písomne. - Podporila som spoločné uznesenie, aj keď si nemyslím, že ním tento Parlament dokáže ešte niečo ovplyvniť na tom, čo sa dnes deje v Iraku. Sme svedkami rozpadu štátu, ktorého elity boli príliš dlho príliš sebecké. Zároveň sme svedkami zániku tisíce rokov starej kresťanskej komunity, ktorá bola nútená opustiť zem svojich predkov a dnes sú jej členovia utečencami bojujúcimi o prežitie. A sme svedkami toho, ako radikálni islamskí fundamentalisti, financovaní z ulúpených irackých peňazí, zakladajú štát, ktorý je stelesnením sektárskeho násillia a nenávisti voči všetkému, čo nás robí ľuďmi. Ak chceme v tejto situácii niekomu naozaj pomôcť, tak namiesto politického uznesenia by sme mali urýchlene hľadať spôsob, ako efektívne ochrániť irackých kresťanov.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. - Há um conjunto de factos que esta resolução escamoteia com o objetivo de branquear as responsabilidades dos EUA e da Grã-Bretanha na situação que se vive no Iraque, procurando garantir a continuação da sua impunidade. Em primeiro lugar, a agressão e a ocupação do Iraque, invocando a existência de armas de destruição massiva - uma declarada mentira tanto mais hipócrita quando os próprios invasores utilizaram armas desse mesmo tipo contra os iraquianos, como no caso de Fallujah, vitimando muitos milhares de inocentes e deixando uma pesada herança para muitas gerações. Em segundo lugar, o desmantelamento do Iraque que as forças ocupantes iniciaram, com a promoção da violência generalizada, do integrismo e sectarismo religiosos, do acirrar de divisões étnicas como manobra de diversão perante a brutal degradação das condições de trabalho e de vida no país que detém a 5.ª maior reserva mundial de petróleo. Em terceiro lugar, as forças que ocupam várias cidades do norte do Iraque deslocam-se da Síria onde serviram os interesses dos EUA e das potências da UE na desestabilização do país, rumando agora para outras paragens mas com um mesmo objetivo: servir os propósitos de desenhar o mapa do Grande Médio Oriente que os EUA querem impor aos povos da região.

12.4. Eskalation der Gewalt zwischen Israel und Palästina (RCB8-0071/2014, B8-0071/2014, B8-0072/2014, B8-0073/2014, B8-0074/2014, B8-0075/2014, B8-0076/2014, B8-0077/2014)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Udo Voigt (NI). - Herr Präsident! Ich habe für diesen Antrag gestimmt. Aber der Antrag geht mir nicht weit genug. Gestern in der Debatte wurde insbesondere von Herrn Lambsdorff vom Selbstverteidigungsrecht Israels gesprochen. Ich denke, dass man hier ergänzen muss, dass ein Land wie Palästina, das seit vier Jahrzehnten besetzt wird, das geteilt ist, um das eine Mauer errichtet wird, dieses Land, wo Hunderttausende und Zehntausende in Nachbarländern in Flüchtlingslagern sitzen, natürlich auch ein Recht auf Selbstverteidigung hat. Aber ich wünsche mir, dass in der Region bald Frieden einkehrt und dass wir mit unseren Entschließungsanträgen und vielleicht auch mit aktivem politischem Handeln dazu beitragen, aber immer beide Seiten berücksichtigen und nicht nur die eine.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. - He votado en contra de la presente resolución debido a que no comparto la equidistancia con la que se trata a las partes cuando Israel está masacrando a población civil. Con más de 600 palestinos asesinados en la Franja de Gaza como consecuencia de los ataques israelíes en su última ofensiva, queda demostrado que Israel está cometiendo crímenes de genocidio, de guerra, de agresión y de lesa humanidad, crímenes tipificados por el derecho intencional y perseguidos por el Tribunal Penal Internacional. Ante esta situación de militares asesinando a población civil, la equidistancia resulta obscena. No se solicita la congelación del Acuerdo de Asociación con el Estado Israel ni ningún tipo de sanción contra el mismo, perdiendo la oportunidad de reclamar el cumplimiento

Donnerstag, 17. Juli 2014

del derecho internacional. Por ello he decidido votar en contra de la presente resolución.

Andrus Ansip (ALDE), kirjalikult. - Ma toetan resolutsiooni, kuna mõistan ühemõtteliselt hukka Iisraeli pommitamise ja juudi noorukite röövimise juunis. Iisraeli ja Palestiina vahel pingestunud olukord on väga murettekitav. Kutsume osapooli üles võtma kasutusele kõiki meetmed, et vältida olukorra edasist eskaleerumist. Euroopa Liit peab aitama kaasa initsiatiividele, mis viiksid vaherahuni. Tervitan Egiptuse valitsuse ettepanekut kehtestada relvarahu ning loodan, et seda rakendatakse. Toimuv näitab taas, et ilma püsiva lahenduseta võib vägivald igal hetkel uuesti puhkeda. Püsiva rahu eelduseks pean Palestiina poliitiliste jõudude tunnustust Iisraeli õigusele eksisteerida riigina.

Mara Bizzotto (NI), per iscritto. - Pur essendo una risoluzione abbastanza equilibrata che richiede un ruolo più incisivo dell'UE nell'attuale crisi israelo-palestinese, trovo che in essa vi siano alcuni punti controversi, per questo motivo mi sono espressa con voto di astensione.

Alain Cadec (PPE), par écrit. — Je me suis prononcé en faveur de l'adoption de la résolution sur l'escalade de la violence entre Israël et la Palestine. La situation est préoccupante et cause des pertes tragiques sur le plan humain. Cette résolution réclame la fin des tirs de roquettes et demande instamment à la communauté internationale, et en particulier au Conseil de sécurité des Nations unies, de trouver sans attendre une réponse appropriée à la crise actuelle. Des pourparlers de paix doivent être engagés pour satisfaire le droit de vivre en paix et en sécurité des citoyens israéliens et palestiniens.

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. - Oggi ho votato a favore della risoluzione per chiedere la fine immediata dei lanci di razzi su Israele e dell'azione militare israeliana contro Gaza. Chiedo inoltre che il responsabile della politica estera dell'UE e gli Stati membri facciano di più per sostenere un cessate il fuoco immediato, per fermare tutti gli atti di violenza che minacciano i civili e per convincere israeliani e palestinesi a riprendere i colloqui di pace diretti. Per quanto riguarda la ripresa dei colloqui diretti di pace, penso sia indispensabile incoraggiare i principali attori politici regionali, in particolare Egitto e Giordania, a continuare a impegnarsi per placare la situazione. I mezzi non violenti sono l'unico modo per raggiungere una pace giusta e duratura tra israeliani e palestinesi. Questi negoziati devono raggiungere risultati concreti e l'UE deve svolgere un ruolo più attivo.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. - In Palestina si consuma da qualche tempo un dramma umanitario che coinvolge quasi 2 milioni di persone, non vogliamo minimizzare i danni che hanno subito i cittadini israeliani, ma vogliamo porre l'accento sulla proporzione del conflitto. La striscia di Gaza è, infatti, accerchiata da un embargo costoso che impedisce ai servizi di emergenza di funzionare bene: mancanze di cibo, acqua e medicinali rendono la situazione intollerabile alla popolazione ivi residente.

Quello che vediamo dinnanzi a noi è un susseguirsi di appelli a mantenere la pace, a evitare ulteriori spargimenti di sangue. Sono appelli che restano inascoltati, ancora e ancora.

A patirne le conseguenze sono bambini, donne e malati che non possono ricevere cure magari perché si trovano dalla parte sbagliata del confine.

Nessa Childers (S&D), in writing. - Prolonging military conflict in Gaza will only spiral into further violence and the EU must fully assert its influence to bring it to an end. I condemn the rocket attacks into Israeli territory but also the disproportionate use of military force by the Israeli authorities. The spirals of violence and retaliation that periodically emerge in the region lead only to the loss of innocent lives.

The best, long-term path to peace and security for both sides is a comprehensive agreement for a two-state solution that allows for a viable Palestinian state. Israel's continued settlement expansion in the occupied territories only serves to undermine all the fragile work done to reach that outcome. Through its close trade and cooperation ties with Israel, the EU can and must exert more pressure on Israel towards a sustainable, long-term solution.

Donnerstag, 17. Juli 2014

The alternative is to keep paying for essential infrastructure and humanitarian aid in the wake of every outburst of violence, while the Israeli-Palestinian conflict continues to fester and claim innocent lives against an increasingly dangerous and unpredictable Middle-Eastern backdrop.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. - Oltre all'Iraq, anche il confine tra Israele e Palestina presenta una situazione molto grave e sulla quale è necessario intervenire. Risalire alle radici storiche di questo conflitto è utile solo a fini accademici, a mio avviso, perché comporterebbe una valutazione di quali ragioni siano più o meno importanti e valide, valutazione tanto assurda quanto inutile. Una strategia complessiva andrebbe disegnata anche qui: qualcosa che permetta al popolo israeliano di abbassare il livello di guardia e dirigere la propria ricerca scientifica verso settori diversi dall'industria bellica, e che permetta al popolo palestinese di accrescere il proprio benessere e di imparare a convivere pacificamente con i propri vicini ebrei come con quelli musulmani. L'UE stessa potrebbe essere di esempio, visto che è nata per far cessare un'antica rivalità. E' nostra responsabilità morale permettere ai figli degli israeliani e dei palestinesi di crescere in una terra pacifica, fortuna che noi abbiamo avuto e che sinceramente auguro a tutti.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra de la presente resolución debido a que no comparto la equidistancia con la que se trata a las partes cuando Israel está masacrando a población civil. Con más de 600 palestinos asesinados en la Franja de Gaza como consecuencia de los ataques israelíes en su última ofensiva, queda demostrado que Israel está cometiendo crímenes de genocidio, de guerra, de agresión y de lesa humanidad, crímenes tipificados por el derecho intencional y perseguidos por el Tribunal Penal Internacional. Ante esta situación de militares asesinando a población civil, la equidistancia resulta obscena. No se solicita la congelación del Acuerdo de Asociación con el Estado Israel ni ningún tipo de sanción contra el mismo, perdiendo la oportunidad de reclamar el cumplimiento del derecho internacional. Por ello he decidido votar en contra de la presente resolución.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. - Il conflitto è un nostro conflitto. Lambisce i nostri confini, oltre a toccare le nostre coscienze. L'Unione europea è il solo vero soggetto politico-istituzionale, dotato di autorevolezza e di credito necessario per fungere da mediatore per far cessare le ostilità e per ripristinare un dialogo serio finalizzato non solo a una pace duratura, ma a una risoluzione dei nodi irrisolti. Dobbiamo fornire il sostegno e la copertura politica a tutti gli interlocutori che accettano di sedersi a un tavolo e che rifiutino per principio la violenza come mezzo di risoluzione dei conflitti. Si dice che l'Europa non abbia una propria politica estera e forse è vero, tuttavia essa è scevra da preconcetti ideologici nei confronti dei contendenti e questo la rende il solo interlocutore credibile. L'augurio è che la nuova Commissione sappia dare davvero un ruolo attivo all'Alto rappresentante, rendendosi protagonista di una nuova stagione in politica estera, a cominciare proprio dalle martoriolate terre ai nostri confini.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. - Face au regain de violence entre Israël et la Palestine, le Parlement européen appelle les autorités responsables à un accord de cessez-le-feu immédiat entre les deux parties. Cette résolution souligne à juste titre la nécessité d'une désescalade des violences afin d'assurer la sécurité des civils. Trop nombreux sont ceux qui ont déjà trouvé la mort depuis la reprise des violences. Nous appelons ainsi à ce que le droit international humanitaire soit respecté dans ce conflit. C'est pourquoi j'ai souhaité voter en faveur de cette résolution.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - Diz-se que assistir a um crime e não fazer nada é ser-se cúmplice. Mas o que se poderá chamar a esta postura da maioria do Parlamento Europeu que, perante a atitude racista e genocida de Israel pede, no primeiro ponto desta resolução, para ser colocado um ponto final nos ataques com rockets contra Israel a partir de Gaza? O que se poderá chamar ao branquear da agressão de um dos exércitos mais bem armados e treinados do mundo contra os palestinianos indefesos, assassinando centenas de pessoas estejam elas onde estiverem, homens, mulheres e crianças - ninguém escapa - e destruindo infraestruturas, já de si precárias em resultado da criminoso ocupação israelita, incluindo hospitais e centrais de abastecimento de água? O que se poderá chamar a quem manipula a realidade, transformando uma vez mais o agressor em vítima, inocentando aqueles que têm mantido centenas de milhares de palestinianos num sistema de isolamento, cerco e guetização, nomeadamente em Gaza, onde a carência das necessidades mais básicas à vida humana aumenta a cada minuto perante este brutal ataque israelita? O que se poderá chamar ao evidente desprezo pelas vidas humanas dos palestinianos que a maioria do Parlamento revela com esta falsa equidistância, com uma neutralidade que esconde apoio e conivência com Israel?

Donnerstag, 17. Juli 2014

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. - Nie nadarmo sa hovorí, že ten kto vyrieši konflikt na Blízkom východe, si zaslúži všetky svetové ocenenia. Situácia medzi Izraelom a Palestínou sa periodicky opakuje. Ak chceme byť objektívny, musíme uznať, že Izrael je jedinou skutočnou demokraciou v tomto regióne, obklopený krajinou s nie práve priateľskou politikou voči štátu Izrael. Napriek tomu sa Izrael dlhodobo snaží o nekonfliktné a obojstranne akceptovateľné riešenie, ktoré však zo strany Palestíny nie je prijaté. Každopádne odsudzujem akékoľvek násilie páchané na obyvateľstve na oboch stranách a vyzývam predstaviteľov demokratického štátu Izrael, aby sa pokúsili bez vojenskej intervencie vyvinúť úsilie o usporiadanie súčasného konfliktu a udržanie mieru.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — Des populations civiles ne sauraient être délibérément visées par des attaques. Les populations israéliennes et palestiniennes ont le droit de vivre en paix et en sécurité. Il nous faut à tout prix prévenir une escalade du conflit. Pour cela, la communauté internationale doit s'engager sans perdre de temps aux côtés des acteurs régionaux clés pour qu'un cessez-le-feu intervienne et que les pourparlers pour la paix reprennent.

Philippe Juvén (PPE), *par écrit*. — J'ai souhaité être cosignataire de la résolution sur le conflit en cours entre Israël et la Palestine, un conflit qui cause de nouvelles pertes tragiques en vies humaines et des souffrances inacceptables aux populations civiles des deux camps, à Gaza et en Israël. Par son pouvoir de médiation, l'Union européenne se doit de convaincre les deux parties de faire cesser l'escalade de la violence, de rétablir le cessez-le-feu de novembre 2012 et de reprendre dans les meilleurs délais des négociations directes en vue de parvenir, enfin, à un accord de paix durable et global reposant sur la coexistence de deux États.

Kaja Kallas (ALDE), *kirjalikult*. - Toetan resolutsiooni ja loodan, et leitakse võimalus rahuläbirääkimisi jätkata. Ma ei poolda ühepoolseid samme ning usun jätkuvalt et püsiv rahu Lähis-Idas on võimalik kahe riigi lahenduse abil. 2.05 vanutatati Palestiinas ametisse Fatahi ja Hamasi ühtsusvalitsus, millega EL ja USA lubasid koostööd jätkata, kui järjekindlalt pühendutakse kahe riigi lahendusele ja Iisraeli õigusele eksisteerida, loobutakse vägivallast ning austatakse üldiselt Lähis-Ida rahukvarteti põhimõtteid. Sõjalise operatsiooni tõttu Gazas on igapäevane sisuline koostöö praegu peatunud. Loodan siiski, et koostöö jätkub. Kutsun konflikti osapooli üles leidma rahumeelseid lahendusi. Euroopa Liit peab aitama konflikti osapooli selliste lahenduste leidmisel, mis viiksid püsiva rahuni.

Γεώργιος Κατρούγκαλος (GUE/NGL), *γραφπώς*. – Καταψήφισα το ψήφισμα διότι ερμηνεύει εσφαλμένα τις αιτίες που οδήγησαν στην πρόσφατη κρίση και υποτιμά τα αναγνωρισμένα από το διεθνές δίκαιο δικαιώματα του παλαιστινιακού λαού για την πλήρη δημοκρατική αυτοδιάθεση του.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. — La résolution commune qui nous a été soumise ne se concentre que sur les conséquences tragiques des bombardements qu'elle impute à une escalade des tensions dont seraient responsables Israéliens et Palestiniens.

Cette approche cherchant à mettre les deux parties dos à dos légitime la violence inouïe de la riposte d'Israël au nom du droit à se défendre et fait abstraction de sa responsabilité dans cette escalade. À savoir: par la poursuite de l'occupation, celle de la colonisation en dépit de son illégalité au regard du droit international, et celle du blocus de Gaza qui impose une punition collective à tout un peuple à l'encontre de toutes les conventions existantes.

En ne faisant aucune mention de ces faits graves, en ne demandant une levée du blocus de Gaza que dans le cadre d'un règlement général improbable du conflit, cette résolution donne crédit aux mensonges distillés par les autorités israéliennes et renforce le sentiment d'impunité.

C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte et soutenu celui de mon groupe de la Gauche Unitaire européenne / Gauche Verte Nordique, bien plus critique vis à vis des politiques menées par Israël à l'encontre du peuple palestinien, tout appelant le Hamas à cesser immédiatement ses tirs.

Paloma López (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra de la presente resolución debido a que no comparto la equidistancia con la que se trata a las partes cuando Israel está masacrando a población civil. Con más de 600 palestinos asesinados en la Franja de Gaza como consecuencia de los ataques israelíes en su última ofensiva, queda demostrado que Israel está cometiendo crímenes de genocidio, de guerra, de agresión y de lesa humanidad, crímenes tipificados por el derecho intencional y perseguidos por el Tribunal Penal Internacional. Ante esta situación de militares asesinando a población civil, la equidistancia resulta obscena. No se solicita la congelación del Acuerdo de Asociación con el Estado Israel ni ningún tipo de sanción contra el mismo, perdiendo la oportunidad de reclamar el cumplimiento del derecho internacional. Por ello he decidido votar en contra de la presente resolución.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Javier López Fernández (S&D), *por escrito*. - La situación en la franja de Gaza es intolerable. En el décimo día de ataques desde que la operación militar israelí «Pilar Defensivo» empezó; han muerto ya 213 personas (212 palestinos y 1 israelí), de los cuales al menos 39 eran niños. Ayer, Israel mató a 4 niños que jugaban al fútbol en la playa de Gaza disparando proyectiles directamente contra ellos. Además, el ejército de Israel ha anunciado que quiere que 100.000 palestinos de Gaza abandonen sus casas y, según la UNWRA, hay 22.000 palestinos desplazados viviendo en refugios de la ONU, pues las fronteras están cerradas. Gaza es una gran cárcel con 1,8 millones de palestinos bombardeados por Israel. Esta mañana Israel y Hamas han aceptado un alto el fuego solamente de cinco horas para permitir que la ayuda humanitaria entre a Gaza, pero no es suficiente. Esta situación es un auténtico drama humano y debemos poner todos nuestros esfuerzos para pararlo. Por eso voto a favor de esta resolución, porque cualquier gesto y acción son necesarios para pedir a las partes que frenen la violencia y que vuelvan a las negociaciones para intentar acabar con un conflicto que se eterniza en el tiempo.

David Martin (S&D), *in writing*. - I voted in favour of this resolution on the current escalation of violence between Israel and Palestine. That so many young people on both sides have been involved in this latest crisis, both at the start of the crisis and in the ongoing exchange, is tragic. The core roots of this crisis will not be solved easily, but I welcomed today's five-hour agreed break from fire and that a tentative ceasefire has been agreed.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. - Alors que l'on assiste à un déchaînement de violences barbares contre les Palestiniens de la part d'un gouvernement israélien dominé par l'extrême-droite, cette résolution vise à mettre sur le même plan les deux parties. Si elle demande la fin de l'action militaire israélienne contre Gaza comme la fin des tirs de roquettes sur Israël depuis la bande de Gaza, à aucun moment n'est condamnée la politique de sanctions collectives poursuivie par Israël contre le peuple palestinien. Enfin la question des colonies israéliennes en territoire palestinien est totalement éludée. Je vote contre cette résolution déséquilibrée, hypocrite et injuste. D'autant qu'aucun des moyens de pression très importants dont dispose l'UE vis à vis d'Israël n'est utilisé pour contraindre son gouvernement à arrêter le massacre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. - Votei favoravelmente à resolução do Parlamento Europeu sobre a escalada de violência entre Israel e Palestina. O Parlamento solicita que a comunidade internacional faça esforços sérios para o relançamento de conversações de paz entre israelitas e palestinianos. Neste sentido, defendo que a União Europeia deve desempenhar um papel mais ativo nos esforços que visam a obtenção de uma paz duradoura num conflito que está a causar a perda de vidas e o sofrimento da população civil de ambas as partes.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. - This resolution urges the International Community to increase their efforts in finding a workable and immediate solution to the current conflict and stresses the need for a rapid de-escalation of the violence against innocent civilians. Furthermore, it stresses the belief that both Israeli and Palestinian citizens have the right to live in peace and security and that both sides need to ensure that international law is followed and respected. This is why I voted in favour of this resolution.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. - I am in favour of this resolution, which calls for serious and credible efforts by both sides and the international community to resume direct peace talks between Israelis and Palestinians, and to achieve concrete results in these talks. It urges the EU and its Member States to play a more active political role in this regard, including through a European peace initiative and plan. Last but not least the resolution stresses that both Israeli citizens and Palestinian citizens have the right to live in peace and security; and stresses the need for all sides to respect international humanitarian law. That is why I voted in favour

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution qui réclame une solution rapide au conflit entre Israël et la Palestine. Une médiation internationale doit se mettre en place pour permettre aux citoyens israéliens et palestiniens de vivre en paix. Je souligne que l'Union européenne est le premier contributeur de l'aide humanitaire dans la région et qu'à ce titre, l'Union doit jouer un rôle beaucoup plus proactif dans la recherche d'une solution.

Massimo Paolucci (S&D), *per iscritto*. - Signor Presidente, purtroppo non ho potuto partecipare al voto sulla risoluzione presentata in merito alle drammatiche vicende che stanno coinvolgendo la Striscia di Gaza. Ma, vista l'importanza degli argomenti, mi preme lasciare agli atti una mia dichiarazione scritta e l'espressione del mio sostegno al testo adottato. Non c'è più tempo. Va fermata l'escalation di violenze nella Striscia di Gaza. Bisogna insistere con determinazione per ottenere un immediato cessate il fuoco, così come proposto dall'Egitto. Morti innocenti, mancanza di acqua, cibo e medicine moltiplicano le tensioni. Rabbia e disperazione generano odio e rafforzano gli estremisti. È una scelta sbagliata, una drammatica illusione pensare che, per questa via, Israele possa garantire al suo popolo un futuro più sicuro. L'Eur-

Donnerstag, 17. Juli 2014

opa non può tentennare, i suoi confini meridionali sono diventati una polveriera. Serve un'azione diplomatica incisiva e immediata.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), γραπτώς. – Η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ καταγγέλλει το απαράδεκτο κοινό ψήφισμα του πολιτικού συνασπισμού του κεφαλαίου στο Ευρωκοινοβούλιο (Λαϊκό Κόμμα, Σοσιαλδημοκράτες, Φιλελεύθεροι, Συντηρητικοί-Μεταρρυθμιστές), που βάζει στη θέση του κατηγορούμενου τον παλαιστινιακό λαό και τον δίκαιο αγώνα του. Με το πρόσχημα της ασφάλειας του ισραηλινού κράτους δικαιολογεί τις βάρβαρες δολοφονικές επιθέσεις των δυνάμεων κατοχής του Ισραήλ, αθρώνει το ισραηλινό κράτος για τα στυγνά εγκλήματα πολέμου κατά αμάχων Παλαιστινίων, παιδιών, γυναικών και ηλικιωμένων. Στο κοινό ψήφισμα δεν υπάρχει ούτε μία λέξη καταδίκης της ισραηλινής επίθεσης, των δολοφονιών εκατοντάδων Παλαιστινίων, ακόμη και μωρών παιδιών, ενώ βαφτίζει τη σφαγή αμάχων από την πολεμική μηχανή του Ισραήλ στη Γάζα απλά «κρίσιμη κατάσταση». Με την τήρηση ίσων αποστάσεων και την εξίσωση των εγκληματιών με τα θύματά τους, στηρίζει ουσιαστικά τις δολοφονικές ισραηλινές επιθέσεις, αποθρασύνει και ενθαρρύνει την ισραηλινή επιθετικότητα. Για πολλοστή φορά το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο πρωτοστατεί στα ιμπεριαλιστικά σχέδια ΕΕ-ΗΠΑ-ΝΑΤΟ για τη «Νέα Μέση Ανατολή», για να διασφαλιστούν τα συμφέροντα των μονοπωλιακών επιχειρήσεων που εκπροσωπούν, να εξασφαλιστεί η λεηλασία των πλούσιων πλουτοπαραγωγικών πηγών και η εκμετάλλευση των λαών της περιοχής. Απαίτηση του ΚΚΕ, του εργατικού λαϊκού κινήματος στην Ελλάδα είναι να σταματήσει τώρα ο βομβαρδισμός και η χερσαία σφαγή του παλαιστινιακού λαού από το Ισραήλ.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution pour appeler au cessez-le-feu immédiat des violences entre Israéliens et Palestiniens. J'ai également soutenu une implication plus forte de l'UE dans la résolution de ce conflit mais l'opposition des partis de droite n'a pas permis l'adoption de ce point. En tant que premier partenaire commercial d'Israël, l'Europe doit faire pression pour que le processus de paix reprenne sérieusement entre les deux parties et que la solution des deux Etats voie le jour.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — J'ai voté pour la résolution sur l'escalade de la violence entre Israël et la Palestine appelant à un cessez-le-feu. La situation s'envenime chaque jour. Les tirs de roquettes succèdent aux bombardements et inversement. La désescalade et l'arrêt immédiat des violences sont nécessaires pour arriver à une solution de paix car les images des victimes et des destructions sont insoutenables.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté pour cette résolution qui appelle à la désescalade immédiate du conflit au Proche-Orient par un accord de cessez-le-feu entre les deux parties ainsi que l'arrêt immédiat de tous les actes de violence qui menacent la vie de la population civile. Dans cette résolution, le Parlement a réclamé la fin immédiate des tirs de roquettes sur Israël depuis Gaza et la fin de toute action militaire israélienne contre Gaza. Extrêmement préoccupé par la situation critique dans la bande de Gaza et dans le sud d'Israël, le Parlement a aussi demandé à la Haute représentante de l'UE de renforcer la pression diplomatique pour appuyer les efforts en vue de négocier une trêve permanente, et appelé la communauté internationale à trouver sans attendre une réponse appropriée et une solution à la crise actuelle. Car il n'existe aucune justification à des attaques ciblant délibérément des civils innocents. J'ai également voté pour un amendement (finalement non intégré dans le texte) qui invitait l'UE à assumer ses responsabilités et à lancer une initiative de paix claire et globale pour la région et à utiliser tous les moyens à sa disposition pour garantir le respect effectif du droit international humanitaire et des droits de l'homme.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL), γραπτώς. – Ο αγώνας κάθε λαού ενάντια στον κατακτητή για την ελευθερία και την ανεξαρτησία του είναι ο πιο ιερός και αδιαπραγμάτευτος. Υποχρέωση και καθήκον όλων των ελεύθερων ανθρώπων και στο μέγιστο βαθμό όσων χρωστάμε την ελευθερία μας και την ανεξαρτησία μας σήμερα στους αγώνες και στις θυσίες των προγόνων μας, είναι να στηρίζουμε με κάθε τρόπο και όλα τα μέσα τον αγώνα για ελευθερία και ανεξαρτησία των λαών. Αρνούμαι να δώσω το παραμικρό ελαφρυντικό στον οποιοδήποτε κατακτητή. Αρνούμαι να υποστείλω έστω και κατ'ελάχιστον την αμέριστη υποστήριξη μου σε όσους μάχονται για την ελευθερία της πατρίδας τους. Αρνούμαι να συνυπογράψω ένα ψήφισμα που χαρακτηρίζει κάθε Παλαιστίνιο, που αγωνίζεται για την ελευθερία του, τρομοκράτη και βαφτίζει τον Ισραηλινό κατακτητή ως αμυνόμενο, αμνηστεύοντάς τον για όλα τα εδωχθή εγκλήματα του.

Jordi Sebastià (Verts/ALE), *por escrito*. - Voté en contra de esta resolución porque cuando en un conflicto entre dos uno de sus miembros tiene mucha más fuerza y poder militar que el otro, como es el caso de Israel frente a Hamas, la equidistancia es una injusticia. Porque no quiero sentir vergüenza de ser responsable de una declaración tan tibia contra las matanzas de civiles palestinos que Israel está perpetrando y de las cuales esta resolución tan poco contundente nos hace cómplices.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra de la presente resolución debido a que no comparto la equidistancia con la que se trata a las partes cuando Israel está masacrando a población civil. Con más de 600 palestinos asesinados en la Franja de Gaza como consecuencia de los ataques israelíes en su última ofensiva, queda demostrado que Israel está cometiendo crímenes de genocidio, de guerra, de agresión y de lesa humanidad, crímenes tipificados por el derecho intencional y perseguidos por el Tribunal Penal Internacional. Ante esta situación de militares asesinando a población civil, la equidistancia resulta obscena. No se solicita la congelación del Acuerdo de Asociación con el Estado Israel ni ningún tipo de sanción contra el mismo, perdiendo la oportunidad de reclamar el cumplimiento del derecho internacional. Por ello he decidido votar en contra de la presente resolución.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. - En tant que député européen très attaché aux droits de l'homme et au respect des valeurs qui sont nôtres ici, je suis très préoccupé par la situation actuelle. Le gouvernement israélien est pressé par sa frange extrémiste à rejeter la moindre concession. Ils rêvent d'en finir avec le Hamas, un objectif hautement improbable. Ces ministres prêchent en faveur d'une intervention militaire terrestre destinée à désarmer le Hamas. Une telle offensive ferait des dizaines de victimes israéliennes, ce qui pourrait rapidement lui faire perdre le soutien de l'opinion publique israélienne. Il n'y aurait pas de solution militaire à Gaza: une «victoire» israélienne contre le Hamas ferait le lit de groupes djihadistes embusqués de l'autre côté de la frontière égyptienne, et exaltés par l'avènement de leur «calife» en Iraq. Israël répéterait avec des conséquences encore plus dramatiques l'erreur perpétrée dix ans plus tôt, lorsqu'elle affaiblissait l'Autorité palestinienne au profit du Hamas. Une reconquête de Gaza, comme l'exige la droite dure, n'est pas envisageable. C'est de la démagogie pure. On parviendra tôt ou tard à un nouveau cessez-le-feu. Mais ce n'est pas une fin en soi, s'il s'agit seulement d'attendre la prochaine confrontation.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. - I did not add my name and co-sign the ALDE resolution text regarding the escalation of the situation between Israel and Palestine because I did not find it balanced enough. I think that Europe should not forget that, according to the Israeli Government at the moment I write, 300 rockets were fired from the Gaza Strip into Israel from mid-June until 7 July whereas, according to the Israel defence forces, more than 1000 rockets have been launched from the Gaza Strip to Israel since 7 July 2014, aimed at targets as far as Jerusalem, Tel Aviv and the north of the country. Moreover, in my view, the EU should call on Hamas and Palestinian organisations to cease using civilian populations as human shields in the hostilities. This is really a crime against humanity. Both parties should refrain from excessive violence and respect the ceasefire. I repeat both parties in this conflict.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. - El texto de la Resolución finalmente acordado es equidistante y no contiene una condena energética a las acciones del Estado de Israel, a la vulneración sistemática del Derecho internacional y a los crímenes atroces cometidos estos días en Gaza. Por ello, he decidido votar en contra de la Resolución.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra de la presente resolución debido a que no comparto la equidistancia con la que se trata a las partes cuando Israel está masacrando a población civil. Con más de 600 palestinos asesinados en la Franja de Gaza como consecuencia de los ataques israelíes en su última ofensiva, queda demostrado que Israel está cometiendo crímenes de genocidio, de guerra, de agresión y de lesa humanidad, crímenes tipificados por el derecho intencional y perseguidos por el Tribunal Penal Internacional. Ante esta situación de militares asesinando a población civil, la equidistancia resulta obscena. No se solicita la congelación del Acuerdo de Asociación con el Estado Israel ni ningún tipo de sanción contra el mismo, perdiendo la oportunidad de reclamar el cumplimiento del derecho internacional. Por ello he decidido votar en contra de la presente resolución.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. - Diz-se que assistir a um crime e não fazer nada é ser-se cúmplice. Mas o que se poderá chamar a esta postura da maioria do PE que, perante a atitude racista e genocida de Israel pede, no primeiro ponto desta resolução, para ser colocado um ponto final nos *ataques com rockets contra Israel a partir de Gaza*? O que se poderá chamar ao branquear do ataque do quarto exército mais bem armado e treinado do mundo contra os palestinianos indefesos, assassinando centenas de pessoas estejam elas onde estiverem, homens, mulheres e crianças - ninguém escapa - e destruindo a sua infraestrutura, incluindo hospitais, centrais de abastecimento de água? O que se poderá chamar a quem manipula a realidade, transformando uma vez mais a besta agressora na mais pura vítima, inocentando aqueles que têm mantido centenas de milhares de palestinianos num sistema de isolamento, cerco e guetização, nomeadamente em Gaza, onde a carência das necessidades mais básicas à vida humana aumenta a cada minuto perante este brutal ataque israelita? O que se poderá chamar ao evidente desprezo pelas vidas humanas dos palestinianos que a maioria do PE revela com esta falsa equidistância, com uma neutralidade que esconde apoio e convivência com Israel?

Donnerstag, 17. Juli 2014

12.5. Verbrechen der Aggression (B8-0065/2014, RCB8-0066/2014, B8-0066/2014, B8-0067/2014, B8-0068/2014, B8-0069/2014, B8-0070/2014)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor de la presente resolución debido a nuestro firme compromiso con el desarrollo, la defensa y el cumplimiento del derecho internacional. Esta resolución muestra el apoyo a la labor de la Corte Penal Internacional en la revisión del Estatuto de Roma con las enmiendas de Kampala que tipifica el Crimen de Agresión. Esta nueva tipificación supone un importante desarrollo que podrá servir para poner fin a la impunidad de numerosos Estados. Tan solo treinta Estados han ratificado por el momento esta modificación del Tratado de Roma, por ello esta resolución de apoyo a la misma es una importante llamada de atención a los Estados miembros para su ratificación. Por ello he decidido vota a favor de la presente resolución.

Andrus Ansip (ALDE), *in writing*. - I supported the resolution on the crime of aggression. Today we endorsed the resolution about the situation in Ukraine. Crime of aggression is not a theoretical matter. It is something we have to face in Europe today. Thus, I would like to endorse all steps that strengthen the International Criminal Court and the advance of the global justice system. EU must continue to support the ICC both politically and diplomatically, as well as logistically and financially.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. - Dopo attenta riflessione e discussione in Aula, ho votato a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo sul crimine di aggressione, avendo anche io ferma convinzione, così come affermato nel testo della risoluzione, che sia fondamentale che tutti gli Stati membri dell'UE si impegnino a combattere il genocidio, i crimini contro l'umanità e i crimini di guerra. Sono altresì convinto che sia necessario offrire il proprio sostegno agli appelli volti a includere la lotta all'impunità per gravi violazioni dei diritti umani tra le priorità dell'azione esterna dell'UE, come pure tra quelle dei suoi Stati membri. Ho fiducia che, anche per mezzo della azione del Parlamento europeo, si ponga fine all'impunità degli autori dei crimini più gravi, motivo di allarme per la comunità internazionale.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. - L'inclusione del crimine di aggressione nello *ius cogens* è un passo in avanti verso la definitiva condanna della guerra come strumento di risoluzione delle dispute tra stati sovrani. Il cammino sinora compiuto ha permesso di denunciare e processare uomini che in nome di un potere sovrano si sono macchiati delle più grandi atrocità, atrocità come la pulizia etnica. Sono questi atti inumani e non degni di una società civile che hanno così fortemente unito i popoli europei dopo il secondo conflitto mondiale. Sono ciò che ci ha fortemente spinto a creare organismi per impedire a qualsiasi entità, che la si voglia chiamare Stato o meno, di commettere ancora atti di questo genere.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. - La risoluzione comune, a favore della quale ho votato, ha raggiunto un equilibrio piuttosto prevedibile a proposito del reato di aggressione. Si tratta di una tematica su cui è facile essere d'accordo, ma che non rientra nelle priorità di nessuno Stato e che quindi resta sempre tra le questioni aperte. Non è un caso che tanti Paesi, tra cui l'Italia, non abbiano ancora onorato gli impegni presi in materia. La risoluzione che ho contribuito ad approvare costituisce una dichiarazione politica importante a favore di questo principio, e spero che gli Stati stessi riescano a dare un seguito in tempi brevi.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor de la presente resolución debido a nuestro firme compromiso con el desarrollo, la defensa y el cumplimiento del derecho internacional. Esta resolución muestra el apoyo a la labor de la Corte Penal Internacional en la revisión del Estatuto de Roma con las enmiendas de Kampala que tipifica el Crimen de Agresión. Esta nueva tipificación supone un importante desarrollo que podrá servir para poner fin a la impunidad de numerosos Estados. Tan solo treinta Estados han ratificado por el momento esta modificación del Tratado de Roma, por ello esta resolución de apoyo a la misma es una importante llamada de atención a los Estados miembros para su ratificación. Por ello he decidido vota a favor de la presente resolución.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. - Consider că lupta împotriva genocidului, a crimelor împotriva umanității, a crimelor de război trebuie să reprezinte o prioritate a acțiunilor externe ale Uniunii Europene și ale statelor membre și cred că la nivelul Uniunii este important să se adopte o poziție comună referitoare la crima de agresiune.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - Esta resolução reitera um apoio ao Tribunal Penal Internacional que não compartilhamos. Desde logo porque se trata de um órgão judicial internacional para julgar crimes contra a humanidade, cuja independência não está assegurada devido à sua dependência do Conselho de Segurança da ONU, ou seja, o seu uso como instrumento político por *vencedores* contra *vencidos*, instrumento da lei do mais forte - recorde-se o exemplo do tribunal *ad hoc* para a ex-Jugoslávia. E esse estatuto continua a ser a base para a existência deste tribunal. Depois porque, como é defendido nesta resolução, a harmonização rápida das legislações nacionais dos Estados-Membros, para as alinhar com as alterações de Kampala bem como com outras obrigações decorrentes do Estatuto de Roma, constitui uma inaceitável tentativa de ingerência no Direito interno dos Estados-Membros, nomeadamente no português, na sua tradição jurídica e nos princípios em que este se funda. Referimo-nos nomeadamente à consagração no Estatuto de Roma da pena de prisão perpétua, punição que não existe - e defendemos que continue a não existir - no Direito interno de países como Portugal.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. - Európska únia, ako aj Slovenská republika sú vytrvalými stúpcami a dlhodobo podporujú existenciu Medzinárodného trestného súdu, ako aj univerzálnosť Rímskeho štatútu. Doplnenie a rozšírenie jurisdikcie a rozsahu právomocí Medzinárodného trestného súdu aj na trestný čin agresie je významným právnym krokom, ktorý prispeje k fungovaniu právneho štátu na medzinárodnej úrovni a k medzinárodnému mieru a bezpečnosti tým, že odrádza od nezákonného použitia sily a tým prispeje k ukončeniu beztrestnosti páchatel'ov takýchto trestných činov. Predložené uznesenie podporujem aj preto, že je to jeden z mechanizmov, ktorým dokážeme bojovať proti zločinom proti ľudskosti, genocíde, porušovaniu ľudských práv a podobne. Práve v týchto ťažkých časoch je dôležité aktívne prispievať k zachovávaní a udržiavaniu mieru za každú cenu a za každých okolností.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — Le compromis de Kampala issu de la Conférence de révision du Statut de Rome de la Cour pénale internationale de juin 2010 a permis de parvenir à une définition commune du crime d'agression, ce qui est une avancée notable. Les États se sont, en effet, mis d'accord pour définir par crime d'agression la planification, la préparation, le lancement ou l'exécution par une personne effectivement en mesure de contrôler ou de diriger l'action politique ou militaire d'un État, d'un acte d'agression qui, par sa nature, sa gravité et son ampleur, constitue une violation manifeste de la charte des Nations Unies. Néanmoins, les conditions d'exercice de la compétence de la Cour sur le crime d'agression, dans le respect des prérogatives du Conseil de sécurité, ne sont pas remplies. Le paragraphe 8 de l'article 15bis du compromis de Kampala ne fait pas l'unanimité dans la mesure où il revient à limiter le rôle du Conseil de Sécurité, alors que lui seul est habilité à constater l'existence d'un crime d'agression en vertu de la charte des Nations Unies. La cohérence et la complémentarité entre la Cour pénale internationale et le Conseil de sécurité doivent donc impérativement être recherchées. C'est la raison pour laquelle je me suis abstenu au moment du vote final.

Paloma López (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor de la presente resolución debido a nuestro firme compromiso con el desarrollo, la defensa y el cumplimiento del derecho internacional. Esta resolución muestra el apoyo a la labor de la Corte Penal Internacional en la revisión del Estatuto de Roma con las enmiendas de Kampala que tipifica el Crimen de Agresión. Esta nueva tipificación supone un importante desarrollo que podrá servir para poner fin a la impunidad de numerosos Estados. Tan solo treinta Estados han ratificado por el momento esta modificación del Tratado de Roma, por ello esta resolución de apoyo a la misma es una importante llamada de atención a los Estados miembros para su ratificación. Por ello he decidido votar a favor de la presente resolución.

Monica Luisa Macovei (PPE), *in writing*. - I join my colleagues in expressing our full support to the work of the International Criminal Court and to the promotion of peace through criminal justice. The definition of the crime of aggression as stated during the Kampala Conference in 2010 reflects a compromise made by many States with the aim to ensure a high efficiency of the ICC in cases when armed force is used by one State against another State, without the justification of self-defence or without authorization by the Security Council. These cases are the current reality if we look at the horrific violence in Ukraine or Moldova. I encourage all the Member States to align their national criminal legislation with the Kampala Amendments' definitions in order to achieve the goal of having the dispositions on the crime of aggression entered into force and in order to have the possibility to hold account the responsible persons. I further urge all nations to put aside political or commercial interests and ratify and implement the amendments. It is thus critical to make every effort possible to ensure that we have the legal framework to condemn such deplorable cases.

Donnerstag, 17. Juli 2014

David Martin (S&D), *in writing*. - I voted in favour of this resolution because it is important that, if possible, the EU comes to a common agreement on these Kampala amendments to the Rome Agreement. If ratified these amendments will be an important development in international law and will allow yet another legal deterrent to states to commit human rights abuses.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La notion de crime d'agression définit les crimes commis par les personnes ou États ayant préparé, accompli ou promu un conflit armé visant à déstabiliser un ou plusieurs États souverains. La définition du crime d'agression est fixée dans le Statut de Rome depuis 2010. Afin que la Cour pénale internationale soit compétente à l'égard de ce crime, 30 États au moins doivent ratifier les amendements de Kampala. Cette résolution invite les États membres à les ratifier et à intégrer ces dispositions dans leur législation nationale. Je vote pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. - Apresentei o meu voto favorável à resolução do Parlamento Europeu que solicita à União Europeia que defenda a entrada em vigor da alteração de Kampala relativa ao crime de agressão e apoie os esforços no sentido da sua implementação.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. - This resolution highlights the EU's commitment in combatting acts of genocide, crime against humanity, war crimes and the crime of aggression and urges the establishment of permanent system of international criminal accountability for those committing such a crime. It is for this reason why I voted in favour of this resolution.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Il est essentiel de faire de la protection de la vie humaine une priorité absolue. À Kampala, les États parties à la CPI ont trouvé un compromis sur le crime d'agression. Toutefois on ne peut que regretter les difficultés liées à sa mise en œuvre. Ainsi il faudrait attendre le 2 janvier 2017 pour voir la CPI exercer sa compétence à l'égard du crime d'agression, et ce pour autant que trente États aient ratifié les amendements relatifs au crime d'agression avant le 1^{er} janvier 2016 et qu'une décision de l'Assemblée des États Parties autorisant la Cour à exercer cette compétence intervienne dès le 2 janvier 2017. Actuellement seuls douze États parties, dont la Belgique, ont ratifié les amendements relatifs au crime d'agression; ce qui me fait dire que la déclaration de Kampala est bien le reflet des défis que la CPI doit affronter, à savoir: son impact sur les victimes des crimes, la nécessaire coopération des États dans les enquêtes et l'arrestation des accusés, ainsi que la complémentarité en n'intervenant qu'en dernier ressort. Dès lors il est urgent que l'UE se pose comme chef de file pour l'entrée en vigueur des amendements de Kampala sur le crime d'agression.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. — Je me suis abstenue sur ce texte pour des raisons d'efficacité de la politique internationale. Aujourd'hui, seul le Conseil de sécurité de l'ONU, dont la France est l'un des 5 membres permanents, est habilité à reconnaître l'existence d'un acte d'agression. Il est évident que la justice est complémentaire de la paix et que je soutiens pleinement les actions de la Cour Pénale Internationale. Cependant, au nom de la stabilité des institutions internationales et de l'efficacité de leurs actions, la compétence unique de caractériser le crime d'agression doit demeurer aux mains du Conseil de sécurité de l'ONU.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. - I support this resolution, which calls on the EU to commit to the fight against genocide, crimes against humanity, war crimes and the crime of aggression, as well as calling for combating impunity for grave human rights violations to be made a priority for the EU and for the Member States in their external actions. I have voted in favour.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — J'ai voté sur la proposition de résolution concernant les crimes d'agression.

Ces crimes sont inscrits dans la liste des crimes relevant de la compétence de la Cour pénale internationale. Mais, en dépit du long processus de négociation du Statut de la Cour adopté à Rome en 1998, les États ne sont pas parvenus à s'entendre sur sa définition. Surtout, les modalités d'exercice de la compétence de la Cour pénale internationale dans la mise en œuvre des poursuites ne sont pas définies.

Donnerstag, 17. Juli 2014

J'ai rejeté l'inclusion dans cette résolution d'une référence aux amendements de Kampala qui pourrait conduire à devoir choisir entre le respect de la Charte des Nations unies et le respect du Statut de Rome. Or, la France, membre du Conseil de Sécurité ne peut accepter une nouvelle instance concurrente du Conseil de sécurité, devant laquelle les États viendraient porter leurs différends politico-militaires. Une telle situation serait de nature à nuire à l'efficacité et à la crédibilité de la Cour elle-même.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), por escrito. - He votado a favor de la presente resolución debido a nuestro firme compromiso con el desarrollo, la defensa y el cumplimiento del derecho internacional. Esta resolución muestra el apoyo a la labor de la Corte Penal Internacional en la revisión del Estatuto de Roma con las enmiendas de Kampala que tipifica el Crimen de Agresión. Esta nueva tipificación supone un importante desarrollo que podrá servir para poner fin a la impunidad de numerosos Estados. Tan solo treinta Estados han ratificado por el momento esta modificación del Tratado de Roma, por ello esta resolución de apoyo a la misma es una importante llamada de atención a los Estados miembros para su ratificación. Por ello he decidido votar a favor de la presente resolución.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – Tel que défini par l'Assemblée des États parties réunie à Kampala, le crime d'agression s'entend de la planification, la préparation, le déclenchement ou la commission d'un acte consistant pour un État à employer la force armée contre la souveraineté, l'intégrité territoriale ou l'indépendance politique d'un autre État. Les actes d'agression comprennent notamment l'invasion, l'occupation militaire ou l'annexion par le recours à la force et le blocus des ports ou des côtes, si par leur caractère, leur gravité et leur ampleur, ces actes sont considérés comme des violations manifestes de la Charte des Nations Unies. Je soutiens totalement cette résolution qui a pour but de rappeler que les crimes d'agression sont encore monnaie courante à travers le monde et de fustiger l'impunité dont bénéficie de trop nombreux criminels qui commettent ces crimes. L'entrée en fonction de la Cour pénale internationale (CPI) en 2002 a ouvert une nouvelle ère de responsabilité globale et inauguré la fin de l'impunité. J'estime également que la Conférence de Kampala, comme cette résolution, est une occasion de souligner notre détermination collective pour que les crimes contre l'humanité ne restent plus impunis.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. - He votado a favor de la presente resolución debido a nuestro firme compromiso con el desarrollo, la defensa y el cumplimiento del derecho internacional. Esta resolución muestra el apoyo a la labor de la Corte Penal Internacional en la revisión del Estatuto de Roma con las enmiendas de Kampala que tipifica el Crimen de Agresión. Esta nueva tipificación supone un importante desarrollo que podrá servir para poner fin a la impunidad de numerosos Estados. Tan solo treinta Estados han ratificado por el momento esta modificación del Tratado de Roma, por ello esta resolución de apoyo a la misma es una importante llamada de atención a los Estados miembros para su ratificación. Por ello he decidido votar a favor de la presente resolución.

Jarosław Leszek Wałęsa (PPE), in writing. - I voted in favour of the Resolution on the crime of aggression (2014/2724(RSP)), the reason being that I fully support the Rome Statute and the 'Kampala Amendments'. It is vital that the European Union cooperates with, and continues to support the International Criminal Court (ICC) and plays a role in the establishment of the Court's jurisdiction. Thus, we as Member States must all agree that the crime of aggression defined in the Statute as 'the planning, preparation, initiation or execution by a person' in a leadership position is 'an act of aggression'. Importantly, it contains the threshold requirement that the act of aggression must constitute 'a manifest violation of the Charter of the United Nations'. Therefore, it is clear that the EU would not, and cannot, accept such acts based on the above definition and must stand united in implementing the amendments as to lend to the continued aforementioned support of the ICC as well as the United Nations Charter on Human Rights.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. - Esta resolução reitera um apoio ao Tribunal Penal Internacional que não compartilhamos. Desde logo porque se trata de um órgão judicial internacional para julgar crimes contra a humanidade, cuja independência não está assegurada devido à sua dependência do Conselho de Segurança da ONU, ou seja, o seu uso como instrumento político por *vencedores* contra *vencidos*, instrumento da lei do mais forte - recorde-se o exemplo do tribunal *ad hoc* para a ex-Jugoslávia. E esse estatuto continua a ser a base para a existência deste tribunal. Depois porque, como é defendido nesta resolução, a harmonização rápida das legislações nacionais dos Estados-Membros, para as alinhar com as alterações de Kampala bem como com outras obrigações decorrentes do Estatuto de Roma, constitui uma inaceitável tentativa de ingerência no Direito interno dos Estados-Membros, nomeadamente no português, na sua tradição jurídica e nos princípios em que este se funda. Referimo-nos nomeadamente à consagração no Estatuto de Roma da pena de prisão perpétua, punição que não existe - e defendemos que continue a não existir - no Direito interno de países como Portugal.

Donnerstag, 17. Juli 2014

Der Präsident. - Damit sind die Erklärungen zur Abstimmung geschlossen.

Ich wünsche allen Kollegen, die noch da sind, einen guten Nachhauseweg und eine erholsame Sommerpause. Ich bedanke mich insbesondere bei den Diensten hier links, rechts und hinter mir, insbesondere auch bei den Dolmetschern in den Kabinen. Sie haben sich jetzt eine Sommerpause redlich verdient. Auch Ihnen einen guten Nachhauseweg!

Herr Kollege Valli hat sich noch zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet.

Marco Valli (EFDD). - Signor Presidente, è stato molto gentile a darmi la parola. Mi rattrista parlare a un'Aula così vuota, come ha appena definito il mio collega. Volevo ricordare che noi siamo qua pagati profumatamente dai contribuenti per svolgere un lavoro e se siamo pagati per fare questo dovremmo appunto svolgerlo con la massima coerenza e competenza. Mi sembra che però non ci sia rispetto per questo lavoro da parte dei miei colleghi, perché ho visto proprio dichiarazioni fatte nel caos più totale. Lei ha dichiarato che queste persone dovevano andare a prendere un aeroplano. Noi non siamo pagati per prendere aeroplani, siamo pagati per stare qui e lavorare e lavorare con la massima serietà.

Der Präsident. - Herr Kollege Valli! Sie sind neu, deshalb habe ich Ihnen das Wort nicht entzogen. Sie haben sich nicht zur Geschäftsordnung gemeldet. Das war eine allgemeine politische Äußerung. Auch dafür wird man bezahlt, dass man sich an die Regeln hält.

Der Präsident. - Möchte sich noch jemand zur Geschäftsordnung zu Wort melden, aber nur zur Geschäftsordnung?

Séan Kelly (PPE). - Mr President, thank you for your excellent chairing of today's session. I think the last speaker was somewhat unfair to Members who may not have any alternative to getting a plane at this particular time. His statement was too general, particularly in the case of Members from peripheral countries who may not have a choice.

Der Präsident. - Herr Kelly! Es ist bekannt, dass Sie aus Irland kommen. Aber dies ist keine allgemeine Aussprache.

13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

14. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

15. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

16. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. - Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 12.30 Uhr geschlossen.)

ISSN 1977-088X (elektronische Ausgabe)

ISSN 1725-2407 (Papierausgabe)



Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
L-2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE